

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de

1. Auflage 2011

ISBN 978-3-86589-089-4

Informationen 1996–2010

Berichte über

**Aktivitäten des deutschen Imperialismus
nach innen und außen**

Kämpfe in Deutschland und international

Zusammenfassungen aus Pressespiegeln

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Inhaltsverzeichnis

März–Dez. 1996	3
Juli–Aug. 1997	9
Apr.–Dez. 1998	13
1999	27
2000	51
2001	79
2002	109
2003	133
2004	159
2005	185
2006	211
2007	237
2008	263
2009	289
Jan.–Juni 2010	315

Abkürzungen

Hauptquellen: Frankfurter Rundschau (FR), junge Welt (jW), die tageszeitung (taz)

Außerdem: Jungle World, antifaschistische nachrichten (anna), Politische Berichte (PB), analyse + kritik (ak)
sowie diverse Broschüren, Flugblätter und Artikel aus regionalen Zeitungen.

1996

1996 März–Mai

Führende Politiker des deutschen Imperialismus drohen Tschechischer Republik

Unverhüllt drohten die CSU-Politiker T. Waigel und E. Stoiber auf dem revanchistischen „Sudetendeutschen Tag“ der Tschechischen Republik mit wirtschaftlichen Konsequenzen, falls diese sich nicht für die in Folge des 2. Weltkrieges erfolgte Umsiedlung der nazistisch verhetzten deutschen Bevölkerung entschuldige. T. Waigel verharmloste unverfroren die nazifaschistische Terrorherrschaft über die Tschechoslowakei als „frühere Ereignisse“, die nicht die „Verbrechen an Deutschen“ rechtfertigen könnten.

Deutscher Imperialismus verweigert Entschädigung für Nazimassaker in Griechenland - Demonstration vor deutscher Botschaft

Die deutsche Regierung lehnt Reparationszahlungen an die Überlebenden eines Massakers der Waffen-SS im griechischen Distomo im Jahr 1944 kategorisch ab. Das Morden der SS sei kein „NS-Unrecht“ gewesen, sondern lediglich eine „Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung“. In Athen forderten 50 Widerstandskämpfer vor der deutschen Botschaft eine Entschädigung für das Unrecht, das ihnen von der nazifaschistischen Besatzung angetan wurde.

Polizei terror sollte Demonstrationen der kurdischen Befreiungsbewegung verhindern

10000 Polizei- und BGS-Beamte versuchten am 16.3.96 in ganz Deutschland für Kurdinnen und Kurden den Ausnahmezustand gewaltsam durchzusetzen. Die Unterdrückungsmaßnahmen wurden allerdings nicht widerstandslos hingenommen. 2000 Kurdinnen und Kurden, denen die Einreise verweigert wurde,

blockierten am Grenzübergang zu Belgien (Lichterbusch) die Autobahn und setzten sich gegen die Angriffe militant zu Wehr. In Dortmund gelang es trotz brutaler Knüppelei durch die Polizei immer wieder, Demonstrationen zu formieren. Vor und nach den kurdischen Newroz-Feiern kam es bis Ende März zu weiteren Übergriffen auf kurdische Demonstrationen. Es gelang aber nicht, Kundgebungen und Demonstrationen vollständig zu unterbinden. Getroffen heulten die Politiker des deutschen Imperialismus auf und forderten die sofortige Verschärfung des reaktionären Ausländergesetzes, massenhafte Abschiebungen..

Die Opfer nazistischer, rassistischer Anschläge sollen zu Tätern gemacht werden

Die planmäßige Vertuschung nazistischer, rassistischer Mordtaten durch staatliche Stellen wird immer offensichtlicher. In *Lübeck* hat sich als Reaktion auf die staatliche Vertuschung und die Verhaftung von Safwan Eid im Zusammenhang mit dem rassistischen Brandanschlag in der Lübecker Hafenstraße vom 18.1.96, bei dem 10 Flüchtlinge ermordet und 38 zum Teil schwer verletzt wurden, eine Internationale Untersuchungskommission aus neun Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten aus verschiedenen europäischen Ländern gebildet. Diese hat erklärt, daß die Staatsanwaltschaft „die Brandstifter und Mörder nicht mehr bei den Rassisten und anderen fremdenfeindlichen Gruppen sucht, sondern eine Person verhaftet hat, deren Familie selbst bedroht ist“. In *Hattingen* wurde Yasar Ü. aus der Türkei seit 1993 beschuldigt, ihr Haus angesteckt zu haben. Im März 1996 wurde Frau Ü. nun von dem Vorwurf der Brandstiftung freigesprochen. Obwohl es auch in diesem Fall eindeutige Hinweise auf einen rassistischen Anschlag gab, wurde von staatlichen Stellen alles vermieden, was zur Ergreifung der nazistischen Täter hätte führen können. In *Stuttgart* starben vor 1994 sieben Menschen aus anderen

Ländern bei einem Brandanschlag. Polizei und Staatsanwaltschaft beeilten sich auch hier, die Schuld für den Brandausbruch den Opfern zuzuschreiben. Zwei Jahre später wurde nun ein Nazi, nach Angaben der Polizei natürlich ein „Einzeltäter“, für diese Mordtat zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt.

Militante Proteste in Lüchow-Dannenberg gegen atomare Castor-Transporte

15000 Polizisten und BGS, einer der größten Polizeieinsätze nach 1945, sicherten den zweiten Castor-Transport von der französischen Grenze bis nach Gorleben. Nach dem es über Wochen hinweg in Lüchow-Dannenberg immer wieder zu Demonstrationen und militanten Aktionen gegen den geplanten Transport gekommen war, setzten am 8. Mai 9000 Polizisten mit brutaler Gewalt den Castor-Transport in das Zwischenlager nach Gorleben durch. Sie trafen dabei auf den entschiedenen Widerstand von ca. 5000 Demonstranten, darunter viele werktätige Bauern aus der Region, die mit brennenden Barrikaden, Blockaden, Steinen und Knüppeln versuchten, den Transport aufzuhalten.

Militante Kämpfe gegen die Polizei am 1. Mai in Istanbul

100000 Menschen nahmen an der diesjährigen 1. Mai-Demonstration in Istanbul teil. Im Verlauf der Demonstration wurden von der Polizei drei Arbeiter erschossen. Nach Besetzung der Rednertribüne der korrupten offiziellen Gewerkschaften kam es zu stundenlangen Straßenschlachten mit der Polizei.

Redaktion Pressespiegel

Die Machenschaften des deutschen Geheimdienstes im Nahen Osten

Drei Monate agierte der deutsche Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer vordergründig als Vermittler für einen Gefangenen austausch zwischen den vom Imperialismus abhängigen Staaten Israel, Syrien, Iran, Libanon und der im Libanon operierenden reaktionären Hisbollah. Dem deutschen Imperialismus ging es dabei weniger um humanitäre Gesichtspunkte als vielmehr darum, seine traditionell guten Beziehungen zu den reaktionären arabischen Staaten, gerade auch zum israelischen Regime, zu nutzen, um in scharfer Konkurrenz vor allem zum US-Imperialismus seinen Einfluss in Israel und im Nahen Osten auszubauen. *B. Schmidbauer:* „Wir sind nicht vorbelastet: Wir haben in Syrien, in Israel, in Libanon Freunde sitzen, die mit uns sprechen.“ „Uns schlägt viel Sympathie entgegen, und das ist ein Pfund, mit dem man auch wuchern kann.“

Brutale Serie von nazifaschistischen Überfällen

In *Mahlow* (Brandenburg) ist ein britischer Bauarbeiter mit schwarzer Hautfarbe nach einem rassistischen Angriff am 16.6.96 querschnittsgelähmt. Er und zwei weitere britische Arbeiter wurden nach rassistischen Pöbeleien verfolgt bis aus dem Auto der rassistischen Verfolger ein Feldstein in die Seitenscheibe ihres Autos geworfen wurde. Der wagen der britischen Kollegen überschlug sich und prallte gegen einen Baum. Noch mit der ersten Presseerklärung versuchte die deutsche Polizei kurzfristig, den Vorfall gegen die Opfer umzudrehen.

Am 13.7.96 wurde auf dem Campingplatz *Leisten (Plau am See/Landkreis Parchim)* eine Jugendgruppe aus Kleve von einer nazifaschistischen Gruppe mit Eisenstangen, Messern und Baseballschlägern überfallen. Sechs zum Teil Schwerverletzte waren die Folge. Am selben Tag und in den folgenden Wochen kam es zu zehn weiteren nazifaschistischen Überfällen auf Urlauber. Obwohl durch Zeugenaussagen eindeutig belegt war, dass die Überfälle einen nazifaschistischen Hintergrund hatten, versuchten Polizei und staatliche Stellen sofort, diese Vorfälle zum Streit unter Jugendlichen herunterzuspielen und „einen rechtsradikalen Hintergrund auszuschließen“. Um weitere Überfälle zu vertuschen, durften die Polizeidirektionen in Mecklenburg-Vorpommern schließlich nur noch mit Zustimmung des Innenministeriums solche Vorkommnisse veröffentlichen.

Safwan Eid endlich freigelassen – Deutsche Justiz konstruiert Anklage

Nach knapp sechs Monaten Untersuchungshaft ist Safwan Eid endlich wieder frei. Er wurde aufgrund der konstruierten Behauptung der Lübecker Staatsanwaltschaft festgehalten, dass er Wissen mitgeteilt hätte, über das nur der Täter oder ein Tatbeteiligter verfügen könnte. Gemeint ist damit der von den Ermittlungsbehörden auffällig schnell favorisierte Brandausbruchsort im 1. Stock. Mittlerweile musste jedoch die Staatsanwaltschaft zugeben, dass weder ihr Hauptzeuge, der Sanitäter Jens Leonhard, noch sonst jemand behauptet hat, Safwan hätte etwas vom 1. Stock gesagt. Durch ein Gutachten der Universität Lübeck wurde bestätigt, dass die Brandspuren der drei Nazis aus Grevesmühlen bei ihrer Vernehmung in der Brandnacht nicht älter als 24 Stunden waren. Trotzdem hält die deutsche Justiz

daran fest, Safwan den Prozess zu machen. Der Täter darf eben kein Deutscher sein.

Italienische Bauarbeiter besetzen Baustelle

100 italienische Arbeiter besetzten in Berlin-Friedrichshain ihre Baustelle um den seit drei Monaten ausstehenden Lohn zu erhalten.

Letztlich konnten nur die Kosten für den Heimflug und eine geringe Abfindung durchgesetzt werden.

Revolutionäre Volksarmee (ERP) erklärt dem mexikanischen Staat den Krieg

Anlässlich einer Kundgebung zum Gedenken an die am 28.6.95 von der mexikanischen Polizei ermordeten 17 Bauern in Aguas Blancas im Bundesstaat Guerrero traten erstmals Kämpferinnen und Kämpfer der ERP öffentlich auf. In einer kurzen Erklärung riefen sie u. a. zum bewaffneten Kampf, dem Sturz der Regierung und der Bestrafung der für Korruption, Armut und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verantwortlichen auf.

Zehn Wochen Hungerstreik in den Gefängnissen des türkischen Staates

Nach zehn Wochen Kampf gegen ihre mörderischen Haftbedingungen beendeten 2.000 revolutionäre und demokratische Gefangene am 28.7.1996 ihren Hungerstreik. Kurz vorher hatten sich tausende von kurdischen Gefangenen diesem Kampf angeschlossen. Zahlreiche Solidaritätsaktionen in der Türkei und international begleiteten diesen entschlossen geführten Kampf. 12 Genossinnen und Genossen starben an den terroristischen Haftbedingungen.

Redaktion Pressespiegel

1996 Aug.-Okt.

Kampftruppen des deutschen Imperialismus ab Januar 97 in Bosnien

Bereits seit 1995 nehmen deutsche Kampfbomber und Bodentruppen aktiv an den Kriegshandlungen der NATO-Truppen in Ex-Jugoslawien teil. Ab Januar 97 wird der Kriegseinsatz deutscher Kampftruppen in Bosnien erheblich ausgeweitet. 2000 bis 3000 Infanteristen und Panzeraufklärer sollen im Rahmen eines deutsch-französischen Kampferverbandes die Interessen des deutschen Imperialismus in Ex-Jugoslawien militärisch durchsetzen. Gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten unterstreicht der deutsche Imperialismus deutlich seinen Führungsanspruch in Europa. Während der neue Kampfverband unter das Kommando eines deutschen Generals gestellt werden soll, fordert Kriegsminister Rühe für Deutschland eine Führungsrolle im Oberkommando der NATO-Truppen in Bosnien. Da kennt auch die Begeisterung der deutsch-grünen Kriegstreiberin Marieluise Beck keine Grenzen mehr: „Der Minister habe es „meisterlich geschafft“, in der Bevölkerung Verständnis für den Bundeswehrein-satz in Ex-Jugoslawien zu wecken“. (JW 20.9.96)

Deutsche Nazis verbreiten geplant antisemitische Hetze beim Fußball-Länderspiel Polen-Deutschland - Deutsche Polizei schaut zu

300 deutsche Nazifaschisten griffen beim Fußball-Länderspiel Polen - Deutschland in Zabre (Polen) polnische Fußballfans an. Dabei grölten und entrollten sie, zum Teil verummmt, vorbereitete Transparente mit antisemitischen Parolen. Obwohl die deutsche Polizei frühzeitig über diese geplante Nazi - Provokation informiert war, sah sie angeblich keine Möglichkeit, einzugreifen.

Syrischer Flüchtling von deutschen Rassisten in Leipzig erstochen

Am 23.10.96 betraten zwei Nazis in Leipzig einen türkischen Gemüseladen in Leipzig und beschimpften zwei Verkäuferinnen rassistisch als „Türkenschlampen“, bedrohten sie und warfen die Auslagen des Ladens um. Als der Syrer Achmed Bachir den Verkäuferinnen zur Hilfe kam, wurde sofort mit einem Messer auf ihn eingestochen. Trotz eindeutiger Zeugenaussagen wurde von der Staatsanwaltschaft öffentlich versucht, diesen rassistischen Mord zu vertuschen. Oberstaatsanwalt Moser: „Das Motiv ist noch völlig offen“. (TAZ 25.10.96) Der Leipziger „Ausländerbeauftragte“ leugnet gar, daß auch in Leipzig Flüchtlinge und Menschen aus anderen Ländern ständig durch rassistischen Terror bedroht sind. Er müsse erst lange nachdenken, um sich an ausländerfeindliche Angriffe Leipzig erinnern zu können.

PDS verantwortlich für die Räumung besetzter Häuser in Berlin

Innerhalb weniger Wochen wurden in Berlin auf Anweisung von PDS - Vertretern zwei besetzte Häuser mit einem großen Polizeiaufgebot geräumt und die anwesenden Jugendlichen vertrieben. Anwesende Medienvertreter wurden festgenommen. In einem nicht zu überbietenden Zynismus wurde den Jugendlichen zum Teil Schlafplätze in einem benachbarten Flüchtlingsheim angeboten.

Baskische Gefangene in den Knästen des spanischen Staates im Hungerstreik

Am 11.9.96 traten zunächst 20 Gefangene der insgesamt 546 baskischen politischen Gefangenen aus der ETA und ihrem Umfeld in den Gefängnissen des spanischen und französischen Staates in

den unbefristeten Hungerstreik. Am 18.9.96 waren es bereits 40 hungerstreikende Gefangene. Ihr Kampf richtet sich gegen Folter und Übergriffe in den Knästen und soll eine Zusammenlegung im Baskenland durchsetzen. Solidaritätshungerstreiks der Angehörigen gab es in sieben europäischen Großstädten. In Berlin wurde eine Kirche von 100 Angehörigen besetzt.

300 Flüchtlinge besetzten Kirche in Paris zur Durchsetzung ihres Aufenthaltsrechts

Nachdem bereits Flüchtlinge im März die Kirche St. Ambrois in Paris besetzt hatten und geräumt wurden, besetzten 300 Flüchtlinge und ihre Unterstützer am 28. Juni die Kirche St. Bernard in Paris zur Durchsetzung ihres Aufenthaltsrechtes. In ganz Frankreich wurden zur Unterstützung dieser Forderungen in fünfzehn weiteren Städten Kirchen besetzt oder Solidaritätshungerstreiks begonnen. In einer Hungerstreikkette sollten jeden Tag zehn weitere Menschen bis zur Durchsetzung der Forderungen der Flüchtlinge in den Hungerstreik treten. Ende August räumten Einheiten der Anti-Aufstands-Polizei CRS unter brutalem Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas die Kirche St. Bernard. Die Flüchtlinge wurden zum Teil in Abschiebehaf genommen oder zu Haftstrafen aufgrund der Besetzung verurteilt. In den Tagen nach der gewaltsamen Räumung von St. Bernard demonstrierten Tausende in Paris und anderen Städten gegen die rassistische Abschiebepolitik der französischen Regierung und für das Aufenthaltsrecht der Flüchtlinge. Dabei kam es in Paris mehrmals zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Im Oktober besetzten dreißig Flüchtlinge die Kirche St. Bernard erneut.

Redaktion-Pressespiegel

1996 Nov.–Dez.

Unverhohlene Drohung Herzogs gegen die Völker der Welt

Roman Herzog stellte in der Führungsakademie der Bundeswehr die Politik des deutschen Imperialismus dar und drohte damit den Völkern der Welt, sich den Interessen der deutschen Bourgeoisie nicht in den Weg zu stellen: „Wenn diplomatische, politische und wirtschaftliche Mittel nicht ausreichen, ist der entschlossene Einsatz von Streitkräften auch heute noch ein Mittel der Politik, um Aggressionen einzudämmen und Wege für politische Lösungen zu öffnen.“

(JW 12.12.96)

Erfolg des deutschen Revanchismus: die „Deutsch-Tschechische Erklärung“

In dieser Erklärung werden die Völkermordverbrechen der Nazis mit der gerechten Überführung deutscher Bevölkerung aus dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik nach 1945 als „Unrecht“ bezeichnet und somit faktisch gleichgesetzt. Von Reparationen an die überlebenden Opfer der Nazi-Verbrechen ist keine Rede. In der Äußerung, daß „das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört“ (FAZ 11.12.96) zeigt sich deutlich die „Schlußstrich“-Politik des deutschen Imperialismus.

Hausdurchsuchung deutscher LKA/BKA-Beamten in den Niederlanden gegen die Zeitschrift „radikal“

Am 11.12.96 durchsuchten in Vaals niederländische und deutsche Polizisten eine Wohnung. Bei der Durchsuchung waren 2 LKA und 2 BKA-Polizisten anwesend. Der Durchsuchungsbefehl für die Niederlande wurde von der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe ausge-

Antifaschistische Demonstration in Wurzen

Wurzen und große Teile des Muldentalkreis (in der Nähe Leipzigs) stehen unter der militanten Kontrolle der Nazis. Diese können dort ihre rassistische und antisemitische Propaganda nahezu ungehindert verbreiten. Die Zusammenarbeit des deutschen Staates mit den Nazis zeigt sich dort an vielen Punkten. Auf Grund der bundesweiten Mobilisierung und vor allem den über 30 Informationsveranstaltungen des Leipziger Bündnisses gegen Rechts kamen am 16.11.96 unter dem Motto „Den rechten Konsens brechen ! Keinen Fußbreit den Faschisten!“ 6000 Antifaschistinnen und Antifaschisten zur Demo nach Wurzen. Gerade hier zeigte sich wieder mal, daß sich antinazistischer Kampf nicht nur gegen den Staatsapparat des deutschen Imperialismus und die Nazis richten muß, sondern auch gegen falsche Freunde wie der PDS.

So schrieb C. Ostrowski von der PDS (die bereits früher durch ihre Nähe mit Nazis wie der Nationale Offensive bekannt wurde) zum Motto der Demo „... 'Keinen Fußbreit den Faschisten! (setze) voraus , daß es Faschisten und Faschismus gibt; was ich nicht so sehe, jedenfalls nicht als allgemeine Erscheinung.“ (JW 14.11.96)

Bundesweite Streiks für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der Verrat der DGB-Fürsten

Über hunderttausend Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedensten Industriezweigen (Metall-, Chemie- und Lebensmittelindustrie) legten die Arbeit nieder und forderten die sofortige Rücknahme der Kürzungen der Lohnfortzahlung bei Krankheit durch die Kapitalisten. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter spürten das erste mal, daß sie nicht ohnmächtig sind, daß sie eine Macht darstellen, wenn sie gemeinsam kämpfen.

Durch vorausseilenden Gehorsam gegenüber den Kapitalisten, durch Zugeständnisse gelang es den DGB-Fürsten die Situation in den Betrieben wieder zu befrieden. IG Metall-Vorsitzender Zwickel bot für die „volle“ Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, „Abstriche bei den Jahressonderleistungen“ (Urlaubs- und Weihnachtsgeld)(RM 24.10.96) an und der IG Chemie Vorsitzende Schmoldt hetzte gegen die aktiven Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben: „ich sehe das die Dogmatiker im Gewerkschaftslager Zulauf erhalten, die alle unsere Probleme mit dem Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit erklären wollen...“ (RM 5.12.96). Und die Arbeit der DGB-Fürsten war im Sinne der Kapitalisten mehr als gelungen. Obwohl in vielen Industriebereichen die 100 % Lohnfortzahlung erhalten blieb, wurden eine Menge Zugeständnis auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgehandelt und in der Metallindustrie in Niedersachsen sank gar der Reallohn.

Massenstreik in Südkorea gegen repressive Arbeits- und Geheimdienstgesetze

Nach der Verabschiedung eines neuen Arbeits- und Geheimdienstgesetzes traten mehrere hunderttausend Arbeiterinnen und Arbeiter in den Streik. Das Gesetz beinhaltet neben einer Erleichterung von Entlassungen der Arbeiterinnen und Arbeitern, eine Anhebung der Arbeitszeit, den Einsatz von Streikbrechern sowie das Fortbestehen des Verbots des unabhängigen Gewerkschaftsdachverband KCTU. Dieser leitete auch maßgeblich die Streiks. Die Demonstrationen waren meist von einem militanten Auftreten der Arbeiterinnen und Arbeiter begleitet und gingen bis Mitte Januar 1997.

Redaktion Pressespiegel

1997

1997 Juli-Aug.

Politiker des deutschen Imperialismus erpressen andere Länder

Bundesentwicklungsminister Spranger (CSU), G. Schröder, O. Lafontaine (SPD) u.a. drohen Ländern, die aus Deutschland abgeschobene Flüchtlinge, nicht aufnehmen wollen mit finanziellen Strafaktionen. Spranger spricht von „zunächst“ diplomatischer Offensive, um diese Staaten „zur Einsicht kommen zu lassen“.(JW 13.8.97) G. Schröder: „Aber wir können von Staaten, denen wir helfen, eine Berücksichtigung unserer Interessen erwarten.“(FR 22.8.97)

Deutsches Gericht spricht den Todesschützen von Halim Dener frei

Am 27. Juni wird der Todesschütze des 16 jährigen Kurden Halim Dener freigesprochen.

Am 1 Juli 1994 wird Halim Dener beim Plakatieren für die kurdische Nationale Befreiungsfront (ERNK) in Hannover von einem Polizisten durch einen Schuß in den Rücken getötet. Nach dem Freispruch droht Oberstaatsanwalt Borchers gegen alle Kritiker des Urteils damit, daß jeder, der nun noch behauptet, der Polizist habe vorsätzlich geschossen, mache sich der üblen Nachrede schuldig. (FR 28.6.97)

IG Metall schlägt Nazi-Verbrecher und Waffenproduzenten Diehl für Ehrung vor

Karl Diehl machte seine Firma zu einer der bedeutendsten Waffenschmieden der Nazis, ließ

Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter für sich schufte und unterhielt ein Außenkommando des KZ Flossenbürg. Nun erhält er die Ehrenbürgerschaft der Stadt Nürnberg. (TAZ 4.7.97) Vorgeschlagen wird diese Ehrung von der IG Metall Nürnberg.(JW 17.7.97)

Freispruch für Safwan Eid !

Am 30. Juni wird Safwan Eid nun endlich freigesprochen. In einer Erklärung der Überlebenden des Lübecker Brandanschlag wird aber zu recht herausgestellt: „Trotz des Freispruchs haben sie uns verurteilt“. Da nun die Abschiebung akut droht heißt es: „Die Politiker und Behörden dürfen nicht vollstrecken, was die Nazis nicht zu Ende gebracht haben: die Vernichtung und Vertreibung von uns allen.“ (JW 1.7.97)

Erfolgreiche antinazistische Gegenwehr

Als am 9. Juli 1997 mehrere Nazis in Berlin einen türkischen Imbißstand überfallen, setzt sich der Besitzer erfolgreich zur Wehr und verletzt dabei einen der Angreifer (M. Appel organisiert in der „Kameradschaft Marzahn“) so, daß er einige Stunden später stirbt.(was geht ab. Nr. 20/97)

Streik in der Bauindustrie und der Verrat der IG BAU- Fürsten

Im Juli streiken zwischen 1.200 und 1.400 Bauarbeiter in Berlin für Lohnerhöhung . Der Streik betrifft 53 Betriebe mit ca. 530 Baustellen. Die Führung der IG BAU sabotiert diesen Streik mit vielfältigen Mitteln. Nachdem sie bereits Tage zuvor in Mecklenburg-Vorpommern einen Tarifvertrag ,durch und durch im Sinne der Kapitalisten,

abgeschlossen hat: Öffnungsklauseln, nach denen die Kapitalisten bis zu 10 % Lohn abziehen können; Senkung des Mindestlohn; Angleichung des Lohns auf „Westniveau“ wurde auf unbestimmte Zeit verschoben; volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erst ab dem 4 Krankheitstag; weniger Urlaubs und Weihnachtsgeld; Einführung einer Niedriglohngruppe für Langzeiterwerbslose). Beim Streik in Berlin droht Innenminister Schönbohm mit Polizeieinsätzen. Solidarität erhalten die Bauarbeiter von britischen Kollegen mit einem Solidaritätsstreik und kämpferischen Kolleginnen und Kollegen der ÖTV. Die IG BAU- Führung nimmt diese Solidarität nicht an. Der Sprecher des Landesverbandes der IG BAU dazu: „Solidarität im Streikzelt ja - aber darüber hinaus erst einmal nein.“ (JW 19.7.97) Für die abwieglerische Haltung der IG BAU Führung erhält sie auch prompt Lob von den Baukapitalisten.

Streik von 185. 000 Transportarbeiterinnen und Arbeiter bei UPS in den USA

Im August streiken in den USA 185.000 Transportarbeiterinnen und -arbeiter der Firma UPS für bessere Löhne, mehr Arbeitssicherheit und umwandlung der Teilzeitarbeitsverträge in Vollzeitstellen. Unterstützt wird der Streik von den 2.000 Mitgliedern der Unabhängigen Pilotenorganisation. In verschiedenen Städten geht die Polizei gegen Streikende vor, die sich gegen Streickbrecher stellen. Der Streik konnte einen Teilerfolg erreichen.

Redaktion Pressespiegel

1998

1998 April–Mai

Deutsche Revanchisten drohen Tschechien und verhöhnen die Opfer des Nazi-Terrors

Zunächst wurde die gerechte Überführung der deutschen Bevölkerung aus der damaligen CSSR entsprechend dem Potsdamer Abkommen von 1945 im Bundestag als völkerrechtswidrig bezeichnet. Daraufhin drohten die deutschen Revanchisten, daß Tschechien ebenso wie Polen nur in die Europäischen Union aufgenommen würden, wenn den deutschen Revanchisten ein „Niederlassungsrecht“ in beiden Ländern eingeräumt werde.

Die CDU-Politikerin und neugewählte Vorsitzende des „sudetendeutschen“ Revanchistenverbandes, Steinbach, verhöhnte die Opfer des Nazi-Terrors und behauptete, die Tschechen hätten „unter deutscher Herrschaft fast nicht gelitten“. (FR 30.5.98)

Deutscher Imperialismus im ehemaligen Jugoslawien auf dem Vormarsch: D-Mark ist offizielles Zahlungsmittel

Neben den stationierten Bundeswehreinheiten im ehemaligen Jugoslawien ist der deutsche Imperialismus auch ökonomisch auf dem Vormarsch. Die bosnisch-serbische Republik hat nun die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel eingeführt und manifestiert damit die Vorherrschaftsbestrebungen des deutschen Imperialismus. (FR 2.4.98)

Kriegsminister Rüge droht mit Bundeswehreinsatz im Kosovo

Während Kriegsminister Rüge ankündigte, daß die über 2000 Bundeswehrsoldaten in Bosnien noch weitere zwei Jahre stationiert bleiben, drohte er mit einem militärischen Einsatz im Kosovo mit deutscher Beteiligung. (FAZ 31.5.98)

Deutsche Atomindustrie liefert Material und Wissen zum Atombombenbau in Indien und Pakistan

Laut einem Untersuchungsbericht des Bundestages wurden an Indien und Pakistan Materialien geliefert, die sich zum Bau von Atombomben eignen. Atomare Zusammenarbeit gab es zwischen 1988 und 1990 (Untersuchungszeitraum) auch mit Argentinien, Brasilien und Südafrika. (FR 30.5.98)

„Asylbewerberleistungsgesetz“ - erneute Verschlechterung der Lebenslage hier lebender Flüchtlinge

Mit dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz - Streichung von Sozialhilfe für Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen - sind 300.000 Menschen in Deutschland von Hunger und Obdachlosigkeit bedroht. (taz 24.4.98).

Bundesweite Hausdurchsuchung gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

Am 12. Mai wurden in Berlin, Hamburg, Göttingen, Passau, München, Nürnberg, Bielefeld und Mühldorf Wohnungen, Buchläden und Druckereien durchsucht. Vielfach wurden Computer und anderes Material beschlagnahmt. Die Aktion sollte sich gegen die Antifaschistische Aktion Passau richten, gegen die mittels des § 129 - Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ vorgegangen wird. Die Ermittlungen richten sich allem Anschein nach nicht nur gegen die AA, sondern auch gegen die gesamte Antifaschistische Aktion/Bundesweite Aktion, in der die AAP organisiert ist, und gegen die Rote Hilfe. Wohnungen wurden zum Teil mit gezogener Waffe gestürmt. (JW 13.5.98) Eine Solidaritätsdemonstration mit 300 Antifaschist/innen in Göttingen am 16.5.98 wurde von der Polizei brutal angegriffen. (Einsatz, Nr. 30)

Wahlsieg der DVU in Sachsen-Anhalt ist nur ein Indiz für das weitere Erstarken der Nazibanden

Die DVU gewann bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 12,9 % der Stimmen. Im April wurde bekannt, daß die Zahl der offiziell registrierten „Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund“ um 30% von 8730 auf 11720 im Jahr 1997 gestiegen sind. (JW 25./26.4.98) Die reale Zahl liegt mit Sicherheit noch viel höher. Auch der Aufmarsch von 4.000 bis 5.000 Nazis am 1. Mai in Leipzig, die durch die NPD/JN mobilisiert wurden, zeigt das weitere Erstarken der Nazi-Banden.

Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei am 1. Mai in Leipzig !

Durch mehr als 6.000 Antifaschist/innen, die militant gegen die Nazis und die Polizei, die die Nazis schützte, vorgingen, konnte ein Aufmarsch der Nazis durch die Stadt verhindert werden. Bereits seit dem frühen Morgen kämpften militante Antifaschist/innen mit Steinen, Flaschen und mit Hilfe zum Teil brennender Barrikaden gegen die Polizei, die mit Wasserwerfern einen ungestörten Aufmarsch der Nazis vor dem „Völkerschlachtdenkmal“ sichern sollte. Mehrere Straßenkreuzungen wurden blockiert. Und immer wieder gelang es, Nazis in Autos oder Bussen anzugreifen.

Solidaritätsstreik mit den Streikenden in Dänemark und Verweigerung von Streikbrechertätigkeiten

Die Arbeiter/innen der Druckerei Bude bei Hamburg verweigerten am 30. April den Druck einer in Dänemark bestreikten Zeitung und traten aus Solidarität mit ihren dänischen Kolleg/innen selbst in den Streik. Daß die Zeitung dann allerdings von Streikbrechern gedruckt und ausgeliefert wurde, konnte nicht verhindert werden. (JW 14.5.98)

Kämpfe im Abschiebegefängnis Büren und Eisenhüttenstadt

Zunächst begannen Ende April etwa 200 Gefangene im Abschiebegefängnis *Büren* einen Hungerstreik. Bei der anschließenden Revolte wurde ein Wärter überwältigt, der dabei seine Schlüssel verlor. Die Zellen wurden aufgeschlossen, und mit verschiedenen Aktionen wie Sitzblockaden, Verbrennen von Klopapierrollen etc. protestierten sie gegen die Abschiebehaft. Am 4. Mai haben antirassistische Initiativen die Parteizentrale der GRÜNEN (die an der Landesregierung beteiligt sind) besetzt, um auf die Revolte aufmerksam zu machen und sich mit den Gefangenen zu solidarisieren. (Jungle World Nr. 19/98 und Antifaschistische Nachrichten 10/98)

In der Nacht vom 4. auf den 5. Mai versuchten 13 Abschiebehäftlinge im Abschiebegefängnis von *Eisenhüttenstadt* aus der Ukraine, Weißrußland, Tadschikistan, Rußland, Algerien, China, dem Libanon und ein Palästinenser mit selbstgefertigten Werkzeugen eine Wand zu durchbrechen und zu flüchten. Als sie von den Wärtern entdeckt wurden, solidarisierten sich 32 Gefangene mit den Flüchtenden, schlugen Fenster ein und zündeten eine Matratze an. Das Erdgeschoß des Gefängnisses wurde danach von 100 Polizisten und BGSlern gestürmt und geräumt. (taz 7.5.98)

Landesweiter Streik in Dänemark wird per Gesetzesverfügung abgewürgt

Am 27. April beginnt in Dänemark der Streik von rund 550.000 Arbeiter/innen und Angestellten für eine Woche mehr Urlaub. Am 6. Mai wird der Streik per Gesetzesverfügung als beendet erklärt. Mehrere tausend Arbeiter/innen streikten aus Protest gegen das ungenügend Ergebnis (2 weitere Urlaubstage) noch einen Tag und zogen vor das Parlament. (JW 12.5.98),

Roma organisieren Widerstand gegen rassistischen Terror in Tschechien

Am 9. Mai griffen jugendliche Roma den Vorsitzenden einer rassistischen Partei und drei seiner Begleiter bei einer Versammlung an, auf der er rassistisch gegen die Roma hetzte. Sie konnten ihnen einige Blessuren beibringen. (JW 11.5.98) Nach dem Mitte Mai ein Rom von Rassisten getötet wurde, haben die Roma eine antirassistische Selbstverteidigung gegründet, die aus etwa 100 Roma besteht, die sich mit Gaspistolen bewaffnet haben. (FR 20.5.98)

Militante Kämpfe von Arbeiter/innen und Studenten in Südkorea

Mitte April sind etwa 10.000 ArbeiterInnen des Autoherstellers KIA in den Streik getreten, um

bevorstehende Entlassungen zu verhindern. (FR 17.4.98) Am 17. April versuchten daraufhin 2000 Gewerkschafter/innen, darunter viele Streikende von KIA, den Amtssitz des Präsidenten zu stürmen und lieferten sich militante Kämpfe mit Polizeikräften. (JW 18.4.98). Am 1. Mai schließlich griffen aus der Maikundgebung heraus Arbeiter/innen und Studenten mit Eisenstangen und Steinen die Polizei an. (JW 2.5.98) Die Streiks gingen bis Ende Mai weiter. So beteiligten sich am 28. Mai 150.000 am Streik. (JW 29.5.98)

Redaktion Pressespiegel

1998 Juni-Juli

Der deutsche Imperialismus forciert Bundeswehreinsatz im Kosovo

Bundeskriegsminister Rüge formuliert den Anspruch des deutschen Imperialismus sich militärisch im Kosovo-Konflikt einzumischen:

„Die Zeiten sind vorbei, wo wir nur den anderen etwas raten und ihnen dann alles Gute wünschen.(...)Ich bin dagegen nur symbolische Dinge zu machen.“ (JW 2.6.98)

Außenminister Kinkel formuliert ähnlich:

„Mir wär's recht, wenn Milosevic nicht reagiert in Moskau und wenn wir nicht vorankommen, wenn wir eingreifen können im Kosovo, da bin ich sehr dafür und bei allem dabei...“(ANNA 14/98)

Ein NATO-General rechnet im Falle eines NATO-Einsatzes, daß an diesem Einsatz etwa 40.000 deutsche Soldaten beteiligt sein werden. (JW 23.7.98). Daß dies alles keine leeren Drohungen sind belegt die deutsche Beteiligung am NATO-Manöver in Albanien und Mazedonien mit 8 voll bewaffneten Tornados (ANNA 14/98) sowie die Entsendung von 60 Schützenpanzern an Mazedonien. (JW 24.6.98)

Neben dem politisch und militärischen Interesse des deutschen Imperialismus an einem Eingreifen im Kosovo, steht noch das Interesse, Deutschland vor den Flüchtlingen aus dem Kosovo abzuschotten. Der Beauftragte für die „Rückführung“ der Bosnienflüchtlinge erläutert dies ganz offen: „Wir sind an einer Lösung des Kosovo-Konflikts aber aus deutscher Sicht elementar interessiert, weil Kosovo-Albaner über Albanien direkt nach Deutschland kommen.“(ANNA 14/98)

Hausdurchsuchungen gegen kurdische und türkische demokratische Vereine

Am 24. Juni kurz vor dem Besuch einer Delegation der „Samstagsmütter“ aus der Türkei - die jeden Samstag gegen das Verschwinden türkischer und kurdischer Demokrat/innen und Revolutionär/innen protestieren - werden die Vereinsräume des Münchner „Vereins für interkulturelle Zusammenarbeit“ von Staatsschutzbeamten durchsucht. Der offizielle Grund ist die Suche nach Flugblättern der verbotenen ERNK. (JW 26.6.98)

Am 30. Juni hat die Polizei in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit einem Großaufgebot von 270 Polizisten Vereinsräume, Wohnungen und Flüchtlingsheime auf der Suche nach Sympathisant/innen der PKK, durchsucht. (FR 1.7.98)

Mörderische Bilanz des staatlichen Rassismus in Deutschland

Nach Angaben der Forschungsgesellschaft „Flucht und Migration“ sind in den letzten fünf Jahren, seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts:

- 81 Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland oder an deutschen Grenzen gestorben
- 54 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor einer drohenden Abschiebung selbst getötet
- 95 Flüchtlinge haben Selbstmordversuche begangen (FR 30.6.98)
- Am 28. Mai stirbt der Nigerianer John Okechukwu Agbai an den Folgen einer Polizeiaktion gegen ihn in Frankfurt vom 15. Mai. (ANNA 14/98)

● Am 1. Juni verbrennt sich ein kurdischer Flüchtling in der JVA Lingen wegen seiner drohenden Abschiebung in die Türkei selbst. (JW 10.6.98)

● Im Juni zündet sich ein kurdischer Abschiebengefangener an. (näheres ist nicht bekannt) Kommentar der Anstaltsleitung: „Eine ernsthafte Selbstbeschädigung, aber nicht so dramatisch.“ Purer Zynismus! (Jungle World 29/98)

● Am 1. Juli stirbt der Flüchtling Hydar F. aus Altenburg wegen unterlassener medizinischer Hilfeleistung. (ANNA 15/98)

Ungebrochene Tradition des Nazifaschismus: Sondererfassung von Sinti und Roma

In bayrischen Formularen für die polizeiliche Beschuldigtenvernehmung gibt es eine Sonderrubrik „Sinti/Roma“. Auch wird bei erkennungsdienstlicher Behandlung bzw. Personenbeschreibungen in den Formularen die nazistische Tradition von Rubriken wie „Personentyp Zigeuner“ oder Personentyp „Sinti/Roma“ verwandt. Der Staatssekretär des Innenministeriums verteidigt diese nazistische Tradition, da dies „unerlässlich sei für eine effektive Polizeiarbeit“. (FR 29.7.98)

Bundeswehrgelöbnis am Jahrestag der Massaker von Lidice und Oradur.

Am 10. Juni findet in Berlin (unter Protesten von rund 1000 Antimilitarist/innen) ein Bundeswehrgelöbnis statt. Zunächst sollte es am Jahrestag des Mauerbaus am 13. August stattfinden, was aber zu Protesten führte. Nun findet das Gelöbnis an einem angeblich „historisch unbelastet“ Datum (Bürgermeister Diepgen) am 10. Juni statt:

Am 54. Jahrestag des Massakers von Oradur und 56. Jahrestags der Vernichtung des tschechischen Dorfes Lidice als „Vergeltungsaktion“ gegen den erfolgreichen Anschlag tschechischer Widerstandskämpfer/innen gegen den Nazi Heydrich. (JW 10.6.98) Ebenfalls am 10. Juni 1944 wurden - wie kaum bekannt ist - 300 Menschen des griechischen Dorfes Distomon von der SS bestialisch ermordet. (FR 19.6.98)

Freispruch für Safwan Eid aufgehoben

Safwan Eid muß erneut vor Gericht. Somit will der deutsche Imperialismus möglicherweise im zweiten Versuch das Opfer doch noch zum Täter stempeln. Nachdem bereits der Freispruch für Safwan am 30. Juni 1997 nur ein halber Freispruch war, da in der schriftlichen Erklärung des Gerichts von Freispruch aus Mangel an Beweisen geschrieben wurde, muß Safwan erneut vor Gericht, nachdem der Karlsruher Bundesgerichtshof den Freispruch aufhebt. Nun sollen auch die falsch übersetzten Abhörprotokolle aus Safwans Besucherzelle verwandt werden. (FR 25.7.98)

Der Grevesmühlener Nazi Maik Wotenow gesteht nun bereits das zweite mal am Nazi-Massaker in Lübeck beteiligt gewesen zu sein. Wenige Tage widerruft er allerdings erneut sein Geständnis. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus bringt die Haltung von Staatsanwaltschaft, Polizei und Öffentlichkeit folgendermaßen auf den Punkt: „Nazi gesteht - aber keiner glaubt's!“ (ANNA 15/98)

Am 18. Juli, einige Tage vor der Gerichtsentscheidung des BGH, findet unter dem Motto „Schluß mit dem rassistischen Terror gegen Saf-

wan Eid!“ in Karlsruhe eine Demonstration regionaler Antifa-Gruppen statt.

Siebenwöchiger Streik von Bahnreinigern aus der Türkei in Nordrhein-Westfalen

Am 13. Mai beginnt der siebenwöchige Streik der Bahnreiniger aus der Türkei. An dem Streik für höhere Löhne beteiligen sich etwa 500 Bahnreiniger der Bahn AG-Tochter „Bahnreinigungsgesellschaft“. Der Streik ist aus Protest gegen den schlechten Tarifabschluß der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdED) von 0,53 bis 0,97 Prozent Lohnerhöhung begonnen worden. Da viele aus der GdED austraten und Mitglieder der dem Beamtenbund angegliederten Verkehrsgewerkschaft GDBA wurden, wird der Streik offiziell von dieser Gewerkschaft geführt. Während des Streiks leisten Mitglieder der GdED (DGB-Gewerkschaft) Streikbrecherarbeit und GdED-Betriebsräte organisieren den Streikbruch. (JW 2.6.98) Bei einer Protestaktion der Streikenden und Unterstützer/innen werden durch den BGS zwei Mitglieder einer Unterstützergruppe in Köln vorübergehend festgehalten. (JW 1.7.98) Während des Streiks erleiden zwei Streikende einen Herzinfarkt. Nach Beendigung des Streiks steht ein Zuschlag von lediglich 10 Pfennig und eine Einmalzahlung von 100 bis 300 Mark. Die Streikenden werden nach dem schlechten Tarifabschluß der GdED nun auch von der GDBA über den Tisch gezogen. Bei der Urabstimmung wird mehrheitlich eine Fortführung des Streiks beschlossen, doch eine „Mehrheit“ von 25 % für den Abbruch des Streiks genügt. Die Lage der Bahnreiniger aus der Türkei konnte trotz ihres Streiks nicht wesentlich verbessert werden. Hin-

zukommt, daß nach dem Streik einige der am Arbeitskampf beteiligten „kalt ausgesperrt werden. Nach Einschätzung eines Betriebsrates aus Köln bleibt aber als Ergebnis:

„Wir haben denen gezeigt, daß wir da sind, daß wir fähig sind zu kämpfen, daß wir geschlossen und solidarisch handeln.“ (JW 13.7.98)

Hungerstreiks, Besetzungen und Demonstrationen und andere Kampfformen gegen den staatlichen Abschiebeterror

In Saarbrücken sind 20 Kurd/innen seit dem 4. Juni im Hungerstreik und besetzen die Geschäftsstelle der SPD, um gegen ihre geplante Abschiebung in die Türkei zu protestieren. (UZ 26.6.98) Am 12. Juni beginnen rund 40 kurdischen Flüchtlingen unter anderem für die Anerkennung kurdischer Flüchtlinge als Kriegsflüchtlinge mit Bleiberecht einen Hungerstreik (Hungerstreikerklärung vom 12.6.98). Am 13. Juni findet in Düsseldorf eine Demonstration mit 1.500 Teilnehmer/innen für einen Abschiebestopp in die Türkei statt. (JW 16.6.98). Hungerstreik von 12 Flüchtlingen aus Algerien und Ägypten im Abschiebegefängnis in Mannheim. (ANNA 15/98). Im Abschiebegefängnis Berlin-Grünau - dessen Bau durch einen Bombenanschlag der antirassistischen Gruppe K.O.M.I.T.E.E. hinausgezögert werden konnte - sind am 6. Juli 2 kurdische Flüchtlinge seit drei Wochen im Hungerstreik. (FR 7.7.98)

Immer mehr Flüchtlinge verteidigen sich direkt gegen ihre Abschiebung. Da sich die Flüchtlinge vehement zur Wehr setzen, seien oft mehrere Abschiebeversuche notwendig und nach Angaben des BGS seien im ersten Halbjahr 1998 16 Be-

amte durch den Widerstand der Flüchtlinge verletzt worden. (FR 22.7.98)

Weitere militante Demonstrationen und Streiks gegen Massenentlassungen in Südkorea

Die südkoreanische Autofirma KIA hat die Arbeiter/innen von drei Fabriken für zehn Tage ausgesperrt, in Sohari gelingt es mehreren hundert Arbeiter/innen im Kampf gegen den privaten Werksschutz auf das Gelände der Fabrik zu kommen und sie zu besetzen.. (JW 16.6.98). In Seoul werden 350 streikende Arbeiter/innen der U-Bahn verhaftet nachdem sie eine Gleisanlage in Brand gesetzt haben. (JW 4.7.98). Am 8 Juli versuchen mehrere Hundert Arbeiter/innen aus einer Demonstration heraus den Sitz des Präsidenten zu stürmen. Dabei kommt es zu Kämpfen mit der Polizei. (JW 9.7.98) Mitte Juli gibt es mehrere Demonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmer/innen und einen zweitägigen Generalstreik mit mehren Zehntausenden Streikenden.(FR 13.7.98, JW 15.7.; 16.7.98) (Vgl. auch Pressepiegel 1/98)

Streiks und militante Demonstrationen auf Puerto Rico

Aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes wegen des Verkaufs der Telefongesellschaft an einen US-Konzern streiken Ende Juni 6.400 Arbeiter/innen über eine Woche. Am 25. Juni kommt es zu breiten Sabotageaktionen. Es werden Bomben gelegt, Bankautomaten und Telefonkabel zerstört. Es werden 345.000 Leitungen unterbrochen sowie die Hälfte der 750 Bankauto-

maten der Insel zerstört.(JW 27.6.98) Am 7. Juli treten mehrere Hunderttausend Arbeiter/innen in eine zweitägigen Generalstreik, der den öffentlichen Verkehr lahmlegt und die Zufahrt zum internationalen Flughafen blockiert. (JW 9.7.98)

Proteste und Kämpfe gegen die Unterdrückung der Berber in Algerien

Nach der Ermordung des Sängers und Verteidiger der Rechte der Berber in Algerien, Lounes Matoub, und der Verabschiedung eines Gesetzes, das das Hocharabisch als einzig offizielle Sprache duldet, kommt es im kabyleischen Gebiet Algeriens zu Straßenkämpfen gegen die Polizei, werden staatliche Gebäude angezündet. Als Reaktion auf den Mord und die Zwangsarabisierung hat eine neue Untergrundbewegung „Bewaffnete Berberbewegung“ (MAB) der Unterdrückung der Berber den Kampf angesagt.(FR 27.6.;8.7.98)

PDS Chefideologe André Brie und „Neues Deutschland“ diskutieren mit Nazis

In der rechten Zeitschrift „MUT“ gibt der „Chefideologe“ der PDS André Brie dem dort mehrfach schreibenden Redakteur des „Neuen Deutschland“ Marcel Baumann ein Interview. Baumann schreibt auch in der Nazi-Zeitung „wir selbst“ . (Der rechte Rand Nr. 53, Juli/August '98)

Daß dies kein Einzelfall ist zeigt die Ausgabe des ND vom 31. Juli 1998. In der Rubrik „Zur Debatte“ diskutieren Roland Wehl, Mitautor der „Jungen Freiheit“ und von „wir selbst“ (Thema: „Die Nation zur Sache des Volkes machen“) und

Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform der PDS .

Redaktion Pressespiegel

1998 Aug.–Sept.

Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus in Kosova

Weiterhin versucht der deutsche Imperialismus einen Kriegseinsatz in Kosova voranzutreiben. Bundeskanzler Kohl spricht zwar davon auf ein UN-Mandat zu warten, gleichzeitig bereitet er aber auch eine andere Option vor: *„Aber wir haben natürlich auch erlebt, auch im Zusammenhang mit der Entwicklung in Bosnien-Herzegowina, daß plötzlich eine Lage eingetreten ist, die so katastrophal war, daß die gesamte Weltöffentlichkeit zu recht sagte, ihr müßt jetzt etwas tun, etwas machen.“* (FR 13.9.98)

Vor allem durch das Bestreben des deutschen Imperialismus wird am 24. September eine UN-Resolution verabschiedet, die einen Kriegseinsatz politisch vorbereitet. Die Bundeswehr stellt für einen NATO-Einsatz 14 Kampfflugzeuge. (FR 25.9.98)

Deutschland versucht auch massiv Flüchtlinge aus Kosova abzuhalten. Das läßt sie sich 5 Millionen DM kosten, da *„Hilfe in der Region selbst wirksamer und kostengünstiger als die Aufnahme in Deutschland“* ist, so der Bundesminister für „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ Spranger. (TAZ 25.9.98)

Laut „Monitor“ und „The European“ (englische Zeitung) sollen der MAD und BND über Albanien die UCK mit Militärmaterial versorgt haben. Der BND habe militärische Führungskräfte ausgewählt, der MAD habe Kampfverbände geschult. (FR 25.9.98)

Bundeswehr stationiert Soldaten in Polen

Unter dem Mantel eines deutsch-polnisch-dänischen Korps innerhalb der NATO wird die Bundeswehr in Polen ab dem Frühjahr 1999 etwa 8.000 bis 10.000 Soldaten in Stettin stationieren. Rüge kündigte ähnliche Abkommen mit Tschechien und Ungarn an. (FR 7.9.98) Diese Abkommen und vor allem die Stationierung von etwa zehntausend deutschen Soldaten in Polen zeigt, daß der Revanchismus auch militärisch vom deutschen Imperialismus verstärkt vorangetrieben wird. Der Bundesgrenzschutz (BGS) geht bereits seit längerem auf der polnischen Seite der Grenze auf Streife. Nun wird gefordert, daß die BGSler in Zukunft auch bewaffnet sein dürfen. (FR 7.8./17.8.98) Eine weitere Durchdringung des polnischen Staatsapparates zeigt sich an der Kooperation der Geheimdienste zur Bekämpfung von u.a. „Terrorismus“ und Flüchtlingen. (FR 19.8.98), sowie an der geplanten *„Aufstellung gemeinsamer Ermittlungs- und Kontrollgruppen, die Bildung gemeinsamer Einsatzleitungen und gemischt besetzten Dienststellen des Grenzschutzes“*. (JW 20.8.98)

Verbot türkischer und kurdischer Organisationen

Am 13. August werden die beiden türkischen Organisationen DHKP-C und THKP/C, beides Nachfolgeorganisationen der bereits 1983 verbotenen Devrimci Sol, durch das Innenministerium verboten. Selbst die in der Türkei legal erscheinende linke Zeitung „Kurtulus“ wird unter dem Vorwand, ein Organ von DHKP-C zu sein, ver-

boten. (FR 14.8.98 / JW 28.8.98) Auch die Repression gegen Kurd/innen in Deutschland geht weiter. In Frankfurt/Main wird das Internationale Bürgerhaus unter dem Vorwand der PKK-Nähe verboten. (FR 26.8.98)

Antisemitische Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ soll aufgeführt werden

Das klar antisemitische Theaterstück von Fassbinder „Der Müll, die Stadt und der Tod“ soll nach der 1985 verhinderten Aufführung in Frankfurt nun im erneuten Anlauf in Berlin 1999 aufgeführt werden. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin Nachama kündigte an, alles zu tun um zu verhindern, *„daß, in welcher Form auch immer, dieses Dokument Goebbelscher Qualität“* aufgeführt wird. (TAZ 31.8.98) Der Intendant des Maxim Gorki Theaters, Bernd Wilms, gibt sich erstaunt über den Protest und sagt mit seinem Zynismus: *„Ich war davon ausgegangen, daß man Fassbinders Stück heute mit anderen Augen lesen könnte.“* (TAZ 1.9.98) Die „Tageszeitung“ spricht dann auch nur von einem *„angeblich antisemitischen Fassbinderstück“*. (TAZ 1.9.98)

Mordversuch an Antifaschisten durch Nazis in Rostock

Am Rande der antinazistischen Demonstrationen gegen den NPD-Aufmarsch in Rostock wird ein Antifaschist von einem Nazi mit dem Auto gezielt angefahren und schwer verletzt. Der Antifaschist liegt noch immer im Koma. Als Reaktion darauf kommt es in Uelzen am Tag darauf, am 20.9., zu einer spontanen Demonstration von etwa 100 An-

tifaschist/innen um auf den Mordversuch aufmerksam zu machen. (LVZ 21.9.98 / Presseerklärung der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen 20.9.8)

Demonstrationen und militante Aktionen gegen Nazis

Trotz verstärkter Naziwahlkampfauftritte werden die Nazis fast überall massiv von Antifaschist/innen gestört und teilweise auch militant bekämpft.

In Neubrandenburg und Strausberg stören Antifaschist/innen Kundgebungen der NPD (JW 10.8.98/11.8.98). In Radeberg greifen Flüchtlinge mit Stöcken Nazis an (TAZ 17.8.98). Auch Wahlkampfveranstaltungen des Bund Freier Bürger (BFB) wie in Dresden am 29. August werden gestört (TAZ 31.8.98). In Walldorf bei Frankfurt/M. geht das Auto des Republikaner-Direktkandidaten in Flammen auf (FR 5.9.98). In Göppingen und Münster demonstrierten etwa je 1.000 Nazi-Gegner/innen gegen Aufmärsche der NPD (JW 8.9.98/JW 14.9.98). In Bad Nauheim bei Frankfurt/M. greifen 15 verummte Antifaschist/innen mit Knüppeln einen Infostand des BFB an (FR 15.9.98). In Rostock nehmen an zwei Demonstrationen insgesamt 10.000 Menschen teil, etwa 1.500 Antifaschist/innen versuchen mit Angriffen auf Nazis und Blockaden den NPD-Aufmarsch zu behindern, was auf Grund des großen Polizeiaufgebots kaum gelingt. (Jungle World 39/98, LVZ 21.9.98, Presseerklärung der Antifa Aktion Lüneburg/Uelzen). In Passau, Schwedt und Salzwedel demonstrieren Antifaschist/innen gegen die Nazis. In Cottbus liefern sich Antifaschist/innen mit Stei-

nen und Feuerwerkskörpern eine Straßenschlacht mit den Nazis.(JW 28.9.98/29.9.98)

„Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“

Mit einem Bus ziehen Flüchtlingen (Kurd/innen, Iraner/innen, Tamilen und Menschen aus verschiedenen afrikanischen Ländern) vom 14.8. bis zum 20.9. durch 40 deutsche Städte, um auf ihre Situation in Deutschland aufmerksam zu machen und ihre Forderungen mit Kundgebungen und Demonstrationen zu verstärken. An der Abschlußdemonstration am 19. September in Köln nehmen etwa 2.500 Antirassist/innen teil. (Flugblatt der Karawane, JW 21.9.98)

In der Erklärung der Karawane heißt es:

„Wir Flüchtlinge sind die Folge deutscher ‘Interessenswahrnehmung’ im Ausland. Wir werden es nicht zulassen, daß Deutschland seine Verantwortung für die Ursachen der Flucht leugnet. Deutschland unterstützt antidemokratische Regimes und Diktaturen, die die Menschenrechte mit Füßen treten, aber sehr gut für die deutschen Geschäftsinteressen sind. (...) Wenn wir als Flüchtlinge hier ankommen, werden wir kriminalisiert und gedemütigt. Wir werden in Schiffe und Lager gesperrt, unsere Sozialhilfe wird immer weiter gekürzt, unser Recht zu arbeiten ausgehöhlt(...). Wir werden beschuldigt, die Ursache aller sozialen Probleme in Deutschland zu sein. Wir sind Mißhandlungen durch die Polizei und unfairen Asylverfahren ausgesetzt, werden in Abschiebeknäste gesteckt und am Ende abgeschoben (...). Wir werden uns wehren! Wir werden nicht nur die Probleme, die wir hier in Deutschland

haben, zur Sprache bringen, sondern auch die Leiden unserer Brüder und Schwestern, die wir zurücklassen mußten!“

(Flugblatt der „Karawane“)

Streiks, Fabrikbesetzungen und militante Kämpfe gegen die Räumung der besetzten Fabriken in Südkorea

Auch im August/September gibt es in Südkorea heftige Kämpfe der Arbeiter/innen der beiden Autohersteller Hyundai und Mando gegen geplante Entlassungen.

Seit dem 20. Juli streiken die Arbeiter/innen bei Hyundai gegen die Entlassung von ca. 2.000 bis 3.000 Kolleg/innen. (FR 4.8.98) Nach militanten Kämpfen konnten die Arbeiter/innen am 11. August in Ulsan die Wiederaufnahme der Arbeit nach den Betriebsferien verhindern. Dabei werden mehrere Manager und leitende Angestellte von den Arbeiter/innen militant angegriffen. Danach wurde die Fabrik in Ulsan von 4.500 Bereitschaftspolizisten umstellt. (FR 12.8.98) Das Fabrikgelände wird von 15.000 Arbeiter/innen sowie Familienangehörigen besetzt und mit Barrikaden gesichert. Die Regierung droht mit der Erstürmung der besetzten Fabrikanlage durch 14.000 Soldaten (FR 18.8.98) und versucht die Besetzer/innen durch martialische Scheinangriffe von tausenden Polizisten einzuschüchtern. (JW 19.8.98) Nicht nur die Bewaffnung mit Eisenstangen, Errichtung von Barrikaden zeichnet das militante Verhalten der Arbeiter/innen bei Hyundai aus, auch ihre Verhandlungsdelegationen wird von verummten Kolleg/innen geschützt. (JW 22.8.98) Zunächst wurde der Streik nach 38 Streiktagen mit einem

Kompromiß beendet, der allerdings auch bei den Streikenden auf Kritik stieß. (FR 25.8.98) Etwa 200 Streikende demonstrieren gegen den Kompromiß vor der Gewerkschaftszentrale. (JW 26.8.98) Bei der Abstimmung wurde dieser Kompromiß auch abgelehnt. (FR 2.9.98)

Am 17. August traten 4.500 Arbeiter/innen aus Fabriken des Autoherstellers Mando ebenfalls gegen geplante Entlassungen in den Streik. (FR 18.8.98). Auch hier wurden alle sechs Fabrikanlagen von den Streikenden besetzt und die Produktion stillgelegt. Am 3. September werden alle sechs Fabriken von massiven Polizeikräften mit Wasserwerfern, Tränengas und Hubschraubern gestürmt. Im Hauptwerk in Pyongtaek wird mit Brandsätzen gegen die Polizeikräfte ein starker Widerstand geleistet. Etwa 100 Arbeiter/innen werden verhaftet, ein Arbeiter wird schwer verletzt. (FR 4.9.98; JW 4.9.98)

Militante Kämpfe der Werktätigen in Chile gegen Feiern zum Militärputsch von 1973

Die herrschenden Klassen Chiles hatten den 11. September, den chilenischen „Feiertag“ im Andenken an den faschistischen Militärputsch von 1973, zum Tag der „nationalen Aussöhnung, der Stärkung der nationalen Einheit“ erklärt. Gleichzeitig wird vor allem über die Hauptstadt der Belagerungszustand verhängt. Denn die herrschenden Klassen wissen nur zu gut, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter Chiles nicht so „versöhnungsbereit“ sind. In der Nacht zuvor wurden mehrere Polizeikasernen beschossen und die Stromversorgung an 22 Stellen unterbrochen. Demonstrant/innen versuchten mit Stöcken, Stei-

nen und Molotovcocktails bewaffnet die Polizeisperren zu durchbrechen um zum Präsidentenpalast zu kommen. Bei den Kämpfen werden drei Demonstrant/innen von Polizei und Carabinieri ermordet. Aber auch viele Polizisten und Carabinieri müssen in die Krankenhäuser eingeliefert werden. (TAZ 14.9.98, Gegen die Strömung 9/98 „Unterstützen wir die beispielhaften militanten Kämpfe der Werktätigen in Chile“)

PDS in der Nähe von Nazis und Reaktionären

Wegen der Vermietung von Privaträumen an die NPD tritt nun der Kreistagsabgeordnete der PDS in Mecklenburg-Vorpommern zurück. (JW 17.9.98)

In Frankfurt/Oder haben PDS-Mitglieder gemeinsam eine Bürgerinitiative mit Nazis des „Bund Freier Bürger“ für die Abwahl des Bürgermeisters gestartet (JW 17.9.98)

Ein PDS-Kandidat für die Bundestagswahl fordert den „Zuzug von Wirtschaftsflüchtlingsen zu stoppen“. (JW 24.9.98)

„Neues Deutschland“ - weiterhin im braunen Sumpf

Während im „Neuen Deutschland“ weiterhin Nazis, wie Prof. M. Nier aus dem Arbeitskreis Wirtschaftspolitik der NPD, in Leserbriefen eine Plattform für ihre Nazi-Hetze bekommen, werden kritische Briefe zensiert und gekürzt. (Jungle World 35/98), vgl. auch Pressespiegel Nr. 2/98)

„K“PD/Gelsenkirchen mit Naziparolen gegen die Einwanderung von Arbeiter/innen aus anderen Herkunftsländern

Die „K“PD/Gelsenkirchen stellt sich in ihrem Zentralorgan „Roter Stern“ Nr. 1/98 „gegen einen ungehinderten Zustrom von Ausländern.“ Diese chauvinsitische Forderung wird gar als Kampf „gegen die Bourgeoisie und ist damit Teil des Klassenkampfes“ dargestellt.

Redaktion Pressespiegel

1998 Okt.-Nov.

Deutscher Imperialismus stationiert Truppen in Mazedonien

Der deutsche Imperialismus verstärkt seine militärischen Aktionen in Ex-Jugoslawien. Neben der Bereitstellung von 14 Tornados für den Einsatz der NATO in Kosova (JW 1.10.98) und einer Luftüberwachungseinheit mit 350 Bundeswehrsoldaten, werden im Rahmen der sogenannten „Evakuierungstruppe“ für die OSZE-Beobachter in Kosova 250 deutsche Soldaten in Mazedonien stationiert. (JW 11.11.98/ TAZ 19.11.98) Diese sollen aber zu jeder Zeit aufgestockt werden können, in dem Teile der deutschen Soldaten, die in Bosnien stationiert sind mit eingreifen. Der deutsche Imperialismus stellt auch 200 Beobachter für die OSZE in Kosova. (FR 19.11.98)

Der neue Kriegsminister Scharping drohte unterdessen, daß die deutschen Soldaten in Bosnien noch weitere zwei bis drei Jahre stationiert bleiben, um dort Justiz, Medien und Polizei aufzubauen. (FR 27.11.98)

Deutscher Imperialismus ökonomisch weltweit auf dem Vormarsch

Die Deutsche Bank kauft die us-amerikanische Bank Bankers Trust und wird somit zur größten Bank der Welt. (ND 25.11.98) Ebenso wird die Hoechst AG durch den Zusammenschluß mit der französischen Firma Rhone-Poulenc zum weltgrößten Pharma- und

Agrochemiehersteller. Durch den Zusammenschluß von DASA (Daimler Benz) mit British Aerospace soll der französische Konkurrent ausgeschaltet werden. (Spiegel 49/98) Ein anderes Beispiel ist, daß fast die gesamte Presse in Tschechien mittlerweile deutschen Zeitungskonzernen gehört. (Politische Berichte 21/98)

Staatlicher Rassismus - Innenminister gegen Einwanderung nach Deutschland

Innenminister Schilly beginnt mit seiner Aussage im Berliner Tagesspiegel die Debatte um die Verschärfung des staatlichen Rassismus: *„Selbst wenn wir ein Zuwanderungsgesetz hätten, müßte eine Zuwanderungskommission die Zuwanderungsquote auf Null setzen. Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“* (JW 16.11.98)

Die Praxis des staatlichen Rassismus mit Abschiebeterror, Ablehnung medizinischer Behandlung von Flüchtlingen wie in Thüringen (FR 21.11.98/ ND 25.11.98), Streichung oder drastischer Kürzung der Sozialhilfe, was einer faktischen Aushungerung von Flüchtlingen gleich kommt - unter aktiver Mithilfe von PDS Sozialdezernenten- (Jungle World 45/98), treibt immer wieder Flüchtlinge dazu sich das Leben zu nehmen. In Gelnhausen versuchte sich ein 16 jähriger Flüchtling aus der Türkei aus Angst vor seiner Abschiebung zu verbrennen. (FR 29.10.98) In Halle hat sich ein 16 jähriger Mann aus Indien im Abschiebegefängnis erhängt. Ein weiteres

Opfer des mörderischen deutschen Abschiebeterrors. (FR 16.11.98)

Walters Rede - hetzt im Stil der „Deutschen Nationalzeitung“ gegen Auschwitz als angebliche „Moralkeule“

Walser hetzt bei seiner Rede anlässlich der Verleihung des „Friedenspreis des deutschen Buchhandels“ im Tenor der Nazis gegen die *„Dauerrepräsentation unserer Schande“*, gegen die *„Instrumentalisierung unserer Schande“*, gegen die *„Drohroutine“* der Erinnerung an Auschwitz als angebliche *„Moralkeule“*. Applaus erhält Walser von der Deutschen Nationalzeitung der DVU, die auf der Titelseite in ihrer Ausgabe vom 16.10.98 schreibt: *„‘Auschwitz als Moralkeule’ - Martin Walters Tabu-Bruch“* und druckt Teile der Rede ab. Die nazistische Junge Freiheit (43/98) druckt die gesamte Rede ab. Die DKP-Zeitung *„Unsere Zeit“* vom 16.10. applaudiert der Rede Walters, da er sich für die Freilassung eines früheren DDR-Spions einsetzt. Zum weiteren Inhalt heißt es lapidar von einer *„durchaus widerspruchsvollen Rede“*.

Proteste gegen Walser wie in Berlin anlässlich der *„Berlin-Brandenburger Buchwochen“* bleiben die Ausnahme. Antifaschistinnen und Antifaschisten protestieren bei der Veranstaltung mit Flugblättern und Transparenten. In dem Flugblatt heißt es, daß sich Walser nun *„endgültig als rechtsextremistischer Intellektueller geoutet“* hat und daß er die Verbrechen des Nazifaschismus rehabilitieren will. Weiterhin

heißt es „*Deutschland denken, heißt Auschwitz denken!*“ (FR 2.11.98)

Antiziganistischer Brandanschlag und Hetze gegen Roma

„*In der Nacht vom 18. zum 19.10.1998 ereignete sich in Frankfurt am Main/Fechenheim ein Brandanschlag. Ziel war eine aus Rumänien geflüchtete Roma-Familie, darunter auch minderjährige Kinder. Nur der Aufmerksamkeit der Betroffenen war es zu verdanken, daß dem Anschlag niemand zum Opfer fiel. Teile der Fechenheimer Anwohner machen seit Monaten Stimmung gegen die Roma. Gerüchte, Unterstellungen und rassistische Äußerungen begleiteten die Tat.*“ (Presseerklärung der Roma-Union Frankfurt vom 28.10.98) Der rassistische CDU-Politiker Bodenstedt hetzt nach dem Anschlag, daß die Familie „*ein gerüttelt Maß an Schuld*“ trage, da sie sich nicht angepaßt habe. (FR 21.10.98) In der Presseerklärung der Roma-Union heißt es richtig, daß Bodenstedt „*sich so zum geistigen Brandstifter des Anschlages*“ gemacht hat. Bodenstedt, der auch für die Nazi Zeitung Criticon schreibt, ist schon länger für seinen Rassismus bekannt. Am 2. November findet vor dem Haus der Roma-Familie eine Solidaritätskundgebung von 150 Antirassistinnen und Antirassisten statt. (Frankfurter Neue Presse, 3.11.98)

Antinazistische Gegenwehr und Demonstrationen

Nachdem in Halle 20 Nazis vier Männer aus Nepal angegriffen haben, eilen 20 weitere Männer aus Nepal zu Hilfe und greifen die Nazis an. (FR 19.10.98) In Hauzenberg bleibt ein Nazi nach einem militanten Angriff von Antifaschistinnen und Antifaschisten liegen und muß wegen eines Messerstiches ins Krankenhaus. (FR 19.10.98) In Potsdam wird auf dem Bahnhof ein Naziangriff durch das Eingreifen von Passanten abgewehrt. (FR 22.10.98) Ein Angriff von Nazis auf die Besatzung eines norwegischen Frachters im Hafen von Wolgast, endet damit, daß sie von der Besatzung überwältigt und auf dem Schiff eingesperrt werden. (JW 3.11.98) In Potsdam werden Nazis, die eine Gruppe von Flüchtlingen aus dem Sudan, rassistisch beschimpfen und mit einer Pistole bedrohen, durch den energischen Einsatz der Flüchtlinge entwaffnet und überwältigt. (JW 28.11.98)

Mit Demonstrationen protestieren in mehreren Städten Antinazistinnen und Antinazisten gegen das Auftreten der Nazis und ihren Terror. In Königswusterhausen demonstrieren etwa 700 gegen einen Nazitreffpunkt, während der Demo kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen mindestens 5 Demonstrant/innen teilweise schwer verletzt werden. (JW 19.10.98) Durch antifaschistische Aktionen in Ulm und Nürnberg kann das Jahrestreffen des revanchistischen Witikobundes verhindert werden. (ANNA

22/98) In Bonn kommt es bei Protesten gegen einen NPD-Aufmarsch, der sich gegen die Ausstellung „*Verbrechen der Wehrmacht*“ richtete zu Straßenblockaden und Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mit Steinen und Flaschen angegriffen wird. Die Polizei schützt den NPD-Aufmarsch, kesselt die Demonstration für mehrere Stunden ein und nimmt 220 Antifaschistinnen und Antifaschisten fest. (TAZ 26.10.98) In Augsburg demonstrieren 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Nazi-Laden. (Politische Berichte 23/98) Gegen den Nazitreffpunkt Café Germania in Berlin demonstrierten anlässlich des Jahrestages der Ermordung des Antifaschisten Silvio Meier 1992, 2.500 Antinazistinnen und Antinazisten. (JW 23.11.98)

Streiflichter internationaler Kämpfe

Frankreich: In Marseille wird das Büro der Front National durch einen Bombenanschlag beschädigt. Mit ihrem Namen „*Francs Tireurs Partisans*“ stellt sich die antifaschistische Gruppe, die sich zu dem Anschlag bekennt, in die Tradition des bewaffneten kommunistischen Widerstands gegen Nazideutschland. (FR 26.10.98) Durch einen weiteren Bombenanschlag in Vitrolle kann ein Konzert der faschistischen Front National nicht stattfinden. (TAZ 30.10.98)

Kolumbien: Am 7. Oktober gibt es in Kolumbien den zweiten Generalstreik innerhalb von 2 Wochen. Am 9. Oktober setzte die Regierung Militäreinheiten zur

Niederschlagung des als illegal erklärten Streiks ein. Mehrere Tage gibt es Straßenschlachten mit Polizei und Militäreinheiten, die die Besetzung einer Bank beenden wollen. Am 14. Oktober demonstrieren Hunderttausende in Bogotá zur Unterstützung des Streiks. (Aufbau Nr. 12)

Peru: Im Laufe einer Demonstration in Lima unter dem Motto „Nieder mit der Diktatur“ stürmen etwa 300 Demonstrantinnen und Demonstranten den Präsidentenpalast und setzen ihn teilweise in Brand. (JW 2.10.98)

Frankreich: Mehrere Hunderttausende Schülerinnen und Schüler protestieren über Wochen gegen überfüllte Klassen und zu wenig Lehrer. Es kommt auch immer wieder zu direkten, auch militanten Kämpfen mit der Polizei. (JW 13./17.10.98, FR 14./21.10.98, TAZ 16.10.98, TAZ 6.11.98)

Simbabwe: Mit zwei landesweiten Generalstreiks am 11. und 18. November protestieren Arbeiterinnen und Arbeiter und andere Werktätige gegen drastische Preiserhöhungen und gegen Millionenausgabe für die Entsendung von Truppen in den Krieg im Kongo. Es kommt zu Straßenkämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter mit der Polizei und Armee. (TAZ und FR 12.11.98, JW 19.11.98)

PDS - gegen antinazistische Demonstration, für die Zusammenarbeit mit REP, NPD und BFB

In Königswusterhausen distanziert sich die PDS von einer antifaschistischen Demonstration gegen den Nazitreffpunkt

„Oase“. Der Aufruf „*Grabt der 'Oase' das Wasser ab*“ ist der pazifistischen PDS bereits zu militant. Während die PDS sich gegen die berechnete Anti-Nazi-Demo stellt und den Nazitreffpunkt unterstützt und finanziert, (JW 15.10.98) arbeitet die PDS in anderen Städten mehr oder weniger offen mit Nazis zusammen:

In Eisenhüttenstadt gelingt es den Reps mit Hilfe der PDS in den Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung zu kommen. Die PDS fordert, man müsse sich „*demokratisch mit den Reps auseinandersetzen*“. Was dies bedeutet zeigte sich, als ein Abgeordneter auf der Toilette die Reps mit „*diese Nazis*“ bezeichnete, und mit den Stimmen der PDS eine offizielle Rüge erhält. (Jungle World 45/98)

Nach dem Einzug von „Bund Freier Bürger“ (BFB) und NPD ins Stadtparlament Frankfurt/Oder heißt es in einem gemeinsamen Statement von SPD, GRÜNE und PDS, daß man zunächst prüfen wolle „*inwiefern NPD und BFB zur Sacharbeit bereit seien (...)* *Vielmehr sollen ihre Äußerungen hinterfragt und auf ihren konstruktiven Inhalt geprüft werden.*“ (UZ 9.10.98)

Redaktion Pressespiegel

1998 Dez.

Tornados zur Überwachung von Eisenbahnanlagen eingesetzt

Anlässlich von Erpressungen gegen die Deutsche Bahn erreicht die Militarisierung in Deutschland einen erneuten Höhepunkt. Zur Überwachung der Eisenbahnschienen/anlagen werden Tornado-Kampfflugzeuge eingesetzt. (FR 22.12.98) Es sind laut Handelsblatt die Flugzeuge, „*die ihre Späharbeit für Sicherheit und Friedfertigkeit zuvor schon in den Balkan-Konflikten von Bosnien und Kosovo geleistet hatten*“ (zitiert nach JW 23.12.98)

Antisemitischer Nazi-Sprengstoffanschlag auf das Grab von Heinz Galinski

Am 20. Dezember wurde die Grabplatte auf dem Grab von Heinz Galinski, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland durch eine Rohrbombe zerstört. (FR 21.12.98) Deutsche Politiker und Polizei versuchten so gleich diesen antisemitischen Angriff zu verharmlosen. Roman Herzog spricht von „*wirren Einzelgängern*“, der Berliner CDU-Bürgermeister Diepgen: „*Ärgerlich, daß wir durch Taten von einzelnen Verrückten und Kriminellen immer wieder in einen Erklärungsbedarf gedrängt werden.*“ (FR 21.12.98)

Bundesweiter Aktionstag gegen die Nachfolgesellschaft der IG Farben

In mehreren Städten finden Aktionen gegen die IG Farben (in Auflösung) und für die Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen. In Frankfurt wurde das Büro der IG Farben vorübergehend von

Antinazist/innen besetzt und mit einer Pressekonferenz auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht:

Sofortige Auflösung der Aktiengesellschaft und Überführung ihres Vermögens in eine Stiftung für die Entschädigung der Zwangsarbeiter/innen.

Die Besetzer/innen werden von der Polizei geräumt und alle 11 werden von der Polizei zur Personalfeststellung abgeführt. (FR 19.12.98) In weiteren Städten in Deutschland sowie in Paris gibt es weitere Aktionen:

In Berlin wird an der SPD-Zentrale eine symbolische Gedenktafel für die Zwangsarbeiter/innen angebracht. In Mölln wird vor dem Privathaus des IG Farben „Liquidators“ demonstriert. In Paris unterstützen Kämpfer/innen der französischen Resistance mit einer Kundgebung vor der deutschen Botschaft die Forderungen. Auch in Marburg und Braunschweig gibt es Kundgebungen. (TAZ 19.12.98)

Militante Kämpfe gegen rassistischen Polizeiterror in Frankreich

Nachdem am 14. Dezember in Toulouse der 17 jährige Habib von Polizisten erschossen wird kommt es in Toulouse und anderen Vorstädten Frankreichs zu militanten Kämpfen gegen den rassistischen Polizeiterror. Mit Steinen, Brandsätzen und Barrikaden gehen in den ersten drei Tagen nach dem Mord Jugendliche gegen die Polizei vor. Es werden Polizeiautos, Busse und eine Polizeiwache zerstört. (JW 15.12.98/ FR 16.12.98/ Jungle World 52/1) Bereits am 12.12. kommt es anlässlich des Jahrestages der Ermordung von Abdelkader Bouziane im Pariser Vorort Dammarie-les-Lys zu Straßenkämpfen gegen die Polizei.

In der Nacht zum 19. Dezember kommt es auch in Lyon anlässlich des Jahrestages der Erschiebung von Farbrice Fernandez auf einer Polizeiwache zu militanten Straßenkämpfen. In Rehon (Lothringen) zünden Jugendliche eine Apotheke, deren Besitzer einen Einbrecher erschossen hatte. In einer weiteren lothringischen Stadt kommt es zu Kämpfen mit der Polizei. (Jungle World 52/1) Am 20. Dezember wird ein Polizeiwagen beschossen und ein Polizist verletzt. (FR 21.12.98) Auch in Straßburg kommt es an mehreren Tagen zu militanten Kämpfen in den Vorstädten. (FR 28.12.98/ TAZ 29.12.98)

Redaktion Pressespiegel

1999

1999 Jan.–Feb.

Deutscher Imperialismus verstärkt Bundeswehrtruppen in Mazedonien mit Kampfpanzern

Nach der Stationierung von Bundeswehreinheiten in Mazedonien (etwa 500 Soldaten) sollen für den Kriegseinsatz in Kosova 5.500 bis 6.000 Soldaten der Bundeswehr, 30 Kampfpanzer Leopard II und 20 Schützenpanzer stationiert werden. Die Verschiffung über Tessaloniki und ihre vorläufige Stationierung in Griechenland und Mazedonien hat bereits begonnen. (FR 4.2.99; 23.2.99; FAZ 28.2.99) Auch eine Beteiligung der Bundeswehr an Luftangriffen auf Serbien wird offiziell nicht mehr ausgeschlossen. (BILD am Sonntag, 28.2.99). Deutsche Panzer, die bereits im zweiten Weltkrieg auch auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien Terror verbreiteten, sollen nun erstmals nach 1945 zu Kriegseinsätzen eingesetzt werden.

Aktionen gegen die chauvinistische Unterschriftenkampagne der CDU/CSU

Als Reaktion auf die angekündigte Einführung einer möglichen „doppelten Staatsbürgerschaft“ der Bundesregierung starten CDU/CSU mit Zustimmung von NPD und REP (TAZ 9.1.99) eine Unterschriftenkampagne. Es wird eine rassistische Hetze geschürt, die breite Zustimmung findet. An den Unterschriftenständen sind rassistische Äußerungen wie: „Die sollen gefälligst nach Hause gehen.“ (JW 18.1.99) „Wo kann man gegen die Türken unterschreiben?“ (JW 29.1.99) keine

Ausnahme. Auch antisemitische Hetze war immer wieder zu hören: „Das macht die SPD nur, um mit den Türken-Stimmen ihre Mehrheit zu sichern, aber die jüdisch unterwanderte Presse schreibt nicht darüber.“ (FR 18.1.99) „Hau doch ab nach Israel!“, „Wieviel hat Euch der Bubis gezahlt, daß ihr provoziert?“ (JW 29.1.99)

In Aachen und Berlin werden CDU-Geschäftsstellen besetzt (ANNA 2/99, JW 26.1.99) In Frankfurt/Main, Berlin, Bonn, Hannover und Hamburg gibt es direkte Angriffe auf die CDU-Stände (FAZ 24.1.99, FR 18.2.99). In Brandenburg gibt es seit dem Beginn der Unterschriftenkampagne der CDU 5 Anschläge mit Steinen, Farbbeuteln etc. auf CDU-Einrichtungen (JW 11.2.99); weitere in Berlin (JW 21.1.99) und Darmstadt (FR 5.2.99). In Göttingen muß der CDU-Vorsitzende Schäuble eine Veranstaltung an der Universität auf Grund des Protest einiger hundert Antirassist/innen abbrechen. (JW 23.1.99) Daß aber auch der Gesetzesentwurf der SPD/GRÜNEN zur „doppelten Staatsbürgerschaft“ von Chauvinismus geprägt ist, stellen Antirassist/innen in Kassel klar und besprühen die SPD-Zentrale mit der Parole „Rassisten sind auch hier im Haus“ (FR 17.2.99)

Nazi-Mord an Omar Ben Noui

Im brandenburgischen Guben wird in der Nacht zum 13. Februar 1999 der algerische Flüchtling Omar Ben Noui nach organisierter Nazi-Hetzjagd vor den Augen der deutschen Polizei in den Tod getrieben. Mit 10–15 Autos und Handys jagen die Nazis Omar Ben Noui, Bensaha Khaled und Isak-

ka Kaba begleitet von Nazi-Parolen durch die Stadt. Auf der Flucht tritt Omar eine Glastür eines Wohnhauses ein und verletzt sich so schwer, daß er kurz darauf verblutet. Während zunächst die Nazi-Mörder frei herumlaufen, wird Issaka mehrere Stunden lang von der Polizei gefesselt festgehalten, da er einen der Nazis verletzt haben soll. (JW 17.2.99) Die fünf vorläufig Festgenommenen und später angeklagten Ronny Hahn, Rene Kubitzka, Jörg Donath, Daniel Tschakowski und Christian Kaschke sind organisierte Nazis. (Jungle World Nr. 8, 17.2.99)

Am nächsten Morgen gibt es am Ort des Nazi-Mordes eine Mahnwache. Am Sonntag demonstrieren mehrere hundert Antifaschist/innen gegen den Nazi-Mord. (JW 16.2.99) Als Antifaschist/innen eine Gedenktafel am Ort des Nazi-Mordes anbringen wollen, werden sie von der Polizei mit der Begründung „Sachbeschädigung“, darin gehindert. (JW 22.2.99)

Vgl. „Gegen die Strömung“ 2/99, Seite 3

Demonstration und militante Aktionen gegen NPD-Aufmarsch in Kiel

In Kiel marschieren am 30. Januar 1999, Jahrestag der Übergabe der politischen Macht an die Nazis, rund 1.000 Nazis der NPD gegen die Ausstellung über die Verbrecher der Wehrmacht 1941-1944. Zur Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch kommen zunächst etwa 2.500 Menschen. Neben Grünen, Gewerkschaften, Landesverband der Sinti und Roma, der SSW (Partei der dänischen Minderheit), DKP, PDS und Antifa-Gruppen beteiligen sich auch 150 Antifaschist/innen aus Dänemark, sowie einige Antifaschist/innen aus Schwe-

den. (ANNA 3/99) Nach spontaner Abänderung der Demo-Route beteiligen sich etwa 1.000 Demonstrant/innen an einer Straßenblockade. Durch die vielen militanten Angriffe von Antinazist/innen auf den NPD-Aufmarsch müssen sie ihren Aufmarsch nach wenigen hundert Metern wieder abbrechen und werden von der Polizei geschützt zum Auftaktplatz eskortiert. Auszug aus Kieler Nachrichten vom 1. Februar 1999 über die militanten Aktionen: „An der Ecke Möllingstraße fliegen urplötzlich Bierdosen, Tomaten, Flaschen und erste Steine auf die Marschierer. Woher die rund 50 Autonomen gekommen sind, die den Zug mit allen Mitteln aufhalten wollen, ist kaum nachvollziehbar. (...) Am Knopper Weg ist wieder Schluß.“ Die Antifaschist/innen „haben von der Umleitung längst Wind bekommen, trommeln über Handy Grüppchen zur Fleethörn. Als die Rechten dort einbiegen, fliegen wieder Steine und Flaschen. Auch die Polizei kriegt jetzt gezielt Wurfgeschosse ab. (...) Minuten später stockt der Zug. (...) Der Rückzug der JN zum Wilhelmsplatz geht im Hagel von Flaschen und Steinen vorbei am Exer“

Durch entschlossenes und flexibles Vorgehen mit direkten Angriffen auf die NPD/JN bzw. Bau von Barrikaden schaffen es die Antifaschist/innen trotz dem Einsatz zweier Wasserwerfer und 1.600 Polizisten den Aufmarsch zum Scheitern zu bringen.

Im Chor mit SPD und GRÜNEN hetzt „Junge Welt“ gegen die Antifa-Aktionen:

„Trotz des erklärten Willens vieler, sich nicht in eine Konfrontation mit der Polizei treiben zu lassen, fanden sich immer einige, die mit Stein- und

Flaschenwürfen den Beamten Anlässe zum Eingreifen lieferten.“ (JW 1.2.99)

Unkommentierte Hetze eines Leserbriefschreibers in DKP-Zeitung:

„Kriminelle Gewalt bei der Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Kiel (...) eine Minderheit der 'Antifaschisten' in ihrer Gewaltbereitschaft den Faschos zumindestens ebenbürtig waren“ (UZ 26.2.99; Siehe Seite 113 im Pressespiegel)

Militante Aktionen und Proteste der Kurdinnen und Kurden gegen die Verhaftung Öcalans

Seit der Verhaftung von Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK, gibt es in ganz Europa Hungerstreiks, Demonstrationen, Besetzungen von vor allem griechischen Konsulaten/Botschaften, verschiedenen Parteibüros und militante Kämpfe gegen die Polizei. (London, Kopenhagen, Den Haag, Paris, Marseille, Straßburg Zürich, Bern, Genf, Stockholm, Rom, Moskau, Wien, Brüssel, Sofia, Athen, Istanbul; Vgl. Welt 17.2.99, TAZ 17.2.99, BILD 18.2.99, 19.2.99; TAZ 22.2.99)

Vgl. Pressespiegel Seite 84-96)

Am 16. Februar kommt es in Frankfurt und Hamburg nach Angriffen auf das griechische bzw. britische Konsulat zu militanten Kämpfen mit der Polizei. (BILD 17.2.99, Hamburger Abendblatt 17.2.99)

Auch in Köln, Berlin, Stuttgart, Hannover, Leipzig, Düsseldorf, Bonn, Wiesbaden, Mainz, Kassel und Bielefeld gab es Besetzungen, Demos und militante Kämpfe. (TZ 17.2.99, TAZ 17.2.99, FR

18.2.99, BILD 19.2.99, FR 19.2.99, FR 22.2.99, FAZ 28.2.99)

Bei der versuchten Erstürmung der israelischen Botschaft in Berlin werden Ahmet Acar, Sema Alp, Mustafa Kurt, sowie ein weiterer Kurde von israelischen Geheimdienstagenten erschossen, 16 Kurd/innen wurden durch Schüsse verletzt.

Begleitet von einer anti-kurdischen Hetze von TAZ bis BILD werden weitere Verschärfungen der Gesetze und Abschiebungen von Kurd/innen in die Türkei vorangetrieben. (FR 18.2., 19.2.99; TAZ 19.2.99, BILD 19.2.99) Die Münchner Tageszeitung bezeichnet die Kurd/innen als Helfershelfer der Nazis und diffamiert sie als Unterstützer des Nazi-Mordes in Guben. (TZ 17.2.99)

Siehe „Gegen die Strömung“ 2/99 „Der türkische Folterstaat und alle Reaktionäre der Welt werden den Sieg des gerechten kurdischen Befreiungskampfes nicht verhindern können!“

Revisionisten und Pseudo-Kommunisten wie PDS, DKP und MLPD distanzieren sich von den berechtigten militanten Aktionen der Kurd/innen.

PDS-Fraktionsvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern Gramkow betont, daß die PDS „keinerlei Verständnis“ für Gewaltakte hat. (JW 19.2.99)

Die DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ schreibt, daß sie die Aktionen der Kurd/innen ablehnen, da diese „nicht der Stärkung des demokratischen Widerstandspotentials für eine Lösung des kurdischen Problems“ dienen. (UZ 26.2.99)

Die MLPD distanziert sich in einer Presseerklärung des Zentralkomitees vom 23.2.99 von

„isolierten, sektiererischen Aktionen, wie die Besetzung von Reisebüros, Botschaften, Geiselnahmen von Botschaftern und ähnliches.“

Weiter heißt es: „Aber angeklagt werden muß in erster Linie die Bundesregierung...“ (Hervorhebung von der Redaktion). Ohne es auszusprechen, werden auch die Aktionen der Kurd/innen angeklagt, eben nur nicht in erster Linie. Danach verknüpft die MLPD ihre Unterstützung der Kurd/innen mit friedlichen Demonstrationen: „Die MLPD beteiligt sich an gemeinsamen friedlichen Demonstrationen.“ (RF 8/99)

Besetzungen von Schulen und militante Demonstrationen in Griechenland

Seit mehreren Monaten dauern in Griechenland die Proteste der Schüler/innen und Lehrer/innen gegen Verschlechterungen im Bildungsbereich. Mehr als 600 Schulen sind landesweit besetzt, in weiteren 130 Schulen wird der Unterricht boykottiert. Im Dezember 1998 sind sogar 1.400 Schulen besetzt. Bei der Demonstration am 15. Januar von 30.000 Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern in Athen kommt es während der Demo zu Kämpfen mit der Polizei, die mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen wird. Landesweit beteiligen sich 120.000 bis 160.000 Menschen an den Aktionen, wo es auch immer wieder zu Kämpfen mit der Polizei kommt. Die Gewerkschaft der Lehrer/innen reagierte auf die Angebote der Regierung mit einem zweitägigen landesweiten Streik. Ende Januar kommt es erneut zu landesweiten Demonstrationen. Dabei greifen in Athen etwa 1000 teilweise behelmte Demonstrant/innen die Sondereinheiten der Polizei an und liefern sich

eine dreistündige Straßenkämpfe. Nachdem die revisionistische KP Griechenlands (KKE) vor einigen Wochen noch gemeinsam mit den Sondereinheiten der Polizei militante Demonstrant/innen angreift und bei deren Verhaftung hilft, (Vgl. Pressespiegel 4/98, Seite 108) hetzt sie nun gegen die Kämpfe als Aktionen von „staatlichen Provokateuren“. (Jungle World 5/99, 27.1.99)

PDS stellt sich erneut gegen antinazistische Demo in Wurzen

Der Kreisverband Wurzen wie der Landesverband Sachsen der PDS distanzieren sich von der antifaschistischen Demonstration in Wurzen am 27. Februar.

Ein Sprecher der sächsischen PDS sagt, daß die Demonstration „jetzt überflüssig“ sei, da sich die Lage beruhigt habe. Hinzukommt ein Loblied der PDS auf die Polizei, die dort „ordentliche Arbeit“ geleistet habe. (FR 24.2.99)

Doch die Realität ist eine andere: Am 21. Januar wurden Antifaschist/innen von einer Gruppe Nazis in Wurzen angegriffen und mit einer Pistole bedroht. Als durch die antifaschistische Gegenwehr ein Nazi verletzt wird, werden vier Antifas von der Polizei verhaftet. Gegen die Verhaftung demonstrierten am 31. Januar 300 Antifaschist/innen in Leipzig. (ANNA 3/99)

Redaktion Pressespiegel

1999 März–April

Repressionen gegen Kurdinnen und Kurden durch den deutschen Imperialismus

Kurdinnen und Kurden, die bei Aktionen gegen die Verhaftung Öcalans verhaftet wurden, werden in Schnellverfahren abgeurteilt. In Stuttgart Stammheim wurden 8 Kurden, die bei der Besetzung des griechischen Konsulats verhaftet wurden, bis zu 8 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. (ANNA 5/99) Mehrere Kurd/innen, die sich an den Protesten beteiligten, wurden bereits in die Türkei abgeschoben und dort den Militärbehörden übergeben. (FR 4.3., 5.3., 19.3.99)

Polizisten treiben 16jährigen Jugendlichen aus der Türkei in den Tod

Der 16jährige Ali aus Darmstadt wurde wegen Diebstahl von Polizisten abgeführt. Auf der Flucht vor diesen stürzt er am 10. März aus einem Hochhaus in den Tod. Freunde und Familie bestreiten die offizielle Version, daß Ali freiwillig in den Tod gesprungen wäre und forderten mit einer Demonstration am 20. März Aufklärung. (FR 19.3.99, Darmstädter Echo 20.3.99)

991 offiziell gemeldete antisemitische Straftaten

Jeden Tag wurden 1998 drei antisemitische Straftaten offiziell registriert. Unter den 991 anti-

semitischen Verbrechen waren unter anderem die beiden Sprengstoffanschläge auf das Grab von Heinz Galinski in Berlin, 14 Körperverletzungen und viele andere. Hinzukommt, daß viele Verbrechen gar nicht als solche registriert werden. (Allgemeine Jüdische Zeitung 18.3.99) 1999 sind die Zahlen antisemitischer Verbrechen des BKA im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent gestiegen. (Jungle World Nr. 17, 21.4.99)

Nazi-Mord an Egon Effertz in Duisburg-Walsum

Am 18.3. wird der 58jährige Egon Effertz von vier Nazis in Duisburg-Walsum mit Schlägen und durch Strangulieren mit einem Strick ermordet. Die Nazi greifen am gleichen Abend noch einen 44jährigen Spaziergänger an und schlagen ihn brutal zusammen sowie einen weiteren Mann, den sie schwer verletzten. (ANNA 7/99, JW 25.3.99) Am 27. März demonstrieren 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten, kurdische Jugendliche und Anwohner aus Walsum gegen den Nazi-Mord. (Rheinische Post 29.3.99)

Nazi-Bombenanschlag auf die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in Saarbrücken

Am 9. März werden Teile des Gebäudes, indem in Saarbrücken die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ durch einen Nazi-Bombenanschlag gezeigt wird, zerstört.

(Saarbrücker Zeitung 10.3.99) Nach Angaben der Polizei handelte es sich um eine „professionell hergestellte“ Bombe. (JW 15.3.99)

Gefahndet wird von der Polizei gegen den Nazi-Bombenleger Ekkehardt Weil, der bereits 1982 einen Bombenanschlag auf Simon Wiesenthal in Wien verhaftet wurde. (TAZ 15.3.99)

Antinazistische Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche

In Wurzen demonstrieren 500 Antifaschist/innen gegen Nazi-Zentrum (JW 1.3.99). In Angermünde demonstrieren am gleichen Tag ein sogenanntes Bürgerbündnis von PDS/SPD bis zur CDU, die ungestört Unterschriften gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft sammeln konnte sowie in einer eigenen Demonstration etwa 100 Antifaschist/innen gegen den Aufmarsch von 400 Nazis. (ND 1.3.99) Gegen einen Aufmarsch von 800 Nazis der NPD/JN in Magdeburg demonstrieren etwa 800 Antifaschist/innen aber auch bürgerliche Politiker und Kirchenvertreter. (FR 1.3.99) Am 27. März demonstrierten etwa 300 Antifaschist/innen gegen etwa 300 Nazis der NPD/JN. (FR 29.3.99) In Kassel verhindern am 12. April etwa 100 Antifaschist/innen eine Kundgebung von Nazis mit Horst Mahler, Manfred Roeder, Alfred Mechttersheimer und Heinrich Lummer (CDU).(ANNA 9/99)

Über 100 kurdische und türkische Gefangene in deutschen Gefängnissen im Hungerstreik

Über 100 kurdische und türkische Gefangene befinden sich in 15 Gefängnissen und in den Abschiebegefängnissen Büren und Hamburg-Glasmoor im Hungerstreik. Sie fordern die sofortige Freilassung Abdullah Öcalans. Die Gefangenen in Büren und Hamburg-Glasmoor protestieren zusätzlich gegen ihre drohende Abschiebung. (JW 5.3.99)

10.000 Gefangene kurdischer und linker türkischer Organisationen aus Protest gegen den Prozeß gegen Öcalan im Hungerstreik

Am 16. Februar, dem Tag der Verschleppung Öcalans in die Türkei, begann der Hungerstreik von Tausenden Gefangenen der PKK sowie von anderen demokratischen und revolutionären Organisationen. (Erklärung von YEK-KOM vom 31.3.99)

Streiflichter internationaler Kämpfe:

USA: Seit 7 Monaten streiken 170 Arbeiter/innen einer Tochterfirma der Mannesmann AG in New Jersey. (PB 8/99)

Südkorea: Am 25. April kommt es heftigen Kämpfen zwischen streikenden Arbeiter/innen und sie unterstützende Student/innen mit der Po-

lizei. Mit Hubschraubern stürmen 8.000 Polizisten der Aufstandsbekämpfungseinheiten die Seoul National Universität, wo sich 2.500 Arbeiter/innen und Student/innen verschanzt haben. Die Polizei wollen so den Streik von 20.000 Arbeiter/innen von 19 staatlichen Firmen brechen, da die Student/innen der Universität den Streikenden Räume zur Verfügung gestellt hatten.

Ein Teil der auf dem Unigelände angegriffenen Arbeiter/innen der U-Bahn brachen mit Steinen und Molotowcocktails durch die Polizeiabsperungen um sich an einer Demonstration von Kolleg/innen des Öffentlichen Dienstes in der Innenstadt zu beteiligen. Zu weiteren Kämpfen mit der Polizei kam es zwischen Arbeiter/innen der Telekommunikation mit der Polizei auf dem Gelände der ebenfalls in Seoul sich befindenden Korea Universität. (Asienaktuell-Internetseiten)

Jamaika: Aus Protest gegen Benzinpreiserhöhungen kommt es auf Jamaika zu Straßenblockaden mit brennenden Barrikaden und Kämpfen mit der Polizei. Von Polizei und privaten Sicherheitskräften werden mindestens 6 Menschen erschossen. Die Regierung läßt die Armee mit Panzern und Truppen aufmarschieren und als Verstärkung wurden Reservisten einberufen. (JW 23.4.99/FR 22.4.99)

Redaktion Pressespiegel

1999 März–Mai (Krieg gegen Jugoslawien)

Wichtige Einschnitte im imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien

(24. März 1999 bis 3. Mai 1999)

- Am 24. März wird mit den Luftangriffen der NATO der imperialistische Angriffskrieg gegen Jugoslawien begonnen. Bereits vom ersten Tag an fliegen deutsche Tornados ihre Angriffe gegen Jugoslawien.
- Der albanische Luftverkehr wird den Angriffen der NATO zur Verfügung gestellt. (FR 26.3.99)
- Die in Bosnien stationierten SFOR - Truppen sprengen eine Bahnlinie, die Serbien mit Montenegro verbindet. (FR 6.4.99)
- Nach jugoslawischen Angaben gab es seit dem Beginn der Luftangriffe 300 Tote. (FR 12.4.99)
- Albanien stellt der NATO den gesamten Luftraum, alle Häfen und die gesamte militärische Infrastruktur für ihre Angriffe zur Verfügung. (FR 12.4.99)
- Bis zum 10. April wurden von der NATO bereits 3.000 Angriffe gegen Jugoslawien geflogen. Gleichzeitig werden fast wöchentlich die Flugzeuge verstärkt und die Luftangriffe verschärft. (JW12.4.99)
- Der deutsche Imperialismus versucht sich als Friedensstifter aufzuspielen. Im sogenannten deutschen „Friedensplan“ ist für Kosova ein Status als Protektorat unter dem Mantel der UNO vorgesehen. (FR 14.4.99)

Zerstörungen in Jugoslawien durch die Bombardements der NATO

- Durch die Bombardements der Nato und des deutschen Imperialismus wird in Jugoslawien fast die gesamte Infrastruktur von Schulen, Krankenhäusern, Fabriken, Eisenbahnanlagen, Autobahnen, Kraftwerke zerstört. (JW 13.4./15.4.99)
- Auch sind bereits mehrfach Flüchtlingstrecks, zivile Eisenbahnzüge und ganze Wohngebiete mit jeweils mehreren Dutzend Toten und Schwerverletzten von der Nato angegriffen worden. (JW 29.4.99/Taz 3.5.99)
- Hinzu kommt, daß die Nato Splitterbomben und uranhaltige Munition benutzt, die die Lebensbedingungen und die Menschen radioaktiv verseuchen. (JW 9.4.99)
- Durch die Bombardierungen von Raffinerien und Chemie- bzw. Arzneifabriken entstehen giftige Dämpfe und Gase, die nicht nur die Menschen in Jugoslawien vergiften, sondern auch in Länder wie Griechenland, Mazedonien, Rumänien, Bulgarien und Albanien geweht werden und dort Menschen und Lebensbedingungen vergiften. (FR 20.4./29.4.99)

Angriffe und Beteiligungen deutscher Truppen am Angriffskrieg

- Von Italien aus starten die dort stationierten 14 Tornados (später um zwei Maschinen verstärkt) zu ihren Angriffen auf Jugoslawien. Dort sind zusätzlich 350 Soldaten stationiert. (Sunday 28.3.99)
- In der Adria ist die deutsche Fregatte

„Rheinland-Pfalz“ im Einsatz. (FR 25.3.99)

- Die Mehrzahl der 30 Kampfpanzer Leopard II und 20 Schützenpanzer, die in Tetovo/Mazedonien stationiert werden sollen, befinden sich in Thessaloniki/Griechenland. (FR 4.2.99; 23.2.99; FAZ 28.2.99)
- Von den geplanten 6.000 deutschen Soldaten sind zu Beginn des Kriegs etwa 3.000 in Mazedonien stationiert. Genaue Zahlen gibt es keine. Geplant sind aber zudem 30 Transportpanzer, 24 Spähpanzer, 3 Minenräumpanzer, eine Batterie Luftabwehr-raketen. (Sunday 28.3.99)
- Mitte April werden noch 12 Panzer („Wiesel“) sowie Soldaten nach Mazedonien verlegt. (Bild 12.4.99)
- In Albanien sollen etwa 150 deutsche Soldaten stationiert werden. (FR 9.4., 15.4.99)

Streiflichter des Widerstand in Deutschland

- Besonders hervorzuheben sind die Angriffe gegen Büros der GRÜNEN und Besetzungen dieser Büros.

Am 26. März besetzen Mitglieder autonomer und antimilitaristischer Gruppen die Landesgeschäftsstelle in Hannover. In der Nacht wurde die Geschäftsstelle von der Polizei geräumt und 5 Antimilitarist/innen festgenommen.

In einem verteilten Flugblatt heißt es:

„Deutsche PolitikerInnen streben mit dem Einsatz im Kosovo nach der wirtschaftlichen auch die militärische Vormachtstellung in Europa an. Auch am deutschen Militärwesen soll die Welt genesen. Die deutsche Bevölkerung soll begrei-

fen, militärische Übergriffe der Bundeswehr nicht nur als normal empfinden, sondern auch stolz auf 'unsere' Soldaten in aller Welt zu sein.“ (Razz Nr. 111, Politische Berichte 7/99)

• Büros der GRÜNEN wurden unter anderem in Freiburg, Hamburg, Berlin, Marburg, Darmstadt besetzt. (PB 7/99, nadir.org, JW 14.4.99, FR 21.4.99, FR 29.4.99)

• Am ersten April-Wochende gab es einen Angriff von Kriegsgegner/innen auf das GAL-Büro in Bremen. Es wurden Parolen gesprüht: „Grüne Kriegstreiber angekommen! Angreifen!“ Bilder von Außenminister Fischer und Clinton wurden mit einer Pistole mit sieben Schüssen durchlöchert. (JW 7.4.99)

• Am 7. April wurde die Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Bonn von Antirassist/innen aus NRW besetzt.

„Wir besetzen heute die Bundesgeschäftsstelle, um gegen den Krieg der NATO und die deutsche Beteiligung zu demonstrieren. Mit dieser Aktion wollen wir an die wenigen Menschen aus der Friedens-, Frauen-, und aus anderen sozialen Bewegungen Jugoslawiens erinnern, die sich der rassistischen Politik Serbiens in den Weg gestellt haben. Wir wollen an die Soldaten erinnern, die sich weigern, sich an der Vertreibung der albanischen Bevölkerung zu beteiligen und die aus der serbischen Armee desertiert sind. Und wir wollen an die zahllosen Flüchtlinge erinnern, die vor dem Bürgerkrieg und den Massakern geflohen sind und die versuchen, aus den Armenhäusern und Elendszonen von Mazedonien und Albanien in die reichen Länder zu fliehen. Ihnen gehört unsere Solidarität und hoffentlich gelingt es ihnen an den Grenzen von Schengenland und an den

Menschenjägern vom BGS vorbei Zuflucht zu finden.“ (JW 8.4.99, nadir.org)

• Auch die Blockade-Aktionen vor Militäreinrichtungen wie in Spangdahlem und Elmpt müssen wie in Italien oder Griechenland verstärkt werden. (JW 12.4.99/19.4.99)

• Die Aktionen mit Eiern und Trillerpfeifen gegen die Auftritte von Kriegsminister Scharping in Ludwigshafen und von Trittin in Göttingen auf den 1. Mai Veranstaltungen des DGB waren wichtig.

Die Gewerkschaft HBV in Rheinland-Pfalz hatte zum Boykott der Veranstaltung mit Scharping aufgerufen. (JW 3.5.99)

Streiflichter des Widerstand in anderen Ländern

• Demonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmer/innen, Streiks (FR 3.4.99/RF 14/99) und militante Angriffe gegen Konsulate und Botschaften bestimmen die Proteste in Griechenland.

In Athen warfen aus einer Demo heraus militante Kriegsgegner Steine und Eier gegen die deutsche Botschaft. (Sunday 28.3.99)

• In Rom, Mailand, Ancona, Neapel kam es zu Kämpfen mit Kriegsgegner/innen, die die Polizei mit Flaschen und Steinen angriffen. (JW 26.4./29.4.99) Allein in Rom demonstrieren mehr als 100.000 gegen den imperialistischen Krieg (ND 26.4.99).

• Aber auch in Mazedonien, Bulgarien, Rumänien, Österreich, Dänemark, Schweden, USA, Australien, Rußland, Niederlande, Schweiz gibt es Widerstandsaktionen

• In einer Erklärung von ehemaligen Soldaten des Vietnam-Krieges rufen diese auch zum Widerstand innerhalb der Armeen auf:

„Widersetzt euch! Wir haben gelernt, daß man sich auch innerhalb der Militärs widersetzen kann. Soldaten müssen eine aktive Rolle bei der Beendigung des Kriegs spielen.“ (Zeitung gegen den Krieg Nr. 1)

Einige wenn auch noch schwache Aktionen in den imperialistischen Armeen zeigen diese Beispiele:

• Von dem griechischen Zerstörer „Themistokles“ gibt es Berichte, daß sich Matrosen weigerten an einem Einsatz in Adria gegen Jugoslawien teilzunehmen. (partisan.net)

• Auch die Besatzung des britischen Flugzeugträgers in „Invincible“ protestierten - wenn auch noch sehr in der militärischen Argumentation befangen - gegen ihre Verlegung in die Adria. (FR 19.4.99)

• Auch in Jugoslawien gibt es Kräfte, die gegen den Krieg protestieren, ohne daß reaktionäre Regime zu verteidigen oder in Schutz zu nehmen. In einem Aufruf serbischer Bürger/innen, die sich für ein „demokratisches und antinationalistisches Serbien einsetzen“ heißt es:

„Wir verurteilen aufs schärfste das Nato-Bombardement, das die Gewalt im Kosovo verschlimmert und zur Vertreibung der Einwohner innerhalb und außerhalb Jugoslawiens führte. Wir verurteilen aufs schärfste die ethnischen Säuberungen der albanischen Bevölkerung, die von allen jugoslawischen Kräften verübt wird.“ (FAZ 22.4.99)

• Und nach Angaben einer Kriegsdienstverweigerer-Organisation seien

etwa 50.000 Verweigere und Deserteure untergetaucht, die sich nicht am Krieg beteiligen wollen. (23.4.99)

Die Pseudo-Anti-Kriegspartei PDS und der deutsche Imperialismus

Während sich die PDS als angeblich einzig konsequente Anti-Kriegspartei versucht aufzuspielen ist die Realität bei genauerem Hinsehen jedoch eine andere.

So ist die PDS immer noch in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern mit der SPD. Für Gysi sei ein Bruch der Koalition „eine selbstgewählte Isolation auf lange Zeit.“ Also weither ist es mit der Konsequenz der PDS nicht, wenn es um die Zugänge zu den Trögen von Ministergehältern geht. (JW 29.4.99)

In der PDS wird gleichzeitig auch diskutiert, ob sie einer deutschen Beteiligung UN-Einsätzen möglicherweise zustimmen könnten. (JW 30.4.99)

Der von der PDS entworfene Friedensplan enthält dann konsequenter Weise die Forderung nach Friedensgesprächen unter „Hoheit des UN-Generalsekretärs“ und europäische Aufbauhilfe. So verpackt die PDS ihre Schützenhilfe für den deutschen Imperialismus, der genau dies als die große, deutsche Lösung für einen Frieden propagiert. (FR 6.4.99)

Im Flugblatt „Wir sagen Nein!“ von der PDS-Bundestagsfraktion steht dann auch: „Eine 'Friedenstruppe' hätte von Anfang an Sache der UNO sein müssen.“

Damit verbreitet die PDS die Illusion, ein unter UNO-Mandat geführtes militärisches Vorgehen wäre eben gegenüber der Nato, doch besser, da völkerrechtlich legitimiert.

Redaktion Pressespiegel

1999 Mai–Juni

Deutscher Imperialismus baut die sogenannten „Krisenreaktionskräfte“ aus

Die sogenannten „Krisenreaktionskräfte“ sind eine Einheit der Bundeswehr, die speziell für die imperialistische Aggression gegen andere Länder ausgerichtet sind. Sie besteht bisher aus 35.000 Soldaten, wovon allein 13.000 in Bosnien, Kosova, Albanien und Mazedonien stationiert sind. Eine Aufstockung um 4.000 weitere Soldaten ist geplant, aber auch eine Erweiterung auf 100.000 (!) Soldaten wurde bereits diskutiert. (jW 16.6.99)

Aamir Ageeb aus dem Sudan bei Abschiebung ermordet

Am 28. Mai erstickte der 30jährige Aamir Omer Mohammed Ahmed Ageeb bei der Abschiebung im Flugzeug. Die BGS'ler fesselten ihn und stülpten ihm einen Motorradhelm über und drückten ihn in die Hocke, so dass er erstickte. Aamir Ageeb ist seit 1993 der vierte Mensch, der bei seiner Abschiebung ermordet wurde. (ak 427) Nach Angaben eines sudanesischen Diplomaten lebte und arbeitete Aamir Ageeb in Hamburg mit „legalen“ Papieren. Als er diese verlor und es der Polizei meldete, hatte diese nichts besseres zu tun als ihn abzuschicken. (jW 2.6.1999)

Dies ist nur die Spitze des Eisbergs des deutschen Abschiebeterrors.

Ein Flüchtling aus Angola, der seit 19 Tagen im Hungerstreik in Berlin gegen seine drohende Abschiebung protestiert, berichtet, dass er am 11. Tag seines Hungerstreiks von Polizisten zusammengeschlagen wurde. (FR 27.5.99)

Auch sieben abgeschobene Flüchtlinge aus Guinea berichten, dass sie auf dem 16stündigem Flug von BGS'lern misshandelt, geschlagen und rassistisch beleidigt wurden. Sie wurden an Händen und Füßen gefesselt, einzelnen wurde ein Motorradhelm übergestülpt, sie wurden mit Polizeiknüppeln und Fäusten geschlagen. Als das Flugzeug über Conarky/Guinea kreiste, sagte einer der BGS'ler. *„Wie schade, dass wir nicht eine Klappe öffnen können, um sie schon hier abwerfen zu können.“* (FR 25.6.99)

Ausschnitte des alltäglichen Nazi-Terrors:

Die NPD kann wegen Verbots ihren Aufmarsch am 1. Mai in Bremen nicht durchführen. Einzelne Nazi-Gruppen marschieren aber in anderen Städten auf: In **Ahrensburg** marschieren 400–500 Nazis, in **Quickborn** 80–100, in **Henstadt-Ulzburg** marschieren 50 Nazi auf, auch beim „Hermannsdenkmal“ bei **Detmold** und auf der „Wewelsburg“ bei **Paderborn** sammeln sie sich. (Hamburger Abendblatt 3.5.99; taz Hamburg 3.5.99; ak 426)

In **Leipzig** wird ein 17jähriger Flüchtling aus Tunesien von einer Gruppe Nazis niederge-

stochen und muss im Krankenhaus versorgt werden (FR 8.5.99)

In **Hennigsdorf** versucht ein deutscher Rassist einen Mann aus dem Iran mit dem Auto zusammenzufahren. (jW 10.5.99)

Bei einem Überfall mit Baseballschlägern von Nazis auf einen Jugendclub in **Beesenlaubingen** (Sachsen-Anhalt) wird ein jugendlicher schwer am Schädel verletzt und liegt im Koma. (FR 17.5.99)

In **Stade** greifen in der Nacht zum 20. Mai 10 Nazis eine Flüchtlingsunterkunft an, zerstören die gesamte Inneneinrichtung und Fenster. Anwohner, die versuchen, sich den Nazis entgegenzustellen, werden mit Schusswaffen bedroht. (ANNA 11/99)

In **Köln** versucht die NPD einen Aufmarsch gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“. Daran beteiligen sich etwa 300 Nazis. Der Aufmarsch wird von Antifaschist/innen verhindert. Am gleichen Wochenende marschieren in **Bruchsaal** 200 Nazis und in **Bremen** 100 Nazis der NPD/JN auf. (ND 25.5.99)

In **Ludwigslust** (Mecklenburg-Vorpommern) marschieren 500 Nazis auf. In **Waiblingen** bei Stuttgart marschieren etwa 100 Nazis auf (taz 7.6.99)

Aber auch bei den Wahlen in Sachsen, Sachsen-Anhalt hat die NPD sich verankert:

Allein in Sachsen erreicht die NPD 9 Sitze in Kommunalparlamenten. Sie erhält z. B. in Königstein 11,8 Prozent, in Hirschfelde 7,9 Prozent, Wurzen 5,2 Prozent. In Sachsen-Anhalt erreicht sie zwei Sitze in Kommunalparlamenten. (JW 24.6.99)

Demonstrationen und militante Aktionen am 1. Mai

In **Bremen** demonstrieren 2.500 Antifaschist/innen gegen den angekündigten Aufmarsch der NPD vor dem Werk von Daimler-Chrysler. (ak 426)

In **Berlin** demonstrieren bei zwei Demos 2.500 bzw. 12.000 Antifaschist/innen und Revolutionär/innen. Bei der zweiten Demo am Abend kommt es nach Knüppelattacken der Polizei zu Kämpfen mit dieser. (ak 426)

In **Braunschweig** kann die Rede des niedersächsischen Ministers Glogowski auf der 1.-Mai-Kundgebung von 50 Antifaschist/innen gestört werden. (www.newsclick.de 3.5.99)

In **Ulm** demonstrieren 1.000 vor allem aus der Türkei stammende Demokrat/innen und Revolutionär/innen am 1. Mai unabhängig vom DGB. Der DGB hatte die eigentliche Demonstration abgesagt, da zu vor angeblich „radikale türkische und kurdische Gruppen“ diese Demo für die eigenen Zwecke instrumentalisiert hätten. Darauf-

hin schlossen sich 10 Vereine von Kurd/innen und linken Organisationen aus der Türkei für die Demonstration zusammen. (Schwäbische Donau Zeitung 3.5.99, RM 7/99)

Nazi-Aufmarsch in Köln verhindert

In Köln demonstrieren bis zu 3.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten am 22. Mai gegen einen Aufmarsch von Nazis. Etwa 1.000 der Antifas gelingt es, die Demoroute der Nazis zu blockieren, und sie verhindern so den Aufmarsch. 5 Stunden lang kommen die Nazis keinen Meter weit voran und werden mit Obst, Eiern und anderen Gegenständen beworfen, woran sich auch viele Anwohner/innen beteiligen. Etwa 500 Antifaschist/innen werden von der Polizei bis zum Abend eingekesselt. Am Rande kommt es immer wieder zu brutalen Verhaftungen. (JW 25.5.99)

Aktion gegen die Ermordung von Aamir Ageeb

Am Frankfurter Flughafen demonstrieren am 5. Juni etwa 400 Antirassist/innen gegen die Tötung von Aamir Ageeb und gegen den deutschen Abschiebeterror. Unter den Antirassist/innen sind 150 Landsleute von Ageeb. In Redebeiträgen wird auch an den Flüchtling aus Nigeria, Kola Bakole, erinnert, der vor einigen Jahren ebenfalls bei seiner Abschiebung durch BGS'ler getötet wurde. (ANNA 13/99)

Flüchtlinge besetzten GRÜNEN-Büro in Köln

Am 4. Juni besetzen 15 Flüchtlinge aus sechs Ländern (Kamerun, Nigeria, dem kurdischen Gebiete der Türkei, Peru, Sri Lanka, aus den von Tamilen bewohnten Gebieten, und Togo) das Kreisbüro der GRÜNEN in Köln.

Die Aktivist/innen der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ protestieren gegen die geplante Hinrichtung Abdullah Öcalans, gegen den deutschen Abschiebeterror und gegen den Krieg des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien. Besonders die Haltung der rot-grünen Regierung und ihre Verantwortung für die Verschlechterung der Lebenslage der Flüchtlinge in Deutschland soll mit der Besetzung angeklagt werden. (ND 7.6.99)

Am 15. Juni lassen die GRÜNEN die Geschäftsstelle von Polizeieinheiten räumen.

Die Begründung von Polizei und GRÜNEN sind unter anderem, daß die Flüchtlinge „mit Drogen gehandelt“ hätten, die Geschäftsstelle „möglichst zur Planung von Attentaten“ (Sprecherin der GRÜNEN) auf den in Köln tagenden Weltwirtschaftsgipfel mißbraucht werden könnte. Der Pressesprecher der Polizei erklärt, daß sich die besetzte Geschäftsstelle „zur Kommandozentrale“ der Proteste gegen den WWG entwickeln könnte und somit „eine Gefahr für den Weltwirtschaftsgipfel“ ausginge. (JW 16.6.99)

Aktionen gegen imperialistisches G8-Treffen in Köln

Am 29. Mai demonstrieren 30.000 Menschen gegen den eine Woche später stattfindenden EU-Regierungsgipfel in Köln. Während der Demonstration wird antifaschistische Block von SEK-Einheiten der Polizei angegriffen, eingekesselt und so von der restlichen Demonstration abgeschnitten. (JW 31.5.99)

Im Rahmen der Proteste gegen das G8-Treffen protestieren 500 Landarbeiter/innen aus Indien gegen den Einsatz von Pestiziden und Gentechnik in der Landwirtschaft vor dem BAYER-Werk in Leverkusen. Sie wurden von 300 deutschen Unterstützer/innen, darunter von Betriebsräten von BAYER, unterstützt. (UZ 25.6.99)

Am 19. Juni demonstrieren mehr als 10.000 gegen den in Köln abgehaltenen Kongreß der imperialistischen G8-Länder. (JW 21.6.99)

Passagiere eines Swissair-Fluges befreien abgeschobenen Flüchtling

Aufgebrachte Passagiere eines Fluges nach Kinshasa befreien einen Flüchtling, der von schweizer Polizisten abgeschoben wird. Bei einer Zwischenlandung in Kamerun greifen 20 Passagiere die Polizisten mit Schlägen und Tritten an und befreien den gefesselten Mann aus dem Kongo, der danach in die Schweiz zurückkehren kann. (FR 29.5.99)

Militante Kämpfe gegen Polizei und Faschisten in Zürich am 1. Mai

Anlässlich der Revolutionären 1. Mai Demonstration in Zürich kommt es zu militanten Kämpfen mit der Polizei.

Mehrere Stunden kämpfen einige Hundert Demonstrant/innen mit Steinen, Feuerwerkskörpern und anderen Wurfgeschossen gegen die Polizei und angreifende Faschisten.

Die Polizei schießt mit Gummischrot, Tränengas und setzt Wasserwerfer ein. Aber die Demonstrant/innen sind gut vorbereitet. Und einer Plane zogen sie sich um und rüsten sich mit Plexiglasbrillen, Gesichtsmasken und Motorradmasken aus. Es wird eine Filiale von Mercedes sowie das Bezirksgebäude der Polizei mit Steinen angegriffen.

Als den Demonstrant/innen durch eine Bürgerwehr mit Baseballschlägern und Hunden der Rückzug verwehrt wird errichten sie Barrikaden und ziehen sich über andere Wege zurück. Insgesamt werden etwa 40 von ihnen verhaftet. (Neue Zürcher Zeitung 3.5.99)

PDS weiterhin in Koalition mit SPD in Mecklenburg-Vorpommern

Anfang Mai, noch mitten im Krieg des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien, läßt der Landesgeschäftsführer der PDS in Mecklenburg-Vorpommern verkünden, daß die Regierungskoalition mit der SPD beibehalten wird. So viel zur angeblichen Anti-Kriegspartei PDS. (JW 5.5.99)

Daß sich die Zusammenarbeit mit der PDS aber auch für Sozialkürzungen eignet, zeigt die PDS in Sachsen-Anhalt. Die PDS stimmt einem Gesetzesentwurf der SPD zu, der 3.500 Erzieher/innen den Job kostet. (Taz 18.6.99)

Auch auf Bundesebene versucht die PDS, sich als bessere „Spartei“ zu präsentieren. Dabei bleibt die wortradikale Anti-Kriegspartei beim Vorschlag der Kürzungen des Kriegsetats des deutschen Imperialismus hinter dem der Regierung zurück. (JW 30.6.99)

Opportunistische MLPD ruft zur Wahl der PDS bei den Europawahlen auf

In einem Artikel der Roten Fahne der MLPD heißt es:

„Zur Europawahl empfiehlt die MLPD die kritische Wahlunterstützung der PDS.“ (RF 23/99)

Redaktion Pressespiegel

1999 Juli-Aug.

Machenschaften des deutschen Imperialismus in Kosova

Der deutsche Imperialismus ist in Kosova auf allen Gebieten auf dem Vormarsch.

Neben der Stationierung deutscher Truppen in Kosova in der Region Prizren soll nun auch der deutsche General Klaus Reinhardt Befehlshaber der 45.000 Soldaten der KFOR-Truppen werden.¹

Zusätzlich schickt Deutschland insgesamt 300 Polizisten und Bundesgrenz(!)schützer nach Kosova.² Auch in Mazedonien und Albanien sind BGSler stationiert, unter anderem wurden von ihnen in Mazedonien die Flüchtlinge für die Ausreise nach Deutschland selektiert.³

Der Befehlshaber der deutschen KFOR-Truppen, Helmut Harff, hat mit einer Kritik an der angeblichen „Schwäche“ französischer Soldaten Aufsehen erregt: *„Wer zuerst schießt, hat recht. (...) Unsere Soldaten sind so ausgebildet, daß wir Schwäche erst gar nicht aufkommen lassen. Es geht darum, die Waffe zu zeigen und zu benutzen. Wer schneller schießt und besser trifft, überlebt. Darum geht es hier.“*⁴

Auch politisch und wirtschaftlich verstärkt sich das Vordringen des deutschen Imperialismus.

Der Grünen-Politiker Tom Koenigs wird zum stellvertretenden UN-Sonderbeauftragten ernannt – mit dem Aufgabengebiet Wiederaufbau der Zivilverwaltung.⁵

Gerhard Schröder formulierte die deutschen Interessen bei seinem Auftritt in Prizren: *„Es ist für uns Deutsche von nationalem Interesse, auf dem Balkan europäische Normen zu etablieren.“*

Ein Regierungsmitarbeiter versicherte gegenüber einer Tageszeitung, daß *„im deutschen Sektor das deutsche Strafrecht“* gelte.⁶

Die Kapitalisten und die Regierung haben bereits einen Lenkungsreis gebildet, der die *„deutschen Interessen“* in Kosova koordinieren und durchsetzen soll. Die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen wird eine Informationsleitstelle *„Wiederaufbau Kosovo/ Südosteuropa“* einrichten.⁷ Ebenso gründen bereits erste Industrie- und Handelskammern wie die aus Dortmund Verbindungsbüros in Prizren.⁸

Die deutschen Kapitalisten zogen bereits mit den ersten Soldaten in Kosova ein, und schon im Juni richtete das Auswärtige Amt ein Verbindungsbüro in Prizren ein. In einem Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums vom 8. Juni wurde der Kuchen schon mal grob aufgeteilt: *„Als kurzfristig anzustrebende Maßnahmen kommen in Betracht:*

a) Wiederinbetriebnahme der Textilindustrie in Kosovo, wo überwiegend Albanerinnen

gearbeitet haben – Lohnveredelung für deutsche Unternehmen – und Wiederbelebung des Weinbaus auf dem Amselfeld. Hier könnte die Firma Rake in Bingen sich engagieren; b) Wiederinbetriebnahme des Braunkohletagebaus in Obelic und Pobro Selo mit dem Ziel, rasch Brennstoff für den Winter zu gewinnen und den größeren Teil der Kohle in Wärmekraftwerken vor Ort zu verstromen. Hier können wir an alte Traditionen anknüpfen (Krupp, O und K, Siemens, ABB, Lurgi, RWE: Vermarktung von Strom).“ Auch für die Wiederherstellung des Verkehrswesens liegen bereits genaue Listen mit deutschen Unternehmen vor.⁹

Pogrome gegen Roma und Serb/innen gelten für das Auswärtige Amt in Prizren lediglich als *„Vorfälle“*.¹⁰

Nach Aussagen von Schröder läßt der Krieg gegen Jugoslawien und die Besetzung Kosovas gar die *„historische Schuld“* Deutschlands auf dem Balkan verblassen.¹¹

Erneut nimmt sich ein von Abschiebung bedrohter Flüchtling das Leben

Ein 25jähriger Flüchtling aus Äthiopien wird am 11. Juli tot aufgefunden, nachdem er sich nach der Ablehnung seines Asylantrages das Leben nahm.¹²

Ausschnitte des alltäglichen Nazi-Terrors

In *Zittau* marschieren 300 Nazis der NPD auf, um einem Nazi, der den Angriff auf einen Flüchtling mit seinem Leben bezahlen mußte, zu gedenken.¹³

In *Hamburg* marschieren 600 Nazis gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. Für den Schutz gegen Antifaschist/innen durch die Polizei mit 10 Wasserwerfern, 20 Räumpanzern, 6.200 Polizisten und einer extra für die Nazis eingerichteten Sonder-S-Bahn zum Demonstrationsort bedanken sich die Nazis: „*Dank des starken Polizeiaufgebots konnte die Antifa unsere Demonstration nicht verhindern.*“, so der JN-Bundesgeschäftsführer.¹⁴

In *Bad Berka/Landkreis Weimarer Land* demonstrieren am 7. August 500 Nazis im Gedenken an den Nazi-Kader Andreas Otto, der im Streit von einem Hausbesitzer am 30. Juli erstochen wurde.¹⁵

In *Zittau* greifen Nazis an zwei Tagen hintereinander zunächst eine Schwulen- und Lesbenparty sowie eine linke Techno-Party an.¹⁶

In *Ockenheim bei Mainz* entkommt am 12. Juli nur durch Glück eine 5köpfige Familie aus Bosnien einem Nazi-Brandanschlag.¹⁷

Im *oberbayrischen Kolbermoor* wird am 16. August ein Mosambikaner von einem

deutschen Rassisten zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt.¹⁸

In *Eggesin* (Mecklenburg-Vorpommern) werden zwei Vietnamesen von einer Gruppe von Nazis durch die Stadt gejagt und brutal zusammengeschlagen. Einer wird so schwer verletzt, daß er mehrere Tage im Koma liegt.¹⁹

Türkische Faschisten ermorden Erol Ispir in Köln

Am 1. Juli wird der Kurde Erol Ispir im Vereinslokal von AGIF (Föderation der Arbeitsimmigrant/innen aus der Türkei in Deutschland) von zwei türkischen Männern aus dem Umfeld der faschistischen MHP erstochen. Dieser Mord ist der Höhepunkt einer Vielzahl von Angriffen, Anschlägen und Mordversuchen gegen Linke aus der Türkei in Köln. Die Mörder von Erol Ispir setzen sich zunächst in die Türkei ab und stellen sich zwei Wochen später der deutschen Polizei. Sie versuchen, den Mord als private Streitigkeit zu verschleiern, obwohl es mehrere Hinweise auf ihre Kontakte zur MHP und den faschistischen „Grauen Wölfen“ gibt.²⁰

Antifaschistische Aktionen

An den Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch in *Hamburg* beteiligen sich an verschiedenen Orten zusammen über 1.000 Antifaschist/innen. Auf Grund des massiven Polizeischutzes für die Nazis gelingt es nur sehr selten, die Nazis mit Eiern, Flaschen und Obst zu bewerfen.²¹

In *Eisenhüttenstadt* stören etwa 200 Antifaschist/innen eine Kundgebung der NPD.²²

Streiflichter der Kämpfe in anderen Ländern

Ecuador: In Ecuador kommt es zu zehntägigen Demonstrationen, Streiks und Straßenblockaden gegen Benzinpreiserhöhung, für die Auszahlung seit Monaten ausstehender Löhne im Gesundheits- und Bildungswesen und gegen die reaktionäre Regierung. An den Kämpfen beteiligen sich neben Taxi- und LKW-Fahrer/innen Bauern, Erdölarbeiter sowie die Organisationen der indigenen Bevölkerung. In der Hauptstadt Quito, aber auch in anderen wichtigen Städten wie Guayaquil wird durch Straßenblockaden der gesamte Verkehr lahmgelegt. Polizei und Militär greifen die Streikenden an, schießen

einige an und nehmen über 400 Streikende fest.

Nach zehn Tagen aber muß die Regierung auf Grund des Drucks die Erhöhung des Benzinpreises zurücknehmen. Ob damit die Kämpfe aufhören ist unklar, da es über die Lage in Ecuador nur wenige Informationen gibt.²³

Mexiko: In Chiapas kann durch mehrere Protestaktionen der Bau einer Straße entlang des Gebietes der EZLN verhindert werden. Die EZLN befürchtet, daß diese Straße als Aufmarschgebiet der Armee für eine neue Offensive genutzt werden soll.²⁴ Dabei kommt es auch zu einem Angriff des Militärs gegen das Dorf San José la Esperanza. Die Einwohner wehren sich mit Steinen, Stöcken und Macheten gegen den Angriff. Dabei wurden neun Bewohner verletzt.²⁵

Zwischenzeitlich läuft der am 20. April begonnene *Streik der über 220.000 Studentinnen und Studenten der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)* weiter. Die Streikenden protestieren gegen die Erhöhung von Studiengebühren. Mehrere andere Universitäten solidarisieren sich mit Warnstreiks und Kundgebungen mit den Streikenden. Der gewählte Streikrat läßt unter anderem auch die Universitätsgebäude verbarrikadieren. Die Forderungen wurden mittlerweile ergänzt um die Demokratisierung der Universität. In

Flugblättern wird nicht nur die Universitätsleitung, sondern auch Regierung, Unternehmer, Kirche und die Medien sowie die Abhängigkeit Mexikos von den imperialistischen Großmächten in Form von IWF u.a. angegriffen. Der Streik wird auch von den Gewerkschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter der Stromwirtschaft und der technischen Angestellten der Universität unterstützt. Mittlerweile wurden bereits mehrere Aktivist/innen überfallen, mißhandelt und entführt. Die Universitätsleitung läßt den gesamten Campus mit Videokameras überwachen, und Anfang August kommt es zu heftigen Kämpfen mit der Polizei.²⁶

Kanada: Seit dem 26. Juni streiken in der Provinz Quebec 47.000 Beschäftigte der Krankenhäuser gegen Kürzungen im Gesundheitswesen und für Lohnerhöhungen.²⁷ Die Regierung hat den 22 den Streik unterstützenden Gewerkschaften ein Strafgeld von 85.000 Kanadischen Dollar pro Streiktag angekündigt. Den Streikenden werden mit Gefängnis und mit Geldstrafen von zwei Tageslöhnen pro Streiktag gedroht.²⁸

USA: Seit dem 20. September 1998 streiken 1450 Arbeiter/innen gegen die Tochtergesellschaft General Tire des deutschen Reifenhersteller Continental in

Charlotte. Die Streikenden wurden mittlerweile entlassen und durch 850 Streikbrecher ersetzt.²⁹

Thailand: Mehr als 500 Arbeiter/innen des deutschen Textilherstellers Triumph streiken seit dem 17. Juli für höhere Löhne. Triumph, der allein in Thailand 5000 Arbeiter/innen ausbeutet, hat die Arbeiter/innen nun auch ausgesperrt. Neben dem Kampf um einen höheren Lohn geht es auch gegen die Gewalt von Werkschutz gegen Arbeiter/innen. Am 3. August demonstrieren die Arbeiter/innen zum Regierungsgebäude in Bangkok und blockieren die Straße. Laut FR am Abend streiken 4.000 der 5.000 Arbeiter/innen. Den Streikenden wird mit einer Schadensersatzklage über 1,1 Millionen DM gedroht.³⁰

Brasilien: Bei VW in Resende streiken Mitte August 1.500 Arbeiter/innen eine Woche lang für mehr Lohn und erkämpfen sich 5 % mehr.³¹

Argentinien: In mehreren argentinischen Städten reagieren Arbeiterinnen und Arbeiter auf Entlassungen und nicht erfolgte Lohnauszahlung mit militanten Angriffen gegen die Regierung. In der Provinz Neuquen greifen Demonstrantinnen und Demonstranten mit Steinen eine Bank und den Sitz des Gouverneurs an.

In den Provinzen Tucuman, Cordoba, Corrientes und Tierra del Fuego kommt es

zu Kämpfen mit der Polizei, die die Demonstrationen mit Tränengas und Schlagstöcken angreift.³²

Iran: Mehrere zehntausend Student/innen protestieren über mehrere Tage mit Demonstrationen gegen das reaktionäre iranische Regime. Der Protest richtet sich unter anderem gegen die Erstürmung eines Student/innenwohnheims durch die Polizei, die bei dem Angriff 5 Studenten ermordete, und gegen Verschärfungen der Pressezensur. Am 11. Juli beteiligen sich 25.000 Menschen unter den Rufen „Tod den Diktatoren“ an einer Demonstration in Teheran.³³

Am Montag, den 12. Juli, kommt es in Teheran zu militanten Kämpfen mit der Polizei. Auch in anderen Städten Irans kommt es zu Demonstrationen und Kämpfen mit der Polizei. Die Kämpfe werden aber von der Polizei niedergeschlagen. Seitdem sind aus dem Iran keine weiteren Nachrichten über Proteste bekanntgeworden.³⁴

Frankreich: Nach 106 Tagen Streik und Betriebsbesetzung verhindern die Beschäftigten des Forschungs- und Technologiezentrum von Elf-Aquitaine in Pau die Entlassung von 1.300 Kolleg/innen.³⁵

Spanien/Baskenland: Im spanischen Teil des Baskenlandes nehmen die militanten Aktionen gegen die reaktionäre regierende

Volkspartei, gegen Polizei und Unternehmen wieder zu. Am 1. August greifen 30 Jugendliche mit 40 Brandsätzen eine Polizeikaserne in Getxo bei Bilbao an. Am gleichen Wochenende wird das Büro der regierenden Volkspartei (PP) mit Molotow-Cocktails angegriffen und eine Bombe vor das Haus eines PP-Politikers gelegt.³⁶ Am 17. August wird ebenfalls bei Bilbao eine Waffenfabrik mit Brandsätzen angegriffen, wobei ein Polizist verletzt wird.³⁷

Gregor Gysi (PDS) debattiert mit Nazis

Wie der Nazi-Zeitschrift „Nation+Europa“ zu entnehmen ist, hat der PDSler Gregor Gysi die sogenannte „Düsseldorfer Herrenrunde“ besucht. Diese Runde ist ein Gesprächskreis von reaktionären und nazistischen Unternehmern. Zu den bisherigen Referenten gehörten unter anderem der ehemalige REP-Vorsitzender Schönhuber, FPÖ-Chef Jörg Haider oder auch Adolf von Thadden von der NPD. In dem Artikel von Wolfgang Frenz, ehemaliger NPD-Nazi, in „Nation+Europa“ heißt es, daß Gysi den Krieg gegen Jugoslawien derart interpretiere, daß dieser dazu diene „Europa in der Botmäßigkeit der Amerikaner zu halten“. Gysi soll auch für einen „streitbaren Dialog“ zwischen Links und Rechts eingetreten sein.

Alle Beschwichtigungsversuche der PDS NRW, daß Gysi nichts von dem Charakter der „Düsseldorfer Herrenrunde“ gewußt habe, klingen nicht allzu überzeugend, sieht man den Auftritt Gysis vor dem „Canstatter Kreis“, des „Nation+Europa“ Schreibers Steffen Emle. Die bisherigen Referenten sind ähnlich der ersten Nazi-Vereinigung: Schönhuber, Alfred Mechtersheimer, Harald Neubauer (Deutsche Liga für Volk und Heimat).³⁸

Quellen: 1) Junge Welt (JW) 17.8.99 2) JW 8.7.99 3) JW 3.7.99 4) JW 19.8.99 5) Frankfurter Rundschau (FR) am Abend 24.8.99 6) Jungle World Nr. 31/99 7) Politische Berichte 14/99 8) FR 28.7.99 9) JW 2.8.99 10) JW 9.7.99 11) FR 24.7.99 12) Jungle World Nr. 32; 4.8.99 13) FR 5.7.99 14) Antifaschistische Nachrichten (ANNA) 15/99; FR 12.7.99 15) www.nadir.org 16) Jungle World Nr. 30/99 17) Rhein Zeitung 13.7.99 18) FR 17.8.99 19) FR 24.8.99; JW 25.8.99 20) Erklärung von AGIF, ANNA 15/99 21) ANNA 15/99 22) JW 16.8.99 23) FR 7.7.99/JW 17.7.99 24) JW 20.8.; 25.8. ; 28.8.99 25) FR 27.8.99 26) Jungle World Nr. 34/99 27) FR am Abend 7.7.99 28) Unsere Zeit (UZ) 27.8.99 29) TAZ 28.7.99/ND 28.7.99 30) Asien aktuell; FR am Abend 6.8.99 31) TAZ 20.8.99 32) Jungle World Nr. 34/99 33) TAZ 12.7.99 34) FR 13.7.99 35) UZ 6.8.99 36) FR 2.8.99 37) FR 18.8.99 38) ANNA 14/99

1999 Sept.–Okt.

Machenschaften des deutschen Imperialismus in Kosova

• Der deutsche Imperialismus versucht weiterhin sich in Kosova breit zu machen. Der deutsche General Klaus Reinhardt hat nun wie bereits angekündigt das Oberkommando der NATO-Truppen übernommen.¹

Der bis August in Kosova stationiert Brigadegeneral Hauff, Oberbefehlshaber der Bundeswehr-Truppen, tritt als Referent der rechten "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) auf.²

• Um Kosova, Monenegro und die übrigen Länder der Region in den Machtbereich des deutschen Imperialismus zu bringen, wird der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ ins Leben gerufen. Ihm steht der deutsche ehemalige Kanzleramtsberater Bodo Hombach vor.³

• Die erste Folge ist unter anderem die Einführung der D-Mark zur offiziellen Währung Kosovos.⁴ Auch in Montenegro soll die D-Mark als Parallelwährung eingeführt werden.⁵

Auch beim Aufbau der Infrastruktur für imperialistische Propaganda ist der deutsche Imperialismus mit dabei. Die ehemalige Kultusministerin Schnoor baut das Schulsystem in Kosova auf⁶, so wird ein Fernsehsender aufgebaut, dem der ehemalige

Auslandskorrespondent der ARD, Richard Dill vorsteht.⁷

Deutscher Imperialismus schickt Soldaten nach Ost-Timor

Der deutsche Imperialismus schickt eine Sanitätsabteilung von 80 Soldaten in die Region um Osttimor. Sie sollen in Darwin/Australien stationiert werden.⁸

Ein Sonderbeauftragter der Bundesregierung, der offiziell die Hilfsaktionen koordinieren soll, wird nach Indonesien gesandt⁹

Opfer des deutschen Abschiebeterrors: Rahid Sbaai und Ismet Aslan

• Der 19-jährige Marrokaner, Rahid Sbaai, nimmt sich in der Abschiebehaftanstalt Büren am 30. August – nach fast 6 Monaten Haft – das Leben, indem er seine Klieder und sein Bettzeug anzündet. Ihm wurde vorgeworfen an einer Auseinandersetzung zwischen Abschiebehäftlingen beteiligt gewesen zusein und wurde daraufhin in eine Isolierzelle gesperrt. In Hamburg wurde zu Protesten gegen den mörderischen Abschiebeterror mobilisiert.¹⁰

• In Daun/Eifel erhängt sich der kurdische Kriegsdienstverweigerer Ismet Aslan aus Furcht vor der drohenden Abschiebung.¹¹

• In Freiburg überlebt ein algerischer Flüchtling nur knapp seine Abschiebung, als er von einem Polizisten mit zwei Schüssen in Bein und Rücken lebensgefährlich verletzt wird. Angeblich wollten die Polizisten einen Selbstmord des Flüchtlings mit den Schüssen verhindern.¹²

Freispruch für Safwan Eid

Am 3. September wird erneut der Prozeß gegen Safwan Eid eröffnet. Der Prozeß wird so vorbereitet, um Safwan nun im zweiten Anlauf zu verurteilen. Nebenkläger der Opfer des Brandanschlages werden nicht zugelassen, wenn sie sich für einen Freispruch für Safwan eingesetzt hatten, als Nebenkläger dürfen nur Überlebende teilnehmen, die sich gegen Safwan Eid stellen. Auch die Täterschaft der Grevesmühlener Nazis darf nicht mehr zur Debatte, geschweige denn zur Überprüfung stehen. Zur Zeit des Prozeßbeginns demonstrieren Antirassist/innen in Kiel für den Freispruch von Safwan.¹³

Vor allem die Tonbänder, die Gespräche von Safwan mit Besuchern im Gefängnis enthalten, – das angebliche Hauptindiz gegen Safwan – wird von den Anwältinnen Safwans demontiert.

Nach mehrmaligen Abhören der Bänder und erneuten unabhängigen Übersetzungen stellt sich heraus, daß der damalige Übersetzer genau das "übersetzte" was die Staatsanwaltschaft hören wollte.

So wurde aus Safwans Äußerung „*Wenn ich gestorben wäre*“ die angebliche Aussage: „*Wenn ich*

gestehen würde.“ Aus den Worten „Ich habe alle beruhigt.“ machte der Übersetzer: „Ich habe alle zum Schweigen gebracht.“¹⁴

Anfang November wird Safwan ohne jegliche Einschränkung freigesprochen.

Antisemitische Schmierereien und Schändung jüdischer Gräber in Berlin

Am 3. Oktober dem Jahrestag der Einverleibung der ehemaligen DDR werden in Berlin am Denkmal für die jüdische Deportierten an der Putlitzbrücke mit Hakenkreuze und SS-Runen beschmiert, ebenfalls wird das Berthold Brecht-Denkmal, sowie das Denkmal für den kommunistischen Widerstandskämpfer Anton Saefkow beschädigt. Der Höhepunkt dieser Angriffe war die Schändung von 103 Gräbern auf dem größten jüdischen Friedhof Europas in Berlin-Weißensee. Und die Berliner Polizei scheut nicht wiederum einen Nazi-Anschlag auszuschließen: „Wir gehen bei den Motiven der Täter von Vandalismus aus. Eine politische Tat ist fast ausgeschlossen.“, so der Polizeipräsident Saberschinsky.¹⁵

Eine Woche später scheidet nur durch Zufall ein Brandanschlag auf den gleichen jüdischen Friedhof.¹⁶

Auch in der Nähe von Augsburg werden Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof umgeworfen,¹⁷ in Alsfeld/Hessen wird ein Gedenkstein der jüdischen Gemeinde mit Farbe beschmiert¹⁸ und in Weikersburg sowie

Bendorf/Rheinland-Pfalz werden auf den beiden jüdischen Friedhöfen insgesamt 45 Grabsteine umgeworfen bzw. mit Nazi-Parolen beschmiert.¹⁹

Nazi-Morde:

- Der bei einem rassistischen Angriff in Kolbermoor/bei Rosenheim schwer-verletzte Mocambikaner Carlos Fernando stirbt sieben Wochen später an seinen Verletzungen.²⁰
- Am 6. Oktober stirbt in Lichtenberg/Berlin der 38jährige Kurt S., nachdem er von vier Nazis zusammengeschlagen, ausgeraubt und niedergestochen wurde.²¹

• In der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober wird der 17jährige Punk Patrick Thürmer auf dem Nachhauseweg von einem Konzert in Hohenstein-Ernstthal (bei Chemnitz) von einer Gruppe Nazis zu schwerverletzt, daß er an seinen Verletzungen im Krankenhaus stirbt. Ein Freund, der Patrick begleitet wird verletzt. Zuvor wurde das Punkkonzert von Nazis angegriffen. Nachdem sich Punks und Antifas gegen die Nazi-Angriffe zur Wehr setzen, greift die Polizei ein, errichtet Straßensperren und nimmt mehrere Punks und Antifas fest.

Am 3. Oktober demonstrieren 150 Antifaschist/innen und Freund/innen von Patrick durch die Stadt um gegen den Nazi-Mord zu protestieren. Die Antifas sind teilweise ver mummt und mit Knüppel bewaffnet. Während der Demo werden Gebäude mit antifaschistischen und antirassistischen Parolen besprüht. In einem

Aufruf zu einer weiteren Demo am 16. Oktober gegen den Nazi-Mord und die Hetze in den bürgerlichen Medien heißt es:

*„Diese Verdrehungen der Wahrheit wollen wir nicht länger hinnehmen! Es ist sowieso schon viel zu lange geschwiegen worden! Die Faschisten und diejenigen, die verharmlosen und lügen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden! Nach über 200 faschistischen und rassistischen Morden in der BRD in den letzten 10 Jahren ist das Maß längst über voll! Kein Vergeben – kein Vergessen! Rache für den Mord an Patrick!“*²²

Antifa-Aktionen

In vielen Städten gibt es Demonstrationen gegen die Nazis:

- In Neunkirchen/Saarland demonstrieren mehrere hundert Antifaschist/innen gegen den Nazi-Laden „Studio 88“.²³
- In Eschweiler/Nordrhein-Westfalen demonstrieren 500 Antifaschist/innen gegen ein Nazizentrum.²⁴
- In Berlin protestieren am 11. September etwa 600 Antifas gegen den Klub der Nazi-Organisation „Die Vandalen“ und forderten seine Schließung.²⁵
- In Köln demonstrieren 1.500 Antifaschist/innen gegen den Aufmarsch der NPD mit 450 Nazis. Bei dem Versuch die Nazis direkt anzugreifen werden 12 Antifas verhaftet.²⁶
- In Stuttgart fordern 1.000 Antifaschist/innen die Schließung der Bundesgeschäftsstelle der NPD.²⁷

- Bei antifaschistischen Angriffen auf einen Aufmarsch mit ca. 300 Nazis in Osnabrück gegen die dort gezeigte „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ werden mehrere Antifas verletzt und verhaftet. Gleich früh morgens besetzen 450 Antifaschist/innen den eigentlichen Aufmarschort der Nazis. Zu einer Kundgebung von gewerkschaften und anderen Gruppen kommen etwa 350 Menschen. Der antifaschistische Demonstrationzug wird von der Polizei gestoppt und eingekesselt. Einigen wenigen Antifas gelingt es die Nazis auch direkt anzugreifen.²⁷

- In Flensburg kommt es nach militanten Angriffen mit Steinen und Flaschen von Antifaschist/innen gegen einen Aufmarsch von 75 Nazis zu dreistündigen Kämpfen mit der Polizei²⁸

- In Göttingen wird das Lager des Vertrieb von Nazi-Musik-CDs des Nazi-Kaders Throsten Heise zerstört und sein Haus schwer beschädigt. Zu dem Brandanschlag bekannte sich die „Antifaschistische Brigade Söderberg“.²⁹

Militante Kämpfe gegen das reaktionäre Notstandsgesetz in Indonesien

Im September und Oktober gibt es in Indonesien viele militant geführte Aktionen gegen die geplante Verabschiedung eines neuen, noch repressiveren Notstandsgesetzes.

Nach dem dieses Notstandsgesetz verabschiedet wird verschärfen sich die Kämpfe:

Am 23. September kämpfen etwa 10.000 Student/innen unterstützt von Anwohner/innen in verschiedene Stadtviertel Jakartas mit Steinen, Stangen und Molotovcocktails gegen Polizei, Militär und reaktionäre Milizen. Dabei werden 4 Student/innen erschossen. Auch in vielen anderen Städten kommt es während den Demonstrationen gegen das Notstandsgesetz zu Kämpfen mit der Polizei wobei mehrere Demonstrant/innen verletzt werden.³⁰

Student/innen verschiedener Unibersitäten versammeln sich am 28. September in Bandar Lampung/Sumatra, um den in Jakarta ermordeten Komilitonen zu gedenken. Aus der Demo heraus wird das regionale Militärhauptquartier mit Steinen und Molotovcocktails angegriffen. Durch die Schüsse des Militärs wird ein Student erschossen und weitere 11 schwer verletzt.³¹

Vom 13. bis zum 15. Oktober kommt es in Jakarta aber auch in andern Landesteilen zu heftigen Kämpfen zwischen Student/innen und der Polizei gegen die mögliche Wiederwahl Habibis als Präsident.³²

Generalstreik in Kolumbien

Anfang September kommt es in Kolumbien zu einem zweitägigen Generalstreik. Am ersten Tag streiken 1,5 Millionen, etwa 90% der Werktätigen in Kolumbien und legen fast den gesamten Verkehr des Landes lahm. Die Streikenden werden von Student/innen unterstützt, die gemeinsam gegen die Polizei kämpfen als auch von einer Guerilla-Gruppe, die ein

Wasserkraftwerk besetzt und eine Polizeikaserne angreift.³³

Militante Kämpfe gegen die Polizei anlässlich des Jahrestages des Militärputsch in Chile

Anlässlich der jährlichen Proteste am Jahrestag des Militärputsch in Chile beginnen am 9. September linke Student/innen mit dem Bau von Barrikaden und der Blockierung des Campus und fordern, daß die Verantwortlichen für den Putsch zur Rechenschaft gezogen werden. Am Wochenende kommt es zu weiteren militanten Kämpfen gegen die Polizei. Dabei wird ein Mensch erschossen und weitere 40 verletzt.³⁴

Roma kämpfen in Tschechien gegen rassistischen Mauerbau

In Usti nad Labem demonstrieren am 5. Oktober 50 Roma gegen die Errichtung einer Mauer, die das Wohnviertel der Roma von der übrigen Stadt abtrennen soll und blockieren die Bauarbeiten.

Am nächsten Tag demontierten die Roma eine Teil der bereits gebauten Mauer. *„Die Demontage war ein Akt der Selbstverteidigung“*, so ein Sprecher der Roma.³⁶

1999 Nov.–Dez.

Deutscher Imperialismus führt in Montenegro die D-Mark als Währung ein

Am 2. November führt die jugoslawische Teilrepublik offiziell die D-Mark als Parallelwährung ein und ist nach Kosova das zweite Land der Region mit dieser direkten Anbindung an den deutschen Imperialismus. Sämtliche Löhne, Renten und Sozialleistungen werden zukünftig nur in D-Mark ausbezahlt.

Die deutsche Bundesbank bestreitet eine direkte Beteiligung an der Einführung der neuen Währung. Kroatianische Zeitungen berichten aber, daß ein Flugzeug von Deutschland über Kroatien 34,5 Tonnen mit D-Mark Scheinen und Münzgeld nach Montenegro transportiert hat.¹

Deutscher Imperialismus ist einer der größten Waffenhändler

Nach Recherchen und unabhängigen Gruppen soll der deutsche Imperialismus 1998 für zwischen 1,9 und 2,8 Milliarden Mark Waffen verkauft haben. Der Umfang der vereinbarten Neugeschäfte wird nach US-Statistiken auf 9,6 Milliarden Mark beziffert, womit Deutschland auf den zweiten Platz hinter den USA bei den Waffenlieferungen gerückt ist. 1998 gab es Lieferungen von Panzern, Kriegsschiffen, Schußwaffen, Munition etc. an Österreich, Chile, Dänemark, Kanada, Kolumbien, Griechenland, Türkei, Israel, Mazedonien, Rumänien, Südafrika, Thailand, Südkorea, Schweden und in andere Länder. Hinzu kommen Lizenzproduktionen von "Kleinwaffen" wie dem G3-Gewehr, das nach Lizenzbau in 17 Ländern heute in 64 Ländern genutzt wird.²

Zudem ist Deutschland vor allem führend beim Export von Kriegsfregatten. Allen voran die Werft Blohm & Voss, die durch Baulizenzen mit 36 Fregatten in 8 Ländern beteiligt ist. Sie ist aktiv in Malaysia, Südafrika, Australien, Neuseeland, Türkei und Griechenland. Darüber hinaus werden beim Blohm & Voss auch hochmoderne Kriegsschiffe für die deutsche Marine gebaut.³

Polizeirazzia gegen Mehringhof und vermeintliche Mitglieder der „Revolutionären Zellen“

Am 19. Dezember stürmen mehrere hundert Polizisten das Alternativzentrum „Mehringhof“ in Berlin, um dort nach Aussagen eines „Kronzeugen“ ein Waffen- und Sprengstofflager der „Revolutionären Zellen“ zu suchen. Der sogenannte „Kronzeuge“ nennt auch die Namen von drei angeblichen Mitgliedern der RZ, die im Rahmen der Aktion verhaftet werden und in drei verschiedene Gefängnisse in Frankfurt/Main, Düsseldorf und Wuppertal verschleppt werden. Bei der Durchsuchung des Mehringhofs werden 50 Türen aufgebrochen, Wandverkleidungen abgerissen und so insgesamt ein Schaden von über 100.000 Mark angerichtet.

Am 23. Dezember protestieren mehrere hundert Demonstrant/innen gegen die Durchsuchung des Mehringhofs und fordern die Freilassung von Sabine, Harald und Axel – den drei Verhafteten.⁴

Zdravko Nikolov von Polizisten in Braunschweig erschossen

Der Physiker Zdravko Nikolov, Flüchtling aus Bulgarien, soll am 10. Dezember abgeschoben werden. Nachdem die Polizei in seine Wohnung kommt, droht Ni-

kolov, sich mit einem Küchenmesser umzubringen. Daraufhin wird das SEK benachrichtigt, das die Wohnung mit einer Blendgranate stürmt und Nikolov mit zwei Schüssen lebensgefährlich verletzt. In der Nacht zum 21. Dezember stirbt er an den Folgen der Verletzungen. Nikolov wurde in Bulgarien mehrfach von der Polizei schwer mißhandelt. Die Polizei begründet ihre Todesschüsse damit, daß sich Nikolov angeblich mit dem Messer gewehrt habe.⁵

V-Mann des Verfassungsschutz an nazistischen Brandanschlägen beteiligt

Ein V-Mann des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1997 die NPD-Kreisorganisation Nordwestmecklenburg geleitet und war an einem Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen im März 1999 beteiligt. Selbst zur Landtagswahl 1998 kandidierte der V-Mann, Michael Grube, für die NPD. Anfang 1999 gründet er mit anderen ein Abspaltung der NPD, die „Sozialistische Volkspartei“. Für die Beteiligung an dem Brandanschlag muß nun der V-Mann dreieinhalb Jahre in Haft. Durch diesen Prozeß kommt das Ganze erst ans Licht. Trotz einiger fadenscheiniger Erklärungen des Verfassungsschutzes zeigt dies wiederum, wie eng verwoben die Nazis mit Teilen des Staatsapparates des deutschen Imperialismus sind. Grube wurde vom Verfassungsschutz mit Informationen über Linke und Antifaschist/innen versorgt, um seine Stellung innerhalb der Nazi-Szene auszubauen. So legten sie Grube im Vorfeld der Kundgebung zum Todestag von Wolfgang Grams in Bad Kleinen eine Liste mit Namen von möglichen Teilnehmern vor. Zu prüfen ist jetzt noch, ob Michael Grube, der der Nazi-Szene in Grevesmühlen angehört, auch an dem Nazi-Massaker von Lübeck beteiligt war, und dies ein Grund für die staatliche Vertuschung ist.⁶

Deutscher Rassist verletzt drei Menschen aus Afrika teils schwer mit einem Beil

Im hessischen Nidderau (bei Hanau) greift am 9. November ein deutscher Rassist drei Menschen aus Afrika auf offener Straße mit einem Beil an. Zunächst verletzt er einen 15jährigen mit dem Beil am Arm, setzt sich daraufhin in sein Auto und sucht nach weiteren Opfern. Kurz darauf greift er zwei weitere Menschen aus Afrika mit dem Beil an. Ein 13jähriger Junge wird leicht verletzt, sein Begleiter erleidet lebensgefährliche Schädelverletzungen. Der Rassist hat wohl auch geplant, mit scharfen Schußwaffen Jagd auf Menschen aus anderen Ländern zu machen. Trotz eigener Aussagen, daß er sich als „Rassist“ bezeichnet, daß er „vor allem Neger und Türken“ hasse, spricht die Polizei von einem psychisch Kranken und daß sie „noch keine gesicherten Erkenntnisse zum Motiv“ habe.⁷

Alltäglicher Nazi-Terror

Selbst die offiziell registrierten und anerkannten Zahlen über Nazi-Angriffe zeigen für das Jahr 1999 eine deutliche Zunahme. Bis zum August 1999 werden 214 Menschen durch Nazis verletzt und 995 „rechtsextreme“ Straftaten registriert. Diese Zahlen sind sicherlich nicht vollständig, denn wie das Beispiel aus Nidderau zeigt, werden selbst so offensichtliche Nazi-Angriffe nicht registriert.⁸

In den zwei Monaten wurden mehrere Nazi-Konzerte bekannt:

In Micheln (Sachsen-Anhalt) findet ein Nazi-Konzert mit 150 Besuchern statt.⁹ Am 27. November wird von der Polizei im oberpfälzischen Friedenfels ein Konzert mit 300 Nazis aufgelöst. In Kirchmöser (Brandenburg)

wird ein Konzert mit etwa 100 Nazis ebenfalls von der Polizei aufgelöst.¹⁰

Das größte Konzert mit 1.000 Nazis findet am 13. November in Schorba (Thüringen) statt.¹¹

Anti-Nazi-Aktionen

In **Göttingen** demonstrieren am 6. November insgesamt 5.000 Gewerkschafter/innen, Antifaschist/innen, aber auch bürgerliche Politiker gegen einen geplanten Aufmarsch der NPD.¹²

Am 4. Dezember demonstrieren etwa 2.000 - Antifaschist/innen gegen einen geplanten Nazi-Aufmarsch in **Braunschweig**. Die NPD hatte zu einer sogenannten „Siegeseier“ zur Rücknahme der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ aufgerufen. Der Aufmarsch wurde jedoch verboten. Einigen hundert Antifaschist/innen gelingt es im Laufe des Tages, ver Einzelte Nazis, die dennoch in der Stadt waren, anzugreifen.¹³

An der jährlichen Demonstration zum Gedenken an den von Nazis 1992 ermordeten Antifaschisten Silvio Meier beteiligen sich in **Berlin** am 21. November 2.500 Antifaschist/innen. Die Demo richtet sich gegen die zunehmende Präsenz von Nazishops und -treffpunkten. Ab mittags beteiligen sich mehrere hundert Antifas am Ort des Nazi-Mordes, im U-Bahnhof Samariterstraße, an einer Mahnwache.¹⁴

In **Berlin** beteiligen sich Anfang November etwa 200 Antifaschist/innen an einer Kundgebung auf dem jüdischen Friedhof Weißensee, um gegen die nazistische und antisemitische Zerstörung von 103 Grabsteinen im Oktober zu protestieren.¹⁵

Hungerstreik und Proteste von Flüchtlingen gegen ihre unmenschliche Behandlung

Bereits seit Juni 1999 wehren sich etwa 150 Flüchtlinge in Berlin gegen menschenunwürdige Behandlung in vier Flüchtlingsunterkünften. Der Protest richtet sich vor allem gegen das Rote Kreuz, das drei der vier Unterkünfte verwaltet, und gegen die schlechten Lebensmittel. Aus Protest dagegen sind am 30. September 180 Flüchtlinge der Unterkunft in Pankow, vor allem aus Bosnien und Kosovo, in den Hungerstreik getreten. Am 19. Oktober mußte dieser wegen zu großer Schwächung der Hungerstreikenden abgebrochen werden. Am 20. November wurden die Proteste durch eine Demonstration unterstützt.¹⁶

Guerillaoffensive in Sri Lanka

Nach den seit über einem Jahr heftigsten Kämpfen zwischen der tamilischen Befreiungsorganisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) und der Armee Sri Lankas muß die Armee mehrere strategisch wichtige Militärstützpunkte aufgeben. Seit Anfang November wurden von LTTE, die seit 1972 für einen eigenen Staat für die Tamilen im Norden Sri Lankas kämpft, mehrere Städte von der Armee zurückerobert und einige Militärstützpunkte besetzt. Sogar Teile der Soldaten der Armee Sri Lankas haben gemeutert.¹⁸

Militante Proteste gegen WTO-Konferenz in Seattle

Anläßlich der Tagung der imperialistischen Welthandelsorganisation (WTO) demonstrieren mehrere Zehntausende tagelang für die Rechte der Arbeiter/innen und gegen kapitalistische Ausbeutung.

Am 1. Dezember kommt es zu ersten heftigen Kämpfen mit der Polizei. Durch die heftigen Kämpfe wird die Auftaktveranstaltung der WTO abgesagt, da durch die Blockaden der Demonstrant/innen der Zugang zum Konferenzgebäude versperrt ist. Die schwerbewaffneten Polizei- und Nationalgarde-Einheiten greifen mit auch Tränengas und Gummigeschossen die Protestierenden an. Doch diese sind teilweise sehr gut mit Gasmasken ausgerüstet. Die Kämpfe, bei denen auch mehrere Banken und Geschäfte angegriffen werden, und bis tief in die Nacht andauern, sind so heftig, daß die Polizei den Ausnahmezustand sowie eine Ausgangsperre rund um die Uhr ausruft. Fast 600 Demonstrant/-innen werden verhaftet und viele verletzt. Am Mittwoch richten sich zwei Demonstrationen gegen den brutalen Polizeieinsatz und fordern die Freilassung der Inhaftierten. Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie distanzieren sich von den Kämpfen und hetzen gegen die militant Kämpfenden.

Die Proteste in Seattle werden unterstützt von Demonstrationen in Paris mit 20.000 Demonstrant/innen sowie Aktionen in Marseille, Toulouse, Straßburg und Lyon mit mehreren tausend Teilnehmer/innen am 28. November. Auch in Genf demonstrieren 3.000 gegen die WTO-Konferenz.

In London demonstrieren am 1. Dezember 2.000 ebenfalls gegen die WTO, wobei es auch hier zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt.¹⁷

Arbeitskämpfe in Frankreich

Am 8. November beginnen 30 Arbeiter/innen eines Zuliefererbetriebs für die Produktion des Smart-Automobiles (DaimlerChrysler) in Lothringen einen Streik und blockieren die Zufahrtswege zum Werk, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. Bereits am Mittwoch beteiligen sich Kolleg/innen aus zwei anderen Zulieferfabriken an dem Streik und werden

später von zwei weiteren unterstützt. Am 15. November wird ein Streikposten verletzt, als ein PKW die Blockade durchbricht. Durch die Streiks und Blockaden erreichen die Streikenden, daß drei Tage lang die Produktion stillsteht (entspricht etwa 900 PKWs) und daß für alle - Arbeiter/innen sowohl bei den Zulieferfirmen als auch bei Smart selbst 500 Francs mehr Lohn bezahlt werden.¹⁹

Ende November kommt es in Forbach und Metz zu militanten Kämpfen von Bergarbeitern mit der Polizei. Die Bergarbeiter protestieren gegen die geplante Einfrierung ihrer Löhne. In Metz werden von den etwa 700 Arbeiter/innen die Fensterscheiben von Geschäften zerschlagen und mehrere Polizeiautos in Brand gesteckt. Nach einem Sitzstreik am Hauptbahnhof werden sie von der Polizei eingekesselt. In Forbach wurde das Finanzamt angegriffen und verwüstet. Die Arbeiter/innen besetzten öffentliche Gebäude und warfen die Möbel des Bürgermeisters auf die Straße.²⁰

1 TAZ 3.11.99; JW 8.11.99

2 JW 28.12.99

3 Politische Berichte 23/99

4 JW 22.12., 24.12.99

5 JW 23.12.99

6 Antifaschistische Nachrichten 23/99; FR 20.11., 22.12.99; JW 24.12.99; Jungle World Nr. 46

7 TAZ 12.11.99; FR 11.11.99

8 Antifaschistische Nachrichten 23/99

9 FR 8.11.99

10 FR 29.11.99

11 TAZ 15.11.99

12 JW 8.11.99

13 JW 6.12.99

14 JW 23.11.99

15 JW 6.11.99

16 Interim Nr. 448

17 JW 29.11., 2.12., 4.12.99; FR am Abend 1.12., 2.12.99; TAZ 2.12.99

18 JW 6.11., 8.11.99

19 RF 47/99; TAZ 13.11., 16.11., 18.11.99
20 FR 1.12.99; Rote Fahne 48/99

2000

2000 Jan.–Febr.

Der deutsche Imperialismus in Kosova, Mazedonien und Albanien

Kosova: Unter dem Oberbefehl des deutschen Generals Reinhardt führten über 2.500 Soldaten der NATO, darunter auch Bundeswehrsoldaten, über mehrere Tage Razzien in der von Serben und Albanern bewohnten Stadt Mitrovica durch. Die dort wohnenden Serben befürchten, daß es nun mit der Verlegung deutscher Truppen nach Mitrovica zu ebensolchen Vertreibungen von nicht-albanischen Einwohnern kommt wie in dem von der Bundeswehr kontrollierten Gebiet um Prizren.¹

Mazedonien: Die Armee Mazedoniens wird vom deutschen Imperialismus mit Lieferungen von Panzerfahrzeugen, Sturmgewehren, Maschinenpistolen, Luftabwehrraketen u. a. ausgerüstet.²

Albanien: Der deutsche Imperialismus plant, für den Sommer eine 150 Mann starke Bundeswehrruppe, die in Kosova stationiert sein wird, für den Einsatz in Albanien abzustellen. Die Soldaten sollen angeblich die Versorgungswege sichern.³

Auch Albanien wird mit Militärfahrzeugen und anderen Materialien im Wert von sieben Millionen Mark „beschenkt“.⁴

Erneut 3 Todesopfer des deutschen Abschiebeterrors

Senida P. aus Bosnien stürzte sich aus Angst vor der drohenden Abschiebung aus dem 8. Stockwerk eines Hauses in Frankfurt/Main.⁵

Die beiden Kurden Murat Islak und Sabin Coba aus Kirchheim/Teck bzw. Weil am Schönbuch nehmen sich ebenfalls aus Furcht vor der drohenden Abschiebung das Leben.⁶

CDU schürt antisemitische Vorurteile zur Vertuschung ihrer sogenannten „Spendenaffäre“

Um die illegalen Spendentransaktionen der CDU zu vertuschen, wurden diese vom hessischen CDU-Schatzmeister als angebliche Vermächtnisse jüdischer Emigranten getarnt. Uns somit wird das altbekannte antisemitische Klischee des jüdischen Kapitals erneut instrumentalisiert und dem Antisemitismus weiter Vorschub geleistet.⁷

Nazi-Mord vom August 1999 erst jetzt bekannt geworden

Wie erst jetzt bekannt wurde, haben am 9. August 1999 zwei Nazis in Eschede (Niedersachsen) einen 44-jährigen Mann totgetrampelt, weil er sie wegen ihren nazistischen Äußerungen kritisierte. Insgesamt wurden offiziell 1.457 sogenannte „rechtsextremistische“ und 574 antisemitische Straftaten registriert. Dabei wurden 327 Menschen verletzt. Offiziell wurden ebenfalls 11 Mordversuche von Nazis gemeldet.⁸

Alltäglicher Nazi-Terror

In der Nacht zum Jahreswechsel ziehen 30 Nazis mit der Reichskriegsflagge durch die Stadt **Guben**, darunter auch drei Nazis, die Omar ben Noui 1999 in den Tod gehetzt hatten.⁹ Dreimal innerhalb von vier Wochen beschädigen Nazis – darunter auch Mörder von Omar ben Noui – den Gedenkstein.¹⁰ In **Eberswalde** wird der Gedenkstein für den 1990 von Nazis ermordeten Amadeu Antonio mit einem Hakenkreuz besprüht.¹¹

In **Rathenow/Brandenburg** werden immer häufiger Flüchtlinge und Menschen aus anderen Ländern von Nazis auf offener Straße angegriffen und verletzt: Am 8. Januar wird ein Mann aus dem Tschad von Nazis durch Tritte und Schläge verletzt. Am 11.

Februar wird ein Mann aus Pakistan von drei bis vier Nazis angegriffen.¹² Am 5. Februar wird ein Betreiber eines Imbisses aus der Türkei in **Sperenberg** bei Bernau von zwei Nazis schwer verletzt.¹³

In **Oggersheim** beteiligen sich an einem Aufmarsch der NPD etwa 120 Nazis.¹⁴

Am 8. Januar demonstrieren zum vierten Mal innerhalb von 7 Monaten Nazis durch **Hamburg-Bergedorf**. Etwa 70 Nazis beteiligen sich unter Führung des Nazi-Kaders Thomas Wulf an dem Aufmarsch.¹⁵

In **Magdeburg** können etwa 80 Nazis an der offiziellen „Gedenkveranstaltung“ anlässlich des Jahrestages der gerechten Bombardierung der Stadt durch die Alliierten teilnehmen. Antifaschistische Proteste werden unterbunden, dafür kann die NPD ihren Kranz niederlegen.¹⁶

In **Berlin** marschieren am 29. Januar mehr als 700 Nazis gegen das geplante Holocaust-Mahnmal.¹⁷

Am 12. Februar marschieren in **Gera** etwa 400 bis 500 Nazis gegen die örtliche Flüchtlingsunterkunft auf.¹⁸

Am 26. Februar marschieren in **Erfurt** etwa 500 Nazis unter der Forderung der „Rückgabe der deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes“ auf. In **Dedelow** löst die Polizei ein Treffen von 100 Nazis auf, und in **Hammelburg** marschieren etwa 50 Nazis auf.¹⁹ Im schleswig-holsteinischen **Klein-Gladbeck** treffen sich 700 Nazis zu einem Konzert anlässlich des 70. Todestages von Horst Wessel.²⁰

Antifaschistische Demonstrationen und Gegenwehr

Neben antifaschistischen Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche in **Berlin, Gera, Erfurt, Riesa, Elmshorn, Bergedorf** und **Hammelburg** beteiligen sich an einer Demonstration gegen einen zuvor

verbotenen NPD-Aufmarsch am 29. Januar in Göttingen 2.000 Menschen.²¹

Aber auch militante Gegenwehr und Angriffe gegen Nazis gibt es immer wieder:

In Fürth kommen Jugendliche aus der Türkei einem Menschen aus Afrika zu Hilfe, der von drei Nazis angegriffen und verletzt wird. Der Angegriffene kann daraufhin fliehen, während die Jugendlichen von Besucher/innen einer Gaststätte noch weitere Unterstützung bekommen. Die Nazis werfen mit Steinen gegen die Antifaschist/innen. Ein Jugendlicher aus der Türkei und eine Frau werden verletzt. Die später angekommene Polizei nimmt 15 Personen fest und ermittelt nun wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung.²²

Am 12. Februar greifen 10 verummte Antifaschist/innen eine Gruppe Nazis in der Straßenbahn in Dresden an und können den Nazis einige Blessuren beibringen.²³

In Delitzsch greifen am 20. Februar 50 Antifaschist/innen einen Treff von 50 Nazis in einer Gaststätte mit Flaschen und Steinen an.²⁴

In Frankfurt/Main können Antifaschist/innen durch einen Brandanschlag auf das „Haus der Heimat“ die dort geplante Veranstaltung der Naziorganisation „Unser Land“ um Horst Mahler verhindern.²⁵

Arbeiterinnen und Arbeiter streiken bei VW in Südafrika

Am 21. Januar beginnen zunächst 340, später 2.000 Arbeiter/innen einen spontanen Streik für die volle Auszahlung der Pensionsfonds und für eine Gewinnbeteiligung angesichts der starken Inflation in Südafrika. Eine weitere Forderung ist die bedingungslose Wiedereinstellung von 13 kämpferischen Shop-Stewards (ähnlich Vertrauensleute). Nachdem VW und die Gewerkschaft den Streik für illegal erklären, wird das Werk am 24. Januar für eine Woche geschlossen, die Arbeiter/innen

ausgesperrt und die 340 „Erststreikenden“ Arbeiter/innen entlassen. Am 4. Februar entläßt VW weitere 1.300 Streikende, die die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert haben. Ein Großteil der Produktion liegt lahm, und die Exportproduktion wird mit 12-Stunden-Schichten und erzwungenen Überstunden in Einklang mit der Gewerkschaft aufrechterhalten.²⁶

Die Arbeiter/innen aus verschiedenen Unternehmen der Region haben sich in einem Krisenkomitee zusammengeschlossen, um die Wiedereinstellung der Entlassenen und die Erfüllung der Forderungen zu unterstützen. Die Gewerkschaft NUMSA erwirkte sogar die Entlassung von Aktivisten des Krisenkomitees, die bei anderen Fabriken arbeiten. Der Kampf der Arbeiter/innen gegen den VW-Konzern, gegen die ANC-geführte Regierung und gegen ihre Gewerkschaftsführung dauert zur Zeit noch an. Auch erste Initiativen von internationaler Solidarität gehen von den Arbeiter/innen bei VW-Mexiko und von Automobilarbeiter/innen in der IG Metall aus.²⁷

Antirassistische Demonstrationen zur Unterstützung von Abschiebehäftlingen in Italien

Am 29. Januar anlässlich eines landesweiten Aktionstags demonstrierten in Florenz und Mailand je 6.000 Antirassist/innen sowie auf Sizilien 500 gegen den Abschiebeterror Italiens. In Mailand gelingt es durch energisches Auftreten der Antirassist/innen, die in weißen Overalls und Helmen mit zusammengebundenen LKW-Reifen gegen die Polizei vorgehen, daß sie eine Delegation von 50 Antirassist/innen und Journalist/innen in das dortige Abschiebelager schicken können. Das Gesetz zur Einführung dieser Abschiebelager stammt aus dem Jahr 1998 und war expliziter Wunsch der Vertreter des deutschen Imperialismus bei der Verhandlung mit Italien zum Beitritt zum Schengener Abkommen. Auch

die revisionistische Rifondazione Comunista hatte das Gesetz in der Regierungskoalition damals unterstützt. Auch die inhaftierten Flüchtlinge kämpfen immer wieder gegen die menschenunwürdige Unterbringung mit Hungerstreiks, Massenausbrüchen und Revolten.²⁸

Militante Kämpfe von Stahlarbeiter/innen in Spanien

Seit Mitte Februar streiken die Arbeiter/innen zweier Werften in Gijon gegen die Privatisierung bzw. Fusion mit einer Militärwerft und dem dadurch drohenden Verlust von Arbeitsplätzen. Als am 11. Februar die Streikenden ausgesperrt werden, kommt es zu Kämpfen mit der Polizei in Gijon, die den ganzen Tag andauern. Nachdem ein Gespräch der Vertreter/innen der Streikenden mit den bürgerlichen Parteien am 15. Februar ergebnislos verläuft, kommt es in Oviedo erneut zu schweren Kämpfen. Die Arbeiter/innen, die mit Sturmhauben, Schleudern und Schildern bewaffnet sind, greifen die starken Polizeieinheiten an und liefern sich stundenlange Kämpfe.²⁹

Streik marokkanischer Landarbeiter gegen rassistisches Pogrom in Spanien

In der südspanischen Stadt El Ejido kommt es zu einem mehrere Tage andauernden Pogrom gegen etwa 400 marokkanische Landarbeiter/innen. Mehrere Landarbeiter/innen werden durch Steine und Stockschläge verletzt, während die Polizei zusieht. Es werden Bars, Geschäfte, Häuser und Treffpunkte der Landarbeiter/innen und von anderen Menschen aus anderen Ländern angegriffen, verwüstet oder in Brand gesteckt. In Almeria greifen faschistische Gruppen auch gezielt linke Projekte und Treffpunkte von Immigrant/innen

an. Insgesamt werden 80 Immigrant/innen verletzt. Die Landarbeiter/innen treten daraufhin in einen unbefristeten Streik, um sich gegen die Pogrom-Übergriffe zu schützen, um gegen ihre schlechte Bezahlung zu protestieren und zur Durchsetzung von Entschädigung für zerstörtes Hab und Gut. Gegen die von den spanischen Bauern eingesetzten Streikbrecher setzen sich die Streikenden zur Wehr. Und jetzt greift auch die Polizei ein und verhaftet Streikposten. Von den bis 12. Februar 42 Verhafteten sind 26 marokkanische Landarbeiter. Am 14. Februar setzen die Landarbeiter/innen ihren Streik aus, nachdem sie erreichen, daß die Bauern sich an die tariflichen Zahlungen halten, daß Notunterkünfte zunächst zur Verfügung gestellt werden und daß Entschädigungen gezahlt werden sowie daß 5000 „illegale“ Flüchtlinge einen gesicherten Aufenthalt bekommen. Der Vorsitzende der „Vereinigung der Arbeiter aus dem Maghreb in Andalusien“ betont: „Wir haben den Streik nicht beendet, wir haben ihn nur länger ausgesetzt. Wir behalten uns das Recht zu jeglicher Mobilisierung vor, falls man uns betrügt.“⁹⁰

Besetzte Universität in Mexiko-City von der Polizei gestürmt

Bereits Ende Januar kommt es zu mehreren Angriffen von Provokateuren gegen die von Student/innen seit April besetzte Universität UNAM in Mexiko-City. Am 28. Januar demonstrieren über 20.000 für den Streik und die Besetzung der UNAM. 150 bewaffnete Wachleute und 200 Streikgegner greifen die von den Streikenden errichteten Barrikaden an und dringen auf den Campus vor. Doch gegen Abend können die Student/innen den Campus zurückerobern. Bei einem Angriff stirbt am 2. Februar ein Student, 37 werden verletzt und fast 150 festgenommen. Auch 400 Bundespolizisten greifen ein und verhaften Aktivist/innen des Streikrates.

Am 6. Februar wird die Universität von 3000 Soldaten in Polizeiuniformen und von Spezialeinheiten der Polizei gestürmt. Sie verhaften über 600 Student/innen. Die Polizei soll für mehrere Wochen auf dem Campus stationiert werden, um neue Besetzungen zu verhindern. Bereits am 8. Februar treffen sich 800 Student/innen der UNAM in einer anderen Universität und kündigen die Fortführung des Streiks an. Student/innen anderer Universitäten führen einen eintägigen Solidaritätsstreik durch.

Am 9. Februar demonstrieren 150.000 für die Freilassung von noch 85 gefangenen Streikenden.

Unterstützung erhalten die Streikenden auch von den kämpfenden Guerilla-Organisation EPR und der EZLN⁹¹

Quellen:

¹ JW 21.2.00 ² FR 14.1.00 ³ JW 19.2.00 ⁴ FR 31.1.00
⁵ FR 18.2.00 ⁶ Antifaschistische Nachrichten (ANNA) 4/2000
⁷ FR 19.2.00 ⁸ Jungle World Nr. 6/2000, ANNA 4/2000, FR 11.2.00 ⁹ TAZ 8.1.00 ¹⁰ FR 10.1., 11.2., 25.2.00
¹¹ JW 12.1.00 ¹² JW 19.2.00 ¹³ TAZ 9.2.00, Berliner Morgenpost 12.2.00 ¹⁴ Mannheimer Morgen 31.1.00 ¹⁵ ANNA 2/2000
¹⁶ Interim 493 ¹⁷ Jungle World Nr. 6/2000 ¹⁸ FR 14.2.00 ¹⁹ FR 28.2.00 ²⁰ FR 28.2.00 ²¹ JW 31.1.00 ²² FR 31.1.00 ²³ FR 15.2.00 ²⁴ FR am Abend 21.2.00 ²⁵ FR 27.1.00 ²⁶ ak Nr. 435, 17.2.00 ²⁷ JW 21.2., 26.2.00 ²⁸ Jungle World Nr. 7/2000 ²⁹ JW 17.2.00 ³⁰ JW 8.2.00, TAZ 8.2.00, JW 10.2.00, FR 11.2.00, JW 12.2.00, TAZ 14.2.00, 18.2.00, JW 29.2.00 ³¹ JW 28.1.00, JW 3.2.00, JW 4.2.00, 8.2.00, 11.2.00

2000 März–April

Kolonialistische Machenschaften des deutschen Imperialismus in Ex-Jugoslawien

Die Währung des deutschen Imperialismus und ihre Dominanz in dieser Region ist nur ein Beleg für den Einfluß des deutschen Imperialismus.

Bereits in den 80er Jahren war die DM in Jugoslawien vorherrschend. Nach dem Zerfall Jugoslawiens ist die D-Mark in Kroatien und Bosnien-Herzegowina hauptsächlich Zahlungsmittel. 1997 wurde in Bosnien-Herzegowina die sogenannte "Konvertible Mark" eingeführt, die an die D-Mark gebunden ist.¹

Nachdem bereits die DM als Währung in Kosova eingeführt wurde, tragen jetzt auch die Briefmarken die Währung D-Mark.²

Kriegsminister Scharping forderte zur Durchsetzung der imperialistischen Ziele, daß noch viele Jahre Truppen in Kosova stationiert sein werden.³ Die Richtlinien für Funk und Fernsehen in Kosova werden bereits vom Bayrischen Rundfunk ausgearbeitet und überwacht.⁴

Nazi-Morde und Nazi-Terror

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat am 28. Oktober 1999 ein Nazi in Dortmund eine 24jährige Frau erschossen.⁵

Am 4. März marschierten durch Borna 60 Nazis. Am gleichen Tag marschierten in Braunschweig 400 Nazis.⁶

Anfang März wurde in Guben erneut der Gedenkstein für den von Nazis ermordeten Omar ben Noui geschändet.⁷

In Berlin marschierten am 12. März 400 Nazis am 62. Jahrestages der Annexion Österreichs durch die Nazifaschisten.⁸

In Essen wurden am 16. März zwei Jugendliche aus anderen Ländern von einer Gruppe von 10 Nazis angegriffen und brutal zusammengeschlagen, während viele Leute diesem brutalen Angriff tatenlos zuschauten.⁹

In Eberswalde wurde der afrikanische Kulturverein durch einen Nazi-Brandanschlag zerstört.¹⁰

Am 10. März wurde in Wriezen ein 14jähriger Jugendlicher von einer Gruppe Nazis angegriffen und lebensgefährlich verletzt.¹¹

Am 25. März marschierten 100 Nazis unter dem Motto "Recht auf Heimat" durch die Innenstadt von Dresden. Am gleichen Tag marschierten auch 400 Nazis unter anderem angeführt von Steffen Hupka durch Salzwedel (Sachsen-Anhalt).¹² In Luckenwalde in Brandenburg wurde Anfang April ein Mann aus Sierra Leone von zwei Nazis angegriffen und verletzt.¹³

In Berlin stürmte am 5. April ein Mann mit einer Pistole in eine Kneipe, in der sich vor allem Menschen aus anderen Ländern aufhalten, und schoß auf die Gäste. Ein Mann aus dem Libanon konnte ihn aber überwältigen. Später stellte sich heraus, daß der Mann beim Bundesgrenzschutz ist und mit seiner Dienstpistole auf die Gäste der Kneipe schoß.¹⁴

Am 14. April wurde in Jena-Lobeda ein Mann aus Kongo-Zaire von einer Gruppe Nazis brutal zusammengeschlagen.¹⁵

In Senzig schoß ein Jäger auf ein Auto mit Männern aus Polen und verletzte einen von ihnen, da er sie verdächtigte, illegal Müll abzuladen.¹⁶

In Elmshorn bei Hamburg setzten Nazis öffentlich ein Kopfgeld für die Ermordung eines IG Metall Funktionärs aus, der sich antifaschistisch engagiert.¹⁷

In Dorfen bei München verübte eine Gruppe Nazis einen Brandanschlag auf eine von Flüchtlingen und Obdachlosen bewohnte Unterkunft.¹⁸

Am 20. April wurde in Bochum ein junger Mann aus der Türkei von einem Nazi zusammengeschlagen, durch eine Glasscheibe geworfen und schwer verletzt.¹⁹

In Angermünde wurden an Ostern drei Männer aus Osteuropa von Nazis zusammengeschlagen und schwer verletzt.²⁰

Dies ist nur eine kleine Auswahl des alltäglichen Nazi-Terrors, der öffentlich bekannt wurde.

Antisemitische Anschläge

In Erfurt verübten Nazis, die zuvor auf einer Feier den sogenannten "Führergeburtstag" feierten, einen Brandanschlag auf die Synagoge. Nur durch Glück entstand kein größerer Schaden. Zunächst wurde, trotz offensichtlichem Bekennerschreiben und dem Datum des 20. April lanciert, daß möglicherweise Linke hinter diesem antisemitischen Anschlag stecken. Die später gefaßten Nazis sind bzw. waren Mitglieder der NPD bzw. des "Bund Deutscher Patrioten".²¹

Mitte März wurden auf einem jüdischen Friedhof in Hannover 90 Gedenksteine zerstört.²²

Mitte März wurde in Guben der jüdische Friedhof von Nazis mit antisemitischen und nazistischen Parolen besprüht.²³

In der Region um Bamberg wurden Ende März und Anfang April 3 jüdische Friedhöfe mit Nazi-Parolen besprüht und Grabsteine zerstört.²⁴

Antifaschistischer Widerstand gegen den Nazi-Terror

In Erfurt demonstrierten 1500 Menschen am 11. März gegen die sich häufenden Nazi-Aufmärsche in Erfurt.²⁵ Am 12. März protestierten mehrere tausend Antifaschist/innen gegen den Aufmarsch der NPD in Berlin. In Kreuzberg gelang es einigen hundert Antifaschist/innen, die geplante Route der Nazi-Demo durch den Bezirk zu verhindern. Vereinzelt gelang es auch, die Nazis mit Wurfgeschossen einzudecken.²⁶ Am 19. März demonstrierten 1.500 Antifaschist/innen gegen die geplante NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick.²⁷ In Frankfurt/Main gelang es etwa 600 Antifaschist/innen, die geplante Kundgebung der Nazi-Organisation "Bürgerbewegung Unser Land" von Horst Mahler erfolgreich durch eine Besetzung des Kundgebungsplatzes und Blockade zu verhindern.²⁸ In Eningen bei Stuttgart demonstrierten am 1. April etwa 1000 Antifaschist/innen gegen die Landesgeschäftsstelle der NPD.²⁹ In Göttingen beteiligten sich an einer Demonstration gegen einen erneut angekündigten Nazi-Aufmarsch 1600 Antifaschist/innen.³⁰ Neben Demonstrationen gelang es Antifaschist/innen vor Ort immer mal wieder, den Nazis auch empfindliche Schläge zu versetzen: In der Region Königswusterhausen gelang es einem "Mobilen Antifa-Kommando" mehrere Autos von Nazis in Brand zustecken, auch in Essen, Marburg und Berlin

gelangen direkte Angriffe auf Nazis und ihre Treffpunkte.³¹

Kampf gegen Abschiebterror – Hungerstreik in Berliner Abschiebegefängnis

Sonja Schatz, Anastasia Poljakowa, Ljuda Orlova, Natalja Bazarja und Tanja Blazenko protestierten mit ihrem Hungerstreik, der von einigen zu einem Durststreik ausgeweitet wurde, gegen ihre Inhaftierung im Abschiebegefängnis Berlin-Moabit. Ihnen wurde medizinische Hilfe nur auf Druck ihrer Mitgefangenen gewährt und dann auch nicht von Ärzten der eigenen Wahl, sondern vom polizeiärztlichen Dienst. Die Frauen litten stark unter den Folgen des Hungerstreiks. Für zwei der Frauen war die Lage bereits stark lebensbedrohlich. Nach 61 Tagen Hunger- und Durststreik wurde Sonja Schatz freigelassen. Unterstützt wurde der Kampf der fünf Frauen gegen ihre Abschiebung auch von Antirassist/innen außerhalb der Gefängnismauern durch Protestkundgebungen.³²

Bundesweit demonstrierten Roma gegen ihre Abschiebung

Mit Demonstrationen protestierten Roma in mehreren Städten gegen die drohende Abschiebung nach Kosova, wo sie von einer verschärften rassistischen Verfolgung bedroht sind. Kritisiert wurde auch die Haltung der Verantwortlichen von NATO und deutschem Imperialismus, die der Vertreibung und Verfolgung der Roma tatenlos zusehen.

In Essen demonstrierten am 24. Februar 2000 Roma, in Hannover am 5. April 1000 Roma, und in Heidelberg beteiligten sich 500 Roma an der Demonstration am 12. April.³³

Militante Kämpfe in Bolivien gegen Erhöhung der Wassergebühren

Über mehrere Tage kam es in ganz Bolivien, ausgehend von der Stadt Cochabamba, zu Protestaktionen und militanten Kämpfen gegen eine 35%ige Erhöhung der Wassergebühren. Polizei und Militär gingen mit Tränengas, Gummigeschossen und scharfer Munition gegen die Protestierenden vor. Diese setzten sich aber mit Steinen und Molotowcocktails zur Wehr und steckten Regierungsgebäude, Treibstofflager und Autos in Brand und bauten Barrikaden und Straßenblockaden. Das Militär besetzte die Radiostation in Chochabamba, um eine Berichterstattung über die Kämpfe zu verhindern und verschleppte angebliche Anführer der Kämpfe in eine weit abgelegene Stadt. Bereits in den ersten Tagen schlossen sich landesweit Bauern, Lehrer und Student/innen den Kämpfen an. Daraufhin verhängte die Regierung einen dreimonatigen Ausnahmezustand. Zu heftigen Kämpfen kam es in der Ortschaft Achacachi als Polizei und Militär eine Straßenblockade von indigenen Bäuerinnen und Bauern räumten. Dabei wurden zwei indigene Bauern ermodet, aber auch zwei Soldaten und ein Polizist bezahlten dies mit ihrem Leben. Nach einer Woche militanter landesweiter Kämpfe war die Regierung gezwungen, die Gebührenerhöhung für Wasser wieder zurückzunehmen und die verhafteten angeblichen

oder wirklichen Anführer der Kämpfe wieder freizulassen. Während der Protestaktionen wurden mindestens fünf Protestierende getötet und 175 verletzt.³⁴

Gemeinsame Aktionen von Landlosen, Indigenas und Bevölkerung mit schwarzer Hautfarbe in Brasilien

Gegen die kolonialistischen Feiern anlässlich der Eroberung Brasiliens durch die Portugiesen protestieren im ganzen Land Angehörige der Landlosenbewegung MST, der indigenen und der Bevölkerung mit schwarzer Hautfarbe gegen "500 Jahre Unterdrückung und Rassismus". In der Stadt Porto Seguro wurde der Ausnahmezustand ausgerufen und 5000 Soldaten wurden stationiert. Mit Tränengas und Gummigeschossen griffen Polizei und Militär 2000 Demonstrant/innen an und schlugen mit Knüppeln und Gewehrkolben auf die Protestierenden ein. 2000 Landlose, die zuvor 50 Busse entführten, um zur Demonstration zu kommen, wurden vor der Stadt aufgehalten. Mehr als 30 Menschen wurden offiziell verletzt und 140 festgenommen. Zuvor hatten 600 Mitglieder der Landlosenbewegung MST Mitte März eine Universität im Bundesstaat Alagoas besetzt, um ihrer Forderung nach Land Nachdruck zu verleihen. Andere hatten vor den offiziellen Feiern erneut über 100 Landgüter besetzt. Schon Mitte April hatten sich 2000 mit Stöcken bewaffnete Landlose Kämpfe mit der Polizei geliefert. Anlaß war der vierte Jahrestag eines Massakers an Landlosen durch die Polizei. Nach der Niedererschlagung kündigten Vertreter der indigenen Be-

völkerung an, noch stärker mit den Landlosen und der Bevölkerung mit schwarzer Hautfarbe in Brasilien zusammenzuarbeiten.³⁵

Militante Proteste nach Polizei-Mord an Algerier in Frankreich

Nach der Ermordung eines Mannes aus Algerien durch Polizisten kam es in Lille zu tagelangen Protesten und militanten Kämpfen gegen die rassistische Polizei. Nach dem Trauermarsch, an dem 1000 Menschen teilnahmen, kam es zu den ersten Kämpfen zwischen vor allem Jugendlichen aus anderen Ländern und der Polizei. Dabei wurden mehrere Autos, Müllcontainer sowie öffentliche Einrichtungen in Brand gesetzt und die Polizei mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen. 70 Jugendliche werden festgenommen. Auch am dritten Tag nach der Ermordung des 25jährigen Mannes aus Algerien kam es in einigen Stadtvierteln von Lille wieder zu militanten Angriffen auf die Polizei.³⁶

Abschiebeterror à la PDS

Gerade dort wo die PDS wie in Mecklenburg-Vorpommern in der Landesregierung ist, zeigt sich immer wieder der reaktionäre Charakter der PDS.

In Mecklenburg-Vorpommern haben unter Mitverantwortung der PDS von Oktober 1998 bis Dezember 1999 161 Flüchtlinge bis zu 259 Tagen in Abschiebegefängnissen gesessen. So sind im Sonderbereich der JVA Bützow Flüchtlinge bis zu 23 Stunden pro Tag in ihre Zellen gepfercht.

Im gleichen Zeitraum, also vom Beginn der Regierungszeit SPD/PDS wurden 452 Flüchtlinge abgeschoben, und 391 Flüchtlingen wurde so durch die täglichen rassistischen Schikanen zugesetzt, daß sie offiziell "freiwillig" ausgereist sind. Das ist Abschiebeterror à la PDS.³⁷

Quellen: 1 TAZ 1.3.00 2 UZ 31.3.00 3 JW 6.4.00 4 Politische Berichte 8/2000 5 Antifaschistische Nachrichten (ANNA) 7/2000 6 Rabenschwarz Nr. 15, FR 6.3.00 7 FR 6.3.00 8 JW 13.3.00 9 ANNA 7/2000 10 JW 23.3.00 11 Erklärung der Jungdemokraten /Junge Linke Bad Freienwalde vom 23.03.00 12 ANNA 8/2000, ANNA 7/2000 13 FR 3.4.00 14 Berliner Zeitung 6.4.00 15 ANNA 9/2000 16 Berliner Zeitung 12.4.00 17 TAZ 17.4.00 18 JW 18.4.00 19 FR 22.4.00 20 TAZ 25.4.00 21 JW 22.4.00, FR 26.4.00, FR 28.4.00, TAZ 28.4.00 22 FR 21.3.00 23 TAZ 21.3.00 24 Nürnberger Zeitung 8.4.00 25 JW 13.3.00 26 www.nadir.org (Erklärung der Antifa Weißensee) 27 JW 20.3.00 28 Swing Nr. 92 29 ANNA 8/2000 30 JW 17.4.00 31 Berliner Zeitung 29.3.00, Interim Nr. 497 und Nr. 500, Oberhessische Presse 17.3.00 32 Angehörigen Info Nr. 231, JW 31.3.00, FR 7.4.00, Fr 15.4.00, FR 22.4.00, JW 20.4.00 33 Politische Berichte 5/2000, TAZ 6.4.00, Rhein-Neckar-Zeitung 13.4.00 34 TAZ 10.4.00, JW 10.4.00, FR 10.4.00, JW 12.4.00 35 Fr 20.3.00, JW 25.4.00, FR 25.4.00, TAZ 19.4.00 36 FR 19.4.00, JW 19.4., 20.4.00 37 JW 30.3.00

2000 Mai–Juni

Mörderischer Abschiebeterror des deutschen Imperialismus:

Naimah Hadjar nimmt sich aus Angst vor Abschiebung das Leben

Die Algerierin Naimah Hadjar nahm sich nach 238 Tagen Abschiebehaft am 6. Mai im Abschiebegefängnis auf dem Flughafen Frankfurt/Main das Leben aus Angst vor dem mörderischen Abschiebeterror. Ihr Asylantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich nicht mehr genau an ihre erste Vergewaltigung durch algerische Soldaten erinnern könne. Allein in den letzten Monaten hatte es im Abschiebegefängnis auf dem Flughafen 18 Versuche von Flüchtlingen gegeben, sich das Leben aus Verzweiflung und Angst vor der Abschiebung zu nehmen.¹

Alberto Adriano in Dessau von Nazis ermordet

In Dessau wurde am 12. Juni Alberto Adriano von drei Nazis im Stadtpark überfallen und mit Tritten und Schlägen lebensgefährlich verletzt. Danach haben ihm die Nazis seine Kleider vom Leib gerissen und den reglosen Körper in ein Gebüsch geworfen. Drei Tage später, am 15. Juni, starb er an seinen Verletzungen.²

Nazi stößt den Antifaschisten Falco Lüdke vor ein Taxi

In Eberswalde wurde der Antifaschist Falco Lüdke am 31. Mai von dem Nazi Mike Bether vor ein Taxi gestoßen und ermordet. Von der Polizei wurde trotz eindeutiger Zeugenaussagen ein nazistischer Hintergrund des Mordes geleugnet und vertuscht.³

Nazi-Mord am Obdachlosen Klaus Gericke

Der Obdachlose Klaus Gericke wurde in der Nacht zum 24. Juni in Greifswald von drei Nazis ermordet.⁴

Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

Nazi-Aufmärsche am 1. Mai:

Am diesjährigen 1. Mai marschierten in insgesamt sieben Städten etwa 2.700 Nazis durch die Straßen: In Wetzlar/Hessen etwa 100 Nazis, in Ludwigshafen 200 Nazis, in Dresden 300, in Grimma 600, in Fürth etwa 800 und in Berlin-Hellersdorf über 1000 Nazis. Auf dem Weg nach Berlin konnten etwa 350 Nazis in Neuruppin bei einem Stopp unbehelligt durch die Stadt marschieren.⁵

Nazi-Mordanschlag auf Antifaschist/Innen in Karlsruhe

Am 6. Mai griff der bekannte Nazi Manfred Huck, Vorsitzender und Gründer der Nazi-Organisation „Aktionsfront Nationaler Kameraden“ mit zwei Messern bewaffnet das Straßentheater der Roten Antifa Karlsruhe an. Ein Antifaschist wurde durch einen Messerstich in die Brust lebensgefährlich verletzt und ein weiterer leicht an der Hand. Der Nazi konnte erst von der Polizei mit gezogener Waffe festgenommen werden. Jedoch noch am gleichen Tag wurde der Nazi Huck wieder freigelassen. Der Staatsanwalt verharmloste den Mordanschlag als Schnittwunde – noch bevor der ärztliche Befund fertig war. Gleichzeitig wurde von der Polizei von einer Notwehrsituation für den Nazi gesprochen.⁶

Nazi-Mordanschlag auf Mann aus dem Irak

In Leipzig wurde in der Nacht zum 28. Juni ein Mann aus dem Irak von einem Nazi zunächst rassistisch beleidigt und danach mit einem Messerstich in die Brust schwer verletzt.⁷

Nazi-Brandanschlag auf JUZ Mannheim

Im Vorfeld des Nazi-Aufmarschs am 1. Mai in Ludwigshafen versuchte eine Gruppe von 10 Nazis das selbstverwaltete Jugendzentrum „Friedrich Dürer“ in Mannheim in Brand zu stecken. In der gleichen Nacht wurden in Ludwigshafen auch zwei antifaschistische Gedenktafeln geschändet.⁸

Weitere Nazi-Aufmärsche:

In Karlsruhe marschierten etwa 60 Nazis nach - einem Fußballspiel Nazi-Parolen grölend durch die Stadt.⁹ Am 6. Mai marschierten in Essen etwa 200 Nazis auf. In Neuhaus beteiligten sich 300 Nazis an einem als Trauermarsch angemeldeten Aufmarsch.¹⁰

Am 20. Mai kamen in Karlsruhe-Durlach 400 Nazis zu einem Konzert zusammen.¹¹

Am 17. Juni marschierten in mehreren Städten Nazis auf. In Görlitz und Königs Wusterhausen marschierten jeweils etwa 250 Nazis, in Magdeburg etwa 200, auch in Berlin und Chemnitz kam es zu Kundgebungen und Treffen von Nazis.¹²

Militante, stundenlange Kämpfe gegen Nazis in Saarlouis

In der Nacht zum 4. Juni kam es im saarländischen Saarlouis auf einem Volksfest zu heftigen Kämpfen zwischen Antifaschist/innen, Jugendlichen aus anderen Ländern u.a. und einer Gruppe von 50 Nazis aus dem Umfeld der „Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern“. Bereits im Vorfeld des Festes kam es zu antifaschistischen Angriffen auf Nazis, bei denen diese des öfteren den Kürzeren zogen. Für den 4. Juni kündigten darum die Nazis eine Racheaktion an. Hier dokumentieren wir einen Auszug aus der Stellungnahme der Antifaschist/innen:

„Doch dann entwickelte sich eine Dynamik, von der alle Beteiligten, insbesondere die Faschisten, förmlich überrollt wurden. Es entstand eine heftige Straßenschlacht mit den Faschisten auf der einen Seite und zahlreichen Nazigegnern auf der anderen Seite. Die aus jungen AntifaschistInnen,

verschiedenen Gangs, Skatern und zum überwiegenden Teil aus „normalen“ Jugendlichen bestehende „Anti-Nazi-Front“ wuchs innerhalb kürzester Zeit auf schätzungsweise 150–300 (!) Personen an. In dieser Nacht entlud sich die gestaute Wut zahlreicher vorangegangener Monate, in denen die Provokationen der Faschisten oft bedingungslos geschluckt worden waren. Aus der Straßenschlacht entstand eine dreistündige Massenschlägerei, Bierkrüge und -flaschen wurden massenweise auf Schädel geschlagen. (...) Die Auseinandersetzungen wurden erst am frühen Morgen beendet, als in der Stadt keine Faschisten mehr gefunden werden konnten. Nach unseren Informationen mußten fast alle Faschisten ins Krankenhaus abtransportiert werden.“

Diese Anti-Nazi-Aktion zeigt, daß antifaschistisch-internationalistischer militanter Kampf gegen die Nazis notwendig und möglich ist!

Weitere militante Aktionen gegen die Nazi-Banden

Am 1. Juni, dem Jahrestag des Nazi-Pogroms in **Magdeburg**, kam es zu militanten Kämpfen zwischen Antifaschist/innen und Nazis.¹⁷

In **Hofgeismar/Kassel** setzten sich Jugendliche aus der Türkei und aus Rußland gegen Nazis mit Stühlen, Knüppeln und Bierkrügen zur Wehr.¹⁸

In **Salzgitter** verhinderte die Organisation militanter Selbstverteidigung durch Leute aus der Türkei eine Nazi-Provokation. Die Nazis wollten unter dem Grölen von nazistischen Parolen durch die Straße, in der mehrheitlich Menschen aus anderen Ländern wohnen, marschieren. Die Polizei nahm später einige der Nazis fest.¹⁹ In Mainz kam es auf einem Volksfest zu einer militanten Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe Nazis und Jugendlichen aus der Türkei.²⁰

Antifaschistische Demonstrationen und Aktionen am 1. Mai

In **Wetzlar/Hessen** demonstrierten etwa 1000 Antifaschist/innen gegen einen Aufmarsch der NPD.²¹

In **Dresden** demonstrierten auch Antifaschist/innen gegen den Aufmarsch der Nazis. Einigen gelang es auch, die Nazis mit Wurfgeschossen einzudecken. In **Grimma** beteiligten sich etwa 250 Antifaschist/innen an einer Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch.²² In **Berlin-Hellersdorf** wurden bei Störaktionen gegen den Aufmarsch der Nazis 150 Antifaschist/innen verhaftet.²³ In **Fürth** demonstrierten etwa 1000 Menschen gegen die Nazis. Vereinzelt gelang es Antifaschist/innen immer wieder, Barrikaden zu errichten oder die Nazis mit Flaschen und Steinen zu bewerfen. Mehrere Antifaschist/innen wurden verhaftet. Desweiteren wurden 150 Antifaschist/innen über eine Stunde von der Polizei eingekesselt.²⁴ In **Ludwigshafen** demonstrierten 400 Antifaschist/innen gegen den Naziaufmarsch. Durch eine Platzbesetzung und Straßenblockaden konnten sie den Aufmarsch von rund 200 Nazis erheblich stören.²⁵

Erfolgreiche Ausbrüche aus Abschiebegefängnissen in Zweibrücken, Norderstedt und Eisenhüttenstadt

In **Zweibrücken/Rheinland-Pfalz** haben 10 Abschiebehäftlinge aus Albanien, Moldawien, Algerien und Ex-Jugoslawien gemeinsam ihre Wärter überwältigt und konnten fliehen.²⁶

Aus dem berüchtigten Abschiebegefängnis **Glasmoor bei Norderstedt** konnten am 4. Juni 13 Flüchtlinge vor allem aus Osteuropa fliehen.²⁷ Auch aus dem Abschiebegefängnis **Eisenhüttenstadt** konnte ein Mann aus der Ukraine fliehen.²⁸

Selbständige Streiks in Opel-Werken in mehreren Städten

Nachdem es bereits an den Vortagen mehrere Demonstrationen von Arbeiter/innen bei Opel in Bochum, Kaiserlautern und Rüsselheim gegen drohende Entlassungen gab,¹³ legten am 14. Juni 4000 Arbeiter/innen

bei Opel Bochum spontan die Arbeit nieder und beteiligten sich an Demonstrationen. In Kaiserlautern streikten ihre Kolleg/innen 45 Minuten und in Rüsselheim eine Stunde.¹⁴ Auch die folgenden Tage legten in Bochum 3400 Arbeiter/innen der Frühschicht die Arbeit nieder, so daß die gesamte Tagesproduktion ausfiel.¹⁵ Insgesamt streikten am 14. bzw. 15. Juni in allen drei Opel-Werken 13.500 Arbeiter/innen über 35 Stunden lang, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Auch in Antwerpen/Belgien beteiligten sich die Arbeiter/innen an dem Streik. In den vergangenen 4 Wochen gab es bereits 8 selbständig geführte Streiks gegen Arbeitsplatzabbau und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Opel-Kapitalisten reagierten auf den selbständigen Streik mit einem Flugblatt, in dem sie drohten: „Weitere Arbeitsniederlegungen werden wir nicht tolerieren. Falls ein ordnungsgemäßer Betriebsablauf nicht zu gewährleisten ist, müssen wir auch in Betracht ziehen, die Bochumer Produktionsstätten zu schließen.“ Am zweiten Streiktag gab es innerhalb der Kolleg/innen Debatten um die unterschiedlichen Kampfmittel, so wurde diskutiert, raus auf die Straße zu gehen und auch Straßenblockaden zu machen. Am Donnerstag abend konnten die Streikenden einige Zugeständnisse erreichen. Die Belegschaftszeitung „Zündfunke“ beurteilt die Kämpfe folgendermaßen:

„Die eigene Kraft gespürt! Die 1. Runde ging klar an die Belegschaft (...)!“ Aber auch Kritik an dem Abschluß gab es. Der „Zündfunke“ schreibt: „Diese Rahmenvereinbarung enthält zum Teil weitgehende Zugeständnisse (...). Sie löst aber in keiner Weise die Frage, was jetzt tatsächlich aus unseren Arbeitsplätzen und aus der Zukunft unserer Jugend wird.“¹⁶

Streiflichter der Kämpfe von Arbeiter/innen in Thailand, Kambodscha, Südkorea und Norwegen

Thailand: Mehr als 1000 Beschäftigte, in der Mehrzahl Arbeiterinnen, haben die Textilfabrik Thai Krieng Garment seit dem 30. Mai besetzt, um Lohnerhöhung

sowie die Rücknahme der Streichung von Sozialleistungen durch die Kapitalisten durchzusetzen. Im Juni wurden die Streikenden bereits dreimal von bewaffneten Schlägertrupps der Kapitalisten angegriffen. Bis zu 150 bezahlte Schläger griffen die Streikenden an, wobei 26 Arbeiter/innen verletzt wurden.²⁹

Kambodscha: Mehrere tausend Arbeiterinnen in der Textilindustrie aus 19 Textilfabriken demonstrierten am 21. Juni für Lohnerhöhung, Herabsetzung der Arbeitszeit und weitere Forderungen durch Phnom Penh und traten danach in den Streik. Zuvor gab es bereits kleinere Aktionen von Textilarbeiterinnen wie eine Demonstration vor dem Arbeitsministerium und die Erstürmung einer großen Textilfabrik, um die dortigen Arbeiterinnen zum Streik aufzurufen. Am 22. Juni kam es in einer bestreikten Textilfabrik zu militanten Kämpfen von Textilarbeiterinnen, mit Steinen bewaffnet, und Sicherheitsdiensten. Dabei wurde fast die gesamte Fabrik entglast. Daraufhin schossen der private Sicherheitsdienst mit automatischen Waffen auf die streikenden Arbeiterinnen, wobei mindestens 3 Arbeiterinnen schwer verletzt wurden.³⁰

Südkorea: Am 25. April wurde die seit dem 15. Februar bestreikte und besetzte Fabrik des Autoherstellers Daewoo in Bupyong, in der Nähe von Seoul, von der Polizei gestürmt. Grund für die Streiks und Besetzungen der Arbeiter/innen bei Daewoo war die Angst vor Entlassungen bei einem möglichen Kauf durch andere Firmen. Aus Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter/innen bei Daewoo streikten auch die Kolleg/innen bei Hyundai und Kia für eine Woche. Insgesamt streikten 73.000 Arbeiter/innen.³¹ Einen Tag vor dem ersten Mai kam es nach Kundgebungen und Demonstrationen für eine Fünf-Tage-Woche und aus Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter/innen bei Daewoo zu militanten Kämpfen zwischen 15.000 bis 20.000 Arbeiter/innen sowie Student/innen und der Polizei.³²

Im seit dem 9. Juni andauernden Streik von Beschäftigten in mehreren Hotels in Seoul schlossen sich am 28. Juni auch die Leiharbeiter/innen den Streikenden an, so daß der gesamte Hotel-Betrieb des Nobel-

hotels Lotte lahmgelegt wurde. Auch weitere große Nobelhotels wurden bestreikt. Nachdem bereits am Vortag von der Polizei vergeblich versucht wurde die Streikführer/innen zu verhaften, stürmte am Tag darauf die Polizei das bestreikte Lotte-Hotel und nahm 1088 Streikende fest. Die 3000 Polizisten benötigten allerdings drei Stunden, um sich durch die Barrikaden und den Widerstand der Streikenden mit Feuerlöschern durch zu knüppeln.³³ Streikende mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Bei vielen der Verhafteten waren im Fernsehen Spuren von schweren Mißhandlungen zu sehen.³³

Norwegen: In einem sechstägigen Streik erkämpften 86.000 Streikende aus Handel- und Transportunternehmen, Medien, Schifffahrt, Hotel- und Gaststätten sowie Bauunternehmen eine Lohnerhöhung sowie eine schrittweise Einführung einer 5. Urlaubswoche. Der deutsche Autokonzern BMW, der in Norwegen Teile herstellen läßt, drohte den Streikenden mit Abbruch seiner norwegischen Produktion, falls der Streik die Produktion von Teilen für BMW lahmlegt.³⁴

PDS-Politiker stellen sich gegen antifaschistische Demonstrationen und hofieren Nazis

Anlässlich der Aktionen gegen die NPD-Aufmärsche am 1. Mai in Dresden und Grimma zeigte sich erneut, wie die PDS – in diesem Falle die PDS Sachsens – zu antifaschistischen Aktionen steht. Die antifaschistischen Gegenaktionen wurden im Vorfeld vom PDS-Fraktionsvorsitzenden Peter Porsch im Stile der BILD-Zeitung als „Demonstrationstourismus“ diffamiert.³⁵

An einem „runden Tisch gegen Gewalt“ nahmen neben SPD- und PDS-Mitgliedern auch der Kreisvorsitzende der NPD, Torsten Klekisch, teil. PDSler trafen bereits mehrmals das ehemalige Mitglied des NPD-Bundesvorstandes Gregor Janik, unter anderem auch Initiator des obigen „runden Tisches gegen Gewalt“. Er wird trotz seiner Aussage, daß er sich weiterhin als nationaler Sozialist bezeichnet, von der PDS hofiert.

Janik bot der PDS die Überlassung von Teilen seines Archivs, unter anderem seinen Briefwechsel mit dem Nazi Manfred Roeder an. Im Gegenzug wurde Janik zu den Feiern zum 1. Mai der PDS in Hoyerswerda eingeladen.³⁶

Quellen:

1 Ak Nr. 439, 8. Juni 2000 2 TAZ 15.6.00, FR 17.6.00 3 TAZ 5.6.00, JW 6.6.00, Erklärung der Antifaschistischen Aktion Eberswalde 4 TAZ 26. Juni, Erklärung des Greifswalder Bündnis gegen Rechts in www.nadir.org 5 Der Rechte Rand Nr 65 Juli/August 2000 6 JW 11.5.00, Fr 30.5.00 7 JW 29.6.00 8 Flugblatt „Rechtsextremer Brandanschlag aufs JUZ Mannheim“ von JUZ in Selbstverwaltung, Infoladen Mannheim u.a. 9 antifaschistisches Flugblatt aus Karlsruhe 10 TAZ 8.5.00 11 antifaschistisches Flugblatt aus Karlsruhe 12 FR 19.6.00 13 FR 14.6.00 14 TAZ 15.6.00 15 JW 16.6.00 16 JW 17.6.00 17 FR 3.6.00 18 FR 20.6.00 19 Braunschweiger Zeitungsverlag 19.6.00 20 FR am Abend 27.6.00 21 FR 2.5.00 22 Freie Presse 2.5.00 23 Berliner Morgenpost 2.5.00 24 Nürnberger Nachrichten 3.5.00 25 Der Rechte Rand Nr. 65 26 FR 13.6.00 27 JW 6.6.00 28 Berliner Morgenpost 5.5.00 29 Asien Aktuell Internetseiten 30 Asien Aktuell Internetseiten 31 ak 438, 11.5.00 32 Jungle World Nr. 19, 3.5.00 33 Asien Aktuell Internetseiten 34 JW 4.5.00, JW 10.5.00 35 JW 17.5.00 36 Jungle World Nr. 21, 17.5.00

Redaktion Pressespiegel

2000 Juli–Aug.

Die imperialistischen Machenschaften des deutschen Imperialismus im ehemaligen Jugoslawien

Auf der internationalen Konferenz über den Stabilitätspakt für Südosteuropa formulierten Joseph Fischer und Bodo Hombach, Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes, die Pläne des deutschen Imperialismus. Als Ziel der deutschen sogenannten "Balkanpolitik" wurde gefordert, diese Region "kompatibel" zur EU zu machen. Was nichts anders bedeutet, als eine bessere Abhängigkeit und Ausbeutung zu schaffen. Fischer drohte auch unverhohlen damit, daß dies mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden könne. Hervorgehoben wurden auch die Erfolge bei der Destabilisierung Ex-Jugoslawiens durch massive Förderung regierungsfeindlicher Medien in Verbindung mit wirtschaftlicher Hilfe für 44 Städte, die von der serbischen Opposition geführt werden, um die gesamte Region unter direkten Einfluß des deutschen Imperialismus zu bringen. Danach appellierte Hombach an die deutsche Wirtschaft, die durch den Stabilitätspakt geschaffenen Voraussetzungen zu nutzen, da in vielen Staaten der Region ein "gutes Investitionsklima", sprich ideale Zustände für Ausbeutung, bestände.

Auch der nächste Schritt des deutschen Imperialismus wurde schon angekündigt, indem der SPD-Politiker Gernot Erler einen Stabilitätspakt für die Kaukasus-Region forderte.¹

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt:

Der deutsche Imperialismus plant, Ende des Jahres weitere 56 Panzerfahrzeuge in **Kosova** zu stationieren.² Der deutsche Imperialismus verkauft an **Südafrika** drei U-Boote.³ In die **Türkei** wird eine ganze Munitionsfabrik verkauft.⁴ Nach **Saudi-Arabien** werden 1.200 Panzerfäuste geliefert.⁵

Staatlicher Rassismus – die Stadt Celle pfercht Flüchtlinge hinter einer Mauer ein

In Celle wurde durch eine breite rassistische Front von CDU über REP, SPD und GRÜNE beschlossen, die Flüchtlingsunterkunft mit einer 1,80 hohen Mauer, die mit Stacheldraht bestückt ist, abzuschotten. Zusätzlich soll die Flüchtlingsunterkunft von einem Sicherheitsdienst bewacht werden. Zu diesem gefängnisähnlichen Zustand kommt eine mit 60 Flüchtlingen völlig überbelegte Unterkunft mit katastrophalen Wohnbedingungen.

Die nazistische "Kameradschaft 73" feierte den Bau der Mauer auf ihrer Internetseite. Nur wenige wie der Niedersächsische Flüchtlingsrat protestierten gegen den Bau der Mauer. In einer Erklärung von einigen Celler Bürgern heißt es: "Der Bau des Schutzwalls", so hieß es, füge sich "in eine Politik ein, die die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Flüchtlingen betreibt. Sie werden durch Maßnahmen der Stadt Celle in Sippenhaft genommen und ohne Gerichtsurteil eingesperrt."⁶

Antisemitischer Bombenanschlag in Düsseldorf

Bei einem antisemitischen Bombenanschlag in Düsseldorf wurden neun Menschen aus Ruß-

land, sechs von ihnen waren Jüdinnen und Juden, teils schwer verletzt.⁷ Die Polizei behauptete sehr schnell, daß es in Düsseldorf keine Nazi-Szene gäbe. Auch bei dem zunächst festgenommenen Verdächtigen hieß es, daß er nicht zur Nazi-Szene gehöre. Beide Lügen wurden von Antifaschistinnen und Antifaschisten widerlegt. Der sogenannte "Sicherheitsausrüster" Ralf Spies, der zunächst festgenommen wurde, hat Kontakte zur nazistischen Kameradschaft Düsseldorf und gilt als deren Ausrüster und Sicherheitstrainer. Auch ist er bereits mehrfach wegen rassistischer Plakate und Aufkleber verurteilt worden.⁸

Welle antisemitischer Anschläge

In Bamberg wurde am Haus einer jüdischen Familie am 7. August ein Bombe gerade noch entschärft. Die Bombe war mit einem Zeitzünder so angelegt, daß sie einen der Bewohner beim Verlassen des Hauses zur Arbeit getroffen hätte.⁹ Am Wochenende davor machte die NPD in der Fußgängerzone von Bamberg eine Kundgebung. Während der Polizeisprecher eine Nazi-Szene in Bamberg überhaupt abstritt, hieß es vom LKA, es hätte sich um einen Anschlag von "Verrückten oder Neidern" gehandelt.¹⁰

In Eisenach wurde die Gedenktafel für die zerstörte Synagoge mit Hakenkreuzen besprüht¹¹, in Bingen wurde die Fassade der ehemaligen Synagoge mit antisemitischen Parolen besprüht¹², in Wuppertal-Barmen wurden in der Nacht zum 30. Juli zwei Häuser mit antisemitischen Parolen besprüht¹³, in Dielkirchen und Rockenhausen wurden im August zwei jüdische Friedhöfe geschändet¹⁴, ebenso wurden in Güstrow auf dem jüdischen Friedhof Grabsteine

umgeworfen und mit antisemitischen Parolen besprüht¹⁵.

Am 25. Juli ging bei der jüdischen Gemeinde in Duisburg eine antisemitische Bombendrohung ein.¹⁶ Im ersten Halbjahr gab es 297 offiziell registrierte antisemitische Straftaten.¹⁷

Erneut 3 Nazi-Morde

Erneut wurden Obdachlose Ziel von Nazi-Morden. Nachdem bereits Ende Juni in Greifswald Nazis einen 47jährigen Obdachlosen ermordeten, wurde in Wismar Mitte Juli ein 52jähriger Obdachloser von fünf Nazis zu Tode geprügelt und getreten. Obwohl Nazi-Propaganda-Materialien gefunden wurden, wurde der Nazi-Mord als ein unpolitisches Verbrechen aus Habgier dargestellt.¹⁸ In Ahlbeck wurde am 25. Juli der 51jährige Obdachlose Norbert P. von Nazis zu Tode geprügelt.¹⁹ Wie erst jetzt bekannt wurde, wurde Mitte Mai der Sozialhilfeempfänger Dieter E. von vier Nazis in seiner Wohnung in Berlin brutal zusammengeschlagen und erstochen.²⁰

Alltäglicher Naziterror

Auf einem Fest in Mahlow griffen rund 40 Nazis Menschen aus anderen Ländern an und verletzten zwei Jugendliche aus dem Irak sowie einen aus der Türkei.²¹ In Düsseldorf wurden ein Grieche und ein Mann aus Afghanistan von sieben Nazis auf dem Bahnsteig einer S-Bahn angegriffen und verletzt. Einer der Männer wurde von den Nazis auf die Gleise geworfen. Die Nazis waren auf dem Heimweg vom Proberaum der Nazi-Band "Reichswehr".²² Am Samstag, dem 8. Juli, marschierten 160 Nazis unter dem Schutz von 2300 Polizisten durch Hamburg-Altona.²³ In

Wuppertal griffen 15 Nazis eine Gedenkfeier mit ehemaligen antifaschistischen Widerstandskämpfern am Mahnmal für die Opfer des Nazismus mit Baseballschlägern und Schlagringen an und verletzten zwei der Antifaschistinnen und Antifaschisten.²⁴ In Dresden marschierten zum siebten Mal in diesem Jahr etwa 270 Nazis auf.²⁵ Bei einem nazistischen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Ludwigshafen wurden drei Kinder aus Kosova verletzt.²⁶ Mitte Juli wurden in der Nähe von Hamminkeln mehrere Menschen, darunter auch Antifaschistinnen und Antifaschisten von bis zu 80 Nazis angepöbelt und angegriffen. Einem Mann wurde aus nächster Nähe mit einer Gaspistole ins Gesicht geschossen.²⁷ Am Wochenende vom 22. und 23. Juli gab es bundesweit massive Nazi-Angriffe: In Treptow griffen 15 Nazis einen Mann aus Tunesien mit Pflastersteinen an.²⁸ In Hamburg kamen 400 Nazis zu einem Nazi-Konzert zusammen.²⁹ Bei Pinneberg wurde ein Brandanschlag auf eine Moschee verübt, in Schleswig-Holstein griffen rund 100 Nazis Teilnehmer eines Zeltlagers an, in Magdeburg griffen Nazis zwei Vietnamesen an und verprügelten sie, in Düsseldorf beteiligten sich Nazis unter Führung des Nazi-Kaders Borchardt an einer Demonstration gegen das Kampfhundeverbot und verteilten Aufkleber mit einer Anspielung auf den Nazi Berger, der drei Polizisten erschoss, mit der Aufschrift "3:1 für Deutschland".³⁰ In Eisenhüttenstadt griffen 5 Nazis ein alternatives Jugendzentrum und Menschen aus anderen Ländern an.³¹ In Potsdam verletzten mehrere Nazis in der Straßenbahn zwei Jugendliche aus Kenia und Kongo und warfen einen von ihnen aus der Bahn. Auf eine Flüchtlingsunterkunft (offiziell Aussiedlerheim) in Regenstauf wurde ein Brandanschlag verübt.³² Am 27. Juli wurde der Gedenkstein für

den von Nazis in den Tod getriebenen Omar Ben Noui zum fünften Mal geschändet, indem ein Hakenkreuz in die Gedenkplatte eingeritzt wurde.³³ In Eisenhüttenstadt wurden erneut zwei Männer aus Togo und dem Sudan von einer Bande Nazis durch die Stadt gehetzt.³⁴ In Böhlen demonstrierten 200 Nazis durch die Stadt.³⁵ In München griffen 30 Nazis in der S-Bahn einen Asiaten [?] an und mißhandelten ihn.³⁶ Bei Uhingen überfielen Nazis ein Zeltlager und verletzten sieben Camper mit Baseballschlägern und Tränengas.³⁷ In Stuttgart marschierten 150 Nazis unter der Führung der NPD gegen den in Stuttgart stattfindenden Christopher Street Day.³⁸ In Salzgitter fand eine aus Polen stammende Frau nach dem Urlaub ihre Wohnung völlig verwüstet und mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen beschmiert vor.³⁹

Auch die erste Augustwoche war von massiven Nazi-Angriffen gekennzeichnet: In Essen warfen Nazis einen Stein, an dem ein Zettel mit einem Hakenkreuz befestigt war, durch das Schlafzimmerfenster einer Familie aus Marokko. In Kaldenkirchen wurden Flüchtlinge von einer Gruppe Nazis mit Eisenstangen und Holzknüppeln verfolgt. Im Regionalzug von Leipzig nach Torgau wurde ein Mann aus Indien von Nazis angegriffen. In Ludwigslust wurde zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen die Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Wöbbelin von Nazis beschädigt.⁴⁰ In Wismar verübte ein Nazi auf ein von Obdachlosen bewohntes Haus einen Brandanschlag.⁴¹ Am Wochenende vom 5. bzw. 6. August wurden in Gera zwei Männer aus Pakistan von Nazis verprügelt, in Lößnitz fand ein Treffen von 100 Nazis statt, in Erfurt gab es einen Nazi-Bombenanschlag auf einen Imbiß eines Mannes aus der Türkei, in Rostock griffen Nazis einen Informationsstand von Antifaschistinnen und

Antifaschisten an, im bayerischen Deggendorf wurden zwei Deutsche, die einem ausländisch aussehenden Mann, der von Nazis angegriffen wurde, zu Hilfe kommen, schwer verletzt. In Tostedt marschierten 250 Nazis unter Führung der JN, und in Freilassing versuchten 50 Nazis, eine Demonstration durchzusetzen, die verboten war.⁴²

In Eberswalde griffen drei Nazis zwei Männer aus der Türkei an, in Gießen gab es mehrere Nazi-Schmierereien in der gesamten Stadt, in Konstanz griff eine Gruppe von Nazis zwei Männer aus anderen Ländern an und warfen einen von ihnen in den Bodensee. In Göttingen kam es auf einem Fest zu einer Massenschlägerei mit 30 bis 40 Nazis.⁴³ In Hamburg und Delitzsch kam es zu zwei Mordanschlägen von Nazis auf Menschen aus anderen Ländern. In Delitzsch stieß ein Nazi einem Jugendlichen ein Messer in den Rücken und verletzte ihn schwer. In Hamburg griff ein Nazi einen 46jährigen Mann aus der Türkei an und verletzte ihn lebensgefährlich mit einem Messer.⁴⁴ In Leipzig wurde ein Jugendlicher in seiner Wohnung von einem Nazi überfallen, durch Schläge und Tritte schwer verletzt. Mit einem Messer ritzte der Nazi ihm ein Hakenkreuz in den Rücken.⁴⁵ Am 22. August wurde ein Nazi-Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Hof verübt.⁴⁶ Bei einem Naziangriff auf einem Fest wurde ein Mann lebensgefährlich am Kopf verletzt.⁴⁷ In Halberstadt wurde ein 17jähriger von zwei Nazis mit einem Messer niedergestochen und schwer verletzt.⁴⁸ Bei einem Nazi-Angriff im niedersächsischen Hasport wurde ein 22jähriger von Nazis schwer verletzt.⁴⁹ Bei einem Nazi-Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Waiblingen bei Stuttgart wurden zwei Flüchtlinge leicht verletzt.⁵⁰

Diese sind nur einige der öffentlich gewordenen Streiflichter des alltäglichen Naziterrors in den Monaten Juli und August.

Im Rahmen des sogenannten Rudolf-Heß-Gedenktage der Nazis kam es bundesweit zu massiver Nazi-Propaganda. Am 17. August marschierten in Warnemünde etwa 60 Nazis über die Strandpromenade,⁵¹ im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt marschierten 40 Nazis, in Güstrow 30 Nazis.⁵² In über 50 Städten und Dörfern wurden Nazi-Aufkleber, Plakate, Schmierereien und Handzettel anlässlich des Todestages des Nazis Rudolf Heß gefunden. So wurden zum Beispiel in Rostock ganze Straßenzüge bis hin zur polnischen Grenze mit Nazi-Aufklebern zugesperrt. Die Ortschaft Ducherow bei Anklam wurden drei Straßen ebenfalls völlig mit Aufkleber zugeklebt. In Sachsen tauchten insgesamt mehrere hundert Plakate auf. Weiterer Schwerpunkte der Naziaktion waren Westmecklenburg, Wismar, Rostock, Stralsund, Nordvorpommern, Ostvorpommern, Usedom und Neubrandenburg. Allein in Rostock tauchten 250 Plakate auf. In Stuttgarter Vororten wurden mehr als 80 Nazi-Plakate und 100 Aufkleber und in Bremen-Nord etwa 40 Plakate gefunden⁵³

Staat und Nazis Hand in Hand

Dem Verfassungsschutz liegt so viel an seinen Nazi-Spitzeln, daß er sogar bereit ist für einen wegen Mordversuchs verurteilten Nazi die Strafe wegen Körperverletzung zu zahlen. 1992 hatte er mit acht weiteren Nazis einen Mann aus Nigeria bewußtlos geprügelt und in einen See geworfen. Nur weil Zeugen den Verletzten aus dem Wasser zogen, überlebte er. Der Nazi wurde

wegen Mordversuchs zu 8 Jahren Haft verurteilt, aber vorzeitig entlassen, nachdem er bereits in der Untersuchungshaft als V-Mann angeworben wurde.⁵⁴

Nachdem der britische Journalist Justin Jin in Rathenow von einem Nazi angegriffen wurde, verbündeten sich faktisch die darauf ankommenden Polizistinnen mit dem Nazi, anstatt Justin vor dem Angriff zu schützen. Sie versuchten, Justin die Kamera zu entreißen und verweigerten ihm den Anruf per Handy bei einem Anwalt. Justin Jin wollte für eine Reportage den Kampf der Brandenburger Flüchtlinge für die Verlegung in ein anderes Bundesland auf Grund der massiven Naziangriffe dokumentieren.⁵⁵

In Delitzsch, wo es bereits seit längerem eine starke Nazi-Szene und viele brutale Angriffe von Nazis auf Menschen aus anderen Ländern sowie auf antifaschistische Jugendliche gibt, wird jetzt auf Kosten der Stadt ein Jugendclub für die Nazis aufgebaut. Ein Nazi-Kader, der auch schon an mehreren Nazi-Angriffen beteiligt war, soll als Sozialarbeiter eingesetzt werden. Die Stadt Delitzsch läßt sich dies über 75.000 DM kosten.⁵⁶

Der Nazi-Kader Oliver Schweigert bekam vom Arbeitsamt Berlin eine Ausbildung zum Computertechniker finanziert.⁵⁷

Antinazistischer Widerstand

Unter dem Motto "Kein Vergeben, Kein Vergessen" gedachten in Eberswalde am 1. Juli etwa 700 Antifaschistinnen und Antifaschisten dem von Nazis ermordeten Antifaschisten Falco.⁵⁸

In Hamburg-Altona konnten etwa 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Nazi-Aufmarsch durch gezielte Störaktionen verhindern.⁵⁹

Nach einer Reihe von massiven Nazi-Angriffen demonstrierten in Delitzsch am 10. Juli 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten.⁶⁰ In Ludwigshafen protestierten 1200 Menschen gegen einen Nazi-Brandanschlag. Mit Protesten gegen den Auftritt des Staatsministers des Innenministeriums und den deutschen Abschiebeterror brachen sie den Konsens mit den Abschiebemördern des deutschen Imperialismus.⁶¹ In Stuttgart griffen etwa 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen NPD-Aufmarsch mit Steinen, Leuchtpur und Flaschen an.⁶² In Düsseldorf protestierten am 5. August 2500 Menschen gegen den antisemitischen Bombenanschlag.⁶³ In Bochum demonstrierten auf Initiative "Schwarzer Deutscher und Schwarzer in Deutschland" 800 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Nazi-Angriff auf einen Mann aus Afrika.⁶⁴ In Winterbach im Rems-Murr-Kreis gelang es Antifaschistinnen und Antifaschisten, eine Gruppe von Nazis anzugreifen, die gerade von einer Veranstaltung der JN kam.⁶⁵ In Asbach wurde ein Nazi von einer Gruppe von Jugendlichen aus der Türkei angegriffen.⁶⁶ In Delitzsch kam es an zwei Wochenenden hintereinander zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Jugendlichen aus Rußland. Dabei wurden 4 Nazis und ein Jugendlicher aus Rußland verletzt.⁶⁷ In Hamburg beteiligten sich am 19. August 2500 Menschen an einer Demonstration gegen Nazi-Terror. In Rostock beteiligten sich 1000 und in Eisenach 300 Menschen an ähnlichen Demonstrationen.⁶⁸

Proteste von Flüchtlingen gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror des deutschen Imperialismus

Flüchtlinge aus Sachsen machten mit verschiedenen Protestaktionen auf ihre schlechten Lebensverhältnisse und den staatlichen Rassismus aufmerksam. In Leipzig demonstrierten 700 Flüchtlinge und ihre Unterstützer und Unterstützerinnen in der Stadt und forderten die Aufhebung der rassistischen und restriktiven Ausländergesetze wie der Residenzpflicht und des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes. Parallel dazu kam es zu ähnlichen Demonstrationen in Grimma und Delitzsch.⁶⁹ Der Protest richtete sich auch gegen den Erlaß des sächsischen Innenministeriums, Flüchtlingen, die in sogenannten "Sammelunterkünften" leben, nur noch Verpflegungspakete oder Wertgutscheine auszugeben. So zündeten in Zettlitz Flüchtlinge aus Protest gegen die Verpflegungspakete ihre Unterkunft an. In Torgau, Markleeberg und Leipzig verweigerten die Flüchtlinge bereits seit drei Wochen die Annahme solcher Pakete. Und in Delitzsch befinden sich die Flüchtlinge im Hungerstreik.⁷⁰

Flüchtlinge aus 11 Ländern, die auf dem Frankfurter Flughafen in Abschiebehäft saßen, protestierten ab dem 19. Juli mit einem Hungerstreik gegen Abschiebehäft und Mißstände in der medizinischen Versorgung. Am 31. Juli brachen die letzten den Hungerstreik ab, ohne etwas erreicht zu haben.⁷¹

Gefängnisrevolten von demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei

In türkischen Gefängnissen kämpfen revolutionäre und demokratische Gefangene gegen die Einführung des sogenannten F-Typ-Gefängnisystems, das nach dem Vorbild von

Stammheim Isolationshaft und Einzelzellen vorzieht.

Im Bayrampasa-Gefängnis in Istanbul verhinderten 1900 Gefangene mit Barrikaden und Geiselnahme von Wärtern die Verlegung von Gefangenen in ein anderes Gefängnis.⁷² Auch im Gefängnis in Burdur kam es zu einer Revolte, die aber brutal niedergeschlagen wurde. Wegen ständiger Folterungen weigerten sich Gefangene, zu einem Gerichtstermin zu gehen und verbarrikadierten sich, woraufhin der Zellentrakt mit Tränengas und schwerem Räumgerät gestürmt wurde. 16 Gefangene wurden verletzt, aber auch 17 Wärter.⁷³

Streiks und Kämpfe von Werktätigen in Südkorea

Nur zwei Tage nach der gewaltsamen Zerschlagung eines Streiks in einem Nobelhotel, bei dem über 1000 Streikende verhaftet wurden, hatte am 1. Juli die Aufstandsbekämpfungspolizei die von Streikenden besetzte Nationale Krankenversicherung gestürmt und über 1600 Streikende verhaftet.⁷⁴ Am 6. Juli demonstrierten 4500 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die brutale Niederschlagung dieser Streiks. Auch diese Demonstration wurde von der Polizei angegriffen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verteidigten sich mit Stöcken und Steinen und konnten so die Fortführung der Demonstration durchsetzen.⁷⁵ Am 20. Juli sowie am 29. Juli protestierten in Seoul, Ulsan, Taejon, Kwangju und Changwon insgesamt über 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die staatliche Repression.⁷⁶

Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW Mexiko

Am 18. August begann der Streik von 12.000 Arbeiterinnen und Arbeitern im VW-Werk in Puebla für eine 35% Lohnerhöhung, gegen die Reduzierung der Erholungstage und gegen die Verpflichtung für Überstunden. Der Streik führte bereits nach den ersten Tagen zu Produktionsausfällen von 1500 Autos. Obwohl der Streik am 23. August vom Staat für illegal erklärt wurde, entschieden sich über 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter bei Demonstrationen und Streikversammlungen für die Fortführung des Streiks.⁷⁷

Quellen:

¹ JW 5.7.00, ² FR, 7.8.00, ³ JW 14.7.00, ⁴ FR 25.8.00, ⁵ FR 23.8.00, ⁶ JW 28.7 und 19.8.00, ⁷ JW 29.7.00, ⁸ Erklärung der Antifa KOK in www.nadir.org, ⁹ BILD 9.8.00, ¹⁰ Jungle World 16.8.00, ¹¹ FR 6.7.00, ¹² Main-Rheiner online 21.7.00, ¹³ Remscheider Generalanzeiger, 31.7.00, ¹⁴ www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts/t2018001.htm, ¹⁵ JW 28.8.00, ¹⁶ TAZ 29.7.00, ¹⁷ FR 2.8.00, ¹⁸ FR 17.7.00, ¹⁹ FR 28.7.99, BILD 28.7.00, ²⁰ TAZ 29.8.00, ²¹ FR 3.7.00, ²² JW 6.7.00, ²³ TAZ 10.7.00, ²⁴ FR 10.7.00, Erklärung der Antifaschistische Initiative Wuppertal in www.nadir.org, ²⁵ JW 17.7.00, ²⁶ FR 17.7.2000, ²⁷ Stellungnahme von Antifaschistinnen und Antifaschisten vom Niederrhein in www.nadir.org, ²⁸ Berliner Morgenpost Online 23.7.00, ²⁹ TAZ 24.7.00, ³⁰ JW 24.7.00, ³¹ TAZ 24.7.00, ³² FR 27.7.00, ³³ TAZ 28.7.00, ³⁴ JW 31.7.00, ³⁵ Leipziger Volkszeitung 30.7.00, ³⁶ Mittelbayerische Zeitung Online 31.7.00, ³⁷ Stuttgarter Zeitung 31.7.00, ³⁸ Berliner Morgenpost 31.7.00, ³⁹ Hamburger Abendblatt 2.8.00, ⁴⁰ JW 4.8.00, ⁴¹ JW 5.8.00, ⁴² www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts/t2018001.htm, TAZ 7.8.00, TAZ 8.8.00, ⁴³ TAZ 18.8.00, FR 17.8.00, ⁴⁴ FR 16.8.00, ⁴⁵ FR am Abend 16.8.00, ⁴⁶ Erklärung der antifaschistischen Gruppe Adelante in www.nadir.org, ⁴⁷ FR 22.8.00, ⁴⁸ TAZ 23.8.00, ⁴⁹ Delmenhorster Kreisblatt 30.8.00, ⁵⁰ FR 31.8.00, ⁵¹ TAZ 18.8.00, ⁵² FR 18.8.00, Handelsblatt 18.8.00, ⁵³ Rhein-Neckar-Zeitung online 17.8.00, Nordkurier Online 17.8.00, TAZ 18.8.00, Sindelfinger Zeitung 18.8.00, Ostsee Zeitung 17.8.00, Bremer Nachrichten 18.8.00, ⁵⁴ JW 17.7. und

20.7.00, ⁵⁵ TAZ 29.8.00, ⁵⁶ JW 11.7.00, ⁵⁷ Berliner Zeitung 18.8.00, ⁵⁸ Politische Berichte 14/2000, ⁵⁹ FR 14.7.00, ⁶⁰ JW 13.7.00, ⁶¹ JW 24.7.00, Mannheimer Morgen 24.7.00, ⁶² Stuttgarter Zeitung 31.7.00, ⁶³ Politische Berichte 17/2000, ⁶⁴ Ruhr Nachrichten 11.8.00, ⁶⁵ Stuttgarter Zeitung 14.8.00, ⁶⁶ FR 8.8.00, ⁶⁷ TAZ 15.8. und 22.8.00, ⁶⁸ FR 21.8.00, ⁶⁹ Politische Berichte 15/2000, ⁷⁰ TAZ 10.7.00, ⁷¹ FR 1.8.00, ⁷² JW 6.7.00, ⁷³ FR 21.7.00, ⁷⁴ JW 3.7.00, Asien Aktuell Internetseiten, ⁷⁵ JW 8.7.00, ⁷⁶ Asien Aktuell Internetseiten, ⁷⁷ AK 441, 31.8.00

2000 Sept.–Okt.

Die imperialistischen Machenschaften des deutschen Imperialismus im ehemaligen Jugoslawien

Auf der internationalen Konferenz über den Stabilitätspakt für Südosteuropa formulierten Joseph Fischer und Bodo Hombach, Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes, die Pläne des deutschen Imperialismus. Als Ziel der deutschen sogenannten "Balkanpolitik" wurde gefordert, diese Region "kompatibel" zur EU zu machen. Was nichts anders bedeutet, als eine bessere Abhängigkeit und Ausbeutung zu schaffen. Fischer drohte auch unverhohlen damit, daß dies mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden könne. Hervorgehoben wurden auch die Erfolge bei der Destabilisierung Ex-Jugoslawiens durch massive Förderung regierungsfeindlicher Medien in Verbindung mit wirtschaftlicher Hilfe für 44 Städte, die von der serbischen Opposition geführt werden, um die gesamte Region unter direkten Einfluß des deutschen Imperialismus zu bringen. Danach appellierte Hombach an die deutsche Wirtschaft, die durch den Stabilitätspakt geschaffenen Voraussetzungen zu nutzen, da in vielen Staaten der Region ein "gutes Investitionsklima", sprich ideale Zustände für Ausbeutung, bestände.

Auch der nächste Schritt des deutschen Imperialismus wurde schon angekündigt, indem der SPD-Politiker Gernot Erler einen Stabilitätspakt für die Kaukasus-Region forderte.¹

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt:

Der deutsche Imperialismus plant, Ende des Jahres weitere 56 Panzerfahrzeuge in **Kosovo** zu stationieren.² Der deutsche Imperialismus verkauft an **Südafrika** drei U-Boote.³ In die **Türkei** wird eine ganze Munitionsfabrik verkauft.⁴ Nach **Saudi-Arabien** werden 1.200 Panzerfäuste geliefert.⁵

Staatlicher Rassismus – die Stadt Celle pfercht Flüchtlinge hinter einer Mauer ein

In Celle wurde durch eine breite rassistische Front von CDU über REP, SPD und GRÜNE beschlossen, die Flüchtlingsunterkunft mit einer 1,80 hohen Mauer, die mit Stacheldraht bestückt ist, abzuschotten. Zusätzlich soll die Flüchtlingsunterkunft von einem Sicherheitsdienst bewacht werden. Zu diesem gefängnisähnlichen Zustand kommt eine mit 60 Flüchtlingen völlig überbelegte Unterkunft mit katastrophalen Wohnbedingungen.

Die nazistische "Kameradschaft 73" feierte den Bau der Mauer auf ihrer Internetseite. Nur wenige wie der Niedersächsische Flüchtlingsrat protestierten gegen den Bau der Mauer. In einer Erklärung von einigen Celler Bürgern heißt es: "Der Bau des Schutzwalls", so hieß es, füge sich "in eine Politik ein, die die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Flüchtlingen betreibt. Sie werden durch Maßnahmen der Stadt Celle in Sippenhaft genommen und ohne Gerichtsurteil eingesperrt."⁶

Antisemitischer Bombenanschlag in Düsseldorf

Bei einem antisemitischen Bombenanschlag in Düsseldorf wurden neun Menschen aus Rußland, sechs von ihnen waren Jüdinnen und Juden, teils schwer verletzt.⁷ Die Polizei behauptete sehr schnell, daß es in Düsseldorf keine Nazi-Szene gäbe. Auch bei dem zunächst festgenommenen Verdächtigen hieß es, daß er nicht zur Nazi-Szene gehöre. Beide Lügen wurden von Antifaschistinnen und Antifaschisten widerlegt. Der sogenannte "Sicherheitsausrüster" Ralf Spies, der zunächst festgenommen wurde, hat Kontakte zur nazistischen Kameradschaft Düsseldorf und gilt als deren Ausrüster und Sicherheitstrainer. Auch ist er bereits mehrfach wegen rassistischer Plakate und Aufkleber verurteilt worden.⁸

Welle antisemitischer Anschläge

In Bamberg wurde am Haus einer jüdischen Familie am 7. August ein Bombe gerade noch entschärft. Die Bombe war mit einem Zeitzünder so angelegt, daß sie einen der Bewohner beim Verlassen des Hauses zur Arbeit getroffen hätte.⁹ Am Wochenende davor machte die NPD in der Fußgängerzone von Bamberg eine Kundgebung. Während der Polizeisprecher eine Nazi-Szene in Bamberg überhaupt abstritt, hieß es vom LKA, es hätte sich um einen Anschlag von "Verrückten oder Neidern" gehandelt.¹⁰

In Eisenach wurde die Gedenktafel für die zerstörte Synagoge mit Hakenkreuzen besprüht¹¹, in Bingen wurde die Fassade der ehemaligen Synagoge mit antisemitischen Parolen besprüht¹², in Wuppertal-Barmen wurden in der Nacht zum 30. Juli zwei Häuser mit antisemitischen Parolen besprüht¹³, in Dielkirchen und

Rockenhausen wurden im August zwei jüdische Friedhöfe geschändet¹⁴, ebenso wurden in Güstrow auf dem jüdischen Friedhof Grabsteine umgeworfen und mit antisemitischen Parolen besprüht¹⁵.

Am 25. Juli ging bei der jüdischen Gemeinde in Duisburg eine antisemitische Bombendrohung ein.¹⁶ Im ersten Halbjahr gab es 297 offiziell registrierte antisemitische Straftaten.¹⁷

Erneut 3 Nazi-Morde

Erneut wurden Obdachlose Ziel von Nazi-Morden. Nachdem bereits Ende Juni in Greifswald Nazis einen 47jährigen Obdachlosen ermordeten, wurde in Wismar Mitte Juli ein 52jähriger Obdachloser von fünf Nazis zu Tode geprügelt und getreten. Obwohl Nazi-Propaganda-Materialien gefunden wurden, wurde der Nazi-Mord als ein unpolitisches Verbrechen aus Habgier dargestellt.¹⁸ In Ahlbeck wurde am 25. Juli der 51jährige Obdachlose Norbert P. von Nazis zu Tode geprügelt.¹⁹ Wie erst jetzt bekannt wurde, wurde Mitte Mai der Sozialhilfeempfänger Dieter E. von vier Nazis in seiner Wohnung in Berlin brutal zusammengeschlagen und erstochen.²⁰

Alltäglicher Naziterror

Auf einem Fest in Mahlow griffen rund 40 Nazis Menschen aus anderen Ländern an und verletzten zwei Jugendliche aus dem Irak sowie einen aus der Türkei.²¹ In Düsseldorf wurden ein Grieche und ein Mann aus Afghanistan von sieben Nazis auf dem Bahnsteig einer S-Bahn angegriffen und verletzt. Einer der Männer wurde von den Nazis auf die Gleise geworfen. Die Nazis waren auf dem Heimweg vom Proberaum der

Nazi-Band "Reichswehr".²² Am Samstag, dem 8. Juli, marschierten 160 Nazis unter dem Schutz von 2300 Polizisten durch Hamburg-Altona.²³ In Wuppertal griffen 15 Nazis eine Gedenkfeier mit ehemaligen antifaschistischen Widerstandskämpfern am Mahnmal für die Opfer des Nazismus mit Baseballschlägern und Schlagringen an und verletzten zwei der Antifaschistinnen und Antifaschisten.²⁴ In Dresden marschierten zum siebten Mal in diesem Jahr etwa 270 Nazis auf.²⁵ Bei einem nazistischen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Ludwigshafen wurden drei Kinder aus Kosova verletzt.²⁶ Mitte Juli wurden in der Nähe von Hamminkeln mehrere Menschen, darunter auch Antifaschistinnen und Antifaschisten von bis zu 80 Nazis angepöbelt und angegriffen. Einem Mann wurde aus nächster Nähe mit einer Gaspistole ins Gesicht geschossen.²⁷ Am Wochenende vom 22. und 23. Juli gab es bundesweit massive Nazi-Angriffe: In Treptow griffen 15 Nazis einen Mann aus Tunesien mit Pflastersteinen an.²⁸ In Hamburg kamen 400 Nazis zu einem Nazi-Konzert zusammen.²⁹ Bei Pinneberg wurde ein Brandanschlag auf eine Moschee verübt, in Schleswig-Holstein griffen rund 100 Nazis Teilnehmer eines Zeltlagers an, in Magdeburg griffen Nazis zwei Vietnamesen an und verprügelten sie, in Düsseldorf beteiligten sich Nazis unter Führung des Nazi-Kaders Borchardt an einer Demonstration gegen das Kampfhundeverbot und verteilten Aufkleber mit einer Anspielung auf den Nazi Berger, der drei Polizisten erschoss, mit der Aufschrift "3:1 für Deutschland".³⁰ In Eisenhüttenstadt griffen 5 Nazis ein alternatives Jugendzentrum und Menschen aus anderen Ländern an.³¹ In Potsdam verletzten mehrere Nazis in der Straßenbahn zwei Jugendliche aus Kenia und Kongo und warfen einen von ihnen aus der Bahn. Auf eine

Flüchtlingsunterkunft (offiziell Aussiedlerheim) in Regenstauf wurde ein Brandanschlag verübt.³² Am 27. Juli wurde der Gedenkstein für den von Nazis in den Tod getriebenen Omar Ben Noui zum fünften Mal geschändet, indem ein Hakenkreuz in die Gedenkplatte eingeritzt wurde.³³ In Eisenhüttenstadt wurden erneut zwei Männer aus Togo und dem Sudan von einer Bande Nazis durch die Stadt gehetzt.³⁴ In Böhlen demonstrierten 200 Nazis durch die Stadt.³⁵ In München griffen 30 Nazis in der S-Bahn einen Asiaten [?] an und mißhandelten ihn.³⁶ Bei Uhingen überfielen Nazis ein Zeltlager und verletzten sieben Camper mit Baseballschlägern und Tränengas.³⁷ In Stuttgart marschierten 150 Nazis unter der Führung der NPD gegen den in Stuttgart stattfindenden Christopher Street Day.³⁸ In Salzgitter fand eine aus Polen stammende Frau nach dem Urlaub ihre Wohnung völlig verwüstet und mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen beschmiert vor.³⁹

Auch die erste Augustwoche war von massiven Nazi-Angriffen gekennzeichnet: In Essen warfen Nazis einen Stein, an dem ein Zettel mit einem Hakenkreuz befestigt war, durch das Schlafzimmerfenster einer Familie aus Marokko. In Kaldenkirchen wurden Flüchtlinge von einer Gruppe Nazis mit Eisenstangen und Holzknüppeln verfolgt. Im Regionalzug von Leipzig nach Torgau wurde ein Mann aus Indien von Nazis angegriffen. In Ludwigslust wurde zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen die Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Wöbbelin von Nazis beschädigt.⁴⁰ In Wismar verübte ein Nazi auf ein von Obdachlosen bewohntes Haus einen Brandanschlag.⁴¹ Am Wochenende vom 5. bzw. 6. August wurden in Gera zwei Männer aus Pakistan von Nazis verprügelt, in Löbnitz fand ein Treffen von 100 Nazis statt, in Erfurt gab es einen Nazi-

Bombenanschlag auf einen Imbiß eines Mannes aus der Türkei, in Rostock griffen Nazis einen Informationsstand von Antifaschistinnen und Antifaschisten an, im bayerischen Deggendorf wurden zwei Deutsche, die einem ausländisch aussehenden Mann, der von Nazis angegriffen wurde, zu Hilfe kommen, schwer verletzt. In Tostedt marschierten 250 Nazis unter Führung der JN, und in Freilassing versuchten 50 Nazis, eine Demonstration durchzusetzen, die verboten war.⁴²

In Eberswalde griffen drei Nazis zwei Männer aus der Türkei an, in Gießen gab es mehrere Nazi-Schmierereien in der gesamten Stadt, in Konstanz griff eine Gruppe von Nazis zwei Männer aus anderen Ländern an und warfen einen von ihnen in den Bodensee. In Göttingen kam es auf einem Fest zu einer Massenschlägerei mit 30 bis 40 Nazis.⁴³ In Hamburg und Delitzsch kam es zu zwei Mordanschlägen von Nazis auf Menschen aus anderen Ländern. In Delitzsch stieß ein Nazi einem Jugendlichen ein Messer in den Rücken und verletzte ihn schwer. In Hamburg griff ein Nazi einen 46jährigen Mann aus der Türkei an und verletzte ihn lebensgefährlich mit einem Messer.⁴⁴ In Leipzig wurde ein Jugendlicher in seiner Wohnung von einem Nazi überfallen, durch Schläge und Tritte schwer verletzt. Mit einem Messer ritzte der Nazi ihm ein Hakenkreuz in den Rücken.⁴⁵ Am 22. August wurde ein Nazi-Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Hof verübt.⁴⁶ Bei einem Naziangriff auf einem Fest wurde ein Mann lebensgefährlich am Kopf verletzt.⁴⁷ In Halberstadt wurde ein 17jähriger von zwei Nazis mit einem Messer niedergestochen und schwer verletzt.⁴⁸ Bei einem Nazi-Angriff im niedersächsischen Hasport wurde ein 22jähriger von Nazis schwer verletzt.⁴⁹ Bei einem Nazi-Brandanschlag

auf eine Flüchtlingsunterkunft in Waiblingen bei Stuttgart wurden zwei Flüchtlinge leicht verletzt.⁵⁰

Diese sind nur einige der öffentlich gewordenen Streiflichter des alltäglichen Naziterrors in den Monaten Juli und August.

Im Rahmen des sogenannten Rudolf-Heß-Gedenktage der Nazis kam es bundesweit zu massiver Nazi-Propaganda. Am 17. August marschierten in Warnemünde etwa 60 Nazis über die Strandpromenade,⁵¹ im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt marschierten 40 Nazis, in Güstrow 30 Nazis.⁵² In über 50 Städten und Dörfern wurden Nazi-Aufkleber, Plakate, Schmierereien und Handzettel anlässlich des Todestages des Nazis Rudolf Heß gefunden. So wurden zum Beispiel in Rostock ganze Straßenzüge bis hin zur polnischen Grenze mit Nazi-Aufklebern zugespflastert. Die Ortschaft Ducherow bei Anklam wurden drei Straßen ebenfalls völlig mit Aufkleber zugeklebt. In Sachsen tauchten insgesamt mehrere hundert Plakate auf. Weiterer Schwerpunkte der Naziaktion waren Westmecklenburg, Wismar, Rostock, Stralsund, Nordvorpommern, Ostvorpommern, Usedom und Neubrandenburg. Allein in Rostock tauchten 250 Plakate auf. In Stuttgarter Vororten wurden mehr als 80 Nazi-Plakate und 100 Aufkleber und in Bremen-Nord etwa 40 Plakate gefunden.⁵³

Staat und Nazis Hand in Hand

Dem Verfassungsschutz liegt so viel an seinen Nazi-Spitzeln, daß er sogar bereit ist für einen wegen Mordversuchs verurteilten Nazi die Strafe wegen Körperverletzung zu zahlen. 1992 hatte er mit acht weiteren Nazis einen Mann aus Ni-

geria bewußtlos geprügelt und in einen See geworfen. Nur weil Zeugen den Verletzten aus dem Wasser zogen, überlebte er. Der Nazi wurde wegen Mordversuchs zu 8 Jahren Haft verurteilt, aber vorzeitig entlassen, nachdem er bereits in der Untersuchungshaft als V-Mann angeworben wurde.⁵⁴

Nachdem der britische Journalist Justin Jin in Rathenow von einem Nazi angegriffen wurde, verbündeten sich faktisch die darauf ankommenden Polizistinnen mit dem Nazi, anstatt Justin vor dem Angriff zu schützen. Sie versuchten, Justin die Kamera zu entreißen und verweigerten ihm den Anruf per Handy bei einem Anwalt. Justin Jin wollte für eine Reportage den Kampf der Brandenburger Flüchtlinge für die Verlegung in ein anderes Bundesland auf Grund der massiven Naziangriffe dokumentieren.⁵⁵

In Delitzsch, wo es bereits seit längerem eine starke Nazi-Szene und viele brutale Angriffe von Nazis auf Menschen aus anderen Ländern sowie auf antifaschistische Jugendliche gibt, wird jetzt auf Kosten der Stadt ein Jugendclub für die Nazis aufgebaut. Ein Nazi-Kader, der auch schon an mehreren Nazi-Angriffen beteiligt war, soll als Sozialarbeiter eingesetzt werden. Die Stadt Delitzsch läßt sich dies über 75.000 DM kosten.⁵⁶

Der Nazi-Kader Oliver Schweigert bekam vom Arbeitsamt Berlin eine Ausbildung zum Computertechniker finanziert.⁵⁷

Antinazistischer Widerstand

Unter dem Motto "Kein Vergeben, Kein Vergessen" gedachten in Eberswalde am 1. Juli etwa 700 Antifaschistinnen und Antifaschisten dem von Nazis ermordeten Antifaschisten Falco.⁵⁸

In Hamburg-Altona konnten etwa 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Nazi-Aufmarsch durch gezielte Störaktionen verhindern.⁵⁹

Nach einer Reihe von massiven Nazi-Angriffen demonstrierten in Delitzsch am 10. Juli 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten.⁶⁰ In Ludwigshafen protestierten 1200 Menschen gegen einen Nazi-Brandanschlag. Mit Protesten gegen den Auftritt des Staatsministers des Innenministeriums und den deutschen Abschiebeterror brachen sie den Konsens mit den Abschiebemördern des deutschen Imperialismus.⁶¹ In Stuttgart griffen etwa 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen NPD-Aufmarsch mit Steinen, Leuchtspur und Flaschen an.⁶² In Düsseldorf protestierten am 5. August 2500 Menschen gegen den antisemitischen Bombenanschlag.⁶³ In Bochum demonstrierten auf Initiative "Schwarzer Deutscher und Schwarzer in Deutschland" 800 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Nazi-Angriff auf einen Mann aus Afrika.⁶⁴ In Winterbach im Rems-Murr-Kreis gelang es Antifaschistinnen und Antifaschisten, eine Gruppe von Nazis anzugreifen, die gerade von einer Veranstaltung der JN kam.⁶⁵ In Asbach wurde ein Nazi von einer Gruppe von Jugendlichen aus der Türkei angegriffen.⁶⁶ In Delitzsch kam es an zwei Wochenenden hintereinander zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Jugendlichen aus Rußland. Dabei wurden 4 Nazis und ein Jugendlicher aus Rußland verletzt.⁶⁷ In Hamburg beteiligten sich am 19. August 2500 Menschen an einer Demonstration gegen Nazi-Terror. In Rostock beteiligten sich 1000 und in Eisenach 300 Menschen an ähnlichen Demonstrationen.⁶⁸

Proteste von Flüchtlingen gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror des deutschen Imperialismus

Flüchtlinge aus Sachsen machten mit verschiedenen Protestaktionen auf ihre schlechten Lebensverhältnisse und den staatlichen Rassismus aufmerksam. In Leipzig demonstrierten 700 Flüchtlinge und ihre Unterstützer und Unterstützerinnen in der Stadt und forderten die Aufhebung der rassistischen und restriktiven Ausländergesetze wie der Residenzpflicht und des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes. Parallel dazu kam es zu ähnlichen Demonstrationen in Grimma und Delitzsch.⁶⁹ Der Protest richtete sich auch gegen den Erlaß des sächsischen Innenministeriums, Flüchtlingen, die in sogenannten "Sammelunterkünften" leben, nur noch Verpflegungspakete oder Wertgutscheine auszugeben. So zündeten in Zettlitz Flüchtlinge aus Protest gegen die Verpflegungspakete ihre Unterkunft an. In Torgau, Marktleberg und Leipzig verweigerten die Flüchtlinge bereits seit drei Wochen die Annahme solcher Pakete. Und in Delitzsch befinden sich die Flüchtlinge im Hungerstreik.⁷⁰

Flüchtlinge aus 11 Ländern, die auf dem Frankfurter Flughafen in Abschiebehaft saßen, protestierten ab dem 19. Juli mit einem Hungerstreik gegen Abschiebehaft und Mißstände in der medizinischen Versorgung. Am 31. Juli brachen die letzten den Hungerstreik ab, ohne etwas erreicht zu haben.⁷¹

Gefängnisrevolten von demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei

In türkischen Gefängnissen kämpften revolutionäre und demokratische Gefangene gegen die Einführung des sogenannten F-Typ-Gefängnisystems, das nach dem Vorbild von Stammheim Isolationshaft und Einzelzellen vorsieht.

Im Bayrampasa-Gefängnis in Istanbul verhinderten 1900 Gefangene mit Barrikaden und Geiselnahme von Wärtern die Verlegung von Gefangenen in ein anderes Gefängnis.⁷² Auch im Gefängnis in Burdur kam es zu einer Revolte, die aber brutal niedergeschlagen wurde. Wegen ständiger Folterungen weigerten sich Gefangene, zu einem Gerichtstermin zu gehen und verbarrikierten sich, woraufhin der Zellentrakt mit Tränengas und schwerem Räumgerät gestürmt wurde. 16 Gefangene wurden verletzt, aber auch 17 Wärter.⁷³

Streiks und Kämpfe von Werktätigen in Südkorea

Nur zwei Tage nach der gewaltsamen Zerschlagung eines Streiks in einem Nobelhotel, bei dem über 1000 Streikende verhaftet wurden, hatte am 1. Juli die Aufstandsbekämpfungspolizei die von Streikenden besetzte Nationale Krankenversicherung gestürmt und über 1600 Streikende verhaftet.⁷⁴ Am 6. Juli demonstrierten 4500 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die brutale Niederschlagung dieses Streiks. Auch diese Demonstration wurde von der Polizei angegriffen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verteidigten sich mit Stöcken und Steinen und konnten so die Fortführung der Demonstration durchsetzen.⁷⁵ Am 20. Juli sowie am 29. Juli protestierten in Seoul, Ulsan, Taejon, Kwangju und Changwon insgesamt über 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die staatliche Repression.⁷⁶

Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW Mexiko

Am 18. August begann der Streik von 12.000 Arbeiterinnen und Arbeitern im VW-Werk in Puebla für eine 35% Lohnerhöhung, gegen die Reduzierung der Erholungstage und gegen die Verpflichtung für Überstunden. Der Streik führte bereits nach den ersten Tagen zu Produktionsausfällen von 1500 Autos. Obwohl der Streik am 23. August vom Staat für illegal erklärt wurde, entschieden sich über 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter bei Demonstrationen und Streikversammlungen für die Fortführung des Streiks.⁷⁷

Quellen:

¹ JW 5.7.00, ² FR, 7.8.00, ³ JW 14.7.00, ⁴ FR 25.8.00, ⁵ FR 23.8.00, ⁶ JW 28.7 und 19.8.00, ⁷ JW 29.7.00, ⁸ Erklärung der Antifa KOK in www.nadir.org, ⁹ BILD 9.8.00, ¹⁰ Jungle World 16.8.00, ¹¹ FR 6.7.00, ¹² Main-Rheiner online 21.7.00, ¹³ Remscheider Generalanzeiger, 31.7.00, ¹⁴ www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts/t2018001.htm, ¹⁵ JW 28.8.00, ¹⁶ TAZ 29.7.00, ¹⁷ FR 2.8.00, ¹⁸ FR 17.7.00, ¹⁹ FR 28.7.99, BILD 28.7.00, ²⁰ TAZ 29.8.00, ²¹ FR 3.7.00, ²² JW 6.7.00, ²³ TAZ 10.7.00, ²⁴ FR 10.7.00, Erklärung der Antifaschistische Initiative Wuppertal in www.nadir.org, ²⁵ JW 17.7.00, ²⁶ FR 17.7.2000, ²⁷ Stellungnahme von Antifaschistinnen und Antifaschisten vom Niederrhein in www.nadir.org, ²⁸ Berliner Morgenpost Online 23.7.00, ²⁹ TAZ 24.7.00, ³⁰ JW 24.7.00, ³¹ TAZ 24.7.00, ³² FR 27.7.00, ³³ TAZ 28.7.00, ³⁴ JW 31.7.00, ³⁵ Leipziger Volkszeitung 30.7.00, ³⁶ Mittelbayerische Zeitung Online 31.7.00, ³⁷ Stuttgarter Zeitung 31.7.00, ³⁸ Berliner Morgenpost 31.7.00, ³⁹ Hamburger Abendblatt 2.8.00, ⁴⁰ JW 4.8.00, ⁴¹ JW 5.8.00, ⁴² www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts/t2018001.htm, TAZ 7.8.00, TAZ 8.8.00, ⁴³ TAZ 18.8.00, FR 17.8.00, ⁴⁴ FR 16.8.00, ⁴⁵ FR am Abend 16.8.00, ⁴⁶ Erklärung der antifaschistischen Gruppe Adelante in www.nadir.org, ⁴⁷ FR 22.8.00, ⁴⁸ TAZ 23.8.00, ⁴⁹ Delmenhorster Kreisblatt 30.8.00, ⁵⁰ FR 31.8.00, ⁵¹ TAZ 18.8.00, ⁵² FR 18.8.00, Handelsblatt 18.8.00, ⁵³ Rhein-Neckar-Zeitung online 17.8.00, Nordkurier Online 17.8.00, TAZ 18.8.00, Sindelfinger Zeitung 18.8.00, Ostsee Zeitung 17.8.00, Bremer Nachrichten 18.8.00, ⁵⁴ JW 17.7. und 20.7.00, ⁵⁵ TAZ 29.8.00, ⁵⁶ JW 11.7.00, ⁵⁷ Berliner Zeitung 18.8.00, ⁵⁸ Politische Berichte 14/2000, ⁵⁹ FR 14.7.00, ⁶⁰ JW 13.7.00, ⁶¹ JW 24.7.00, Mannheimer Mor

gen 24.7.00, ⁶² Stuttgarter Zeitung 31.7.00, ⁶³ Politische Berichte 17/2000, ⁶⁴ Ruhr Nachrichten 11.8.00, ⁶⁵ Stuttgarter Zeitung 14.8.00, ⁶⁶ FR 8.8.00, ⁶⁷ TAZ 15.8. und 22.8.00, ⁶⁸ FR 21.8.00, ⁶⁹ Politische Berichte 15/2000, ⁷⁰ TAZ 10.7.00, ⁷¹ FR 1.8.00, ⁷² JW 6.7.00, ⁷³ FR 21.7.00, ⁷⁴ JW 3.7.00, Asien Aktuell Internetseiten, ⁷⁵ JW 8.7.00, ⁷⁶ Asien Aktuell Internetseiten, ⁷⁷ AK 441, 31.8.00

2000 Juli-Dez.

Die imperialistischen Machenschaften des deutschen Imperialismus im ehemaligen Jugoslawien

Auf der internationalen Konferenz über den Stabilitätspakt für Südosteuropa formulierten Joseph Fischer und Bodo Hombach, Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes, die Pläne des deutschen Imperialismus. Als Ziel der deutschen sogenannten „Balkanpolitik“ wurde gefordert, diese Region „kompatibel“ zur EU zu machen. Was nichts anders bedeutet, als eine bessere Abhängigkeit und Ausbeutung zu schaffen. Fischer drohte auch unverhohlen damit, daß dies mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden könne. Hervorgehoben wurden auch die Erfolge bei der Destabilisierung Ex-Jugoslawiens durch massive Förderung regierungsfeindlicher Medien in Verbindung mit wirtschaftlicher Hilfe für 44 Städte, die von der serbischen Opposition geführt werden, um die gesamte Region unter direkten Einfluß des deutschen Imperialismus zu bringen. Danach appellierte Hombach an die deutsche Wirtschaft, die durch den Stabilitätspakt geschaffenen Voraussetzungen zu nutzen, da in vielen Staaten der Region ein „gutes Investitionsklima“, sprich ideale Zustände für Ausbeutung, bestände.

Auch der nächste Schritt des deutschen Imperialismus wurde schon angekündigt, indem der SPD-Politiker Gernot Erler einen Stabilitätspakt für die Kaukasus-Region forderte.¹

Nach dem bereits der deutsche Imperialismus seine Währung die D-Mark in Bosnien und Kosova eingeführt hat, ist die D-Mark nun seit Anfang November alleinige Währung in Montenegro.²

Deutsche Waffen töten weltweit:

Der deutsche Imperialismus verstärkt weiterhin seine Waffenexporte in reaktionäre Staaten.

Bei dem Gesamtvolumen von genehmigten Ausfuhren von 5,9 Milliarden Mark liegt der reak-

tionäre türkische Staat an der Spitze der Empfängerländer. Insgesamt kaufte die Türkei vom deutschen Imperialismus Waffen und Kriegsschiffe für 1,9 Milliarden Mark.³

Allein bei den sogenannten Dual-Use-Gütern, Waren, die zivil und militärisch eingesetzt werden, gab es 1999 einen massiven Anstieg.

Der Iran erhielt im Wert von 103 Millionen Mark solche Waren, der Irak für 248 Mark und Libyen für 17 Millionen Mark.

Auch ist ein verstärkter Export von Waffen wie Elektroschockgeräte, die auch bei der Folter eingesetzt werden, geplant. Vor allem in folgende Länder: Argentinien, Botswana, Namibia, Polen, Südkorea, Tschechien, Ungarn, Vereinigte Arabische Emirate u.a.⁴

Deutscher Imperialismus exportiert das Stammheimer Gefängnismodell in die Türkei:

Die Einführung der sogenannten F-Typ-Gefängnisse durch den reaktionären türkischen Staat wird heuchlerisch als Angleichung an europäische Menschenrechte hingestellt. Vorbild ist dabei das Unterdrückungssystem des Gefängnisses von Stammheim des deutschen Imperialismus. Nachdem bereits in den 80er Jahren dieses Gefängnisssystem in Spanien eingeführt wurde, wird es nun durch die F-Typ-Gefängnisse in der Türkei durchgesetzt. Durch die Verlegung der Gefangenen in Einzel- und Kleinstzellen soll die Organisation der demokratischen und revolutionären Gefangenen zerschlagen werden. Die etwa 12000 demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei befürchten, das sie zudem so verstärkt Folter und Mißhandlungen durch die Wärter ausgesetzt sind. Doch seit Mitte des Jahres gibt es von Gefangenen, ihren Angehörigen sowie Solidaritätsgruppen massive Kämpfe gegen die Verlegung in diese Gefängnisse.⁵

Opfer des staatlichen Rassismus und deutschen Abschiebeterrors:

Deutsche Polizisten erschossen behinderten Vietnamesen:

In einem Wald bei Ulm erschossen einen 28jährigen, geistig behinderten Vietnamesen in seinem Rollstuhl. Aus weniger als 10 Metern Entfernung wollten die Polizisten das Spielzeuggewehr nicht erkannt haben und luden gar zweimal nach, um insgesamt 21 Schüsse auf den Mann im Rollstuhl abzugeben. Am 20. September starb der Mann an seinen Verletzungen.⁶

Pole auf der Flucht vor der Polizei tödlich verunglückt In Frankfurt/Main starb ein 37jähriger Pole am 11. Oktober beim Sturz von einem Dach als er vor einer Polizeikontrolle floh.

Flüchtling auf der Flucht vor der Abschiebung in den Tod gestürzt

In der Nacht zum 30. August starb in Berlin Altankov Gagwasoundel, Flüchtling aus der Mongolei, beim versuch aus der Abschiebehafte zu fliehen. Nach mehr als vier Wochen Abschiebehafte versuchte der 28jährige Flüchtling die Verlegung vom Abschiebgefängnis Köpenik in ein Krankenhaus für die Flucht zu nutzen. Beim Abseilen mit Bettlaken aus der

6. Etage stürzte er in den Tod. Erst durch Recherchen der Antirassistische Initiative (ARI) wurde dieses erneute Opfer der mörderischen deutschen Abschiebepolitik bekannt.⁷

Flüchtling aus Sri Lanka nahm sich aus Angst vor der Abschiebung das Leben

Im Abschiebgefängnis Hannover-Langenhagen nahm sich der 17jährige Flüchtling aus Sri Lanka, Arumugasamy Subramaniam, am 8. Dezember aus Angst vor der drohenden Abschiebung das Leben. Der Tamile ist ein erneutes Opfer des mörderischen Abschiebeterrors. Nach Angaben von Flüchtlingsorganisationen haben sich seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 37 Flüchtlinge in der Abschiebehafte das Leben genommen. Insgesamt habe der deutsche Abschiebeterror in den letzten 7 Jahren 79 Flüchtlinge „in den Tod gerissen“.⁸

Antisemitischer Bombenanschlag in Düsseldorf

Bei einem antisemitischen Bombenanschlag in Düsseldorf wurden neun Menschen aus Rußland, sechs von ihnen waren Jüdinnen und Juden, teils schwer verletzt.⁹ Die Polizei behauptete sehr schnell, daß es in Düsseldorf keine Nazi-Szene gäbe. Auch bei dem zunächst festgenommenen Verdächtigen hieß es, daß er nicht zur Nazi-Szene gehöre. Beide Lügen wurden von Antifaschistinnen und Antifaschisten widerlegt. Der sogenannte „Sicherheitsausrüster“ Ralf Spies, der zunächst festgenommen wurde, hat Kontakte zur nazistischen Kameradschaft Düsseldorf und gilt als deren Ausrüster und Sicherheitstrainer. Auch ist er bereits mehrfach wegen rassistischer Plakate und Aufkleber verurteilt worden.¹⁰

Welle antisemitischer Anschläge

Juli–August: In Bamberg wurde am Haus einer jüdischen Familie am 7. August eine Bombe gerade noch entschärft. Die Bombe war mit einem Zeitzünder so angelegt, daß sie einen der Bewohner beim Verlassen des Hauses zur Arbeit getroffen hätte.¹¹ Am Wochenende davor machte die NPD in der Fußgängerzone von Bamberg eine Kundgebung. Während der Polizeisprecher eine Nazi-Szene in Bamberg überhaupt abstrikt, hieß es vom LKA, es hätte sich um einen Anschlag von „Verrückten oder Neidern“ gehandelt.¹²

In Eisenach wurde die Gedenktafel für die zerstörte Synagoge mit Hakenkreuzen besprüht¹³, in Bingen wurde die Fassade der ehemaligen Synagoge mit antisemitischen Parolen besprüht¹⁴, in Wuppertal-Barmen wurden in der Nacht zum 30. Juli zwei Häuser mit antisemitischen Parolen besprüht¹⁵, in Dielkirchen und Rockenhausen (Rheinland-Pfalz) wurden im August zwei jüdische Friedhöfe geschändet¹⁶, ebenso wurden in Güstrow auf dem jüdischen Friedhof Grabsteine umgeworfen und mit antisemitischen Parolen besprüht¹⁷.

Am 25. Juli ging bei der jüdischen Gemeinde in Duisburg eine antisemitische Bombendrohung ein.¹⁸

Im ersten Halbjahr gab es 297 offiziell registrierte antisemitische Straftaten.¹⁹

In Weiden (Bayern) gab es seit Mai bereits mehrere antisemitische Anschläge: Farbanschlag auf das jüdische Gemeindehaus, Steinwürfe gegen die Synagoge, Schändung eines Mahnmals. Polizei und Stadtverwaltung sowie die Mehrzahl der Einwohner verharmlosten diese antisemitischen Angriffe. Der Oberbürgermeister Schröpf sagte: „Ich nehme die Aussagen der Weidener Bürger wichtiger als die nicht nachvollziehbaren Ausfälle der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Weiden.“²⁰

September–Oktober: Am 3. Oktober wird in Düsseldorf ein Brandanschlag auf die Synagoge verübt. Da die später verhafteten Täter aus arabischen Ländern stammen, wurde ein nazistischer Hintergrund gelehnt, obwohl bei den Tätern Nazi-Propaganda-Material gefunden wurde.²¹ In der gleichen Nacht wurde in Schwäbisch Hall der jüdische Friedhof verwüstet und mit Hakenkreuzen besprüht.²² In Berlin drangen zwei Nazis lediglich mit Springerstiefel bekleidet in die Synagoge ein und stören den jüdischen Gottesdienst. Auch hier verharmlost die Polizei und spricht von Tätern „aus dem Trinkermilieu“.²³ In Potsdam wurde der Eingang des jüdischen Friedhofs mit antisemitischen Zeichnungen geschändet und in Halle wurden Hakenkreuze in ein jüdisches Denkmal geritzt.²⁴ In Berlin-Köpenik wurden Steine gegen die Synagoge geworfen.²⁵ Auch in Glückstadt (Schleswig-Holstein) wurde ein jüdischer Friedhof von Nazis verwüstet.²⁶

November–Dezember: In Landau (Rheinland-Pfalz) wurde innerhalb einer Woche zweimal das jüdische Mahnmal von Nazis geschändet²⁷, in Grabow bei Ludwigslust wurde der jüdische Friedhof verwüstet²⁸, in Berlin wurde auf dem jüdischen Friedhof ein Mahnmal umgestoßen²⁹, auf dem jüdischen Friedhof in Ueckermünde sowie auf einem Spielplatz in Anklam wurden antisemitische Transparente entdeckt³⁰, in Gelnhausen (Hessen) wurde die Gedenktafel, die an die Ermordung der jüdischer Bewohner der Stadt durch die Nazis erinnert, gestohlen³¹, in Günterberg (Brandenburg) wurde der jüdische Friedhof ebenso geschändet und verwüstet wie

in Schwedt³². In Elsmhorn wurde vor der Gedenkveranstaltung zum Novemberpogrom von 1938 das Mahnmal von Nazis mit Farbe besprüht³³. In Berlin-Tiergarten wurden erneut ein jüdisches Mahnmal mit Hakenkreuzen besprüht³⁴.

107 Nazi-Morde an Obdachlosen von 1989 bis 2000

Die Angriffe gegen Obdachlose hat eine bisher nicht geahnte Dimension. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe recherchierte, daß von 1989 bis 2000 mindestens 107 Obdachlose von Tätern außerhalb der Wohnungslosenszene ermordet wurde. 203 Obdachlose wurden Opfer von brutalen Angriffen. Die nazistischen Angriffe wurden meist geleugnet, wenn die Täter nicht ausdrücklich einer Nazi-Organisation angehörten. Die ideologische Vorbereitung dieser Nazi-Morde sieht die Initiative bei der staatlichen Verdrängungs- und Vertreibungspolitik gegen Obdachlose.³⁵

Erneut wurden Obdachlose Ziel von Nazi-Morden. Nachdem bereits Ende Juni in Greifswald Nazis einen **47jährigen Obdachlosen** ermordeten, wurde in Wismar Mitte Juli ein **52jähriger Obdachloser** von fünf Nazis zu Tode geprügelt und getreten. Obwohl Nazi-Propaganda-Materialien gefunden wurden, wurde der Nazi-Mord als ein unpolitisches Verbrechen aus Habgier dargestellt.³⁶ In Ahlbeck wurde am 25. Juli der 51jährige Obdachlose **Norbert P.** von Nazis zu Tode geprügelt.³⁷ Wie erst jetzt bekannt wurde, wurde Mitte Mai der Sozialhilfeempfänger **Dieter Rich** von vier Nazis in seiner Wohnung in Berlin brutal zusammengeschlagen und erstochen.³⁸ Am 13. September wurde in Schleswig ein **45 Jahre alter Obdachloser** von zwei Nazis zu Tode geprügelt. Auch hier wird der offensichtliche Nazi-Mord von Polizei und Staatsanwaltschaft geleugnet. Die zynische Begründung der Staatsanwaltschaft hierfür ist, dass die Mörder angeblich „nicht gezielt gegen Randgruppen oder Minderheiten“ losgegangen wären.³⁹ Am 25. November wurde in Greifswald der 42jährige Obdachlose **Eckhard Rütz** von drei Nazis

ermordet.⁴⁰

Streiflichter des alltäglichen Naziterrors von Juli bis Dezember 2000

Juli-August: In Wuppertal griffen 15 Nazis eine Gedenkfeier mit ehemaligen antifaschistischen Widerstandskämpfern am Mahnmahl für die Opfer des Nazismus mit Baseballschlägern und Schlagringen an und verletzten zwei der Antifaschistinnen und Antifaschisten.⁴¹ In Dresden marschierten zum siebten Mal in diesem Jahr etwa 270 Nazis auf.⁴² Bei einem nazistischen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Ludwigshafen wurden drei Kinder aus Kosova verletzt.⁴³ Am Wochenende vom 22. und 23. Juli gab es bundesweit massive Nazi-Angriffe: In Treptow griffen 15 Nazis einen Mann aus Tunesien mit Pflastersteinen an.⁴⁴ Am 27. Juli wurde in Guben der Gedenkstein für den von Nazis in den Tod getriebenen Omar Ben Noui zum fünften Mal geschändet, indem ein Hakenkreuz in die Gedenkplatte eingeritzt wurde.⁴⁵ In München griffen 30 Nazis in der S-Bahn einen Mann aus Asien an und mißhandelten ihn.⁴⁶ In Salzgitter fand eine aus Polen stammende Frau nach dem Urlaub ihre Wohnung völlig verwüstet und mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen beschmiert vor. In Wismar verübte ein Nazi einen Brandanschlag auf ein Haus, in dem angeblich Obdachlose wohnten.⁴⁷ Am 5. August wurde in Erfurt ein Nazi-Bombenanschlag auf einen Imbiss eines Mannes aus der Türkei verübt.⁴⁸ In Hamburg, Delitzsch und Halberstadt kam es zu Mordanschlägen von Nazis auf Menschen aus anderen Ländern. In Delitzsch stieß ein Nazi einem Jugendlichen ein Messer in den Rücken und verletzte ihn schwer. In Hamburg griff ein Nazi einen 46jährigen Mann aus der Türkei an und verletzte ihn lebensgefährlich mit einem Messer.⁴⁹ In Halberstadt wurde ein 17jähriger von zwei Nazis mit einem Messer niedergestochen und schwer verletzt.⁵⁰

Im Rahmen des sogenannten Rudolf-Heß-Gedenktage der Nazis kam es bundesweit zu massiver

Nazi-Propaganda. In über 50 Städten und Dörfern wurden Nazi-Aufkleber, Plakate, Transparente, Schmierereien und Handzettel anlässlich des Todestages des Nazis Rudolf Heß gefunden. So wurden zum Beispiel in Rostock ganze Straßenzüge bis hin zur polnischen Grenze mit Nazi-Aufklebern zugespflastert. Allein in Rostock tauchten 250 Plakate auf. In der Ortschaft Ducherow bei Anklam wurden drei Straßen ebenfalls völlig mit Aufkleber zugeklebt. In Sachsen tauchten insgesamt mehrere hundert Plakate auf. Weitere Schwerpunkte der Naziaktion waren Westmecklenburg, Wismar, Rostock, Stralsund, Nordvorpommern, Ostvorpommern, Usedom und Neubrandenburg. In Stuttgarter Vororten wurden mehr als 80 Nazi-Plakate und 100 Aufkleber und in Bremen-Nord etwa 40 Plakate gefunden.⁵¹

September-Oktober: Am 23. September verübten Nazis einen Brandanschlag auf eine Unterkunft von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Wuppertal-Barmen. Zwei Kinder wurden leicht verletzt.⁵² In Schwerin griffen am 3. Oktober zwei Nazis eine Familie aus Rußland an und verletzten eine Frau schwer. Die Nazis hatten zuvor an Häuserwände und ein Lenin-Denkmal Naziparolen gesprüht.⁵³ In Fallersleben bei Wolfsburg verübten Nazis in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft.⁵⁴ In Finsterwalde (Brandenburg) überfielen 20 Nazis eine Wohnung von Antifaschistinnen und Antifaschisten und verwüsteten sie. In Himberg (Niedersachsen) versuchte ein Dutzend Nazis, die Wohnung einer Familie aus der Türkei zu stürmen.⁵⁵

November-Dezember: Laut offiziellen Statistiken des Bundeskriminalamtes wurden im ersten Halbjahr 2000 über 5000 Nazi-Verbrechen offiziell registriert. Darunter 373 antisemitische Straftaten.⁵⁶ In Nordrhein-Westfalen waren es allein bis zum 31. Oktober 1455 offiziell registrierte Straftaten von Nazis.⁵⁷

In Luckenwalde wurde ein 17jähriger Flüchtling aus Sierra Leone von Nazis angegriffen und verletzt.⁵⁸ In

Weida (Thüringen) wurde ein Mann aus Tunesien von einer Gruppe von Nazis überfallen und mit Tritten und Schlägen erheblich verletzt.⁵⁹ In Stralsund wurde ein 16jähriger Antifaschist, der zwei Nazis, die lauthals Parolen grölten, zur Rede gestellt hatte, von diesem mit einem Messer an Armen und Beinen verletzt.⁶⁰ Ein 50jähriger Mann aus Äthiopien wurde in Saarbrücken von Nazis brutal zusammengeschlagen worden und mußte im Krankenhaus behandelt werde.⁶¹ In Schwalmstadt (Hessen) wurden drei Flüchtlinge aus Afrika von einer Gruppe Nazis angegriffen, zusammengeschlagen und rassistisch beschimpft.⁶² In Guben wurde bei einem Nazi-Angriff ein aus der Mongolei stammender Student mit deutschem Paß von Nazis mit einem Messer am Rücken verletzt. Einer der Nazis war bereits wegen des Mordes an Omar Ben Noui angeklagt und wurde gegen 200 Arbeitsstunden freigesprochen.⁶³ Die Nazis bereiten ihren Terror auch verstärkt mit Bomben und Maschinengewehren vor. In Bremen wurden innerhalb einer Woche zwei Nazis verhaftet, die beim Bau von Bomben erwischt wurden.⁶⁴ Bei der Auflösung eines Nazi-Konzerts in Zschopau und bei der späteren Durchsuchung einer Wohnung wurden 30 Maschinenpistolen und Gewehre, scharfe Handgranaten und mehrere tausend Schuß Munition sichergestellt.⁶⁵

Diese sind nur einige der öffentlich gewordenen Streiflichter des alltäglichen Naziterrors in den Monaten Juli bis Dezember.

Staat und Nazis Hand in Hand

• Dem Verfassungsschutz liegt so viel an seinen Nazi-Spitzeln, daß er sogar bereit ist, für einen wegen Mordversuchs verurteilten Nazi die Strafe wegen Körperverletzung zu zahlen. 1992 hatte der Nazi mit acht weiteren Nazis einen Mann aus Nigeria bewußtlos geprügelt und in einen See geworfen. Nur weil Zeugen den Verletzten aus dem Wasser zogen, überlebte er. Der Nazi wurde wegen Mordversuchs zu 8 Jahren Haft verurteilt, aber vorzeitig entlassen, nachdem er bereits in der Untersuchungshaft als V-Mann angeworben wurde.⁶⁶

- Nachdem der britische Journalist Justin Jin in Rathenow von einem Nazi angegriffen wurde, verbündeten sich faktisch die darauf ankommenden Polizistinnen mit dem Nazi, anstatt Justin vor dem Angriff zu schützen. Sie versuchten, Justin die Kamera zu entreißen und verweigerten ihm den Anruf per Handy bei einem Anwalt. Justin Jin wollte für eine Reportage den Kampf der Brandenburger Flüchtlinge für die Verlegung in ein anderes Bundesland auf Grund der massiven Naziangriffe dokumentieren.⁶⁷

- In Delitzsch, wo es bereits seit längerem eine starke Nazi-Szene und viele brutale Angriffe von Nazis auf Menschen aus anderen Ländern sowie auf antifaschistische Jugendliche gibt, wird jetzt auf Kosten der Stadt ein Jugendclub für die Nazis aufgebaut. Ein Nazi-Kader, der auch schon an mehreren Nazi-Angriffen beteiligt war, soll als Sozialarbeiter eingesetzt werden. Die Stadt Delitzsch läßt sich dies über 75000 DM kosten.⁶⁸

- Bundesregierung vertuscht Nazi-Morde. Im Grunde ist dies ja nichts Neues, doch die rot-grüne Bundesregierung geht noch weiter. Während die alte Bundesregierung für den Zeitraum von 1990–1993 30 Tote durch Nazi-Angriffe zählte – bereits hier wurde viele Nazi-Morde vertuscht – macht die neue Bundesregierung daraus 21 Tote. Und ganz dreist wird dann in dieser neuen Statistik gelogen, daß es von 1994 bis April 1999 einen Toten durch Nazi-Angriffe gegeben hätte und von April 1999 bis 2000 3 weitere Nazi-Morde. Somit kam die rot-grüne Regierungsstatistik auf insgesamt 25 Nazi-Morde seit 1990.⁶⁹

- In Arnstadt (Thüringen) wurden in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober drei Männer aus Kamerun und Sierra Leone und ihre Begleiterinnen von 15 Nazis mit Baseballschlägern, Knüppeln und einem Messer angegriffen. Die darauf ankommenden Polizisten weigerten sich, die Aussagen der Opfer des Nazi-Angriffs aufzunehmen, sie ermutigten noch die Nazis zu weiteren Attacken und sahen nicht nur weiteren Schlägen zu, sondern beteiligten sich auch noch mit ihren Gummiknüppeln und rassistischen Beleidigungen. Selbst auf der Polizeiwache wurden

die drei Männer noch von den ebenfalls dort anwesenden Nazis geschlagen. Zusätzlich wurden sie 10 Stunden auf der Wache festgehalten. Die Polizei verteidigte diesen rassistischen Angriff und die Kumpanei mit den Nazis mit alt bekannten Manövern. Angeblich hätte einer der Männer „eine Gruppe von Deutschen“ angegriffen und man hätte zuallererst einen „Ausländer, welcher gerade einer deutschen Frau hinterherrannte“ angetroffen. Und die Verhaftung der drei Männer wegen angeblichen Widerstandes sowie versuchter Gefangenenbefreiung hätte „erst mit Hilfe der anwesenden Deutschen“ erfolgen können.⁷⁰

Antinazistischer Widerstand

Juli-August: Unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen“ gedachten in Eberswalde am 1. Juli etwa 700 Antifaschistinnen und Antifaschisten dem von Nazis ermordeten Antifaschisten Falco.⁷¹

In Hamburg-Altona konnten etwa 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Nazi-Aufmarsch durch gezielte Störaktionen verhindern.⁷² In Ludwigshafen protestierten 1200 Menschen gegen einen Nazi-Brandanschlag. Mit Protesten gegen den Auftritt des Staatsministers des Innenministeriums und den deutschen Abschiebeterror brachen sie den Konsens mit den Abschiebemördern des deutschen Imperialismus.⁷³ In Stuttgart griffen etwa 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen NPD-Aufmarsch mit Steinen, Leuchtspur und Flaschen an.⁷⁴ In Düsseldorf protestierten am 5. August 2500 Menschen gegen den antisemitischen Bombenanschlag.⁷⁵ In Bochum demonstrierten auf Initiative „Schwarzer Deutscher und Schwarzer in Deutschland“ 800 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Nazi-Angriff auf einen Mann aus Afrika.⁷⁶ In Winterbach im Rems-Murr-Kreis gelang es Antifaschistinnen und Antifaschisten, eine Gruppe von Nazis anzugreifen, die gerade von einer Veranstaltung der JN kam.⁷⁷ In Asbach wurde ein Nazi von einer Gruppe von Jugendlichen aus der Türkei angegriffen.⁷⁸ In Delitzsch kam es an zwei Wochenenden hintereinander zu schweren

Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Jugendlichen aus Rußland. Dabei wurden 4 Nazis und ein Jugendlicher aus Rußland verletzt.⁷⁹

September-Oktober: In Neumünster protestierten am 16. September etwa 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, aber auch bürgerliche Parteien wie die SPD gegen einen zweiten Nazi-Aufmarsch innerhalb von zwei Wochen. Nach Ende einer Kundgebung zog der Großteil zur Route der Nazis, um diese zu stören. Die Polizei ging massiv gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten und Jugendliche aus der Türkei mit Knüppeln vor und verhaftete 120 von ihnen.⁸⁰ In Berlin demonstrierten am 6. Oktober 8000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die Bundeszentrale der NPD und gegen das Abschiebegefängnis in Grünau. Sehr positiv war die Verbindung des Kampfes gegen Nazis und staatlichen Rassismus. Vor dem Abschiebegefängnis Grünau zeigte die Demonstration ihre Solidarität mit den Abschiebegefangenen mit Redebeiträgen in verschiedenen Sprachen. Den Antifaschistinnen und Antifaschisten gelang es, einige Scheiben des Pförtnerhauses des Gefängnisses zu zerstören und ein Tür aufzubrechen. Daraufhin ging die Polizei mit Wasserwerfern, Räumpanzern und Knüppeln gegen die Demonstration vor. Trotz dieser Angriffe konnte die Demonstration zur Zentrale der NPD weiter durchgesetzt werden. Insgesamt wurden etwa 40 Antifaschistinnen und Antifaschisten festgenommen, jedoch viele wurden durch die brutalen Knüppelattacken teils schwer verletzt.⁸¹ In Dortmund demonstrierten über 10000 Menschen am 21. Oktober gegen einen Aufmarsch von 600 Nazis. Die Rede Ministerpräsidenten Clement wurde von Antifaschistinnen und Antifaschisten mehrmals gestört, um auf die heuchlerische Politik des staatlichen Rassismus hinzuweisen. Etwa 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten mehrfach, die Polizeiketten, die die Nazis schützten, zu durchbrechen und griffen den Aufmarsch mit Steinen an. Daraufhin wurden etwa 1500 Antifaschistinnen und Antifaschisten in mehreren Kesseln stundenlang eingekesselt und über 300 wur-

den festgenommen. Bei einem antifaschistischen Angriff auf die Nazis nach dem Aufmarsch am Dortmunder Bahnhof zogen Polizisten ihre Dienstwaffen und gab wohl auch Warnschüsse ab.⁸² Am 28. Oktober demonstrierten rund 25000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis in Düsseldorf. Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten immer wieder, den Nazi-Aufmarsch direkt anzugreifen. Dabei wurden 200 verhaftet, als sie versuchten, die Polizeiketten zu durchbrechen. In Kassel demonstrierten am gleichen Tag ebenfalls etwa 7000 gegen einen Nazi-Aufmarsch.⁸³

November-Dezember: Am 9. November demonstrierten rund 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen“ durch Berlin-Moabit, um an die Deportation der JüdInnen und Juden zu erinnern. Die Demonstration richtete sich auch gegen die von Staats wegen initiierte Großdemonstration. Kritisierte wurde die Heuchelei der Politiker des staatlichen Rassismus.⁸⁴ Am 25. November gelang es 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, den Aufmarsch von 1500 Nazis in Berlin durch Besetzung des Kundgebungsplatzes zum Abbruch zu zwingen. Aber es gelang auch, die Nazis direkt mit Flaschen, Steinen und Leuchtkugeln anzugreifen. Trotz des Einsatzes von Wasserwerfern konnte die Polizei den Nazi-Aufmarsch nicht weiter durchsetzen.⁸⁵

In Köln demonstrierten am 9. Dezember 25000 gegen einen Nazi-Aufmarsch. Die Demonstration war zwar auch von bürgerlichen Parteien und Kirchen getragen worden, jedoch setzten sich Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einem Transparent „Gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus!“ an die Spitze. Auch hier gelang es den Antifaschistinnen und Antifaschisten immer wieder, durch Straßenblockaden und direkte Angriffe die rund 120 Nazis bei ihrem Aufmarsch zu stoppen.⁸⁶ Innerhalb kürzester Zeit gab es am 16. Dezember in Dortmund erneut einen Nazi-Aufmarsch. Diesmal demonstrierten etwa 1500 Antifaschistinnen und Antifaschisten, dabei wurden erneut mehrere hundert von ihnen stundenlang eingekesselt. Insgesamt wurden fast 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten verhaftet.⁸⁷

Proteste von Flüchtlingen gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror des deutschen Imperialismus

Flüchtlinge aus Sachsen machten mit verschiedenen Protestaktionen auf ihre schlechten Lebensverhältnisse und den staatlichen Rassismus aufmerksam. In Leipzig demonstrierten 700 Flüchtlinge und ihre Unterstützer und Unterstützerinnen in der Stadt und forderten die Aufhebung der rassistischen und restriktiven Ausländergesetze wie der Residenzpflicht und des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes. Parallel dazu kam es zu ähnlichen Demonstrationen in Grimma und Delitzsch.⁸⁸ Der Protest richtete sich auch gegen den Erlaß des sächsischen Innenministeriums, Flüchtlingen, die in sogenannten „Sammelunterkünften“ leben, nur noch Verpflegungspakete oder Wertgutscheine auszugeben. So zündeten in Zettlitz Flüchtlinge aus Protest gegen die Verpflegungspakete ihre Unterkunft an. In Torgau, Markleeberg und Leipzig verweigerten die Flüchtlinge bereits seit drei Wochen die Annahme solcher Pakete. Und in Delitzsch befinden sich die Flüchtlinge im Hungerstreik.⁸⁹ Am 4. September begannen 4 Tamilen im Abschiebefängnis Moers einen Hungerstreik gegen ihre Abschiebung. Seit dem 18. September gab es vor dem Abschiebefängnis eine ständige Mahnwache von Tamilinnen und Tamilen und Antirassistinnen und Antirassisten. Nach 22 Tagen brachen sie ihren Hungerstreik aufgrund falscher Versprechungen, die ihnen ihr Dolmetscher übermittelte, ab.⁹⁰ In Cottbus demonstrierten mehrere hundert Flüchtlinge gegen die Alibiveranstaltung der „Woche des ausländischen Mitbürgers“. Die Flüchtlingsinitiative Brandenburg in einer Erklärung: „Wir wollen keine Begleitfigur eines nichtexistierenden ‚toleranten Brandenburgs‘ darstellen.“ Zuerst sprengten sie durch nicht genehmigte eigene Redebeiträge gegen den staatlichen Rassismus und für bessere Lebensverhältnisse der Flüchtlinge die Auftaktveranstaltung. Immer mehr Flüchtlinge der

Auftaktveranstaltung schlossen sich den Protestaktionen und der Demonstration an. Teils spontane, wütende Reden in Englisch, Französisch, Indisch, Kurdisch, Persisch, Türkisch, Russisch und Deutsch wurden gehalten.⁹¹

Am 3. Oktober demonstrierten in Hannover rund 1000 Flüchtlinge und Antirassistinnen und Antirassisten unter dem Motto „Weg mit der Residenzpflicht und allen rassistischen Sondergesetzen!“ Viele der angereisten Flüchtlinge widersetzten sich bewußt der Residenzpflicht, die sie dazu verdammt, ihren Wohnort und die Nähere Umgebung nicht verlassen zu dürfen. In einem Aufruf zur Demo heißt es unter anderem: *“So sind seit 1990 über 120 Menschen von Nazis und anderen Rassisten in der BRD ermordet worden. Während zur Zeit ein bürgerlicher ‚Antifaschismus‘ zelebriert wird, der das Ansehen und den Standort Deutschland retten soll, wird der staatliche Rassismus ungebrochen fortgeführt.“*⁹²

Nach der Verhaftung des Flüchtlingsaktivisten Akubuo Chukwudi und Verschleppung in die Abschiebehaftrat trat er sofort in den Hungerstreik. Flüchtlinge und Antirassistinnen und Antirassisten blockierten daraufhin das SPD-Büro im Bremer Landtag und besetzten das Innenministerium. Am 25. November demonstrierten für die Freilassung von Akubuo in Schwerin 250 und in Bremen 400 Flüchtlinge sowie Antirassistinnen und Antirassisten. Im Dezember wurde erreicht, daß Akubuo wieder aus der Abschiebehaftrat entlassen wurde.⁹³ Am 9. Dezember demonstrierten 300 Flüchtlinge auf Initiative afrikanischer Organisationen gegen Nazi-Terror und staatlichen Rassismus.⁹⁴

Demonstration gegen staatliche Faschisierung und Überwachung in Leipzig

Am 14. Oktober protestierten in Leipzig 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die staatliche Faschisierung, insbesondere gegen die wachsende Überwachung von öffentlichen und privaten Räumen. Die gesamte Demonstration wurde von massivem Polizeiaufgebot umzingelt und von allen

Seiten mit Videokameras gefilmt. Zudem wurden extra für die Demonstration – zu den in Leipzig bereits installierten Videokameras – weitere 10 Kameras aufgebaut. Die Angriffe der Polizei mit Knüppel gegen die Demonstration konnten die Antifaschistinnen und Antifaschisten mit Flaschen und Feuerwerkskörpern abwehren. Bereits im Januar und Februar wurde mit 25 Demonstrationen der Abbau einer Kamera im Stadtteil Connewitz, wo es mehrere Treffpunkte von Antifaschistinnen und Antifaschisten gibt, erzwungen.“

Gefängnisrevolten und Hungerstreik von demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei gegen die Einführung der F-Typ-Gefängnisse

In türkischen Gefängnissen kämpfen revolutionäre und demokratische Gefangene gegen die Einführung des sogenannten F-Typ-Gefängnisystems, das nach dem Vorbild von Stammheim Isolationshaft und Einzelzellen vorsieht.

Im Bayrampasa-Gefängnis in Istanbul verhinderten im Juli 1900 Gefangene mit Barrikaden und Geiselnahme von Wärtern die Verlegung von Gefangenen in ein anderes Gefängnis.⁹⁶ Auch im Gefängnis in Burdur kam es zu einer Revolte, die aber brutal niedergeschlagen wurde. Wegen ständiger Folterungen weigerten sich Gefangene, zu einem Gerichtstermin zu gehen und verbarrikadierten sich, woraufhin der Zellentrakt mit Tränengas und schwerem Räumgerät gestürmt wurde. 16 Gefangene wurden verletzt, aber auch 17 Wärter.“

Am 20. Oktober begannen die ersten demokratischen und revolutionären Gefangenen mit einem unbefristeten Hungerstreik unter anderem gegen die Verlegung in die F-Typ-Gefängnisse. Schnell schlossen sich mehr als 800 Gefangene dem Hungerstreik an. Am 37. Tag des Hungerstreiks verschärften rund 100 Gefangene den Kampf und gingen zum Todesfasten über.

In der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember begann

um 4 Uhr früh in 20 Gefängnissen der militärische Angriff von schwebewaffneten Polizei- und Armeeeinheiten, um die Verlegung der kämpfenden Gefangenen durchzusetzen. Dieser seit langem geplante Angriff wurde mit äußerster Brutalität durchgeführt. Entgegen der Lüge von Selbstverbrennung der Gefangenen wurden sie teilweise mit Benzin übergossen und angezündet. Offiziell wurden 27 Gefangene massakriert, die wirkliche Zahl wird aber um ein Vielfaches höher liegen. Angehörige und Menschenrechtsorganisationen gehen von 50 bis 60 Toten aus. Die demokratischen und revolutionären Gefangenen haben sich heldenhaft gegen die Angriffe verteidigt. In den Gefängnissen Ümraniye und Canakkale konnten die Gefangenen, die sich selbst bewaffnet hatten, mehrere Tage die Angriffe zurückschlagen. Doch trotz dieses Massakers gehen die Hungerstreiks in den Krankenhäusern oder in den F-Typ-Gefängnissen, in die die Gefangenen verschleppt wurden, weiter. In der Türkei protestierten Tausende gegen die Erstürmung der Gefängnisse. Mehrere Hundert wurden festgenommen. Doch auch in anderen Ländern gab es Solidaritätsdemonstrationen mit den kämpfenden Gefangenen und Solidaritätshungerstreiks in den Gefängnissen in Deutschland, Schweiz, England, Niederlande und Griechenland. Dabei wurde in Rotterdam der Revolutionär Cafer Dereli von den faschistischen Banden der „Grauen Wölfe“ ermordet.“

Hungerstreik demokratischer Gefangener in Argentinien

Die sogenannten Tablada-Gefangenen hatten 1989 durch ihren Angriff auf die Tablada-Kaserne versucht, einen Militärputsch zu verhindern. Der Angriff der 50 Kämpferinnen und Kämpfer wurde damals von 3000 schwebewaffneten Militärs blutig niedergeschlagen. Die Militärs massakrierten beim Gefecht 28 Kämpferinnen und Kämpfer und folterten später in den Militärgefängnissen weitere 9 zu Tode. Die überlebenden 13 wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Sommer hatten sie bereits einen 46tägigen

Hungerstreik durchgeführt. Seit mehr als 100 Tagen sind die Gefangenen im Hungerstreik und werden mittlerweile zwangsemährt. Mittlerweile muß täglich mit den ersten Toten gerechnet werden. Die Forderungen der Gefangenen sind eine faire Gerichtsverhandlung und die Untersuchung des Massakers durch die Armee.“ Im Januar 2001 brachen sie nach 119 Tagen den Hungerstreik nach Erreichen einiger ihrer Forderungen ab.

Streiks und Kämpfe von Werktätigen in Südkorea

Nur zwei Tage nach der gewaltsamen Zerschlagung eines Streiks in einem Nobelhotel, bei dem über 1000 Streikende verhaftet wurden, stürmte am 1. Juli die Aufstandsbekämpfungspolizei die von Streikenden besetzte Nationale Krankenversicherung und verhaftete über 1600 Streikende.¹⁰⁰ Am 6. Juli demonstrierten 4500 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die brutale Niederschlagung dieser Streiks.¹⁰¹ Auch diese Demonstration wurde von der Polizei angegriffen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verteidigten sich mit Stöcken und Steinen und konnten so die Fortführung der Demonstration durchsetzen. Am 20. Juli sowie am 29. Juli protestierten in Seoul, Ulsan, Taejon, Kwangju und Changwon insgesamt über 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die staatliche Repression.¹⁰²

Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter bei VW Mexiko

Am 18. August begann der Streik von 12000 Arbeiterinnen und Arbeitern im VW-Werk in Puebla für eine 35prozentige Lohnerhöhung, gegen die Reduzierung der Erholungstage und gegen die Verpflichtung für Überstunden. Der Streik führte bereits nach den ersten Tagen zu Produktionsausfällen von 1500 Autos. Obwohl der Streik am 23. August vom Staat für illegal erklärt wurde, entschieden sich über 10000 Arbeiterinnen und Arbeiter bei Demonstrationen und Streikversammlungen für die Fortführung des Streiks.¹⁰³

Quellen:

1 JW 5.7.00, 2 JW 14.11.00, 3 JW 21.9.00, 4 JW 30.10.00, 5 JW 28.9.00, 6 Jungle World Nr. 40, Taz 22.9.00, 7 JW 19.9.00, 8 JW 14.12.00, 9 JW 29.7.00, 10 Erklärung der Antifa KOK in www.nadir.org, 11 BILD 9.8.00, 12 Jungle World 16.8.00, 13 FR 6.7.00, 14 Main-Rheiner online 21.7.00, 15 Remscheider Generalanzeiger, 31.7.00, 16 www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts/t2018001.htm, 17 JW 28.8.00, 18 TAZ 29.7.00, 19 FR 2.8.00, 20 Jungle World Nr. 42, 11.10.00, 21 TAZ 4.10.00, 22 TAZ 5.10.00, 23 FR 5.10.00, 24 JW 6.10.00, 25 JW 7.10.00, 26 TAZ 13.10.00, 27 TAZ 1.11.00, 28 TAZ 8.11.00, 29 9.11.00, 30 11.11.00, 31 FR 16.11.00, 32 TAZ 1.12.00, JW 20.12.00, 33 TAZ 10.11.00, 34 FR 19.12.00, 35 JW 29.12.00, 36 FR 17.7.00, 37 FR 28.7.00, BILD 28.7.00, 38 TAZ 29.8.00, JW 18.9.00, 39 TAZ 19.9.00, 40 JW 15.12.00, 41 FR 10.7.00, Erklärung der Antifaschistische Initiative Wuppertal in www.nadir.org, 42 JW 17.7.00, 43 FR 17.7.2000, 44 Berliner Morgenpost Online 23.7.00, 45 TAZ 28.7.00, 46 Mittelbayerische Zeitung Online 31.7.00, 47 JW 5.8.00, 48 www.fr-aktuell.de/fr/spezial/rechts/t2018001.htm, 49 FR 16.8.00, 50 TAZ 23.8.00, 51 Rhein-Neckar-Zeitung online 17.8.00, Nordkurier Online 17.8.00, TAZ 18.8.00, Sindelfinger Zeitung 18.8.00, Ostsee Zeitung 17.8.00, Bremer Nachrichten 18.8.00, 52 FR 25.9.00, 53 TAZ 4.10.00, 54 RAZZ Nr. 127, 55 FR 31.10.00, 56 TAZ 16.11.00, 57 TAZ 21.11.00, 58 TAZ 18.11.00, 59 FR 13.11.00, 60 JW 13.12.00, 61 FR 14.12.00, 62 JW 14.12.00, 63 JW 27.12., 28.12., 64 FR 2.11. und 7.11.00, 65 JW 19.12.00, 66 JW 17.7. und 20.7.00, 67 TAZ 29.8.00, 68 JW 11.7.00, 69 konkret 9/2000, 70 JW 15.11.00, 71 Politische Berichte 14/2000, 72 FR 14.7.00, 73 JW 24.7.00, Mannheimer Morgen 24.7.00, 74 Stuttgarter Zeitung 31.7.00, 75 Politische Berichte 17/2000, 76 Ruhr Nachrichten 11.8.00, 77 Stuttgarter Zeitung 14.8.00, 78 FR 8.8.00, 79 TAZ 15.8. und 22.8.00, 80 JW 18.9.00, 81 JW 9.10.00, Erklärung der Antifaschistischen Aktion

Berlin, aus nadir.org, 82 FR23.10.00, JW 23.10.00, 83 FR 30.10.00, 84 TAZ 10.9.00, 85 FR 27.11.00, 86 FR 11.12.00, TAZ 11.12.00, 87 FR 18.12.00, 88 Politische Berichte 15/2000, 89 TAZ 10.7.00, 90 Angehörigen Info Nr. 238, 91 JW 23.9. und 29.9.00, 92 Interim Nr. 510, RAZZ Nr. 126, 93 Politische Berichte 25/2000, 94 JW 11.12.00, 95 JW 16.10.00, FR 16.10.00, Taz 16.10.00, 96 JW 6.7.00, 97 FR 21.7.00, 98 Kurdistan Rundbrief 22/00, JW 15.12.00, JW 21.12.00, FR 20.12., 23.12.00, 99 JW 25.11.00, JW 9.12.00, 100 JW 3.7.00, Asien Aktuell Internetseiten, 101 JW 8.7.00, 102 Asien Aktuell Internetseiten, 103 AK 441, 31.8.00

2001

2001 Jan.-Febr.

Schlaglichter

Der deutsche Imperialismus verweigert weiterhin jegliche Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

Immer wieder nutzt der deutsche Imperialismus jede Möglichkeit, die Zahlung von Entschädigungsgeldern an die noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des Nazifaschismus zu verzögern. Und je länger herausgezögert wird, desto mehr der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sterben, desto weniger – so das Kalkül des deutschen Imperialismus – müssen sie zahlen. Denn von den etwa 650.000 ehemaligen Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeitern, die bereits Anträge gestellt haben, sterben jedes Jahr mehr als 10 Prozent. 350.000 weitere haben wegen der hohen bürokratischen Hürden, die der deutsche Imperialismus sich einfallen ließ bis er noch keine Anträge stellen können. Hinzu kommt, daß mehrere Hunderttausend Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in kleineren Firmen, in der Landwirtschaft oder in Städten und Gemeinden versklavt waren, kategorisch von den Zahlungen ausgeschlossen sind.

Der deutsche Imperialismus fordert für sich die sogenannte „Rechtssicherheit“ vor möglichen Sammelklagen in den USA, bevor ein Pfennig gezahlt wird. Letztendlich ist dies zynischste Brpressung.

Als nun eine amerikanische Richterin eine Sammelklage auf Entschädigung, mit der Begründung daß die deutschen Kapitalisten noch nicht das notwendige Geld bereitgestellt haben nicht ablehnte, drohen die Vertreter der deutschen Kapitalisten damit, daß erst dann Geld fließen werde, wenn ganz klar sei, daß kein amerikanisches Gericht mehr Klagen zulassen werde. Der deutsche Imperialismus behält für sich das Recht in Anspruch, selbst zu entscheiden, wann eine sogenannte Rechtssicherheit besteht, um dann möglich in ein paar Jahren gerade noch einer Handvoll Überlebender eine

Entschädigung zahlen zu müssen.

Auch bei Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Osteuropa wird ähnlich vorgegangen. Mit den Anträgen auf Entschädigung soll gleichzeitig eine Verzichtserklärung auf weitere Ansprüche abgeben. Marxena Nikiforowna von einer Vereinigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus St. Petersburg:

“Warum sollen wir auf weitere Forderungen verzichten, wenn wir nicht einmal wissen, ob wir je eine Entschädigung erhalten?”¹

Unterstützung des reaktionären türkischen Regimes durch den deutschen Imperialismus

Während die demokratischen und revolutionären Gefangenen dem Massaker vom 19. Dezember widerstanden und bis heute mit verschiedenen Formen des Hungerstreiks gegen die Isolationzellen nach dem deutschen “Stammheim-Modell” ankämpfen, schickt der deutsche Imperialismus weiter Waffen an die Türkei. Anfang Februar war ein Lieferung von 60.000 Pistolen für die türkische Polizei kurz vor dem Abschluß, und im Januar wurden 3 Patrouillenboote an die Türkei geliefert.²

Alltag des staatlichen Rassismus

In den letzten 8 Jahren sind laut Recherchen der Antirassistischen Initiative 239 Flüchtlinge durch staatliche Maßnahmen ums Leben gekommen.

Seit 1993 sind insgesamt 193 Menschen bei dem Versuch gestorben, „illegal“ nach Deutschland zu gelangen. 92 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor Abschiebung und der drohenden Verfolgung das Leben genommen und etwa 310 unternahmen den Versuch. 10 Flüchtlinge wurden durch Polizeigewalt getötet. 13 Flüchtlinge wurden nach ihrer Abschiebung ermordet. 5 Flüchtlinge wurden direkt bei ihrer Abschiebung getötet.³

Alein im letzten Jahr wurden 12 Flüchtlinge an den Grenzen tot aufgefunden. Und in den letzten zwei Jahren wurden allein 53 Flüchtlinge durch die Hunde

von BGS und Polizei verletzt.⁴

Und auch im April wurde bei einer Verfolgung durch die Polizei ein Flüchtling aus Vietnam, der nachts über die Grenze kam, in den Tod getrieben.⁵

Nazi-Morde

Erneut wurde ein Sozialhilfeempfänger von Nazis zu Tode getrampelt. Der 51jährige Mann wurde in Stralsund von zwei Nazis ermordet.⁶

In Milzau (Sachsen-Anhalt) wurde ein 38jähriger Mann von zwei Nazis totgeprügelt.⁷

Am 4. März starb ein Mann aus dem Libanon, der im Januar bei einem Brandanschlag von vermutlich Nazis lebensgefährlich verletzt wurde, an seinen Verbrennungen.⁸

Alltäglicher Nazi-Terror

Im Jahr 2000 sind die offiziell registrierten Straftaten von Nazis um fast 60 Prozent angestiegen. Insgesamt waren 15951 festgestellte Straftaten von Nazis.⁹

In der Neujahrsnacht wurde in Hamburg eine Gruppe von Menschen aus Afrika von einem Nazi mit Signalmunition beschossen.¹⁰ Anfang Januar wurden bei einem Nazi aus Mecklenburg-Vorpommern Chemikalien für den Bombenbau beschlagnahmt.¹¹ Im brandenburgischen Lauchhammer wurde ein 11jähriger von drei Nazis brutal zusammengeschlagen und rassistisch beschimpft. In Bad Harzburg (Niedersachsen) marschierten 150 Nazis auf.¹² Am 13. Januar wurde in München ein Mann aus Griechenland von mehreren Nazis angegriffen und zusammengeschlagen. Nur durch die Hilfe von 15 Jugendlichen aus der Türkei konnten die Nazis verjagt werden.¹³

In Sonnenberg in Thüringen konnten 200 Nazis unter Polizeischutz vor den etwa 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten marschieren.¹⁴ In Regensburg wurde ein Jugendlicher aus der Türkei von einer Gruppe von 10 bis 15 Nazis mit einer Bierflasche und Tritten schwer verletzt.¹⁵ Am 22. März marschierten über 100 Nazis durch Neumünster.¹⁶ In Eberswalde mar-

schierten 300 Nazis auf.¹⁷

In Rheinland-Pfalz wurden von einer Gruppe von Nazis gleich zwei Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, und einige Scheiben wurden eingeworfen.¹⁸ An Ostern marschierten in Hagen rund 120 Nazis als sogenannter „Nationaler Ostermarsch“ auf. In Ennepetal waren es knapp 60 Nazis. In Jena marschierten 150 Nazis mit antisemitischen Parolen auf.¹⁹ Antisemitischer Angriffe: In der Neujahrsnacht wurde ein jüdisches Ehepaar in Cottbus von Nazis beleidigt und bedroht. Die später eingetroffene Polizei wollte die beiden Überlebenden des Nazifaschismus dann in „Schutzhaft“ auf die Wache mitnehmen.²⁰ Im Januar wurde die jüdische Synagoge in Mühlhausen bei Erfurt mit einem Hakenkreuz geschändet.²¹ Auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam hat eine sogenannte „Nationale Bewegung“ einen Brandanschlag verübt.²² In Celle wurde die Synagoge und der jüdische Friedhof mit Nazi-Plakaten beklebt.²³ In Brühl wurde der jüdische Friedhof mit Hakenkreuzen und Nazi-Symbolen beschmiert.²⁴ Auch in Zehdenick (Brandenburg) hatten Nazis auf dem jüdischen Friedhof 10 Grabsteine umgestoßen.²⁵

Antinazistischer Widerstand

Auch in den letzten Monaten blieb kein Naziaufmarsch ohne antinazistischen Widerstand.

Am 13. Januar demonstrierten rund 1800 gegen einen Aufmarsch von rund 250 Nazis durch Elmshorn. Rund 1200 Polizisten schützten den Naziaufmarsch und verhafteten über 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die versuchten, direkt gegen die Nazis vorzugehen.²⁶ Auch in Greifswald wurde der Aufmarsch von 320 Nazis von der Polizei durchgesetzt. Etwa 50 Antinazistinnen und Antinazisten versuchten mehrmals, mit Sitzblockaden die Nazis aufzuhalten, während 6000 Menschen zu einer Kundgebung von Stadt, bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften gefolgt waren.²⁷

Am 10. Februar beteiligten sich zunächst 7000 Menschen in Hagen an einer Demonstration gegen den Aufmarsch von rund 300 Nazis. Im Laufe der Demonstration spaltete sich der Zug mit den

Antifaschistinnen und Antifaschisten ab und versuchten, die Polizeiketten, die den Aufmarsch der Nazis schützten, zu durchbrechen.²⁸

In Magdeburg erinnerten am 10. Februar unter dem Motto „Wut und Trauer zu Widerstand“ 1500 Antifaschistinnen und Antifaschisten an den Nazi-Mord an dem Antifaschisten Frank Böttcher vor vier Jahren. Die Demonstration wurde durch ein massives Polizeispalier begleitet und immer wieder von der Polizei angegriffen. Mehr als 20 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden festgenommen.²⁹

In Dortmund demonstrierten am 3. März zum dritten Mal in fünf Monaten 15000 Menschen gegen einen Nazi-Aufmarsch.³⁰

In Herzogenrath demonstrierten am 24. März etwa 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von deutschen und niederländischen Nazis. In Kerkrade in den Niederlanden demonstrierten 1000 niederländische Antifaschistinnen und Antifaschisten.³¹ Bei einer antifaschistischen Demonstration in Bremen kam es zwischen den Antifaschistinnen und Antifaschisten und der Polizei, die die Nazis schützte, zu heftigen Straßenkämpfen. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten griffen die Nazis und die Polizei mit Steinen und Flaschen an. Bei einer antifaschistischen Demonstration mit 1000 Teilnehmern in Bad Kreuznach am gleichen Tag kam es ebenfalls zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den 60 Nazis den Weg freimachten.³²

Am 7. April konnten etwa 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Frankfurt/Main den Aufmarsch von 50 Nazis durch eine Straßenblockade, trotz Wasserwerfer und Schlagstockeinsatz, verhindern.³³

Am gleichen Tag gelang es in Uelzen etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten, einen Aufmarsch von 150 Nazis mit Steinen, Flaschen, Eiern und Farbbeuteln anzugreifen.³⁴

Fabrikbesetzungen und militante Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Südkorea

Fast drei Wochen lang, von Ende Februar bis Anfang März, kämpften die Kolleginnen und Kollegen gegen die geplanten Massenentlassungen von 1700 Arbeiterinnen und Arbeitern bei Daewoo.

Am 19. Februar wurden nach fünf Tagen der Fabrikbesetzung von 600 Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angehörigen das Werk durch 4000 Polizisten mit Hubschraubern und Räumfahrzeugen gestürmt. Dabei ging ein Fließband in Flammen auf. Viele wurden dabei brutal zusammengeschlagen und verhaftet.

Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter, unterstützt von Angehörigen und Studentinnen und Studenten, ließen in ihrem Kampf nicht nach. Bereits einen Tag später versuchten 2000 von ihnen, bewaffnet mit Stahlrohren und Molotowcocktails, sich den Weg ins Werk wieder freizukämpfen. Danach kam es über eine Woche täglich zu militanten Kämpfen zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern und der Polizei. In Bupyong blockierten 1500 Demonstrantinnen und Demonstranten eine achtspurige Hauptverkehrsstraße. In Pusan demonstrierten weitere 700 gegen die Massenentlassungen und gegen den Polizeiterror.

Am 7. März konnte die Produktion in den Werken von Daewoo erst wieder aufgenommen werden, aber auch nur durch die Stationierung von rund 10.000 Polizisten in den Werken, um jeden möglichen Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter bereits im Keim zu ersticken.³⁵

Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

Trotz des Massakers des reaktionären türkischen Staates vom 19. Dezember 2000 geht der Kampf der Gefangenen in Form von Hungerstreiks und verschärften Hungerstreiks gegen die Isolationsgefängnisse weiter. Bei der Erstürmung der

Gefängnisse, der sich die Gefangenen teilweise mehrere Tage widersetzen konnten, wurden 32 Gefangene ermordet. Und es werden immer noch Gefangene vermißt, die seit der Erstürmung durch das Militär verschleppt wurden. Auch außerhalb der Gefängnisse werden die Gefangenen durch Hungerstreiks von Angehörigen und Unterstützerinnen und Unterstützern in ihrem Kampf unterstützt. Seit dem Massaker befinden sich etwa 1000 Gefangene noch im Hungerstreik und etwa 200 im verschärften Hungerstreik. Mittlerweile sind 14 Gefangene und 3 hungerstreikende Angehörige an den Folgen des Hungerstreiks gestorben.³⁶

Guerillakrieg und Landbesetzungen in Nepal

Bereits seit mehreren Jahren kämpfen revolutionäre Guerillaeinheiten gegen den reaktionären nepalesischen Staat. In mittlerweile 30 von 75 Bezirken konnten die Guerilla ihren Einfluß ausbauen und hat teilweise befreite Gebiete mit eigenen Verwaltungen und Gerichten aufgebaut. Bisher konnte die Guerilla mit einer starken Unterstützung durch die Bäuerinnen und Bauern in der Region alle militärischen Offensiven der Polizei und Armee abwehren. Im Februar gelang es, bei einem Anschlag einen hohen Funktionär des Justizapparates zu töten. Anfang April konnten bei einem Angriff auf zwei Polizeistationen fast 60 Polizisten und deren Helfershelfer getötet werden. Auf Grund des bewaffneten Kampfes gelang es ihnen, auch die Büttel der deutschen Imperialisten in Form von sogenannten Entwicklungshelfern der "Gesellschaft für technische Zusammenarbeit" aus diesen Regionen zu vertreiben.³⁷

Ebenfalls in den westlichen Bezirken haben seit Mitte Januar rund 3000 Familien von Landarbeiterinnen und Landarbeitern, die bis zum letzten Jahr durch eine in Nepal bis dahin legale Form der Sklaverei zu Arbeiten bei Großgrundbesitzern gezwungen waren, staatliches Land besetzt.

Massendemonstrationen und militante Proteste gegen Preiserhöhungen in Ecuador

Seit Monaten protestieren Arbeiterinnen und Arbeiter, Studentinnen und Studenten und indigene Bevölkerung gegen die immer schärferen Preissteigerungen.

Seit Anfang Februar wurden landesweit alle wichtigen Straßen blockiert. Mehrere tausend Indigenas zogen aus Protest in die Hauptstadt Quito. Sie versammelten sich auf dem Campus der Universität, der daraufhin von der Polizei und Militär umstellt wurde. Telefonleitungen und die gesamte Energieversorgung der Universität wurden unterbrochen. Jegliche Zufuhr von Wasser und Lebensmitteln wurde abgeschnitten.

Immer wieder kam es zu militanten Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und Polizei und Militär.

12.000 organisierte Indigenas besetzten Sendestationen und Antennenanlagen von Radios und Fernsehen, da diese negativ über die Proteste berichteten.

Unterstützt wurden die Protestierenden auch durch Streiks von Arbeiterinnen und Arbeitern in verschiedenen Regionen des Landes. Am 6. Februar wurden bei der Räumung einer blockierten Straße 4 Menschen von der Armee erschossen.

Nach 10 Tage Protesten und Demonstrationen erreichten sie die Zusage von Preissenkungen und weiteren Verbesserungen der Lebenslage. Insgesamt wurden etwa 25 Menschen durch Schusswaffen bei den Protesten verletzt und 6 Menschen, darunter ein Kind, von den Militärs erschossen.³⁸

Quellen: 1 Jungle World 3/01, 6/01 2 Kurdistan Rundbrief 1-2/01 und 4/01 3 FR 24.1.01 4 JW 4.04.01 5 JW 20.4.01 6 FR 28. März 2001 7 2.4.2001 8 FR 5.3.01 9 FR 3.3.01 10 TAZ 2.01.01 11 FR 8.1.01 12 TAZ 22.1.01 13 FR 15.1.01 14 TAZ 5.3.01 15 FR 6.3.01 16 FR 23.3.01 17 JW 26.3.01 18 FR 2.4.01 19 JW 17.4.01 20 TAZ 4.1.01 21 JW 16.01.01 22 FR 9.1.01 23 ND 28.2.01 24 JW 12.2.01 25 FR 16.2.01 26 JW 15.1.01 27 JW 15.1.01 28 ANNA 4-2001 29 JW 12.2.001 30 FR 5.3.01 31 JW 26.3.01 32 FR 19.3.01 33 JW 9.4.01 34 FR 9.4.01 35 JW, 3./4.3.2001, 8.3., 26.2., FR 20.2. 36 FR, 9.4.01, 14.04.01, 17.04.01, JW 9.04.01, Kurdistan Rundbrief 1-2/2001, JW 24.04.2001 37 TAZ 5.2.01, FR 13.3.01, 9.4.14.4. 38 JW 2.02.01., FR 6.2.01, JW 7.2.01, FR 9.2.01, JW 9.2.01

Redaktion Pressespiegel

Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt

Der deutsche Imperialismus hat 1999 mehr Rüstungsgüter exportiert als die Jahre zuvor. Insgesamt Waffen und andere sogenannte Rüstungsgüter im Wert von 5,9 Milliarden. Hauptempfänger deutscher Waffenlieferungen war das reaktionäre Regime in der Türkei. So soll jetzt gleich eine ganze Munitionsfabrik in der Türkei durch ein Konsortium unter Führung einer deutschen Firma gebaut werden. (Kurdistan Rundbrief 5/01) Ein weiterer Schwerpunkt deutscher Waffenlieferungen ist Südafrika. Drei U-Boote und vier Fregatten im Wert von drei Milliarden Mark liefert das deutsche Fregattenkosortium (ak 448)

Alltag des staatlichen Rassismus

Allein im letzten Jahr wurden 12 Flüchtlinge an den Grenzen tot aufgefunden. Und in den letzten zwei Jahren wurden allein 53 Flüchtlinge durch die Hunde von BGS und Polizei verletzt.⁴

Und auch im April wurde bei einer Verfolgung durch die Polizei ein Flüchtling aus Vietnam, der nachts über die Grenze kam, in den Tod getrieben.⁵

Die sogenannten verdachtsunabhängigen Kontrollen des BGS an Grenzen und Bahnhöfen richten sich in erstre Linie gegen Menschen aus anderen Ländern und Obdachlose. Im ersten Halbjahr 2000 wurden über 280.000 solcher Kontrollen durchgeführt. (Rote Hilfe 1/2001)

Nazi-Morde:

- Erneut wurde ein Sozialhilfeempfänger von Nazis zu Tode getrampelt. Der 51jährige Mann wurde in Stralsund von zwei Nazis ermordet.⁶
- In Milzau (Sachsen-Anhalt) wurde am 25. März ein 38jähriger Mann von zwei Nazis totgeprügelt.⁷
- Am 4. März starb ein Mann aus dem Libanon, der im Januar bei einem Brandanschlag von vermutlich

Nazis lebensgefährlich verletzt wurde, an seinen Verbrennungen.⁸

Alltäglicher Nazi-Terror:

Im Jahr 2000 sind die offiziell registrierten Straftaten von Nazis um fast 60 Prozent angestiegen. Insgesamt waren 15.951 festgestellte Straftaten von Nazis.⁹

In Sonnenberg in Thüringen konnten 200 Nazis unter Polizeischutz vor den etwa 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten marschieren.¹⁴ In Regensburg wurde ein Jugendlicher aus der Türkei von einer Gruppe von 10 bis 15 Nazis mit einer Bierflasche und Tritten schwer verletzt.¹⁵ Am 22. März marschierten über 100 Nazis durch Neumünster.¹⁶ In Eberswalde marschierten 300 Nazis auf.¹⁷

In Rheinland-Pfalz wurden von einer Gruppe von Nazis gleich zwei Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, wobei einige Scheiben eingeworfen wurde.¹⁸ An Ostern marschierten in Hagen rund 120 Nazis als sogenannter „Nationaler Ostermarsch“ auf. In Ennepetal waren es knapp 60 Nazis. In Jena marschierten 150 Nazis mit antisemitischen Parolen auf.¹⁹

Antifaschistischer Widerstand

In **Dortmund** demonstrierten am 3. März zum dritten Mal in fünf Monaten 15.000 Menschen gegen einen Nazi-Aufmarsch.³⁰

In **Herzogenrath** demonstrierten am 24. März etwa 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von deutschen und niederländischen Nazis. In Kerkrade in den Niederlanden demonstrierten 1000 niederländische Antifaschistinnen und Antifaschisten.³¹

Bei einer antifaschistischen Demonstration in **Bremen** kam es zwischen den Antifaschistinnen und Antifaschisten und der Polizei, die die Nazis schützte, zu heftigen Straßenkämpfen. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten griffen die Nazis und die Polizei mit Steinen und Flaschen an. Bei einer antifaschistischen Demonstration mit 1000 Teilnehmern in **Bad Kreuznach** am gleichen Tag kam es ebenfalls zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den 60

Nazis den Weg freimachten.³²

Am 7. April konnten etwa 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Frankfurt/Main** den Aufmarsch von 50 Nazis durch eine Straßenblockade, trotz Wasserwerfer und Schlagstockeinsatz, verhindern.³³ Am gleichen Tag gelang es in **Uelzen** etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten, einen Aufmarsch von 150 Nazis mit Steinen, Flaschen, Eiern und Farbbeuteln anzugreifen.³⁴

Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

Trotz des Massakers des reaktionären türkischen Staates vom 19. Dezember 2000 geht der Kampf der Gefangenen in Form von Hungerstreiks und verschärften Hungerstreiks gegen die Isolationsgefängnisse weiter. Bei der Erstürmung der Gefängnisse, der sich die Gefangenen teilweise mehrere Tage widersetzen konnten, wurden 32 Gefangene ermordet. Und es werden immer noch Gefangene vermisst, die seit der Erstürmung von Polizei und Militär verschleppt wurden. Auch außerhalb der Gefängnisse werden die Gefangenen durch Hungerstreiks von Angehörigen und Unterstützerinnen und Unterstützern in ihrem Kampf unterstützt. Seit dem Massaker befinden sich etwa 1000 Gefangene noch im Hungerstreik und etwa 200 im verschärften Hungerstreik. Mittlerweile sind 20 Gefangene bzw. hungerstreikende Angehörige an den Folgen des Hungerstreiks gestorben.³⁶

Unter ihnen waren: Cengiz Soydas,, Gülsüman Dönmez, Sibel Surucu, Hatice Yurekli, Fatma Hülya Tümgan sowie weitere 15 Hungerstreikende deren Namen wir nicht kennen.

(JW 30.4., Taz 24.4., JW 20.4. 23.4. FR. 17.4., FR 9.4., JW 11.4., Taz 12.4., 14.4, FR 22.3.)

Guerillakrieg in Nepal

Anfang April konnten bei einem Angriff auf zwei Polizeistationen fast 60 Polizisten und deren Helfershelfer getötet werden. Auf Grund des bewaffneten Kampfes gelang es ihnen, auch die Büttel der deutschen Imperialisten in Form von sogenannten Entwicklungshelfern der „Gesellschaft für technische Zusammenarbeit“ aus diesen Regionen zu vertreiben.³⁷

Quellen:

4 JW 4.04.01

5 JW 20.4.01

6 FR 28. März 2001

7 2.4.2001

8 FR 5.301

9 FR 3.3.01

14 TAZ 5.3.01

15 FR 6.3.01

16 FR 23.3.01

17 JW 26.3.01

18 FR 2.4.01

19 JW 17.4.01

30 FR 5.3.01

31 JW 26.3.01

32 FR 19.3.01

33 JW 9.4.01

34 FR 9.4.01

36 FR, 9.4.01, 14.04.01, 17.04.01, JW

9.04.01, Kurdistan Rundbrief 1-2/2001

37 TAZ 5.2.01, FR 13.3.01, 9.4, 14.4.

Redaktion Pressespiegel

2001 Mai–Juni

Deutscher Imperialismus setzt sich für ein weiteres Jahr in Kosova fest

Am 1. Juni hatte der deutsche Bundestag für die Verlängerung der Besetzung Kosovos durch die Bundeswehr für ein Jahr sowie für die Ausweitung des Einsatzes gestimmt. Die Bundeswehr kann nun auch in der sogenannten Pufferzone, d. h. auf serbischem Gebiet operieren und eigene Luftpatrouillen durchführen. Auch soll die Bundeswehr als Teil der KFOR-Truppen zum Einsatz gegen die sogenannte „Mafia“ in Kosova eingesetzt werden.¹

Deutscher Imperialismus bereitet erneuten Kriegseinsatz in Mazedonien vor

Zur angeblichen Sicherung des Friedensabkommens zwischen UCK und mazedonischer Regierung werden ab August etwa 3.500 Soldaten der NATO – angeblich für nur 30 Tage – in Mazedonien stationiert. Darunter befinden sich auch etwa 500 Bundeswehrsoldaten. Mittlerweile sind die 500 deutschen Soldaten in Mazedonien.²

Deutsche Waffen morden in aller Welt

Wie jetzt aus neuen Zahlen von 1999 für den Export von Kriegswaffen und Material hervorgeht, wurde dieser im Vergleich zum Jahr 1998 nochmals verdoppelt. Insgesamt wurden Kriegswaffen im Wert von 2,8 Milliarden DM und weitere sogenannte „Rüstungsgüter“ im Wert von 6,5 Milliarden DM exportiert. Hauptempfänger dieser Lieferungen waren Israel mit 33,5 Prozent und die Türkei mit 22,6 Prozent.³

Mörderischer staatlicher Rassismus

• Am 18. April stürzte ein 25jähriger Mann aus Vietnam auf der Flucht vor BGS und Polizei in einen Steinbruch und starb. Zuvor wurde ein Transporter der

die Flüchtlinge über die Grenze von Tschechien nach Deutschland brachte, von einem Bereitschaftspolizisten außerhalb der Dienstzeit verfolgt, so daß der Transporter gegen einen Baum fuhr und ein Mann schwer verletzt wurde. Mit Polizeihubschraubern und mehreren Hunden wurden einige Männer aus Vietnam, die den Unfall unverletzt überstanden hatten, durch einen Wald gejagt. Zeugen schilderten dies so: „Wie bei einer Treibjagd ist hier ein Mensch zu Tode gehetzt worden.“⁴

Prozeß gegen Thung, der in Notwehr einen Nazi tötete

Am 9. Dezember 2000 griffen etwa 20 Nazis auf dem Weihnachtsmarkt in Bernsdorf (Sachsen) den Stand einer Familie aus Vietnam an. Als der 15jährige Thung die Nazis erneut traf stach er auf zwei von ihnen mit zwei Messern ein. Einer der Nazis, Matthias Förster, erlag seinen Verletzungen, Thung wurde kurz darauf verhaftet und wegen Totschlags angeklagt. Mittlerweile sind alle vietnamesischen Familien aus Bernsdorf geflohen, da sie Angst vor Nazi-Angriffen hatten. Beim Trauermarsch der Nazis, bekamen diese Rückendeckung vom PDS-Bürgermeister Eberhard Menzel, der die Demonstration von 300 Nazis in trauter Eintracht mit Nazikadern der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), der Kittlitzer Kameradschaft Odins Legion und der Junge Landsmannschaft Ostpreußen anführte. Am 15. Mai begann der Prozeß gegen Thung und bereits nach zwei Tagen wurde er zu vier Jahren Haft verurteilt. (ak 450, INTERIM 3.5.01, Taz 18.5. 01)

Nazi-Morde und Nazi-Terror

In den letzten Monaten wurden vom deutschen Imperialismus verstärkt mehrere Nazi-Morde vertuscht.

• In Grimmen wurde, so berichtete die Berliner Zeitung vom 28. März, ein 51jähriger Sozialhilfeempfänger zu Tode getreten.

• Am 22. April wurde der 31jährige Mohamed Belhadj aus Algerien bei Zarrenbethin (Mecklenburg-Vorpommern) von drei Deutschen ermordet.

• In Bad Blankenburg starb am 24. Mai der 27jährige Axel U. an seinen Verletzungen. Er wurde zuvor von einem Nazi lebensgefährlich verletzt.⁷

• Am 24. Juli erlag ein 54jähriger Obdachloser nach einem brutalen Angriff seinen Verletzungen. Aus der bürgerliche Presse war hierzu nicht mehr zu erfahren. Auf Grund der häufigen Angriffe von Nazis auf Obdachlose, kann nicht ausgeschlossen werden, daß es sich auch hier um einen Nazi-Mord handelt. Letztendlich bleibt dies aber im Unklaren. (JW 26.6.01)

Einige Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

Auch diese Jahr marschierten die Nazis am 1. Mai wieder in mehreren Städten auf.

In Mönchengladbach wurde am 2. Mai eine Antifaschistin von drei Nazis überfallen, mit einem Messer bedroht und zur Nennung von Namen und Adressen von örtlichen Antifaschistinnen und Antifaschisten gezwungen. Die Antifaschistin weigert sich, etwas zu sagen und wurde brutal zusammengeschlagen. In Düsseldorf wurde ein Mann aus Italien von vier Nazis überfallen und mit einem Messer lebensgefährlich verletzt.⁸ Am 24. Mai haben Nazis in Hannover und Langenhagen mehrere Menschen aus anderen Ländern durch die Stadt gehetzt und zum Teil verletzt.⁹ Am 25. Mai wurde in Premnitz (Brandenburg) ein Mann aus Sierra Leone von fünf Nazis überfallen und schwer verletzt.¹⁰ Auf einer Autobahnraststätte bei Bremerhaven wurde am 1. Juni ein Mann aus Ägypten von Nazis zusammengeschlagen und schwer verletzt.¹¹ In Karlsruhe marschierten am 2. Juni rund 1.400 Nazis durch die Stadt, geschützt von einem starken Polizeiaufgebot. Ähnlich sah es auch in Zwickau aus. Hier waren es 500 Nazis.¹² In Suhl hat am 8. Juni ein 24jähriger Antifaschist nur knapp einen Nazi-Mordanschlag überlebt. Mehrere Nazis hatten brutal auf den

Antifaschisten eingetreten, und mit Flaschen traktiert, so daß er mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus mußte. Zuvor griff eine Gruppe Nazis mehrere Punks und Antifaschistinnen und Antifaschisten auf einem Stadtfest an.¹³ Am 14. Juni griffen in Düsseldorf mehrere Nazis drei Antifaschisten mit einem Messer an und verletzten diese, zwei davon schwer.¹⁴ Am 10. Juni verübten Nazis einen Brandanschlag auf ein von einer Familie aus der Türkei bewohntes Haus in Coburg (Bayern). In der gleicher Nacht wurde in Offenbach der jüdische Friedhof von Nazis geschändet und Grabsteine mit Hakenkreuzen besprüht.¹⁵ Am 18. Juni wurden in Schneeberg (Sachsen) zwei Flüchtlinge aus dem Iran von Nazis angegriffen und verletzt. In Magdeburg wurde ein Mann aus Mali von einem Nazi mit einer Schreckschußpistole beschossen und verletzt.¹⁶ Am 23. Juni marschierten in Bremen rund 130 Nazis unter dem Schutz von 1500 Polizisten durch Bremen-Vegesack. In Siegburg marschierten am gleichen Tag 150 Nazis wegen des erfolgreichen antifaschistischen Angriffs auf einen Nazi einige Tage zu vor auf.¹⁷ Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem alltäglichen Nazi-Terror.

Antifaschistische Aktionen am 1. Mai

Am 1. Mai kam es wie bereits die Jahre zuvor zu antifaschistischen Demonstrationen gegen die Aufmärsche der Nazis in Frankfurt, Berlin, Mannheim, Essen, Augsburg und Dresden. Vor allem die Blockadeaktionen und militanten Angriffe der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Frankfurt und Mannheim zeigten die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes gegen die Nazis. Denn nur so konnte dort der Aufmarsch der Nazis verhindert werden. In Frankfurt demonstrierten in der gesamten Innenstadt etwa 5000 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Durch Straßen- und U-Bahnblockaden und militante Angriffe gegen die in U-Bahnen sitzenden Nazis wurde deren Anreise erheblich gestört und eine Aufmarsch verunmöglicht. In Mannheim demonstrierten zwar rund 2000 bis

3000 Menschen in der Innenstadt gegen den Aufmarsch der Nazis, aber nur die Blockadeaktion und Angriffe von einigen hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten verhinderten den Aufmarsch. In Berlin-Hohenschönhausen gelang es nur 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten, durch die großräumigen Absperrungen der Polizei in Hohenschönhausen durchzukommen, um gegen den Aufmarsch von 1000 Nazis zu protestieren. In Dresden konnten nur etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den massiven Polizeischutz für 1000 Nazis nicht viel bewirken. Mit einer Sitzblockade auf einer Brücke wurde der Aufmarsch der Nazis nur kurz gestoppt. In Augsburg waren die rund 250 Nazis auch gut durch ein starkes Aufgebot der Polizei und Bundesgrenzschutz vor den antifaschistischen Protesten geschützt. Nur vereinzelt gelang es, Straßenbahn- oder Zugschienen zu blockieren. Auch in Essen gab es eine Kundgebung von DGB und bürgerlichen Parteien weit ab vom Aufmarschort der knapp 200 Nazis. Der Versuch von rund 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten, zu den Nazis vorzudringen, wurde durch Polizeisperren verhindert. Zwei Tage nach dem 1. Mai haben Antifaschistinnen und Antifaschisten in Frankfurt-Eckenheim im Depot der Verkehrsgesellschaft Frankfurt aus Protest gegen den Transport der Nazis mit den Sonder-U-Bahnen eine Straßenbahn in Brand gesteckt.¹⁹ (Zur Einschätzung der Demonstrationen siehe Flugblatt von „Gegen die Strömung“ 6/01)

Antifaschistische Aktionen

Mai: In Halle konnten am 19. Mai rund 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einem offensiven Vorgehen einen Aufmarsch von 200 Nazis trotz deren Schutzbegleitung von 1000 Polizisten stoppen und frühzeitig nach einem Drittel des Weges beenden. Bereits bei der Anreise wurden verschiedene Nazigruppen angegriffen und die wartenden Nazis vor Beginn ihres Aufmarsches gründlich mit Eiern, Obst, Steinen und Farbbeuteln eingedeckt. An zahlreichen Stellen des Naziaufmarschs gab es militante Angriffe der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Es

gelang, die Nazis während der gesamten Strecke mit Steinen und Eiern zu bewerfen. Zusätzlich gab es noch eine Sitzblockade, die den Nazis den Weg versperrte. Diesen Stop nutzten rund 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten, um erneut die Nazis militant anzugreifen, was dann zum Abbruch des Aufmarschs führte und die Nazis den Rückzug antreten mußten. Doch auch auf ihrem Rückweg zu den Bussen wurden sie immer wieder erfolgreich angegriffen.²⁰ In Herzogenrath bei Nürnberg haben 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten den Aufmarsch von circa 50 Nazis verhindert. Zunächst besetzten sie den Aufmarschort, über-töntten die Redebeiträge der Nazis mit Lärm und bewarfen sie so lange mit Obst, Eiern und Flaschen, bis diese ihre Veranstaltung abbrachen und sich unter dem Schutz der Polizei zurückzogen.²¹ In Berlin-Köpenick griffen am Abend des 24. Mai rund 30 Antifaschistinnen und Antifaschisten ein Treffen von 20 Nazis mit Steinen, Stangen und Schreckschußwaffen an und konnten vier von ihnen verletzen.²² Juni: Am Abend des 5. Juni griffen zunächst zwei Nazis einen 15jährigen Jugendlichen aus dem Kongo an, worauf sich allerdings mehrere Jugendliche mit ihm solidarisierten und die Nazis in die Flucht schlagen konnten und einem dabei eine gehörige Tracht Prügel verpaßten.²³ Am 16. Juni marschierten in Göttingen rund 500 Nazis geschützt von 2000 Polizisten auf. Mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchen leider erfolglos, die Polizeisperren zu durchbrechen, um sich den Nazis direkt in den Weg zu stellen. Insgesamt demonstrierten an dem Tag rund 4000 Menschen gegen den Nazi-Aufmarsch.²⁴ In Düsseldorf demonstrierten am 14. Juni über 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, um gegen den gerade 20 Stunden zuvor geschehenen Nazi-Angriff auf drei Antifaschisten zu protestieren. Mit einer Spontandemonstration zogen sie vor das Haus eines der beteiligten Nazis.²⁵ Am 15. Juni wurden in Siegburg drei Nazis von einer Gruppe von

Jugendlichen aus anderen Ländern angegriffen und teilweise lebensgefährlich verletzt. Während bei den alltäglichen Nazi-Angriffen und Morden der Nazi-Banden kein Hahn danach kräht, wird bei antifaschistischen Aktionen wie hier direkt die Bonner Mordkommission eingeschaltet. Der Polizeisprecher drückte dann auch gleich auf die Tränendrüsen: „Ich bin erschrocken über das Ausmaß an Brutalität, mit der da vorgegangen wurde.“²⁶

Antirassistische Demonstrationen gegen Residenzpflicht und Abschiebungen

Am 17. Mai begannen die bundesweiten Aktionstage gegen Residenzpflicht in Berlin mit einer Demonstration von rund 300 Flüchtlingen. In einer Resolution heißt es: „Die deutsche Regierung kann nicht vorgeben, Rassismus zu bekämpfen, während es gleichzeitig rassistische Gesetze gibt, die den Hass schüren.“²⁹

Am 19. Mai demonstrierten rund 4000 Flüchtlinge gemeinsam mit Antirassistinnen und Antirassisten zum Abschluß der Aktionstage gegen Residenzpflicht und staatlichen Rassismus.³⁰

Am Frankfurter Flughafen haben am 26. Mai rund 500 Antirassistinnen und Antirassisten gemeinsam mit Flüchtlingen gegen den staatlichen Abschiebeterror demonstriert und brachten am Ende der Demo eine Gedenktafel an: „Zum Gedenken an Kola Bankole und Amir Ageeb, die während ihrer Abschiebung beim Abflug von Frankfurt/Main in Lufthansamaschinen durch Beamte des Bundesgrenzschutz gewaltsam zu Tode gebracht wurden. Zum Gedenken an Naimah Hadjar, die sich am 23. Tag ihrer Abschiebehafte aus Angst vor der Abschiebung im Internierungslager am Frankfurter Flughafen das Leben nahm.“³¹

Militante antirassistische Kämpfe in England

Am 27. Mai nach einem rassistischen Angriff auf das Haus einer aus Asien stammenden Familie griffen

mehrere hundert Jugendliche aus Pakistan und Bangladesch die Faschisten an, die allerdings von 500 Polizisten geschützt wurden. Die ganze Nacht lang kam es zu Angriffen mit Molotovcocktails und Steinen gegen die Polizei.³² In der darauffolgenden Nacht griffen rund 200 Jugendliche wiederum die Polizei an und bauten Barrikaden. Die örtliche Zeitung wurde aufgrund ihres Rassismus in der Berichterstattung in Brand gesteckt. In Oldham treiben die faschistischen Organisationen British National Party, National Front und Combat 18 seit längerem ihr Unwesen und werden von der Polizei gedeckt.³³ Es gab ein Zusammenspiel von Medien, Polizei und Faschisten, gegen die sich die Jugendlichen vor allem aus Pakistan und Bangladesch organisierten und offensiv vorgehen.

In Leeds griffen Anfang Juni rund 300 Jugendliche aus Bangladesch die Polizei an, nachdem diese einen Mann aus Bangladesch verhaftet und dabei brutal mißhandelt hatte. Die Kämpfe dauerten einige Stunden an.³⁴ In Burnley griffen Ende Juni Jugendliche vor allem aus Bangladesch einen Treffpunkt der Rassisten an, nachdem ein Taxifahrer aus Bangladesch von Faschisten verprügelt wurde.³⁵ Als in Bradford am 7. Juli die faschistische National Front aufmarschieren wollte, machten ihnen rund 1000 antifaschistische Jugendliche vor allem aus Pakistan und Bangladesch ein Strich durch die Rechnung und griffen die Faschisten an. Auch die Polizei, die die Faschisten schützen wollte, wurde erfolgreich mit Steinen, Stöcken und Molotovcocktails angegriffen. Selbst die berittenen Polizisten wurden erfolgreich angegriffen. Insgesamt wurden 120 Polizisten verletzt.³⁶

Demonstrationen und Kämpfe in Algerien

Seit dem 18. April kommt es fast täglich zu Demonstrationen, Verkehrsblockaden mit brennenden Barrikaden und militanten Angriffen auf staatliche Gebäude und Polizeistationen. Auslöser war die Ermordung eines Jugendlichen auf einer Polizeiwache.

Mitte April kam es zu den ersten Demonstrationen und Protestaktionen in der Kabylei gegen das reaktionäre Regime in Algerien. In Bejaia versuchten die Demonstrantinnen und Demonstranten, die schwer bewachte Polizeipräfektur zu stürmen. Die Polizei setzte überall Wasserwerfer, Tränengas und Schußwaffen ein. So wurden allein im Bezirk Tizi Ouzou 23 Demonstrantinnen und Demonstranten von der Polizei ermordet.³⁷ Am 31. April, nach einer provozierenden Fernseh- und Radioansprache des Präsidenten, kam in Tizi Ouzou und Bejaia erneut zu Demonstrationen und Kämpfen mit der Polizei.³⁸

Am 21. Mai demonstrierten in verschiedenen Städten der Kabylei mehrere Hunderttausend, allein in Tizi Ouzou 500.000) gegen die staatliche Unterdrückung. Gleichzeitig wurde die gesamte Region durch einen Generalstreik lahmgelegt. Auch hier kam es wieder zu militanten Aktionen von mehreren hundert Jugendlichen gegen die reaktionäre Polizei.³⁹

Ende Mai kam es landesweit, auch über die Kabylei hinaus, zu militanten Angriffen auf staatliche Einrichtungen und die Polizei. Dabei wurden 6 Jugendliche ermordet.⁴⁰ Anfang Juni kam es in Vorstädten von Algier zu Kämpfen mit der Polizei. In den Vorstädten haben sich Komitees zusammengeschlossen und 5 Forderungen aufgestellt. U.a. „Solidarität mit den Kabylei“, die Bestrafung der Verantwortlichen für die Repression, die Umwandlung von Wohnraum für Privilegierte in Sozialwohnungen.⁴¹ Am 14. Juni demonstrierten in Algier 1,5 Millionen für den Rückzug der Gendarmerie aus der Kabylei und die Anerkennung der Berbersprache als zweite Amtssprache, gegen die Ermordung von 90 Menschen während der letzten 7 Wochen und für Demokratie und Freiheit. Doch schon kurz nach Beginn der Demonstration wurde ihr durch starke Polizeikräfte der Weg versperrt. Mehrere tausend Jugendliche griffen die Polizei mit Steinen, Flaschen, Stöcken und Eisenstangen an. Später wurde der Platz des 1. Mai von den Demonstrantinnen und Demonstranten mit bren-

nenden Barrikaden gegen die Polizei blockiert. Insgesamt wurden rund 500 Demonstrantinnen und Demonstranten verletzt. Doch trotz brutaler Repression und Demonstrationsverboten weitet sich der Widerstand gegen das reaktionäre Regime aus.⁴² Die Forderungen der Komitees, die die Demonstration in Algier organisierten, sind in drei Teile gegliedert.

1. Gegen den staatlichen Terror, die Schuldigen für die Verbrechen zur Verantwortung ziehen, Abzug der Gendarmerie aus der Kabylei
2. Forderungen nach demokratischen Rechten: Neben der Anerkennung der Berber-Sprache fordern sie die Abschaffung des reaktionären Familiengesetzes, Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Aufhebung des seit 1992 herrschenden Ausnahmezustands
3. Soziale und ökonomische Forderungen wie die Umwandlung von Wohnraum für Privilegierte in Sozialwohnungen, oder die Einführung eines Arbeitslosengeldes in Höhe von 50 Prozent des Mindestlohns.⁴³

Militante Kämpfe und Demonstrationen gegen EU-Gipfel in Göteborg

In Göteborg richteten sich die Demonstrationen und militanten Angriffe gegen den dort stattfindenden EU-Gipfel. Am 14. Juni kommt es am Vorabend zu einer Demonstration von 15.000. Nach dieser Demonstration kommt es zu ersten Kämpfen mit der Polizei. Am Freitag, dem 15. Juni, wurde einer Demonstration, die sich auf das Kongresszentrum zubewegte, in dem der EU-Gipfel stattfand, von der Polizei mit Hund und berittenen Einheiten gestoppt. Daraufhin kam es zu stundenlangen militanten Kämpfen gegen die Polizei und Angriffen gegen Geschäfte und Banken. Mittags errichtete die Polizei mit Schiffscontainern eine Mauer quer durch die Stadt. Am Abend kam es erneut zu Kämpfen mit der Polizei. Dabei werden drei Revolutionäre von der Polizei angeschossen und schwer verletzt. Am Samstag gab es dann nochmals eine Demonstration mit rund 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Insgesamt wurden 900 Demonstrantinnen und Demonstranten verhaftet. Von

der Polizei wurden auch die Infozentrale und eine Übernachtungsunterkunft gestürmt und dort über 200 Menschen verhaftet. Laut Angaben von Bundesinnenminister Schily waren auch deutsche Polizisten in Göteborg. Neben den Demonstrationen und militanten Aktionen gab es auch u.a. antirassistische Veranstaltungen.⁴⁴ Die Vertreter der imperialistischen Staaten, allen voran Schröder, Schily und Fischer, hetzten gegen die gerechten militanten Kämpfe. Bisher sind fast alle der 49 in Untersuchungshaft inhaftierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Protestaktionen aus Schweden, Deutschland und Dänemark in Schnellprozessen zu monatelangen bzw. jahrelangen Haftstrafen verurteilt worden.

Streiks in Südkorea

Am 4. Juni stürmten rund 3600 Polizisten mit Bulldozern und Hubschraubern eine bestreikte Fabrik in Ulsan. Die 500 Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihren für illegal erklärten Streik seit 12 Tagen führten, hatten zuvor die Fabrik verlassen und sich so einer Verhaftung entzogen. In der gesamten Stadt kam es nach der Erstürmung noch zu militanten Angriffen der Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Polizei. Auch vier Tage später bei einer Demonstration des Gewerkschaftsverbandes KCTU in Ulsan kam es erneut zu schweren Kämpfen mit der Polizei.⁴⁷

Am 19. Juni griffen rund 2000 Polizisten in voller Kampfmontur den Streik von rund 300 Bauarbeitern an und verhafteten alle. Am Abend des 19. Juni kam es aus Protest gegen die Regierung zu militanten Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Studentinnen und Studenten gegen die Polizei in Ulsan.⁴⁸ Der Streik begann bereits am 10. April für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, Bezahlung von Überstunden und für einen arbeitsfreien Sonntag. Bereits eine Woche zuvor wurde der Streik der Piloten der Korean Airlines durch die Verhaftung von vier Gewerkschaftsfunktionären gebrochen und die Betriebsbesetzung eines der größten Chemiebetriebe durch die Polizei beendet. Der reaktionäre koreanische Staat versucht, die immer wieder aufkommenden Streiks mit massiver Repression zu ersticken.⁴⁹

Der Kampf der demokratischen und revolutionären gefangenen in der Türkei geht weiter

Die Hungerstreik und verschärften Hungertreiks der Revolutionärinnen und Revolutionäre in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Regimes gehen weiter. Im Mai und Juni sind nun fünf weitere Gefangene an den Folgen des Hungerstreiks gestorben. Anfang Mai starben in Buca und Ankara je ein gefangener. Am 28. Mai starb Ugur Türkmén, am 17. Juni Veli Gunes sowie am 26. Juni Aysun Bozdagan. Etwa 250 Gefangene befinden sich weiter im Hungerstreik gegen die Isolationsgefängnisse nach dem Vorbild Stammheims in der Türkei. Über 250 Tag eghet nun schon der Hungerstreik, der am 20. Oktober 2000 begann... (jw 8.8, 29.5., 18.6., 28.6.2001, angehörigen Info 29.6.01)

Quellen:

1 Junge Welt (JW) 2./3./4.6.01 2 Frankfurter Rundschau (FR) 28. Juni 2001 3 JW 7.6.01 4 Jungle World 9.5.01 5 Aus der Erklärung von Black Students Organisation, SOS Struggle of Students, African Refugees Association, Initiative Schwarze Deutsche anlässlich einer ersten Demonstration am 20. Juli in Aschaffenburg. 6 FR 12./13.5.01 7 Antifaschistische Nachrichten (ANNA) 15/2001, Jungle World Nr. 22 8 ANNA Nr. 10 9 TAZ 26./27.5.01 10 JW 28.5.01 11 TAZ 2./3.6.01 12 FR 5.6.01 13 JW 14.6.01 14 FR 15.6.01 15 Jungle World Nr. 26, 20.6.01 16 TAZ 18.6.01 17 FR 25.6.01 18 Jungle World Nr. 29, 11.7.01 19 analyse & kritik Nr. 450, ANNA 10/01, Swing Nr. 107 20 JW 25.5.01, Interim Nr. 527 21 JW 21.5.01 22 Interim Nr. 527 23 Jungle World Nr. 25., 13.6.01 24 TAZ 18.6.01 25 JW 18.6.01 26 TAZ 19.6.01 27 JW 9.7.01 28 JW 16.7.01 29 TAZ 18.5.01 30 ANNA 11/01 31 JW 28.5.01 32 TAZ 28.5.01 33 FR 29.5.01 34 TAZ 7.6.01, FR 7.6.01 35 JW 26.6.01, JW 27.6.01 36 FR 9.7.01 37 Jungle World Nr. 19 38 TAZ 2.5.01 39 FR 22.5.01 40 TAZ 28.5.01 41 Jungle World Nr. 24 42 TAZ 15.6.01, FR 20.6.01, FR 16.6.01 43 Jungle World Nr. 26 44 Interim Nr. 529, TAZ 18.6.01, TAZ 5.7.01 45 FR 20.7.01, Rote Fahne 30/01 46 JW 20.7.01 47 JW 6.6.01, JW 13.6.01 48 JW 22.6.01 49 JW 21.6.01

2001 Juli–Aug.

Kriegseinsatz in Mazedonien

Der deutsche Imperialismus beschließt den Kriegseinsatz von deutschen Soldaten in Mazedonien. 500 schwerbewaffnete deutsche Soldaten sollen nach Mazedonien geschickt werden. Zur Zeit befinden sich in Bosnien, Kosova und Mazedonien rund 7.000 deutsche Soldaten. Die bürgerliche Presse wie hier „Die Welt“ (30.6.01) spricht schon recht offen aus, welchen Zweck der deutsche Imperialismus mit den Kampfeinsätzen in Mazedonien, Bosnien und Kosova verfolgt.

„Wenn demnächst auf die eine oder andere Weise Mazedonien noch dazu kommt, wird die gesamte Region ein unerklärtes Protektorat der europäischen Union sein. (...) Ja, der Balkan ist unser Hinterhof. Ja, wir haben dort Interessen, für die wir einstehen wollen. Ja, militärische Macht gehört in letzter Konsequenz eben doch zu den Mitteln, diese Interessen und Werte durchzusetzen.“ (24.8.01 FR, TAZ 3.6.01)

Staatlicher Rassismus gegen Roma

In Offenbach wurden unter Heranziehung fadenscheiniger Begründungen Sinti und Roma der Besuch des öffentlichen Freibades verboten. Dieses rassistische Verhalten der Schwimmbadbetreiber wird von SPD- und Grünen-Stadtverordneten unterstützt. In Bad

Hersfeld wurde bekannt, daß in mehreren Stadtteilen keine Wohnungen mehr an Sinti und Roma vermietet werden. In einer offiziellen Begründung heißt es folgendermaßen: „Im Magistrat besteht seit Jahren Einvernehmen, daß im Ortsbezirk Hohe Luft nur noch dann Mietverträge mit Sinti abgeschlossen werden, wenn die jeweils freie Wohnung bereits vorher von Sinti genutzt wurde.“ (JW 20.8.01) Ein weiteres Beispiel wie Antiziganismus und Antisemitismus von Staats wegen gedeckt werden ist der Freispruch für den Nazi Hermann Josef Reichertz. Das Landgericht Kempten hat den REP wegen seines beleidigenden Angriffs gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, freigesprochen. Reichertz nannte Friedmann einen „Zigeunerjuden“. Diese antisemitisch/antiziganistische Äußerung sei, so das Landgericht, von der freien Meinungsäußerung gedeckt. (FR 29.8.01)

Mörderischer staatlicher Rassismus

Am 16. Juli wurde N'DEYE Mareame SARR aus dem Senegal in Aschaffenburg von der Polizei erschossen.

„Der Ehemann, ein weißer Deutscher, hatte in der Nacht um 2.30 Uhr die Polizei gerufen, um seine Frau aus der Wohnung werfen zu lassen. Die Frau war in die Wohnung ihres Ehemanns gekommen, weil sie den zwei-

jährigen Sohn abholen wollte, der einige Tage bei seinem Vater verbracht hatte. Der Sohn war aber bei den Eltern des Ehemanns. Als die Polizei auftauchte und sofort Partei für den Ehemann ergriffen hatte, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den zwei Polizeibeamten und der 26-jährigen Frau. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung zog einer der beiden Polizisten seine Dienstwaffe und erschoss die Frau, die nach notärztlicher Versorgung vor Ort wenig später im Klinikum Aschaffenburg gestorben ist.“⁵

Nazi-Morde:

Am 14. August, eine Woche nach brutalen Mißhandlungen durch Messerstiche und schweren Brandverletzungen starb ein 59jähriger Mann in Halle an seinen Verletzungen. Drei Nazis hatten den Mann zuvor einen Tag lang gequält. (JW 15.8.01)

Einige Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

Am 1. Juli wurde in **Berlin** eine jüdische Gedenktafel von Nazis geschändet.¹⁸

Am 3. Juli wurden zwei Homosexuelle an einem See in **Berlin** von einer Gruppe Nazis überfallen, zusammengeschlagen und schwer verletzt. (Jungle World 18.7.01) Nazis schleuderten mindesten drei Molotow-Cocktails auf den Stellplatz von Roma in der brandenburgischen Kleinstadt **Wildau**. Lokalpolitiker begannen auch gleich nach dem Anschlag

von vermeintlichen „Clan-Streitigkeiten“ zu schwafeln. (FR 20.8.01, Jungle World 8.8.01) In Langenhagen schlug ein Nazi in der Nacht zum 12 Juli mit einer Holzlatte auf einen 18jährigen Ukrainer in **Langenhagen** ein und verletzte ihn. (JW 25.07.01) Am 13. Juli griffen in Minden zwei 15-bzw. 16 jährige Nazis zwei Männer aus Afrika an. (Jungle World 25.7.01) In **Kassel** haben fünf Nazis zwei junge Männer aus Eritrea angegriffen und einen von ihnen durch einen Messerstich in den Unterarm verletzt. Andere Jugendliche kamen den Angegriffenen zur Hilfe. (Taz 4.8.01)

In **Ebern (Oberfranken)** überfielen zwei Nazis einen Behinderten und schlugen auf seinen Kopf ein, bis er per handy Hilfe verständigen konnte. (JW 7.8.01)

Nach dem Angriff zweier Nazis auf zwei Studenten aus Sudan in **Leipzig**, wurden die Nazis gleich wieder von der Polizei frei gelassen. (FR 9.8.01)

In Rathenow wurden zwei Antifaschisten von Nazis mit dem Auto durch die Stadt gehetzt, überfallen und verletzt. (FR 9.8.01) In **Regensburg** wurden bei einem Nazi-Angriff zwei Flüchtlinge aus Jordanien und dem Irak mit Messerstichen verletzt. (Jw 20.8.01) Rund 800 Nazis konnten erstmals seit 10 Jahren wieder in **Wunsiedel** ihren „Hess-Marsch“ mit dem Segen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und unter dem Schutz der Polizei durchführen. (FR 20.8.01) Am 4. August wurde auf den Infoladen in Trier ein

Nazi-Brandanschlag verübt und einigen Schaden angerichtet. (Angehörigen Info 24.8.01)

Antifaschistische Aktionen

Juli: Der Aufmarsch von rund 120 Nazis in **Gevelsberg** wurde von Antifaschistinnen und Antifaschisten mehrmals gestört und angegriffen. Dabei wurde auch ein Kleinbus mit Nazis angegriffen.²⁷

In **Neubrandenburg** konnten am 14. Juli die rund 100 Nazis auch nur mit brutalem Einsatz der Polizei ihren Marsch durchsetzen. Aus einer Demonstration von 1500 Menschen setzten sich etwa 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten an einer Straßenkreuzung ab, um den Weg der Nazis zu blockieren. Diese Blockade wurde von der Polizei nach einer Stunde mit Wasserwerfern und Knüppelinsatz geräumt.²⁸

In Jena verhindern Antifaschistinnen und Antifaschisten mit energischem Auftreten eine Mahnwache der NPD unter dem Motto „Stoppt das Morden in Palastina“. Die Nazis mußten unter Schutz der Polizei die Flucht zur Nächsten Straßenbahn antreten. (Antifaschistische Nachrichten 17/2001)

Schulstreik sorbischer Familien für den Erhalt des Unterrichts in sorbischer Sprache

In Crostwitz organisierten Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie

pensionierte Lehrer/innen einen Schulstreik. Sie protestieren damit gegen die Schließung von immer mehr sorbischen schulen. Nur in den sorbischen Schulen wird auch in ihrer Sprache unterrichtet. pensionierte Lehrerinnen und Lehrer führen in der offiziell geschlossenen Schule den Unterricht in sorbsicher Sprache weiter. Ein Woche später ruft der Bund der Lausitzer Sorben alle Schüler der noch 7 sorbischen Schulen zum Streik aufgerufen. In Sachsen und Brandenburg leben zur Zeit etwa 60.000 Sorben, denen zwar formal über die Landesverfassungen Rechte als nationale Minderheit zuerkannt werden, aber offiziell an immer mehr Stellen Gelder gestrichen werden. (FR 15.8.01, JW 28.8.01)

Der Kampf der hungerstreikenden, Gefangenen in den Gefängnissen der Türkei geht weiter!

Die revolutionären und demokratischen Gefangenen setzten ihre Kampf gegen die Isolationshaftbedingungen mit den verschiedensten formen des Hungerstreiks weiter fort. Im Hungerstreik sind folgende Kämpferinnen und Kämpfer gestorben: **Zehra Kulaksiz**, ein 28 jähriger aus dem Gefängnis von Izmir, **Osman Osmannagaoglu**, **Ali Koc** (FR 2.7.01, FR 4.8.01, FR 15.8.01, JW 10.7.01)

Militante antirassistische Kämpfe in England

Auch im Juli setzten sich die faschistischen Angriffe auf Menschen aus Asien in England fort (Siehe Pressespiegel von Mai/Juni 2001). Aber auch der militante Widerstand ging weiter. Als in **Bradford** am 7. Juli die faschistische National Front aufmarschieren wollte, machten ihnen rund 1000 antifaschistische Jugendliche vor allem aus Pakistan und Bangladesch ein Strich durch die Rechnung und griffen die Faschisten an. Auch die Polizei, die die Faschisten schützen wollte, wurde erfolgreich mit Steinen, Stöcken und Molotov-Cocktails angegriffen. Selbst die berittenen Polizisten wurden erfolgreich angegriffen. Insgesamt wurden 120 Polizisten verletzt.³⁶

Streiks in Argentinien

In den letzten 19 Monaten gab es in Argentinien schon 6 große Generalstreiks, die große Teile des Landes lahm legten. Die Streiks und Massendemonstrationen richten sich gegen Massenentlassungen, Lohn und Rentenkürzungen. Der IWF fordert diese Kürzungen als angebliche Notwendigkeit für weitere Kredite ein. Bei den Streiks wurden landesweit auch vermehrt Straßen blockiert. Die Komitees der Streik- und Barrikadeposten haben seit Jahresbeginn 350 Mal Überlandstraßen

und die Zufahrten zu den Städten blockiert.³⁵ Bereits am 19. Juli, einen Tag vor dem großen Generalstreik in Argentinien, streikten 1,5 Millionen Beschäftigte der staatlichen Banken, Schulen, Krankenhäuser gegen die staatlichen Sparpolitik.³⁶

Guerillakampf in Nepal

In Nepal gehen die Kämpfe der Revolutionärinnen und Revolutionäre gegen das reaktionäre Regime unvermindert weiter. nachdem bei Angriffen auf zwei Polizeistationen am 9. und 12. Juli über 70 Polizisten als Geiseln genommen wurden kam es zu größeren Gefechten. erstmals seit 5 Jahren wurde die Armee im Kampf gegen die Guerilla eingesetzt. Ende Juli griff die Guerilla mehrere Polizeistationen und Patrouillen an. 250 Kämpferinnen und Kämpfer griffen die Polizeistation mit Bomben an. In mindestens 4 von 75 Distrikten haben die Guerilla eine parallele Regierung aufgebaut.(Taz 16.7.01, JW 23.7.01, JW 24.7., TAZ 25.7.01)

Abschiebeterror mit PDS

Beteiligung:

Von Oktober 2000 bis April 2001 wurden sind 219 Flüchtlinge von Mecklenburg-Vorpommern abgeschoben worden. Damit sind im Zeitraum der Regierungsbeteiligung der PDS bereits 960 Menschen nach der Ablehnung ihres

Asylantrages abgeschoben worden.“ (Jungle World 25.7.01)

Quellen:

1 Junge Welt (JW) 2./3./4.6.01 2 Frankfurter Rundschau (FR) 28.Juni 2001 3 JW 7.6.01 4 Jungle World 9.5.01 5 Aus der Erklärung von Black Students Organisation, SOS Struggle of Students, African Refugees Association, Initiative Schwarze Deutsche anlässlich einer ersten Demonstration am 20. Juli in Aschaffenburg. 6 FR 12./13.5.01 7 Antifaschistische Nachrichten (ANNA) 15/2001, Jungle World Nr. 22 8 ANNA Nr. 10 9 TAZ 26./27.5.01 10 JW 28.5.01 11 TAZ 2./3.6.01 12 FR 5.6.01 13 JW 14.6.01 14 FR 15.6.01 15 Jungle World Nr. 26, 20.6.01 16 TAZ 18.6.01 17 FR 25.6.01 18 Jungle World Nr. 29, 11.7.01 19 analyse & kritik Nr. 450, ANNA 10/01, Swing Nr. 107 20 JW 25.5.01, Interim Nr. 527 21 JW 21.5.01 22 Interim Nr. 527 23 Jungle World Nr. 25., 13.6.01 24 TAZ 18.6.01 25 JW 18.6.01 26 TAZ 19.6.01 27 JW 9.7.01 28 JW 16.7.01 29 TAZ 18.5.01 30 ANNA 11/01 31 JW 28.5.01 32 TAZ 28.5.01 33 FR 29.5.01 34 TAZ 7.6.01, FR 7.6.01 35 JW 26.6.01, JW27.6.01 36 FR 9.7.01 37 Jungle World Nr. 19 38 TAZ 2.5.01 39 FR 22.5.01 40 TAZ 28.5.01 41 Jungle World Nr. 24 42 TAZ 15.6.01, FR 20.6.01, FR 16.6.01 43 Jungle World Nr. 26 44 Interim Nr. 529, TAZ 18.6.01, TAZ 5.7.01 45 FR 20.7.01, Rote Fahne 30/01 46 JW 20.7.01 47 JW 6.6.01, JW 13.6.01 48 JW 22.6.01 49 JW 21.6.01

2001 Sept.–Okt.

Deutscher Imperialismus bereitet militärischen Vormarsch vor

Den Anschlag vom 11. September und den so genannten „Kampf gegen den Terrorismus“ nahm und nimmt der deutsche Imperialismus zum Vorwand, sein militärisches Eingreifen weltweit zu forcieren:

Die politischen Vertreter des deutschen Imperialismus legten sich schwer ins Zeug, um sich für alle anstehenden militärischen Einsätze anzubieten: Schröder: *„Wir verteidigen unsere Art zu leben und das ist unser gutes Recht. (...) Wir leisten zur Zeit nicht das, was wir leisten können.“* (FR 17.10.02) *„Dabei sollten wir nicht glauben, dass die bislang von uns geleistete Unterstützung schon alles wäre, was wir in diesem Kampf einbringen können.“* (FR 19.10.01)

Am 16. Oktober bereits ließ Bundeskanzler Schröder verlauten, dass Deutschland *„schon in Kürze umfangreichere, auch militärische Hilfen leisten müsse als uns bisher abgefordert wurden.“* (FR 17.10.01)

Die Perspektive wird von Kriegsminister Scharping für die nächsten Jahre vorgegeben:

„Das deutsche Heer muss sich künftig voll auf die immer vielfältiger und anspruchsvoller werdenden Einsatzerfordernisse konzentrieren

können und von anderen Aufgaben entlastet werden.“ (JW 2.10.01)

Deutscher Imperialismus in Mazedonien

Ende September übernahm der deutsche Imperialismus die Führungsrolle für den NATO-Militäreinsatz in Mazedonien. 700 Soldaten wurden unter dem Vorwand des Schutzes von OSZE-Beobachtern in Mazedonien stationiert, davon allein 600 deutsche Soldaten. 300 weitere Soldaten können in bestimmten Fällen nach Mazedonien geschickt werden. (FR 28.9.01)

Allseitiger Vormarsch des deutschen Militarismus

Das erste Mal seit 1992 wird der Bundeswehretat für 2002 um über 50 Milliarden Mark aufgestockt. Möglich wird dies durch einen Kooperationsvertrag von Wirtschaft und Bundeswehr, wodurch jährlich 3 Milliarden Mark mehr zur Verfügung stehen. (JW 27.10.01) Im Rahmen des so genannten Anti-Terror-Programms sollen neue Schützenpanzer angeschafft werden und Spionagemittel verstärkt werden. Dazu stehen 1,5 Milliarden zusätzlich zur Verfügung. (JW 26.1.01)

Die Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG hat mit dem Kauf einer schwedischen und einer griechischen Marinewerft ihre Vormachtsstellung für konventionelle U-Boote ausgebaut. Der

Versuch, mit dem Kauf einer australischen Werft im Pazifikraum Fuß zu fassen, wurde durch US-amerikanische Konkurrenten verhindert. Weitere Beteiligungen an U-Boot-Werften sind in Spanien und Portugal geplant. (JW 26.0.01) Um die Stärke des deutschen Imperialismus zu zeigen, entsandte die deutsche Marine einen gesamten Flottenverband zur Internationalen Waffenschau in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten. In einer Presseerklärung des parlamentarischen Staatssekretärs des Kriegsministeriums Walter Kolbow hieß es: *„Zur Unterstützung der deutschen Interessen und zur Demonstration industrieller Leistungsfähigkeit wurde auch in den Vorjahren jeweils ein Flottenverband der deutschen Marine nach Abu Dhabi entsandt. (...) Während der Teilnahme an der IDEX 2001 sollen neben der Möglichkeit, die Schiffe zu besichtigen, auch zwei Präsentationen in See durchgeführt werden.“* (JW 22.9.01)

Ausbau des Überwachungsstaates und Repression nach innen

Aber nicht nur nach Außen ist der deutsche Imperialismus im Vormarsch. Vor allem für eine verschärfte staatliche Faschisierung dient der Anschlag vom 11.9. als Vorwand. Für die Verstärkung von Bundeswehr, Geheimdiensten und anderen Sicherheitsbehörden wurden 3 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt.

Personal von Flughäfen und Fluggesellschaften soll intensiver überprüft werden, was neben Abfragen bei Polizei und Verfassungsschutz auch die Anforderung von Informationen bei weiteren Geheimdiensten und beim Ausländerzentralregister betrifft. (FR 20.9.01)

Bundesweit werden **Rasterfahndungen** nach „jüngeren Männern muslimischen Glaubens“, die u.a. sich „in Deutschland legal aufhalten“, studieren etc, gestartet (FR 22.9.01) Der Repressionsparagraph 129 wird um den Passus **129 b** erweitert, der das Verbot und die Verfolgung von internationalen Befreiungsbewegungen ermöglicht. Zusätzlich sollen neue Ausweise mit Fingerabdrücken versehen werden. (FR 15.10.01) Ganz in der Tradition der pseudowissenschaftlichen **Nazi-Körpervermessungen** sollen sogar **Hand- und Gesichtsgeometrie-Daten** in den neuen Pässen festgehalten werden. **Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter in privaten wie öffentlichen Einrichtungen**, die als lebens- und verteidigungswichtig eingestuft werden, **sollen geheimdienstlich ausspioniert und überwacht werden.** Beispiel sind: Energie- und Wasserbetriebe, Pharma-Firmen, Klinken, Banken, Telekommunikation, Bahn, Post, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Flughäfen. Eine **Vielzahl der Gesetzesverschärfungen richtet sich gegen Flüchtlinge und Menschen aus**

anderen Ländern. So soll der Abschiebeschutz bei einem sogenannten „Terrorismusverdacht“ eingeschränkt werden. (FR 16.10.01) **(Siehe auch Flugblatt 10/11-2001 von Gegen die Strömung**

Repression gegen kritische Stimmen

• Der **Siegener** Lehrer Bernhard Nolz äußerte sich als Redner auf einer Kundgebung gegen den Krieg gegen Afghanistan. Mit dem Vorwand des Antiamerikanismus und Billigung von Straftaten wurde Nolz vom Dienst suspendiert. In einer Kampagne von regionalen Politikern und BILD-Zeitung wurde gegen den Lehrer gehetzt. Staatsanwaltschaft und Staatsschutz begannen daraufhin Ermittlungen. (JW 27.10.01)

- An **Berliner** Schulen wurde Schülerinnen und Schülern mit Androhung und Erteilung von Verweisen, Eintrag von unentschuldigtem Fehlen, schlechten Noten gedroht, falls sie sich an einer Antikriegsdemonstration während der Unterrichtszeit beteiligen würden. (JW 13.10.01)

- In **Lüdenscheid** wurde dem Arbeiter Metin Serefoglu nach seiner Weigerung an einer Gedenkminute für die so genannten „Opfer der Terroranschläge vom 11. September“ teilzunehmen, fristlos entlassen. Der Betriebsrat hatte der fristlosen Kündigung ohne Anhörung

von Metin Serefoglu bereits drei Stunden nach der Schweigeminute zugestimmt. Von der Gewerkschaft IG Metall hat er auch keine Unterstützung zu erwarten, da der Betriebsratsvorsitzende bei der Firma Kostal zugleich zweiter Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle in Lüdenscheid ist. (JW 17.10.01)

Nazi-Mord an Arthur Lampel in Bräunlingen

Der 20-jährige **Arthur Lampel**, „Aussiedler“ aus Rußland, wurde am 9. September von einem stadtbekanntem Nazi auf einem Vereinsfest mit einem Bierkrug so schwer an der Halsschlagader verletzt, daß er bald darauf verblutete. Ein nazistischer Hintergrund wird von Polizei und Staatsanwaltschaft wie auch in ähnlichen Fällen geleugnet. (FR 5.10.01, Südkurier 10.9.2001)

Nazi-Morde werden weiter vertuscht

Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung gab es in den Jahren nach der Einverleibung der DDR lediglich 38 Nazi-Morde. Doch selbst die Recherchen der bürgerlichen Zeitungen Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel belegen 97 Opfer von Nazi-Angriffen. (FR 22.10.01)

So werden laut Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel mittlerweile folgende Nazi-Morde aufgeführt, die teilweise jetzt bekannt wurden bzw. wo die Namen der Opfer erst jetzt bekannt wurden.

• Am 9. August 2001 wurde der **61-jährige Obdachlose Dieter Manzek** in Dahlewitz von fünf Jugendlichen, die teilweise aus der örtlichen Naziszene stammten, in einem leerstehenden Gartenhaus erschlagen. Als „Begründung“ für den Mord, sagten sie aus, dass sie sich gestört fühlten und für Ordnung sorgen wollten.

• In Wittenberge wurde am 9. August 2001 **Dieter H.** in seiner Wohnung von zwei Nazis zu Tode geprügelt.

• In Witten wurde **Frank Hackert** am 9. Juli 2001 von einem Paar aus der so genannten „Satanisten Szene“ bestialisch ermordet. Von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegen wird, daß Daniel R. wegen Verwendung von Nazi-Symbolen aufgefallen ist und 1998 für die NPD als Wahlhelfer tätig war.

• In der Nacht zum 22. April 2001 wird an einem See bei Jarmen (Mecklenburg-Vorpommern) der **31-jährige Mann aus Algerien Mohammed Belhadj** erschlagen.

• Am 26. März 2001 wird der **51-jährige Fred Blanke** in Grimmen von zwei örtlich bekannten Nazis mit Faustschlägen, Tritten und Schlägen mit Stuhlbeinen ermordet.

• In der Nacht vom 24. zum 25. März wird der **38-jährige Willi W.** in Milzau

von einer Gruppe von Nazis vor einer Diskothek zusammengeschlagen. Drei Tage später stirbt er an den schweren Verletzungen.

• Am 12. September 2000 wird der **Obdachlose Malte Lerch** von zwei Nazis in Schleswig Holstein ermordet, da der 45-jährige Obdachlose „schlecht über die Skinheadszene“ gesprochen habe.

Am 29. April 2000 wird der **60jährige Helmut Sackers** in Halberstadt erstochen. Bei dem Nazi Andreas P. wurden Dutzende Nazi-Propagandahefte und Nazi-Musik CDs gefunden. In erster Instanz wurde der Nazi im November wegen „Notwehr“ vom Vorwurf der Körperverletzung mit Todesfolge freigesprochen, da er behauptet hatte, dass der Rentner ihn angegriffen habe.

• In der Nacht zum 4. November 2000 stirbt der **42jährige Belaid Baylal** an den Spätfolgen eines Nazi-Angriffs vor 7 Jahren. Der Flüchtling aus Marokko wurde am 8. Mai 1993 in Belgien von zwei Nazis schwer verletzt.

• Am 23. September 1997 wird der **Obdachlose Erich Fisk** von mehreren Nazis brutal zusammengeschlagen. Ein knappes Jahr später stirbt er an den Kopfverletzungen, ohne aus dem Koma aufzuwachen.

- In Wolgast wird der **22-jährige Boris Morawek** am 11.7.1996 von zwei Nazis brutal zusammengeschlagen. Als Gründe geben die beiden Nazis an, dass Boris Morawek angeblich ein kleines Mädchen vergewaltigt haben soll. Zwei Tage später

stirbt er aufgrund der schweren Kopfverletzungen. Einer der beiden Nazis, der zu 8 Jahren Jugendhaft verurteilt wird, nimmt im Gefängnis mit der Nazi-Band „Staatssturm“ Lieder auf und kann auch von dort ungestört Interviews in Nazi-Zeitschriften geben. (FR 5.10.2001)

Streiflichter des alltäglichen Naziterrors

Am 28. August zogen rund 30 Bundeswehrsoldaten in Hannover durch die Innenstadt, riefen Naziparolen und sangen Nazilieder. (Jungle World 5.9.01)

Am 8. September marschierten unter Führung der NPD rund 2000 Nazis auf. (FR 10.9.01)

Am 1. September griff eine Gruppe von Nazis im Zug von **Naumburg nach Jena** einen Mann aus Somalia an und verletzten ihn. Weder der Schaffner noch BGSler griffen ein. Die Nazis konnten zunächst unbehelligt abziehen während die Polizei die Personalien des Opfers und der Zeugen aufnahm. (Jungle World 12.9.01)

Auch die sicherlich noch geschönten offiziellen Zahlen über Naziverbrechen geben einen Einblick in den alltäglichen Naziterror. In den ersten **7 Monaten 2001 wurden offiziell 8194 Nazi-Verbrechen** erfasst. Davon **456 sogenannte „Gewalttaten“**, wobei zwei Drittel in den westdeutschen Bundesländern stattfanden. Wie schon nicht anders zu erwarten gab es offiziell

keine Morde von Nazis, trotz mindestens 7 bekannter Nazi-Morde. Im August gab es erneut eine Steigerung von 20% bei den offiziell registrierten Nazi-Verbrechen, insgesamt 578. Vor allem die Angriffe auf Menschen stiegen um 60%. Allein 29 Menschen, vor allem Flüchtlinge und Menschen aus anderen Ländern wurden angegriffen – viele wurden zum Teil schwer verletzt. (ANNA 13.9.01, 11.10.2001)

In **Regensburg** überfielen sieben Nazis einen Mann aus dem Irak und verletzten ihn. (taz 24.9.01)

Am 18. September in **Fiegenstall (Bayern)** haben mehrere Nazis an einem 11. jährigen Jungen aus Polen eine Scheinexekution begangen. Sie legten ihm ein Seil um den Hals und drohten ihm damit zu erhängen. (Jungle World 26.9.01) Am 15. September wurden drei Männer aus der Türkei an einem Dönerstand von drei Nazis angegriffen und geschlagen. Die Polizei kam erst eine Stunde später und nahm als erstes eine Anzeige der Nazis gegen die Männer aus der Türkei auf, die sich gegen den Angriff zur Wehr setzten. (FR 26.9.01) Am 15. September wurde in **Detmold** ein 20jähriger Jugendlicher unter den Rufen von „Juden Raus“ und „Zecken raus“ mit Holzlatten brutal zusammengeschlagen, der zuvor im Kulturzentrum Alte Pauline war. (Jungle World 26.9.01) In der Nacht zum 23. sowie zum 30. September wurde ein Mann aus der Türkei von mehreren Nazis überfallen. Auf einer Nazi-

Internetseite wurde seit Monaten gegen den Mann gehetzt, da er vor 8 Monaten in **München** einem von Nazis angegriffenen Griechen zur Hilfe kam. (Jungle World 2.10.01, 10.10.01)

Am 7. Oktober griffen 30 mit Baseballschlägern bewaffnete Nazis das linke Jugendzentrum Glad House in **Cottbus** an. (jw 8.10.01) In der Nacht zum 9. Oktober griffen mit rassistischen Beschimpfungen 5 Nazis drei Männer aus dem Irak in **Carnitz** an. Die Männer aus dem Irak setzten sich mit Holzlatten erfolgreich zur Wehr und wurden von der später anrückend Polizei festgenommen. (Jungle World 17.10.01)

Am 18. Oktober wurden zwei Flüchtlinge aus **China** von zwei Nazis zusammengeschlagen. Einer der beiden Flüchtlinge erlitt einen Schädelbasisbruch. (Jungle World 24.10.01) In **Flauen** verübten Nazis einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. (FR 23.10.01)

Anti-Nazi-Kämpfe

Antinazistinnen und Antinazisten stoppen in **Leipzig** den Aufmarsch von rund 1200 Nazis durch Sitzblockaden und Barrikaden und erzwingen seine Auflösung. Die Polizei, die die Nazis schützte, wurde von kleinen Gruppen immer wieder mit Steinen angegriffen. Müllcontainer wurden angezündet. Aber auch der Aufmarsch der Nazis wurde direkt mit Steinen attackiert. Die Polizei

setzte Wasserwerfer und Knüppel gegen die Antinazistinnen und Antinazisten ein. Insgesamt wurden 61 Festnahmen offiziell gemeldet, davon wohl die meisten Antinazist-innen und Antinazisten. (Leipziger Volkszeitung 3.9.01, Neues Deutschland 3.9.01,)

In **Köln** demonstrierten am 8. September 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen eine angekündigte Demonstration der Nazis. (JW 10.9.01)

Am 29. September demonstrierten 2500 auf einer offiziellen Protestkundgebung gegen die alljährliche Versammlung der nazistischen DVU in **Passau**. Rund 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten machten ihre eigene Demonstration. (Antifaschistische Nachrichten 11.10.01) In **Berlin** demonstrierten Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen eine Aufmarsch von 900 Nazis. Die Nazis zogen durch Berlin unter dem Motto „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“. Rund 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten erreichten durch eine Blockade die Umleitung des Nazi-Aufmarschs. (JW 4.10.01)

In **Altenkirchen (Westerwald)** demonstrierten am 29. September rund 1200 Menschen gegen einen Aufmarsch von rund 120 Nazis der NPD. Für kurze Zeit konnte der Nazi-Aufmarsch durch eine Sitzblockade jugendlicher Antifaschistinnen und Antifaschisten gestoppt wurde. (Politische Berichte 12.10.01) Am 27. Oktober wurden in

mehreren Städten Nazi-Aufmärsche erfolgreich gestört.

In **Nürnberg** verhindern 3000 Antifaschistinnen und Antifaschisten mit einer Blockade der Demoroute der Nazis den Aufmarsch von 350 NPD-Nazis. In **Heidelberg** wurden 2000 Antinazistinnen und Antinazisten, die einen Marsch der Jungen Nationaldemokraten verhindern wollten, massiv von der Polizei angegriffen. In **Oldenburg** wurde der Aufmarsch von 80 Nazis durch das entschlossene Auftreten von 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten abgefangen und aufgelöst. (JW 29.0.01)

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Am 3. September demonstrierten rund 300 Roma sowie einige Unterstützerinnen und Unterstützer in **Herne** für ein Bleiberecht und gegen ihre drohende Abschiebung nach Jugoslawien. (Politische Berichte 13.9.01) Am 22. September demonstrierten in **Köln** 300 Antirassistinnen und Antirassisten gegen die rassistischen Kontrollen des BGS im Kölner Hauptbahnhof. (JW 27.9.01) Unter dem Motto „Stoppt Schily“ demonstrierten in **Berlin** am 29. September 3500 Flüchtlinge und antirassistische Unterstützerguppen gegen den staatlichen Rassismus. (JW 1.10.01)

Am 3. Oktober demonstrierten 1200 Antirassistinnen und Antirassisten für die Abschaffung aller Abschiebegefängnisse vor dem Abschiebegefängnis in **Büren**. (JW 5.10.01)

Aktionen und demonstationen gegen den Aggressionskriegs gegen Afghanistan

Am 19. September demonstrierten in **Berlin** rund 600 Schülerinnen und Schüler gegen den drohenden Krieg. (JW 20.9.01) Am 23. September demonstrierten in **Potsdam** 200 Menschen gegen den Krieg. (JW 24.9.01) In **Berlin** demonstrierten am 22. September 5000 Kriegsgegner. (JW 24.9.01) In **Kassel** protestierten am 6. Oktober 200 Menschen gegen einen drohenden Krieg gegen Afghanistan. (FR 8.10.01) In **Frankfurt/Main** demonstrierten am 29. September ebenfalls 2000 Menschen gegen den Krieg. (Rote Fahne 5.10.01) Am 8. Oktober demonstrierten in **Berlin** am Morgen Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg. Obwohl Schulbehörden und Schulsenator diese Demonstration während der Unterrichtszeit verboten hatten, beteiligten sich 3000 Schülerinnen und Schüler an der Aktion. Am gleichen Abend beteiligten sich erneut 3000 Menschen in **Berlin** an einer Anti-Kriegs-Demonstration (FR 9.10.01)

Am 13. Oktober demonstrierten in **Berlin** und **Stuttgart** auf Großkundgebungen 45000 Menschen gegen den Krieg.

In **Berlin** kamen 30.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner zusammen. Der Versuch von Nazis mit einem Transparent aufzutreten wurde durch die Aktion eines Antifaschisten, der das Transparent zerriß, verhindert. In **Stuttgart** protestierten 15000 gegen den Krieg. (FR 15.10.01) In **Wiesbaden** demonstrierten rund 500 Schülerinnen und Schüler am 19. Oktober ebenfalls gegen den Krieg. (JW 20.10.01)

Internationale Proteste gegen den imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan

Am 22. September protestierten in **London** 3000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, im belgischen **Lüttich** waren es 1000 Menschen, die gegen den Krieg demonstrierten. In **Seattle** beteiligten sich 100 und in **Los Angeles** 500 Kriegsgegnerinnen und Gegner an Demonstrationen. **Bis zu Anfang Oktober gab es in 40 Ländern 182 Aktionen und Demonstrationen mit insgesamt mehr als 285.000 Beteiligten.** In den **USA** demonstrierten **Studentinnen und Studenten an 135 Universitäten.** Am 29. September fand in **Washington DC** mit 25.000 Menschen, die größte Aktion in den USA statt. Diese Demonstration fand unter

dem Motto „act now - stop war - end racism“ (Handelt jetzt, stoppt den krieg, Schluß mit Rassismus“ statt. In **San Francisco** demonstrierten ebenfalls am 29. September 10.000 Menschen gegen den Krieg. In **Rom** beteiligten sich 100.000, in **Neapel** 30.000, in **Barcelona** 10.000 und in **Paris** 6.000 Menschen an Anti-Kriegs-Demonstrationen. Weitere Anti-Kriegs-Aktionen gab es in der **Türkei, Israel, Japan, Malaysia, Australien und Pakistan.** (Rote Fahne 5.10.01) Am 27. September demonstrierten bereits 20.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner in **Neapel** und 3000 in **Athen.** (FR 2.9.01) In den USA fanden in mehreren Städten am 8. Oktober Protestaktionen statt, u.a. in **Baltimore, Boston, Chicago, Los Angeles, Philadelphia, San Francisco, Washington und New York.** Am 8. Oktober gab es auch in mehreren griechischen Städten starke Anti-Kriegsdemonstrationen. In **Athen** zogen mehrere tausend Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner vor die us-amerikanische Botschaft, Aber auch in **Thessaloniki, Larissa, Patra, Ioannina, Klamata, Korfu, Atar, Kardista und vielen weiteren Städten** fanden Aktionen statt. In **Helsinki** beteiligten sich etwa 1000 Menschen bei einer Demonstration vor die britische und us-amerikanische Botschaft. Weitere Protestaktionen gab es in **Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Spanien und Großbritannien.** (JW

10.10.01) Am 3. Oktober folgten in **Bern** etwa 4000 Menschen dem Aufruf eines Anti-Kriegsbündnisses.. In **Göteborg** demonstrierten 2500 und in **Malmö** 1000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner. (JW 15.0.01) In **Faslane in Schottland** versuchten 500 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner den Hafen der britischen Atom-U-Boote zu blockieren. Die Polizei nahm 150 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen fest. (Jw 23.10.) Bei einer Demonstration am 26. Oktober in **Hartford/Conneticut** von 300 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern wurden 17 von ihnen von der Polizei verhaftet. (27.0.01) Am 28. Oktober beteiligten sich mehrere Hundert Menschen an Antikriegsaktionen in **St. Paul, Los Angeles, New York und Portland.**

Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen VW in Mexiko.

Der Streik für eine deutliche Lohnerhöhung begann am 18. August im VW Werk in **Puebla.** Am 28. August lehnten die 12.300 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter das Angebot von VW von 10,2 Prozent Lohnerhöhung mit einer Mehrheit von 97 Prozent ab. Die Gewerkschaftsführung, die zeitweise versuchte Kompromisse einzugehen wurde auf der Streikversammlung mit Pfiffen und Rufen für einen harten Streikkampf kritisiert. Die Gewerkschaften

forderten, durch den Druck der Mitglieder gezwungen, 19 Prozent Lohnerhöhung. (JW 1.09.01) Nach zweieinhalb Wochen Streik konnte eine Lohnerhöhung von 14,7 Prozent erreicht werden. Neben dem Streik gab es Aktionen wo Arbeiterinnen und Arbeiter von VW gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen des Telefonskonzerns **Telmex** gemeinsam das Arbeitsministerium blockierten. Der VW-Konzern droht nun mit Entlassungen und Investitionskürzungen. (JW 11.9.01)

Der Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

Ende August starb eine Frau, die aus Solidarität mit ihrem gefangenen Bruder, ebenfalls in den Hungerstreik getreten war. (JW 1.9.01) Am 9. September starb eine Hungerstreikende, die auch nach ihrer Entlassung aus der Haft ihren Hungerstreik fortgesetzt hatte. (FR 10.9.01) Ebenfalls starb eine bereits aus der Haft Entlassener an den Folgen des Hungerstreiks am 14. September in **Istanbul.** Der Hungerstreikende **Ibrahim Erler** starb am 19. September an seinen Verletzungen, nachdem er sich in seiner Gefängniszelle aus Protest selbst angezündet hatte. (FR 20.9.01) In der Nacht zum 20. September starb ein weiterer Teilnehmer der

Solidaritätshungerstreiks außerhalb der Gefängnismauern. (FR 21.9.01) Am 27. September starben **Ayse Bastimir** und **Ozlem Durakkan** an den Folgen des Hungerstreiks. (JW 29.9.01) Am 18. Oktober starb **Ali Ekber Baris** in einem Krankenhaus in Izmit. Er war das bis dahin 41. Todesopfer des Hungerstreik, der sich gegen die Abschaffung der Isolationshaft nach dem Vorbild des Stammheim-Modells des deutschen Imperialismus richtet. (JW 19.10.01)

Das wahre Gesicht der PDS:

Vorsitzender der PDS- Landtagsfraktion Sachsens Peter Porsch hetzt gegen antifaschistische Demonstration

Peter Porsch, Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion Sachsens, erklärte am 3. September, nach dem Antifaschistinnen und Antifaschisten durch offensives und militantes Vorgehen einen Nazi-Aufmarsch in Leipzig bereits nach 500 Metern gestoppt hatten: „Kriegerische Sprüche und Krawall“ seien das „Gegenteil linker Politik“. Wer „anderen den krieg“ erkläre, brauch sich „nicht zu wundern, wenn ihm Gewalt entgegengesetzt wird.“ (JW 4.9.01)

Gysi plädiert für militärische Aktionen „gegen Terrorismus“

Der PDS- Politiker und mittlerweile Minister im Berliner Senat, plädierte für

militärische Angriffe im Name der sogenannten „Terrorismus-Kampagne“: „Sollten sich Länder jedoch weigern, die für die Anschläge Verantwortlichen auszuliefern, dann halte ich in der Tat begrenzte militärische Aktionen für statthaft.“ (FR 17.9.01)

PDS Thüringen distanziert sich von Aufruf für eine antifa-schistische Demonstration

Nach dem der innenpolitische Sprecher der PDS im Landtag Thüringens am 10. September eine Demonstration unter dem Motto „Es gibt tausend Gründe Deutschland zu hassen“ angemeldet hatte, wurde eine massive Hetze gegen diese Demonstration sowie gegen den Anmelder seitens der PDS gestartet. Angemeldet war die Demonstration vom innenpolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, der daraufhin all seiner Ämter enthoben. Tamara Thierbach, Vorsitzende der PDS-Fraktion im Erfurter Stadtparlament sagt dazu in einem Interview: „Spätestens seit dem 11. September – die Demonstration wurde am 10. September angemeldet – ist Haß keine politische Form mehr, die tatsächlich aktive Handlungspotentiale besitzt, um etwas zu verändern. (...) Wir können nicht auf der einen Seite für eine friedliche und demokratische Politik eintreten und andererseits eine Demonstration befürworten, mit der Haß propagiert wird.“ Unterstützung bekam die PDS vom Innenministerium, das die

Demonstration mit ähnlichen Argumenten verbot. (FR 4.10.01, JW 8.10.01)

2001 Nov.–Dez.

Bundstag beschließt den Einsatz von 3900 deutschen Soldaten für Krieg gegen Afghanistan

Nach dem Vorpreschen von Bundeskanzler Schröder mit seiner angeblichen Anforderung deutscher Soldaten durch die US-Regierung und ihren Außenminister Donald Rumsfeld, stimmte der deutsche Bundestag am 16.11.01 dem Einsatz von 3900 Soldaten der Bundeswehr für den Kriegseinsatz gegen Afghanistan zu. (zum Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus siehe Seite 1ff), sowie weiteres Material zum imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan siehe Seite 100 ff.) Der SPD-Fraktionschef Struck entgegnete den Fragen, wonach es keine konkrete Anforderung deutscher Soldaten durch die US-Regierung gebe, dass „es sich (dann) um ein freiwilliges Angebot“ der Bundesregierung (handelte). Die bürgerliche Presse versucht den US-Imperialismus als alleinigen Kriegstreiber darzustellen. (siehe Artikel ab Seite....) Als Einsatzgebiet nennt die Bundesregierung die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nordostafrika sowie die angrenzenden Seegebiete¹. Nach Berichten über eine geplante Stationierung von Soldaten der Bundeswehr in **Dschibuti** gab ein

Regierungsvertreter Dschibutis bekannt, dass sich im Rahmen des Kriegseinsatzes gegen Afghanistan und Al Quaeda zur Zeit 17 Mitglieder einer deutschen Militärdelegation in Dschibuti aufhalten, die dort die Planung eines Basislagers für die Stationierung deutscher Soldaten ab Januar 2002 betreiben². Laut einem Bericht der Koblenzer Rhein-Zeitung vom 30.11.01 plant das Bundesverteidigungsministerium zudem die Stationierung von 600 deutschen Soldaten einer ABC-Abwehrtruppe in **Kuwait**³.

Deutscher Imperialismus verlängert ruppenstationierung in Mazedonien

Ende September übernahm der deutsche Am 13.12. beschloss der Bundestag die Verlängerung des unter Führung des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr stattfindenden NATO-Einsatzes in Mazedonien für weitere 3 Monate bis Ende März 2002⁴.

Allseitiger Vormarsch des deutschen Militarismus

Zur Aufrüstung der deutschen Bundeswehr plant das Bundesverteidigungsministerium den Bau von 5 Korvetten der Klasse 130 (auch als Angriffseinheiten verwendbar) für

2,43 Milliarden DM⁶. Zudem sollen noch im Dezember 2001 Rüstungsaufträge im Wert von 2,4 Milliarden DM zur Aufrüstung der Bundeswehr vergeben werden. Unter anderem soll ein eigenes Radarsatellitensystem angeschafft werden, um bei der Satellitenüberwachung nicht mehr auf andere Staaten angewiesen zu sein. Weiter sollen 6 Drohnen und 202 Spähwagen Fenek angeschafft werden⁷.

Der deutsche General Holger Kammerhof hatte am 10.12.01 den Oberbefehl über das Eurokorps übernommen, in dem Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und Spanien den Aufbau gemeinsamer „Krisenreaktionstruppen“ forcieren⁸. Der derzeitige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat wird ab Sommer 2002 neuer Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel, dem höchsten militärischen Gremium der NATO⁹.

Auch im Jahr 2000 hatte die Bundesregierung Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgüter im Wert von 9,9 Milliarden Mark – 40% mehr als 1999 – bewilligt. Zu dem verschickte der Bundeskriegsminister Rudolf Scharping an die Militärattachés von 53 deutschen Botschaften einen Katalog, in dem ausgemusterte Waffen und Kriegsgeräte zum Verkauf angeboten werden. Unter anderem stehen 699 Leopard-Panzer, 589

Schützenpanzer Marder und 54 Tornados meistbietend zum Verkauf¹⁰.

Imperialistisches „Friedensdiktat“ wird auf der Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg festgelegt

Am 27.11.01 wurde die Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg eröffnet. Aufgrund der guten Beziehungen des deutschen Imperialismus in dieser Region und als Vorsitzender der UN in der „Afghanistan support group“ ist Deutschland „Gastgeber“ der Petersberger-Konferenz. Das Auswärtige Amt des deutschen Imperialismus hatte frühzeitig an einem imperialistischen „Friedenskonzept“ für die Zeit nach dem Sturz der Taliban-Regierung gearbeitet, das dem jetzigen Fünf-Punkte-Plan der UN weitgehend entspricht¹¹. Am 21.12. beschloss dann das Bundeskabinett die Entsendung von 1200 Soldaten der Bundeswehr nach Afghanistan im Zusammenhang der UN-Truppen¹².

Deutscher Imperialismus bleibt zweitgrößter Exporteur

Mit 551,6 Milliarden \$ im Jahre 2000 blieb der deutsche Imperialismus hinter dem US-Imperialismus mit 782,4 Milliarden \$ und vor dem japanischen

Imperialismus mit 479,3 Milliarden \$ zweitgrößter Exporteur¹³.

Im Zusammenhang des Besuchs von Bundeskanzler Schröder in China bauen die Konzerne des deutschen Imperialismus ihre Position mit neuen Großaufträgen auf dem chinesischen Markt aus. Neben der Inspektion des Baufortschritts der Transrapidstrecke eröffnete Schröder auch ein Bayer-Werk und inspizierte das neue Stahlwerk von Thyssen-Krupp. Der Siemenskonzern erhielt den Auftrag, in China ein landesweites optisches Telekom-Netzwerk aufzubauen. Die mitgereiste Wirtschaftsdelegation unterzeichnete Verträge, Absichtserklärungen und Machbarkeitsstudien mit einem Volumen von mehreren Milliarden DM¹⁴.

Ausbau des Überwachungsstaates und Repression nach innen

Im Rahmen des sogenannten Anti-Terror-Pakets II werden etwa 100 Überwachungs- und Sicherheitsbestimmungen verschärft. Unter anderem sollen die Kompetenzen des BKA ausgeweitet werden und das BKA zukünftig auch ohne konkreten Anfangsverdacht ermitteln dürfen. Der VS soll nun Informationen bei Kreditinstituten, Luftverkehrsunternehmen, Post- und Kommunikationsdienstleistern abfragen

können. Ebenfalls rechtlich abgesichert wurde der Einsatz sogenannter IMSI-Catcher zur Ortung von Handys. Zudem werden die Bedingungen für das Aufenthaltsrecht und die Einreise von Flüchtlingen und Asylsuchenden verschärft. Bei Asylbewerbern soll eine Sprachaufzeichnung zur Identifikation erstellt werden¹⁵. Zur Umsetzung der Gesetzverschärfungen werden zusätzlich 469 Millionen DM und dann jährlich weitere 195 Millionen DM bereitgestellt¹⁶.

Im Zuge der Rasterfahndung nach dem 11. September wurden allein in Nordrhein-Westfalen die Daten von fast 5 Millionen männlichen Einwohnern zwischen 18 und 41 Jahren in die Computer des Zentralen polizeitechnischen Dienstes in Düsseldorf eingegeben. Von den 54 nordrhein-westfälischen Universitäten wurden Daten von rund 250.000 Studierenden geliefert²².

Verschärfte Repression

Mit einem martialischen Polizeiaufgebot von über 10.000 Polizistinnen und Polizisten und über 7.000 BGSlern versuchte die deutsche Polizei alle Proteste gegen den Castortransport am 14.11.01 im Wendland zu verhindern. Insgesamt wurden bei den Protesten 780 Demonstranten in Gewahrsam genommen und 45

Festgenommen. 80 Demonstranten wurden verletzt und 103 Strafverfahren eingeleitet¹⁹. Nur wenige Tage zuvor wurde fünf Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich im März bei den Anti-Castor-Protesten an die Bahnschienen gekettet hatten, Rechnungen von BGS, Bahn und THW in Höhe von insgesamt 167.000 DM zugesandt²⁰.

Im Vorfeld des Brüsseler EU-Gipfels wurde allein in Berlin mindestens 29 Personen eine Verfügung über ein Ausreiseverbot für den Zeitraum bis zum 15.12.01 für Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Frankreich vom Berliner Einwohnermeldeamt zugeschickt²¹.

Das Ordnungsamt Gera verbot Infostände der Gewerkschaften IG BCE und ver.di gegen eine NPD-Demonstration, die an den Geschäftstellen der Gewerkschaften vorbeigehen soll. Mit der Begründung, die Stadt Gera könne nicht für die Sicherheit der Gegenaktion garantieren, wurden die angemeldeten Infostände verboten. Den Anmeldern soll für die Ablehnung eine Bearbeitungsgebühr berechnet werden. Von Seiten des DGB gab es gegen dieses Vorgehen der Stadt keinen Widerspruch¹⁸.

Mörderischer staatlicher Rassismus

Bei einer Fahndung nach Drogen wurde am 9.12.01 ein 19-jähriger Kameruner von der Hamburger Polizei am Hauptbahnhof festgenommen. Nach der Anordnung eines Staatsanwaltes im Rechtsmedizinischen Institut des Universitätskrankenhauses Eppendorf wurde dem 19-jährigen gewaltsam das Brechmittel Ipecacuanhasirup verabreicht, woraufhin dieser einen Herzstillstand erlitt und ins Koma fiel. Am 12.12 starb der 19-jährige Kameruner an den Folgen dieses brutalen Eingriffs. Am gleichen Wochenende wurden weitere neun Personen unter dem Verdacht auf Drogenbesitz der gleichen Prozedur ausgesetzt. Insgesamt wurde in Hamburg seit August 2001 26 Personen gewaltsam Brechmittel verabreicht²⁴.

Rassistischer Terror und Abschiebeterror

Nach einem Urteil des Landgerichts Trier müssen illegal in Deutschland lebende Menschen aus anderen Herkunftsländern die Kosten für ihre Abschiebung selbst bezahlen. Laut der Entscheidung muss eine dreiköpfige Familie aus Vietnam 30.800 DM für ihre Abschiebung zahlen²³.

Nach Angaben des Berliner Flüchtlingsrates und Pro Asyl sind allein in Berlin 350 Flüchtlinge in Abschiebehaft, die entweder minderjährig sind bzw. schwangere Frauen oder Frauen mit Kindern²⁵.

Staatlicher Antiziganismus

In Köln ist die „Unterbringung“ von rund 400 Roma-Flüchtlingen auf dem verseuchten Gelände einer ehemaligen Chemiefabrik geplant. In Bodenproben wurden hohe Arsen-, Kupfer- und Bleirückstände gefunden. Bis jetzt sind auf dem Gelände schon 90 Flüchtlinge, darunter viele Kinder, untergebracht²⁹.

Streiflichter des alltäglichen Naziterrors

Die Zahl der offiziell registrierten nazistischen Straf- und Gewalttaten für den Zeitraum Januar bis Oktober 2001 beläuft sich auf 9491, davon 545 Gewalttaten³⁰. Ebenso ist im Jahr 2001 die Zahl der Nazidemonstrationen bis Anfang Oktober mit insgesamt 68 Nazidemonstrationen angestiegen. Im Zeitraum von 1997 bis Oktober 2001 fanden insgesamt 249 Nazidemonstrationen statt, 14 davon mit 1000-5000 teilnehmenden Nazis³¹.

Am 30.10. wurden zwei Asylbewerber aus dem Sudan in Rathenow von 3

Nazis zusammengeschlagen³². Anfang November wurde ein Mann aus Afrika in **Ennigerloh** von vier Nazis angegriffen und verletzt³³. Bei einem Überfall auf ein Asylbewerberheim im **südhessischen Seeheim-Jugenheim** durch vier Nazis wurden am 3.11. eine Iranerin und ihr 13jähriger Sohn verletzt³⁴. Ein 27jähriger Nazi griff am 3.11. in **Frankfurt/Oder** einen Staatsanwalt an und beschimpfte und verletzte diesen³⁵. Am 6.11. wurde eine 31jährige Nigerianerin, nachdem zuvor in einem Bus von einer Gruppe Nazis beschimpft und mit Essen beworfen worden war, von 2 Nazis verfolgt und mit Schlägen bedroht. Die Frau konnte sich in ein Einkaufszentrum flüchten³⁶. Am 13.11. griffen 3 Nazis im **brandenburgischen Perleberg** einen 17jährigen an und schlugen und traten auf ihn ein³⁷. Anfang Dezember wurde ein 15jähriger Schüler im **brandenburgischen Sperrenberg** von 4 nazistischen Mitschülern an einen Pfahl gefesselt und im Gesicht mit SS-Runen beschmiert³⁸. Nach der Nazidemonstration am 1.12. in Berlin griffen etwa 120 sich auf der Heimreise Richtung **Elsterwerda** befindende Nazis im Zug einen Antifaschisten an und bedrohten und misshandelten ihn über eine Stunde. Als der Antifaschist den Zug in Begleitung des Rettungsdienstes verlassen wollte, wurde er von den Nazis verfolgt. Die Nazis schlugen und traten so lange auf ihn ein bis der Antifaschist regungslos am Boden liegen blieb³⁹. Am 5.12. schlugen

und misshandelten in **Illmenau (Thüringen)** 2 Nazis eine 42jährige Vietnamesin⁴⁰. In der Nacht vom 20. auf den 21.11. wurde durch 3 Nazis im Alter von 15, 17 und 18 ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in **Aystetten** verübt⁴¹. Am 6.12. wurde auf ein Asylbewerberheim in **Ellerau (Schleswig-Holstein)** ein Brandanschlag verübt⁴². Auf den Buchladen „Antifa-quariat“ in **Berlin Prenzlauer Berg** ist in der Nacht des 30.11. ein Anschlag verübt worden⁴³.

Nazi-Pogrom in Rostock-Lichtenhagen nach 10 Jahren verjährt

Nach fast 10 Jahren begann am 13.11. der letzte Prozess gegen nur noch 3 Nazis wegen Beteiligung an dem Pogrom von Rostock 1992. Das Verfahren gegen einen vierten Angeklagten wegen schweren Landfriedensbruchs wurden nach Angaben des Landgerichts in der gleichen Woche wegen Verjährung eingestellt⁴³.

Stadt überlässt Nazis für 33 Jahre ein Haus

Der Stadtrat von Zittau beschließt mit **den Stimmen der PDS** in seiner Sitzung vom 25.10.01, dem Naziverein „Nationaler Jugendblock Zittau e.V.“ (NJB) ein Haus mittels eines Erbbaupachtvertrages über 33 Jahre als

Anlauf- und Planungsstelle für nazistische Propaganda und Verbrechen zu überlassen. Von dem seit 1991 den Nazis für monatlich 80 DM von der Stadt zur Verfügung gestellten Haus, gingen in den letzten Jahren immer wieder nazistische Überfälle aus wie der Überfall von 40 Nazis auf eine Party von Schwulen und Lesben 1999⁵⁴.

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 3.11. demonstrierten 2000 vorwiegend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Aufmarsch von 1000 Nazis in **Leipzig**. Die Demonstrantinnen und Demonstranten versperrten den Nazis, die in einer Route durch die Stadt zum Völkerschlachtdenkmal marschieren wollten, durch eine Sitzblockade den Weg, bis die Polizei mit einem brutalen Prügeleinsatz und dem Einsatz von Pfefferspray den Nazis den Weg freigeräumte⁵⁵.

Ebenfalls am 3.11. demonstrierten in **Tübingen** 150 gegen den in Tübingen ansässigen nazistischen Grabert-Verlag⁵⁶. Am 5.11. fand nach dem Nazi-Überfall auf zwei Flüchtlinge aus dem Sudan eine Demo „Gegen den rassistischen Konsens in **Rathenow**“ statt⁵⁷.

Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltung des Thüringer Ratschlags gegen Rassismus und Faschismus am 5.11. in **Gera** demonstrierten 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten

durch die Innenstadt Geras. An der Demo nahmen auch zahlreiche Flüchtlinge teil, um damit gezielt gegen die rassistische Residenzpflicht zu demonstrieren⁵⁸.

Am 9.11. fanden in mehreren Städten Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen zum 63. Jahrestag Reichs-Pogromnacht 1938 gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland statt. In **Berlin** demonstrierten 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten unter dem Motte „Kein Vergeben – Kein Vergessen“⁵⁹.

Gegen den Aufmarsch von 200 Nazis in **Gera** demonstrierten am 10.11. etwa 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten⁶⁰.

200 Antifaschistinnen und Antifaschisten blockierten am 17.11. die Route der 100 Nazis, die in **Hagen** aufmarschierten. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten deckten die Nazis mit Farbbeuteln und Eiern ein und konnten die Demo der Nazis mit Blockaden unterbrechen. Bei einem Blockadeversuch kesselte die Polizei die 200 Demonstranten ein, wobei es mehrere Verletzte gab. Etwa 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden in Gewahrsam genommen⁶¹. Gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis am 18.11. in **Hamburg** zum so genannten „Heldengedenktag“ („Volkstrauertag“) demonstrierten 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten⁶². 600

Antifaschistinnen und Antifaschisten beteiligten sich am 24.11. an der diesjährigen Silvio Meier Demo in

Berlin. Nach massiven Vorkontrollen griff die Polizei nach Auflösung der Demo abziehende Teilnehmerinnen und Teilnehmer an⁶³.

Gegen den größten Naziaufmarsch von über 3000 Nazis seit 1945 in **Berlin** demonstrierten am 3.12. 4000 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Unter dem Schutz von 4500 Polizisten konnten die Nazis in Sichtweite der jüdischen Synagoge über eine Stunde lang ihre nazistisch-antisemitischen Hetzreden gegen die neu eröffnete Ausstellung Verbrechen der Nazi-Wehrmacht verbreiten. Die deutsche Polizei ging mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, darunter auch Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Berlins⁶⁴.

Am 5.12. demonstrierten 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Aufmarsch von 70 Nazis im **Dortmunder Vorort Brechten**. Die Antifaschisten, die sich den Nazis in den Weg stellten wurden brutal von der deutschen Polizei mit Schlagstöcken und Hunden angegriffen und eingekesselt⁶⁵.

Rund 1000 demonstrierten am 15.12. gegen den Aufmarsch von 80 Nazis in **Bottrop**. Die Nazis wurden dabei von einem Aufgebot von 1000 Polizisten geschützt⁶⁶.

Am 9.12. demonstrierten 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Bernsdorf** gegen eine geplante „Nazitrauerkundgebung“ für den Nazi

Matthias Förster, der am 9.12. 2000 nach einem brutalen Naziübergriff auf eine vietnamesische Familie durch entschlossene Selbstverteidigung umgekommen ist⁶⁷.

Gegen den Aufmarsch von 150 Nazis unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ am 29.12. in **Trier** demonstrierten 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten⁶⁸.

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Am 25.11. demonstrierten 300 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Frauenabschiebegefängnis in **Neuss** gegen den rassistischen Abschiebeterror und für die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe⁶⁹. Am 8.12. demonstrierten 400 Antirassistinnen und Antirassisten am **Frankfurter Flughafen** gegen die rassistische und mörderische Abschiebepolitik des deutschen Staates und forderten die Auflösung des Internierungslagers am Frankfurter Flughafen⁷⁰. Am gleichen Tag demonstrierten ebenfalls 400 Antirassistinnen und Antirassisten am Flughafen **Langenhagen/Hannover** sowie der Berliner Flüchtlingsrat mit einer Mahnwache vor dem Sitz der **Berliner Innenverwaltung**⁷¹.

Am 10.12. versuchten 20 Antirassisten unter dem Motto „Kein Mensch ist illegal“ auf dem **Frankfurter Flughafen**

das Tor 3 mit Leiter zu überqueren und ein Transparent zu entrollen. Alle Antirassisten wurden festgenommen und mussten ihre Personalien angeben⁷².

Am 22.12. demonstrierten 600 Antirassistinnen und Antirassisten durch die **Hamburger** Innenstadt, um gegen die verschärfte Innenpolitik und den Einsatz von Brechmittel zu demonstrieren, der Anfang Dezember zum Tod eines 19-jährigen Kameruner geführt hatte⁷³. Gegen ihren weitgehend Ausschluss von den Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter demonstrierten am 19.12.01 200 Roma vor dem Finanzministerium in **Berlin**-Mitte. In einem Protestbrief protestierten die Roma dagegen, dass von den rund 250.000 Anfang des Jahres gestellten Anträgen bis jetzt erst 102 Zahlungen erfolgt sind. Dabei wurden statt der 10.000 DM für die erste Rate nur 7.500 DM ausbezahlt⁷⁴.

Aktionen und demonstationen gegen den Aggressionskriegs gegen Afghanistan

Am 10. November demonstrierten in **Berlin** rund 5000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner u.a. gegen eine Beteiligung deutscher Truppen, staatlichen Rassismus und weitergehende Faschisierung. (JW 12.11.01) Am 14. November forderten auf einer Protestkundgebung in **Berlin**

etwa 3000 Menschen ein Ende des Krieges. In **Magdeburg** kamen 300 Menschen zu einer Kundgebung zusammen. (FR 15.11.01). Auch in **München, Hamburg und Köln** fanden Kundgebungen statt. (JW 16.11.) Am 15. November demonstrierten in **Frankfurt/Main** rund 600 Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg. (FR 16.11.01) Am 17. November fanden in mehreren Städten Protestkundgebungen statt, u.a. in **Dortmund** mit 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, **Hamburg** 850 Demonstrantinnen und Demonstranten und **Saarbrücken** mit 1000 Menschen. (FR 19.11.01) Am 20. November besetzten 15 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen das SPD-Büro in **Chemnitz**, um gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr zu protestieren. (TAZ 21.11.01) In Freiburg blockierten 90 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen für eine Stunde das Kreiswehrrersatzamt. Auf Transparenten hatten sie die Parolen „Deutsche Soldaten, Waffen, Geld, morden mit in aller Welt!“ und „No war but classwar!“ (JW 28.11.01) Am 8. Dezember demonstrierten rund 1000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner in **Calw** gegen das dort stationierten Kommando Spezialkräfte und ihren Kriegseinsatz in Afghanistan. (Politische Berichte 21.12.01)

Militante Kämpfe und Demonstrationen in Argentinien

Mitte Dezember begannen die Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien erneut mit großer Heftigkeit aufzuflammen. Die militant geführten, zunächst ökonomischen Kämpfe gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen, Demonstrationen und massenhafte Beschaffungsaktionen von Lebensmitteln vor allem in den Vororten von Buenos Aires, breiteten sich auf das ganze Land aus. Sie entwickelten sich zu machtvollen Demonstrationen, Streiks und militanten Straßenkämpfen bis hin zu regelrechtem Aufruhr. Die Kämpfe richteten sich zunehmend nicht nur gegeneine bestimmte Regierung, sondern auch gegen die imperialistischen Oberherren des reaktionären argentinischen Staates, das imperialistische Finanzkapital und die herrschenden Klassen Argentiniens selbst.

Am 14. Dezember kam es zu einem Generalstreik, dem siebten in zwei Jahren, der in Buenos Aires und den größeren Provinzstädten den Verkehr lahm legten. Bereits am Abend und in der Nacht zu vor kam es zu Demonstrationen Zehntausender. Zwei Bombenanschläge richteten Sachschaden an zwei Banken an. In der Hauptstadt und in einigen Provinzstädten kam es zu militanten Straßenkämpfen gegen die Polizei. Die

Proteste richtete sich vor allem gegen die Einfrierung der Bankkonten. Dies traf in erster Linie die Arbeiter, die zwar keine Konten selbst haben, aber nun ihren Lohn von den Kapitalisten unter diesem Vorwand nicht mehr ausbezahlt bekamen. (TAZ 15.12.01)

Am 21. November trat Präsident de la Rúa unter dem Druck der Proteste zurück. Bis dahin wurden bereits Tausende verhaftet und 400 verletzt. Bei Kämpfen mit der Polizei und bei Lebensmittel-Beschaffungsaktionen wurden bisher 25 Menschen ermordet. (FR 22.12.01)

Aber auch der nächste Präsident mußte bereits nach einer Woche wieder zurücktreten. Die Proteste gingen weiter. Am 29. Dezember kam es erneut zu militanten Kämpfen mit der Polizei. Den Demonstrantinnen und Demonstranten gelang es den Nationalkongreß aufzubrechen und dort Feuer zu legen. (TA 31.12.01)

Insgesamt wurden über 30 Demonstrantinnen und Demonstranten ermordet.

Weitere Informationen über die Kämpfe und den deutschen Imperialismus in Argentinien sind im Flugblatt „So wie es ist, bleibt es nicht!“ (Januar 2002) von Gegen die Strömung zu finden.

Guerilla-Kampf gegen das reaktionäre Regime in Nepal

Die Guerillas begannen 1995 ihren antiimperialistischen und antifeudalen Kampf. (JW 23.11.01) Nach Beendigung der Friedensverhandlungen durch die Guerilla, wurden in der Nacht zu 24. November zwei Polizei- und eine Armeekaserne von den Revolutionärinnen und Revolutionären angegriffen. Dabei wurden 35 Polizisten und Soldaten getötet. Gleichzeitig wurden in einer Luftwaffenbasis drei Hubschrauber zerstört. In einer Stadt nahe der indischen Grenze stürmten die Guerillas ein Gefängnis und befreiten die Gefangenen. Bei Überfällen auf Banken konnten mehr als 200 Millionen Rupien erbeutet werden. Eine Polizeitruppe, die zur Verstärkung gerufen wurde, wurde aus einem Hinterhalt angegriffen. (TAZ 26.11.01) Am 25. November griffen die Guerillas das Regierungsgebäude in Salleri an, es kam zu einem 6 stündigen Gefecht, bei dem nach Regierungsangaben allerdings mehr als 200 Revolutionärinnen und Revolutionäre gefallen und 60 verwundet sein sollen. (FR 27.11.019) Die reaktionäre Regierung Nepals rief daraufhin den Ausnahmezustand aus, mehrere Journalisten, die der Guerilla nahe stehen sollen, wurden verhaftet und zwei Zeitungen geschlossen. (JW 28.11.01) Am 29. November verübten Guerilla-Kämpferinnen und Kämpfer

einen Bombenanschlag auf eine Abfüllanlage von Coca-Cola in der Hauptstadt Kathmandu. (Jungle World 5.12.01).

Angriff gegen Solidaritätshungerstreikende in der Türkei

Mit Panzern und Bulldozern stürmten am 5. November massive Polizeiverbände den Istanbuler Armenstadtteil Kucukarmutlu. Ziel dieser Aktion war es den Solidaritätshungerstreik der Angehörigen sowie Unterstützerinnen und Unterstützer des Kampfes der revolutionären und demokratischen Gefangenen zu brechen. Die Solidaritätshungerstreiks fanden in drei sogenannten Widerstandshäusern statt. Bereits zwei Versuche den Hungerstreik gewaltsam zu beenden wurden durch heftigen Widerstand der Bewohner von Kucukarmutlu zurückgeschlagen. Vermummte Scharfschützen beschossen die Widerstandshäuser mit Gasgranaten und scharfer Munition. Zahlreiche Häuser wurden zerstört. Durch Polizeikugel starben **Arzu Güler, Sultan Yildiz, Bülent Durgac und Baris Tas. Haydar Bozkurt**, der sich im verschärften Hungerstreik befand, hat sich aus Protest selbst angezündet. (JW 7.11.01)

Bereits am 13. November wurde das Stadtviertel erneut von mehreren Hundert Polizisten gestürmt. Die mit

Tränengas anrückenden Polizisten wurden von Unterstützerinnen und Unterstützer der Solidaritätshungerstreikenden mit Steinen und Molotovcocktails angegriffen. 10 Hungerstreikende wurden festgenommen und in ein Krankenhaus verschleppt. (FR 14.11.01)

Quellen:

1 jw 8.11.01, 19.11.01, 2 FR 6.12.01, 3 jw 1.12.01, 4 jw 14.12.01, 5 FR 13.12.01, 6 jw 7.11.01, 7 jw 8.12.01, 8 jw 11.12.01, 9 taz 21.11.01, 10 jw 22.11.01, 26.11.01, 11 FR 27.11.01, 12 jw 22.12.01, 13 jw 3.11.01, 14 taz 2.11.01, 3.11.01, 15 FR 29.12.01, 16 jw 15.11.01, 17 jw 10.12.01, 18 jw 10.11.01, 19 jw 17.11.01, 20 FR 17.12.01, 21 jw 11.12.01, 22 FR 7.11.01, 23 taz 14.11.01, 24 jw 11.12.01, 14.12.01, 25 jungle world Nr. 52 /19.12.01, 26 jw 12.11.01, 27 FR 13.11.01, 28 jungle world Nr. 47 /14.11.01, 29 taz 21.11.01, 30 antifaschistische nachrichten 25-2001 /22.11.01, 31 antifaschistische nachrichten 23-2001/ 8.11.01, 32 taz 3.11.01, 33 6.11.01, 34 5.11.01, jungle world Nr. 47 14.11.01, 35 FR 6.11.01, 36 jungle world Nr. 47 /14.11.01, 37 jw 15.11.01, 38 FR 7.12.01, 39 jw 5.12.01, 40 jungle world Nr. 52 /19.12.01, 41 antifaschistische nachrichten 25-2001 22.11.01, 42 jungle world Nr. 52 19.12.01, 43 jw 1.12.01, 44 jw 5.11.01, 45 jw 12.11.01, 46 jw 12.11.01, 47 jw 19.11.01, 48 jw 19.11.01, 49 siehe GDS

FB 10-11/01 „Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus“, S.12, 50 jw 7.12.01, 51 jw 17.12.01, 52 taz 31.12.01, 53 jw 17.11.01, 54 jw 1.11.01, Rote Fane 14.12.01, 55 jw 5.11.01, 56 antifaschistische nachrichten 24-2001 22.11.01, 57 jw 6.11.01, 58 jw 6.11.01, 59 jw 12.11.01, 60 jw 12.11.01, 61 jw 19.11.01, 62 jw 19.11.01, 63 jw 26.11.01, 64 siehe GDS FB 10-11/01 "Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus", S.12, 65 jw 7.12.01, 66 jw 17.12.01, 67 10.12.01, 68 taz 31.12.01, 69 jw 26.11.01, 70 jw 10.12.01, 71 PB 26/2001 21.12.01, 72 FR 11.12.01, 73 jw 27.12.01, 74 jw 20.12.01

2002

2002 Jan.–Febr.

Deutscher Imperialismus macht sich in Afghanistan breit

Rund 1200 Soldaten werden nach und nach in Afghanistan stationiert. (TAZ 12.1.02) Seit Dezember 2001 sind und waren auch rund 100 Elitesoldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) im Kampf gegen die Talibantruppen in Afghanistan aktiv beteiligt. (TAZ 25.2.02)

Neben den Truppen in Afghanistan ist der deutsche Imperialismus hauptverantwortlich für den Aufbau des Polizeiapparates in Afghanistan, was ja auf eine lange Tradition bis in die 50er Jahre zurückreicht. (TAZ 14.2.02) Bereits kurz nach dem Eintreffen der deutschen Soldaten in Afghanistan gaben sich die Delegationen der deutschen Kapitalisten wie Siemens, ABB und Bauunternehmen die Klinke in die Hand. Klaus-Jürgen Wilhelm von ABB schwärmte ausführlich über die aktuelle Situation: „Wenn man sagt, man kommt aus Deutschland, sieht man ein Leuchten in den Augen.“ Der Siemens-Manager Oberg ergänzte: „Wir haben alle gespürt, daß Deutschland für Afghanistan ein Wunschpartner ist.“ Siemens hatte bereits früher das afghanische Telefonnetz aufgebaut und will nun auch wieder den Auftrag zur Instandsetzung und Ausbau des Telefonnetzes. Auf die Frage von Journalisten nach möglichen „Unsicherheitsfaktoren“ für die deutschen Kapitalisten antwortete der Baukapitalist Papenburg: „Wir haben bereits auf dem Balkan erlebt, daß durch die Präsenz einer internationalen Friedenstruppe einschließlich der Bundeswehr eine gewisse Sicherheit gegeben wird.“ (TAZ 13.2.02)

Deutscher Imperialismus baut weltweites Netz von Stützpunkten auf

Rund 1800 Marine-Soldaten sind mit insgesamt 12 Schiffen, Hubschraubern und Flugzeugen vor der Küste von Somalia, Dschibuti, Kenia und der arabischen Halbinsel im Einsatz. (FR 3.1.02) In Kenia baut die Bundeswehr neben Dschibuti einen zweiten Stützpunkt auf. In Mombasa sind vor allem Transportflugzeuge und 150 Soldaten auf einem

Flugplatz stationiert. Auch in Usbekistan haben deutsche Soldaten einen Stützpunkt auf einem Flughafen errichtet. Der Flughafen soll dauerhaft vom deutschen Imperialismus genutzt werden (JW 1.2. 2.2. und 12.2.02)

In Kuwait nahmen 250 Soldaten einer sogenannten ABC-Abwehrinheit an Manövern teil. (TAZ 10.1.02) Mitte März sollen allerdings nur 200 nach Deutschland zurückkehren. Panzer, Waffen und 50 Soldaten bleiben in Kuwait für den jederzeitigen Einsatz stationiert. (FR 28.2.02) Insgesamt stellt der deutsche Imperialismus rund 3900 Soldaten im Rahmen der sogenannten Terrorismus-Bekämpfung. (FR 27.2.02)

Deutscher Imperialismus in Kosova, Mazedonien und Ex-Jugoslawien

Die Führung der NATO-Truppen durch den deutschen Imperialismus wurde um weitere 3 Monate verlängert. (FR 19.2.02) Die WAZ-Mediengruppe hat sich durch den ehemaligen Koordinator des Balkan-Stabilitätspaktes Bodo Hombach mit 13 Millionen Euro bei der serbischen Zeitung „Politika“ eingekauft. (Jungle World Nr. 7, 6.2.02) In Kosova hat nun auch der ehemalige deutsche Kanzlerberater Steiner sein Amt als Chef der UN-Mission in Pristina übernommen. In seiner Funktion kann Steiner jederzeit das kosovo-albanische Parlament durch ein sogenanntes Experten-Parlament ersetzen lassen. Frei nach dem Motto: Lassen sich die kosovarischen Parteien nicht auf die imperialistischen Interessen ein, sind sie schneller weg als sie im Amt waren. (TAZ 15.2.02)

Mörderischer Abschiebeterror

Durch die drohende Abschiebung in den Iran wurde der 23jährige Mohamad Hussein Tamna am 20. November 2001 nach dem Bescheid über die Ablehnung seines Asylantrages in Schneckenstein in einer Flüchtlingsunterkunft im Vogtland in den Tod getrieben. (JW 28.1.02) In Stadtlendorf sprang der 40jährige Hüseyin Vurucu aus Angst vor der drohenden Abschiebung vor einen fahrenden Zug. Nach seinem Tod droht nun weiterhin seiner Frau und seinen Kindern die Abschiebung in die Türkei. (FR 27.2.02)

Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terror

In der Nacht zum 29. Dezember 2001 wurde auf das Initiativzentrum in der Schwefelstraße 6 in Kiel ein Nazi-Brandanschlag verübt. (Antifaschistische Nachrichten 1-2002). In Potsdam wurde am 5. Januar ein Mann aus Sierra Leone von drei Nazis angegriffen, rassistisch beschimpft und verletzt. (JW 8.1.02, Jungle World 16.1.02) In Groß-Zimmern (Kreis Darmstadt/Hessen) überfielen zwei Nazis eine Flüchtlingsunterkunft und verletzten zwei Männer aus Afghanistan und Pakistan mit Schlägen. (FR 9.1.02) Am Wochenende des 7./8. Januar wurde in Brühl ein Nazi-Brandanschlag auf das Geschäft eines Mannes aus der Türkei verübt. Die Nazis beschmierten die Fassade mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen. (JW 9.1.02) Am 19. Januar marschierten rund 300 Nazis von NPD und sogenannten freien Kameradschaften anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung Magdeburgs durch die Stadt. (ANNA 3-2002) Am 21. Januar wurden in Dortmund zwei Jugendliche, die für Antifaschisten gehalten wurden, von vier Nazis zusammengeschlagen und schwer verletzt. (JW 26.1.02) Am ersten Februar-Wochenende am es zu mehreren brutalen Nazi-Überfällen in Zehla-Mehlis. Bereits am 1. Februar wurden zwei Antifaschistinnen von sechs Nazis angegriffen und mit Zaunlatten traktiert. Am 2. Februar überfielen rund 20 Nazis mit Knüppeln bewaffnet eine Faschingsveranstaltung, sieben Jugendliche wurden teils schwer verletzt. (redchannel 4.2.02). Am 4. Februar wurde in Berlin ein Mann aus Portugal von Nazis angegriffen und verletzt. (JW 5.2.02) In Dresden marschierten am 14. Februar anlässlich der alliierten Bombardierung Dresdens rund 800 Nazis durch die Stadt. (TAZ 15.2.02)

Nazis mitten im Staatsapparat

Der NPD-Vorsitzende Udo Holtmann hatte im Oktober 2001 ein Plakat mit dem Aufdruck „Den Holocaust hat es nie gegeben!“ als presserechtlich Verantwortlicher verbreitet. Holtmann war zu diesem Zeitpunkt noch aktiver V-Mann für den Verfassungsschutz. (Antifaschistische Nachrichten 28.2.02) Weitere Fakten

und Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu den aufgeflogenen Fällen von Zusammenarbeit von Nazis und Staatsapparat siehe Flugblatt 2/02: „Die Nazis mitten im Staatsapparat!“

Antinazistische Aktionen und Demos

150 Antifaschistinnen und Antifaschisten verhinderten ein Treffen von 30 Nazis in einer Gaststätte in Bielefeld. (TAZ 17.1.02) In Magdeburg protestierten kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen mit 200 Menschen und eine antifaschistische, autonome Demo gegen den Aufmarsch von 300 Nazis. (FR 21.1.02) Ebenfalls am 19. Januar demonstrierten 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Aufmarsch von 200 Nazis in Lüdenscheid. (TAZ 21.1.02) In Bielefeld marschierten unter massivem Polizeischutz 1700 Nazis gegen die dort gezeigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ unter Polizeischutz durch die Straßen. Auf einer von DGB angemeldeten und organisierten Demonstration waren 10.000 Menschen gekommen. Etwa 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten aus dem Sternmarsch des DGB heraus zum Naziaufmarsch vorzudringen, um sich den Nazis in den Weg zu stellen. (JW 4.2, FR 1.2.02) Am 9. Februar demonstrierten in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von rund 100 Nazis. (TAZ 11.2.02)

Aktionen gegen Abschiebterror und staatlichen Rassismus

Am 8. Januar haben rund 150 Antirassistinnen und Antirassisten in Bremen mit Straßenbarrikaden sich schützend vor das Haus einer von der Abschiebung bedrohten Familie gestellt. Die Polizei konnte so zunächst von der Abschiebung abgehalten werden. Später mußte die Polizei dann feststellen, daß die kurdische Familie bereits weg war, um sich vor ihrer Abschiebung zu schützen. (FR 9.1.02) Am 3. Februar beteiligten sich 250 Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen saarländischen und rheinland-pfälzischen Städten an einer Demonstration in Merzig für die Rückkehr einer bereits abgeschobenen kurdischen Familie. (JW 4.2.02) In Luckenwalde demonstrierten am 7. Februar 80 Flüchtlinge sowie

Antirassistinnen und Antirassisten gegen die Residenzpflicht und gegen unmenschliche Unterbringen in Flüchtlingsunterkünften. (JW 8.2.02) In Wiesbaden wurde eine Demonstration von 200 Schülerinnen und Schülern, die vor dem Landtag gegen die Abschiebung einer Mitschülerin protestierten, unter Einsatz von Hunden und Pferden auseinandergetrieben (JW 9.2.02) Am 23. Februar demonstrierten 500 Antirassistinnen und Antirassisten gegen das Abschiebegefängnis in Norderstedt-Glasmoor. (JW 27.2.02)

Massenproteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München

In München wurden am Wochenende vom 1. bis zum 3. Februar alle Proteste gegen die 3. Tagung der NATO-Sicherheitskonferenz für die gesamte Dauer der Konferenz verboten. Auf Antrag des Münchner Polizeipräsidiums hatte das Kreisverwaltungsreferat der Stadt München für den Zeitraum der Konferenz einen faktischen Ausnahmezustand über die Münchner Innenstadt verhängt. 3500 Polizisten wurden zur Verhinderung von Protesten eingesetzt. Doch trotz aller Verbote versammelten sich am Freitag 2000 bis 3000 Demonstrantinnen und Demonstranten. Kurz nach Beginn der Kundgebung griff die Polizei die Demonstration brutal an. Zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten wurden verletzt, 200 in Gewahrsam genommen und 50 weitere wurden festgenommen. Doch dies konnte die 7000 Gegnerinnen und Gegner der NATO-Konferenz am Samstag nicht von einer erneuten Demonstration abhalten. Aber auch diese Demonstration und weitere spontane Demonstrationen wurden immer wieder brutal von der Polizei angegriffen. Insgesamt wurden 747 Demonstrantinnen und Demonstranten festgenommen, 60 in Gewahrsam genommen. In München wurde sogar das Gewerkschaftshaus von der Polizei umstellt. Bei vielen rief dies Erinnerungen an die Nazis hervor, die 1933 das Gewerkschaftshaus umstellten. Weitere Informationen im Flugblatt: „Die Nazis mitten im Staatsapparat!“, Gegen die Strömung 2/02, Seite 2. (JW 4.2, 5.02, 13.2.02, FR 1.2.02, FR 2./3.2.02, FR 4.2.02)

Erneute Angriffe der Guerilla gegen den reaktionären Staat in Nepal

Anfang Februar überfielen Guerillagruppen einen Polizeiposten 120 Kilometer östlich der Hauptstadt Kathmandu und töteten 15 Polizisten. (JW 6.2.02) Mitte des Monats wurde Mangalsen, der Hauptort des Distriktes Achham von 100 Guerillakämpferinnen und -kämpfern gestürmt. Sie töteten den Distriktverwalter, 49 Polizisten und 48 Soldaten. Sie setzten Regierungsgebäude in Brand, befreiten Gefangene aus dem Gefängnis, raubten eine Bank aus und griffen Polizeiposten, Armeebarracken und Munitionsdepots an. Sie griffen auch den nahegelegenen Flughafen an, besetzten ihn und töteten dort ebenfalls 22 Polizisten. (JW 19.2.02) Einige Tage später griffen die Guerillas eine Polizeiwache rund 260 Kilometer westlich der Hauptstadt an und töteten über 30 Polizisten. Der Angriff erfolgte nur wenige Stunden nachdem das Innenministerium den Ausnahmezustand für weitere 3 Monate verlängert hatte. (JW 23.2.02)

Antirassistische Proteste gegen Flüchtlingslager

AUSTRALIEN: In Australien protestierten Flüchtlinge hauptsächlich aus Afghanistan gegen den Stop der Bearbeitung ihrer Asylanträge und gegen ihre drohende Abschiebung mit einem Hungerstreik im Abschiebelager Woomera. „Einwanderungsminister“ Phillip Ruddock äußerte sich daraufhin extrem zynisch und verachtend: „Sie können ja nach Hause gehen, wenn Ihnen die Verhältnisse in Woomera nicht gefallen.“ Aus Verzweiflung versuchten mehrere Menschen sich das Leben zu nehmen. Nach fast zwei Wochen waren sogar 370 Flüchtlinge im Hungerstreik. In mehreren Orten Australiens versammelten sich Antirassistinnen und Antirassisten vor Abschiebelagern, begannen Solidaritätshungerstreiks. In Melbourne gelang es Antirassistinnen und Antirassisten, einen Zaun des Maribryn-Lagers zu durchbrechen. Auf Grund der Proteste wurde erreicht, daß nach 2 Wochen Hungerstreik am 30. Januar die Bearbeitung von Asylanträgen erst mal wieder aufgenommen wurde. (FR 22.1.02 23.1.02, 28.1.02, TAZ 31.1.02)

SCHWEIZ: Am 29. Januar wurde ein Flüchtling ohne legale Papiere bei einer Ratsdebatte verhaftet. Abends versammelten sich daraufhin rund 300 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Polizeigebäude. Die Antirassistinnen und Antirassisten drangen in das Gebäude ein, entfernten das Sicherheitsglas, durchsägten die Stäbe der Zelle von Sherif A. und schafften ihn in der Menge der Leute ins Freie, woraufhin er untertauchen konnte. Sherif A. sollte einen Tag später in das Abschiebegefängnis verlegt werden und von dort aus in die Türkei abgeschoben werden. Doch dies konnte durch diese Aktion verhindert werden. (Angehörigen Info 15.2.02)

GROSSBRITANNIEN: In Großbritannien gelang es mehreren Flüchtlingen, aus dem Abschieblager Yarl's Wood Centre zu fliehen. Etwa 20 Flüchtlinge konnten ihre Wärter überwältigen, das Lager in Brand stecken und fliehen. Mit dem Feuer konnten sie die Anlage zu einem Drittel zerstören und einen Schaden von 60 Millionen Euro hinterlassen. Die Flüchtlinge wurden bereits am Tag darauf wieder inhaftiert. (FR 16.202)

2002 März–April

Deutscher Imperialismus In Afghanistan

Deutsche Spezialeinheiten der KSK sind in Afghanistan im direkten Kampfeinsatz. Einzelheiten darüber werden aber weiterhin vertuscht. (FR 5.3.02, TAZ 5.3.02) Der Kommandant der deutschen Truppen in Afghanistan wurde Oberbefehlshaber der multinationalen Truppe, die für die Kontrolle über Kabul zuständig ist. (FR 20.3.02) Der Bild-Kolumnist Franz Josef Wagner feuerte die deutschen Soldaten im Stile des „Landser“ an: *„Lieber kämpfender deutscher Soldat (...) Ja, ich wünsche euch, daß ihr den Gegner tötet, bevor er euch tötet. (...) Ich stamme euch aus der Heimat: Habt Glück, paßt auf, schießt schneller.“* (zitiert nach JW 6.3.02)

Deutscher Imperialismus baut weltweites Netz von Stützpunkten auf

Es ist geplant, daß der deutsche Imperialismus die Führung des Marineverbandes im Indischen Ozean übernehmen soll. (FR 22.4.02) Auch in Georgien kämpfen deutsche, britische und US-amerikanische Spezialeinheiten. (JW 15.3.02)

West-LB: Zerstörung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und Terror in Ecuador

In Ecuador ist die West LB, zu 43 Prozent im Besitz der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, an einem internationalen Konsortium zum Bau eines Ölpipelineprojekts beteiligt. Die West LB hat sogar die Führung dieses Konsortiums inne. Für diese Pipeline soll quer durch den Regenwald eine Schneise geschlagen werden. Zehntausende Menschen sollen für den Bau vertrieben werden, ein ungeheures Verseuchung der Lebensverhältnisse durch austretendes Öl ist zu erwarten. Bereits seit Februar wird in der Erdölregion für eine bessere Infrastruktur gestreikt. Mittlerweile wurde der Ausnahmezustand verhängt. Bei Protesten wurden bereits 3 Arbeiterinnen und Arbeiter ermordet und 20 verletzt. Frauengruppen hatten daraufhin den Militärlughafen in Nueva Loja besetzt, um gegen den Mord zu protestierten. Anfang

März blockierten mehrere hundert Menschen die Zufahrtsstraßen zu den Ölfördertürmen und zur Raffinerie. Doch auch hier wird erwartet, daß das Militär und die Polizei für die Gewinne von West LB und anderen Kapitalisten den Weg freiräumen werden. (JW 6.3.02, JW 13.3.02)

Streiflichter des Nazi-Terror

In Bielefeld marschierten am 2. März rund 600 Nazis erneut gegen die in Bielefeld gezeigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. (JW 4.3.02) In Bernau wurde ein Mädchen aus Afghanistan von zwei Nazis beschimpft, geschlagen und getreten. Erst das Hinzukommen von einigen Mitschülern führte dazu, daß die Nazis abhauten. (TAZ 6.3.02). In Neuhoof bei Fulda wurde am 4. März das Schaufenster einer Metzgerei eines Mannes aus der Türkei mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. (FR 6.3.02) Am 9. März marschierten Nazis in Barnshausen bei Hannover und in Schwedt auf. (TAZ 11.3.02) In Köln marschierten am gleichen Tag rund 50 Nazis der „Bürgerbewegung pro Köln“ geschützt von einem großen Polizeiaufgebot durch Köln. (TAZ 11.3.02). In Templin drang ein Nazis gewaltsam in die Wohnung eines Mannes aus Indien ein und verprügelte diesen. Am 10. März stürmten in Hennigsdorf mehrere Nazis einen Imbiß und verletzten zwei Männer aus der Türkei. (FR 12.3.02) Eine Familie aus der Türkei wird im brandenburgischen Basdorf nun seit Monaten bereits von Nazis bedroht, beleidigt und angegriffen. Am 10. März versuchten Nazis, in ihr Haus einzudringen, was ihnen allerdings nicht gelang. Am 1. April versammelten sich 6 Nazis vor dem Haus der Familie und riefen Nazi-Parolen. (TAZ 12.3.02, TAZ 3.4.02) Am 16. März wurde das sowjetische Denkmal auf dem städtischen Friedhof in Berlin-Marzahn umgestoßen und mit Hakenkreuzen besprüht. Auch in Ahlbeck auf der Insel Usedom schleuderten am gleichen Wochenende Nazis einen Brandsatz auf ein Denkmal für die sowjetischen Rotarmistinnen und Rotarmisten, die im Kampf gegen den Nazismus starben. (JW 18.3.02) Am 23. März marschierten in Neubrandenburg rund 250 Nazis des „Kameradschaftsbundes Usedom“ und der NPD auf. In Erfurt marschierten 60 Nazis

durch die Stadt. (TAZ 25.3.02) In Brand-Erbisdorf (Sachsen) drangen zwei Nazis in die Wohnung einer Familie aus der Türkei gewaltsam ein, beschimpften die Familie und schlugen auf den Vater ein. (TAZ 6.4.02) Am 20. April, an dem von den Nazis gefeierten Geburtstag Hitlers, wurde in Eberswalde ein Jugendlicher von 5 Nazis zusammengeschlagen, in Bochum nahm die Polizei zwei Bundeswehrsoldaten, die Nazi-Parolen grölten, fest. Auch in Bautzen grölten 25 Nazis ihre Parolen während eines Aufmarsches durch die Stadt. (FR 23.4.02) In München tauchten etwa 20 Nazis bei einer Kundgebung von Palästinenserinnen und Palästinensern - die ausgerechnet am 20. April stattfand - auf und riefen antisemitische Parolen bevor sie endlich von Autonomen und Palästinenserinnen und Palästinensern vertrieben wurden. (JW 23.4.02)

Welle antisemitischen Terrors

Nach den antisemitischen Äußerungen Möllemanns fühlten sich die Nazis bestärkt und griffen mehrere jüdische Einrichtungen an. In der Nacht auf den 5. März wurde der jüdische Friedhof in Grabow (Mecklenburg-Vorpommern) von Nazis geschändet. Bereits Ende Februar gab es drei Nazi-Anschläge auf Gedenkstätten oder jüdische Friedhöfe. Auf die KZ-Gedenkstätte in Wöbbelin, auf das Mahnmal für die Opfer des Todesmarsches in Rabensteinfeld und auf den jüdischen Friedhof in Boizenburg. (JW 6.3.02) Fast zeitgleich mit zwei Anschlägen auf sowjetische Denkmäler am 16. März schleuderten Nazis einen Sprengsatz über den Zaun des jüdischen Friedhofs in Berlin-Charlottenburg. Bereits 1998 wurde auf dem gleichen Friedhof das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland Galinski mit einer Bombe zerstört. (JW 18.3.02) Am 2. April wurde das Mahnmal auf der Putzitzbrücke in Berlin, das an die Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden erinnert, von Nazis beschmiert. (TAZ 3.4.02). Ende April wurde im gleichen Stadtbezirk erneut ein jüdisches Mahnmal beschmiert. (TAZ 27.4.02) In der Nacht zum 16. April wurde die Synagoge in Herford mit antisemitischen Nazi-Parolen besprüht. (JW 18.4.02) Am 28. April verübten Nazis einen

Brandanschlag auf die Synagoge in Berlin-Kreuzberg. (JW 30.4.02) Anfang April wurden zwei orthodoxe Juden aus den USA in Berlin von Antisemiten angegriffen. Am 14. April wurde eine Jüdin mit ihrer Tochter von zwei Nazis auf einem Berliner U-Bahnhof angegriffen und verletzt (TAZ 3.4.02, FR 16.4.02).

Antinazistische Aktionen und Demos

In Bielefeld protestierten am 2. März 3000 Menschen gegen einen erneuten Aufmarsch von rund 600 Nazis. (JW 4.3.02) In München griffen drei Jugendliche aus der Türkei einen Nazi an und schickten ihn ins Krankenhaus. Zwei der Jugendlichen wurden verhaftet und es wird wegen versuchten Mordes gegen sie ermittelt. (TAZ 6.3.02) 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten in Ludwigsburg gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. (JW 6.3.02) Am 23. März konnte in Neubrandenburg der Aufmarsch von 120 Nazis durch eine Blockadeaktion von 800 Antifaschistinnen und Antifaschisten gestoppt werden. In Erfurt versuchten 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Aufmarsch von Nazis durch die Stadt zu verhindern. Nur durch den Schutz der Polizei gelang es den Nazis ihren Aufmarsch durchzuführen. (JW 25.3.02) Am 30. März griffen aus einer Demonstration von 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten einige eine Kundgebung von etwa 50 Nazis in Lübeck mit Steinen an. 45 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden später vorläufig festgenommen. (JW 4.4.02) Am 6. April versuchten rund 1000 Nazis zum dritten Mal in sieben Monaten einen Aufmarsch durch Leipzig. Rund 10.000 Menschen protestierten am Rande gegen den Aufmarsch. Nach 6 Stunden Wartezeit wurde der Aufmarsch der Nazis von der Polizei untersagt. Bei der Abreise gelang es aber noch einigen Antifaschistinnen und Antifaschisten die Nazis anzugreifen. (JW 8.4.02).

Proteste der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das revisionistische Regime in China

In Nordchina demonstrierten mehrere tausend Arbeiterinnen und Arbeiter für ausstehende Löhne, gegen Entlassungen und Korruption. In Liaoyang

versammelten sich Mitte März 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus sechs staatlichen Fabriken vor dem Petitionsbüro der Stadtverwaltung, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Viele haben bereits seit über einem Jahr keine Löhne mehr erhalten. Am 20. März protestierten dann erneut die Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Forderungen. Die mehr als zehntausend Protestierenden trugen auch Portraits von Mao Tse-Tung mit sich. Am 18. März bereits hatten rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter eine Demonstration durch die Stadt organisiert. Mittlerweile beteiligten sich Arbeiterinnen und Arbeiter aus 20 staatlichen Firmen. Am gleichen Tag demonstrierten in der Stadt Daqing im chinesischen Erdölfördergebiet 4000 entlassene Arbeiterinnen und Arbeiter vor der Nationalen Ölgesellschaft. Diese Kämpfe sind keine Ausnahme. Laut internen Regierungszahlen kam es allein im Jahr 2000 zu 30.000 Arbeiterinnen- und Arbeiterproteste. Auch die Bäuerinnen und Bauern kämpfen für eine bessere Lebenslage. Nach einer Steuererhöhung im Januar stürmten 600 aufgebrachte Bäuerinnen und Bauern in Fushan das Büro des Parteikomitees. (FR 12.3.02, FR 22.3.02)

Erneute Angriffe der Guerilla gegen den reaktionären Staat in Nepal

Die Guerilla-Stützpunkte wurden dann aber seit Mitte März massiv von Polizei- und seit neustem auch von Armee-Einheiten angegriffen. Die Armee wurde u.a. durch die deutsche Waffenschmiede Heckler&Koch mit 65.000 G-36 Gewehren beliefert. (FR 4.3.02) Mehrere hundert Kämpferinnen und Kämpfer sollen laut Regierungsangaben gefallen sein. Bei einem Angriff auf zwei Polizeistationen im Westen des Landes am 12. April töteten die Guerillas nach offiziellen Angaben 46 Polizisten und verletzten über 70. Augenzeugen sprachen allerdings von mehr als hundert erschossenen Polizisten. Auch das Haus des Ministers für Innere Sicherheit wurde angegriffen. Dabei wurden 60 Polizisten erschossen, es sollen aber nach Angaben der Polizei auch rund 60 Kämpferinnen und Kämpfer bei dem Gefecht gefallen sein. Am 23. April begann ein fünftägiger

Generalstreik in der Hauptstadt Kathmandu, der das gesamte Stadtleben zum Erliegen brachte. Außer den staatlichen Büros blieben die meisten Geschäfte geschlossen. (FR 13.4.02, FR 14.302, TAZ 25.4.02)

Antirassistische Proteste gegen Flüchtlingslager in Australien

In Australien belagerten Anfang April rund 800 Antirassistinnen und Antirassisten das weit ab in der Wüste gelegene Flüchtlingslager Woomera. Während einer Demonstration vor dem Lager gelang es etwa 50 Flüchtlingen auszubrechen und in der Menge der Demonstration zunächst unterzutauchen. Der mehrere Meter hohe und mit NATO-Stacheldraht bestückte Zaun um das Lager wurde von den Antirassistinnen und Antirassisten niedergedrückt und sie ermöglichten so die Flucht. Zwei Tage später rissen erneut rund 200 Demonstrantinnen und Demonstranten den Zaun ein, eine Flucht wurde jedoch vom Wachpersonal verhindert. (JW 2.4.02) Auf dem Inselstaat Nauru, auf dem Australien ein Lager für etwa 300 Flüchtlinge aus Afghanistan errichtet hat, um zu verhindern, daß diese überhaupt Australien erreichen, gelang am 9. April 250 Flüchtlingen die Flucht aus dem Lager. Kurz darauf wurden allerdings alle wieder ins Lager verschleppt. (JW 11.4.02) Im Lager Port Hedland bei Perth bewaffneten sich 150 Flüchtlinge und griffen die Wärter an. Im nahegelegenen Flüchtlingslager Curtin verweigerte sich eine Gruppe von bewaffneten Flüchtlingen 5 Tag lang den Anweisungen der Wärter. Bei direkten Kämpfen zwischen Wärtern und Flüchtlingen gab es 50 Verletzte. (JW 25.4.02)

2002 Mai-Juni

Deutscher Imperialismus weltweit aktiv

Anfang Mai hat die Bundeswehr für sechs Monate den Oberbefehl über den Einsatz von Kriegsschiffen am Horn von Afrika übernommen. Dort sind in Kenia und Dschibuti 1400 Soldaten und 15 deutsche Kriegsschiffe stationiert. Die Stationierung von Truppen des deutschen Imperialismus in Afghanistan, im Kosovo und in Mazedonien wurden verlängert und werden sich so der Plan des deutschen Imperialismus noch Jahre dort festsetzen. So werden z.B. für weitere sechs Monate Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert bleiben. Eigentlich wäre der Einsatz am 20. Juni beendet gewesen. Die derzeit 1160 Soldaten sollen auf 1400 aufgestockt werden. Damit stellt der deutsche Imperialismus das stärkste Kontingent innerhalb der ISAF (Internationale Schutztruppe für Afghanistan). (JW 10.5.02, 27.5.02, FR 31.5.02, FR 6.6.02)

Alltäglicher Polizeiterror

Nach 12-tägigem Koma starb Stefan N. in Köln an seinen Verletzungen. Sechs Polizisten hatten ihn brutal mit Schlägen und Pfefferspray mißhandelt und mit Fußtritten auf den Kopf getötet. (taz 17.5.02)

Wie jetzt die offiziellen Zahlen belegen, wurden 2001 in 4172 Fällen von Polizisten Schußwaffen eingesetzt, im Jahr 2000 waren es 3594 Fälle. 68 Mal wurde auf Personen geschossen, wobei 5 getötet wurden. Zynisch wertet der Bremer Innenminister Böse dies: „Die Beamten haben erneut eindrucksvoll gezeigt, dass sie gerade auch in Extremsituationen professionell und abgewogen reagieren und entscheiden.“ (JW 21.5.02)

Staatlicher Rassismus

Im Rahmen der sogenannten Anti-Terror-Gesetze

müssen sich Menschen aus 22 Ländern besonderen Überprüfungen unterziehen lassen, um nach Deutschland einreisen zu dürfen. Dazu gehören unter anderem Menschen aus Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, Afghanistan, Pakistan, Nordkorea. (taz 3.06.)

Prozess gegen SS-Mörder Engel

Nach 58 Jahren steht seit dem 7. Mai der ehemalige SS-Sicherheitschef von Genua, Friedrich Engel, wegen 59fachen Mordes vor dem Hamburger Landgericht. Am 19. Mai 1944 befahl er der SS-Chef von Genua eine Erschießung von 59 Gefangenen als „Vergeltungsmaßnahme“ für den erfolgreichen Anschlag antifaschistischer Partisaninnen und Partisanen auf ein Soldaten-Kino bei dem 5 Wehrmachtssoldaten getötet und 16 verletzt werden konnten. Er befahl nicht nur das Massaker, sondern beteiligte sich auch selbst – wie Zeugenaussagen belegen. Der „Todesengel von Genua“, der in Italien 1999 wegen der Ermordung von 246 italienischen Geiseln in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, lebte unbehelligt von der deutschen Justiz in Hamburg. Erst durch den Prozeß in Italien und die Proteste der Angehörigen von Ermordeten wurde die deutsche Justiz zu Ermittlungen und den jetzigen Prozeß gezwungen. (FR 07.05.02)

Antisemitische Attacken von Möllemann und antisemitische Reaktionen

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Möllemann griff mit seinen antisemitischen Tiraden Michel Friedmann an und warf ihm vor, verantwortlich für den Antisemitismus in Deutschland zu sein: „Michel Friedmann (Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland) weckt (...) den Zorn und Unmut vieler Menschen.“ (FR 29.05.02)

Das ganze demagogische Denkmuster „Die Juden sind selbst schuld am Antisemitismus“ ist tief verwurzelt in der Geschichte der Feindschaft gegen die Juden. Ganz aktuell schwimmt der Antisemitismus auf einer Welle, die so neu nicht ist: Um den „Zionismus“ soll es angeblich gehen, um den Krieg zwischen der israelischen Armee und den bewaffneten Kräften in den palästinensischen Autonomiegebieten, tönt es. Letztendlich ist es aber schlichtweg Antisemitismus. Im Internetforum von Möllemann mehrten sich sehr schnell die teils noch offeneren antisemitischen Ausfälle. Auch Norbert Blüm blies ins gleiche Horn, als er im „stern“ sagte, dass Kritik an Israel angeblich mit dem „Knüppel“ Antisemitismus unterdrückt werde. (FR 9.6.02)

Auch die Nazis griffen die antisemitischen Äußerungen von Möllemann liebend gerne auf. Von der NPD, über die DVU bis hin zur Jungen Freiheit applaudierten sie Möllemann. (Jungle World 29.5.02)

So wurden auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres bereits offiziell 127 antisemitische Straftaten registriert. Gegen 65 Antisemiten wurde ermittelt, jedoch in lediglich einem Fall wurde Haftbefehl erlassen (taz 13.05.02) Am 19. April wurde ein jüdischer Friedhof in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) geschändet, in der Nacht zum 27. April wurde ein jüdisches Mahnmal in Berlin geschändet. (Jungle World 08.05.02) In Berlin ist Anfang Mai das 1941 von der Gestapo geschlossene „Israelitische Krankenhaus“ verwüstet worden. Das Mobiliar, die elektrischen Anlagen und Scheiben wurden systematisch zerstört und unersetzbar vernichtet. (FR 13.05.02)

(Weitere Positionen in „Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!“, Gegen die Strömung 05/2002)

Nazi-Morde an Kajrat B. und Klaus Dieter L.

Am 4. Mai wurde der aus Rußland kommende 24jährige Kajrat B. zusammen mit einem Freund in Wittstock (Brandenburg) von drei Nazis angegriffen. Nach mehreren Schlägen warf einer der Nazis mit voller Wucht einen großen Stein auf den am Boden liegenden Karjat B. Nach zweiwöchigem Koma starb Kajrat B. (Taz 25.05.02)

Mitte Mai wurde der 19jährige Behinderte Klaus Dieter L. in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) von zwei Nazis zu Tode getreten. „Es sah so aus, als wäre mit dem Kopf Fußball gespielt worden“ sagte Oberstaatsanwalt Moser, allerdings elnen nazistischen Hintergrund des Mordes leugnete er und fasselt statt dessen von „überschießender Gewaltanwendung“. Bekannt ist, daß die Nazis vor der Tat ausgesagt haben, „Behinderte und Neger“ seien „nicht lebenswert“. (taz 14.06.02)

Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors Bundesweit fanden auch in diesem Jahr Naziaufmärsche am 1. Mai statt. In Berlin marschierten 700 Nazis in Frankfurt/Main versammelten sich 400 Nazis, 200 Nazis marschierten in Mannheim, 400 in Fürth, in Dresden marschierten 900 Nazis auf.

Am 26. April wurde ein aus Rußland stammender Mann in Püchersreuth (Bayern) von Nazis verprügelt. Am 27. April wurden in Bremen zwei Brandanschläge auf von Menschen aus der Türkei bewohnte Häuser verübt. Mehrere Personen erlitten Rauchvergiftungen. (Jungle World 08.05.02.) In der Nacht zum 1. Mai wurde die aus der Türkei kommende Familie Sendilmen in Pirna (Sachsen) von 15 Nazis attackiert. Die Polizei schritt erst nach drei Stunden ein. Die Familie ist nach sechs Jahren Nazi-Terror mittlerweile aus Pirna geflüchtet. Nach wie vor läuft gegen sie ein Gerichtsverfahren,

welches u.a. von neun Nazis der mittlerweile verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz gegen sie angestrengt wurde. In Pirna und Umgebung sind seit Mitte April 28 Jugendliche Opfer von Nazi-Angriffen geworden. (Jungle World 08.05.02, 12.06.02) In Sachsen stieg die Zahl der Nazis im Jahre 2001 offiziell auf 3300 Personen und erreichte damit einen neuen Höchststand seit 1990. (Taz 08.05.02) In Braunschweig überfielen Mitte Mai 30 Nazis Besucher einer Diskothek und prügelten und traten auf sie ein. (antifaschistische nachrichten 13-2002) Am 17. Mai wurde in Freiburg ein Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft verübt. Zwei Bewohner wurden durch Sprünge aus dem Fenster schwer verletzt, 16 weitere erlitten eine Rauchvergiftung. In Biesenthal (Brandenburg) wurden mehrere Vietnamesen am 21. Mai von vier Nazis angegriffen. Während drei Vietnamesen entkommen konnten, fiel ein weiterer den Nazis in die Hände, wurde getreten und mit einem Messer attackiert und verletzt. (Jungle World 29.05.02) Am 25. Mai wurde ein Konzert in Kandel von 30 bis 40 bewaffneten Nazis überfallen. Mehrere jugendliche Konzertbesucher erlitten Verletzungen durch Schläge, Tritte und Flaschenwürfe. (antifaschistische nachrichten 14-2002) Am 1. Juni ist in Berlin ein Jugendlicher aus dem Iran von mehreren Nazis in einem Bus mit Fäusten und Schlagringen verprügelt worden. Dabei wurde der Jugendliche mit dem Kopf so lange gegen eine Busscheibe geschlagen, bis diese zerbrach. (taz 04.06.02) In Magdeburg wurde am 3. Juni ein 17jähriger aus dem Kongo von zwei Nazis verprügelt und mit einem Messer angegriffen worden. (FR 05.06.02) Am 8. Juni marschierten in Leipzig 2500 Nazis gegen die dort gezeigte Ausstellung über die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht auf. Durch 4000 Polizeikräfte wurde für die Nazis ein Areal von etwa fünf Quadratkilometern abgeriegelt. (JW 10.06.02)

15 Nazis verprügelten in Dortmund am 14. Juni nach einer Hetzjagd durch die Innenstadt zwei Menschen aus anderen Herkunftsländern. (FR 17.06.02) In Berlin ist am 14. Juni eine arabische Familie von einem Nazi mit einer Metallstange angegriffen worden. Der Vater brachte den Nazi mit einem Fausthieb ins Gesicht zu Fall. (taz 18.06.02) In Saarbrücken griffen im 15. Juni drei Nazis ein PDS-Mitglied an einem Wahlkampfstand an und traten ihn am Boden liegend ins Gesicht und an den Oberkörper. Das Opfer mußte mit gebrochenen Rippen ins Krankenhaus, wie auch zwei Passanten, die helfend eingegriffen haben. (JW 19.06.02) Am Wochenende des 22./23. Juni griffen in Berlin 50 Nazis Besucher eines Blumenfestes an. (JW 24.06.02)

Antifaschistische Demonstrationen und Aktionen am 1. Mai

Auch in diesem Jahr war der 1. Mai in Deutschland geprägt von antifaschistischen Kämpfen, die sich gegen Naziaufmärsche richteten. Mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten in Berlin gegen einen Aufmarsch von 700 Nazis. (Berliner Zeitung 62.05.02) In Frankfurt/Main wurde verhindert, daß die etwa 400 Nazis ihren Aufmarsch beginnen konnten. Bereits am frühen Morgen errichteten Antifaschistinnen und Antifaschisten auf den Zufahrtstraßen und der geplanten Nazi-Route Straßenblockaden, um den Aufmarsch der Nazis zu verhindern. (swing Nr. 114) 800 Menschen demonstrierten in Mannheim gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Verhindert werden konnte, daß die Nazis auf dem Rathausplatz eine Kundgebung abhielten. (Mannheimer Morgen 02.05.02) In Fürth gelang es den 3-4000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten nicht, einen Aufmarsch von 400 Nazis zu verhindern, da die gesamte Nazi-Route durch eine polizeiliche Sicherheitszone

mit Absperrgittern und Bewachung vor Protesten geschützt wurde. (antifaschistische nachrichten. 12-2002) In **Ludwigshafen** blockierten Antifaschistinnen und Antifaschisten den Hauptbahnhof und verhinderten so den Aufmarsch von ca. 250 Nazis durch die Innenstadt. Die Polizei sorgte dafür, daß die Nazis nach Ludwigshafen-Mundenheim umgeleitet wurden, wo sie für 20 Minuten, begleitet von den Protesten nachgekommener Antifaschistinnen und Antifaschisten, durch den Stadtteil zogen. In **Dresden** gelang es Antifaschistinnen und Antifaschisten, einen Aufmarsch von 900 Nazis mehrmals durch Blockaden zu stoppen. Eine Blockade von 400 Antifas zwang die Nazis dann endgültig zum Abbruch ihres Aufmarsches. In **Göttingen** gelang es den Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht, einen Aufmarsch von 200 Nazis zu verhindern, da dieser unter dem Schutz von 3500 Polizeikräften durchgeführt wurde. (antifaschistische nachrichten 10-2002)

Anti-Nazi-Kämpfe

In **Frankfurt/Main** verhinderten am 4. Mai ca. 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch Straßenblockaden und militante Angriffe, einen Aufmarsch von 50 Nazis auf ihrer genehmigten Route. Die Nazis erhielten Unterstützung von 2000 Polizisten, die teilweise mit Schlagstöcken auf Antifaschistinnen und Antifaschisten einschlugen. (Neue Presse 06.05.02, swing Nr. 114) 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrieren am 11. Mai in **Dorsten** gegen die Dorstener Nazis und ihre Wegbereiter. (www.no-nazis.de) Am 15. Mai protestierten 40 Menschen in **Kiel** gegen eine Veranstaltung von Burschenschaftlern und Nazi-Mördern der Legion Condor. (antifaschistische nachrichten 12/2002) In **Jena** demonstrieren 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten am 1. Juni gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. (FR

03.06.02) Zwei Gegendemonstrationen (Antifas und DGB) richteten sich am 15. Juni in **Karlsruhe** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1100 Polizisten geschützt wurde. Den Antifaschistinnen und Antifaschisten gelang es auf Grund des massiven Polizeischutzes für die Nazis nicht, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern, (JW 17.06.02),

Kämpfe gegen den staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

300 Schülerinnen und Schüler demonstrieren am 7. Mai in **Friedberg (Hessen)** vor der Ausländerbehörde für das Bleiberecht der staatenlosen Familie Zamfir, die nach Rumänien abgeschoben werden soll, (FR 08.05.02) 1000 Flüchtlinge sowie Antirassistinnen und Antirassisten protestieren am 25. Mai in **München** unter dem Motto „Stoppt die Internierungslager“ gegen die geplante Internierung von sogenannten „ausreisepflichtigen“ Menschen aus anderen Herkunftsländern. (taz 27.05.02) In **Köln** demonstrieren am 25. Mai Antirassistinnen und Antirassisten und forderten die Schließung des sogenannten „Ausländerzentralregisters“. (JW 29.05.02), In **Essen** demonstrieren Ende Mai 1000 Menschen gegen die drohende Abschiebung von Roma-Familien nach Jugoslawien. (taz 30.05.02) 600 Roma protestieren am 5. Juni in **Bremerhaven** gegen den Plan der dort stattfindenden Innenministerkonferenz, Roma, Ashkali und Serben nach Kosova abzuschicken. Die Roma, die Protestaktionen in **Essen, Düsseldorf und Hamburg** durchführten, um gegen ihre drohende Abschiebung zu kämpfen, demonstrieren mit 400 weiteren aus Serbien und Montenegro kommenden Roma auch am 10. Juni in **Berlin** gegen die geplante Abschiebung. (FR 06.06.02, JW 11.06.02) Mehrere hundert Demonstrantinnen und Demonstranten protestieren am 5. Mai in **Berlin** vor der FDP-Zentrale gegen den Antisemitismus in

der FDP und forderten die Abwahl des Antisemiten Möllemann aus dem Parteivorstand. (taz 06.06.02) Gegen einen Auftritt Möllemanns in **Hamburg** protestierten dort 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten am 11. Juni. Der von ihnen besetzte Versammlungssaal wurde von der Polizei mit Knüppeln geräumt. Dabei wurde auch eine über 80jährige Frau, Überlebende des Holocaust und Mitglied des Auschwitz-Komitees, mit dem Knüppel geschlagen. (antifaschistische nachrichten 13-2002) Gegen Flüchtlingsinternierung und Abschiebung protestierten am 8. Juni 400 bis 500 Antirassistinnen und Antirassisten auf dem Flughafen **Frankfurt/Main**. (Asyl-Nachrichten Nr. 117) Etwa 2000 Menschen demonstrieren am 15. Juni in einem länderübergreifenden Protestmarsch gegen den Ausbau polizeilicher Kontrolle und staatlicher Überwachung. (JW 17.06.02)

Streiks der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter

Vom 17. bis zum 26. Juni streikten zum ersten Mal seit 1945 insgesamt 32000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter auf ca. 2800 Baustellen in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhung. So wichtig und notwendig diese für viele Arbeiterinnen und Arbeiter ersten Kampferfahrungen seit Jahrzehnten sind, zeigt auch dieser Streik das Dilemma von Kämpfen, die unter der Kontrolle der DGB-Führung und des DGB-Apparates stehen. So äußerte sich der IG BAU Vorsitzende Wiesehügel schon zu Beginn abwiegelnd: „Wir haben kein Interesse an einem langen Streik“

Die Bau-Kapitalisten ließen Polizei und bezahlte Schlägertrupps aufmarschieren, um Streikbrecher auf die Baustellen zu schleusen, von denen sich allerdings auch einige, insbesondere Kollegen aus anderen Herkunftsländern, mit den Streikenden solidarisierten und sich dem Streik anschlossen.

(JW 18.06.02, 19.06.02, 25.06.02)

(Weitere Informationen und Positionen zum Streik der Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter in „Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002, Gegen die Strömung 7/02)

Militante Kämpfe in Peru gegen erhöhte Strompreise und Massenentlassungen

Mitte Juni kam es zu mehrere Tage anhaltenden Protesten und militanten Kämpfen gegen den geplanten Verkauf von zwei Energieunternehmen. Die Proteste richteten sich in erster Linie gegen die drohende Erhöhung von Strompreisen sowie Massenentlassungen. Trotz des am 17. Juni von der peruanischen Regierung verhängten Ausnahmezustandes über die Provinz Arequipa weiteten sich die Kämpfe aus. In Arequipa, der zweitgrößten Stadt des Landes, wurden öffentliche Gebäude gestürmt. Bei Kämpfen gegen die Polizei wurde ein Student erschossen. In der 250.000 Einwohner-Stadt Tacna kämpften Tausende von Menschen gegen die drohenden Massenentlassungen und Preiserhöhungen. Sie griffen öffentliche Einrichtungen an und errichteten mit Baumstämmen und brennenden Reifen Barrikaden, um die wichtigsten Straßen zu blockieren. In Lima, der Hauptstadt des Landes, setzte die Polizei gepanzerte Fahrzeuge gegen die Kämpfenden ein. Einige Tage später wurde aufgrund der Proteste der Verkauf der beiden Firmen erst einmal gestoppt. (FR 18.06.02, 19.06.02, JW 19.06.02)

Generalstreik in Spanien

Kurz vor Beginn des EU-Gipfels in Sevilla fand am 19. Juni in Spanien ein landesweiter Generalstreik statt. Der erste Generalstreik seit 1994 richtete sich gegen beschlossene Einschnitte beim Kündigungsschutz und bei der

Arbeitslosenversicherung. In Bilbao wurden von streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern mit brennenden Barrikaden Straßensperren errichtet. In Sevilla führte der bestreikte Flughafen zur Verschiebung des EU-Gipfels, da eine Anreise über den Flughafen nicht mehr möglich war. 200.000 Menschen gingen dort auf die Straße. (JW 21.06.02)

Die Kämpfe in Argentinien gehen weiter

Am 20. Mai blockierten 10.000 verarmte und arbeitslose ArgentinierInnen und Argentinier Dutzende von Straßen. Allein in La Matanza blockierten 7000 Menschen die Autobahn. (JW 22.05.02) Am 29. Mai folgte ein landesweiter Streik- und Protesttag, an dem sich zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Arbeitslose beteiligten. Mehr als tausend Straßen im Lande wurden blockiert und in mehreren Provinzen kam es zu militanten Kämpfen. (JW 31.05.02) Am 26. Juni erschoss die Polizei Dario Santillan (21) und Maximiliano Costeki (25), Mitglieder kämpferischer Arbeitslosengruppen, die mehrere Zufahrtstraßen blockieren wollten. Vorausgegangen war die Drohung, die weiteren Proteste brutal zu unterdrücken, und auch der Einsatz von Schusswaffen wurde offen angekündigt. Gegen diesen Polizeiterror protestierten einen Tag später mehrere tausend Menschen in Buenos Aires. (taz 28.06.02, JW 29.06.02)

2002 Juli-Aug.

Deutscher Imperialismus weltweit aktiv

Der deutsche Imperialismus hat mittlerweile in vielen Ländern Truppen stationiert: u.a. in Kosovo, Mazedonien, Bosnien, Afghanistan, Kenia, Dschibouti, Kuwait und Bahrain. Während Vor- und Nachbereitungen aller militärischen Aktivitäten der Bundeswehr sind rund 50.000 Soldaten permanent durch Auslandseinsätze gebunden. (JW 26.07.02)

Faschisierung und Verschärfung nach Innen

Auch nach Innen rüstet der deutsche Imperialismus auf und treibt die Faschisierung voran. Die Ausgaben für den Bundesgrenzschutz (BGS) sollen in den nächsten 10 Jahren stetig erhöht werden, um unter anderem durch das sogenannte „Attraktivitätsprogramm 11“ die Zahl der Planstellen für Polizisten „im gehobenen Dienst“ von 20% auf 40% zu erhöhen. Damit soll die Zahl der Kommissare auf 12.000 steigen. (JW 04.07.2002) Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) forderte die Registrierung der Fingerabdrücke aller in Deutschland lebenden Menschen. (FR 08.08.2002) Auch die Zahl der abgehörten Telefonate steigt kontinuierlich, sie hat sich seit 1995 verfünffacht und die Tendenz ist steigend. Datenschützer gehen von 1,5 Millionen betroffenen Haushalten aus, von denen die meisten nichts von dem Lauschangriff wissen und auch nie erfahren werden. Denn die Abgehörten sind nur zu benachrichtigen, sobald dies „ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks“ geschehen kann, dies geschieht in der Praxis jedoch fast nie. (UZ 19.07.2002) In Griesheim wurde im Rahmen des sogenannten „Anti-Terror“-Kampf die Moschee in Griesheim von Sonderkommandos der Polizei gestürmt. (FR 18.07.02) Deutsche Polizisten töteten drei Menschen Am 8. Juli kam der Libanese Abbas Atris in Berlin

bei einer brutalen Verhaftung durch die Polizei ums Leben. (UZ 19.07.02) Am 14. Juli tötet ein Polizist in Hamburg einen Menschen, als dieser eine Polizeikontrolle durchbrach und flüchtete. Angeblich löste sich ein Schuss, als der Polizist den 36-jährigen Mann festhielt. Das Opfer stürzte daraufhin zehn Meter vom Dach eines Parkhauses und starb wenig später an seinen Verletzungen. (FR 17.07.2002) Am 28. Juli tötete ein Polizist in Nordhausen einen Mann bei der Verhaftung. (taz 29.07.2002)

Abschiebeterror und staatlicher Rassismus

Die Abschiebehafte für Minderjährige soll nun institutionell verankert werden. In Hamburg sollen zum 1. Oktober hin zunächst 15 Plätze für Minderjährige geschaffen werden, die ohne legale Papiere mit Abschiebung rechnen müssen. (Antifaschistische Nachrichten 16.07.02)

Die an der Regierung in Hamburg beteiligte Schill-Partei fordert die Internierung von erkrankten Flüchtlingen. (FR 29.7.02)

Kämpfe der Roma gegen Antiziganismus und Abschiebeterror

Roma, die seit über 8 Wochen in Düsseldorf gegen ihre drohende Abschiebung nach dem maßgeblich vom deutschen Militarismus zerstörten Jugoslawien mittels Platzbesetzung mit Zelten kämpfen, protestieren gegen ein verschärftes antiziganistisches Klima. Die über 700 Roma machten mit einer Karawane, die seit dem 27. April in über 15 Städten war, auf Rassismus und Diskriminierung aufmerksam (taz 13.8.02). 250 Roma demonstrierten am 5. August in Düsseldorf gegen ihre Abschiebung nach Jugoslawien. (taz 06.08.2002) (Weitere Informationen im Flugblatt 8/02 von Gegen die Strömung: „Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den

mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!“)

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

500 Antirassistinnen und Antirassisten demonstrierten am 29. Juni in Ingelheim gegen das dortige Abschiebegefängnis und das sogenannte „Ausreisezentrum“. (JW 1.07.2002) Gegen die rassistische „Bürgerinitiative Bornstedt“ in Potsdam demonstrierten am 13. Juli 250 Antirassistinnen und Antirassisten. Diese sogenannte Bürgerinitiative stellt sich gegen die Verlegung von Flüchtlingen in den Potsdamer Stadtteil Bornstedt (Politische Berichte 15/2002). Am 31. Juli protestierten in Husum 200 Menschen gegen die Abschiebung einer pakistanischen Familie. (Politische Berichte 17/2002) Im Rahmen des diesjährigen 5. antirassistischen Grenzcamp, das am 12. Juli mit etwa 400 Antirassistinnen und Antirassisten aus dem gesamten Bundesgebiet in Jena begann, wurden mehrere antirassistische Aktionen durchgeführt. Bereits am 12. Juli demonstrierten 200 Menschen durch Jena. Am 15. Juli fand eine Protest-Kundgebung vor einer Flüchtlingsunterkunft statt, wo sich die Flüchtlinge mitten in einem Waldgebiet unter menschenunwürdigen Zuständen aufhalten müssen. (JW 16.07.2002, JW 22.07.2002) Am 17. August begann die Tour der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ mit einer Demonstration in Bremen von 600 Antirassistinnen und Antirassisten, wovon eine Vielzahl aus anderen Herkunftsländern stammte. Es ist die seit 1998 zweite Karawane durch die BRD. (JW 24.08.2002)

Verschärfungen gegen Erwerbslose

Mit einer Welle von Verschärfungen vor allem gegen Erwerbslose droht das sogenannte Harz-

Papier. So soll die Beweislast umgekehrt werden, wodurch Arbeitslose gezwungen wären zu beweisen, dass eine Stelle, die sie ablehnen, wirklich unzumutbar ist. (Ein Wechsel des Wohnortes würde z.B. nicht ausreichen.) Weiterhin sollen Arbeitslose einer genaueren Datenprüfung unterliegen. Hinzukommen sogenannte Personal-Service-Agenturen (PSA). Über diese PSAs sollen Unternehmen neue Arbeiterinnen und Arbeiter suchen, kostenlos auf Probe oder gegen Entgelt leihen. Die staatliche Unterstützung von Erwerbslosen soll zudem nach und nach gekürzt werden, so dass nach 24 Monaten lediglich noch ein Sozialgeld gezahlt wird, was der heutigen Sozialhilfe entspricht. (Politische Berichte 05.07.02)

Steigender Antisemitismus in Deutschland

Nach Angaben der jüdischen Gemeinden in Deutschland nimmt der Antisemitismus nicht zuletzt durch die hetzenden Äußerungen des FDP-Politikers Möllemann wieder zu. Jüdische Gemeinden berichten von antisemitischen Schmierereien, Droh- und Schmähaufrufen. Anfang Juli grölhten 5 Antisemiten vor der Synagoge in der Berliner Rykestraße antisemitische Parolen. (FR 3.8.02, Jungle World 10.7.02) In Jülich wurde in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni der jüdische Friedhof von Nazis mit Nazi-Symbolen beschmiert. Auch in Strasburg (Ostvorpommern) wurden im Juni 11 Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof von Antisemiten umgestoßen. (TAZ 2.7.02) In Deutschland wurden im 2. Quartal dieses Jahres offiziell 319 antisemitische Straftaten gemeldet. (FR 30.7.02)

Nazis ermorden Ahmet S. in Sulzbach

Schon wieder ist ein Mensch, diesmal der 19-jährige Ahmet S. aus der Türkei, von einem Nazi

ermordet worden. Er wurde am Freitag, den 9. August auf dem Volksfest in Sulzbach mit 5 Messerstichen attackiert, an denen er am Samstag morgen starb. Seit Jahren ist das Salzbrunnenfest Anziehungspunkt der Nazis, darüber hinaus sind etwa 20 Nazi-Treffs im Sulzbachtal bekannt und Nazi-Übergriffe stellen absolut keine Seltenheit dar. Zu einer Mitte August von der Stadt und der türkischen Gemeinde organisierten Protestdemonstration kamen mehr als 3000 Menschen. (taz 19.8.02, FR 26.8.02)

Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

Zum 10. Jahrestag des drei Tage dauernden rassistischen Pogroms in Rostock-Lichtenhagen sind erneut Brandanschläge verübt worden. Sie richteten sich zum einen gegen das Büro der Arbeiterwohlfahrt im sogenannten Sonnenblumenhaus und einen in der Nähe gelegenen Asia-Shop. (taz 22.7.02) Am 6. Juli marschierten in Magdeburg 200 Nazis unter dem Motto „Linken Terror bekämpfen“. Im Laufe des Tages wurde eine Gruppe von Jugendlichen von Nazis angegriffen. In der Nacht zum Sonntag griffen Nazis das alternative Jugendprojekt „Ulricke“ an. (JW 10.7.02) In Zittau marschierten 100 Nazis zu einem sogenannten Gedenkmarsch auf. (taz 8.7.02) In Lüdenscheid wurde eine Gruppe von Menschen aus anderen Ländern von Nazis angegriffen; 2 der angegriffenen mussten ins Krankenhaus. Bezeichnenderweise nahm die Polizei neben einem Rassistin auch zwei der Angegriffenen fest. (Jungle World 16.7.02) Am frühen Morgen des 14. Juli griffen 30-40 Nazis in Forst ein Festival des Jugend- und Kulturzentrums „Buntes Haus“ mit Steinen und Flaschen an. (Antifaschistische Nachrichten 16/2002) Im Zug zwischen Backnang und Schwäbisch Hall attackierten Mitte August sechs Nazis einen aus Indien stammenden Mann und zündeten ihm den Bart an. (Stuttgarter Zeitung

21.8.02) Mißhandelt wurde am 18.8.02 in Cottbus eine Familie aus dem Iran (Jungle World 28.8.02), wenige Tage vorher ein Pakistani in Frankfurt (Oder) (taz 16.8.02), am 16.8.02 ein aus Sierra Leone geflüchteter Mann im brandenburgischen Prenzlau, der eine Woche später wieder von den Freunden der im Knast sitzenden Nazis bedroht wurde und nun einen sicheren Aufenthaltsort fordert. (FR 28.8.02) Am 13.8.02 wurden in Freiberg zwei Männer aus Vietnam (Jungle World 28.8.02) und am 6.8.02 ein Mann aus Cote d'Ivoire in Halle angegriffen und verletzt (Jungle World 14.8.02). Anfang August werden ein Mann aus Mosambik in Ludwigsfelde (FR 10.8.02), ein Kubaner in Cottbus (FR 5,8.02) und Ende Juli mehrere Brasilianer in Berlin und Offenbach von Nazis angegriffen und beleidigt (Jungle World 11.7.02). Insgesamt wurden von Januar bis Ende Juli offiziell 2264 nazistische Straftaten, davon 164 Gewalttaten registriert. (Antifaschistische Nachrichten 29.8.02)

Demonstrationen und Aktionen gegen Nazis

In Marburg protestierten am 6. Juli 150, und am 7. Juli 100 Antinazistinnen und Antinazisten gegen den Marktfrühschoppen, der als Forum reaktiver und nazistischer Burschenschaften dient. 39 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden festgenommen. Seit Mitte der 90er Jahre findet dieses „Fest“ unter Polizeischutz statt. (FR 8.7.02) 400 Antifaschisten demonstrierten am 13. Juli in Leipzig gegen einen Aufmarsch von 400 Nazis, der von 2000 Polizisten geschützt wurde. (taz 15.7.02) Im westfälischen Soest demonstrierten 1500 Menschen am 20. Juli gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. (JW 22.7.02) Nachdem in der Nacht vom 19. zum 20. Juli, zehn Jahre nach dem dortigen nazistischen Pogrom, drei Nazi-Anschläge in Rostock-Lichtenhagen verübt wurden, demonstrierten am 21. Juli etwa 130 Antinazistinnen und Antinazisten,

unter ihnen viele Flüchtlinge, gegen diesen Anschlag. (Politische Berichte 16/02)
 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 17. August gegen 2500 Nazis in Wunsiedel, die dort anlässlich des Todestages des Nazi-Kriegsverbrechers Heß aufmarschierten. (FR 19.8.02) Ein großes Polizeiaufgebot sicherte den Aufmarsch von 60 Nazis am 24. August in Stolberg (Kreis Aachen) vor 80 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten (JW 26.8.02). Wahlkampfauftritte der nazistischen NPD sind massiv von Antifaschistinnen und Antifaschisten gestört worden. In Limburg, Wetzlar und Wiesbaden protestierten am 27. August jeweils 200-300 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die NPD-Kundgebungen. In Frankfurt/Main demonstrierten am 28. August 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die NPD. In Darmstadt versammelten sich am selben Tag 500 Menschen in der Innenstadt und verhinderten, dass die Fahrzeuge der Nazis auf den Kundgebungsplatz auffahren konnten. Insgesamt 1000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten protestierten gegen einen NPD-Auftritt am 29. August in Marburg und Gießen. Nach Abschluß der Veranstaltung blockierten 70 Antifaschistinnen und Antifaschisten eine zentrale Straße in Marburg und legten den Verkehr für zweieinhalb Stunden lahm. (FR 30.8.02 / JW 30.8.02)

Mehrwöchiger Busfahrerstreik in Hessen

Im Juli und August streikten mehrere hundert Fahrerinnen und Fahrer privater Busunternehmen über 4 Wochen in Hessen. Die Streikenden, die etwa 20 bis 25 Prozent weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen bei den städtischen Busgesellschaften, kämpften für eine deutliche Angleichung ihrer Löhne und Einhaltung des gesetzlichen Mindesturlaubs. Viele der Fahrer sind

aus anderen Ländern. Bei einer Demonstration vor einer der bestreikten Firmen raste ein Abteilungsleiter der Firma mit seinem Auto in die Streikenden und verletzte drei Streikende. (JW 25.7.02, jW 13.8.02, FR 26.7.02)

Erfolgreiche militante Bauernkämpfe in Mexiko

Seit der Vorlage von Plänen der mexikanischen Regierung für den Bau eines Großflughafens im Norden von Mexiko-Stadt am 22. Oktober 2002, protestierten die Bewohnerinnen und Bewohner von 13 Dörfern, die von diesem Projekt betroffen waren. 4375 Bäuerinnen und Bauern waren von der Enteignung bedroht. Die Vorlage der Enteignungsdekrete am 11. Juli 2002 für 5000 Hektar Land wurde von den Bäuerinnen und Bauern mit militanten Kämpfen gegen die Polizei beantwortet. Dabei wurde ein Bauer getötet und dutzende verletzt. Mehrere tausend mit Macheten bewaffnete Bäuerinnen und Bauern blockierten wichtige Kreuzungen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Um die Freilassung inhaftierter Bauern zu erzwingen, nahmen die kämpfenden Bauern 19 Vertreter des mexikanischen Staatsapparates als Geiseln, unter ihnen Justizbeamte und Polizisten. Rund 2000 Polizisten umstellten das Dorf, in dem sich die Bauern verbarrikadiert hatten. Die Bauern drohten zudem mit der Sprengung mehrerer Erdöl-Pipelines. Die reaktionäre mexikanische Regierung musste angesichts dieser Kämpfe nachgeben. Die inhaftierten Bauern wurden freigelassen und die Pläne für den Standort des Flughafens zurückgenommen. (JW 15.07.02, jW 16.07.02, taz 03.08.02)

Verschärfter Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei

Der verschärfte Hungerstreik in der Türkei gegen die Isolationsgefängnisse, der seit Mai 2002 ausschließlich von Gefangenen aus zwei Gruppen fortgesetzt wird, hat drei weitere Opfer gefordert. Am 29. Juli starb die 24jährige Semra Basyigit nach 368 Tagen Hungerstreik. Am zweiten Augustwochenende starb die 30jährige Fatma Bilgin. Am 22. August starb die 34jährige Melek Birsan Hosver infolge der Zwangsbehandlung im Krankenhaus. Im Kampf der revolutionären und demokratischen Gefangenen in der Türkei, der im Oktober 2000 mit einem Hungerstreik von 2000 Gefangenen seinem Anfang nahm, starben bis heute 94 Kämpferinnen und Kämpfer. (JW 02.08.02, JW 13.08.02, Angehörigen Info 30.08.02) In Deutschland ist der revolutionäre Gefangene Rainer Dittrich weiterhin im Solidaritätshungerstreik.

Kurzer Überblick über weitere internationale Kämpfe

Als Folge der Verschärfung der ökonomischen Lage wurden in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, am 1. August 30 Geschäfte von hungernden Menschen gestürmt. Am darauffolgenden Tag versammelten sich hunderte von Menschen vor einem Einkaufszentrum und forderten in Sprechchören Nahrungsmittel. Mittlerweile waren 5000 Polizisten aufmarschiert, die durch die Stadt patrouillierten. Am 25. August demonstrierten 70.000 Menschen gegen die Regierung. (JW 01.08.02, jW 05.08.02, jW 27.08.02)

Nach der Erschießung zweier kämpfender Arbeitsloser am 26. Juni in Argentinien durch die Polizei fand bereits einen Tag später in der Hauptstadt Buenos Aires eine Demonstration von 15.000 Menschen statt, die gegen den polizeistaatlichen Terror und die Regierung protestierten.

Am 3. Juli protestierten 30.000 Menschen in Buenos Aires gegen Polizeigewalt und soziales Elend. 35.000 Menschen demonstrierten wenige Tage später erneut in der Hauptstadt, im Rahmen von im ganzen Land stattfindenden Kundgebungen gegen die Politik der argentinischen Regierung. (Jungle World 03.07.02, jW 03.07.02, taz 05.07.,02, taz 11 .07.02)

In Paraguay demonstrierten tausende Menschen gegen die Regierung. Am 15. Juli wurden Grenzübergänge nach Brasilien und Argentinien und die wichtigsten Kreuzungen im Landesinneren blockiert. In Ciudad del Este fanden stundenlange militante Straßenkämpfe von 3000 Demonstrantinnen und Demonstranten gegen die Polizei statt. Dabei wurden mindestens zwei Demonstranten erschossen, 50 weitere verletzt und über hundert festgenommen (taz 17.07.02).

4000 Tagelöhner marschierten Anfang August in Spanien nach Malaga, um durch eine Blockade des dortigen Flughafens gegen die verschärften Arbeitsgesetze zu protestieren. Nur 2000 von ihnen erreichten den Flughafen, die anderen wurden bereits weit vor Malaga durch paramilitärische Einheiten der Guardia Civil abgefangen. (JW 14.08.02)

600 Nigerianerinnen besetzten in Escravos im Süden von Nigeria Anfang Juli einen Ölhafen und nahmen 1200 Ölarbeiter gefangen, um für ihre Forderungen gegenüber dem Chevron-Texaco-Konzern nach Arbeitsplätzen für ihre Männer und für Sozialeinrichtungen zu kämpfen. Mitte Juli besetzten mehrere hundert Frauen weitere Öl-Förderanlagen, um auf ihre ökonomische Lage aufmerksam zu machen. (FR 17.07.02; FR 19.07.02)

1500 Antirassistinnen, Antirassisten aus Europa und den USA und Flüchtlinge beteiligten sich im Juli an den Protestaktionen des internationalen Grenzcamp in Straßbourg, Frankreich. (JW 24.07.02, 26.07.02)

2002 Sept.–Okt

Militärische Präsenz des deutschen Imperialismus an allen Fronten

Der deutsche Imperialismus wird offiziell zum 1. März 2003 die Führung der internationalen Schutztruppe in Afghanistan zusammen mit den Niederlanden übernehmen. Damit verbunden ist eine Aufstockung der deutschen Truppen um 1300 Soldaten. Zur Zeit sind im Rahmen von „Enduring Freedom“ über 1200 deutsche Soldaten im Einsatz, hauptsächlich in Afghanistan, am Horn von Afrika und in Kuwait stationiert. Auch der Einsatz der Bundeswehrtruppen in Mazedonien wurde ein weiteres Mal verlängert, diesmal bis Mitte 2003. Aber auch hier warnte Kriegsminister Struck schon mal vor, dass dies womöglich noch nicht das Ende vom Lied sei. (JW 17.10.02, FR 24.10.02)

Immer deutlichere Konkurrenz zum US-Imperialismus

Auch in der Frage des Irak-Kriegs wird die verschärfte Rivalität des deutschen Imperialismus vor allem gegenüber dem US-Imperialismus immer deutlicher. Der SPD-Generalsekretär Müntefering sagte am 10. September, der deutsche Weg heiße nicht nur, dass wir nicht mit Soldaten, sondern auch, dass wir nicht mit Geld dabei wären.“ Und auch der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Harald Kujat sagte: „Langfristig müssen die Europäer eine eigene Strategie zur Abschreckung entwickeln.“ Sprich, nicht nur ohne, sondern auch gegen andere imperialistische Staaten, vor allem gegen den US-Imperialismus. (taz 11.9.02)

Aufrüstung und Rüstungsexporte

Die Entwicklungskosten für den Schützenpanzer „Igel“, der 2005 mit 410 Exemplaren fertig gestellt sein wird, betragen 198,3 Millionen Euro. Aus alten Beständen verkauft der deutsche Imperialismus 124 Kampfpanzer „Leopard 2“ im Wert von 68 Mio. Euro nach Finnland, für 1,5 Mrd. Euro 170 Panzer desselben Typs an Griechenland und weitere 128 sowie 23 „Mig-29“-Jagdflugzeuge im Wert von 370 Mio. Euro an Polen. Die ersten Panzer erhielt Polen bereits am 16. September. (JW 13.9.02, 17.9.02, taz 17.9.02)

Überwachungsstaat hat Hochkonjunktur

Durch einen Fehler der Telefongesellschaft O2 haben einige von Polizei und Geheimdiensten Abgehörte jetzt von ihrer Belauschung erfahren. Diese erhielten nämlich überhöhte Rechnungen, in denen auch die Kosten der Überwachung enthalten waren. Insgesamt erfuhren die abgehörten Telefonate von 2000 bis 2001 eine Steigerung von 15,4%. Damit wurden nach offiziellen Angaben über 9100 Telefonate belauscht. Wieviele Telefongespräche abgehört werden, die nicht offiziell registriert und veröffentlicht werden, bleibt dabei jedoch im Dunkeln. (FR 31.10.02, JW 19.10.02)

Dazu passend stieg das Budget des Bundes-Kriminalamtes und der Geheimdienste: von 275 Mio. Euro 1999 auf 394 Mio. Euro im Jahr 2003 eine Steigerung von 43,3%. (Politische Berichte 13.9.02)

Räumungen von linken Wohnprojekten

In Magdeburg wurde das besetzte Haus „Ulrike“ von SEKs gestürmt, was auch eine Forderung lokaler Nazis war. 15 Bewohnerinnen und Bewohner wurden festgenommen, von denen einer auf der Polizeiwache

misshandelt wurde. Zum Anlass der Räumung wurden Nazi-Aussagen herangezogen, die behaupteten, dass nach einem Angriff auf sie, Antifas in das Haus flüchteten. Tatsächlich hatten aber die Nazis das Haus zuvor angegriffen. (JW 4.9.02) Auch in Berlin wurde fast zeitgleich das Erdgeschoss des autonomen Hauses Rigaer Str. 94 brutal geräumt. (JW 5.9.02)

Rasterfahndung wieder eingesetzt

Seit Mitte September 2002 hat das Bundesland Hessen die Rasterfahndung wieder eingeführt. Möglich gemacht durch eine extra dafür durchgeführte Gesetzesänderung hat das LKA die Universität Hessen aufgefordert, die Daten aller Männer im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, die in einem naturwissenschaftlichem oder technischen Fach tätig und arabischer oder afrikanischer Herkunft sind, freizugeben. (taz 20.9.02, FR 20.9.02)

„Ausreisezentren“ - neuer Baustein in der Abschreckungspolitik des staatlichen Rassismus

Nach Niedersachsen und Rheinland-Pfalz entsteht jetzt auch in Bayern eine sogenannte „Ausreiseeinrichtung“, was nicht anderes ist als ein Abschiebelager. In dem Lager in Fürth sollen ab Ende Dezember die ersten 50 Flüchtlinge eingewiesen werden. In diesen Lagern soll die Herkunft von Menschen festgestellt werden, denen behördlich unterstellt wird, diese zu verschleiern. Sie werden kontrolliert, verhört, erhalten kein „Taschengeld“ und unterliegen einer ständiger Meldepflicht, um nur einige der Druckmittel zu nennen, die sie zur angeblichen „freiwilligen Ausreise“ zwingen sollen. Getreu den Worten des Bayerischen Innenministers

Beckstein: Es muß ihnen verdeutlicht werden, das ein Daueraufenthalt in Deutschland nicht in Betracht komme. (FR 10.9.02, Raumzeit 17.10.02)

Revanchisten feiern sogenannten „Tag der Heimat“

300 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten in Berlin gegen den sogenannten „Tag der Heimat“ des „Bünd der Vertriebenen“ (BdV) am 31. August in Berlin. Hier dreist revanchistische Forderungen wie die Aufhebung der Benes-Dekrete, die Einrichtung eines „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin oder gar die zynische Forderung nach Entschädigung für deutsche „Zwangsarbeiter“ in Osteuropa, de facto Forderung nach Entschädigung für Nazi- und Kriegsverbrecher sowie Kollaborateure mit den Nazis (Jungle World 4.9.02).

Rolle des Bertelsmann Verlag im Nazifaschismus

Eine Historiker-Kommission untersuchte die Rolle des Bertelsmann Verlag im Nazifaschismus. Ergebnis der Untersuchungen war, dass Bertelsmann sich in den Dienst einer nazistischen, rassistischen und antikommunistischen Nazi-Propaganda stellte und „zum Lieferanten nazistischer Massensliteratur“ wurde.. U.a. versorgte Bertelsmann die Wehrmacht mit 19 Mio. Büchern und avancierte damit zum Spitzenreiter der Produktionsstatistiken - weit vor dem Zentralverlag der NSDAP. Die Untermehrgewinne explodierten und Bertelsmann verlagerte den Druck in die Niederlande und in das litauische Wilna, wo Jüdinnen und Juden zur Zwangsarbeit in der Druckerei gezwungen wurden. (FR 8.10.02, taz 8.10.02)

Antisemitische Wahlpropaganda

Am 17. September 2002 erreichte eine Postwurfsendung des antisemitischen FDP-Politikers Möllemann sämtliche Haushalte in Nordrhein-Westfalen. In diesem Pamphlet hetzte Möllemann, der schon seit Wochen wegen seiner antisemitischen Angriffe auffiel, unmittelbar vor der Bundestagswahl erneut gegen Israel sowie Michel Friedman. Bereits einen Tag zuvor, auf einer Wahlkampfveranstaltung in Aachen, trat Möllemann mit seinen antisemitischen Angriffen auf (FR 18.9.02).

Antisemitische Anschläge

In der Nacht vom 5. auf den 6. September verübten Nazis nahe Wittstock, im Belower Wald, einen Brandanschlag auf die "Gedenkstätte des Todesmarsches". Sie warfen Brandsätze in die Museumsräumlichkeiten und den Keller und zerstörten somit einen Großteil der Ausstellung. Außerdem brachten sie ein Hakenkreuz und SS-Schmierereien an. Dies alles geschah exakt zehn Jahre nach dem Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen und wieder am Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes. (FR 7.9.02)

Im Mecklenburg-Vorpommerschen Bützow wurde am 7. September der jüdische Friedhof geschändet. Es wurden zehn Grabsteine umgestoßen und mit einem Vorschlaghammer teilweise zerstört. Zudem wurden die Grabsteine mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht. Nach Angaben des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2001 offiziell 44 antisemitische Verbrechen registriert, wobei es im ersten Halbjahr 2002 bereits 33 waren. (FR 9.9.02)

Unterdrückung und Kampf von Roma in Deutschland

Am 16. September gab Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hocheifrig das nun offizielle Zustandekommen eines Abkommens zwischen dem deutschen Imperialismus und Jugoslawien über die Abschiebung von sogenannten "Drittstaatenangehörigen und Staatenlosen". 80% dieser insgesamt 50.000 "Ausreisepflichtigen" sind Roma, die nach dem imperialistischen Angriffskrieg, an dem auch der deutsche Imperialismus maßgeblich beteiligt war, geflohen waren. Faktisch ist ihre Abschiebung schon seit der Innenministerkonferenz vom 6. Juni besiegelt. Der am 16. September geschlossene Vertrag dient dazu, das Abschiebungsverfahren zu beschleunigen und den Ausländerbehörden die Arbeit zu vereinfachen. (JW 17.9.02)

Die Protestdemonstrationen durch diverse Städte der BRD, mit der etwa 500 Roma Ende April gegen die drohenden Abschiebungen protestierten, sind im September bereits auf 700 Roma angewachsen. Ihr Protestcamp wurde auf dem Schützenplatz an den Düsseldorfer Rheinwiesen aufgebaut. Im Oktober blockierten sie etwa drei Wochen lang allmorgentlich die Vertretung Jugoslawiens in Düsseldorf. Sie führten dies konsequent fort, bis sie ein Gesprächstermin erwirkten. Am Wochenende des 31.8. besuchte die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" das Protestcamp der Roma in Düsseldorf, wo beschlossen wurde, den Widerstand zu verknüpfen. (JW 3.9.02) Rund 200 Roma demonstrierten am 16. September vor dem Bundesinnenministerium gegen ihre geplante

Abschiebung. (taz 17.9.02)

Mit Barrikaden verhinderten am 1. Oktober etwa 20 Flüchtlingsfamilien ihre Zwangsversorgung mit Sammelverpflegung. Zu diesem Tag hatte die Stadt Köln als Abschreckungsmaßnahme die Auszahlung von Geld zur Selbstverpflegung an die Romafamilien eingestellt. (taz 2.10.02)

Am 20. Oktober demonstrierten ca. 100 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Tagungshotel in Berlin-Neukölln, in welchem der SPD-Bundesparteitag stattfand, um gegen die akut drohende Abschiebung von etwa 300 Romafamilien aus Ex-Jugoslawien zu protestieren. Die Roma des Protestcamps wurden von der Düsseldorfer Polizei mit Drohung der sogenannten Residenzpflicht daran gehindert, sich dem Protest anzuschließen. Der Sprecher der Roma brachte die Geschehnisse auf den Punkt: "Die Politiker verhalten sich uns gegenüber wie Arschlöcher." (JW 21.10.02)

Nazi-Mord an Christa G. In Wurzen

Wie erst Anfang September bekannt wurde, ist die alkoholabhängige Rentnerin Christa G. Ende Juni von dem Nazi Patrick K. in ihrer Wohnung erstochen worden. Polizei und Staatsanwaltschaft hatten bisher gut vertuscht, dass es sich bei dem Mörder um einen bekannten Nazi handelt und fasselten davon, dass kein sogenannter „politischer Hintergrund“ zu erkennen sei. (Jungle World 37/2002, 4.9.02)

Pogromartiger Nazi-Überfall in Allgermissen

Auf einem Schützenfest in Allgermissen wurden Flüchtlinge unter Beifallklatschen angepöbelt. Als die Flüchtlinge in Richtung ihrer Unterkunft flohen wurden sie verfolgt und geschlagen. Nachdem die Polizei eingetroffen war, nahm sie, wie so oft, aus-

schließlich die Personalien der Flüchtlinge auf. Kurz darauf kehrten die Nazis zurück und schlugen mehrere Scheiben ein. Von der erneut gerufenen Polizei verlangten die Flüchtlinge jetzt eine sichere Zuflucht, was diese schlicht ablehnten. Am darauffolgenden Tag überfielen erneut 50 Rassisten mit Naziparolen und mit Eisenstangen bewaffnet die Flüchtlingsunterkunft. Sie drangen in die nicht abschließbare Unterkunft ein und versuchten die Zimmertüren aufzubrechen. Die Polizei gab an, sich nicht in der Lage gesehen zu haben, zu den um Hilfe rufenden Flüchtlingen zu gelangen. Erst nach mehr als einer Stunde verschwanden die Angreifer und die Polizei evakuierte allmählich die Flüchtlinge. (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02)

Alltäglicher Nazi-Terror

In Rostock marschierten rund 100 Nazis anlässlich der erneuten Verurteilung des Nazis Roeder auf. (FR 2.9.02)

Am 31. August kamen in Ramstein zu einem sogenannten „antiimperialistischen Fest“ der NPD rund 200 Nazis zusammen. (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02). In Berlin wurde ein Mann aus Algerien im Bahnhof von Perleberg von zwei Nazis angegriffen und geschlagen. (JW 20.9.02) Vor einer Kirche in Lendringen (Nordrhein-Westfalen), in der sich Flüchtlinge im Kirchasyl befinden, marschierten in der Nacht Nazis auf und grölten Naziparolen. (Jungle World 40/2002, 25.9.02) Am Freitag, den 27. September griffen Nazis ein Konzert im Jugendzentrum in Mannheim mit Flaschen und Feuerwerkskörpern an. (Antifaschistische Nachrichten 21/2002) In der Nacht zum 28. September versuchte ein Rassist die Flüchtlingsunterkunft in Berhausen (Nordrhein-

Westfalen) niederzubrennen. Das Feuer konnte jedoch schnell gelöscht werden. (Jungle World 42/2002, 9.10.02)

Ende September verübten Nazis einen Brandanschlag auf einen deutsch-türkischen Kulturverein in Nordenham bei Bremerhaven und sprühten ein Hakenkreuz an die Wand. (FR 2.10.02)

In Berlin wurde ein Mann aus Nigeria von zwei Nazis in der S-Bahn zusammengeschlagen (JW 23.10.02).

Insgesamt stieg die Zahl der offiziell registrierten Nazi-Verbrechen in diesem Jahr auf über 2.600 an. Von der namenlos hohen Dunkelziffer abgesehen finden, damit durchschnittlich elf nazistische Verbrechen pro Tag in Deutschland statt. Dass lediglich 330 Nazis von der Polizei ermittelt, davon nur 73 festgenommen wurden und nur in 17 Fällen ein Haftbefehl erging, zeigt wieder einmal die Haltung dieses Staatsapparates zu den Nazis. (Antifaschistische Nachrichten 26.9.02)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 6. September, einen Tag nach dem Brandanschlag auf die Gedenkstätte im Belower Wald bei Wittstock, haben rund 500 Menschen gegen Nazi-Terror demonstriert. (JW 7.9.02)

250 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten einen Tag später, am 7. September, gegen den Aufmarsch von 135 Nazis in Leipzig. (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02)

Ebenfalls am 7.9. protestierten 3.000 Nazigegnerinnen und Nazigegner gegen einen NPD-Aufmarsch in Wuppertal. Teile der Gegendemonstratinnen und Demonstranten wurden

unter Schlagstockeinsatz der Polizei daran gehindert, sich in einem Demonstrationszug in Richtung der Nazis zu bewegen, um deren Aufmarsch zu blockieren. Es gab Festnahmen und Verletzte auf Seiten der Antifaschistinnen und Antifaschisten (Antifaschistische Nachrichten 12.9.02)

In Freiburg/Breisgau beteiligten sich am 14. September ca. 10.-15.000 Menschen an Aktionen gegen die NPD. Die 150 Nazis wurden durch eine Massenblockade des Bahnhofs am Marschieren gehindert. (Politische Berichte 27.9.02)

Auch in Potsdam konnte an diesem Tag ein Erfolg verbucht werden: 2.000-2.500 Antinazistinnen und Antinazisten verhinderten den Aufmarsch von 80 Nazis. (Politische Berichte 27.9.02)

Am 3. Oktober nahmen etwa 1.000 Menschen an den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch von 180 Nazis in Leipzig teil. Dies war der siebte Nazi-Aufmarsch innerhalb eines Jahres in Leipzig. (taz 4.10.02)

Rund 3.000 Nazigegnerinnen und Nazigegnern gelang es am 14. Oktober, den Aufmarsch von ca. 1.000 Nazis in München gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ zu stoppen. Fast 30 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden festgenommen, 17 droht eine Anklage. Einem Antifaschisten wurde bei einem brutalen Polizeieinsatz an diesem Tag das Bein zertrümmert. (JW 14.10.02)

Eine knappe Woche nach dem Aufmarsch, am 18. Oktober provozierten 30 Nazis erneut in München, mit einer Kundgebung vor dem Rathaus. Zu einer

spontanen Protestaktion kamen innerhalb von zwei Stunden ca. 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten zusammen. (JW 21.10.02)

Am 19. Oktober kam es in Neubrandenburg zu Angriffen der Polizei gegen 100 der 500 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten, die an diesem Tag gegen den Aufmarsch von 360 Nazis protestierten und eine Straße besetzten. 29 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden vorläufig festgenommen, 103 Platzverweise wurden ausgesprochen und gegen 33 wurden Strafverfahren eingeleitet. Mehrere Antinazistinnen und Antinazisten wurden dabei verletzt. (JW 21.10.02)

Eine Woche später am 26. Oktober haben rund 200 Menschen in Suhl gegen einen Aufmarsch von rund 100 Nazis demonstriert. (taz 28.10.02)

Aktion eines Flugpassagiers verhindert Abschiebung

Durch die Weigerung eines Flugpassagiers, sich vor dem Start hinzusetzen, konnte er die geplante gewaltsame Abschiebung eines Flüchtlings nach Budapest verhindern. Auf Grund dieses Widerstandes entschloß sich der Pilot, weder den Fluggast noch den Flüchtling zu transportieren. Unter Androhung von Gewalt zwang der BGS den Fluggast auszusteigen und drohte ihm eine Schadensersatzklage wegen der gescheiterten Abschiebung an. (JW 4.9.02)

Streiflichter internationaler Kämpfe

Protest in den USA gegen den Krieg im Irak
In den USA waren aus diversen Bundesstaaten über

100.000 Menschen zur größten Anti-Kriegs-Kundgebung in den USA seit Vietnam nach Washington gekommen. Mit einem Marsch um das Weiße Haus endete der Protest für diesen Tag. (taz 28.10.02)

Streik der Hafentarbeiter in den USA

Über eine Woche streikten Hafentarbeiter an 29 Häfen an der Westküste der USA.

Die Kapitalisten ließen daraufhin 10500 Arbeiterinnen und Arbeiter aussperren. Im Kampf der Streikenden geht es neben tariflichen Forderungen auch um Einführung neuer Verladetechniken und einer damit einhergehenden drohenden Entlassung sowie gegen die Pläne nicht nur Gewerkschaftsmitglieder einzustellen, um somit die Löhne zu drücken. Einer der letzten großen Arbeitskämpfe richtet sich 1971 gegen neue Containerkräne. In Folge der Modernisierung sank die Zahl der Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeiter von 100.000 auf 10500.

Kolleginnen und Kollegen aus Australien solidarisierten sich mit den Streiks in den USA. Am 7.10 ließen die Hafentypalkapitalisten den Streik durch den Präsidenten für mindestens 80 Tage verbieten. Im Vorfeld hatte die Regierung damit gedroht die Kriegsmarine als Streikbrecher einzusetzen. (taz 7.10.02, jW 10. 10.02)

Guerillakrieg gegen das reaktionäre Regime in Nepal

Am 9. Spetember überfielen Guerillakämpferinnen und -kämpfer einen Außenposten von Polizei und Armee in einer 300 Kilometer von der Hauptstadt entfernten Ortschaft. Dabei konnten sie 40 Polizisten und 17 Soldaten töten. Ein Korrespondent einer nepalesischen Zeitung sprach von 200 Toten. Vor

dem Rückzug steckten die Guerillas öffentliche Gebäude, die Symbole des unterdrückerischen Staatsapparates, in Brand. Am gleichen Tag konnten die Guerilla-kämpferinnen und -kämpfer einen weiteren Stützpunkt erfolgreich angreifen und 48 Polizisten töten. Mitte September legte erneut ein von der Guerilla ausgerufenen Generalstreik weite Teile Nepals lahm. Bei Angriffen der Armee und Polizeieinheiten fielen aber auch immer viele Kämpferinnen und Kämpfer der Guerilla. Ende Oktober verübten die Guerillas mehrerer Bombenanschläge in der Nähe des Königspalastes. (FR 10.9.02, JW 17.9.02, JW 26.9.02, JW 28.10.02)

Kampf der „Papierlosen“ gegen die rassistische Politik des französischen Imperialismus

Nach der zwei Wochen andauernden Besetzung der Kirche St. Denis nördlich von Paris im August durch Sans Papier, Flüchtlinge ohne gültige Aufenthaltspapiere, kam es in der ersten Septemberwoche immer wieder zu Demonstrationen, Besetzungen und Hungerstreiks in ganz Frankreich. Den vorläufigen Höhepunkt bildeten die Demonstrationen am 7. und 8. September in Paris und anderen französischen Städten, an denen sich knapp 10.000 Flüchtlinge sowie antirassistische Unterstützerinnen und Unterstützer beteiligten, um Aufenthaltsgenehmigungen für die „Sans Papiers“ zu fordern. (taz 03.09.02, PB 13.09.02)

Proteste und Streiks der Arbeiterinnen bei Fiat in Italien

Am 9. Oktober demonstrierten 20.000 der 28.000 Einwohnerinnen zählenden Stadt Termini gegen die Schließung des Fiat-Betriebs. Die Autobahn von

Palermo nach Catania sowie der Hafen wurden blockiert. Am 10. Oktober wurde in allen Betrieben des Konzerns landesweit gestreikt. Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres legte ein erfolgreicher Generalstreik am 18. Oktober erhebliche Teile des Landes lahm. Etwa eine halbe Million Menschen beteiligte sich an Kundgebungen und Demonstrationen in 120 Städten Italiens. Der Protest richtete sich gegen die drohenden Entlassungen bei Fiat, und die Verteidigung des Kündigungsschutzes sowie gegen weitere geplante wirtschaftliche und soziale Verschärfungen. (JW 9.10.02, taz 15.10.02)

Streiks und Krankenhausbesetzungen in Südkorea

Der im Juli begonnene und seit nunmehr über hundert Tagen andauernde Streik für die Zahlung der Mindestlöhne und mehr soziale Absicherung der Beschäftigten mehrerer Krankenhäuser wurde von der Krankenhausleitung und der Regierung mit massiver Repression beantwortet. Ende August feuerte die Leitung des größten Krankenhauses der Insel Cheju 108 der 115 gewerkschaftlich organisierten Streikenden, diese besetzten das Krankenhaus. Die Leitung organisierte einen privaten Wachschutz, um den Widerstand zu brechen. Es kam zu militanten Kämpfen, bei denen 20 Besetzerinnen und Besetzer zum Teil schwer verletzt wurden. Am 11. September wurden zwei Krankenhäuser in Seoul von hunderten Polizisten gestürmt und 490 Streikende festgenommen. Wöchentlich kommt es zu Protesten mit der Forderung nach Freilassung der zur Zeit noch 50 verhafteten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. (taz 3.9.02, 12.9.02)

Kampf der Landlosen in Argentinien

In der Region Misiones an der Grenze zu Brasilien haben in den September- und Oktobermonaten etwa 6.000 Familien rund 150.000 Hektar Land besetzt. Sie requirierten das brachliegende Land der Großgrundbesitzer, um sich eine Lebensgrundlage zu verschaffen und auf die ungerechte Landverteilung und die Folgen der argentinischen Wirtschaftskrise aufmerksam zu machen. (FR 28.10.02)

Weitere Opfer im Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei

Anfang September starben zwei weitere Kämpferinnen beim Kampf gegen die Einführung der Isolationsgefängnisse. Fatma Koste-Tokay starb nach 400 Tagen Hungerstreik in einem Krankenhaus in Ankara. Zuvor wurde sie 20 Tage zwangsernährt. Fatma Koste-Tokay, zu 17 1/2 Jahren Haft verurteilt, war seit 1994 inhaftiert, Hamide Öztürk starb am 463. Tag ihres verschärften Hungerstreiks in einem Krankenhaus von Bayrampasa. 1996 wurde sie zu 12 1/2 Jahren Haft verurteilt. In dem im Oktober zwei Jahre andauernden Widerstand gegen die Isolationsgefängnisse starben insgesamt schon 97 Kämpferinnen und Kämpfer innerhalb und außerhalb der Gefängnisse. (taz 2.9.02, JW 4.9.02, Angehörigen Info 27.9.02)

2002 Nov.–Dez.

Deutscher Imperialismus übernimmt das Oberkommando in Afghanistan

Der deutsche Imperialismus hat gemeinsam mit den Niederlande als deutsch-niederländisches Korps den Oberbefehl über die ISAF-Truppen in Afghanistan übernommen. Zudem wurden weiter 1000 deutsche Soldaten dort stationiert. Insgesamt befinden sich dort offiziell 2500 deutsche Soldaten. (JW 5.11.02) Kriegsminister Struck formulierte die imperialistische Perspektive am 5. Dezember. „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, gab er als Losung aus, die der Umsetzung nächster deutscher Großmachtambitionen Rechnung tragen soll. Von den aktuell 285.000 Soldaten der Bundeswehr stehen zur Zeit 65.000 zum Auslandseinsatz bereit. (FR 6.12.02, taz 21.12.02)

Deutsches Kapital im Irak

Im November 2002 fand im Irak die groß angelegte Bagdad-Messe statt. Die Teilnahme diverser deutscher Unternehmen, darunter Siemens, Daimler-Chrysler, Linde und Deutz, wurde vom Bundeswirtschaftsministerium subventioniert. Die Messe bot eine hervorragende Möglichkeit, sich im zwischenimperialistischen Konkurrenzkampf um ökonomische Einflusssphären in Stellung zu bringen, die das deutsche Kapital nicht ungenutzt ließ. Der irakische Handelsminister Mohamed Mahdi Salih betonte besondere Sympathien für die Demonstrationen anlässlich des Bush-Besuches im Mai in Deutschland und fügte hinzu, daß Deutschland wieder zu den bevorzugten Handelspartnern des Irak avanciert sei. Von 2000 bis 2001, also noch vor der Lockerungen der Sanktionen, gelang es deutschen Konzernen bereits, ihre Exporte in den

Irak nahezu zu verdreifachen. (Jungle World 11.12.02) Im Bericht der irakischen Regierung an die UNO wurden 80 deutsche Firmen aufgeführt, die seit 1975 ihre Geschäfte mit dem reaktionären Regime im Irak gemacht hatten, viele der Geschäfte gingen bis ins Jahr 2001. Unter den 207 Firmen, die 1991 von der UNO als Zulieferern für die iraksische Chemiewaffenproduktion genannt wurden, befanden sich allein 86 deutsche Firmen, die auch direkt verantwortlich sind für die Giftgasmassaker gegen die kurdische Bevölkerung. (FR 17.12.03)

Linke Zeitschrift „Phase 2“ beschlagnahmt

Am 6. Dezember beschlagnahmte der Zoll an der tschechisch-deutschen Grenze die gesamte Auflage, der in der Tschechischen Republik gedruckten sechsten Ausgabe des linken Zeitungsprojektes „Phase 2“. Am 11. Dezember entschied das Amtsgericht Wunsiedel, daß die aus dem Antifa-Spektrum stammende Zeitschrift wegen verfassungswidriger Inhalte und Steuer- vergehen weiterhin unter Verschuß bleibe. (taz 19.12.02)

Rassistische Razzien

In Stuttgart, Mannheim und Frankfurt stürmten am 13. Dezember hunderte Einsatzkräfte des SEK mehrere islamische Moscheen, Gebetsräume und Büros islamischer Vereine und durchsuchten diese. In voller Ausrüstung, zudem mit Schuhen, mit denen Gebetsräume nicht betreten werden dürfen, hinderten sie viele der Moscheebesucherinnen und Besucher am Beenden ihrer Gebete und verteilten mehrsprachige Informationsblätter, auf denen sie eine Personalienfeststellung unter Anwendung von Gewalt androhten. Begründung für diese rassistischen

Überfälle war wieder einmal der „islamische Terrorismus“, da die Moscheen angeblich als logistische Unterstützung, z.B. Beschaffung falscher Dokumente dienen. Gefunden wurde allerdings nichts. (JW 16.12.02)

Ali A. von deutscher Polizei in den Tod getrieben

Ein 39-jähriger Mann aus Mosambik starb am 17. November in einem Berliner Krankenhaus. Nach Angaben der Polizei stürzte sich Ali A. aus der siebten Etage seiner Wohnung, als ihn die Polizeibeamten in Zivil wegen mehrfachen „Schwarzfahrens“ festnehmen wollten. Langjährige Freunde von Ali A. zweifeln an der Version der Polizei. Vielmehr gehen sie von einem brutalen Vorgehen der Polizei aus, welches Ali A. in den Tod getrieben hat. (taz 20.11.02)

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Am 02.11.02 fand ein bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebung, Abschiebehäft und Abschiebelager statt, der den Auftakt zu einer bundesweiten Kampagne bildete. Anlaß sind die Repressalien gegen Flüchtlinge, die Etablierung von Abschiebelagern, die verharmlosend „Ausreisezentren“ genannt werden. Die bereits bestehenden Modellprojekte sind die eine neue Form der Ausgrenzung von Flüchtlingen. Die Flüchtlinge werden dort unter weitestgehenden Entzug ihrer Persönlichkeitsrechte und unter massiven behördlichen und psychologischen Druck zur „freiwilligen“ Ausreise gezwungen. Diese Repressalien treiben sie in die Illegalität. Protestaktionen gab es unter anderem in Berlin, Düsseldorf, Ingelheim, Hamburg, Hannover, Leipzig, Nürnberg, Regensburg, Rendsburg und Tübingen. (Politische Berichte 08.11.02)

Am 2. November protestierten 500 Roma in Düsseldorf gegen drohende Abschiebungen und für ein dauerhaftes Bleiberecht. (FR 4.11.02)

Am 29. November demonstrierten 300 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Frauenabschiebegefängnis in Neuss und protestierten gegen die schlechten Haftbedingungen, forderten die Schließung des Gefängnisses und ein Aufenthaltsrecht für die inhaftierten Frauen. (Taz 2.12.02)

Alltägliche antisemitische Angriffe

Anfang November mußte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Alexander Brenner, seine Rede aufgrund von antisemitischen Hetzparolen abbrechen. „Juden raus“ tönte es unter anderem aus der 40köpfigen Zuhörerschaft als die 1938 im Zuge der nazifaschistischen „Arisierung“ umbenannte Straße (von Juden- in Kinkelstraße) nun wieder ihren eigentlichen Namen erhielt - nach 17jähriger Auseinandersetzung, die zu Ungunsten der „Bürgeraktion Kinkelstraße“ ausfiel. Eine Strafe brauchen die antisemitischen Hetzer indes nicht zu befürchten, die anwesende Polizei will – wie immer – nichts gehört haben. (JW 5.11.02)

Behindert von offizieller Seite wurde auch eine Gedenkveranstaltung am 9. November zum nazistischen Novemberpogrom 1938. Die Stadtverwaltung in Stuttgart schränkte die Benutzung der Lautsprecheranlage stark ein - folglich musste der Liedermacher Erich Schmeckenbecher seine jiddischen Lieder ohne Mikrofon vortragen. (Jungle world 13.11.02)

In einer Rede im hessischen Landtag setzte Roland Koch (CDU) die Erhebung einer Vermögenssteuer für Reiche mit dem Tragen des gelben Sterns für Jüdinnen und Juden im Nazifaschismus gleich und verharmloste so den Holocaust. (FR 13.12.02)

In Berlin wurde Anfang November eine Gedenktafel für einen Rabbiner beschmiert und teilweise beschädigt. (JW 16.11.02) In Leegebruch/Brandenburg wurde ein Mahnmahl, das an das Konzentrationslager Sachsenhausen erinnert, zerstört. Am 9. November, dem Jahrestag des Novemberpogroms wurden ins Gästebuch des Konzentrationslagers Sachsenhausen Hakenkreuze geschmiert. (JW 22.11.02) Im Landkreis Uecker-Randow (Mecklenburg-Vorpommern) wurden am Jahrestag des Novemberpogroms von 1938 an einem jüdischen Friedhof, an einer Brücke und an einem jüdischen Denkmal antisemitische Transparente entdeckt. (JW 12.11.02) In Bochum wurde in der Nacht zum 7. November eine Gedenktafel zur Erinnerung an den Standort der Synagoge in Bochum verwüstet. (taz 8.11.02) Anlässlich des Besuchs des israelischen Präsidenten marschierten in Berlin 100 Nazis der NPD auf. In Reinikendorf warfen Antisemiten am gleichen Tag die Scheiben eines jüdischen Ladens ein. (taz 11.12.02)

Nazis ermorden Marinus Schöberl

Am 18.11.02 wurde bekannt, daß in der Uckermark schon Mitte Juli ein brutaler Nazimord begangen wurde. Die Täter (allesamt Mitglieder der örtlichen Nazi-Szene) hielten ihr Opfer für einen Linken bzw. aufgrund seiner Kleidung für einen HipHoper und beschimpften ihn als „Juden“. Die drei 17 bis 23jährigen Nazis zwangen Marinus von einer Party im Dorf Potzlow zu einer stillgelegten LPG zu fahren. Dort ermordeten sie Marinus auf bestialische Weise. Erst Monate später, als einer der Nazis mit dem Mord prahlte, wurde die Leiche in einer Jauchegrube gefunden und gegen die drei Nazis wurden Haftbefehle ausgestellt. Einer der drei war erst kürzlich wegen eines brutalen Angriffs auf einen aus Afrika

stammenden Mann zu einer Haftstrafe verurteilt worden. (www.infortiot.de)

Alltäglicher Nazi-Terror

Ende Oktober wurde auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Kleinanspach** (Baden-Württemberg) ein Brandanschlag verübt. (taz 1.11.02) Bei einem Nazi-Konzert bei **Mannheim** kamen rund 400 Nazis zusammen. (FR 8.11.02) Am 17. November tauchten in **Wismar** 300 Nazi-Plakate auf. (Jungle World 27.11.02) Innerhalb von 6 Wochen im Oktober und November 2002 wurden in **Baiersbronn** (Baden-Württemberg) leerstehende Hotels, die zu Flüchtlingsunterkünften umgebaut werden sollten, durch Brandanschläge beschädigt. (JW 20.11.02) Am 16. November marschierten rund 100 Nazis in **München** auf. (Antifaschistische Nachrichten 24-2002) In **Dresden** griffen 25 Nazis eine antifaschistische Infoveranstaltung zum Nazi-Treffpunkt „Cafe Thor“. (taz 23.11.02) Am 26. November wurde ein Mann aus Afrika von einem Nazi angegriffen und schwer verletzt. (29.11.02) Am 27. November zündeten 3 Nazis in **Aldorf** (Mittelfranken) einen schlafenden Obdachlosen an und verletzten ihn lebensgefährlich. (FR 29.11.02) In **Teutschenthal** (Sachsen-Anhalt) überfielen am 30. November 30 Nazis einen Jugendclub. (taz 2.12.02) In der Nacht zum 9. Dezember schleuderten Nazis Brandsätze auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Chemnitz**. (Jungle World Nr. 52) Ebenfalls am 9. November griffen 10 Nazis auf dem Bahnhof in **Voerde** drei Männer aus Afrika an und verletzten diese. (FR 10.12.02)

Von CDU bis PDS:

Gemeinsames „Heldengedenken“ mit Nazis

Bei einer Veranstaltung am 17.11.02 anlässlich des „Volkstrauertages“, sprach die Oberbürger-

meisterin vor mehrheitlich Nazis, die den Gertrudenfriedhof in **Halle** als Ausweichort für das verbotene „Heldengedenken“ in Halbe nutzten. Sämtliche Parteien von PDS über SPD, FDP bis CDU gedachten gemeinsam mit 200 Nazis, die den Nazi-Mördern des Holocausts und des 2. Weltkrieges ihre „Ehre“ erwiesen. (ANNA 05.12.02)

Antinazistische Demonstrationen und Proteste

Am 9. November demonstrierten in **Weimar** 1500 Menschen gegen einen Aufmarsch der NPD. (taz 11.11.02) Am 17. November demonstrierten im brandenburgischen **Halbe** 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen Faschismus, Krieg und einen geplanten Naziaufmarsch, der jedoch zuvor vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde. (JW 18.11.02) 2000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gedachten am 23. November in **Berlin** der Ermordung Silvio Meiers, der vor zehn Jahren von Nazis im Bahnhof Samariterstraße erstochen wurde. (taz 25.11.02) Am selben Tag demonstrierten in **Potsdam** 250 Menschen gegen einen NPD-Aufmarsch. Während die bürgerlichen Parteien und Organisationen weit ab vom Geschehen waren, versuchten die Antifas die Nazis direkt anzugreifen, was wie so oft von einem immensen Polizeiaufgebot verhindert wurde. (Antifaschistische Nachrichten 5.12.02) Rund 1000 Menschen demonstrierten am 30. November in **München** gegen einen von dem Nazi-Führer Christian Worch angemeldeten Naziaufmarsch. Nach der antifaschistischen Kundgebung versuchten mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten, sich den Nazis direkt in den Weg zu stellen. Sie wurden allerdings von einem Großaufgebot von 1500 Polizisten brutal daran gehindert. (JW 02.12.02) Am 30. November

demonstrierten in **Potsdam** 200 Antinazistinnen und Antinazisten gegen den Nazi-Mord an Marinus Schöberl. (JW 2.12.02) Am 21. Dezember marschierten erneut Nazis durch **Potsdam**. 400 Menschen protestierten dagegen. 150 Antifas griffen den Naziaufmarsch an, bewarfen Polizei und Nazis mit Eiern. Doch auch hier räumte die Polizei den Nazis gewaltsam den Weg frei. (taz 23.12.02) In **Berlin** demonstrierten mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen antisemitischen Aufmarsch der NPD, der gegen den Besuch des israelischen Staatspräsidenten gerichtet war. Die Antinazistinnen und Antinazisten, jüdische wie palästinensische Demonstrantinnen und Demonstranten versuchten mehrfach den Aufmarsch der Nazis zu stoppen. (Taz 11.12.02, JW 11.12.02)

Streiflichter der Kämpfe der Werktätigen und Erwerbslosen in Deutschland

Wegen bevorstehender Entlassungen bei der Post beteiligten sich am 20. November fast alle der 18.500 Beschäftigten an bundesweiten Betriebsversammlungen. Die rund 5000 posteigenen Filialen blieben geschlossen. Am selben Tag fand in Berlin eine Demonstration von etwa 1000 Angestellten der Post statt. Die Post will 1000 ihrer 13.000 Filialen schließen und mindestens 3600 Angestellte entlassen (JW 21.11.02)

Am 5. Dezember demonstrierten rund 400 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Erwerbslose in Berlin gegen die repressiven Maßnahmen der sogenannten „Hartz-Kommission“. (taz 6.12.02)

Am 16. Dezember traten 1000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin in einen Warnstreik und forderten mehr Lohn. Städtische Kitas und der öffentliche Nahverkehr wurden kurzzeitig

lahm gelegt. Auch blieben die meisten Schleusen in dieser Region geschlossen, da sich rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserschifffahrt in Berlin und Brandenburg an dem Warnstreik beteiligten. (taz 17.12.02)

Um ihre Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in Italien zu demonstrieren, die um den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen, streikten am 16. Dezember etwa 2500 Arbeiterinnen und Arbeiter bei Fiat und Iveco-Magirus in Ulm. (Rote Fahne 20.12.02)

Proteste gegen die Räumung der Wagenburg Bambule und den Hamburger Senat

Seit der Räumung der Bauwagensiedlung Bambule am Montag, dem 4. November, kam es in Hamburg immer wieder zu Demonstrationen und Aktionen gegen die repressive Senatspolitik. Gegen die massiven Polizeiangriffe mit Wasserwerfern und Schlagstöcken wehrten sich die Demonstrantinnen und Demonstranten z.B. am 17. November mit Leuchtkugeln, Steinen und Barrikaden. Bisheriger Höhepunkt war eine Demonstration am 21. Dezember, zu der das Bambule-Solidaritätsbündnis aufgerufen hatte. Unter dem Motto „Die Regierung stürzen“ zogen 10.000 Menschen durch Hamburg. Schon nach kurzer Zeit wurden sie von der Polizei aufgehalten und mit Schlagstöcken und Wasserwerfern auseinandergetrieben. Noch den ganzen Tag lang blockierten Kleingruppen den Verkehr in der Stadt und wurden immer wieder von der Polizei eingekesselt. Die Polizei sprach von 180 sogenannten Ingewahrsamnahmen. (JW 05.11.02/ Politische Berichte 22.11.02 /FR 18.11.02/ JW 02.12.02/ JW 23.12.02)

Internationale Kämpfe gegen den drohenden imperialistischen Aggressionskrieg gegen den Irak

Fast weltweit fanden im November und Dezember Proteste gegen den drohenden imperialistischen Aggressionskrieg gegen den Irak statt. So demonstrierten in Kopenhagen etwa 20.000 Menschen, die dieses mit dem Kampf gegen die Festung Europa verbanden, im italienischen Genua 40.000. Mehrere Zehntausend protestierten in Großbritannien gegen den Angriffskrieg des britischen Imperialismus. In Kanada, Belgien und der Türkei gingen jeweils mehrere Tausend Kriegsgegnerinnen und -gegner auf die Straße.

Am 1. November demonstrierten allein in den USA mehr als 300.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner. In Washington waren es 200.000 Demonstrantinnen und Demonstranten, in San Francisco 75.000, in St Paul (Minnesota) 12.000, in Seattle 5.000, in Taos (New Mexico) 2.500, um nur einige Sätze aufzuzählen. (JW 2.11.02) Auch in Australien demonstrierten mehr als 18.000 Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner am 29. November gegen den drohenden Krieg und eine australische Beteiligung.

(taz 18.11., 2.12.02, / Politische Berichte 8.11.02/ JW 2.11., 16.12.02)

Kämpfe in Argentinien gehen weiter

In Buenos Aires forderten am 26. November 10.000 Demonstrantinnen und Demonstranten die Bestrafung von Polizisten, die für die Ermordung zweier kämpferischer Erwerbsloser vor fünf Monaten verantwortlich sind. (JW 28.11.02) Am 20. Dezember endete ein bereits am 16. Dezember begonnen Sternmarsch durch 20 argentinische Provinzen in einer Demonstration von mehr als 40.000 Erwerbslosen sowie Rentnerinnen und Rentnern in Buenos Aires. (JW

23.12.02)

Am 24. November wurde die seit 11 Monaten besetzte Textilfabrik Brukman von der Polizei gestürmt und geräumt. Dabei wurden 7 Arbeiterinnen, die zur Nachtwache geblieben waren, verhaftet. Lange hielt die polizeiliche Räumung der Brukmanschen Textilfabrik nicht an. Unterstützt von 200 Erwerbslosen sowie linken Aktivistinnen und Aktivisten konnten die Arbeiterinnen die Polizei zum Rückzug zwingen. Seit Monaten hatten die Arbeiterinnen keinen Lohn mehr erhalten und auch Strom und Gas waren nicht mehr bezahlt worden. So übernahmen die Arbeiterinnen das Werk und fordern die Enteignung der Fabrik, weshalb sie großes Ansehen in der Bevölkerung genießen. (JW 26.11.02)

Aktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter bei FIAT in Italien gegen Massenentlassungen

Anderthalb Wochen vor der angedrohten Entlassung von 8.100 Werktätigen verstärkten die Kolleginnen und Kollegen ihre Aktionen. Am 21. November besetzten 600 Arbeiterinnen und Arbeiter eines FIAT-Werkes im norditalienischen Arese den Mailänder Flughafen Malpensa und legten für eine Stunde den Flugverkehr lahm. Auch die Arbeiterinnen und Arbeiter des Werkes in Cassino begannen einen Streik und blockierten die Zufahrten zur Autobahn Rom-Neapel. Bereits am 11. November blockierten 500 Arbeiterinnen und Arbeiter den Hafen und Flughafen in Palermo. (taz 12.11.02, taz 22.11.02)

2003

2003 Jan.–Febr.

Friedensheuchelei des deutschen Imperialismus und Irak-Krieg

Krieg und Frieden ist für die deutsche Bourgeoisie vor allem eine Frage der kalkulierten Abwägung gemäß ihrer eigenen Profitinteressen. Ein Krieg gegen den Irak widerspricht zur Zeit den Interessen des deutschen Imperialismus. Um sich aber alle Optionen offenzuhalten, mischt Deutschland gleichzeitig indirekt am bevorstehenden Irak-Krieg mit: deutsche Patriot-Raketen über die Niederlande an die Türkei, Überflugrechte an die USA, 7.000 deutsche Soldaten zur Bewachung militärische Objekte der USA in Deutschland, 17 Awacs mit etwa 170 Bundeswehrsoldaten, die als „fliegende Feuerleitstelle“ dienen, usw. (Jungle World 29.01.03/ ak 21.02.03)

Deutscher Innenminister forciert offen revanchistische Forderungen

Nachdem Otto Schily im Mai vergangenen Jahres die Aufhebung der Benes-Dekrete gefordert hatte, stimmte Anfang Dezember die bayrische SPD einem entsprechenden Antrag der CSU zu. Die Umsiedlungen der „Sudetendeutschen“ seien unrechtmäßig und menschenrechtswidrig. Die Tschechische Republik sowie alle anderen Länder, aus denen Deutsche „vertrieben“ worden seien, wurden aufgefordert, diese „Unrechtsgesetze“ aufzuheben. Die CDU verlangt immer wieder die Aufhebung der Benes-Dekrete als Bedingung des Beitritts Tschechiens zur EU.

Dadurch soll das angebliche „Unrecht“ dieser Dekrete anerkannt und eine Grundlage für die Rückgabe von Eigentum und Entschädigungen geschaffen werden. Da diese Forderungen nicht in den Zeitplan der Bundesregierung für die Aufnahme der osteuropäischen Länder paßten, es aber die Ost-Erweiterung zügig voranzutreiben gilt, kann die Tschechische Regierung beitreten, ohne zunächst der Erpressung nachgeben zu müssen. Die revanchistischen deutschen Ansprüche bleiben jedoch bestehen. (Jungle World 08.01.03)

Polizeistaatspraktiken bei der Telefonüberwachung

Die Anzahl der Telefonüberwachungen ist laut einer bürgerlichen Studie aus Bielefeld seit 1995 auf das Fünffache gestiegen. 23.806 Anordnungen gab die zuständige Behörde für das Jahr 2001 an. Wie die Studie belegt, unterschrieben Richter und Richterinnen blind, was ihnen die Staatsanwaltschaft auf den Tisch legte, und genehmigten die Telefonüberwachung nahezu ungeprüft. Mit 90%iger Sicherheit wurden Überwachungsanträge genehmigt. Nur 3% der Betroffenen wurden darüber informiert. (raumzeit 10.02.03)

Polizeirazzia legt Arbeit einer Projektwerkstatt lahm

In der seit längerem im Visier von Polizei und Staatsschutz stehenden Projektwerkstatt Sassen (nahe Gießen) wurde am 10.01.03 eine Razzia durchgeführt - ohne Durchsuchungsbefehl und ohne eine Liste der beschlagnahmten Gegenstände zu hinterlassen. Zwei Mitarbeiter der Projekt-

werkstatt wurden 24 Stunden festgenommen, als sie Flugblätter in der Nähe eines CDU- Standes verteilten. (taz 14.01.03)

Flüchtling durch drohende Abschiebung in den Tod getrieben

Aus Angst vor seiner drohenden Abschiebung hat sich der aus Georgien stammende yezidische Flüchtling David Mamedov am 21. Januar in seiner Wohnung in Holte erhängt. David Mamedov war 1996 mit seiner Familie aus Georgien geflohen. Die Anerkennung als Asylberechtigte für ihn, seine Frau und seine drei Kinder war vom Verwaltungsgericht Minden wieder aufgehoben worden. (FR 22.01.03)

Kirchenasyl erneut angegriffen

Am 6. Januar brach die Polizei erstmals in Brandenburg ein Kirchenasyl. Die Polizei drang in die Gemeinde- und Privaträume des Pfarrers von Schwante ein, wo sie einen vietnamesischen Flüchtling und seinen fünfjährigen Sohn für die Abschiebung nach Vietnam festnehmen wollte.

Am gleichen Tag befaßte sich der Innenausschuß des brandenburgischen Landtages mit dem Thema Kirchenasyl. CDU und Grüne waren einvernehmlich der Meinung, daß in Zukunft härter gegen das Kirchenasyl vorgegangen werden müsse. Brandenburgs Innenminister Schönbohm betonte in einem Brief an die Polizeipräsidenten in Potsdam und Frankfurt (Oder), daß der „Respekt vor Kirchenasyl seine Grenzen in geltendem Recht“ finde und Polizisten dabei keine Konsequenzen zu befürchten haben. Hiermit spielte er

auf die Anzeige des Pfarrers von Schwante gegen die Polizisten an, die in die Kirche eingedrungen waren, an. Am 22. Januar bestätigte der Oberstaatsanwalt von Neuruppin, daß es keine Ermittlungen gegen die Polizisten geben werde. (Jungle World 22.0.03, taz 23.01.03)

Großangelegte rassistische Kontrolle

Mit Schwerpunkt auf die Bahnhöfe in Frankfurt (Main) haben Polizei und BGS am 4. Februar die Papiere von 260 augenscheinlich aus anderen Herkunftsländern stammenden Menschen kontrolliert. Ziel war die Suche nach „Illegalen“. 32 Menschen wurden dabei festgenommen, wovon 14 in Untersuchungs- oder Abschiebehäft kamen und zwei bereits am nächsten Tag abgeschoben wurden. (FR 07.02.03)

Hungerstreik von Flüchtlingen in Berlin

Am 20. Januar traten 68 Menschen, die im Berliner Abschiebegefängnis Köpenick/Grünau inhaftiert sind, in den Hungerstreik, um gegen ihre unmenschliche Behandlung durch Polizisten, Ärzte und Sozialarbeiter, gegen lange Haftzeiten und für die Verbesserung der unzumutbaren hygienischen Verhältnisse zu kämpfen. 100 Antirassistinnen und Antirassisten demonstrierten am 24. Januar in Berlin, um den Kampf der Hungerstreikenden zu unterstützen. Nach einer zweiwöchigen Unterbrechung des Hungerstreiks nahmen 60 Gefangene am 10. Februar den Kampf wieder auf, da auf ihre Forderungen nicht eingegangen wurde. Zusätzlichen Schikanen durch das kritisierte Wachpersonal waren die Unterzeichnerinnen eines Protestbriefs ausgesetzt, der am 13. Februar

auf einer Kundgebung verlesen worden war. Nach über vier Wochen Kampf durch Hungerstreik, 14 Selbstverletzungen und 16 Selbsttötungsversuchen hat sich an der Situation für die Inhaftierten nichts verbessert. (taz 21.01.03, 25.01.03, jW 12., 19. und 26.02.03)

Alltäglicher Antisemitismus

Seine an die Presse verschickte Austrittserklärung aus der SPD „begründete“ der Leiter des staatlichen „Bundesanzeigers“ Claus Harmsen im Dezember 2002 mit offen antisemitischen Aussagen. Er sprach unter anderem vom „Kotau“ Deutschlands vor dem Zentralrad der Juden, der nicht müde werde, „die Bundesregierung anzuklagen und zu beschimpfen“. (ANNA 1-2003).

Mit fast wortgleichen antisemitischen Formulierungen erklärte der Sprecher von Attac in Trier, Wolfgang Schmitt, zu den staatlichen Geldern für den Zentralrat: „Warum muß das in Anbetracht leerer Staatskassen sein, dieser Kotau vor dem Zentralrat der Juden?“. (Jungle World, 19.02.03)

In **Phillippsburg** (Baden-Württemberg) schändeten Antisemiten Ende Dezember einen jüdischen Friedhof. Sie warfen Grabsteine um und beschmierten sie mit Nazi-Parolen. (Jungle World, 08.01.03) Der Rabbiner der jüdischen Gemeinde zu **Berlin** erhielt am 16. Januar eine anonyme Morddrohung mit den Worten „Lüge wird Wahrheit - Holocaust II“. Das Schreiben enthielt eine ascheähnliche Substanz. Der Staatschutz sah in dem Brief „keine ernstliche Bedrohung“ und ermittelt „in alle Richtungen“. (Jungle World, 29.01.03) Die jüdische Gedenkstätte in **Leipzig**

wurde am 18./19. Januar mit Sprühereien beschmiert. In **Dortmund** hing am 21. Januar ein antisemitisches Plakat an einer Fußgängerbrücke über der Autobahn. (taz, 22.01.03)

Brutaler Nazi-Mord

In **Erfurt** prügeln Nazis in der Nacht vom 25. auf den 26. Januar einen 48jährigen Mann zu Tode. Vorher waren die Nazis provokativ auf einer Party von Punks aufgetaucht. Vor dem Haus schlugen sie mehrere Punks brutal zusammen. Drei Partygäste mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden, einer von ihnen starb zwei Tage später an seinen schweren Verletzungen. Für die Polizei war wie gewohnt angeblich kein politischer Hintergrund erkennbar. (Jungle World 05.02.03)

Weitere Streiflichter des alltäglichen Nazi-Terrors

In der Sylvester-Nacht griffen in **Potsdam** rund 50 Nazis unter „Sieg-Heil“-Rufen einen Jugend- und Kulturverein an. Sie zerschlugen die Scheiben, versuchten Türen aufzubrechen und warfen einen Brandsatz in den ersten Stock des Gebäudes. Dieser konnte jedoch von den Anwesenden gelöscht werden. (jW 02.01.03)

Auf einem U-Bahnhof in **München** schoß in der Nacht zum 1. Januar ein Nazi auf einen gebürtigen Kubaner, als dieser seiner Frau zur Hilfe kommen wollte. Die Frau hatte sich den Nazis entgegengestellt, die Parolen wie „Sieg Heil“ und „Deutschland über alles“ gegröhl hatten. (Jungle World 08.01.03)

In **Kamenz** (Sachsen) wurden am 3. Januar ein aus dem Irak und ein aus der Türkei stammender Mann von drei Nazis angegriffen. Der 25jährige Mann aus der Türkei wurde verletzt, sein Begleiter konnte fliehen. (Jungle World 15.01.03) In den frühen Morgenstunden des 4. Januar verübten am Bahnhof **Frankfurt** (Oder) acht Nazis eine Hetzjagd auf einen 26jährigen Mann aus Jordanien, den sie schlugen und traten. (taz 07.01.03) Am 11. Januar wurden in **Cottbus** drei Aussiedler von sechs Nazis beschimpft und geschlagen, zwei wurden durch Messerstiche verletzt. Am gleichen Abend schlugen die Nazis die Scheibe eines türkischen Imbiß-Ladens ein und griffen den Besitzer an. (Jungle World 22.01.03) Ebenfalls im Januar vergewaltigte eine Gruppe Nazis in **Hagen** eine Frau, weil diese einen Tag zuvor einem Jugendlichen zu Hilfe gekommen war, der von diesen Nazis bedroht wurde. (jW 21.01.03) In der Nacht zum 13. Januar griffen in **Berlin** zwei Nazis einen Brasilianer an. Dieser konnte die Angreifer jedoch zu Boden schlagen und in Richtung eines Kinos fliehen. Die herauskommenden Besucher sowie ein Taxifahrer verweigerten ihm jede Hilfe. (Jungle World 22.01.03) Am 30. Januar warfen zwei Nazis Brandsätze auf eine von 69 Menschen bewohnte Flüchtlingsunterkunft in **Greiz**. Ein Mensch wurde beim Versuch verletzt, einen der Brandsätze aus dem Fenster zurückzuwerfen. (Jungle World 12.02.03) Einen weiteren Brandanschlag verübten in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar in **Rottenburg** zwei Nazis auf ein von Menschen türkischer Herkunft bewohntes Haus. (taz 10.02.03) In derselben Nacht kam es zu einem An-

griff auf eine linke Kneipe in **Dortmund**. Rund 15 Nazis bewarfen eine Gruppe Linker, die vor der Kneipe stand, mit Dosen und Flaschen und schossen mit Reizgas. Mindestens drei Menschen wurden verletzt. (jW 10.02.03) In **Schönebeck** (nahe Magdeburg) griffen mindestens 14 Nazis in der Nacht zum 9. Februar vier Jugendliche an, schlugen sie zu Boden und traten auf sie ein. Alle vier mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. (FR 12.02.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 29. Dezember demonstrierten 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Bochum** gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Bereits eine Woche später fand am 4. Januar erneut ein Aufmarsch von 230 Nazis in Bochum statt, gegen den 200 Menschen protestierten. 20 Antinazistinnen und Antinazisten wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen. Am 18. Januar demonstrierten 800 Menschen in Bochum gegen einen erneuten Nazi-Aufmarsch. Dem vierten Aufmarsch von rund 230 Nazis in Bochum innerhalb weniger Wochen am 22. Februar stellten sich 4500 Menschen entgegen. Antinazistinnen und Antinazisten gelang es, den Aufmarsch der Nazis durch Blockadeaktionen lange Zeit zu verzögern. (ANNA 1-2003, taz 06.01.03, 20.01.03, jW 25.02.03) In **Wuppertal** demonstrierten am 11. Januar 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten blockierten zwei Bahnsteige und konnten den Aufmarsch um eineinhalb Stunden verzögern. Bei der Räumung des Bahnhofs kam es zu

militanten Kämpfen mit der Polizei. 68 Menschen wurden vorläufig festgenommen. (taz 13.01.03, ANNA 16.01.03) Gegen den Angriff von 50 Nazis zum Jahreswechsel auf ein linkes Wohn- und Kulturprojekt in **Potsdam** demonstrierten am 11. Januar 400 Menschen. (PB 1-212003) In **Uetersen** (Schleswig-Holstein) versuchten am 18. Januar 150 Antinazistinnen und Antinazisten Polizeiabsperungen zu durchbrechen, um zu einem Nazi-Aufmarsch vordringen zu können. 18 von ihnen wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen. (taz 20.01.03) Am 25. Januar protestierten 400 Menschen in **Nordhausen** gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. (taz 27.01.03) 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 31. Januar in **Erfurt** gegen den zunehmenden Nazi-Terror in der Stadt, der wenige Tage zu einem Nazi-Mord an einem 48jährigen Mann geführt hatte. (jW 03.02.03) 600 Antinazistinnen und Antinazisten demonstrierten am 1. Februar in **Berlin** und zogen an „Orten des Rechtsextremismus“ vorbei. (jW 03.02.03) 5000 Menschen demonstrierten in **Chemnitz** am 8. Februar gegen einen Aufmarsch von 500 Nazis. (taz 10.02.03)

Proteste gegen den Irak-Krieg

Angesichts der sich verschärfenden Gefahr eines Krieges hauptsächlich des US- und des englischen Imperialismus gegen den Irak wurden weltweit Protestdemonstrationen und teilweise auch kämpferische Aktionen durchgeführt. In Italien wurden Militärtransporte blockiert, Hafendarbeiterinnen und -arbeiter weigerten sich, Militärausrüstungen

und -fahrzeuge auf Schiffe zu verladen. In Großbritannien verweigerten Lokomotivführer den Transport von Munitionszügen. Auf den weltweiten Demonstrationen, die am 15. Februar stattfanden, nahmen in einigen Städten weit über eine Million Menschen teil (London 1,5 Mio., Madrid 2 Mio., Rom 2,5 Mio.). Auf der Demonstration in Berlin, an der sich ca. 500.000 Menschen beteiligten, wurde von wenigen auch auf den deutschen Imperialismus hingewiesen, auf seine weltweiten Rüstungsexporte, auf seine aggressive, militaristische Politik in und gegen den Irak und auf seine heuchlerischen Friedensphrasen. (FR 27.02.03, jV 17.02.03)

Militante Kämpfe in Bolivien

Bei militanten Kämpfen eines Bündnisses aus indigenen Bauern und Gewerkschaftern wurden Mitte Januar 19 Menschen von Polizei und Militär erschossen. Die Kämpfe richteten sich gegen die Privatisierung der bolivianischen Gasproduktion, für das Recht auf Kokaanbau, gegen den Beitritt des Landes zur panamerikanischen Freihandelszone und gegen die Stationierung von US-Truppen im Land wandten. Nach den Morden errichteten die Kämpfenden weitere Straßenblockaden, die sie gegen Polizei und Militär verteidigten. (jV 20.01.03 und 23.01.03) Bei Massenprotesten in der Hauptstadt La Paz gegen geplante Steuererhöhungen wurden am 12. Februar 16 Menschen getötet. Die Demonstrantinnen und Demonstranten stürmten das Arbeitsministerium und griffen den Amtssitz des Vize-Präsidenten an. Der Präsident selbst sah sich gezwungen, seinen Amtssitz fluchtartig zu verlassen. (FR 14.02.03)

Erneute Kämpfe von Flüchtlingen in Australien

In mehreren Flüchtlingslagern in Australien kam es Ende letzten Jahres zu Kämpfen dort internierter Menschen. In den Lagern Baxter und Port Hedland wurden Gebäude in Brand gesetzt. In Woomera zerstörten die Flüchtlinge durch Feuer 43 Gebäude und griffen mit Steinen und Eisenstangen die Wachmannschaften an. Ebenso auf der Christmas-Insel, wo es den Flüchtlingen gelang, einen Teil des Lagers unter ihrer Kontrolle zu bringen. Im Lager Villawood scheiterte ein Ausbruchversuch von 30 Flüchtlingen, nachdem sich vorher 90 Flüchtlinge mit Eisenstangen gegen die Wachmannschaften bewaffnet hatten. Hingegen gelang am 3. Februar sechs Menschen die Flucht aus dem Lager Woomera, das durch Brände mittlerweile größtenteils zerstört worden ist. (FR 02.01.03, taz 04.02.03)

2003 März–April

Vorbereitung von Präventivkriegen

Am 25. April 2003 gelangten erstmals Auszüge der unter Kriegsminister Peter Struck (SPD) ausgearbeiteten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) an die Öffentlichkeit. Hierin wird u. a. das Konzept des Präventivkrieges festgeschrieben. Künftige Einsätze würden sich „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen“ lassen. Ein weiteres Kernstück der VPR ist der Einsatz der Bundeswehr nach Innen. Zum angeblichen Schutz der Bevölkerung vor „terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen“ wird auf diesem Wege von den Protagonisten des deutschen Imperialismus eine entscheidende Hürde zur langfristigen blutigen Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte im eigenen Land genommen. Dies stehe immer dann ins deutsche Haus, „wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen“. (jW 26.04.03)

Staatlicher Terror nach Innen

In Deutschland wird offen über die Anwendung von Foltermaßnahmen diskutiert unter Berufung auf einen Polizeivizepräsidenten, der einem Tatverdächtigen zwecks Aussageerzwingung nicht nur angedroht hatte, Schmerzen zuzufügen, sondern auch bereit war, es bei Drohungen nicht zu belassen. Der „Bund Deutscher Kriminalbeamter“, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, die SPD-Bundesjustizministerin Zypries, der hessische CDU-Ministerpräsident Koch und andere stellten sich demonstrativ vor den

Polizeivizepräsidenten und verteidigten ihn gegen alle Angriffe. (ak 21.03.03)

Ende März wurde bekannt, dass in Frankfurt/Main Mitte Februar ein 30jähriger Mann in einer Arrestzelle von einem Polizisten mehrmals mit einem Eisenrohr geschlagen wurde. (FR 25.03.03)

Ein Bericht des Anti-Folterkomitees des Europarates stellte u. a. fest, dass der Bundesgrenzschutz „exzessive Gewalt“ gegenüber Abschiebehäftlingen ausübt und dass in einem Gefängnis in Eisenhüttenstadt ein Verwahrraum entdeckt wurde mit vier Eisenringen am Boden, die dafür benutzt wurden, Gefangene mit gespreizten Armen und Beinen festzubinden. (FR 14.03.03)

Verfolgungen nach § 129a

Am 16. April 2003 wurde in Magdeburg der 23jährige Carsten S. verhaftet. Er wird der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a beschuldigt. Ihm und weiteren Jugendlichen wird vorgeworfen, vom August 2001 bis März 2002 unter dem Namen „Kommando Freiheit für alle politischen Gefangenen“ politisch motivierte Brandanschläge gegen Konzerne und Staat mit einem Gesamtschaden von mehr als 200.000 Euro verübt zu haben. Bereits seit dem 27. November 2002 sitzen die Magdeburger Daniel Winter und Marco Heinrichs wegen gleicher Beschuldigungen in Berlin-Moabit in U-Haft. In dieser Sache wurden weiterhin am 1. April 2003 in Magdeburg und Dessau neun Wohnungen, ein Arbeitsplatz sowie das Dessauer AJZ durchsucht. (jW 19.04.03)

Verschärfung des Drucks auf Erwerbslose

Obwohl über 450.000 Erwerbslose aus der Statistik herausgerechnet wurden, stieg die offizielle Zahl der Erwerbslosen auf 4,7 Mill. an. (taz 07.03.03) Erwerbslose müssen in Zukunft in den neu eingerichteten Job-Center „Persönlichkeitsprofile“ von sich anfertigen lassen. Motivation, Teamfähigkeit, Flexibilität, finanzielle, familiäre und persönliche Verhältnisse sollen erfasst werden. (jW 04.03.03) Am 14. März verkündete Bundeskanzler Schröder für 2004 die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im Rahmen einer Zusammenlegung mit der Sozialhilfe, auf deren Niveau die bisherigen Almosen der Arbeitslosenhilfe, die zur Zeit 1,7 Mill. Menschen erhalten, herabgesenkt werden. (taz 15.03.03)

Keine Entschädigung für ehemalige kriegsgefangene Zwangsarbeiter

Kriegsgefangene des deutschen Imperialismus, die während des 2. Weltkriegs Zwangsarbeit verrichten mussten, erhalten nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin gegen zwei armenische Staatsangehörige grundsätzlich keine Entschädigung. Betroffen von diesem Urteil sind u. a. etwa 60.000 ehemalige sowjetische und etwa 120.000 italienische Kriegsgefangene. Die Richter begründeten ihr Urteil damit, dass Zahlungen an Kriegsgefangene, die zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, nicht vorgesehen seien und erinnerten daran, dass die Bundesregierung

keine rechtliche Verpflichtung zur Entschädigung anerkennt. (FR 05.03.03, 06.03.03)

„Sudetendeutsche Botschaft“ in der Tschechischen Republik

Wohlvollend begleitet von der deutschen Botschaft in der Tschechischen Republik eröffnete am 25. März die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Prag eine Vertretung, um der Durchsetzung sudetendeutscher Interessen in Tschechien den nötigen Druck zu verleihen. Der im Europarat sitzende Posselt, CSU-Mitglied und „Sudetendeutscher“, deklarierte die Vertretung zur „Botschaft der Sudetendeutschen“, welche im revanchistischen Gleichschritt mit der offiziellen deutschen Politik die Annullierung der Benes-Dekrete, Sonderrechte für Sudetendeutsche und die Rückgabe ehemaligen Eigentums von der Tschechischen Republik fordert. (Jungle World 09.04.03)

Nazi-Mord

Am letzten März-Wochenende wurde ein 25jähriger Mann in **Frankfurt (Oder)** von drei Nazis ermordet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Mordes aus Habgier und Verdeckungsabsicht und schließt, trotz bekannter Nazi-Aktivitäten eines der Täter, politische Hintergründe aus. (FR 05.04.03)

Streiflichter des Nazi-Terrors

Anfang März wurde in **Dresden** ein 35jähriger Tunesier von zwei Nazis überfallen und schwer verletzt. (jW 05.03.03) Am 4. März wurde ein 24jähriger Iraker in

Magdeburg vor dem Hauptbahnhof rassistisch beschimpft und verprügelt. (Jungle World 12.03.03) In einer vollbesetzten Straßenbahn in **Schwerin** wurde am 12. März ein 10jähriger Iraker von einem 19jährigen Mann geschlagen, getreten und mit einem Messer verletzt. Von den Fahrgästen versuchte nur eine Frau dem Kind beizustehen. (Jungle World 26.03.03) Am 24. März verübten sechs Nazis einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Zwickau**. (Jungle World 02.04.03) Ein Afrikaner wurde Ende März in **Thüringen** in einem Zug von zwei Nazis verprügelt und erlitt Kopfverletzungen. (FR 30.03.03) In **Berlin** wurden Anfang April acht Jugendliche aus anderen Herkunftsländern von 25 Nazis angegriffen. Einer der acht Jugendlichen erlitt eine Kopfverletzung durch einen Schlag mit einem Baseballschläger. (taz 07.04.03) Am 13. April wurde in **Berlin** eine Gruppe von zehn türkischen und jugoslawischen Jugendlichen von etwa 30 Nazis überfallen und mit abgebrochenen Flaschenhälsen attackiert. (Jungle World 23.04.03) Ein 30jähriger Afrikaner wurde am 4. April in **Magdeburg** von zwei Nazis getreten und mit einer Gasdruckpistole verletzt. (taz 07.04.03) In **Jüterbog (Brandenburg)** wurde am 26. April ein 31jähriger Libanese von drei Nazis zu Boden getreten, mit Faustschlägen malträtiert und mit einem Messer bedroht. (jW 29.04.03) Ein 35jähriger Mann aus Nigeria wurde am 25. April von vier Nazis in einem Linienbus in **Teltow (Brandenburg)** geschlagen und getreten.

Nazis auf Friedensdemos

Die kontinuierliche Teilnahme von Nazis an Demonstrationen der Friedensbewegung gegen den Irak-Krieg und kritiklose und abwieglerische Reaktionen bürgerlicher und opportunistischer Politiker zeigen, wie weit die Öffentlichkeit an die Aktivitäten der Nazis gewöhnt ist und sie bewusst toleriert.

In **Berlin** nahmen am 15. Februar 250 Nazis an der Friedensdemonstration teil. Ebenfalls am 15. Februar marschierten ca. 100 Nazis in **Wittstock** gegen den Krieg. Am 17. und 24. Februar beteiligten sich jeweils 60 Nazis in **Halle** an den Friedensdemonstrationen. In **Anklam** nahmen am 1. März 80 Nazis an einer Friedensdemo teil. (ANNA 8-2003) In **Neuruppin** und **Greifswald** weigerten sich die Veranstalter, die Nazis von der Demonstration auszuschließen. (ak 21.03.03) In **Fürstenwalde** wurde dem NPD-Chef auf einer Friedenskundgebung Rederecht erteilt. (Jungle World 16.04.03)

Antisemitische Angriffe

Am 23. März wurde in **Berlin** ein US-amerikanischer Jude von einem Nazi angegriffen, beschimpft und geschlagen. Offiziell wurden in Berlin im letzten Jahr über 100 antisemitische Straftaten registriert. (Jungle World 02.04.03) Mit Hakenkreuzen beschmierten Nazis Mitte April in Berlin einen jüdischen Lebensmittelladen. (jW 16.04.03) In **Mecklenburg-Vorpommern** stieg im vergangenen Jahr die offiziell registrierte Zahl antisemitischer Verbrechen um 50 Prozent. (taz 16.04.03) In der Nacht zum

Ostermontag verwüsteten Nazis den jüdischen Friedhof in **Zwickau**. Sie rissen 52 von 60 Grabsteinen aus ihrer Verankerung und warfen sie um. Die meisten Grabsteine wurden beschädigt, sechs von ihnen zerstört. (jW 23.04.03)

Streikkämpfe in Deutschland

Beschäftigte der Bahn AG führten im Rahmen der Tarifaueinandersetzung Anfang März mehrere Warnstreiks durch. In Köln und Dortmund streikten Anfang März 140 Beschäftigte, was zu vier ausgefallenen Zügen führte. Die Wirkung der Streiks steigerte sich, als die in der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) Organisierten sich am 6. März einschalteten, was zu etwa 1000 ausgefallenen Zügen führte. (jW 03.03.03, 07.03.03) 1800 Beschäftigte der Kieler Werft HDW protestierten Anfang März gegen den Abbau von 750 Arbeitsplätzen. (uz 07.03.03) 20.000 Verkäuferinnen und Verkäufer demonstrierten Anfang März in Berlin gegen die geplante Verlängerung der Ladenöffnungszeiten an Samstagen. (jW 10.03.03) Gegen die Verschärfung der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit neuen EU-Richtlinien streiken mehrere 1000 Hafendarbeiterinnen und Hafendarbeiter im Nordwesten Deutschlands. (faz 11.03.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 1. März protestierten mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Bernau** (Bayern) gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. (jW 03.03.03) Am 15. März demonstrierten in **Köln** weit über 1000

Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen zwei Nazi-Aufmärsche. In Köln-Chorweiler gelang es, den Aufmarsch der Nazis nach hundert Metern zu stoppen, so dass die Polizei sich gezwungen sah, die Nazi-Veranstaltung für beendet zu erklären. Etwa 300 Antinazistinnen und Antinazisten wurden bereits im Vorfeld von der Polizei festgenommen. Auch in Köln-Mülheim konnten die Nazis nur eine kurze Strecke marschieren, welche ihr von der Polizei freigeknuppelt wurde. Am 22. März protestierten 150 Menschen in **Bad Homburg** gegen den Parteitag der REPs. (ANNA 27.03.03) Den 400 Nazis, die in **Neumünster** am 5. April mit Unterstützung von 1300 Polizisten gegen die dortige Wehrmachtsausstellung hetzten, stellten sich 650 Antifaschistinnen und Antifaschisten entgegen. 200 von ihnen kesselte die Polizei über drei Stunden lang ein. Am 5. April protestierten Antinazistinnen und Antinazisten in **Erfurt** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. 14 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten wurden festgenommen. (jW 07.04.03) In **Heidelberg** verhinderten am 19. April 1500 Menschen durch eine Gegendemonstration am Bahnhof einen Aufmarsch von 100 Nazis, die den Bahnhofsvorplatz nicht verlassen konnten und nach zwei Stunden wieder abreisen mussten. (PB 24.04.03) 150 Nazis erhielten in **Weimar** die Genehmigung, am 20. April, dem Geburtstag Hitlers, aufzumarschieren. Polizei und BGS verhinderten, dass die mehr als tausend Gegendemonstrantinnen und -demonstranten den Nazi-Aufmarsch bekämpfen konnten. (ANNA 24.04.03) Über

tausend Menschen protestierten in **Rostock** am 26. April gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Durch Sitzblockaden konnte der Aufmarsch gestoppt werden. (faz 28.04.03)

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

In verschiedenen Städten und an Flughäfen Deutschlands wurde vom 7. bis 9. März gegen das Geschäft mit der Abschiebung protestiert. (PB 13.03.03) Gegen die Haftbedingungen im Abschiebegefängnis Köpenick-Grünau in **Berlin** demonstrierten am 27. März etwa 100 Antirassistinnen und Antirassisten vor der Ausländerbehörde in Lichtenberg unter der Losung: „Abschiebeknäste öffnen – Ausländerbehörden schließen“. (faz 28.03.03) Das Bündnis gegen Abschiebung in **Ludwigshafen** protestierte am 3. April auf zwei Kundgebungen gegen die schikanoöse Behandlung von Flüchtlingen auf dem dortigen Ausländeramt und forderte ein allgemeines Bleiberecht. (PB 10.04.03)

Kämpfe der Landlosen in Brasilien

In Brasilien lassen sich die Landlosen der Bewegung MTS nicht mehr länger von den Phrasen der seit zwei Monaten herrschenden reaktionären Regierung abspeisen, die mit der Ankündigung, einer „friedlichen Landreform“, sich das Vertrauen der 15 Mill. Landlosen kaufen wollte. Seit Anfang März protestieren die Landlosen wieder mit kämpferischen Aktionen. Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten der Bewegung blockierten im Bundesstaat Alagoas eine Hauptverkehrsstraße. Im Mittelwesten

des Landes besetzten die Kämpfenden Büros der Bundesbehörde für Agrarreform. Sprecher der Bewegung kündigten landesweite Mobilisierungen an. Mitte April fanden in 22 von 27 Bundesstaaten Kundgebungen der Landlosenbewegung in Verbindung mit Landbesetzungen statt. (taz 15.03.03, FR 17.04.03)

Kämpfe der Stahlarbeiter in Belgien und Luxemburg

Gegen die Schließung eines zur Arcelor-Gruppe gehörenden Stahlwerks in Lüttich, Belgien, demonstrierten am 12. März 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter unter Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen aus Luxemburg, Frankreich und Deutschland. Vor dem Sitz der Arcelor-Gruppe in Luxemburg stellte sich am 17. April den ca. 2000 Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern, die für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrierten, ein massives Polizeiaufgebot in Kampfanzügen, mit Stacheldrahtabsperungen, Wasserwerfern und Panzerwagen entgegen. Nachdem kämpferische Werktätige begannen, die Stacheldrahtsperrungen zu beseitigen, marschierte die Polizei hinter rollenden Panzerwagen auf und räumte die Straße. Eine Woche später demonstrierten dort erneut 3500 Stahlbeschäftigte. 200 der Kämpferischsten von ihnen wehrten sich militant gegen die Polizei. (taz 13.03.03, jW 19.04.03, FR 26.04.03)

Betriebsbesetzungen in Argentinien

In Argentinien richtet sich das militärische Vorgehen der reaktionären Regierung ver-

stärkt gegen die von Arbeiterinnen und Arbeitern besetzten und in Eigenverantwortung weiterbetriebenen Fabriken. In der Provinz Neuquen verteidigten sich am 8. April die Werktätigen erfolgreich gegen die versuchte Räumung einer von ihnen besetzten Keramikfabrik. Mitte April wurde von der Polizei eine Textilfabrik in Buenos Aires geräumt, die seit Dezember 2001 besetzt worden war. Trotzdem gaben die Kämpfenden nicht auf und demonstrierten mehrere Tage gegen die Räumung. Am 21. April versammelten sich 7000 Arbeiterinnen und Arbeiter vor den um die Fabrik errichteten Polizeiabsperungen. Mit Gummigeschossen und Tränengasgranaten jagte die Polizei die Werktätigen durch die Stadt. Es kam zu 20 Verletzten und 120 Festnahmen. (jW 19.04.03, 23.04.03)

2003 Mai-Juni

Neues Einsatzgebiet der Bundeswehr

Zum zweiten Mal erfolgt die Übernahme des Oberkommandos des internationalen Marineverbandes am Horn von Afrika durch deutsche Truppen am 31. Mai, verbunden mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Anzahl der dort eingesetzten deutschen Soldaten um 200 auf 775. Am 5. Juni wurde die Verlängerung des Einsatzes von 3700 Bundeswehrsoldaten in Kosovo beschlossen. Am 18. Juni entschied der Bundestag über die Entsendung von bis zu 350 Soldaten nach Uganda, zur Unterstützung einer militärischen Aktion von EU-Truppen unter französischer Führung in Kongo. (jW 30.05.03, 19.06.03, FR 06.06.03)

Grenzenloser Einsatz der Bundeswehr geplant

Nach den am 21. Mai vorgestellten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR), die den beschleunigten Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit handelnden Interventionsarmee vorsehen, soll die Sicherheit Deutschlands auf der ganzen Welt verteidigt werden. Die Verteidigung Deutschlands lasse sich laut Struck „geographisch nicht mehr eingrenzen“. Schwerpunkt dieses aggressiven Programms ist, wie auch bei den bisher gültigen Richtlinien, die Verteidigung der weltweiten deutschen Wirtschaftsinteressen. Vorgesehen ist auch der Einsatz von Bundeswehrtruppen gegen „internationale

Terroristen“ und „organisierte Kriminalität“. Als neu hinzugekommene „Bedrohung“, gegen die mit militärischen Mitteln vorgegangen werden soll, wird in den VPR die „zunehmende Migrationsbewegung“ gekennzeichnet. Vorgesehen ist der Einsatz deutscher Soldaten zur Abwehr von Flüchtlingen; wobei es auch hier keine geographische Eingrenzung gibt. (jW 22.05.03, 07.06.03)

Streiflichter des staatlichen Rassismus und Abschiebeterrors

Eine aus dem ehemaligen Jugoslawien kommende Frau sprang Anfang Mai in Freienbessingen (Thüringen) aus dem Fenster einer Flüchtlingsunterkunft, als Polizisten sie zur Abschiebung holen wollten. Sie erlitt lebensgefährliche Verletzungen. (jW 19.05.05) Der 27jährige, in Deutschland geborene D. Umit wird in die Türkei abgeschoben, obwohl er der türkischen Sprache kaum mächtig und die Türkei für ihn ein völlig fremdes Land ist. In Berlin leben über 10.000 Menschen aus anderen Herkunftsländern versteckt, um sich vor Abschiebung zu schützen. (Jungle World 21.05.03) Die Polizei räumte am 23. Mai im niederreihnischen Schwalmbach ein Kirchenasyl für drei Kurden, die dort seit Oktober 2002 Schutz suchten. (FR 24.05.03) Ein Kurde, der trotz seines 34tägigen Hungerstreiks im Abschiebeknast Büren am 12. Juni in die Türkei abgeschoben worden ist, wurde dort nach Landung des Flugzeuges sofort festgenommen. (jW 14.06.03) Mehrere kurdische Gefangene im Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt-Glashütte sind in den Hungerstreik getreten um gegen ihre

Erniedrigende Behandlung, insbesondere durch Mitarbeiter der Hamburger Ausländerbehörde zu protestieren, von denen sie u.a. als „Tiere“ bezeichnet wurden. (ANNA 19.06.03)

Keine Entschädigung für griechische Opfer eines SS-Massenmords

Überlebende aus dem griechischen Dorf Distomo, in dem eine SS-Division am 10. Juni 1944 218 Frauen, Männer, Kinder und ein zwei Monate altes Baby ermordeten und anschließend den Ort niederbrannte, hatten vor acht Jahren auf Schadensersatz gegen die BRD geklagt. Von den Mördern war nach dem Krieg keiner zur Verantwortung gezogen worden. Eine Entschädigung wurde bislang von Deutschland verweigert mit der Begründung, dass hier kein Verbrechen, sondern eine übliche „Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung“ vorliegt. In der aktuellen Stellungnahme der rot-grünen Bundesregierung zum laufenden Prozess haben die Opfer nach wie vor keinen Anspruch auf individuelle Schadensersatzzahlungen. Der Bundesgerichtshof stimmte am 26. Juni der Regierung zu, belehrte die Opfer noch mit den Hinweis, nur „mit den beschränkten Mitteln des Rechts“ entscheiden zu können, nach denen Staaten, nicht aber Privatpersonen Ansprüche auf Schadensersatz wegen Kriegsverbrechen geltend machen können, und wies die Klage der Überlebenden ab. Massenmorde wie in Distomo gab es während der deutschen Besatzung in Griechenland über 60, mit zehntausenden Toten. In Griechenland sind noch ca. 50.000

Einzelklagen auf Entschädigung anhängig. Somit hat für diese Fälle das deutsche Urteil Signalwirkung. (FR 12., 13., 27.06.03)

Antisemitische Friedhofsschändungen

In **Lübeck** wurde Anfang Mai auf dem jüdischen Friedhof ein Gedenkstein geschändet. Der Stein wurde mit roter Farbe beschmiert und ein totes Ferkel mit offener Bauchdecke davor gelegt. (jW 07.05.03) Mitte Mai wurden Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in **Bad Kreuznach** mit Lack besprüht und mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen beschmiert. (taz 22.05.03) In **Zittau** wurden 30 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof umgeworfen. (taz 27.06.03)

Ausschnitte des Nazi-Terrors

In Travemünde haben am 1. Mai drei Nazis einen Mann von einer Kai-Mauer ins Wasser gestoßen und einen anderen geschlagen und getreten. (taz 03.05.03) Am 3. Mai wurde ein Ägypter in der Regionalbahn Cottbus – Wittenberge von vier Nazis beschimpft, geschlagen und getreten. Der Ägypter erlitt mittelschwere Verletzungen. (FR 06.05.03) Am 16. Mai wurden in Essen mehrere Menschen aus anderen Herkunftsländern von drei Nazis angegriffen. Ein 21-jähriger aus Togo wurde geschlagen und getreten, ein 33-jähriger wurde bestohlen und ein 29-jähriger aus Italien geschlagen und im Gesicht verletzt. (Jungle World 11.06.03) In der Nacht vom 25. zum 26. Mai wurden drei Ukrainer in Oranienburg von fünf Nazis bedroht. Einem der Ukrainer wurde ins Gesicht geschlagen. (jW 27.05.03) Am 29. Mai über-

fiel in Berlin eine Gruppe Nazis mehrere Jugendliche. Einer der Jugendlichen erlitt einen Jochbeinbruch. Am selben Tag wurde einem 37-jährigen Mann in einer Berliner S-Bahn von Nazis ins Gesicht geschlagen, nachdem dieser die Nazis aufgefordert hatte, es zu unterlassen, nazistische Parolen zu brüllen. (taz 06.06.03) Drei Nazis griffen am 1. Juni in Essen-Frohnhausen einen 33-jährigen Mann aus Sri Lanka mit einem Messer an, verletzten ihn im Gesicht und traten auf ihn ein. (Jungle World 25.06.03) Ein aus Indien kommender Mann wurde am 2. Juni in Prenzlau von einem Nazi angegriffen. Am 3. Juni haben in Essen zwei Nazis einen Menschen aus einem anderen Herkunftsland angegriffen. (Jungle World 11.06.03) In der Essener U-Bahn wurde am selben Tag ein bisher unbekanntes Opfer von zwei Nazis rassistisch attackiert. (taz 05.06.03) Zwei chinesische Studenten wurden am 8. Juni in Cottbus von vier Nazis belästigt und verprügelt. (taz 11.06.03) In Schwerin wurde am 10. Juni auf einen Gemüseladen, dessen Inhaber aus Kosova kommt, ein Brandanschlag verübt. Das Geschäft wurde vollständig zerstört. (Jungle World 18.06.03) Drei Nazis griffen in Bernau am 14. Juni eine Gruppe russischsprachiger Jugendlicher an und attackierten sie. (taz 17.06.03) Mitte Juni wurde von Nazis ein vor drei Wochen errichtetes Gedenkkreuz für die gefallenen Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee auf den Seelower Höhen zerstört. (taz 21.06.03) In Wittstock haben sechs Nazis ein 13-jähriges Mädchen kubanischer Abstammung wegen ihrer

Hautfarbe beleidigt und misshandelt. (taz 26.06.03) In der Nacht vom 24. zum 25. Juni wurde auf einer Flüchtlingsunterkunft in Werdau (Sachsen) ein Brandanschlag verübt. (FR 26.06.03) In Rottstock (Brandenburg) wurde ein 26-jähriger aus Kamerun am 28. Juni von vier Nazis überfallen. Sie stießen ihn in den Dorfteich und drückten seinen Kopf mehrmals unter Wasser. (jW 30.06.03)

Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter in Ostdeutschland

Nach mehreren Warnstreiks im Mai in der ostdeutschen Metallindustrie im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen um die Einführung der 35-Stunden Woche für die 310.000 Beschäftigten, stimmten Ende Mai in Sachsen 80 Prozent der IG-Metall Mitglieder in einer Urabstimmung für den Streik. Etwa zehn Tage später stimmten auch in Brandenburg ca. 79 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik. Am 2. Juni begann in Sachsen der Arbeitskampf. 12.300 Arbeiterinnen und Arbeiter in 15 Betrieben legten die Arbeit nieder. Von Anfang an waren die berechtigten Kämpfe der Werktätigen begleitet von einer sich förmlich überschlagenden bürgerlichen Hetzkampagne gegen den Streik von Seiten der Unternehmer, ihrer Politiker und Medien. Am 17. Juni wurde der Streikkampf ausgedehnt auf Brandenburg und Ostberlin. 11.300 Beschäftigte legten hier ihre Arbeit nieder. Ende Juni, als der Streik Auswirkungen zeigte auf die Produktion in westdeutschen Betrieben, BMW musste in München und

Regensburg die Produktion für einige Zeit unterbrechen – geschätzter Gewinnausfall pro Tag: 4 Millionen Euro –, und auch bei VW in Wolfsburg drohte ein Produktionsstopp, begann die IG-Metall-Führungsclique hektisch zurückzurudern, verkündete, dass die Streiks nicht ausgeweitet würden und dass es Zeit für Schlichtungsverhandlungen sei. Prompt wurde in den ersten Betrieben in Brandenburg auf Befehl der IG-Metall-Führung der Streik ausgesetzt – was vom BMW-Chef lobend zur Kenntnis genommen wurde – und Ende Juni der Arbeitskampf kurzerhand für beendet erklärt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter erlitten eine Niederlage. (FR 31.05.03, 11.06.03, 18. 06.03, taz 20.06.03, 23.06.03, jW 03.06.03, 26.06.03, 30.06.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

Nur unter dem Schutz mehrerer Hundertschaften Polizei, Polizei auf Hausdächern, Polizeihubschraubern und berittenen Kommandos, konnten 150 Nazis am 1. Mai durch **Dresden** marschieren. Hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten stellten sich ihnen entgegen. Durch mehrere Straßenblockaden, die von der Polizei mit ungehemmter Aggressivität, insbesondere von Reiterstaffeln angegriffen wurden, gelang es, den Nazi-Aufzug mehrmals zu stoppen. (ANNA 08.05.03) 1200 Nazis zogen am 1. Mai unter dem Schutz der Polizei und begleitet von Protesten mehrerer hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten durch **Berlin**. (taz 02.05.03) In **Halle** protestierten am 1. Mai etwa 1300 Menschen gegen

einen Aufmarsch von ca. 1000 Nazis. Kämpferische Antinazistinnen und Antinazisten stoppten durch Sitzblockaden den Nazi-Aufzug, welcher von der Polizei mehrmals umgeleitet werden musste, wobei es zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. (Interim 15.05.03) 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrieren am 10. Mai in **Ennepetal** (NRW) gegen ein Nazigeschäft und gegen die nazistischen Strukturen im Ort. (PB 22.05.03) 2000 Menschen demonstrieren am 24. Mai in **Hannover** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, welcher von 2500 Polizisten geschützt wurde. Kämpferische Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten durch Sitzblockaden den Aufmarsch zu stoppen. Zahlreiche von ihnen wurden verletzt, als ein berittenes Polizeikommando die Blockade angriff. Hunderte Demonstranten wurden in zwei Polizeikesseln über mehrere Stunden festgehalten. Insgesamt nahm die Polizei etwa 140 Menschen aus den Kesseln in Gewahrsam. (jW 28.05.03) Im Verlauf weniger Wochen führten in **Rostock** die Nazis im Mai vier Aufmärsche durch, gegen die jeweils mehrere hundert Menschen demonstrieren. (taz 26.05.03, 02.06. 03) Mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten am Pfingst-wochenende in **Mittenwald** (Bayern) gegen das jährlich stattfindende Treffen der Gebirgsjäger der nazistischen Wehrmacht, um auf deren Verbrechen aufmerksam zu machen und Entschädigung für die Opfer zu fordern. (jW 10.06.03) Am 14. Juni protestierten 3000 Menschen in **Nürnberg** gegen

einen Aufmarsch von 300 Nazis, welcher von 2000 Polizisten geschützt wurde. 16 Antinazistinnen und Antinazisten wurden vorläufig festgenommen. (taz 16.06.03) 600 Menschen, darunter 300 kämpferische Antifaschistinnen und Antifaschisten, in **Schwäbisch Hall** konnten am 21. Juni einen Nazi-Aufmarsch stoppen. Die Nazis, die gegen die Wehrmachtsausstellung hetzten, mussten ihren Aufzug vorzeitig beenden. (jW 23.06.03)

Ausnahmezustand in Peru

Mit einem landesweiten Streik von 300.000 Lehrerinnen und Lehrern am 12. Mai begannen in Peru massive und militante Proteste gegen das dort herrschende reaktionäre Regime. Nach der Weigerung der Regierung, auf die Forderungen der Streikenden einzugehen, beteiligten sich Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie Studenten an den Protesten. Um die Kontrolle über das Land aufrechtzuerhalten, setzte der peruanische Präsident Ende Mai das Versammlungsrecht außer Kraft, verhängte für einen Monat den Ausnahmezustand und mobilisierte die Armee. Infolge dieser Maßnahmen verschärfen sich die Kämpfe. In mehreren Städten Perus kam es zu stundenlangen militanten Kämpfen der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Landarbeiterinnen und Landarbeiter mit der Armee und Polizei. Die Hauptverkehrsstraße des Landes wurde von Demonstrierenden durch eine Blockade gesperrt. Soldaten der peruanischen Armee schossen auf eine Demonstration von etwa 2000 Studentinnen

und Studenten und ermordeten einen von ihnen. Trotz Versammlungsverbots demonstrierten eine Woche darauf 10.000 Menschen in der Hauptstadt Lima. 304 Menschen wurden laut offiziellen Angaben in den ersten Tagen nach Verhängung des Notstands festgenommen. Der Ausnahmezustand wurde für drei Regionen und eine Provinz des Landes Ende Juni für einen weiteren Monat verlängert. (jW 30.05.03, 31.05.03, 05.06.03, taz 05.06.03, 27.06.03)

Landesweite Streiks in Frankreich und Österreich

Am 13. Mai legte in Frankreich ein landesweiter Generalstreik das Land fast vollständig lahm. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Nahverkehrs, der Medien, der Post, verschiedener Ämter und Behörden, Beschäftigten der Energie- und Gaswirtschaft beteiligten sich auch Fluglotsen, Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter sowie Lehrerinnen und Lehrer an dem Streikkampf, der sich gegen die von der Regierung geplante Rentenreform richtete. In Paris gingen 250.000 Menschen, in Marseille 200.000 Menschen auf die Straßen. Trotzdem die Gewerkschaftsführungen bereits für den kommenden Tag wieder zur Aufnahme der Arbeit aufgerufen haben, wurde insbesondere bei den Pariser Verkehrsbetrieben und in den Schulen und Krankenhäusern des ganzen Landes der Kampf fortgesetzt. Über eine Million Menschen beteiligten sich am 25. Mai landesweit an Kundgebungen und Demonstrationen. Die Streiks und

Massendemonstrationen in Frankreich wurden bis Mitte Juni weitergeführt. Am 11. Juni kam es in Paris zu militanten Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und der Polizei. 65 Festgenommene sollen in einem Schnellgerichtsverfahren abgeurteilt werden. (jW 14.05.03, 26.05.03, taz 16.05.03, FR 12.06.03) Auch in Österreich fanden Massenproteste gegen die geplante Rentenreform der Regierung statt. Mit einem landesweiten Generalstreik, den ersten seit Jahrzehnten, wurde Anfang Mai protestiert. Neben dem öffentlichen Sektor legten in über 500 Betrieben die Werktätigen die Arbeit nieder. An einer Protestdemonstration in Wien beteiligten sich über 100.000 Menschen. (jW 07.05.03, 15.05.03)

Länderübergreifende Proteste gegen G-8-Gipfeltreffen in Evian

Im Vorfeld des G-8 Treffens im französischen Evian Anfang Juni, kam es bereits Ende Mai in Genf zu Protestdemonstrationen von Gegnerinnen und Gegnern des Gipfeltreffens, die von der Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben wurden. 100 militante Kämpferinnen und Kämpfer stürmten das Haupttor der Welthandelsorganisation WTO, zerstörten Teile des Gebäudes und legten Brände. Durch Straßenblockaden versuchten zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten den Beginn des Gipfels hinauszuzögern. In Genf und anderen Verkehrsknotenpunkten an der schweizerisch-französischen Grenze sowie den Zufahrtsstraßen nach Evian wurden be-

reits in den frühen Morgenstunden des 1. Juni Straßen besetzt gehalten und teilweise trotz massiven Beschuss mit Tränengas und Leuchtschmuckmunition gegen die Polizei verteidigt. Nach der Auflösung einer Hafensperre in Lausanne kam es zu militanten Kämpfen zwischen den Demonstrierenden und der Polizei. Die Autobahn zwischen Genf und Lausanne musste wegen der Blockaden gesperrt werden. 200.000 Menschen beteiligten sich in Genf an einer Protestdemonstration gegen das G-8 Gipfeltreffen. Ein Demonstrationzug aus dem französischen Annemasse überschritt die französisch-schweizerische Grenze und vereinigte sich in einem Genfer Vorort mit den dort Demonstrierenden. (FR 31.05.03, jW 02.06.03)

2003 Juli–Aug.

Ausweitung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan

Die deutsche Armee, die derzeit mit 2.300 Soldaten von insgesamt 5.500 aus 20 NATO Ländern das größte Truppenkontingent des ISAF-Kommandos in Afghanistan stellt und seit Februar gemeinsam mit den Niederlanden das Oberkommando innehat, soll auch im Jahre 2004 dort stationiert bleiben. Das im Dezember auslaufende Parlamentsmandat müsse, laut Kriegsminister Struck, um mindestens ein Jahr verlängert werden. Weiterhin geplant ist die territoriale Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb der afghanischen Hauptstadt Kabul auf Provinzen im Norden des Landes, um Sicherungs- und Patrouillenaufgaben zu übernehmen. Vorgesehen sind dafür etwa 250 weitere Bundeswehrsoldaten. (taz 10.07, 21.07, 04.08.03, FR 28.08.03)

Polizei und Nazis gemeinsam gegen anti-rassistisches Grenzcamp in Köln

Gegen das 6. antirassistische Grenzcamp in Köln fand am 9. August ein provokatorischer Aufmarsch von 60 Nazis statt, der von Polizeitruppen geschützt wurde. Als die Antirassistinnen und Antirassisten gegen die Nazis protestieren wollten, nutzte die Polizei die Gelegenheit, hinderte sie am Verlassen des Camps, kesselte das gesamte Gelände am Nachmittag mit 2500 Einsatzkräften und Wasserwerfern ein und stellte die Strom- und Wasserversorgung ab. Sämtliche ca. 400 Campteilnehmerinnen und -teilnehmer, die bis zu 17 Stunden eingekesselt waren,

wurden festgenommen und in die Gefangensammelstelle Köln-Brühl zur Personalienfeststellung gebracht. (jW 11.08.03, taz 11.08.03, FR 18.08.03)

Streiflichter des Staatlichen Rassismus und Abschiebeterrors

Jugendliche Flüchtlinge, die unter 16 Jahre alt sind, dies aber nicht nachweisen können, werden in Hamburg durch die dortige Ausländerbehörde einer Altersfeststellung nach biologischen Merkmalen unterzogen und in der Regel mit einer Altersheraufsetzung bedacht, da 16-jährige als „asylmündig“ gelten. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres wurde das Alter von 87 Prozent von insgesamt 134 Jugendlichen auf über 16 Jahre heraufgesetzt. Damit gelten diese Jugendlichen als Kriminelle, weil der vermeintliche Beweis einer falschen Altersangabe erbracht wurde. (anna 03.07.03) Ebenfalls in Hamburg sollen mehrere Kinder aus Ghana abgeschoben werden, deren Mütter sie hatten nachkommen lassen, als deren eigener Aufenthalt gesichert war. In Ghana droht den Kindern die Unterbringung in ein Waisenheim. (taz 18.08.03) Trotz eines Berichtes des Auswärtigen Amtes, dass die Polizei in Indien bei Vernehmungen häufig foltert, billigt das Bundesverfassungsgericht Abschiebungen nach Indien mit der Begründung, dass Folter dort offiziell verboten ist. (FR 23.07.03) Eine seit fünfzehn Jahren in Deutschland lebende Frau aus dem Landkreis Soest wurde im Juni in einer Nacht und Nebel-Aktion zusammen mit ihren sieben hier geborenen Kindern in die Türkei abge-

schoben. Ohne Vorankündigung brach die Polizei morgens um 5.30 Uhr die Wohnungstür auf und verfrachtete die Frau mit ihren ein- bis zwölfjährigen Kindern ins Flugzeug, ohne dass sie die Möglichkeit erhielt, Koffer zu packen oder ihren Anwalt zu verständigen. Bereits 1996 hat das Oberverwaltungsgericht Münster solche Blitzaktionen gebilligt. (FR 26.07.03) Um einen Flüchtling aus Kongo abschieben zu können, will das Landratsamt Oder-Spree in Beeskow für 30.000 Euro eigens ein Charterflugzeug mieten. (taz 31.07.03) Ein 33-jähriger Türke überlebte schwerverletzt im Ausländeramt Rheda-Wiedenbrück einen Selbsttötungsversuch. Aus Angst vor der drohenden Abschiebung übergoss er sich mit Brandbeschleuniger und zündete sich an. (FR 01.08.03) In Bayern erhalten Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können, weil sie keine Ausreisedokumente haben, ein Bescheinigungspapier über ihre Duldung, auf dem vermerkt ist, dass dies kein Ausweisersatz ist. Die Folge ist, dass gegen diese Flüchtlinge bei Ausweiskontrollen von der Polizei Anzeige erstattet wird wegen Verstoßes gegen die Passpflicht. (jW 02.08.03) Erst Mitte August wurde der Selbsttötungsversuch einer Frau aus Kenia im Mai bekannt. Im Abschiebeknast Eisenhüttenstadt trank sie ein giftiges Haarpflegemittel und schwebte in höchster Lebensgefahr. Nach wie vor befindet sie sich in ärztlicher Behandlung. (jW 20.08.08) Am 10. August stürzte sich ein 16-jähriges Mädchen, das ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht hat und in ein ihr völlig fremdes Land abgeschoben

ben werden soll, aus einem Fenster und liegt seitdem mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus. (jW 25.08.03)

Kämpfe gegen den staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

400 Antirassistinnen und Antirassisten demonstrierten am 12. Juli in Ingelheim gegen Abschiebeknäste und gegen die unmenschliche Behandlung der Flüchtlinge. (jW 14.07.03) Ebenfalls am 12. Juli mischten sich 30 Antirassistinnen und Antirassisten, getarnt als eine Trommelgruppe aus Mainz, in den Festumzug zur 750-Jahr-Feier der Stadt Frankfurt/Oder. Auf ein Zeichen hin stoppten sie, entfernten Sprüche wie „Mainz grüßt Frankfurt“ von ihren Schildern und darunter traten antirassistische Losungen wie „Abschiebung ist Mord“ zutage. Als Trauerzug für die umgekommenen Flüchtlinge an der Oder-Neiße-Grenze setzten sie ihren Weg an den Fernsehkameras und Schaulustigen vorbei fort. (jW 16.07.03) Gegen die Abschiebung eines Flüchtlings aus Nigeria demonstrierten Antirassistinnen und Antirassisten am 24. Juli in Reutlingen und Freiburg. (jW 26.07.03) Gegen die rassistischen Äußerungen des SPD-Oberbürgermeisters von Rastatt (Die Asylbewerber sollen „zurück in den Kongo gehen, wo sie ums Feuer tanzen können, bis sie schwarz werden, was sie aber schon sind.“) demonstrierten am 28. Juli 150 Flüchtlinge und zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer. (jW 29.07.03) 50 Menschen protestierten am 29. Juli in Düsseldorf gegen die Abschiebeflüge der Fluglinie LTU. (jW 30.07.03)

Antisemitische Angriffe

Anfang Juli wurden in **Goslar** mehrere Straßenzüge mit Hetzparolen gegen Israel beschmiert. (taz 07.07.03) Ebenfalls Anfang Juli wurde in **Berlin-Moabit** das jüdische Mahnmal in der Levetzowstraße beschädigt. (jW 10.07.03) In der KZ-Gedenkstätte **Wittmoor** wurde Anfang Juli die Erinnerungstafel, die an die Ermordung der Juden in den deutschen Konzentrationslagern erinnert, schwer beschädigt. (Enough is enough Nr. 19) Mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen wurde in der Nacht zum 23. Juli der KZ-Friedhof in **Vaihingen** an der Enz beschmiert. (anna 14.08.03) In der KZ-Gedenkstätte **Langenstein-Zwieberge** in Sachsen-Anhalt wurden Ende Juli zehn Hetzplakate gegen Juden geklebt, die aus Zeitungsseiten aus der Nazizeit kopiert waren. (FR 30.07.03) 56 Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof in **Kassel** wurden Mitte August mit massiven Kraftaufwand – die Grabsteine waren bis zu 900 Kilogramm schwer – zerstört. (FR 19.08.03)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Mecklenburg-Vorpommern** ermittelt die Polizei gegen eine 60-köpfige Nazi-Gruppe, die für gewalttätige Überfälle in mehreren Städten verantwortlich ist. (taz 02.07.03) Zwei Nazis griffen am 3. Juli an einem Badesee in **Falkenberg** (Brandenburg) einen Vietnamesen an und verletzten ihn. (Jungle World 16./23.07.03) Vier Vietnamesen wurden in **Berlin-Friedrichshain** in der Nacht des 8. Juli von mehreren Nazis mit Billardstöcken angegriffen und verletzt. Obwohl die

Polizei die Nazis festnahm, entließ der Staatsanwalt sie kurz danach wieder, da er keine Haftgründe erkennen konnte. Alle Nazis waren bereits zuvor wegen Gewaltdelikten aufgefallen, einer war sogar wegen eines Tötungsdeliktes verurteilt gewesen. Erst Ende Juli wurden zwei Nazis erneut verhaftet. (taz 10.07, 24.07.03) In **Brandenburg** sind am zweiten Juliwochenende ein Kroat, ein Rumäne und ein Niederländer von mehreren Nazis getreten und geschlagen worden. Im selben Zeitraum wurde in **Hennigsdorf** bei Berlin eine Vietnamesin von einem Nazi aus einer Gruppe heraus ins Gesicht geschlagen. Ein 21-jähriger, der der Vietnamesin helfen wollte, wurde von einem weiteren Nazi aus der Gruppe angegriffen und geschlagen. (taz 15.07.03) Zwei Nazis haben in **Berlin-Hohenschönhausen** am 14. Juli den 17-jährigen Khaled M. zusammengeschlagen, auf ihn eingetreten und fügten ihm Kopfverletzungen zu. (Jungle World 06.08.03) Auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Freiberg** (Sachsen) wurde in der Nacht zum 18. Juli von vier Nazis ein Brandanschlag verübt. Am 18. Juli versuchten zwei Nazis in **Rosdorf** (Niedersachsen) auf einen Mann aus Sierra Leone mit einer Sichel einzuschlagen. In der Nacht zum 20. Juli wurde in **Ilmenau** (Thüringen) ein Brandanschlag auf ein Bekleidungsgeschäft eines Vietnamesen verübt. Der Sachschaden liegt bei 100.000 Euro. Es war bereits der dritte Anschlag. In **Pößneck** (Thüringen) wurden zum fünften Mal im Verlauf von sieben Wochen die Scheiben eines türkischen Imbissgeschäftes zerstört. Am 20. Juli wurde in **Schwandorf**

(Bayern) ein Nigerianer von einem Nazi mit Stiefeln in den Bauch getreten. Der Nigerianer lag drei Tage im Krankenhaus. Der Nazi wurde nach seiner Ausnüchterung von der Polizei freigelassen. (Jungle World 30.07.03) In der Nacht zum 20. Juli wurden zwei dunkelhäutige Männer in einer Regionalbahn in **Baden-Württemberg** von einem Nazi angegriffen und geschlagen. (Jungle World 06.08.03) In **Schwedt** (Brandenburg) wurde am 20. Juli ein 16-jähriger von drei Nazis vier Stunden lang auf einem Spielplatz körperlich schwer gefoltert und mit dem Tode bedroht. (FR 30.07.03) In **Wittenberg** (Sachsen-Anhalt) wurde am 26. Juli ein Iraker von sechs Nazis angegriffen und schwer verletzt. (FR 29.07.03) Mehrere Nazis beleidigten und bedrohten am 28. Juli in **Prenzlau** (Brandenburg) einen Inder. (Jungle World 06.08.03) Ebenfalls am 28. Juli wurde eine Frau aus Kongo in **Potsdam** von einem Nazi beleidigt und ins Gesicht geschlagen. (FR 30.07.03) In **Halberstadt** haben in der Nacht zum 15. August etwa ein Dutzend Nazis ein Jugendzentrum überfallen und zwei Personen schwere Gesichtsverletzungen zugefügt. (taz 21.08.03) Zwei Nazis haben in **Weißenthurm** (Rheinland-Pfalz) am 21. August auf das Wohnhaus ihrer Nachbarn aus Serbien-Montenegro einen Brandanschlag verübt. Angeblich fühlten sie sich durch das Verhalten der Familie belästigt. (FR 26.08.03) Eine Gruppe von 30 Nazis hat am vorletzten Augustwochenende in **Wurzen** versucht, Teilnehmer eines Konzertes zu überfallen. (taz 25.08.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

150 Antinazistinnen und Antinazisten protestierten am 5. Juli in **Pasewalk** gegen einen Aufmarsch von 250 Nazis. Durch massiven Polizeischutz für die Nazis gelang es den Gegendemonstranten nicht, zu ihnen vorzudringen. (jW 07.07.03) 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten gelang es am 5. Juli in **Hagen**, eine Zwischenkundgebung von 70 Nazis zu behindern. Ebenfalls am 5. Juli demonstrierten in **Saarlouis** 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 70 Nazis. Es gelang den Gegendemonstranten, trotz massiven Polizeieinsatzes die Innenstadt zu blockieren und zu besetzen, so dass die Nazis durch ein Industriegebiet weit abseits der Stadt umgeleitet werden mußten. (anna 17.07.03) Gegen 200 Nazis, die am 12. Juli in **Schwäbisch Hall** gegen die Wehrmachtsausstellung hetzten, protestierten 1.000 Menschen auf einer Kundgebung. (jW 15.07.03) In **Hamburg** rotteten sich am 19. Juli 120 Nazis zusammen, um gegen die alliierten Kampfhandlungen während des zweiten Weltkrieges zu hetzen. 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten stellten sich ihnen entgegen und es gelang ihnen, die erste Zwischenkundgebung der Nazis wirksam zu behindern. Neun Tage später marschierten aus dem gleichen Anlass 60 Nazis zu einer Mahnwache auf, die sie nach Auflage am Bahnhofsvorplatz einer U-Bahnstation abhalten mussten. Die Gegendemonstranten machten soviel Lärm, dass der Lautsprecherwagen der Nazis außerhalb der Mahnwache kaum noch zu hören war.

(Enough is enough Nr. 19) Mit Aktionen und Redebeiträgen protestierten am 22. Juli 150 Menschen auf einer Kundgebung gegen eine Nazikneipe in **Bielefeld**. (PB 31.07.03) Mehreren hundert Gegendemonstranten gelang es am 26. Juli in **Moers** nicht, eine 80-köpfige Nazi-Versammlung zu behindern, die von 600 Polizisten geschützt wurde. (anna 14.08.03) Ebenfalls am 26. Juli haben jeweils mehrere hundert Menschen gegen einen Aufmarsch von 400 Nazis in **Wolgast** und gegen einen Aufmarsch von 85 Nazis in **Meiningen** (Thüringen) demonstriert. (taz 28.07.03) Etwa 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten stellten sich Anfang August in **Peenemünde** 140 Nazis entgegen, die geschützt von 200 Polizisten gegen die Wehrmachtsausstellung hetzten. (FR 04.08.03) Gegen einen Aufmarsch von 2.600 Nazis am 16. August in **Wunsiedel**, der dem Kriegsverbrecher Heß gewidmet war und von 1.000 Polizisten geschützt wurde, demonstrierten 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten. (jW 18.08.03)

Generalstreik in Nigeria

Gegen eine 54-prozentige Erhöhung der Öl- und Benzinpreise fand in Nigeria vom 30. Juni bis 8. Juli ein Generalstreik statt – der längste seit 40 Jahren – in dessen Verlauf es zu militanten Kämpfen zwischen den Werktätigen und Polizeitruppen kam. In der Hauptstadt Abuja blockierten die Streikenden mehrere Regierungsgebäude. Die Polizei, die anfangs mit Tränengas gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter vorging, erschoss im Verlauf der Kämpfe vier Arbeiter. In meh-

renen Stadtvierteln wurden Straßenbarrikaden aus brennenden Reifen und Abfällen errichtet. In Lagos solidarisierten sich Studenten mit den Kämpfenden und errichteten ebenfalls brennende Barrikaden. Bei Angriffen der Polizei auf dort Demonstrierende wurden mindestens zehn Arbeiter ermordet. Vor allem in den nigerianischen Großstädten wurde das wirtschaftliche und öffentliche Leben weitgehend lahmgelegt. Der Großteil der Beschäftigten in Fabriken, Häfen, Banken, Schulen und Ämtern beteiligte sich an dem Generalstreik. (taz 01.07.03, jW 03.07, 09.07.03)

Streikkämpfe und Aktionen gegen den VW-Konzern in Brasilien und Mexiko

In Brasilien besetzten 4.000 obdachlose Familien 19 Tage lang ein 170.000 Quadratmeter großes Gelände, das dem VW-Konzern gehört und seit mehreren Jahren ungenutzt brachliegt. Sie forderten die Freigabe des Landes zur Besiedelung. VW erwirkte eine gerichtliche Zwangsräumung des Geländes. Mit Rücksicht auf tausende Kinder, die sich ebenfalls auf dem Grundstück befanden, verzichteten die Besetzerinnen und Besetzer auf militante Kämpfe mit der aufmarschierten Polizei und folgten der ultimativen Aufforderung zur Räumung. Ebenfalls in Brasilien traten am 5. August Arbeiterinnen und Arbeiter zweier VW-Werke in den Warnstreik, nachdem bekannt wurde, dass der Konzern in Brasilien gültige Gesetze und Abkommen selbstherrlich brechen wollte. Entgegen vertraglicher Arbeitsplatzgarantien sollen mehrere tausend Beschäftigte in an-

dere Werke oder in noch zu gründende Gesellschaften nach deutschem Vorbild entlassen werden, wo die gezahlten Löhne wesentlich niedriger sind als in den Hauptwerken. 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Puebla, Mexiko, demonstrierten am 12. Juli durch die Stadt, um gegen die geplanten 2.000 Entlassungen bei den dortigen VW-Werken zu protestieren. (taz 25.07.03, 06.08.03, 08.08.03, jW 14.07.03)

Weitere internationale Kämpfe

Bei militanten Kämpfen meist jugendlicher Demonstranten mit der Polizei am 20. August in der **Dominikanische Republik** wurde ein 24-Jähriger erschossen. Die Protestierenden, die sich gegen die verschärfenden Lebensbedingungen wehrten, errichteten in der Hauptstadt des Landes Straßenbarrikaden aus brennenden Autoreifen und setzten Busse und PKWs in Brand. (FR 22.08.03)

In **Italien** drangen 15 Antirassistinnen und Antirassisten des No-Border-Camps am 27. Juli auf das Gelände eines Militärflughafens, auf dem sich ein Flüchtlingslager befindet. Elf der Insassen gelang während dieser Aktion die Flucht. 60 weitere Demonstranten blockierten derweil die Zufahrtsstraße zum Flughafen, demontierten Teile des Zauns und setzten ein Stoppelfeld in Brand. (Angehörigen Info 05.08.03)

In **Frankreich** protestierten am 2. Juli mehrere tausend Beschäftigte des europaweit tätigen Alstom-Konzerns gegen die geplanten Entlassungen von bis zu 5.000 Kollegin-

nen und Kollegen. An der Kundgebung vor der Konzern-Zentrale in Paris und einer sich daran anschließenden Demonstration zur Jahreshauptversammlung der Alstom-Aktionäre beteiligten sich Arbeiterinnen und Arbeiter aus Frankreich, Belgien, Großbritannien und Deutschland. (jW 05.07.03)

Seit dem 25. Juli haben mehr als 300 Flüchtlinge aus Afghanistan in Brüssel, **Belgien**, eine Kirche besetzt, um gegen ihre bevorstehende Abschiebung zu protestieren. Die Flüchtlinge, unter denen sich etwa hundert Kinder befanden, traten in einen unbefristeten Hungerstreik und verweigerten zeitweise auch die Aufnahme von Flüssigkeit. (Jungle World 06.08.03)

2003 Sept.–Okt.

Deutscher Imperialismus militärisch weltweit aktiv

Mit der gleichzeitigen Erhöhung des deutschen Truppenkontingentes in **Afghanistan** um 450 Soldaten auf 2250, wurde die Besetzung der Region Kundus im Norden des Landes durch deutsche Truppen beschlossen. Zugleich wird erwogen, in weiteren Provinzen des Landes deutsche Polizeitruppen zur sogenannten Ausbildungs- und Aufbauhilfe zu stationieren. Mit einem eigenen Konzept, welches Deutschland für seine Besatzungstruppen in Afghanistan entwickeln und anwenden will, will sich der deutsche Imperialismus von dem bisherigen Vorgehen des US-Imperialismus bewußt abgrenzen und seinen eigenen Einfluss dort weiter erhöhen. Für 2004 ist außerdem geplant, im ganzen Land die dort stattfindenden Wahlen mit militärischen Mitteln zu kontrollieren. Der deutsche Kriegsminister bezweifelt bereits, dass eine Truppenstärke von 2250 Soldaten für diese Aufgabe ausreichend ist. (FR 03.09.03, 16.10.03) Im **Mittelmeer** hat die deutsche Kriegsmarine am 25. September das Oberkommando über die dort im Einsatz befindlichen NATO-Einheiten übernommen, die den dortigen Schiffsverkehr kontrollieren. (FR 16.09.03, taz 26.09.03) Ein Truppenstützpunkt der deutschen Kriegsmarine in **Kenia** wurde Ende September aufgegeben und Teile der dort stationierten Einheiten auf den Stützpunkt in **Dschibuti** verlegt. Dort befinden sich zur Zeit 600 deutsche Soldaten. Ein Offizier der deutschen Kriegsmarine

teilte der Presse mit, dass sie durch ihren Einsatz in Kenia erstmals nach dem zweiten Weltkrieg Erfahrungen in Afrika sammeln konnten. (FR 19.09.03) Am 3. Oktober hat ein deutscher General das Oberkommando der NATO-Truppen in **Kosova** übernommen. (jW 04.10.03) Der Bundeswehrgeheimdienst MAD, soll nach einer Gesetzesänderung nun auch offiziell im Ausland für die Interessen des deutschen Imperialismus eingesetzt werden. (FR 18.09.03)

Ausschnitte des staatlichen Abschiebeterrors

Der Kongolese Raphael Batoba, der trotz aller Proteste am 30. August abgeschoben wurde, ist nach seiner Ankunft in Kinshasa von dem BGS der kongolesischen Einwanderungspolizei übergeben worden, die ihn umgehend inhaftierte und in Haft mißhandelte. (taz 04.09.03) Um Abschiebungen von afrikanischen Flüchtlingen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit zu forcieren, hat die Kreisverwaltung Cloppenburg (Niedersachsen) in Passersatzpapieren aus der Botschaft Kongos fiktive Daten eingetragen, um die angebliche Herkunft der Flüchtlinge aus Kongo nachzuweisen und sie anschließend dorthin abzuschicken. Der dafür verantwortliche Beamte wurde trotz seines Schuldeingeständnisses und der gerichtlichen Feststellung der Rechtswidrigkeit seines Tuns vom Gericht freigesprochen. Auf Freispruch plädierte auch die zuständige Staatsanwaltschaft. (FR 05.09.03) Unter dem Vorwand, falsche Personaldaten bei seiner Asylanhörung angegeben zu haben, soll ein 25-jäh-

riger Afghane aus Deutschland abgeschoben werden. Es wäre seit Jahrzehnten die erste Abschiebung eines afghanischen Flüchtlings aus Niedersachsen. Trotz Widerlegung des Vorwandes, droht dem Afghanen nach wie vor die Abschiebung. (FR 10.09.03) Die Asyl-Bundesämter sollen die Flüchtlinge, die bereits Asyl erhalten haben, einem Widerrufsverfahren unterziehen, das ihren Asyl-Status wieder aufheben kann. (FR 25.09.03) Der Flüchtling Hüseyin Dikec aus der Türkei, der sich am 31. Juli aus Angst vor seiner drohenden Abschiebung selbst angezündet hat, starb am 24. August an den Folgen seiner Verbrennungen. (Jungle World 24.09.03) Am 3. Oktober hat sich der Armenier Lewon A. aus Angst vor seiner Abschiebung selbst angezündet. An den Folgen seiner Verbrennungen verstarb er fünf Tage später. (FR 15.10.03) Mitte Oktober wurden zwei schwangere Roma-Frauen nach Ex-Jugoslawien abgeschoben. Eine von ihnen lebte in Berlin mit ihrem deutschen Ehemann zusammen, die andere konnte eine Vaterschaftserklärung eines Deutschen für ihr ungeborenes Kind nachweisen. (jW 18.10.03) Wie jetzt in *anna* veröffentlicht wurde, hat im Januar 2003 die Hamburger Ausländerbehörde einen jungen Mann, der taubstumm und autistisch ist, und dem Lebensunfähigkeit bei Trennung von seiner Familie attestiert wurde, allein aus der Wohnung zur Behörde verfrachtet und ihm eine Erklärung vorgelegt, mit der er sich mit seiner sofortigen Abschiebung einverstanden erklärte. Als Unterschrift wurde ihm ein Fingerabdruck abgenommen. Anschlie-

ßend hat man ihn ohne Geld und Gepäck mit dem Flugzeug nach Belgrad abgeschoben und sich selbst überlassen. Er gilt seitdem als verschollen. (anna 09.10.03)

SS-Mörder Bikker vor Gericht

In Hagen begann Anfang September der Prozess gegen den aus Niederlande stammenden SS-Mörder Bikker. Bikker, gegen den aufgrund seiner Verbrechen in Holland nach dem zweiten Weltkrieg das Todesurteil erging, welches später in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt wurde, flüchtete 1952 aus einem niederländischen Gefängnis nach Deutschland. Unter Berufung auf einen bis zum heutigen Tage gültigen „Führererlass“ aus dem Jahre 1943, nach dem ausländische Personen mit ihrem Eintritt in die Waffen-SS gleichzeitig die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, verweigerte Deutschland sämtliche Rückführungsersuchen der niederländischen Regierung. In Deutschland selbst wurde Bikker 1957 vor dem Dortmunder Landgericht freigesprochen. Der jetzige Prozess gegen ihn beruht auf Notizen eines Reporters, vor dem sich Bikker mit seinen Verbrechen brüstete. (Nicht unerwähnt bleiben soll, dass Bikker durchaus schon einmal in Deutschland bestraft worden war – wegen illegalen Grenzübertritts nach seiner Flucht aus dem Gefängnis mit zehn Mark Ordnungsgeld.) (FR 19.09.03)

Antifaschisten verurteilt

Am 22. September verurteilte das Münchener Amtsgericht den 51-jährigen Maschinen Schlosser B. und den 78-jährigen L., Mitglied

im VVN-Landesvorstand Bayern, zu Geldstrafen. Beide hatten am 30.11.2002 zusammen mit mehreren tausend Menschen gegen einen Nazi-Aufmarsch in München protestiert und sind verurteilt worden, weil sie sich aktiv für die Verhinderung des Nazi-Aufmarsches eingesetzt haben. Die Besucher des Prozesses, die gegen das Urteil protestierten, wurden des Saales verwiesen. (jW 23.09.03) Aus dem gleichen Anlass stand am 16. Oktober das Münchener Stadtratsmitglied B. vor dem Münchener Amtsgericht. Er hatte aufgerufen, sich dem Nazi-Aufmarsch entgegenzustellen. Das Gericht wertete dies als „öffentliche Aufforderung zur Störung einer nicht verbotenen Versammlung“ und verurteilte ihn ebenfalls zu einer Geldstrafe. (jW 18.10.03)

Antisemitische Friedhofsschändungen

In der zweiten Oktoberwoche wurden auf dem jüdischen Friedhof in **Gudensberg** (Hessen) 42 Grabsteine mit Farbe besprüht und mit Nazi-Parolen beschmiert. (FR 13.10.03) Auf dem jüdischen Friedhof in **Michaelstadt** (Hessen) wurden am 15. Oktober fünf Grabsteine umgestoßen. Am selben Tag sind in **Beeskow** (Brandenburg) Beschädigungen auf dem dortigen jüdischen Friedhof entdeckt worden. Mit Nazi-Parolen wurden mehrere Grabsteine und die Umfriedungsmauer beschmiert. (Jungle World 29.10.03) In **Fehrbellin** (Brandenburg) wurde Ende Oktober der ehemalige jüdische Friedhof, eine Hinweistafel und ein Gedenkstein mit Nazi-Zeichen beschmiert. (jW 25.10.03)

Dreifacher Nazi-Mord

Ein Nazi ermordete am 7. Oktober in **Overath** (Nordrhein-Westfalen) Hartmut Nickel, seine Frau Mechthild und ihre gemeinsame Tochter Alja. Der Nazi-Mörder, der bei seiner Vernehmung nazistische Parolen skandizierte und einen Richter androhte, ihn zu töten, kandidierte 1994 bei der Kommunalwahl in Köln für die nazistische „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ und pflegte Kontakte zu weiteren Nazi-Organisationen. In den 70er Jahren war er reaktionären Regimes in Rhodesien und südamerikanischen Staaten als Söldner zu Diensten. Rechtsanwalt Nickel, seine Frau und Tochter wurden von ihm wegen 10.000 Euro Mietschulden, die er hatte, erschossen. (anna 22-2003)

Mord an einem Sozialhilfeempfänger und Mord an einem Obdachlosen

In **Frankenthal** (Rheinland-Pfalz) wurde in der Nacht vom 4. zum 5. September einem 55-jährigen Obdachlosen von einem 17-jährigen und einer 18-jährigen mit einem Stein der Schädel eingeschlagen. Anschließend zündeten sie ihn an. (taz 01.10.03)

Ein 58-jähriger Sozialhilfeempfänger wurde Ende September in **Dresden** von zwei 16-jährigen, nachdem sie ihm die Brieftasche geraubt hatten, zu Tode getreten. (taz 30.09.03)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Vom 9. September bis zum 13. Oktober wurden 14 Nazis hauptsächlich aus dem Raum **München** festgenommen, die mehrere Sprengstoffanschläge durchführen woll-

ten, u. a. am 9. November in München während der Grundsteinlegung für ein jüdisches Gemeindezentrum. Die Polizei stellte bei ihnen Handgranaten, Munition und 14 Kilogramm Sprengstoff, darunter 1,7 Kilogramm TNT, sicher. (taz 11.09.03, FR 13.09, 15.09, 09.10.03) Am 3. September wurde von einem Nazi in **Berlin-Hennigsdorf** ein Brandanschlag auf einen Döner-Imbiss verübt, in dem sich zu diesem Zeitpunkt noch Gäste aufhielten. Dem Personal gelang es, größere Schäden zu verhindern. Der polizeibekannteste Nazi flüchtete. Nach ihm wird nun u. a. wegen versuchten Mordes gefahndet. (taz 05.09.03) Am 6. September wurde in **Berlin** ein Mann aus der Türkei von zwei Nazis beschimpft und dann mit leeren Bierflaschen attackiert. Er musste wegen seiner Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Auch in **Berlin** wurde am 7. September ein Iraner von vier Nazis beschimpft, getreten und geschlagen. Wegen seiner Verletzungen mußte der Iraner in ein Krankenhaus gebracht werden. (taz 08.09.03) Mitte September haben zwei Nazis in **München** in einem italienischen Restaurant den Inhaber und die Gäste angegriffen, die sich mit Besenstielen verteidigten. (taz 16.09.03) Mehrere Nazis griffen am 12. September in **Löbau** (Sachsen) auf einem Stadtfest eine Gruppe Spätaussiedler an und prügelten auf sie ein. (Jungle World 24.09.03) Am 14. September wurde ein dunkelhäutiger US-Amerikaner in **München** von elf Nazis angegriffen. Der 55-jährige konnte sich mit einem Baustellenschild verteidigen, bis eine Polizeistreife eingriff. (FR 15.09.03) Allein im Raum **Back-**

nang (Baden-Württemberg) fanden in den letzten Wochen 25 Nazi-Straftaten statt. Zuletzt wurde am 12. September in **Remshalden** eine Flüchtlingsunterkunft von fünf Nazis überfallen, die sich als Kripobeamte ausgaben und „Personenkontrollen“ durchführten. Anschließend wurden die Flüchtlinge mit Messern und abgebrochenen Flaschenhälsen angegriffen und Teile der Einrichtung zerstört. (Jungle World 01.10.03) In **Neustadt** (Rheinland-Pfalz) wurden in der Nacht vom 27. zum 28. September Besucherinnen und Besucher, die sich auf dem Heimweg von einer Party befanden, von mehreren Nazis überfallen. Eine Frau erlitt einen Nasenbeinbruch. BGS-Beamte, vor deren Gebäude der Überfall stattfand, schauten aus dem Fenster zu. (anna 22-2003) Ein 20-jähriger aus der linken Szene wurde am 28. September in **Magdeburg** von mehreren Nazis angegriffen und mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen. Er erlitt Verletzungen am Kopf. (taz 30.09.03) In einem Regionalexpress in **Berlin** beschimpfte ein Nazi aus Ludwigsfelde am 9. Oktober die aus Jugoslawien und Sierra Leone kommenden Eltern eines zwei Monate alten Säuglings rassistisch und griff anschließend das Kind an. Den Eltern des Kindes gelang es, den Übergriff abzuwehren und den Nazi festzuhalten. (Jungle World 22.10.03) Fünf Nazis haben in der Nacht zum 12. Oktober in **Langenhagen** (Niedersachsen) einen Gastwirt angegriffen und mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen. (taz 13.10.03) Auf ein türkisches Vereinshaus in **Murrhardt** (Baden-Würt-

temberg) verübten drei Nazis in der Nacht zum 17. Oktober einen Brandanschlag. Es entstand ein Sachschaden von 15.000 Euro. (jW 18.10.03, FR 20.10.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

120 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 30. August gegen einen von der Polizei geschützten Aufmarsch von elf Nazis in **Marburg** und blockierten erfolgreich deren Route. (anna 11.09.03) Am 6. September demonstrierten in **Nürnberg** 4000 Menschen gegen 100 Nazis, die auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände aufmarschierten. Die Polizei sicherte den Nazi-Aufmarsch mit Schlagstockeinsatz und der Festnahme von zwölf Antifaschistinnen und Antifaschisten. (anna 11.09.03) In **Dortmund** protestierten am 20. September 4000 Menschen gegen einen Aufmarsch von etwa 1000 Nazis, die gegen die Wehrmachtsausstellung hetzten. Gleich am Anfang des Aufmarsches zwang eine Sitzblockade die Polizei, die Nazis umzuleiten. Während des gesamten Aufmarsches begleiteten Antifaschistinnen und Antifaschisten die Nazis und protestierten lautstark gegen sie. (anna 25.09.03) Gegen 270 Nazis, die am 3. Oktober, geschützt von 1000 Polizisten, in **Leipzig** mittlerweile zum zehnten Mal aufmarschierten, protestierten 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Sämtliche Blockadeaktionen der Gegendemonstranten wurden von der Polizei sofort wieder aufgelöst. (anna 22-2003) Trotz eines Demoverbots demonstrierten am 18. Oktober in **Braunschweig** kämpferische Antifaschistinnen und Antifaschisten

gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von 1600 Polizisten geschützt wurde. Nach mehreren erfolgreichen Blockadeaktionen konnte der Aufmarsch endgültig gestoppt werden und wurde vorzeitig abgebrochen. (jW 20.10.03)

Militante Kämpfe in Bolivien

Nach Großdemonstrationen Mitte September in mehreren Städten Boliviens gegen die reaktionäre bolivianische Regierung, kam es am 20. September zu ersten militanten Kämpfen zwischen Landarbeiterinnen und Landarbeitern mit Polizei und Armeetruppen. Die Protestierenden, die Truppenbewegungen der Armee im Raum nördlich der Stadt La Paz mit Straßenblockaden und einer Brückensprengung behinderten, wurden von nachrückenden Spezialkommandos angegriffen, die vier der Kämpfenden erschossen. Daraufhin flammten militante Proteste in Sorata auf. Die Polizeistation, ein Gerichtsgebäude und die Verwaltungsstelle wurden angegriffen und mehrere Hotels in Brand gesetzt. In den folgenden vier Wochen verschärften sich die Kämpfe. Landesweite Massendemonstrationen und Streiks, Blockadeaktionen durch Bergleute und Landarbeiterinnen und Landarbeiter, die La Paz abriegelten, und militante Kämpfe mit Armee und Polizei waren an der Tagesordnung. In Ventilla wurden zwei Protestierende Anfang Oktober erschossen. In El Alto versuchte die Polizei am 11. Oktober eine Straßenblockade zu räumen und erschoss dabei drei Kämpfende. Die Regierung erklärte El Alto zum Kriegsgebiet und am 12. Oktober rück-

ten Armeeeinheiten in die Stadt ein. Bei den darauf folgenden Kämpfen wurden 26 Demonstrierende erschossen. In La Paz und Cochabamba trieben Polizeitruppen mit Schlagstockeinsatz und Tränengas tausende Protestierende auseinander. Über ganz Bolivien wurde das Kriegsrecht verhängt. Am 14. Oktober kamen bei militanten Massenkämpfen in La Paz 20 Demonstrierende ums Leben. Mit Steinen und Stöcken wehrten sich die Kämpfenden gegen die Sicherheitskräfte, die mit Tränengas und Scharfschützen gegen die Massen vorging. An den landesweiten Kämpfen und Protesten beteiligten sich Landarbeiterinnen und Landarbeiter, Indigenas, Arbeiterinnen und Arbeiter, Studentinnen und Studenten, Gewerkschafter, Lehrerinnen und Lehrer und Kleinhändler. Über 80 Menschen kamen aufseiten der Protestierenden bis zum 17. Oktober bei den Auseinandersetzungen ums Leben. (jW 22.09, 15.10, 18.10.03, FR 11.10.03, taz 13.10, 14.10.03, Jungle World 01.10.03)

Weitere Informationen: siehe Flugblatt von „Gegen die Strömung“ von Oktober 2003 „Solidarität mit den Kämpfen der werktätigen und ausgebeuteten Massen Boliviens!“

Waffenstillstand in Nepal beendet

Da ein seit Ende Januar abgeschlossener Waffenstillstand zwischen der reaktionären Regierung Nepals und den revolutionären Guerillaeinheiten vonseiten der Regierung immer wieder gebrochen wurde, z. B. erschoss am 16. August die Armee 19 Teil-

nehmer einer Versammlung der Guerilla, wurde das Abkommen mit der Regierung am 27. August von der Guerilla für beendet erklärt. Bereits einen Tag später starteten erste Anschläge auf Vertreter der Regierung. In den folgenden Tagen wurden die Kämpfe mit der Armee und Polizei wieder aufgenommen. Die Regierung verhängte über Nepal den Ausnahmezustand. Die revolutionäre Guerilla rief zu einem landesweiten dreitägigen Generalstreik auf, der vom 18. bis zum 20. September das Land weitgehend lahmlegte. Im Verlauf des Oktober stürmten teilweise bis zu 600 Guerillas Polizeikasernen und Ausbildungslager der Polizei im gesamten Land und lieferten sich militante Gefechte mit den Regierungstruppen. (jW 02.09.03, taz 10.09, 19.09, 13.10.03)

2003 Nov.–Dez.

Truppen des deutschen Imperialismus in Irak und Afghanistan

Nachdem das deutsche Innenministerium vier Personen seines Technischen Hilfswerkes (THW) in den **Irak** entsandt hat, hatte es einen Vorwand geschaffen für den dortigen Einsatz eines Sonderkommandos des BGS. Zum Schutz der THW-Kräfte, unter deren Oberaufsicht den Einheimischen gelehrt werden soll, wie man ein Trinkwassernetz wieder aufbaut, ordnete der deutsche Innenminister die Entsendung von Truppen der berüchtigten GSG 9 in den Irak an. Aus „Sicherheitsgründen“ wollte das Innenministerium nichts weiter dazu sagen – außer dass BGS-Einsätze im Ausland keine Seltenheit mehr sind. (FR 03.11, 04.11.03) In **Afghanistan** erklärte der Kommandeur der dort stationierten 1.700 Soldaten des deutschen Imperialismus, Oberst Retzer, dass die militärische Besetzung etwa 14 Jahre dauern müsse, um die Probleme des Landes zu lösen (FR 05.12.03)

Bilanz eines Polizeieinsatzes

Um einen Atommüll Transport Mitte November nach Gorleben gegen etwa 3.500 protestierende Menschen im Wendland (Niedersachsen) durchzusetzen, marschierte eine Bürgerkriegsarmee von 12.500 Einsatzkräften der Polizei und des BGS auf. Eine unvollständige Bilanz diese Aufmarsches ergibt: 1.247 Ingewahrsamnahmen, darunter die Einkesselung von 600 Protestierenden, Beschlagnahmung von Privat-

grundstücken und deren Nutzung durch die Polizeieinheiten, 255 Menschen wurden in Gefangenensammelstellen interniert, gegen 85 Menschen Strafverfahren eingeleitet, 120 der Protestierenden wurden durch den Polizeieinsatz verletzt – unter anderem Knochenbrüche, Nierenquetschungen, Bänderrisse, Verletzungen durch Hundebisse –, gewaltsames Verhindern des Einsatzes eines Notarztes und flächendeckender und kontinuierlicher Einsatz von zivilen Polizeispitzeln unter den Protestierenden. (jW 14.11, 20.11.03, FR 18.11.03)

Polizeiterror gegen Obdachlose

In Frankfurt/Main stand im November ein Polizeibeamter vor Gericht, der vor zwei Jahren in Bad Homburg einen Obdachlosen im Dienst und unter Beisein mehrerer Polizei-Kameraden misshandelt hatte. Der Polizist sprang auf dem am Boden liegenden Obdachlosen herum und trat ihn mehrmals mit den Füßen, unter anderem ins Gesicht. Angezeigt wurde der Polizist von einem zufällig aus dem Fenster sehenden Anwohner. (FR 08.11.03) Der Bundesgerichtshof (BGH) Karlsruhe verwarf im Dezember den Revisionsantrag zweier Polizeibeamter aus Stralsund, die verurteilt worden sind, weil sie im Dezember 2002 einen betrunkenen Obdachlosen im sogenannten „Verbringungsgewahrsam“ mehrere Kilometer außerhalb der Stadt auf einen Acker aussetzten und ihn dort zurückließen, um ihm eine Lektion zu erteilen. Der Obdachlose ist dort hilflos liegen geblieben und erfroren. Die Praxis des „Verbringungsgewahrsams“, ins-

besondere gegen obdachlose Menschen, ist eine in Deutschland häufig angewandte Methode. (FR 05.12, 31.12.03)

Kriminalisierung der Arbeit von Anwälten und Anwältinnen

Gegen einen Hamburger Rechtsanwalt, der sich als Rechtsbeistand für politisch aktive Kurden einsetzt, wurde durch den BGH seine Verurteilung durch das Landgericht Hamburg bestätigt. Dieses unterstellte ihm wegen seiner anwaltlichen Begleitung einer Delegation von Kurdinnen und Kurden zum Hamburger Justizgebäude bei der Übergabe einer Petition im Juli 2001, dass er sich nicht nur in seiner Eigenschaft als Anwalt, sondern auch als Privatmann an dieser Delegation beteiligt hatte. Insofern sei er für die in der BRD verbotenen PKK tätig geworden und wurde deshalb verurteilt. (jW 12.11.03) Eine Kölner Rechtsanwältin, die während einer Polizeirazzia in der Niederlassung eines demokratischen türkischen Verlages in Köln den Verlagsmitarbeitern Rechtsbeistand leisten und der Durchsuchung beiwohnen wollte, wurde von dem anwesenden Staatsanwalt diese Tätigkeit untersagt. 20 Polizisten einer Sondereinheit stürmten daraufhin auf sie ein, entwendeten ihre Verteidigungsunterlagen, legten ihr Handschellen an und brachten sie auf eine Polizeiwache. Dort wurde sie durchsucht, einer Körperuntersuchung unterzogen und anschließend für mehrere Stunden in eine Isolationszelle gesperrt. (jW 21.11.03, Angehörigen Info 24.11.03)

Antisemitismus in Deutschland

Nach energischen Protesten der jüdischen Gemeinde in Hessen gegen den Antisemiten Hohmann, der am 3. Oktober in seiner Heimatgemeinde eine antisemitische Hetzrede hielt, die zudem über mehrere Wochen auf einer Internet-Seite der CDU veröffentlicht war, wurde der Bundestagsabgeordnete der CDU Mitte November aus der Partei ausgeschlossen. Aus der Bundeswehr entlassen wurde in diesem Zusammenhang auch der Antisemit Günzel, der Hohmanns Hetze öffentlich unterstützte und lobte. General Günzel erklärte bereits 1995 nach einer Gefechtsübung, er erwarte von der deutschen Armee „Disziplin ... wie bei der Waffen-SS“. (FR 05.11, 07.11.03, taz 11.11.03) In einer Umfrage stimmen 69,9 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass sie sich ärgern, dass den Deutschen noch heute die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden. 23,4 Prozent sind der Ansicht, Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss und 54,5 Prozent sind der Ansicht, dass viele Juden aus der Vergangenheit des „Dritten Reiches“ heute ihren Vorteil zu ziehen versuchen. (FR 12.12.03) Anfang November ist in **Berlin**-Mitte ein jüdischer Gedenkstein mit Farbe beschmiert worden. (taz 06.11.03) Ebenfalls Anfang November wurde eine jüdische Gedenkstätte in **Extertal-Bösingfeld** (Nordrhein-Westfalen) beschädigt. (Jungle World 19.11.03) In der Nacht zum 8. November ist ein jüdisches Mahnmal in **Sprockhövel** (Nordrhein-Westfalen) beschädigt worden. (jW 10.11.03) Mitte November wurden in **Berlin** Gedenk-

kränze, die auf einer Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht an einem jüdischen Mahnmal abgelegt wurden, beschädigt. (taz 20.11.03) Die Synagoge in **Hagen** wurde in der Nacht zum 22. November mit antisemitischen Hetzparolen beschmiert. (anna 25-2003) Am 16. Dezember wurde ein jüdisches Mahnmal in **Berlin**-Moabit mit Farbe beschmiert. (taz 18.12.03) Ebenfalls in **Berlin** wurde in der Nacht zum 21. Dezember die Stiftertafel am Jüdischen Museum mit Farbe beschmiert. (taz 22.12.03)

Dreifacher Nazi-Mord

In der Nacht zum 20. Dezember ermordete ein 17-jähriger Nazi in **Heidenheim** (Baden-Württemberg) drei jugendliche Spätaussiedler. Der stadtbekannteste Nazi, gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung lief, hat seine Opfer vor einer Diskothek mit einem Messer niedergestochen. Behörden und Medien leugneten sofort jeden nazistischen Hintergrund des Verbrechens. (jW 22.12.03)

Zweifacher Nazi-Mord bei Brandanschlag

Am 6. Dezember ist in den frühen Morgenstunden in **Kandel** (Rheinland-Pfalz) ein rassistischer Brandanschlag auf einen Gebäudekomplex verübt worden, in dem sich neben einem Internet-Cafe und einer türkischen Gaststätte mehrere Wohnungen befinden, die von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt sind. Der gesamte Gebäudekomplex brannte nieder. Ein 22-jähriger und ein 23-jähriger Grieche konnten sich nicht mehr retten und kamen in den

Flammen ums Leben. Ein Nazi wurde bisher verhaftet. (anna 26-2003)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Sonneberg** (Thüringen) wurde am 5. November ein Brandanschlag verübt. 50 Flüchtlinge mussten evakuiert werden, ein Flüchtling erlitt eine Rauchvergiftung. Am 8. November verübten vier Nazis einen Brandanschlag auf ein asiatisches Imbisslokal in **Pritzwalk** (Brandenburg). Am selben Tag wurde auch auf ein türkisches Imbisslokal in **Pritzwalk** ein Brandanschlag verübt. (Jungle World 19.11.03) Drei Nazis prügeln und traten in der Nacht zum 15. November in **Mannheim** auf einen Äthiopier und seinen Begleiter ein und verletzten sie schwer. (taz 18.11.03) In der Nacht zum 17. November sind in **Bützow** (Mecklenburg-Vorpommern) die Scheiben eines türkischen Imbisslokals zum wiederholten Male eingeworfen worden. (Jungle World 26.11.03) Eine schwere Gehirnerschütterung und Gesichtsverletzungen erlitt ein 26-Jähriger, der in der Nacht zum 19. November in **Rostock** von zwei Nazis zusammengeschlagen wurde. (FR 21.11.03) In den frühen Morgenstunden des 22. November ist in **Artern** (Thüringen) die Scheibe eines türkischen Imbisslokals zerschlagen worden. Ein amerikanischer Austauschschüler ist am 24. November in **Rüthen** (Nordrhein-Westfalen) von drei Nazis niedergeschlagen und mit einem Messer bedroht worden. (Jungle World 03.12.03) Ein Vietnameser ist von etwa zehn Nazis in der Nacht zum 26. November in **Cottbus** an

einer Bushaltfestelle zusammengeschlagen worden. Der Vietnameser musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. (jW 27.11.03) Am 27. November wurde ein Brandanschlag auf ein asiatisches Imbisslokal in **Wusterhausen** (Brandenburg) verübt. In der Nacht zum 30. November überfielen sieben Nazis in **Suhl** (Thüringen) vier aus dem Irak stammende Personen und verprügelten sie mit Baseballschlägern. Eines der Opfer erlitt einen Nasenbeinbruch. In **Münster** (Nordrhein-Westfalen) überfielen in derselben Nacht acht Nazis einen Schwarzen, schlugen ihn nieder und traten auf ihn ein. (Jungle World 10.12.03) Sechs Nazis überfielen am 5. Dezember in **Frankfurt (Oder)** einen 27-Jährigen aus Togo und fügten ihm Gesichtsverletzungen zu. (taz 06.12.03) Vier Nazis überfielen in der Nacht zum 7. Dezember in **Mahlow** (Brandenburg) einen Aussiedler aus Russland, prügelten und traten auf ihn ein, bis er das Bewusstsein verlor. Mehrere seiner Rippen waren gebrochen, von denen sich eine in seine Lunge gebohrt hatte. Nur durch eine Notoperation konnte er gerettet werden. (Jungle World 17.12.03) In **Berlin** beleidigten am 14. Dezember zwei Nazis einen 35-Jährigen aus Benin und bedrohten ihn mit einem Messer. (FR 16.12.03) Auf einen 6-Jährigen aus Somalia hetzte am 20. Dezember ein Nazi in **Bochum** seinen Kampfhund, der das Kind verletzte. (taz 22.12.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

70 Antinazistinnen und Antinazisten protestierten am 1. November in **Mönchenglad-**

bach gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. (taz 03.11.03) Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis in **Mariefels** (Rheinland Pfalz) protestierten am 22. November 600 Menschen. (anna 25-2003) 1.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 22. November in **Berlin** auf der Silvio-Meier-Demo zum Gedenken an den am 21. November 1992 von Nazis ermordeten Silvio Meier und gegen nazistische Strukturen in der Stadt. Die Polizei nahm 15 Demonstrierende fest. (jW 24.11.03) In **Lüneburg** demonstrierten 1.500 Menschen am 29. November gegen einen Aufmarsch der NPD. Kämpferische Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten offensiv, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Die Polizei nahm 70 von ihnen in Gewahrsam. Gegen einen von 1.000 Polizisten geschützten Aufmarsch von 800 Nazis in **Halle**, die gegen die Wehrmachtsausstellung hetzten, demonstrierten am 29. November über 800 Menschen. (FR 01.12.03) In **Cottbus** protestierten am 13. Dezember 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Die Aufmarschrouten, die mehrmals von einigen hundert kämpferischen Antifaschistinnen und Antifaschisten blockiert worden ist, wurde von der Polizei für die Nazis freigeräumt. (jW 15.12.03) Am Abend nach der Ermordung der drei Spätaussiedler durch einen Nazi in **Heidenheim** (Baden-Württemberg), am 20. Dezember, fanden sich mehrere hundert Menschen zu einer Mahnwache vor dem Tatort und zu einem anschließenden Trauermarsch durch die Stadt zusammen. (jW 22.12.03)

Proteste gegen den Abschiebeterror

Gegen die drohende Abschiebung von Menschen aus Afghanistan demonstrierten am 15. November 3.000 Flüchtlinge in **Hamburg**. (PB 24-2003) 600 Menschen protestierten am 20. November in **Jena** mit Kundgebungen und einer anschließenden Demo durch die Innenstadt gegen die gleichzeitig dort tagende Innenministerkonferenz, welche über eine weitere Verschärfung der Abschiebeengesetze und die Vorbereitung von Massenabschiebungen von Flüchtlingen, unter anderem aus Afghanistan berieten. (anna 25-2003) Erneut protestierten am 20. Dezember mehrere hundert Flüchtlinge aus Afghanistan in **Hamburg** gegen ihre drohende Abschiebung. (jW 23.12.03)

Kämpfe der Studentinnen und Studenten

Bundesweit fanden im November und Dezember Proteste von Studentinnen und Studenten statt, die sich gegen eine weitere Verschlechterung der Studienbedingungen wehrten. Anfang November begannen in Berlin, Hessen und Niedersachsen die Streik- und Protestaktionen gegen die geplante Einführung von Studiengebühren und die beschlossene Kürzung von Mitteln für die Hochschulen. Die Aktionen reichten von Besetzungen von Universitätsgebäuden (die teilweise erst durch massiven Polizeieinsatz beendet wurden) bis hin zu Demonstrationen und Straßenblockaden. Einige wenige Beispiele verdeutlichen den Umfang der Proteste: In der ersten Novemberwoche demonstrierten 8.000 Studenten in Göttingen. Am 20. November waren es 12.000 in Mün-

chen, 7.000 in Würzburg und 4.500 Studentinnen und Studenten in Erlangen. 500 Hochschüler demonstrierten am 24. November in Hamburg, 20.000 am 29. November und 30.000 am 13. Dezember in Berlin. Ebenfalls am 13. Dezember demonstrierten 15.000 Studentinnen und Studenten in Leipzig. Teilweise fanden auch gemeinsame Demonstrationen von Studenten und Gewerkschaftern statt, die für die Aufrechterhaltung der Tarifautonomie und gegen staatliche Kürzungsprogramme kämpften. So demonstrierten am 18. November in Wiesbaden 50.000 und am 2. Dezember in Braunschweig 5.000 Gewerkschafter und Hochschüler. (jW 12.11, 19.11, 21.11, 26.11.03, Taz 01.12, 03.12.03, FR 15.12.03)

Militante Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern in Südkorea

Am 6. November streikten in Seoul mehrere zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter, vorwiegend aus der Automobilindustrie, und gingen auf die Straße. In der Innenstadt griffen Polizeitruppen die Protestierenden mit Gummiknüppeln an. Mehrere der Demonstranten erlitten Kopfverletzungen. Am gleichen Tag fanden auch in anderen südkoreanischen Städten Demonstrationen statt. Die Proteste richteten sich gegen die Regierungspolitik, die der vorherrschenden Terrorisierung von aktiven und kämpferischen Gewerkschaftern durch die Kapitalisten in Südkorea entgegen ihrer Wahlversprechungen keinen Riegel vorschiebt. Allein in diesem Jahr haben sich bereits sechs Gewerkschaftsführer aus Protest gegen diese

Terrorisierungen selbst getötet. Die Methoden der Ausbeuter reichen von Anklagen wegen Produktionsausfällen bei Streiks bis hin zu dem massiven Einsatz von angeheuertem Schlägertrupp. Mehrere Gewerkschaftsführer mussten bereits in den Untergrund abtauchen. Die in diesem Zusammenhang größte Protestdemonstration fand am 9. November in Seoul statt. Über 100.000 Menschen, Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschafter und Studentengruppen, beteiligten sich an dem Massenprotest. Nach der Auftaktkundgebung begann eine Demonstration, die illegal war. Die reaktionäre Regierung antwortete mit dem militärischen Einsatz von 30.000 Polizisten ihrer Anti-Aufuhr-Einheiten. Es folgten über mehrere Stunden militante Strassenschlachten zwischen den kämpfenden Werktätigen und den Sondereinheiten, bei denen sich die Gewerkschafter durchsetzen und ihre Demonstration wie geplant fortsetzen konnten. Der Regierung, die nach dem verlorenen Kampf ankündigte, sämtliche Gewerkschaftsführer des südkoreanischen Gewerkschaftsdachverbandes KCTU verhaften zu lassen, wurde sofort mit dem Generalstreik geantwortet. Am Mittwoch, dem 12. November, legten 150.000 Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Arbeit nieder und demonstrierten im ganzen Land. Geplant war, diesen Generalstreik an jedem kommenden Mittwoch zu wiederholen. (jW 07.11.03, Jungle World 19.11.03)

Hungerstreik in einem australischen Flüchtlingslager

Am 10. Dezember begannen neun Flüchtlinge aus Afghanistan und Irak, die von der australischen Regierung in einem ehemaligen Steinbruch auf der Insel Nauru interniert wurden, mit einem Hungerstreik gegen ihre aussichtslose Situation auf dem mehrere tausend Kilometer vom australischen Kontinent entfernten Eiland. Am 14. und 17. Dezember schlossen sich jeweils elf weitere Flüchtlinge dem Kampf an. Auf Nauru befinden sich ca. 300 Flüchtlinge, die größtenteils von dem Frachter „Tampa“ stammten, der sie im Sommer 2001 aus Seenot rettete. Wochenlang weigerte sich die australische Regierung damals, die auf dem Schiff zusammengepferchten Menschen das Land betreten zu lassen, und schob diese schließlich nach Nauru ab. Die Proteste der Flüchtlinge verschärften sich im Verlaufe des Dezembers weiter. 80 von ihnen nähten sich die Lippen zu. Bis zum 22. Dezember waren bereits 19 Flüchtlinge bewusstlos zusammengebrochen. Zum Jahresende, nach der dritten Woche des Hungerstreiks, beteiligten sich an ihm bereits 45 Menschen. Ein Einlenken der Regierung ist bisher nicht abzusehen. (jW 19.12, 30.12.03, FR 23.12.03)

2004

2004 Jan. – Febr.

Umstrukturierung und Aufrüstung der Bundeswehr

Um die Interessen des deutschen Imperialismus weltweit noch effektiver und schlagkräftiger als bisher durchsetzen zu können, wird eine rasche Umstrukturierung der Bundeswehr durchgeführt. In Zukunft sollen 35.000 so genannte „Elitesoldaten“ für den direkten Kriegseinsatz zur Verfügung stehen, 70.000 Soldaten als kriegsfähige Besatzungstruppen eingesetzt werden und weitere 137.500 Soldaten werden als Reserven bereitstehen. Auch die Ausbildung der deutschen Soldaten soll den Anforderungen einer weltweiten Kriegsführung und militärischen Besetzung anderer Staaten noch besser angepasst werden. Vorläufiges Ziel des deutschen Imperialismus ist es, sich zu befähigen, mit gleichzeitig fünf Kriegseinsätzen seine Interessen militärisch durchzusetzen. (taz 14.01.04) Mit Zufriedenheit reagierte die deutsche Rüstungsindustrie auf die von Kriegsminister Struck angekündigten und breit in die Öffentlichkeit posaunten „Sparpläne“ für die zukünftige Aufrüstung der deutschen Aggressionsgruppen. Sämtliche bestehenden Verträge mit den deutschen Rüstungskonzernen zur Aufrüstung der Bundeswehr werden eingehalten. Dazu zählen u. a. die Anschaffung von 410 neu entwickelten Schützenpanzern für ca. zwei Milliarden Euro vom Panzerbaukonzern Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann und 180 Eurofighter und 60 Transportflugzeuge vom deutsch-französischen Rüstungs-

konzern EADS. Für die Zukunft kündigte Struck die Bestellung von weiteren U-Booten des modernsten Typs von der Kieler Howaldtswerke Deutsche-Werft an und erfreute die Thyssen-Krupp-Werften Blohm+Voss und Nordseewerke mit der Ankündigung, die Entwicklung einer neuen Fregatte fortsetzen zu wollen. Diese „Sparpläne“, lobte ein Sprecher von Rheinmetall seinen SPD-Kriegsminister, führen endlich zu der seit langem geforderten Planungssicherheit der deutschen Rüstungsindustrie. (FR 14.01.04)

Staatlicher Abschiebeterror

Am 20. Januar wurden zwei aus Kirgisien stammende Brüder abgeschoben. Zwei vorher versuchte Abschiebungen scheiterten an deren Widerstand. Beim zweiten gescheiterten Versuch, am 19. Dezember letzten Jahres, bei dem die beiden Jugendlichen getrennt voneinander abgeschoben werden sollten, wurde einer der beiden von sechs BGS-Beamten im Flugzeug verprügelt und musste anschließend wegen einer Gehirnerschütterung und weiteren Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Gegen die Beamten wurde Anzeige erstattet. Nach der richterlichen Vernehmung des betroffenen Jugendlichen am 19. Januar, wurden beide am darauffolgenden Tag mit BGS-Begleitung endgültig abgeschoben. (FR 07.01.04, taz 20.01, 21.01.04) Ein 21-jähriger Insasse des Berliner Abschiebeknastes Köpenick-Grünau hat in der Nacht zum 6. Januar versucht, sich das Leben zu nehmen. Im Grünauer Abschiebeknast kam es allein im letzten Jahr zu

56 Selbstverletzungen, darunter 28 Erhängungsversuche. (taz 07.01.04) Die kurdische Familie Gözel, die seit 1992 in Deutschland lebt, soll in die Türkei abgeschoben werden. Aufgrund ihrer Unterstützung der kurdischen Guerilla wurde ihr Haus in der Türkei von der türkischen Armee zerstört und sie selbst wurden von Soldaten gefoltert. Bei einer Rückkehr in die Türkei droht ihnen die sofortige Verhaftung. (jW 09.01.04) Im Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt wurde im Herbst 2003 eine psychisch kranke Frau aus Kenia nach einem Selbsttötungsversuch sechseinhalb Stunden lang an ein Bett gefesselt, um sie ruhigzustellen. Eine im selben Gefängnis internierte schwangere Vietnamesin verlor dort Ende letzten Jahres ihr Baby, nachdem ihr angemessene medizinische Betreuung verweigert wurde. Beide Frauen sind mittlerweile abgeschoben worden. (jW 22.01.04) Eine 18-jährige Rumänin, die seit ihrem fünften Lebensjahr mit ihrer Familie in Wiesbaden lebt, soll nach Rumänien abgeschoben werden. Ihre Familie kann weiterhin in Deutschland bleiben. Die 18-Jährige hat in Rumänien keine weiteren Verwandten und beherrscht die dortige Landessprache nicht. (jW 26.01.04) Ein 14-jähriges Mädchen aus Nigeria saß über einen Monat in einer regulären Justizvollzugsanstalt im Saarland in Abschiebehaft. Sie war dort zusammen mit Frauen, die wegen Mordes oder Totschlag verurteilt waren, eingesperrt. Laut Aussage der saarländischen Justizministerin müsse sich das Mädchen aufgrund ihrer illegalen Einreise diese Behandlung gefallen lassen.

(Jungle World 28.01.04) Eine bosnische Familie, die seit zehn Jahren in Berlin lebt, soll zurück nach Bosnien abgeschoben werden. Dass die 10-jährige Tochter hier aufgewachsen ist, die 16-jährige Tochter an Armen und Beinen spastisch gelähmt ist, nicht sprechen kann, mit Flüssignahrung ernährt werden muss und von epileptischen Anfällen bedroht ist und der Vater sich in psychiatrischer Behandlung befindet, wurde insofern berücksichtigt, als die zuständige Ausländerbehörde ankündigte: die 16-jährige Tochter kann während des Fluges im Rollstuhl bleiben. (taz 29.01.04) Eine libanesisch-Familie, die seit 16 Jahren in Deutschland lebt – sechs ihrer zehn Kinder wurden in Deutschland geboren – zwang die Ausländerbehörde Solingen Ende Januar die türkische Staatsangehörigkeit und einen türkischen Familiennamen anzunehmen. Sämtliche Duldungspapiere werden seitdem unter diesen Personalien ausgestellt. Die Familie ist dadurch unmittelbar mit einer Abschiebung in die Türkei bedroht. (anna 12.02.04) Ende Januar kündigte SPD-Innenminister Schily an, 10.000 Libanesen aus Deutschland abzuschicken. (taz 22.01.04) Aus Angst vor seiner drohenden Abschiebung versuchte sich am 25. Januar ein Liberianer in der Justizvollzugsanstalt in Kiel das Leben zu nehmen. (jW 19.02.04) Ebenfalls in Schleswig-Holstein, im Rendsburger Abschiebeknast, setzte ein Roma am 16. Februar seine Zelle in Brand, um einer drohenden Abschiebung nach Bosnien ohne seine Frau und seine Kinder zu entgehen. (PB 27.02.04)

Nazi-Mord in Gera

Am 20. Januar wurde in Gera (Thüringen) der aus Russland kommende Spätaussiedler **Oleg V.** von vier Nazis ermordet. Die Nazis schlugen ihm von hinten eine Bierflasche auf den Kopf, prügelten, traten und stachen mit einem Messer auf ihn ein und zerschlugen mit einem Hammer sein Gesicht. Polizei, bürgerliche Politiker und ihre Presse leugneten auch in diesem Fall einen nazistischen Hintergrund des Verbrechens und hetzten stattdessen gegen eine antifaschistische Demonstration in Gera aus Anlass des Nazi-Mordes. (jW 28.01.04, Jungle World 18.02.04)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Neujahrsnacht stach ein Nazi in **Eutin** (Schleswig-Holstein) einen 16-jährigen Spätaussiedler aus Russland mit einem Messer nieder. Durch eine Notoperation konnte das Opfer gerettet werden. (FR 03.01.04) Am 11. Januar wurden in **Berlin-Hohenschönhausen** zwei aus Kamerun stammende Männer von zwei Nazis rassistisch beschimpft und anschließend verprügelt. Die Kameruner mussten mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus. (Jungle World 21.01.04) Zwei Nazis haben Ende Januar in **Magdeburg** einen 21-jährigen Afrikaner in einer Straßenbahn rassistisch beschimpft und ihn mit einer Flasche am Kopf verletzt. (taz 26.01.04) In **Hörlitz** (Brandenburg) verübten zwei Nazis in der Nacht zum 28. Januar einen Brandanschlag auf ein türkisches Imbisslokal. Es war mittlerweile der achte nazistische Brandanschlag innerhalb

von drei Monaten auf von Menschen aus anderen Herkunftsländern betriebenen Imbisslokalen in Brandenburg. (Jungle World 18.02.04) Drei Nazis versuchten in der Nacht zum 31. Januar in **Velten** (Brandenburg) die Wohnung eines Vietnamesen zu stürmen. Sie brüllten dabei nazistische und rassistische Parolen. (Jungle World 11.02.04) Neun Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren aus der linken Szene wurden in **Dessau** (Sachsen-Anhalt) am 1. Februar um 3 Uhr morgens von 10 bis 15 vermummten Nazis auf dem Bahnhof überfallen. Mit Eisenstangen und Baseballschlägern prügelten die Nazis auf sie ein. Seit Anfang dieses Jahres fanden in Dessau bereits 14 ähnliche Naziüberfälle auf Kinder, Jugendliche, Flüchtlinge und Obdachlose statt. Drei Nazis beschimpften am 5. Februar in **Gera** (Thüringen) einen Armenier rassistisch und schlugen auf ihn ein. Dabei geriet einer der Nazis, ein polizeibekannter Bundeswehrangehöriger, unter eine Straßenbahn und starb. In der Nacht zum 6. Februar verübten drei Nazis in **Brück** (Brandenburg) einen Brandanschlag auf ein türkisches Imbisslokal. (Jungle World 18.02.04) Am 18. Februar überfielen in **Berlin** drei Nazis einen Kolumbianer und schlugen auf ihn ein. Vier Jugendliche, die den Angriff beobachteten, eilten dem Kolumbianer zu Hilfe. (Jungle World 25.02.04) Sechs Nazis überfielen in der Nacht zum 22. Februar ein griechisches Restaurant in **Pasewalk** (Mecklenburg-Vorpommern) und verletzten die Inhaber sowie einen Gast. (jW 23.02.04) Ebenfalls in **Pasewalk** haben in der Nacht zum 24. Februar

drei Nazis drei Obdachlose mit Füßen getreten und mit einem Knüppel geschlagen. (FR 25.02.04)

Anti-Nazi-Kämpfe

200 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 10. Januar in **Berlin** gegen einen Aufmarsch von mehreren hundert Nazis, die gegen das „Landser“-Urteil hetzten. (FR 12.01.04) Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis am 17. Januar in **Gladenbach** (Hessen) protestierten 60 Gegendemonstranten. (FR 19.01.04) 5.000 Menschen demonstrierten am 29. Januar in **Hamburg** gegen einen Aufmarsch von über 1.000 Nazis, die gegen die Wehrmachtausstellung hetzten. Der Naziaufmarsch wurde mit massivem Polizeieinsatz gegen die Protestierenden durch Vorkontrollen, Absperrungen, Greiftrupps und dem Einsatz mehrerer Wasserwerfer geschützt. 221 „Ingewahrsamnahmen“, 15 vorläufige Festnahmen, zwei Schwerverletzte waren die Folge. Zum Schluss trieb die Polizei die Gegendemonstrantinnen und -demonstranten völlig auseinander, so dass die Nazis fast ungestört ihren Aufmarsch weiterführen konnten. Im Anschluss davon sprachen die Nazis von der „größten nationalen Demonstration seit Kriegsende in Hamburg.“ (anna 12.02.04) 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 1. Februar in **Gera** (Thüringen) gegen den am 20. Januar verübten Nazi-Mord an einem aus Russland stammenden Spätaussiedler und gegen die nazistischen Strukturen in Gera. Die antifaschistische Demonstration wurde von einem

großen Polizeiaufgebot begleitet, welches so die auftauchenden Nazis schützte, die die Demo ablaufen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fotografieren konnten. 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten nahmen am 12. Februar an einer Antinazi-Kundgebung in Gera teil. Auch hier konnten die Nazis provozieren und die Kundgebungsteilnehmer fotografieren. (anna 12.02.04, Jungle World 18.02.04) Gegen einen Aufmarsch von 2.000 Nazis am 14. Februar in **Dresden**, die anlässlich des 59. Jahrestages der alliierten Bombenangriffe auf die Nazi-Festung Dresden gegen diese antinazistische Kriegsmaßnahme hetzten, protestierten 1.000 Menschen. Antifaschistinnen und Antifaschisten, die versuchten zu den Nazis vorzudringen, wurden durch Polizeieinsätze daran gehindert. (jW 16.02.04) Am 21. Februar demonstrierten in **Jena** (Thüringen) 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen eine Veranstaltung der Nazi-Burschenschaft Normannia. (anna 26.02.04) Gegen eine Kundgebung von 120 Nazis in **Gladenbach** (Hessen) am 21. Februar demonstrierten 500 Menschen. 250 Antifaschistinnen und Antifaschisten kämpften militant gegen die Nazis. Kreuzungen wurden blockiert, Steine geworfen und Nazis durch die Stadt gejagt. Die Polizei schützte die Nazi-Kundgebung mit Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz gegen die Protestierenden. Die Kämpfe fanden wenig später in **Marburg** (Hessen) ihre Fortsetzung, wo sich 60 Nazis zu einer Kundgebung und einem Aufmarsch zusammenroteten. Sämtliche 100 Antifaschistinnen und

Antifaschisten, die dagegen protestierten, wurden von der Polizei eingekesselt. (FR 23.02.04)

Militante Streikkämpfe in Spanien

In Spanien gingen in den ersten beiden Februarwochen Werftarbeiterinnen und -arbeiter des zum staatlichen Sepi-Konzerns gehörenden Izar-Werftenverbandes auf die Straße, um für einen neuen Tarifvertrag mit 6,8 Prozent mehr Lohn und gegen drohende Betriebsschließungen zu kämpfen. Bereits Ende letzten Jahres begannen die Arbeiterinnen und Arbeiter mit Streikkämpfen und Blockadeaktionen gegen die seit Monaten sich hinziehenden Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern, der Konzernführung und Vertretern der Werktätigen zu protestieren. Den Arbeiterinnen und Arbeitern wird seit mittlerweile über einem Jahr der Abschluss eines Tarifvertrages vorenthalten. Ende Januar kündigte der Sepi-Konzern stattdessen an, weitere 400 Beschäftigte zu entlassen. Daraufhin setzten die Werftarbeiterinnen und -arbeiter ihre Streikaktionen fort. An den vier Standorten des Unternehmens in Andalusien wurden mit Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Zulieferbetrieben Straßenbarrikaden errichtet und der Verkehr lahmgelegt. Polizeitruppen und die paramilitärische Guardia Civil marschierten gegen die Streikenden auf, die sich militant gegen die Angriffe wehrten. In Cadix und Sevilla, wo die Polizeitruppen wiederholt mit Gummigeschossen und Tränengas angriffen, verteidigten sich die Arbeiterinnen und Arbeiter

mit Schraubenwürfen. In der zweiten Februarwoche fuhren Schützenpanzer gegen die errichteten Barrikaden auf und die kämpfenden Werktätigen verschanzten sich in den Werften. Bei den Auseinandersetzungen erlitten bisher über 50 Menschen Verletzungen. Für den 5. März ist eine ganztägiger Streik in sämtlichen Werften geplant. (jW 17.02.04)

Kämpferische Proteste der Roma in der Slowakei

Nachdem die reaktionäre Regierung der Slowakei angekündigt hat, die Sozialhilfe um 50 Prozent zu kürzen, kam es zu heftigen Aufständen und Kämpfen der in der Slowakei lebenden Roma. Die 400.000 Roma, die überwiegend von der Sozialhilfe leben müssen – in der Ostslowakei, wo die meisten Roma leben, liegt die Arbeitslosigkeit unter ihnen bei 100 Prozent –, sollen nach der Sozialhilfereform mit 10 Euro monatlich ihren Lebensunterhalt bestreiten. 50 Roma, einschließlich Kinder, stürmten am 20. Februar in Cierna nad Tisou ein Lebensmittelgeschäft. 200 Roma bereiteten sich am 21. Februar auf die Erstürmung des größten Supermarktes in Trhoviste vor, als die Polizei angriff. In der gesamten Ostslowakei stürmten Roma am vorletzten Februarwochenende Kaufhäuser, um sich mit Produkten zu versorgen. Das Roma-Parlament in der Slowakei kündigte Massendemonstrationen in der Hauptstadt Bratislava und Grenzblockaden an, sollte die Sozialhilfereform in Kraft treten. Einzelne kämpferische Roma propagierten offen den Bürgerkrieg gegen die Re-

gierung. Die Kämpfe der Roma gingen auch in der kommenden Woche weiter; in mehreren Städten fanden Straßenschlachten zwischen Roma und Polizei statt. Die Regierung verkündete währenddessen, an der Sozialhilfereform festzuhalten und beschloss am 24. Februar einen massiven Polizeieinsatz. 20.000 Polizisten und 1.000 Soldaten sollen in der Ostslowakei aufmarschieren, um die Proteste der Roma zu ersticken. (taz 25.02, 26.02.04, FR 26.02.04)

Massenstreikkampf in der USA

Seit dem 11. Oktober 2003 stehen in Südkalifornien 70.000 Beschäftigte mehrerer großer Einzelhandelskonzerne im Streikkampf. Seit 1946 ist dieser Kampf die größte gewerkschaftliche Streikaktion in der Privatwirtschaft an der Westküste der USA. Betroffen von diesem Streik sind insgesamt 850 Geschäfte. Zwei Drittel der Streikenden sind Frauen. Der Kampf richtet sich hauptsächlich gegen die Pläne der Einzelhandelskonzerne, die betriebliche Krankenversicherung abzuschaffen, die für die meisten Beschäftigten die einzige Form einer für sie bezahlbaren Krankenversicherung ist, und die Löhne für Neueingestellte weiter zu kürzen. Die bestreikten Einzelhandelskonzerne orientieren sich in ihrer Politik dabei an dem Supermarktgiganten Wal Mart, der vollständig gewerkschaftsfrei ist und in dem die Beschäftigten nur die Hälfte von dem verdienen, was die gewerkschaftlich organisierten Verkäuferinnen und Verkäufer erhalten. Der von der UFCW (United Food and Commercial Workers Union) organisierte Massen-

streik erfuhr lebhafte Unterstützung von Werktätigen aus anderen Branchen. Maschinenschlosserinnen und -schlosser, Reinigungskräfte, Lehrerinnen und Lehrer, Hausmeister und Krankenhausbeschäftigte führten Solidaritätsdemonstrationen durch. In Los Angeles demonstrierten 3.000 Hafendarbeiterinnen und -arbeiter vor einem Supermarkt. Die Teamster-Gewerkschaft unterstützte den Streik und verweigerte die Belieferung der bestreikten Supermärkte. In Inglewood fand am 31. Januar die bisher größte Solidaritätsdemonstration zur Unterstützung des Streiks mit 20.000 Demonstrantinnen und Demonstranten statt. Am 19. Februar fanden in Los Angeles und Santa Monica Solidaritätsdemonstrationen statt. In San Pedro demonstrierten mehrere hundert Mitglieder der Einzelhandelsgewerkschaft gemeinsam mit Mitgliedern der Transportarbeitergewerkschaft, mit Hafendarbeiterinnen und -arbeitern und Büroangestellten. Der Massenstreik soll auch in den kommenden Wochen fortgesetzt werden. (ak 16.01.04, PB 12.02, 27.02.04)

2004 März – April

Weltweiter Einsatz der Bundeswehr, des BKA und des BGS

Ende März kündigte der Kriegsminister des deutschen Imperialismus Struck an, weitere 480 Soldaten der Bundeswehr in **Afghanistan** zu stationieren. Zurzeit hat der deutsche Imperialismus Truppen in der Hauptstadt Kabul und in der Stadt Kundus. Ende April wurde bekannt, dass die Bundeswehr in die Stadt Faisabad, im Nordosten des Landes, einmarschieren soll. (FR 31.03.04, taz 24.04.04) In **Kosovo** sollen die dort stationierten Truppen des deutschen Imperialismus um 600 Soldaten verstärkt werden. Insgesamt erhöht sich damit die Anzahl der dort eingesetzten deutschen Besatzungssoldaten auf 3.800. Die Bundeswehr stellt mit der Erhöhung den größten Anteil aller ausländischen Armeen in Kosovo. Die vom Bundestag gebilligte Obergrenze für den Einsatz deutscher Soldaten in Kosovo beträgt 8.500 Personen. Struck gab bekannt, dass das geplante Ende der Besetzung Kosovos für 2006 nicht mehr realistisch sei und die Truppen des deutschen Imperialismus „deutlich länger bleiben müssen“. (FR 20.03, 22.03.04) Im Zuge der für Ende Dezember dieses Jahres geplanten Übergabe des Besetzungseinsatzes von der NATO auf die EU in **Bosnien-Herzegowina** kündigte der deutsche Imperialismus an, dort mit zukünftig 1.800 Soldaten den größten Truppenanteil aller dort stationierten Besatzungsarmeen stellen zu wollen. (FR 27.04.04) In den **Vereinigten Arabischen Emiraten** be-

gann am 20. März das Bundeskriminalamt mit der Ausbildung von 132 irakischen Polizisten. (jW 20.03.04) Nach der Hinrichtung von zwei BGS-Soldaten im **Irak**, die dort als Mitglieder der Sondereinheit GSG-9 eingesetzt waren, wurde von Politikern des deutschen Imperialismus nochmals bekräftigt, dass die GSG-9 weiterhin im Irak bleibt, der Einsatz der GSG-9 im Ausland Routine sei, eine Entscheidung des Parlaments nicht notwendig sei und diese Einsätze ohnehin streng geheim wären. Wie viele Soldaten der GSG-9 in Irak ihr Unwesen treiben, wird nicht bekannt gegeben. (FR 14.04.04) Zwei Schnellboote der deutschen Kriegsmarine mit 180 Soldaten liefen Anfang April ins **Mittelmeer** aus. Der Einsatz der deutschen Kriegsmarine im Mittelmeer wurde im März bis Ende Juni verlängert. (taz 18.03.04, FR 10.04.04) Zwei Stabsoffiziere der Bundeswehr werden in den **Kongo** entsandt, um an der Aufstellung einer neuen kongolesischen Armee teilzunehmen. (taz 08.03.04)

Einige Zahlen zur weiteren Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland

Drei Monate nach Einführung der Zehn-Euro-Praxisgebühr sank nach Angaben von Krankenkassen und Ärzteverbänden die Zahl der Arztbesuche um 15-22 Prozent. (jW 02.04.04) Im Jahr 2003 verdienten weibliche Angestellte ca. 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, Arbeiterinnen ca. 26 Prozent weniger als Arbeiter. In den neuen Bundesländern verdienten die Frauen 32 bzw. 22 Prozent weniger als die

Männer. (jW 04.03.04) Nach ersten Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind im Monat April 4,43 Mill. Menschen erwerbslos. Allerdings tauchen in diesem Jahr erstmals nicht mehr diejenigen Erwerbslosen in der Statistik auf, die zu Trainingsmaßnahmen verpflichtet wurden. Ohne diesen statistischen Trick hätte die Erwerbslosigkeit den höchsten Aprilstand seit 1990 erreicht. (jW 30.04.04) Im vergangenen Jahr hatte der deutsche Einzelhandel den stärksten Stellenabbau seit dem 2. Weltkrieg zu verzeichnen. 50.000 Arbeitsplätze wurden gestrichen. (taz 09.03.04) Während zurzeit 558.804 Jugendliche (3,1 Prozent mehr als im Vorjahr) eine Lehrstelle suchen, sank die Zahl der angebotenen Lehrstellen um 6,3 Prozent auf 368.344. (jW 07.04.04) Nach Einführung von Hartz IV im kommenden Jahr werden laut BA von derzeit 2,2 Mill. Arbeitslosenhilfeempfängern bis zu 800.000 jegliche Unterstützung verlieren. Laut DGB verlieren in Westdeutschland 20 Prozent, in Ostdeutschland 36 Prozent der zurzeit Anspruchsberechtigten ihre Unterstützung. (jW 26.04.04) In den 10.500 Filialen des Schlecker-Konzerns gibt es ganze 75 Betriebsräte, in den 2.500 Lidl-Geschäften gibt es nur in fünf Läden Betriebsräte, in den 1.500 Filialen von Aldi-Süd gibt es keinen Betriebsrat. Gewerkschafter erhalten bei Lidl Hausverbot. (taz 09.03, 30.04.04, ak 23.04.04) In Deutschland gibt es 670 Berufe, in denen der Stundenlohn weniger als 6 Euro beträgt. Ein kaufmännischer Angestellter ohne Berufsausbildung, der in Sachsen im Gartenbau

tätig ist, bildet mit 2,75 Euro die Stunde das Schlusslicht. (jW 29.04.04) Im Jahre 2003 haben die Arbeitsämter insgesamt 152.532 Sperrzeiten verhängt und damit die Zahl der verhängten Sperrzeiten gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht. (taz 20.04.04) In Berlin leben 533.000 Menschen (jeder sechste Einwohner) unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. (taz 24.04.04)

Tod des Flüchtlings Ümit Abay

Am 28. Februar verstarb der aus der Türkei stammende Flüchtling Ümit Abay. Der 23-Jährige setzte sich am 18. Februar in Köln aus Furcht vor seiner Abschiebung und aus Protest gegen die deutsche Asylpolitik selbst in Brand. In Deutschland haben seit 1993 aus Furcht vor ihrer Abschiebung oder aus Protest 493 Flüchtlinge sich selbst verletzt oder versucht sich zu töten. (anna 5-2004)

Antisemitismus in Deutschland

In der Nacht zum 27. Februar wurde in **Bochum** das Auto eines Rabbiners zerstört und auf den Türen und der Motorhaube großflächige Hakenkreuze eingeritzt. (jW 01.03.04) In **Neuruppin** und **Fehrbellin** (Brandenburg) sind in der Nacht zum 7. März Gedenksteine für jüdische Nazi-Opfer mit antisemitischen Parolen und SS-Zeichen beschmiert worden. (FR 09.03.04) Nach einer einstweiligen Verfügung, die vom Zentralrat der Juden in Deutschland erwirkt worden war, stellte die internationale Tierrechtsorganisation Peta Mitte März eine in **Stuttgart** gestartete Hetzausstellung wieder ein, in der Schlachtvieh mit den jüdischen

Opfern Nazi-Deutschlands gleichgesetzt wurde. Die Kampagne lief bereits in mehreren Ländern. Peta will gegen die einstweilige Verfügung Rechtsmittel einlegen. (taz 17.03, 23.03.04) Am 29. März wurden 91 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in **Walldorf** (Thüringen) zerstört. Es war bereits der dritte jüdische Friedhof in diesem Jahr in Thüringen, der geschändet wurde. (Jungle World 07.04.04) Anfang April wurde in **Berlin-Schöneberg** ein jüdisches Mahnmal mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen beschmiert. Fünf Grabsteine wurden auf dem jüdischen Friedhof in **Bausendorf** (Rheinland-Pfalz) am 13. April mit Naziparolen und -zeichen beschmiert. (Jungle World 21.04.04) Ebenfalls am 13. April wurde das Mahnmal für jüdische Zwangsarbeiter auf dem Westfriedhof in **Köln** beschädigt. (Jungle World 28.04.04) Im Jahr 2003 sind in Deutschland nach offiziellen Angaben 35 Gewalttaten gegen Juden verübt worden, sieben mehr als im Vorjahr. (FR 26.04.04) Die Zahl antisemitischer Handlungen stieg in Deutschland nach Angaben einer EU-Institution zwischen 1999 und 2000 um fast 70 Prozent. (taz 01.04.04) Nach Angaben einer US-Bürgerrechtsorganisation haben 36 Prozent der BRD-Bürger antisemitische Ansichten. Die BRD steht damit an erster Stelle von zehn untersuchten westeuropäischen Staaten. (FR 27. 04.04)

Polizeiterror in Deutschland

In **Iserlohn** (Nordrhein-Westfalen) überfielen am 8. März 160 Polizisten die dortige Flüchtlingsunterkunft. Nachdem mit Stra-

ßensperren die Zufahrt zur Unterkunft abgeriegelt worden war, wurde das Haus gestürmt und alle 21 anwesenden Flüchtlinge durchsucht, sechs Personen wurden festgenommen. Während noch am Tag des Einsatzes behauptet wurde, es gehe um eine Drogenfahndung, wurde einen Tag später durch den Einsatzleiter erklärt, es ginge darum zu zeigen „wer Herr im Hause ist“. (jW 17.03.04) In ihrem Kampf gegen die linke Projektwerkstatt **Saasen** bei Gießen (Hessen), die Anfang März zusammen mit anderen demokratischen Organisationen eine Dokumentation über staatliche und mediale Terrorisierung und Hetze gegen linke Strukturen in und um Gießen veröffentlichte, gab das Polizeipräsidium Mittelhessen Anfang April eine Statistik heraus, in der sie behauptete, dass in Gießen und Umland im Jahre 2003 „politisch motivierte Staatschutzdelikte“ linker Organisationen gegenüber dem Vorjahr um 657 Prozent zugenommen haben. Für einen Großteil der 138 angeführten „Delikte“ wird namentlich die Projektwerkstatt Saasen verantwortlich gemacht. (jW 24.04.04) Unter dem Vorwand nach Drogen zu suchen, stürmte die Thüringer Bereitschaftspolizei mit Hunden und Rammböcken Ende April ein linkes Zentrum in **Gera**. Der Überfall und die anschließende Razzia wurden während einer dort stattfindenden antifaschistischen Infoveranstaltung und eines Konzertes durchgeführt. Sämtliche 60 Gäste des Hauses wurden durchsucht und erkennungsdienstlich behandelt. (jW 28.04.04)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terors

Am 27. Februar verletzte am helllichten Tag auf offener Straße in **Quedlinburg** (Sachsen-Anhalt) ein Nazi einen 16-jährigen Antifaschisten mit einem Messerstich im Brustbereich. Das Opfer musste ins Krankenhaus, in dem kurz vor Mitternacht drei Nazis auftauchten, die vom Klinikpersonal vertrieben werden konnten. Kurz nach Mitternacht, am 28. Februar, wurden zwei Nazis, unter ihnen der Täter, von der Polizei aufgegriffen. Nachdem die Polizei festgestellt hatte, dass der Täter ein Klappmesser bei sich trug und einen mit einem Hakenkreuz versehenen Totschläger, ließ sie beide wieder laufen. Am 29. Februar überfielen die beiden Nazis die Wohnung eines 17-Jährigen. Sie schlugen die Wohnungstür mit Baseballschlägern ein. Bei ihrer Festnahme riefen sie „Sieg Heil“. Einer der beiden Nazis ist wenig später wieder freigelassen worden. (Magdeburger Volksstimme 02.03.04) In **Rathenow** (Brandenburg) überfiel Anfang März eine Gruppe Nazis einen 18-jährigen Antifaschisten, der Organisator einer Schülerdemo gegen Rechts war, und drei weitere Jugendliche mit Eisenstangen und Steinwürfen. (FR 10.03.04) Drei Nazis überfielen am 13. März in **Bochum** eine junge Frau und verletzten sie. 30 Passanten schauten dabei zu. (jW 17.03.04) Am 23. März beschimpften in **Bochum** zwei Nazis einen 13-jährigen rassistisch und schlugen ihn zusammen. (Jungle World 31.03.04) Vier Nazis überfielen in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) am 29. März einen 43-Jährigen aus Eritrea. Sie schlugen auf ihr Opfer ein und schossen mit

einer Schreckschusspistole auf ihn. (jW 01.04.04) Acht Nazis überfielen am 2. April auf einen Bahnhof in **Bochum** zwei Personen und verprügelten sie. Die Nazis hatten kurz vorher in einem Zug nazistische Parolen gebrüllt, vier afrikanische Reisende bedroht und waren von den beiden späteren Opfern aufgefordert worden, dies zu unterlassen. (Jungle World 14.04.04) Am 4. April beschimpfte in **Frankfurt(Oder)** ein Nazi einen 24-Jährigen aus Sierra Leone rassistisch und trat ihm anschließend ins Gesicht. Das Opfer wurde dabei schwer verletzt. (Jungle World 28.04.04) Drei Nazis überfielen am 5. April in **Berlin** einen Vietnamesen und verprügelten ihn mit einer Holzlatte. Der Vietnameser erlitt einen Jochbeinbruch. (taz 07.04.04) Mehrere Nazis haben am 12. April in **Berlin** einen 21-Jährigen aus Sierra Leone angegriffen und mit einem Messerstich lebensgefährlich verletzt. (taz 14.04.04) Ebenfalls in **Berlin** haben zwei Nazis in der Nacht zum 22. April einen 38-Jährigen aus Guinea rassistisch beschimpft, geschlagen und getreten. Das Opfer kam mit stark blutenden Verletzungen ins Krankenhaus. (FR 23.04.04)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 28. Februar demonstrierten in **Osnabrück** 3.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Kämpferische Antifas, welche versucht hatten, durch die Absperrungen der Polizei zu den Nazis vorzudringen, wurden festgenommen. (FR 01.03.04) 1.500 Menschen protestierten am 6. März in **Schwäbisch-Hall** gegen einen Na-

zi-Aufmarsch. Die Protestierenden besetzten den Marktplatz, um den Nazis den Zutritt dort zu verwehren, und verweigerten auch nach Aufforderung der Polizei die Räumung des Platzes. Die Nazis begaben sich daraufhin direkt zu ihrer Aufmarschrouten, wo dort nach 200 m etwa 300 kämpferische Antifas die Straße blockierten. Die Polizei versuchte mit Schlagstöcken und Fußtritten den Nazis den Weg freizumachen. Mehrere Demonstranten erlitten dabei schwere Verletzungen, bis hin zu Rippenbrüchen. Nachdem die Nazis mit Polizeibussen aus der Stadt gebracht wurden, kesselte die Polizei 280 Antifas ein und brachte sie in eine zum Gefängnis umfunktionierte Turnhalle, wo sie erkenungs-dienstlich behandelt wurden. (anna 25.03.04) Am 13. März demonstrierten 600 Menschen in **Rotenburg/Wümme** (Niedersachsen) gegen einen Aufmarsch von 400 Nazis. 2.000 Menschen demonstrierten am selben Tag in **Bochum** gegen Nazismus und für den Neubau einer Synagoge in der Stadt. (taz 15.03.04) Ebenfalls am 13. März demonstrierten in **Berlin-Köpenick** 800 Antifas gegen die geplante Eröffnung der NPD-Zentrale im Stadtteil und gegen den Abschiebeknast in Grünau. (jW 15.03.04) Am 20. März protestierten in **Wilhelmshaven** 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Am selben Tag demonstrierten in **München** 400 Antifas gegen eine Aufmarsch von 100 Nazis und versuchten wiederholt, ihn aufzuhalten. Ebenfalls am 20. März demonstrierten 300 Menschen in **Weimar** gegen einen Aufmarsch von 110 Nazis. (FR 22.03.04) In **Hamburg** demons-

trierten am 27. März 1.700 Antifas gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis, die dort zum zweiten mal in diesem Jahr gegen die Wehrmachtsausstellung hetzten. Trotz der 4.400 Polizisten, die den Nazi-Aufmarsch schützten, gelang es den Antifas die Nazi-Route zu blockieren. (jW 29.03.04) Am 3. April gelang es 800 Antifas in **Neubrandenburg** (Mecklenburg-Vorpommern) einen Aufmarsch von 370 Nazis durch mehrere Straßenblockaden erheblich zu verkürzen. (PB 08.04.04) Am 17. April protestierten in **Marburg** (Hessen) 120 Antifas gegen einen Aufmarsch von 400 Nazis. 350 Nazis zogen anschließend nach **Gladenbach** (Hessen) weiter, wo gegen ihre dortige Kundgebung 200 Menschen protestierten. (FR 19.04.04) 250 Antifas demonstrierten am 24. April in **Belzig** (Brandenburg) gegen Rassismus und gegen die nazistische „Preußische Aktionsfront“. Im nahe gelegenen **Teltow** fand am Abend eine Kundgebung mit ca. 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, die sich gegen den dortigen Antisemitismus richtete. In Teltow hetzen Einwohner und Politiker bis hin zur PDS mit antisemitischen Parolen gegen eine symbolische Entschädigungszahlung an eine jüdische Familie, die in Nazideutschland ihre Ländereien in Teltow zwangsweise weit unter Wert verkaufen musste. (jW 26.04.04)

Drei weitere Todesopfer in der Türkei

Im seit Oktober 2000 andauernden Kampf gegen die Isolationshaft in der Türkei kamen von Ende Februar bis Ende März drei weitere Kämpferinnen und Kämpfer ums Leben. Mit **Muharrem Karademir, Günay Ögrener**

und **Ümit Günger**, die sich aus Protest gegen Isolation und Zwangsernährung selbst in Brand setzten, erhöhte sich die Zahl der bei den Kämpfen Gestorbenen auf 110 Menschen. (jW 20.03.04, Angehörigen Info 13.04.04)

Kämpfe von Kurden in Syrien

In Syrien kam es zu kämpferischen Massenprotesten von Kurdinnen und Kurden, die sich über den ganzen Nordosten des Landes ausweiteten und die Hauptstadt Damaskus erreichten. Präsidentenstatuen wurden gestürzt, Polizeistationen angegriffen und in einigen Orten fanden bewaffnete Kämpfe statt. Die Kämpfe waren die Folge provokatorischer Angriffe syrischer Saddam-Hussein-Anhänger mit Unterstützung von Sicherheitskräften gegen Kurdinnen und Kurden. Die Sicherheitskräfte schossen in die kurdische Menge, woraufhin sich die Proteste in den folgenden Tagen ausweiteten. Am 12. März wurde über mehrere kurdische Städte und Gebiete der Ausnahmezustand und eine Nachrichtensperre verhängt und die syrische Regierung entsandte Militär, Spezialeinheiten und Panzer in diese Gebiete. Neben zahlreichen Verletzten kam es zu über 1.000 Festnahmen. 30 Kurden wurden getötet. Insgesamt leben ca. 2 Mill. Kurdinnen und Kurden in Syrien. (Kurdistan Rundbrief 2/04)

Die Kämpfe der revolutionären Guerilla in Nepal gehen weiter

Nach einem Streikaufruf der revolutionären Guerilla in Nepal streikten in der Hauptstadt Kathmandu Anfang März die Bus- und

Taxifahrer und legten den öffentlichen Verkehr lahm. Die Frauenorganisation der Guerilla rief zum 8. März, den internationalen Frauentag, zum Generalstreik auf, der sich gegen gewaltsame Übergriffe auf Frauen richtete. Schulen und Geschäfte blieben an diesem Tag geschlossen und der öffentliche Straßenverkehr kam erneut zum Erliegen. In der Nacht zum 3. März überfielen die Kämpfenden einen Fernmeldeturm und zerstörten ihn, wobei Telekommunikationsverbindungen unterbrochen wurden. 18 Polizisten und 11 Soldaten wurden dabei getötet. Am 21. März kam es zu den schwersten Kämpfen seit 1996. Um die Hauptstadt eines Distriktes einzunehmen, wurden Straßensperren errichtet, Brücken gesprengt, das dortige Polizeihauptquartier angegriffen, Armeekasernen und die Verwaltungszentrale gestürmt. Gefangene Guerillas wurden aus dem örtlichen Gefängnis befreit. Zeitgleich wurde in einem anderen Distrikt ein Flugplatz angegriffen und der Tower und das Rollfeld beschädigt. Am 4. April wurde auf das Haus des nepalesischen Innenministers ein Bombenanschlag verübt und die Ölversorgung im westlichen Nepal durch Brandanschläge behindert. Am 5. April griffen mehrere hundert Guerillas einen Polizeiposten im Süden Nepals an. Am 6. April griffen die Kämpferinnen und Kämpfer erneut einen Flugplatz an. Ein von ihnen ausgerufener dreitägiger Generalstreik legte das Land in weiten Teilen lahm. (FR 05.03, 05.04, 06.04, 07.04. 04, taz 04.03.04, jW 09.03, 23.03.04)

2004 Mai - Juni

Deutscher Militarismus nach Außen und Innen

Der Deutsche Bundestag verlängerte am 27. Mai mit 574 Stimmen bei sieben Enthaltungen und einer Gegenstimme das Mandat der Bundeswehr für ihren militärischen Einsatz in **Kosova** im Rahmen der Kfor um ein weiteres Jahr. Der Kfor-Einsatz dauert mittlerweile fünf Jahre. Führende Politiker des deutschen Imperialismus, wie Kriegsminister Struck und Außenminister Fischer, kündigten an, dass der Einsatz der deutschen Armee in Kosova noch für mehrere Jahre notwendig sein wird. (jW 26.05.04, FR 28.05.04) Mit finanzieller Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit bildet eine Lübecker Sicherheitsfirma deutsche Söldner aus, die als „Personenschutzfachkräfte“ im **Irak** eingesetzt werden sollen. Trainiert werden u. a. der Umgang mit automatischen Waffen und der Häuser- und Bunkerkampf. (jW 05.05.04) Die BRD beteiligt sich mit 48 Millionen Euro an der Förderung der Polizei und dem Aufbau einer Grenzpolizei in **Afghanistan**. (taz 21.05.04) Ende Mai kündigte der Deutsche Bundestag seine Bereitschaft an, im Rahmen der UNO deutsche Truppen in den **Sudan** zu entsenden, wo es zur Zeit bewaffnete Auseinandersetzungen gibt. Führende Politiker des deutschen Imperialismus forderten gleichzeitig von der UNO, den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die sudanesishe Regierung zu verstärken. Insgesamt befanden sich im Mai ca. 7.500 Soldaten des deutschen Imperia-

lismus außerhalb der BRD im militärischen Einsatz. (FR 19.05.04) Nach dem neuen, Ende Mai vorgestellten Ausbildungskonzept der Bundeswehr, sollen künftig sämtliche Wehrpflichtige für den weltweiten Einsatz ausgebildet werden. Geplant ist weiterhin, die Grundwehrdienstleistenden auch für den militärischen Einsatz im Landesinneren auszubilden. (taz 26.05.04)

Einige Zahlen zum weltweiten ökonomischen Eingreifen des deutschen Imperialismus

Im Jahre 2003 hat die deutsche Autoindustrie mit 700.000 in **China** produzierten und verkauften PKWs einen Marktanteil von 36 Prozent erreicht. Spitzenreiter ist **VW** mit 697.000 Fahrzeugen, was 14 Prozent des gesamten Konzernabsatzes entspricht. **VW** will die Produktion in China bis 2008 auf 1,6 Millionen Wagen jährlich ausdehnen und im Laufe von fünf Jahren 5,3 Milliarden Euro investieren. **BMW** konnte seinen Absatz in China im Jahre 2003 gegenüber dem Vorjahr um 75 Prozent auf 27.000 verkaufte Fahrzeuge steigern und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 40 Prozent mehr PKWs verkaufen als im Vorjahr. Am 20. Mai hat der Konzern in Nordostchina eine Produktionsstätte eröffnet, die für eine Herstellung von 100.000 Fahrzeugen jährlich ausgelegt ist. In den ersten drei Monaten dieses Jahres konnte **BMW** in **Asien** seine Verkäufe um 17,4 Prozent auf fast 30.000 PKWs steigern. Auch **Daimler-Chrysler** plant für das Jahr 2006 die Produktion von bis zu 25.000 PKWs jährlich in Peking und

investiert eine Milliarde Euro. (FR 04.05, 21.05, 16.06.04) In Schanghai feierte **Siemens** seine 100-jährige Anwesenheit in China und kündigte an, in den nächsten fünf Jahren eine Milliarde Euro zu investieren, und gleichzeitig die Zahl seiner Niederlassungen von 28 auf 60 zu erhöhen. Siemens beutet in China zur Zeit 30.000 Werk tätige aus. (FR 18.05.04) Im Jahre 2003 konnte der deutsche Imperialismus seine Exporte nach China um 24,9 Prozent auf 18,2 Milliarden Euro steigern. (taz 08.05.04) Für 993 Millionen Dollar übernahm Siemens in den **USA** eine auf dem nordamerikanischen Markt führende Wasseraufbereitungsfirma, die selbst wiederum weltweit 120 Niederlassungen betreibt. (FR 13.05.04) Die **Deutsche Telekom**, die bisher 49 Prozent des in **Polen** mit 37 Prozent Marktanteil führenden polnischen Mobilfunkbetreibers PTC besitzt, bietet für die vollständige Übernahme der Firma 1,1 Milliarden Euro an. In den **USA** kaufte die Deutsche Telekom für 1,9 Milliarden Euro zwei Mobilfunknetze und plant, in den kommenden zwei Jahren, für zwei Milliarden Dollar weitere Mobilfunkfrequenzen zu übernehmen. (FR 19.05, 26.05.04) Der **Springer-Verlag** startete im Oktober 2003 in **Polen** mit einem Boulevardblatt und stieg binnen drei Monaten zur Nr. 1 im polnischen Tageszeitungsmarkt auf. Der Konzern verkauft dort täglich ca. 550.000 Exemplare seines Blattes. Polnische Zeitungen sprechen bereits von einer „Germanisierung der polnischen Presse“. (FR 02.06.04)

Folter in Deutschland

Anfang Mai wurde durch Aussagen ehemaliger Häftlinge der Haftanstalt **Brandenburg Havel** und eines noch Inhaftierten im Rundfunk bekannt, dass dort seit 2001 die Insassen nachts regelmäßig von verummten Gefängniswärtern in ihren Zellen überfallen, zusammengeschlagen und schwer verletzt werden. Im Zuge dieser und folgender Veröffentlichungen kam nach und nach Weiteres über die größte Haftanstalt im Bundesland Brandenburg ans Tageslicht. Im Herbst 2003 tagte der Rechtsausschuss aufgrund eines Briefes eines Gefangenen, der schrieb, er habe Angst um sein Leben. In der Nacht zum 14. Januar 2004 verlangte ein herzkranker Häftling vergeblich nach einem Arzt, stattdessen wurde er von einem maskierten Spezialkommando in seiner Zelle überfallen und in einen Isolierraum gesteckt, wo Stunden später ein Herzinfarkt diagnostiziert wurde – jede Hilfe kam zu spät. Im Sommer 2003, dem „Jahrhundertsommer“, wurde ein Gefangener monatelang in einer Einzelzelle „diszipliniert“ und war bei schlechter Belüftung Temperaturen von ca. 40 Grad Celsius ausgesetzt. Ein weiterer Gefangener gab an, dass ihm nach einem Herzinfarkt ärztliche Hilfe verweigert wurde und er durch Schläge in den Bauch innere Verletzungen davon trug. Seit 1999 gab es dort 57 Strafanzeigen von Insassen gegen Justizbedienstete – sämtliche Verfahren sind eingestellt worden, außerdem 187 Beschwerden von Gefangenen. Zwischen 1995 und 2004 kam es zu 20 Todesfällen, darunter acht Selbsttötungen. Be-

reits vor zwei Jahren führten die Gefangenen wegen schlechter Haftbedingungen und „diktatorischen Verhaltens“ von Bediensteten einen Hungerstreik durch. In **Bayreuth** kam vor kurzem ein Gefangener nach schwerster Gewaltanwendung durch Justizvollzugsbeamte ums Leben. (taz 07.05.04, jW 11.05, 15.05.04) In einer Fernsehsendung Mitte Mai bekannte der an der Münchener **Bundeswehr-Universität** lehrende Beamte und Historiker M. Wolffsohn, er halte im Umgang mit „Terroristen“ „Folter und die Anwendung von Folter für legitim“. Rechtliche oder berufliche Konsequenzen hatte sein öffentliches Bekenntnis nicht. (taz 13.05, 19.05.04) Der frühere SPD-Vorsitzende **Lafontaine** befürwortete Mitte Mai in einer Fernsehsendung die Folterandrohung des ehemaligen Frankfurter Polizei-Vizepräsidenten **Daschner** gegen einen Verdächtigen und bekannte, er hätte ebenso gehandelt. (jW 18.05.04) Gegen **Daschner** beginnt voraussichtlich im November der Prozess wegen der Folterandrohung. Für den hessischen Innenminister ist das kein Grund für eine Suspendierung **Daschners**, der im Februar in die Verwaltung des Landespolizeipräsidiums versetzt wurde. (FR 23.06.04)

Staatliche rassistische Gewalt

Zwischen März 2001 und Januar 2004 wurden in dem Abschiebeknast **Eisenhüttenstadt** 19 Flüchtlinge jeweils für mehrere Stunden und zum Teil wiederholt in einer „Beruhigungszelle“ eingesperrt, wo sie mit Gurten an einem Bettgestell gefesselt wur-

den. Die längste durchgängige Fixierung dauerte 29 Stunden und 25 Minuten. Ein Flüchtling hat insgesamt 41 Stunden und 40 Minuten in der Zelle verbracht. Die CDU-Landtagsfraktion von Brandenburg teilte mit, dass es sich dabei um ein „gerechtfertigtes und notwendiges“ Mittel handle. (Jungle World 02.06.04, jW 21.05.04) Am 12. Mai wurde auf dem Bahnhof in **Aachen** ein 50-jähriger Afrikaner von zwei BGS-Beamten mit Fäusten verprügelt und niedergeschlagen. Zeugen waren durch Schmerzensschreie des Afrikaners darauf aufmerksam geworden. Eine von ihnen, die einen der prügelnden Beamten angesprochen hatte, wurde daraufhin drohend gefragt, ob sie sich einmischen wolle. (taz 19.05.04) In einer Haftanstalt in **Stuttgart** versuchte sich ein 16-jähriger Flüchtling aus dem Irak gegen seine zwangsweise Verlegung in eine andere Unterkunft mit einem Messer zu verteidigen und wurde daraufhin von einem Wärter angeschossen. (FR 19.05.04)

Suizid und Suizidversuche von Flüchtlingen

Am 11. April erhängte sich in der Abschiebeabteilung der Hamburger Justizvollzugsanstalt in Fuhlshüttel ein Albaner. Am 13. April versuchte sich dort ein Flüchtling aus Togo, mit einem Schnitt in die Kehle das Leben zu nehmen. Ebenfalls in **Hamburg** erhängte sich am 19. April der Kurde **Orhan B.** in seiner Zelle. Er liegt seitdem in einem Krankenhaus mit der Diagnose „Hirntod“. Bereits im März hatte er versucht, sich zu töten. (jW 08.05.04) In der Ausländerbehör-

de in **Berlin-Tiergarten** übergoss sich der Flüchtling Ibrahim C. aus Sierra Leone mit Benzin und zündete sich an. Kurz vorher hatte man ihm dort eine Grenzübertrittsbescheinigung ausgehändigt und ihm mitgeteilt, er könne das Widerspruchsverfahren gegen seinen abgelehnten Asylantrag von Sierra Leone aus führen. Der Flüchtling wurde ins Krankenhaus eingeliefert, er schwebt in Lebensgefahr und musste in ein künstliches Koma versetzt werden. (Jungle World 12.05.04)

Antisemitismus in Deutschland

In den ersten drei Monaten des Jahres 2004 wurden nach offizieller Statistik 263 antisemitische Straftaten verübt. (Jungle World 05.05.04) In **Halle** (Sachsen) wurden in der Nacht zum 7. Mai acht „Stolpersteine“ aus Gehwegen herausgerissen, die erst am Vortage dort eingelassen wurden. Die „Stolpersteine“ vor Wohnhäusern erinnern an jüdische Menschen, die einst dort lebten und Nazideutschland zum Opfer fielen. (Jungle World 19.05.04) In **Berlin-Spandau** wurde Mitte Mai eine jüdische Gedenktafel mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen beschmiert. (jW 19.05.04) Anfang Juni wurde der jüdische Friedhof in **Alsbach-Hähnlein** (Hessen) geschändet. Zwei Grabsteine wurden umgeworfen und zerbrochen und in sieben weiteren Hakenkreuze eingeritzt. (FR 08.06.04) In **Wildeshausen** (Niedersachsen) wurde in der Nacht zum 19. Juni ein Gedenkstein zur Erinnerung an die dortige Synagoge, die 1938 zerstört wurde, zerstört. Mitte Juni wurden auf dem jüdischen Fried-

hof in **Düsseldorf** 41 Grabsteine mit Nazizeichen beschmiert. (Jungle World 30.06.04) Am 26. Juni führten in **Bochum** 200 Nazis mit Genehmigung des Bundesverfassungsgerichtes einen Aufmarsch durch, auf dem sie gegen den Neubau einer Synagoge hetzten. (jW 30.06.04)

Nazi-Wahlerfolge

Bei Kommunalwahlen am 13. Juni konnten Nazi-Parteien, insb. die NPD, erschreckende Erfolge verzeichnen: Bei der Wahl zum Stadtrat von **Völklingen** (Saarland) erhielt die NPD 9,6 Prozent der Stimmen, bei der Kreistagswahl in der **Sächsischen Schweiz** 13,4 Prozent, bei der Stadtratswahl in **Meißen** 9,6 Prozent, in **Wurzen** 11,8 Prozent, in **Annaberg** 9 Prozent, in **Riesa** 9 Prozent, in **Königstein** 21,1 Prozent und bei der Gemeinderatswahl in **Reinhardtsdorf-Schöna** (alle Orte in Sachsen) 25,4 Prozent der Stimmen. (jW 15.06.04)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Sechs Nazis überfielen in der Nacht zum 28. April in **Erfurt** (Thüringen) einen Marokkaner und schlugen auf ihn ein. Der Überfallene konnte sich mit einem Messer verteidigen. (Jungle World 05.05.04) Am 30. April griffen drei Nazis in **Bielefeld** (Nordrhein-Westfalen) eine dunkelhäutige 13-jährige Deutsche an, schlugen ihr auf den Kopf und belästigten sie. (Jungle World 12.05.04) Am 17. Mai beschimpften in **Frankfurt (Oder)** zwei Nazis einen Polen und einen Palästinenser rassistisch; einer der Na-

zis schlug den Polen ins Gesicht. Am selben Tag beleidigten drei Nazis in einem Zug von Berlin nach **Wittenberg** (Sachsen-Anhalt) zwei Chinesen und drohten, sie aus dem Zug zu werfen. (Jungle World 26.05.04) Ein Antifaschist wurde am 19. Mai in **Lüdenscheid** (Nordrhein-Westfalen) von drei Nazis überfallen, zusammengeschlagen und mit einem Messerstich verletzt. (jW 22.05.04) In **Celle** (Niedersachsen) werden seit einiger Zeit gezielt Autos von Menschen aus anderen Herkunftsländer zerstört und in Brand gesetzt. (Jungle World 9./16.06.04) In **Berlin-Lichtenberg** wurde in der Nacht zum 5. Juni ein Afrikaner von Nazis rassistisch beschimpft; ein zwei Meter großer Nazi schlug ihm anschließend auf den Kopf und trat mit Stiefeln in seinen Unterleib. (Jungle World 23.06.04) In **Milow** (Brandenburg) wurde eine Schülergruppe auf Klassenfahrt von Nazis aus dem Ort nazistisch beschimpft und später überfallen. Zwei der Überfallenen mussten ins Krankenhaus. Die Polizei bedauerte den Ansehensverlust für Milow. (taz 22.06.04) Im März 2004 gab es in **Deutschland** nach offiziellen Angaben 679 Straftaten mit rassistischem und nazistischem Hintergrund. (jW 13.05.04)

Anti-Nazi-Kämpfe

In **Berlin** ist es am 1. Mai gelungen, einen Aufmarsch von ca. 2.000 Nazis massiv zu behindern. 2.500 Antifas demonstrierten am Vormittag gegen den Naziaufmarsch; an der Nazi-Route versammelten sich 4.500 Menschen, um gegen die Nazis zu protestieren. Erst um 15 Uhr gelang es den Nazis loszu-

marschieren, deren Strecke von kämpferischen Antifas blockiert wurde. Die Polizei versuchte mit Knüppelinsatz, Fußtritten und Wasserwerfern den Nazis einen Weg zu bahnen. 4.000 Menschen protestierten auf der Frankfurter Allee gegen diesen Nazi-Aufmarsch. In Friedrichshain errichteten die Antifas brennende Barrikaden gegen Polizei und Nazis. Nach 1500 m mussten die Nazis ihren Aufmarsch abbrechen. (Interim 17.06.04) In **Leipzig** protestierten am 1. Mai 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 900 Nazis. (taz 03.05.04) Am 8. Mai fanden in Deutschland mehrere Demonstrationen anlässlich des Jahrestages des Sieges über Nazideutschland und gegen Naziaufmärsche statt. In **Dortmund** demonstrierten 300 Menschen. In **Marienfels** (Rheinland-Pfalz) demonstrierten ebenfalls 300 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. In **Rostock** ging die Polizei massiv gegen eine antifaschistische Demonstration vor, was zu verletzten Demonstranten führte. In **Dresden** eskortierte die Polizei ca. 100 Nazis provokatorisch an der Synagoge vorbei gegen den Protest von 400 Antifas. (jW 12.05.04, anna 21.05.04) Gegen das alljährliche „Gebirgsjägertreffen“ in **Mittenwald** (Bayern), einem Treffen von Wehrmachtsverbrechern, Bundeswehrsoldaten und Nazis, protestierten am 29./30. Mai 600 Antifas, die von Teilnehmern des Treffens mit Duldung von Polizisten nazistisch beschimpft wurden. (ak 18.06.04) Am 6. Juni demonstrierten in **Berlin-Köpenick** 2.500 Antifas gegen die dortige NPD-Zentrale und gegen den Abschiebeknast in Berlin-Grünau. 650

Polizisten griffen vor dem Knast mit Wasserwerfern und Räumpanzern die Demonstrierenden an und prügeln auf sie ein. 20 Antifas wurden festgenommen. (jW 09.06.04) In **Eisenhüttenstadt** protestierten am 12. Juni 300 Menschen auf einer Kundgebung gegen einen Aufmarsch von 85 Nazis. Ebenfalls am 12. Juni protestierten 400 Menschen in **Rostock** gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis, der von 500 Polizisten geschützt wurde. (taz 14.06.04) Am selben Tag demonstrierten in **Pirna** (Sachsen) 500 Antifas gegen den alltäglichen Naziterror in der Region, gegen rechte Hegemonie in der Jugendkultur und gegen den rassistischen Konsens in der Gesellschaft. Die Polizei bildete um die Demonstranten einen geschlossenen Wanderkessel und ging wiederholt mit Gewalt gegen die Antifas vor, von denen zwei verletzt wurden. (jW 14.06.04) Gegen einen Aufmarsch von 320 Nazis in **Dortmund** am 19. Juni protestierten ca. 1.000 Menschen. (taz 21.06.04) Mehrere hundert Menschen protestierten am 26. Juni in **Bochum** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, die gegen den Neubau einer Synagoge in der Stadt hetzten. (FR 28.06.04)

Kämpfe in Frankreich gegen Privatisierung von Energieunternehmen

Mit Demonstrationen und Streiks protestierten in Frankreich zehntausende Werktätige gegen die geplante Privatisierung von Energieunternehmen. 80.000 Menschen beteiligten sich am 27. Mai in Paris an einer Protestkundgebung; unterstützt wurden die

Beschäftigten der Energieunternehmen dabei von Bahnarbeiterinnen und Bahnarbeitern und Metallarbeiterinnen und Metallarbeitern sowie anderen Werkträgern. Am 7. Juni kappten die Protestierenden in Paris die Stromzufuhr und legten den öffentlichen Verkehr lahm. In der folgenden Nacht wurde in mehreren Provinzstädten die Straßenbeleuchtung unterbrochen. In der Nacht zum 15. Juni unterbrachen Aktivistinnen und Aktivistinnen die Stromversorgung mehrerer Privathäuser von hochrangigen Politikern und Kapitalisten und stellten im Gegenzug die Stromversorgung zu sozial schwachen Familien wieder her, die ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Aus mehr als 300 Dienstwagen der Stromversorger in Grenoble wurde die Luft herausgelassen, die Stromverbindung nach Italien wurde unterbrochen und Autobahnen blockiert. Ende Juni wurde die Stromverbindung nach Spanien gekappt, Zugänge zu Atomkraftwerken blockiert, Stromkabel zerschnitten und in Villefranche ein Kraftwerk besetzt. In Paris wurde durch eine Stromunterbrechung der Bahnverkehr zu großen Teilen lahmgelegt. Die Kämpfe und Proteste gegen die Privatisierung dauern noch an. (jW 28.05, 16.06, 30.06.04, FR 11.06.04)

2004 Juli – Aug.

Politik des deutschen Imperialismus in Afrika

Der deutsche Imperialismus nutzt die Kämpfe im **Sudan**, um sich dort massiv imperialistisch einzumischen. Das Spektrum der Machenschaften reicht dabei von der Forderung nach Einsatz einer „unabhängigen“ Untersuchungskommission, dem Einsatz von „Hilfsorganisationen“ bis hin zu einer Vereinbarung mit der SPLM/A, der sogenannten „Armee der sudanesischen Volksbefreiungsbewegung“. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, setzen sich Politiker des deutschen Imperialismus für internationale Sanktionen gegen die sudanesishe Regierung ein und wahlweise für die Entsendung einer afrikanischen Interventionsarmee, die von der EU finanziert wird, bzw. für eine internationale Interventionsarmee mit deutscher Beteiligung. Im Auftrag der Bundesregierung arbeiten im Sudan bereits Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerkes. Die SPLM/A, die für eine autonome Region „Südsudan“ kämpft, erteilte Anfang Juli diesen Jahres der deutschen Firma Thormählen einen milliardenschweren Auftrag zum Bau einer Eisenbahnlinie. (FR 10.07.04, jW 13.07.04, 29.07.04, Jungle World 28.07.04) Seit Anfang August beteiligen sich für sechs Monate deutsche Polizisten in **Kongo** an der Ausbildung dortiger Polizeitruppen. (FR 06.08.04) Bundesinnenminister Schily forderte die Errichtung von **Internierungslagern in Nordafrika** für afrikanische Flüchtlinge. Dort, so Schily, könne ein Grund-

recht auf Asyl in Deutschland nicht mehr in Anspruch genommen werden. Unterstützt wird Deutschland dabei von Italien. Beide Staaten planen eine EU-Initiative, um in **Libyen** die ersten Lager einzurichten. (jW 03.08.04, 13.08.04) Mitte August bat die deutsche Entwicklungsministerin Wierczok-Zeul in **Namibia** um „Entschuldigung“ für den Völkermord, den vor 100 Jahren Truppen des deutschen Imperialismus an den Herero und Nama begangen hatten, und erinnerte deren Nachkommen daran, dass es dafür keine finanzielle Entschädigung geben wird. Gleichzeitig betrachtet das Auswärtige Amt mit „wachsender Sorge“ die Landreform in Namibia. Seit Mai dieses Jahres wurden 25 „deutschstämmigen“ Großgrundbesitzern Enteignungsverfügungen zugestellt. Diese sind zum Teil Nachkommen deutscher Siedler, die vor hundert Jahren das Land der Hereros in Besitz nahmen, nachdem diesen der Landbesitz verboten wurde. Anfang August bezeichnete ein Vertreter der Hereros die Deutschen als „Meister des Rassismus“. (FR 09.08.04, taz 16.08.04, Jungle World 18.08.04)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus

Gegen einen Berliner Abschieberichter, der Ende Juni in der *Berliner Zeitung* gegen Flüchtlinge hetzte, erstattete die Antirassistische Initiative Anzeige wegen Volksverhetzung, Anstiftung zur Körperverletzung und Nötigung. Der Richter sagte u. a. „Zigeunerinnen“ könnten auf „Knopfdruck hyperventilieren“ und Mongolen lügen „aus Spaß“. Zum Umgang mit einer Nigerianerin, die

sich gegen ihre Abschiebung wehrte, empfahl er, ihr das Klebeband zu zeigen. Knebel und Klebebänder sind bei Abschiebungen mittlerweile verboten, nachdem Flüchtlinge dadurch ums Leben kamen. (FR 10.07.04) Am 17. Juli bedrohten elf Nazis in Potsdam acht Afrikaner und verletzten einen von ihnen am Hals. Die herbeigerufene Polizei führte als erstes bei den Afrikanern eine Ausweiskontrolle durch, was vom BGS als „üblich“ bezeichnet wird, und nahm anschließend die Afrikaner und die Nazis gemeinsam zur Personalienfeststellung mit auf eine Polizeiwache. Morgens um zwei Uhr sollten die Afrikaner die Wache verlassen, was diese aber aus Angst vor weiteren Überfällen verweigerten. Daraufhin drohte ihnen die Polizei mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Bei der anschließenden Polizeibegleitung der Afrikaner zur nächsten S-Bahn-Station machten sie Videoaufnahmen von ihnen. Inzwischen läuft auch schon ein Ermittlungsverfahren – gegen den verletzten Afrikaner, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. (jW 05.08.04) Anfang August stellte das Kasseler Amtsgericht das Verfahren gegen zwei Polizisten wegen Körperverletzung im Amt mit einer Geldbuße von jeweils 1.200 Euro ein. Die Polizisten hatten im Juni 2002 einen 29-jährigen Mann aus der Türkei, der mit gefesselten Händen auf einem Stuhl in einer Polizeiwache saß, mehrmals ins Gesicht geschlagen, um ihn „zur Vernunft“ zu bringen. Zudem bescheinigte ihm der ärztliche Notdienst mehrere Hämatome am Hals, Rücken und Oberkörper. Der 29-Jährige wurde vor dieser Ein-

stellung des Verfahrens bereits mit einer Gegenanzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt konfrontiert und zu einer Geldstrafe von 2.225 Euro verurteilt. (FR 04.08.04)

Kämpfe und Proteste gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Anfang Juli protestierten in **Zweibrücken** (Rheinland-Pfalz) 150 Menschen gegen die Abschiebehäft. (FR 05.07.04) In **Kiel** demonstrierten am 7. Juli 1.000 Menschen für ein Bleiberecht von geduldeten Flüchtlingen und gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. (PB 16.07.04) In **Freiberg** (Sachsen) boykottierten im Juli die Bewohnerinnen und Bewohner der dortigen Flüchtlingsunterkunft ihre Versorgung mit Lebensmitteln nach dem „Sachleistungsprinzip“, indem sie die Annahme dieser Lebensmittel verweigerten. Nach diesem „Prinzip“ können Flüchtlinge zweimal die Woche Nahrungsmittel von einer Artikelliste einer bestimmten Lieferfirma bestellen. (jW 19.07.04) Am 25. Juli nahmen über 300 Flüchtlinge aus **Stuttgart** an einem „Asylausflug“ gegen Residenzpflicht und für Völkerverständigung teil. (anna 29.07.04) In **Dortmund** protestierten am 31. Juli über 100 Menschen gegen das Flugunternehmen LTU, welches Geschäfte mit der zwangsweisen Abschiebung von Flüchtlingen macht. Passanten, die von den Demonstrierenden über die Praktiken der LTU aufgeklärt wurden, kündigten an, dieses Unternehmen in Zukunft zu boykottieren. Vor allem nichtdeutsche Menschen schlossen sich der Demonstration spontan

an, die vor sämtlichen Reisebüros der Stadt Station machte, um auch die dortigen Angestellten zu informieren. (jW 02.08.04) 40 Flüchtlinge protestierten am 5. August im Landratsamt **Seelow** (Brandenburg). Sie forderten Bargeld statt Chipkarten. Ein Tag vorher verweigerten die 150 Flüchtlinge im nahe gelegenen **Kunersdorf** geschlossen die Annahme dieser Chipkarten, mit denen sie berechtigt sind, in nur einem einzigen, sieben Kilometer entfernt liegenden Supermarkt bestimmte Waren zu erwerben. (jW 06.08.04) Am 26. Juli blockierten 80 Flüchtlinge in **Bramsche** (Niedersachsen) die Eingangstore des Flüchtlingslagers, um gegen die dortigen unmenschlichen Bedingungen zu protestieren. Zwei Wochen später protestierten dort erneut 40 Flüchtlinge und blockierten das Lager. (anna 12.08.04, taz 13.08.04) Dort starteten Antirassistinnen und Antirassisten am 20. August die „Anti-Lager-Tour“, die bis zum 5. September quer durch Deutschland geht und vor Flüchtlingsunterkünften und Abschiebeknästen Station macht, um gegen die rassistische deutsche Flüchtlingspolitik zu protestieren. In **Bramsche** protestierten 500 Antirassistinnen und Antirassisten gemeinsam mit einsitzenden Flüchtlingen gegen das dortige Abschiebelager. (FR 19.08.04, jW 24.08.04)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Anfang Juli wurde überregional bekannt, dass bereits am 5. Juni in **Frankfurt (Oder)** fünf Nazis einen jungen Mann am helllichten Tag auf offener Straße entführten und ihn anschließend in einer Wohnung mehrere

Stunden lang folterten. Das Opfer musste nach einer Notoperation in ein künstliches Koma versetzt werden und wird bleibende Schäden davontragen. Auch bei diesem Nazi-Verbrechen vertuschten die bürgerlichen Medien und Politiker einen nazistischen Hintergrund und hetzten stattdessen gegen eine Anti-Nazi-Demonstration, die sich gegen die rechte Gewalt und den Umgang der Stadt damit richtete. (Interim 15.07.04, Jungle World 25.08.04) In **Wolmirstedt** (Sachsen-Anhalt) griffen am 6. Juli drei Nazis einen schwarzen Deutschen an, schlugen ihn zu Boden und traten auf seinen Kopf ein. Das Opfer musste anschließend ins Krankenhaus. (Jungle World 25.08.04) Am 14. Juli verübten Nazis in **Trebbin** (Brandenburg) einen Brandanschlag auf ein türkisches Imbisslokal. (Jungle World 28.07.04) Ein 14-jähriges Mädchen wurde in **Herne** (Nordrhein-Westfalen) von zwei ca. 19-jährigen Nazis an einer U-Bahn-Station zu Boden gerissen, geschlagen und getreten. Erst als ein Südeuropäer einschritt, konnte sich das Mädchen befreien; andere Wartende schauten nur zu. (taz 14.07.04) Ein Feldwebel der Bundeswehr stach am 18. Juli in **Brandenburg an der Havel** einen Mann aus Kenia mit einer Glasscherbe in den Hals und verletzte ihn schwer. (taz 21.07.04) Zwei Nazis, einer von ihnen ebenfalls ein Bundeswehrangehöriger, schlugen Mitte Juli in **Burg** (Sachsen-Anhalt) nach Siegfried-Heil-Rufen einen 27-Jährigen so schwer zusammen, dass dieser ins Krankenhaus musste. (taz 26.07.04) Drei Flüchtlinge wurden am 27. Juli in **Fürstenwalde** (Brandenburg)

burg) von zwölf Nazis rassistisch beschimpft und anschließend verprügelt. (Jungle World 11.08.04) Drei Nazis beschimpften am 25. August in **Magdeburg** auf einem S-Bahnhof einen Afrikaner rassistisch und schlugen ihn mit einer Bierflasche in den Nacken, wobei sie ihn verletzten. (jW 27.08.04)

Anti-Nazi-Kämpfe

Gegen das „Marktfrühschoppen“ nazistischer Studentenverbindungen in **Marburg** protestierten am 4. Juli ca. 100 Antifas. (FR 05.07.04) In **Bruchköbel** (Hessen) demonstrierten am 10. Juli 150 Antifas, darunter überwiegend Schülerinnen und Schüler, für die Zerschlagung der Nazi-Strukturen im Ort. (swing Nr. 128) Ebenfalls am 10. Juli trafen sich in **Heidelberg** 80 Antifas zu einer Kundgebung gegen die Nazi-Burschenschaft Normannia, die dort eine Hetzveranstaltung durchführte. (PB 16.07.04) Am 20. Juli protestierten in **Bochum** Antifas gegen die Gerichtsentscheidung, welche Ende Juni einen antisemitischen Nazi-Aufmarsch in Bochum genehmigte. In **Berlin-Pankow** trafen sich am selben Tag ca. 30 Antifas zu einer Aktion, bei der sie nazistische Aufkleber und Hetzplakate im Stadtteil entfernten. Unterstützt wurden sie dabei von einem Reinigungsstrupp der BVG. (anna 29.07.04) Am 13. August demonstrierten 350 Antifas in **Frankfurt (Oder)** gegen Nazigewalt. Sie protestierten gegen die stundenlange Folter an einem jungen Mann durch fünf Nazis Anfang Juni und gegen die Vertuschungsversuche der Stadt. (jW 17.08.04) 800 Menschen demonstrierten am 21. August in

Wunsiedel gegen 4.000 Nazis, die sich dort anlässlich des Todestages des Nazi-Kriegsverbrechers Hess zu einem Aufmarsch zusammenrotteten. Durch eine Sitzblockade, an der sich auch der CSU-Bürgermeister der Stadt mit mehreren Stadträten beteiligte, gelang es, für kurze Zeit den Aufmarsch zu stoppen. (taz 23.08.04) Am 28. August demonstrierten in **Hepenheim** (Hessen) 280 Antifas gegen einen Aufmarsch von 75 Nazis. Kämpferischen Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Die Polizei nahm 13 von ihnen vorübergehend fest. (FR 30.08.04)

Streikkämpfe bei Daimler-Chrysler

Gegen die Pläne der Konzernführung von Daimler-Chrysler, 500 Mill. Euro Lohnkosten in Deutschland „einzusparen“, wehrten sich im Juli die Arbeiterinnen und Arbeiter mit Streiks und Aktionen auch ohne und gegen die Gewerkschaftsführung. Am 9. Juli gab es in Sindelfingen und Untertürkheim erste Produktionsstilllegungen im Rahmen von Informationsveranstaltungen, bei denen die Beschäftigten über die Pläne der Kapitalisten informiert wurden. Insgesamt beteiligten sich ca. 22.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an diesen Maßnahmen. Einen Tag später legten 12.000 Werk tätige in Sindelfingen die Arbeit nieder, was zu einem Produktionsausfall von etwa 1.000 Autos führte. Unter der Androhung von Betriebsverlagerungen und der Streichung von 10.000 Arbeitsplätzen forderte die Konzernführung u. a. die unbezahlte Verlängerung

des Arbeitstages, Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, zuschlagsfreie Mehrarbeit bis zu 100 Stunden jährlich, Ausweitung der Leiharbeit, Samstag als Regelarbeitstag und Umsetzung eines schlechteren Entgelttarifvertrages. Am 15. Juli kämpften die Arbeiterinnen und Arbeiter von Daimler-Chrysler bundesweit gegen diese Pläne. In sämtlichen Werken des Konzerns in Deutschland legten über 60.000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Unterstützt wurden sie von Gewerkschaftern des öffentlichen Dienstes, von Erwerbsloseninitiativen und durch Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben. Die Daimler-Chrysler Beschäftigten im brasilianischen São Paulo unterstützten ihre Kolleginnen und Kollegen in Deutschland mit einer am selben Tag durchgeführten Solidaritätskundgebung. Ein Höhepunkt des Tages war die ohne und gegen die Gewerkschaftsführung durchgeführte Straßenblockade. 2.000 kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter blockierten die vierspurige B 10 nach Untertürkheim. Am 17. Juli legten in Sindelfingen erneut 12.000 Beschäftigte der Frühschicht die Arbeit nieder. Trotz der Proteste gelang es den Kapitalisten in der Nacht zum 23. Juli ihr 500-Mill.-„Sparprogramm“ durchzusetzen. Das Verhandlungsergebnis wurde nicht nur von der Gewerkschaftsführung gelobt, die die „Flexibilität“ ihrer Tarifverträge anpries, sondern auch von der Konzernführung, die darin einen „Modellcharakter für den Standort Deutschland“ sah. (FR 10.07.04, PB 16.07.04, jW 16.07, 19.07, 24.07.04)

Proteste gegen die Hartz IV-Gesetze

Am Montag, den 26. Juli, demonstrierten in Magdeburg 600 Menschen gegen die Hartz IV-Gesetze. Diese Demonstration war der Ausgangspunkt für weitere Demonstrationen an den kommenden Montagen, die sich über das gesamte Bundesgebiet ausbreiteten und an denen sich nach wenigen Wochen hunderttausend Menschen beteiligten. Zum großen Teil wurden diese Demonstrationen von den Menschen vor Ort organisiert unter Beteiligung von Gewerkschaftern, aber auch von reformistischen Organisationen, die versuchten, die Proteste gegen die Hartz IV-Gesetze mehr und mehr zu vereinnahmen. Einige Zahlen verdeutlichen das rasche Anwachsen der Proteste. Bereits am 2. August demonstrierten in Magdeburg und Dessau 7.000 Menschen. Am 9. August gingen allein in Magdeburg 15.000 Menschen auf die Straße. Weitere Demonstrationen gab es u. a. in Leipzig, Dresden, Köln und Hamburg. Eine Woche darauf protestierten in Ostdeutschland, wo auch der Schwerpunkt der Demonstrationen lag, ca. 90.000 Menschen. Demonstriert wurde auch in Saarbrücken, Köln, Stuttgart, Bremen und weiteren Städten in Westdeutschland. Am 23. August lag die Zahl der Demonstrantinnen und Demonstranten, die gegen die Hartz IV-Gesetze protestierten, bundesweit bei etwa 130.000 Menschen. Allein in Berlin gingen 20.000 Menschen auf die Straße. In Saarbrücken protestierten 1.200 und in Kassel 1.000 Menschen. Neben reformistischen Organisationen gelang es auch den Nazis unter dem Deckmantel von Bürger-

initiativen, aber auch völlig offen, massiv in die Reihen der Protestierenden einzudringen und ihre nazistische Hetze zu verbreiten. In Magdeburg z. B. setzten sich am 2. August 80 Nazis an die Spitze der Anti-Hartz-Demo. In Köthen (Sachsen-Anhalt) rief ein Nazi Anfang August zur Anti-Hartz-Demo auf, der 400 Menschen folgten, die dann unter völkischen Transparenten marschierten. In Anklam führten Anfang August 150 Nazis ihre eigene Anti-Hartz-Demo durch. Die Organisatorin der Proteste in Freital sagte alle weiteren Demonstrationen ab, nachdem Nazis die ersten beiden Demos förmlich überrannt hatten. Kämpferische Proteste und Aktionen gegen die Teilnahme von Nazis an den Anti-Hartz-Demonstrationen gab es nur in vereinzelt Fällen. Überwiegend wurden die Nazis von den Organisatoren und der Masse der Demonstrierenden geduldet. (taz 04.08, 10.08, 13.08, 30.08.04, jW 18.08, 25.08.04, Jungle World 11.08.04)

Militante Kämpfe der kurdischen Guerilla

Ende Mai kündigte die Nachfolgeorganisation der PKK, die Kongra-Gel, ihren fünfjährigen Waffenstillstand auf und verstärkte in den kurdischen Gebieten ihren Widerstand. Am 1. Juni begann die türkische Armee mit massiven militärischen Angriffen gegen die Volksverteidigungskräfte (HPG) der Kongra-Gel. In den folgenden Monaten kam es kontinuierlich zu örtlichen bewaffneten Kämpfen, bei denen es der HPG immer wieder gelang, der hochgerüsteten türkischen Armee erfolgreich Schläge zu ver-

setzen. Durch Hinterhalte, direkte militärische Kämpfe mit der türkischen Armee, durch Angriffe auf Kasernen, Polizeistationen, Militärkonvois und Armeestellungen und bei der Verteidigung von kurdischen Ortschaften verloren dutzende Soldaten der türkischen Truppen ihr Leben. Anfang Juli begannen Truppen der iranischen Armee mit Hubschraubern und schweren Waffen die HPG und kurdische Ortschaften anzugreifen. Bei diesen Kämpfen gelang es der kurdischen Guerilla 16 iranische Soldaten zu töten. In der kurdischen Stadt Diyarbakir riengelte nach militärischen Kämpfen die türkische Armee Ende Juli ein ganzes Stadtviertel ab, stellte es unter Belagerungszustand und begann mit einer systematischen Durchkämpfung des Gebietes. Mitte August startete die türkische Armee mit 5.000 Soldaten eine Großoffensive gegen die Kurden und Kurden im Grenzgebiet zum Irak. (Kurdistan Rundbrief 3/04, taz 11.08.04, jW 08.07, 07.08, 25.08.04)

2004 Sept. – Okt.

Ausschnitte des deutschen Militarismus

Am 30. September verlängerte der Bundestag zum dritten Mal das Mandat für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan um weitere zwölf Monate. In Afghanistan sind zur Zeit 2.225 deutsche Soldaten im Einsatz. (taz 01.10.04) Zusätzlich zu der bisher zugesagten Lieferung von 100 LKWs der Bundeswehr an den Irak beschloss Ende September die Bundesregierung, 20 Transportpanzer für die irakische Armee zunächst in die Vereinigte Arabische Emirate zu liefern und dort gleichzeitig irakische Soldaten auszubilden. (FR 29.09.04) Kriegsminister Struck gab Anfang Oktober bekannt, die Bundeswehr im Sudan einzusetzen, wenn eine entsprechende Bitte der UNO vorliegt, und betonte in diesem Zusammenhang, dass Deutschland ein militärisch starkes Land sei. (taz 06.10.04) Mitte September unterzeichnete der deutsche Imperialismus eine Absichtserklärung für den Aufbau eines deutsch-niederländischen Kampfverbandes. Die im Rahmen der EU entstehenden neun bis zehn Kampfverbände haben eine Stärke von ca. 1.500 Soldaten und sind innerhalb von 15 Tagen an ihrem Einsatzort. Bereits im Mai wurde der Aufbau eines deutsch-französischen Kampfverbandes beschlossen. Zudem plant der deutsche Imperialismus, sich mit Österreich und Tschechien an einem dritten Kampfverband zu beteiligen. (FR 18.09.04) Im Jahre 2003 erreichten die Rüstungsexporte des deutschen Imperialismus eine Höhe von 7,8 Milliarden Euro, da-

von entfielen 1,4 Milliarden Dollar an sogenannte „Entwicklungsländer“. Deutschland liegt damit weltweit an dritter Stelle bei den Rüstungsexporten in diese Länder. Von 1999-2002 war Deutschland mit 1,6 Milliarden Dollar der größte Waffenexporteur nach Afrika. (jW 02.09.04, taz 04.10.04)

Abbau demokratischer Rechte

Kommunen in Hessen können die Ausübung des Demonstrationsrechtes von der Zahlung einer „Verwaltungsgebühr“ abhängig machen. Den Veranstaltern einer Montagsdemo in Gießen z. B. wurde eine „Gebühr“ von 200 Euro auferlegt. (FR 10.09.04) Die Justizminister der Bundesländer planen eine „Reform“ der Justiz. Kernpunkte der „Reform“ sind u. a.: Abschaffung der auch in kleineren Orten vorhandenen Amtsgerichte und somit Verlagerung der ersten Instanz auf die Landgerichte, die zentral an einem Ort für mehrere Landkreise zuständig sind und bei denen Anwaltszwang herrscht, was das Einklagen von Rechten für die Betroffenen verteuert; Einführung einer Art „Praxisgebühr“ für die Inanspruchnahme der Justiz. Diese ist auch dann zu zahlen, wenn der Rechtsstreit gewonnen wurde oder man über eine Rechtsschutzversicherung verfügt; Einschränkung von Rechtsmitteln, so dass keine Möglichkeit mehr besteht, Widerspruch einzulegen, wenn man wegen einer Ordnungswidrigkeit verurteilt wurde; Verzicht auf Beweisaufnahme bei Schuldgeständnis; Auflösung der Arbeitsgerichte und deren Eingliederung in die Landgerichte. (jW 10.09.04) Pro Jahr werden von

der Polizei in Berlin ca. 3.000, zumeist mittellose Menschen aufgegriffen, an den Stadtrand verschleppt und dort ausgesetzt. (jW 05.10.04) Anfang Oktober beschloss der hessische Landtag, dass das Tragen von Kopftüchern für sämtliche Beamtinnen verboten ist. In Bayern soll ab 2005 Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuches an den öffentlichen Schulen verboten werden. Bayern ist dann das fünfte Bundesland mit einem sogenannten „Kopftuchverbot“. (FR 09.10.04, taz 22.10.04)

Anstieg der Armut

2003 stieg die Zahl der Kinder in Deutschland, die von Sozialhilfe leben müssen, um 64.000 auf 1.080.000 an. Insgesamt erhöhten sich die Sozialhilfeausgaben um 3 Prozent. Ca. 2,8 Millionen Menschen, 2 Prozent mehr als im Vorjahr, erhielten Sozialhilfe. Im Land Brandenburg stieg die Zahl der Empfänger um 6,9 Prozent. Bereits 2001 erhielt jeder fünfte Einwohner in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) Sozialhilfe. In Halle und Leipzig leben jeweils über 17 Prozent, in Magdeburg 15 Prozent und in Berlin über 14 Prozent der Bevölkerung von Sozialhilfe. In Hessen stieg die Anzahl der allein erziehenden und auf Sozialhilfe angewiesenen Frauen um ca. 3 Prozent auf fast 26.700. Damit erhält jede vierte Alleinerziehende in Hessen Sozialhilfe; insgesamt stieg dort die Anzahl der Sozialhilfeempfänger um 5,8 Prozent. Um 14 Prozent stieg die Zahl der Wohngeldempfänger in Schleswig-Holstein. (FR 20.09, 06.10, 15.10, 22.10.04, jW 02.09.04, taz 20.10, 21.10.04)

Nazi-Wahlerfolge

Bei den Landtagswahlen am 5. September im **Saarland** erhielt die NPD vier Prozent der Stimmen und verpasste damit nur knapp den Einzug in den Landtag. (FR 07.09.04) Bei den Landtagswahlen in **Sachsen**, am 19. September, erhielt die NPD 9,2 Prozent der Stimmen. Die NPD stellt damit 12 der 124 Abgeordneten des Sächsischen Landtags und zog Mitte Oktober erstmals wieder seit 1968 in einen Landtag ein. Ebenfalls am 19. September fanden in **Brandenburg** Landtagswahlen statt, bei denen die DVU 6,1 Prozent der Stimmen erhielt. (jW 21.09.04) Bei den Kommunalwahlen in **Nordrhein-Westfalen** am 26. September erreichte in Köln die Nazi-„Bürgerbewegung pro Köln“ mit 4,7 Prozent der Stimmen ihren Einzug in den Kölner Rat in Fraktionsstärke. (jW 29.09.04)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 31. August griffen in **Gera** (Thüringen) drei Nazis aus einer Gruppe von 36 Nazis heraus zwei aus dem Irak stammende Flüchtlinge an und verletzten sie. (Jungle World 29.09.04) In **Magdeburg** überfielen am 4. September zwei Nazis einen „Russlanddeutschen“, schlugen ihn nieder und traten auf ihn ein. Das Opfer musste ärztlich behandelt werden. (Jungle World 15.09.04) Drei Nazis beschimpften am 12. September auf dem Bahnhof **Neupetershain** (Brandenburg) zwei Kameruner rassistisch, schlugen ihnen ins Gesicht und warfen sie auf die Bahngleise. (Jungle World 13.10.04) Am 14. September überfielen drei

Nazis in **Bochum** einen Mann aus Ghana, verprügelten ihn und drohten ihm mit einer abgebrochenen Flasche. Ein Passant, der einschreiten wollte, wurde ebenfalls bedroht. Das Opfer trug am Kopf und Rücken Verletzungen davon. (Jungle World 20.10.04) Zwei Nazis überfielen in der Nacht zum 17. September in **Königs Wusterhausen** (Brandenburg) einen Mann aus Buthan und verletzten ihn am Kopf. (taz 18.09.04) Zwei Nazis überfielen am 20. September in **Fürstenwalde** (Brandenburg) einen Flüchtling aus Sierra Leone, rissen ihn vom Fahrrad und schlugen auf ihn ein. (Jungle World 29.09.04) Ein Kameruner wurde am 24. September in **Senftenberg** (Brandenburg) von einem Nazi zusammengeschlagen, während zwei weitere Nazis zwei Passanten hinderten, dem Opfer zu helfen. In **Wriezen** (Brandenburg) marschierten mehrere Nazis unter „Sieg Heil“-Rufen durch den Ort und schlugen einen taubstummen Mann zusammen. (Jungle World 06.10.04) Erst Ende September wurde bekannt, dass bereits Anfang des Monats zwei 14 und 15 Jahre alte Schülerinnen eine 13-Jährige in **Grimma** (Sachsen) verprügelt und ihr SS-Zeichen auf die Stirn geschmiert haben. (taz 02.10.04) Am 30. September hetzten drei Nazis in **Bochum** einen Hund auf eine schwangere Südamerikanerin und riefen dabei rassistische Parolen. Die Frau wurde mehrmals vom Hund gebissen, ehe es einem Taxifahrer gelang, sie in Sicherheit zu bringen. (Jungle World 06.10.04) Am 10. Oktober überfiel in **Etzdorf** (Sachsen) eine Nazi-Gruppe mit „Sieg Heil“-Rufen einen Jugend-

klub. Zwei Gäste wurden bei dem Überfall verletzt. (jW 12.10.04) Anfang Oktober überfielen in **Barth** (Mecklenburg-Vorpommern) zwei Nazis einen geistig behinderten Mann, schlugen ihn zusammen und bedrohten ihn mit einem Messer. Passanten, die zu Hilfe eilten, gelang es, den Nazis das Messer abzunehmen. (taz 13.10.04) Ein 17-jähriges Mädchen wurde am 20. Oktober in **Bochum** von drei Nazis rassistisch beschimpft und mit Bierflaschen beworfen. Dabei erlitt sie Kopfverletzungen und musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden. (Jungle World 27.10.04)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 28. August demonstrierten 300 Menschen in **Heppenheim** (Hessen) gegen einen Aufmarsch von 65 Nazis und blockierten mehrmals deren Route. (anna 18/04) In **Berlin** demonstrierten am 31. August 150 Antifas gegen staatlichen Rassismus und den Bau eines NPD-„Schulungszentrums“. (jW 01.09.04) In **Hamburg** protestierten 400 Menschen am 5. September gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. (FR 06.09.04) Am 11. September demonstrierten etwa 450 Antifas in **Schwäbisch Hall** (Baden-Württemberg) gegen 200 Nazis. Durch mehrere Blockaden konnte der Nazi-Aufmarsch verzögert werden. Am selben Tag demonstrierten 100 Antifas in **Heilshoop** (Schleswig-Holstein) gegen ein Nazi-Konzert. (anna 23.09.04) Am 18. September protestierten in **Dortmund** 400 Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. (taz 20.09.04) In **Dresden** protestierten am 19. September

150 Antifas gegen den Einzug der NPD in den sächsischen Landtag. (jW 21.09.04) 700 Antifas demonstrierten am 25. September in **Berlin** gegen einen NPD-Aufmarsch. (taz 27.09.04) Am selben Tag demonstrierten 400 Antifas in **Chemnitz** (Sachsen) gegen die örtlichen Nazi-Läden. Mehrere Antifas wurden von 150 Nazis, die die Demonstration angriffen, verletzt, bevor es ihnen gelang die Angriffe abzuwehren. (anna 07.10.04) 700 Menschen demonstrierten am 2. Oktober in **Achim** bei Bremen gegen die erstarkende Nazi-Szene in der Region. (anna 21.10.04) Militant kämpften am 3. Oktober in **Leipzig** 1.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Insgesamt beteiligten sich 4.000 Menschen an den Anti-Nazi-Protesten. Die Antifas errichteten brennende Barrikaden, griffen einzelne Nazi-Gruppen militant an und konnten den Aufmarsch erfolgreich verhindern. (Jungle World 06.10, 13.10.04) Am 9. Oktober protestierten 900 Menschen in **Augsburg** gegen einen Aufmarsch von 50-70 Nazis. (anna 21.10.04) 250 Antifas demonstrierten am 16. Oktober in **Mannheim** gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis. (jW 18.10.04) Am selben Tag protestierten 1.000-1.500 Menschen gegen 200 Nazis, die in **Köln** aufmarschierten. Kämpferischen Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch kurz zu stoppen. Die Polizei nahm 28 Gegendemonstranten fest. (jW 18.10.04, anna 21.10.04) Am 23. Oktober demonstrierten in **Hannover** 1.700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis, in **Verden** (Niedersachsen) demonstrierten 250 Antifas im Rahmen eines Festi-

vals gegen Nazis und in **Weimar** protestierten 250 Menschen gegen Nazis und deren Ausnutzung der Anti-Hartz-Demos. (taz 25.10.04)

Hungerstreik von Flüchtlingen

Am 4. Oktober begannen 55 im Abschiebegefängnis Berlin-Grünau inhaftierte Flüchtlinge einen Hungerstreik. Sie protestierten gegen ihre lange Haftdauer und forderten bessere Haftbedingungen. Neun afrikanische Frauen wurden am folgenden Tag als „Anstifterinnen“ von der Polizei in eine Gefangenessammelstelle nach Tempelhof verschleppt. Während eine der Frauen entlassen wurde, trafen sieben von ihnen am 6. Oktober mit teilweise schweren Verletzungen wieder in Grünau ein. Eine weitere Frau wurde als angebliche „Rädelsführerin“ für sechs Tage in Isolationshaft gesperrt, wo sie sich Kopfverletzungen zuzog. Gegen sie läuft mittlerweile eine Strafanzeige wegen Nötigung. Am 12. Oktober wurde der Hungerstreik ohne Ergebnis beendet. (taz 05.10, 06.10, 12.10.04, jW 09.10.04, Jungle World 20.10.04)

Streikkämpfe bei Opel

Nach dem bekannt wurde, dass bei Opel 10.000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen, legte am Donnerstag, dem 14. Oktober, die Mittagsschicht im Opel-Werk Bochum umgehend die Arbeit nieder und hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter marschierten zum Verwaltungsgebäude. Allein im Bochumer Werk sollen 4.000 Arbeitsplätze gestrichen werden. Der Beginn des Streiks bei Opel erfolgte ohne und gegen

die Gewerkschafts- und Betriebsratsfürsten. Der Betriebsratschef selbst hat vergeblich versucht die Werkstätigen von ihren Kampfmaßnahmen abzuhalten. Schon am Vormittag legte fast die gesamte Schicht eines Bochumer Werkteils die Arbeit nieder, um an einer Informationsveranstaltung teilzunehmen. Insgesamt beteiligten sich am Donnerstagnachmittag 600 Beschäftigte an den Kämpfen. 1.500 hinzukommende Arbeiterinnen und Arbeiter der Nachtschicht versammelten sich bei den Betriebstoren und verschlossen diese, so dass keine Teile mehr aus und in das Werk transportiert werden konnten. 2.000 Beschäftigte der Frühschicht setzten am 15. Oktober den Streikkampf fort; übers Wochenende blockierten hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter die Werkstore. Solidarisch unterstützt wurden sie von breiten Kreisen aus der Bevölkerung und von Beschäftigten umliegender Betriebe. Auch in der folgenden Woche setzten die Werkstätigen ihren Streik fort. Bereits am 19. Oktober musste Opel, wegen fehlender Teile aus Bochum, in Rüsselsheim die Vectra-Produktion stoppen. Im belgischen Antwerpen und im britischen Ellesmere Port wurde die Produktion wegen fehlender Teile ebenfalls eingestellt. Am 19. Oktober solidarisierten sich weltweit die Werkstätigen von General-Motors, dem auch Opel gehört, mit den Streikenden. Insgesamt bekundeten 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, u. a. in Polen, Schweden und Brasilien ihre Solidarität. Durch die Produktionsausfälle alarmiert, steigerte die Gewerkschafts- und Betriebsratsführung ihre Anti-Streik-Propaganda, um

den Streikkampf im Interesse der Konzernführung abzuwürgen. Bereits am internationalen Solidaritätstag sprach sich der IG-Metall Chef Peters öffentlich für den Abbruch des Streiks aus. Schon ein Tag später legten sie den Kämpfenden eine Frage zur Abstimmung vor, die auch von den 72 Prozent, die für die Beendigung des Streiks stimmten, mehrheitlich als Suggestivfrage und als Wahlbetrug angeprangert wurde: „Soll der Betriebsrat die Verhandlungen mit der Geschäftsführung weiterführen und die Arbeit wieder aufgenommen werden?“ Eine Woche nach Abwürgen des Streiks erhielten zwei kämpferische Arbeiter vom Opel-Konzern ihre fristlose Kündigung. (jW 15.10, 16.10, 18.10.04, FR 20.10.04, Stuttgarter Zeitung 20.10.04, Jungle World 27.10.04)

(Weitere Informationen im Flugblatt 10/04 von „Gegen die Strömung“: „Zum Streik und Streikabbruch bei Opel: Zweierlei Lehren“.)

Proteste und Streiks in Kolumbien

Am 16. September demonstrierten in der Hauptstadt Bogotá 20.000 Menschen, unter ihnen Gewerkschafter und Indigenas, gegen eine geplante Verfassungsreform, die die Wiederwahl des derzeitigen Präsidenten Uribe ermöglichen soll, gegen die Wirtschaftspolitik der reaktionären Regierung und gegen ein geplantes Freihandelsabkommen mit den USA. Tausende Menschen protestierten am selben Tag auch in mehreren Provinzhauptstädten des Landes. Zugleich beendeten 60.000 Indigenas in Cali einen zweitägigen Protestmarsch, der sich gegen die Gewalt der kolumbianischen Re-

gierung gegen sie und ihre Benachteiligung richtete. Von September bis Oktober legten in einem dreiwöchigen Streik 140.000 LKW-Fahrer die Wirtschaft des Landes lahm, um gegen Erhöhungen des Benzinspreises und der Mautgebühren zu protestieren. Am 12. Oktober fand ein landesweiter, 24-stündiger Generalstreik statt, der von Massendemonstrationen in den Städten begleitet wurde. Allein in Bogotá protestierten in einer der größten Demonstrationen der kolumbianischen Geschichte 300.000 Menschen. Die Regierung antwortete mit einem militärischem Großaufgebot. Landesweit setzte sie 100.000 „Sicherheitskräfte“ in Marsch, um die Proteste gegen ihre Politik unter Kontrolle zu halten. (FR 18.09.04, jW 16.09, 11.10, 14.10.04)

Erneut militante Streikkämpfe in Spanien

Arbeiterinnen und Arbeiter der Izar-Werften in Spanien begannen nach gescheiterten Verhandlungen erneut, sich mit militanten Protesten gegen die Pläne einer teilweisen „Privatisierung“ des Werftenverbundes und den damit einhergehenden Betriebsstilllegungen zu wehren. Am 16. September erichteten Werftbeschäftigten in San Fernando Straßenbarrikaden und setzten sie in Brand, um die Zufahrtswege zur Stadt zu blockieren. In Cadiz wurden ebenfalls alle Zufahrtswege zur Stadt blockiert. Die Polizei verletzte mehrere Werk tätige, als sie gegen die Blockaden vorging. Einen Tag später wurden in Sestao 16 Arbeiter durch die Polizei zum Teil schwer verletzt, die mit Gummigeschossen die Protestierenden an-

griff. Am 26. September blockierten die Arbeiterinnen und Arbeiter in Cadiz den Straßen- und Schienenverkehr und demonstrieren einen Teil der Schienen. In der Kleinstadt Ferrol demonstrieren am vorhergehenden Wochenende 30.000 Menschen für den Erhalt der Werften. Die Proteste wurden am 27. September an sämtlichen elf Izar-Standorten fortgesetzt. 11.000 Werftbeschäftigte gingen am 6. Oktober erneut auf die Straße. Bei massiven Polizeiangriffen wurden in Sevilla 20 Arbeiter verletzt. In Cadiz verteidigten die Arbeiterinnen und Arbeiter militant ihre Straßenbarrikaden gegen die Polizeiangriffe. In Gijon konnte über mehrere Stunden die Autobahn in beiden Richtungen mit brennenden Barrikaden blockiert werden. Bei Aufrechterhaltung der „Privatisierungspläne“, kündigte ein Betriebsratsmitglied an, werden sich die Proteste weiter verschärfen. Bereits Ende 2003 und im Februar/März 2004 kämpften die Arbeiterinnen und Arbeiter der Izar-Werften militant gegen drohende Betriebsstilllegungen und für einen neuen Tarifvertrag. (jW 20.09, 29.09, 08.10.04)

2004 Nov. – Dez.

Auslandseinsätze der Bundeswehr und der deutschen Polizei

Der Bundestag beschloss am 12. November die Verlängerung des Einsatzes deutscher Soldaten im Rahmen der imperialistischen Operation „Enduring Freedom“ für ein weiteres Jahr. Ca. 300 Soldaten der deutschen Kriegsmarine befinden sich zur Zeit im Rahmen dieser Operation im Einsatz am **Horn von Afrika** und im **Mittelmeer**. Diese mittlerweile 40. Bundestagsabstimmung zu einem Auslandseinsatz von Truppen des deutschen Imperialismus erhielt mit 98,7 Prozent die bisher größte Parlamentszustimmung. Anfang Dezember übernahm die deutsche Kriegsmarine das Oberkommando über die internationalen imperialistischen Truppen am Horn von Afrika. (jW 13.11.04, taz 07.12.04) Am 3. Dezember beschloss der Bundestag den Einsatz von 200 Soldaten zur logistischen Unterstützung von Truppen der Afrikanischen Union, die im Sudan einmarschiert sind. 70 deutsche Soldaten und mehrere Transportflugzeuge der Bundeswehr flogen am 18. Dezember nach Afrika, um Soldaten aus **Gambia** in den **Sudan** zu transportieren. Vorgesehen sind auch Truppentransporte durch die Bundeswehr aus **Nigeria, Ruanda, Tansania** und **Tschad** in den Sudan. (taz 18.11, 04.12.04, FR 23.11.04, jW 20.12.04) Mitte November flogen 32 Ausbilder der Bundeswehr in die **Vereinigten Arabischen Emirate** um dort mit der Ausbildung von Soldaten aus dem **Irak** zu beginnen. Irakische Offiziere sollen

im kommenden Jahr auch direkt in Deutschland ausgebildet werden. (FR 16.11, 20.12.04) Im Zuge des Wechsels der imperialistischen Besetzung von **Bosnien-Herzegowina** von einem NATO-Einsatz zu einem EU-Einsatz, beschloss der Bundestag am 26. November sich mit bis zu 3.000 Soldaten an dem neuen Einsatz unter EU-Führung zu beteiligen. (jW 27.11.04) In **Kosova** befinden sich zur Zeit 420 deutsche Polizisten im Auslandseinsatz. Polizisten des deutschen Imperialismus sind auch in **Afghanistan, Mazedonien, Bosnien** und **Kongo** im Einsatz. (jW 13.12.04)

Der deutsche Imperialismus erleichtert die Auslandseinsätze der Bundeswehr

Am 3. Dezember beschloss der Bundestag ein „Parlamentsbeteiligungsgesetz“, nach dem die Regierung des deutschen Imperialismus ermächtigt ist, das Parlament an einem Votum für bestimmte Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht mehr zu beteiligen. Die Verlängerung schon laufender Auslandseinsätze, Einsätze mit angeblich „geringer Intensität“ und angebliche „humanitäre Hilfsdienste“ bedürfen zukünftig nicht mehr der Zustimmung des Bundestages. (taz 04.12.04)

Ausschnitte der weiteren Aufrüstung der Armee des deutschen Imperialismus

Zu einem Preis von 700 Mill. Euro, und damit die bislang teuerste Waffe der Bundeswehr, wurde am 4. November die Fregatte „Sachsen“ in Dienst gestellt. Drei weitere Fregatten der selben Klassifizierung sollen der „Sachsen“ folgen. (jW 05.11.04)

Am 11. November wurde der Bundeswehr die Genehmigung zur Beschaffung von 55 gepanzerten Kleinlastwagen und acht Aufklärungsflugzeugen zu insgesamt 300 Mill. Euro erteilt. (taz 12.11.04) Anfang Dezember wurden 364 Mill. Euro freigegeben zur Beschaffung der ersten „Puma“-Schützenpanzer. Die Bundeswehr plant insgesamt 410 dieser Schützenpanzer zu einem Gesamtpreis von 3 Milliarden Euro in den Dienst zu stellen. (FR 03.12.04)

Folter und Misshandlungen in Deutschland

Der ehemalige Polizeivizepräsident von Frankfurt/Main Daschner, der 2002 einen Entführer bei seiner Vernehmung mit Folter gedroht hatte, und auch bereit war, sie tatsächlich anzuordnen, wurde Ende Dezember zu einer Geldstrafe auf Bewährung verurteilt und gilt damit als nicht vorbestraft. Als strafmildernd benannte die Richterin seine „ehrenwerten Motive“. (jW 21.12.04) Während der Verhandlung trat der ehemalige Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie Lafontaine öffentlich für Daschner ein, forderte seinen Freispruch und meinte, es wäre auch richtig gewesen, den Täter durch Wasser- und Nahrungsentzug zu töten. (taz 29.11.04) Kurz nach Verkündung des Urteils meldete sich ein Richter aus Berlin öffentlich zu Wort, verteidigte Daschner und bezeichnete den von seiner Folterandrohung Betroffenen im Nazi-Jargon als „Nicht-Menschen“. (FR 22.12.04) Bekannt wurde unterdessen, dass in Schwerin ein Polizist einen psychisch kranken Mann bei einer

Vernehmung angedroht haben soll, ihn zu erschießen. (taz 29.11.04) Im November drang ein wenig über die Ausbildungsmethoden in der Armee des deutschen Imperialismus ans Tageslicht. An mehreren Standorten der Bundeswehr und bei militärischen Übungen wurden Wehrpflichtige misshandelt und gedemütigt. Die Misshandlungen reichten von Scheinhinrichtungen, über Verprügeln – z. B. durch SEK-Polizei während einer Bundeswehr-Übung, an der Wehrpflichtige als „Geiseln“ teilnehmen mussten –, bis hin zu Elektroschocks, mit denen Wehrpflichtige als „Geiseln“ bei einer Bundeswehr-Übung malträtiert wurden. Offiziell gesteht die Bundeswehrführung 18 Misshandlungsfälle ein. (Berliner Morgenpost 21.11.04, jW 03.12, 10.12.04)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus und Abschiebeterrors

Am 30. Oktober wurde in Erfurt der kurdischstämmige J. Aberle von zwei Nazis rassistisch beschimpft, angespuckt, zusammengeschlagen und dabei schwer verletzt. Die hinzukommende Polizei beschuldigte das Opfer der Körperverletzung, ignorierte seinen deutschen Personalausweis und verlangte statt dessen, eine Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeitserlaubnis zu sehen. Aberle musste nach dem Nazi-Überfall acht Tage im Krankenhaus behandelt werden. (Jungle World 17.11.04) Am 11. November wurden in Berlin in den Vormittagsstunden ein sieben- und ein elfjähriges Kind von der Polizei aus der Schule geholt und bereits zwei Stunden später mit ihrer Mutter von

Düsseldorf aus nach Kosova abgeschoben. (taz 12.11.04) Am selben Tag wurde trotz Aufenthaltsgestattung und einer ärztlichen Reiseunfähigkeitsbescheinigung ein 16-jähriges Mädchen aus Sierra Leone von Berlin aus nach Spanien abgeschoben. Seit dem 9. Januar 2004 saß sie in Abschiebehäft, nachdem sie vorher in Deutschland als Zwangsprostituierte mißbraucht worden war. (jW 15.11.04) Mitte November sollte eine hochschwangere Frau mit ihrem Mann und Kleinkind nach Indonesien abgeschoben werden. Trotz eines noch laufenden Petitionsverfahrens wurde die Familie ins Flugzeug verfrachtet. Erst unmittelbar vor dem Start der Maschine setzte man ihre Anwältin davon in Kenntnis, die zu diesem späten Zeitpunkt nichts mehr ausrichten konnte. Nach einem 14-stündigen Hinflug wurde die Familie nach kurzem Aufenthalt in Indonesien wieder zurückgefliegen, da gültige Papiere fehlten. Während des gesamten 28-stündigen Fluges verweigerte ein begleitender Arzt der unter starken Schmerzen leidenden Frau jedwede medizinische Hilfe. Der Familie droht nun eine Abschiebung in verschiedene Länder. (FR 18.11, 19.11.04) Im November wurde eine in Abschiebehäft in Dresden festgehaltene Vietnamesin „ruhiggestellt“, indem man ihr die Hände hinter dem Rücken und die Füße fesselte, anschließend einen Helm aufsetzte, sie auf den Bauch drehte und ihre Hand- und Fußfesseln miteinander verband. In dieser Position musste sie über zwei Stunden verbleiben. Bereits im März diesen Jahres war sie auf diese Weise gefesselt worden. (taz 27.

11.04) Als „vorbeugende Maßnahme“ und unter dem Vorwand angeblicher Drogengeschäfte führten am 29. November in Karlsruhe 600 Polizisten eine Razzia in einer von 200 Flüchtlingen bewohnten Unterkunft durch. (jW 30.11.04) Anfang Dezember wurde eine seit 1993 in Deutschland lebende schwerbehinderte Frau aus Bosnien ohne Benachrichtigung ihres Anwalts oder Bruders nach Kosova abgeschoben. Die halbseitig gelähmte, an Herzrhythmusstörungen leidende Epileptikerin befand sich seit Mitte Oktober in Abschiebehäft. (jW 14.12.04) In den ersten elf Monaten des Jahres 2004 stellten 32.864 Flüchtlinge, und damit 30,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum, einen Asylantrag in Deutschland. Anerkannt wurden nur 1,5 Prozent der Anträge. (jW 14.12.04)

Antisemitismus in Deutschland

Ende Dezember kündigte die Bundesregierung an, die Zuwanderung jüdischer Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion zum 1. Januar 2005 massiv zu reduzieren. Die Zuwanderung soll u. a. abhängig gemacht werden von deutschen Sprachkenntnissen, die Jüdinnen und Juden dürfen nicht älter als 45 Jahre sein und sollen nachweisen, dass sie in Deutschland nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind. Der Zentralrat der Juden in Deutschland wies diese Pläne zurück. Ob sie zum 1. Januar durchgesetzt werden, ist noch unklar. (taz 22.12, 23.12.04) Zum Jahrestag der Reichspogromnacht in Nazi-Deutschland legten am 9. November in Berlin Nazis unter Polizeischutz provokatorisch

einen Kranz in der Nähe des Deportationsmahnmals in Moabit ab. Der Platz wurde vorher von der Polizei für Antifaschisten abgesperrt. In Leverkusen führten Nazis am selben Tag einen antisemitischen Aufmarsch durch und hetzten dabei mit der Parole: „Die schönsten Nächte sind aus Kristall“. (anna 18.11, 02.12.04) In Berlin-Tiergarten wurde in der Nacht zum 21. November das jüdische Denkmal an der Putzbrücke erneut beschmiert. (Jungle World 01.12.04) In der Nacht zum 28. November wurden in Bocholt (Nordrhein-Westfalen) mehrere Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof mit Nazi-Parolen beschmiert. In den ersten neun Monaten des Jahres 2004 wurden in Berlin offiziell 130 antisemitische Straftaten – 34 mehr als im Vorjahr – registriert. (Jungle World 08.12.04)

Nazi-Mord an Behindertem

In **Lütjenburg** (Schleswig-Holstein) prügeln Anfang November ein 19-Jähriger und ein 20-Jähriger mit Baseballschlägern auf einen geistig Behinderten ein. Den Schwerverletzten ließen sie anschließend liegen. Das 38-jährige Opfer ist später an seinen schweren Kopfverletzungen gestorben. (FR 11.11.04)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Bereits am 16. September wurde ein Kameruner auf dem Bahnhof in **Ladenburg** (Baden-Württemberg) von zwei Nazis vor einen heranfahrenden Güterzug gestoßen. Der Zug schleuderte ihn auf den Bahnsteig zurück. Schwerverletzt, mit einem abgerissenen Fuß, wurde der Kameruner ins Kran-

kenhaus gebracht, wo er erst am nächsten Tag wieder zu Bewußtsein kam. (anna 16.12.04) Am 1. November sind Antifaschisten, die gegen die Teilnahme von Nazis auf der Montagsdemo in **Dresden** protestierten, von mehreren Nazis überfallen und teilweise schwer verletzt worden. Das Dresdener Ordnungsamt hat nun angeordnet, dass den Nazis die Teilnahme an den Montagsdemos von den Veranstaltern zu gewährleisten sei. (Interim 11.11.04, Jungle World 03.11.04) Fünf Nazis überfielen mit Knüppeln bewaffnet Anfang November in **Magdeburg** mehrere Antifas und prügeln auf sie ein. Drei der Überfallenen wurden dabei verletzt. (taz 04.11.04) In der Nacht zum 7. November verübten Nazis in **Wurzen** (Sachsen) einen Bombenanschlag auf das Büro eines demokratischen Netzwerkes. Fenster und Türen des Gebäudes wurden dabei schwer beschädigt. (taz 09.11.04) Ein Reisender ist Ende November auf dem Hauptbahnhof in **Magdeburg** von einem Nazi überfallen, verprügelt und mit Füßen getreten worden. Das Opfer musste ins Krankenhaus gebracht werden. (taz 29.11.04) Ebenfalls in **Magdeburg** überfielen Ende November sechs Nazis einen Obdachlosen, der in einem Abrisshaus schlief, traten ihn mit Füßen und warfen ihn durch einen zerstörten Fußboden zwei Meter in die Tiefe. Das Opfer musste ins Krankenhaus gebracht werden. (Bild 29.11.04) Ein 19-jähriger Mann mit dunkler Hautfarbe wurde am 6.12. in **Aachen** von vier Nazis angegriffen und mit einem Messer schwer verletzt. (FR 13.12.04) Ein Fotograf, der in

Verden (Niedersachsen) auf die nazistische Propaganda von Nazis vor einer Schule aufmerksam wurde, ist von den Nazis angefahren und dabei verletzt worden. (jw 23.12.04) Am 25. Dezember ist in **Templin** (Brandenburg) ein Vietnameser von mehreren Nazis überfallen und geschlagen worden. Der Vietnameser erlitt u.a. einen Rippenbruch (taz 28.12.04).

Anti-Nazi-Kämpfe

Gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis am 30. Oktober in **Potsdam**, der von 1.000 Polizisten geschützt wurde, protestierten ca. 1.700 Menschen. Militant kämpften 1.000 Antifas gegen den Nazi-Aufmarsch und den Polizei-Terror. Die Polizei griff die Straßenblockaden der Antifas an, die sich mit dem Bau von Barrikaden, die in Brand gesetzt wurden, und mit Wurfgeschossen verteidigten. Die Nazis mussten ihre Route ändern und verkürzen. Die Polizei nahm mehrere Antifas fest. (jW 01.11.04) In **Oldenburg** gelang es 400 Menschen am 6. November einen Hetzstand der Nazis auf dem zentralen Schloßplatz zu verhindern. Auch auf dem von der Polizei geschützten Ausweichplatz führten die Proteste dazu, dass die Nazis nach kurzer Zeit den Platz räumten. Am 9. November protestierten in **Leverkusen** 500 Menschen gegen 50 Nazis, die zum Jahrestag der Reichspogromnacht, geschützt von 800 Polizisten, einen antisemitischen Aufmarsch durchführten. Einen Tag nach dem Nazi-Bombenanschlag in **Wurzen** protestierten in der Nacht zum 8. November 200 Menschen gegen den Nazi-Terror in der Stadt.

(anna 18.11.04) Nachdem in **Arnstadt** (Thüringen) ca. 100 Antifas am 20. November militant gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis gekämpft hatten, nahm die Polizei fast sämtliche Antifas in Gewahrsam. (taz 22.11.04) 1.500 Antifas demonstrierten am 20. November in **Berlin** in Gedenken an den 1992 von Nazis ermordeten Silvio Meier und gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. (jW 22.11.04) Gegen die Nazistrukturen in **Pirna** (Sachsen) demonstrierten am 27. November ca. 1.000 Antifas. (jW 29.11.04) 1.000 Menschen protestierten kämpferisch am 27. November in **Duisburg** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis. Es gelang trotz der Polizeiangriffe, den Nazi-Aufmarsch durch Blockaden aufzuhalten und einen von der Polizei festgenommenen Antifa zu befreien. (jW 29.11.04, FR 29.11.04) Ca. 200 Nazis begaben sich im Anschluss nach **Recklinghausen** um dort unter Polizeischutz einen Aufmarsch durchzuführen, gegen den 500 Menschen protestierten. (anna 16.12.04) 250 Antifas protestierten am 4. Dezember in **Berlin** gegen einen Aufmarsch von 230 Nazis, der von 1.300 Polizisten geschützt wurde. (taz 06.12.04) Durch massive Polizeierunterstützung gelang es am 11. Dezember 60 Nazis, einen Aufmarsch in **Dorfen** (Bayern) durchzuführen. Die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen die 350 protestierenden Antifas vor, veranstaltete Hetzjagden und verletzte mehrere von ihnen. (jW 13.12.04) Am 24. Dezember demonstrierten Antifas in **Recklinghausen** gegen einen Aufmarsch von 70 Nazis, der durch Blockaden wiederholt gestoppt werden konnte. Dieser Nazi-

Aufmarsch war bereits der fünfte in kurzer Folge in Recklinghausen. (jW 29.12.04)

Streikkämpfe in Griechenland

Am 10. November standen die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter in Griechenland in einem 24-stündigen Generalstreik. Sie kämpften für die Verbesserung ihrer schlechten Arbeitsbedingungen und für einen höheren Mindestlohn. Durch die hohe Streikbeteiligung – 100 Prozent auf Großbaustellen und 80 Prozent auf kleineren Baustellen – konnte die Bautätigkeit im ganzen Land zum Stillstand gebracht werden. (jW 11.11.04) Seit mehreren Monaten kämpfen Beschäftigte der Textilindustrie mit Streiks und Demonstrationen gegen die Schließung von Textilbetrieben im Land. Unterstützt werden sie dabei durch Solidaritätskundgebungen der Bevölkerung. In Naoussa besetzten 98 entlassene Textilarbeiterinnen und -arbeiter ein Werk des größten griechischen Textilkonzerns, das geschlossen werden sollte. Im ganzen Land fanden zur Unterstützung der Werksbesetzung Solidaritätskundgebungen statt. Insgesamt streikten am 25. November 80 Prozent der Textilbeschäftigten für ihre Arbeitsplätze. In Thessaloniki gingen Tausende Menschen auf die Straße, um gegen die Werkschließungen und für die Erhöhung der Mindestlöhne zu demonstrieren. (jW 29.11.04) Gegen die Wirtschaftspolitik der reaktionären griechischen Regierung demonstrierten am 9. Dezember in 51 Orten des Landes Zehntausende Werktätige. Allein in Athen gingen 10.000 Menschen auf die Straße. Sie for-

dernten u. a. die Aufhebung der sogenannten „Flexibilisierungsgesetze“, 1.200 Euro Mindestlohn und die Einführung der 35-Stunden-Woche. (jW 11.12.04)

Die militanten Streikkämpfe in Spanien gehen weiter

Auch im November kämpften die Arbeiterinnen und Arbeiter der IZAR-Werften in Spanien militant gegen die „Privatisierung“ der Werften und die damit verbundenen Massenentlassungen. Beschäftigte der Werft in San Fernando verursachten einen Kurzschluss in einer Hochspannungsleitung und legten Teile des Schienenverkehrs in Andalusien lahm. 1.300 Arbeiterinnen und Arbeiter der Werft Bazán besetzten eine Fernverkehrsstraße, errichteten Barrikaden und setzten sie in Brand, um den Autoverkehr lahmzulegen. Die Angriffe der Polizei beantworteten sie mit Wurfgeschossen. Während die Polizei mit Panzerfahrzeugen Barrikaden zerstörte, errichteten die Kämpfenden an anderen Stellen neue Barrikaden. Militante Kämpfe mit der Polizei fanden auch in Cadix und in Gijón statt. Auf Versammlungen der Arbeiterinnen und Arbeiter wurde beschlossen, alle zehn Werftstandorte im Land zu bestreiken. (Jungle World 01.12.04)

2005

2005 Jan. – Febr.

Streiflichter des weltweiten Eingreifens des deutschen Imperialismus

Mit seiner Anzahl der im Ausland eingesetzten Soldaten steht Deutschland nach den USA und Großbritannien mittlerweile **an dritter Stelle**. (jW 15.02.05)

Unter dem Deckmantel der EU forderte Bundeskanzler Schröder Mitte Februar auf der „Sicherheitskonferenz“ imperialistischer Staaten in München eine **grundlegende Neuausrichtung der NATO**, um die Interessen des deutschen Imperialismus gegenüber den USA noch besser durchsetzen zu können. Ausdrücklich Bezug genommen wurde dabei auf den Irak-Krieg und im weiteren Verlauf der Debatte, in der sich Frankreichs Präsident Chirac und EU-Chefdiplomat Solana der Linie des deutschen Imperialismus angeschlossen hatten, u. a. auf die unterschiedlichen Interessen zum US-Imperialismus im israelisch-palästinensischen Konflikt, hinsichtlich der weiteren Zukunft des Irak und der Politik dem Iran gegenüber (jW 14.02.05, FR 15.02, 17. 02.05)

Im **Irak** erweitert der deutsche Imperialismus unterdessen seinen Einflussbereich. Neben der schon laufenden Ausbildung irakischer Soldaten und der Mitwirkung am Aufbau der irakischen Armee durch die Bundeswehr werden 200 irakische Ministerialbeamte und Diplomaten sowie 400 irakische Kriminalpolizisten von Deutschland ausgebildet. (jW 25.01.05)

Die Wiederaufnahme der „Entwicklungszusammenarbeit“ der EU mit dem **Sudan** ist

von der Regierung des deutschen Imperialismus massiv angegriffen worden. Statt dessen forderte sie erneut eine Verstärkung des imperialistischen Drucks gegenüber Sudan – angefangen von Sanktionen bis hin zu einem direkten militärischen Einsatz. Mitte Februar erklärte Kriegsminister Struck zum wiederholten Male die grundsätzliche Bereitschaft der deutschen Regierung, Soldaten der Bundeswehr im Sudan einzusetzen. (taz 28.01.05, jW 15.02, 19.02.05)

Ebenfalls massiv angegriffen wurde im Januar die Politik der USA gegenüber dem **Iran**. Der deutsche Imperialismus, dessen wirtschaftliche Kontakte zu dem Iran seit 2000 sprunghaft angestiegen sind, sieht seine dortigen Interessen durch ein eventuelles militärisches Eingreifen der USA bedroht. Im Vorfeld der „Sicherheitskonferenz“ führte Deutschland in München eine „Finanzierungskonferenz Nordafrika/Mittelost“ durch, auf der Vertreter des deutschen Imperialismus u. a. den Vertretern Irans ihre weiteren wirtschaftlichen Pläne mitteilten und Wege zu ihrer Durchsetzung berieten. Bundeskanzler Schröder selbst hatte dann Mitte Februar in Brüssel die Gelegenheit erhalten, gegenüber dem US-Präsidenten die „europäische Iran-Politik“ zu vertreten. (FR 20.01, 19.02.05, jW 09.02.05)

Für den Fall einer **Fusion europäischer Werften** nach dem Vorbild der Fusion europäischer Luftfahrtkonzerne erklärte Schröder, „dass eine solche Fusion unter deutscher industrieller Führung“ stattfinden solle. Zuvor jedoch müsse Frankreich seine Hausaufgaben machen und die Kostenstruktur

seiner Werften in Ordnung bringen. (FR 04.02.05)

Die Bundesregierung stoppte Mitte Februar die Auszahlung von „Hilfsgeld“ an **Kenia** mit dem Angebot, die Auszahlung wieder aufzunehmen, wenn der kenianische Präsident mehrere Minister entlassen habe. (FR 21.02.05)

Tod eines Afrikaners durch rassistischen Polizeieinsatz

Am 27. Dezember wurde der 35-jährige **Laya-Alama Conde** aus Sierra-Leone in Bremen unter dem Vorwand des Drogenhandels im Polizeipräsidium gefesselt. Ein Polizeiarzt pumpte ihm anschließend mit einem Schlauch Brechmittel und literweise Wasser in den Magen. Kurz darauf fiel der Afrikaner ins Koma, was von dem Arzt mit der Bemerkung kommentiert wurde, diese Klientel würde immer so tun, als sei sie bewusstlos. Laya-Alama wachte aus dem Koma nicht mehr auf und starb am 7. Januar auf einer Intensivstation. Noch als er im Sterben lag, erklärte der Bremer Innensenator Röwekamp, „Schwerstkriminelle“ müssten „mit körperlichen Nachteilen“ rechnen. In Bremen wurde seit 1992 fast 1.000mal Brechmittel eingesetzt. Bereits 2001 starb in Hamburg ein Afrikaner nach einem Brechmitteleinsatz. Das Antirassismusbüro Bremen teilte mit, man könne davon ausgehen, dass Brechmittel als rassistische Sonderbehandlung nur gegen Schwarze eingesetzt werde. Ein Brechmitteleinsatz an Deutsche sei nicht bekannt. (jW 07.01.05, FR 07.01.05, taz 10.01.05, Jungle World 12.01.05)

Tod eines Afrikaners in Polizeihaft

Am 7. Januar verbrannte der 21-jährige Flüchtling **Oury Jalloh** aus Sierra-Leone in einer Polizeizelle in Dessau (Sachsen-Anhalt). Die Polizei behauptete zunächst, das Feuer brach aus unbekanntem Ursachen aus, später behauptete sie, der Afrikaner habe Selbstmord begangen, indem er mit einem Feuerzeug seine Matratze in Brand setzte. Erst nach fünf Wochen wurden Einzelheiten bekannt, die gegen einen Selbstmord sprechen. Der Afrikaner war mit vier Handschellen an Händen und Füßen auf einer Pritsche mit feuerfester Matratze gefesselt worden. Bei einer vorherigen Untersuchung wurde bei ihm und in der Zelle kein Feuerzeug gefunden. Nachdem zwei Polizisten kurz vor zwölf Uhr sich etwa zehn Minuten allein in der Zelle mit Oury aufgehalten hatten, stellte ein Polizist die Wechselsprechanlage, mit der die Zellen abgehört werden, leiser. Zwischen 12.04 Uhr und 12.09 Uhr verbrannte der Afrikaner. Der Feuermelder, der Alarm schlug, wurde von der Polizei zweimal abgeschaltet. (jW 10.02.05, FR 22.02.05)

Private Sicherheitsdienste und Bürgerwehren im Polizeieinsatz

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Zusammenarbeit zwischen privaten Sicherheitsdiensten und Bürgerwehren mit der Polizei, die eine Übertragung hoheitlicher Rechte auf die Privaten mit einschließt, wird in der Zukunft weiter ausgebaut. In der hessischen Kleinstadt Langen (35.000 Ew.) patrouilliert seit 2001 eine private „Citystreife“

nachts durch den Ort, um auf „Ordnung“ und „Sauberkeit“ zu achten und Platzverweise zu erteilen. Allein im Jahr 2003 wurden knapp 2.000 Platzverweise ausgesprochen. Die Streife ist auch zur Personalienfeststellung berechtigt. In den ersten sechs Monaten ihres Bestehens wurde die „Citystreife“ 52mal von der Polizei alarmiert und zum Einsatz geschickt. In Niedersachsen bereitet das Innenministerium den Einsatz von Bürgerwehren vor, bei denen Freiwillige aus der Bevölkerung Streife laufen. Vorbild ist Hessen, wo nach Testphasen solche Bürgerwehren landesweit eingeführt werden. In Niedersachsen sollen die Bürgerwehren berechtigt werden Personalien abzufragen, Ausweise und andere Dokumente zu kontrollieren, Platzverweise zu erteilen und Gegenstände sicherzustellen. Menschen, die sich einer Ausweiskontrolle widersetzen, droht ein Bußgeld von bis zu 1.000 Euro. Ins Gespräch gebracht wurde auch, Erwerbslose im Rahmen der Ein-Euro-Jobs auf Streife zu schicken. (jW 15.01, 19.01.05)

Staatliche Repression gegen Abschiebegegnerinnen und -gegner

Am 10. Februar sollte die 24-jährige Iranerin Zahra Kameli von Frankfurt/Main aus in den Iran abgeschoben werden, wo ihr der Tod durch Steinigung droht. 150 Abschiebegegnerinnen und -gegner versammelten sich im Frankfurter Flughafen, um gegen die Abschiebung zu protestieren und sie zu verhindern. Sie verteilten Flugblätter und informierten Reisende über die bevorstehende

Abschiebung. Der Pilot der Maschine weigerte sich, die Iranerin zu befördern, die sich heftig gegen die Abschiebung wehrte und einen Zusammenbruch erlitt. Mittlerweile traf die Polizei ein und kesselte die Protestierenden ein, die nach Beendigung ihrer Proteste den Flughafen verlassen wollten. Statt dessen begann eine Hetzjagd der Polizei auf die Protestierenden, die bis über die Gänge der Parkdecks und am S-Bahnsteig verlief. Insgesamt fasste die Polizei 62 Menschen und nahm sie in Haft, unter ihnen Minderjährige und Alleinerziehende. Bei den Gefangenentransporten wurden Menschen aus anderen Herkunftsländern von den Deutschen getrennt. In der Haft wurden Telefonanrufe verweigert, Personalien aufgenommen und versucht, DNA-Tests durchzuführen. Erst im Verlauf des nächsten Tages wurden die Protestierenden wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Betreiber des Flughafens wollen gegen sie Anzeige erstatten. Die Iranerin, für deren Bleiberecht am 19. Februar 200 Menschen in Goslar demonstrierten, erhielt am 23. Februar ein befristetes Aufenthaltsrecht. (jW 12.02.05, FR 17.02, 18.02, 21.02.05, taz 23.02.05)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

Im Jahre 2004 sank die Zahl der Menschen, die in Deutschland noch die Möglichkeit hatten Asyl zu beantragen um ca. 30 Prozent auf 35.607. Das ist seit 20 Jahren die niedrigste Flüchtlingszahl. 2003 beantragten noch über 50.000 Menschen Asyl. Von 61.961 Asylanträgen, über die 2004 ent-

schieden wurde – im Jahre zuvor waren es noch fast 94.000 Anträge – wurden nur 1,5 Prozent anerkannt, weitere 1,8 Prozent der Flüchtlinge erhielten „Abschiebeschutz“. Nach einer Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin starben von 1993 bis 2004 161 Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland oder an den Grenzen, 125 Flüchtlinge töteten sich aus Angst vor ihrer Abschiebung selbst oder kamen ums Leben, als sie versuchten der Abschiebung zu entgehen, 67 Flüchtlinge starben bei Bränden oder Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, 12 Flüchtlinge wurden durch Nazi-Überfälle auf der Straße ermordet. (taz 24.01.05, jW 28. 02.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

70 Antifas, die am 4. Dezember in **Steinburg** (Schleswig-Holstein) gegen 120 Nazis protestierten, die sich dort zu einer Wahlkampfveranstaltung der NPD zusammengerottet hatten, wurden von ihnen unter den Augen der Polizei überfallen. Mit Flaschen und Stühlen bewaffnet, stürmten die Nazis auf die Antifas los, prügeln auf sie ein, bewarfen sie mit Steinen und verletzten mehrere von ihnen. Anschließend setzten die Nazis ihre Versammlung fort. (Jungle World 12.01.05) Ein 59-Jähriger stellte am 24. Dezember in **München** drei Nazis zur Rede, nachdem diese einen dunkelhäutigen Mann rassistisch beleidigt hatten. Einer der Nazis schlug ihm daraufhin mit einer Bierflasche mehrmals auf den Kopf und verletzte ihn dabei. Nach einer Personalienfeststellung ließ die Polizei die Nazis wieder laufen. Der 59-

Jährige musste im Krankenhaus behandelt werden. (Jungle World 05.01.05) Am 3. Januar verübten Nazis in **Neresheim** (Baden-Württemberg) einen Brandanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus. Dabei geriet ein Zimmer, in dem ein vierjähriges Kind schlief, in Brand. Ein Bewohner des Hauses konnte das Feuer noch rechtzeitig löschen. (Jungle World 12.01.05) In **Magdeburg** überfielen am 8. Januar zwei Nazis einen Afrikaner im Bus und schlugen und traten dabei auf ihn ein. Der Afrikaner erlitt Kopfverletzungen. (taz 10.01.05) Ein Flüchtling aus Togo wurde am 10. Januar in **Waren** (Mecklenburg-Vorpommern) von 14 Nazis rassistisch beschimpft, geschlagen und mit Füßen getreten. (Jungle World 02.02.05) Während einer Zugfahrt in **Sachsen-Anhalt** wurde ein 20-Jähriger aus Kuwait am 15. Januar von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen. (Jungle World 26.01.05) Am 16. Januar beschimpften zehn Nazis in **Mannheim** drei Studenten aus Kamerun und sprühten ihnen Tränengas in die Augen. (Jungle World 02.02.05) In **Berlin** überfielen am 18. Januar zwei Nazis zwei Menschen aus Indonesien und besprühten sie ebenfalls mit Tränengas. (taz 20.01.05) Während einer Party im alternativen Jugendklub in **Bernau** (Brandenburg) verübten Nazis in der Nacht zum 23. Januar dort einen Sprengstoffanschlag. Nur zufällig wurde keiner der Gäste verletzt. Erst wenige Stunden zuvor hatte in Bernau ein Nazi-Aufmarsch stattgefunden, auf dem 40

Nazis gegen diesen Jugendklub gehetzt hatten. (jW 25.01.05) Zwei Afrikaner sind am 23. Januar in **Schwedt** (Brandenburg) von Nazis rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen worden. Die Überfallenen wurden dabei verletzt. (Jungle World 02.02.05) Vier Nazis überfielen am 30. Januar in **Cottbus** (Brandenburg) zwei Studenten aus Kamerun und verletzten sie mit Schlägen und Fußtritten am Kopf. (Jungle World 09.02.05) Ein Nazi, der am 11. Februar in **Kirchhundem** (Nordrhein-Westfalen) nach einer Schlägerei ins Krankenhaus eingeliefert wurde, hat dort einen Migranten überfallen. (Jungle World 23.02.05) In **Tangerhütte** (Sachsen-Anhalt) griffen vier Nazis Mitte Februar einen Afrikaner an und verletzten ihn. (FR 18.02.05) In der Nacht zum 17. Februar überfielen drei Nazis in **Frankfurt/Main** einen Obdachlosen, verprügelten ihn und traten auf ihn ein. (FR 19.02.05) Ein 16-jähriger Antifaschist wurde am vorletzten Februarwochenende in **Beeskow** (Brandenburg) von drei Nazis überfallen. Einer der Nazis schlug ihn dabei mit einem Baseballschläger auf den Hinterkopf. (jW 22.02.05) In **Güstrow** (Mecklenburg-Vorpommern) verprügelten am 20. Februar zwei Nazis einen Flüchtling aus Togo und traten auf ihn ein. (FR 24.02.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 8. Januar protestierten in **Hamburg** 300 Antifas gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von mehreren Hundertschaften Polizei geschützt wurde. (jW 10.01.05) In **Magdeburg** kämpften 1.500 Antifas am 15.

Januar gegen einen Aufmarsch von 1.200 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt vor 60 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition hetzen wollten. Den Antifas gelang es, durch den Bau von Barrikaden und den Einsatz von Wurfgeschossen nach 20 Minuten den Nazi-Aufmarsch zu stoppen. Erst nach drei Stunden konnten die Nazis weiter marschieren – und zwar auf den kürzesten Weg zum Bahnhof. (jW 17.01.05) 200 Antifas demonstrierten am 22. Januar in **Moers** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis. Den Antifas schlossen sich während der Demonstration spontan Jugendliche aus der Türkei und Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft an. Gegen die Nazistrukturen vor Ort und für den Erhalt eines antifaschistischen Jugendzentrums demonstrierten am 22. Januar 100 Antifas in **Lüdenscheid** (Nordrhein-Westfalen) (jW 24.01.05) Am 29. Januar demonstrierten in **Schleusingen** (Thüringen) 350 Menschen bei einer Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz gegen einen Aufmarsch von 90 Nazis. Gegen Nazi-Läden demonstrierten 250 Antifas am selben Tag in **Gera** (Thüringen). (taz 31.01.05) Ebenfalls am 29. Januar protestierten 400 Antifas in **Leverkusen** (Nordrhein-Westfalen) gegen 120 Nazis, die unter dem Schutz von 1.000 Polizisten aufmarschierten. (anna 10.02.05) Am selben Tag beteiligten sich 10.000 Menschen in **Kiel** an den Protesten gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis. Kämpferische Antifas blockierten zu Beginn des Aufmarsches die Nazis, denen es erst mit Hilfe der

Polizei nach einigen Stunden gelang loszumarschieren. Schließlich blockierten 500 Antifas eine Kreuzung. Trotz Räumfahrzeugen und Wasserwerfereinsatz der Polizei bildeten sich weitere Straßenblockaden, so dass die Nazis gezwungen werden konnten, ihre Route zu verkürzen. Die Polizei nahm 70 Antifas fest. (jW 31.01.05) 2.000 Menschen protestierten am 30. Januar in **Döberden** (Niedersachsen) gegen ein dort entstehendes Nazi-Schulungszentrum. (taz 31.01.05) 7.000 Nazis rotteten sich am 13. Februar in **Dresden** zusammen, um gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Nazi-Festung vor 60 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition zu hetzen. 4.000 Polizisten schützten die Nazis vor 1.500 kämpferischen Antifas, die mit brennenden Mülltonnen und Barrikaden versuchten, die Nazis aufzuhalten. Die Polizei nahm 50 Antifas fest. An einer Anti-Nazi-Demonstration bürgerlicher Kräfte am Nachmittag beteiligten sich 10.000 Menschen. (jW 14.02.05)

Streikkämpfe und Proteste in Frankreich

Am 18. Januar begannen in Frankreich die größten Streikaktionen seit Frühjahr 2003. Gegen die „Reformpolitik“ der reaktionären französischen Regierung und gegen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst protestierten u. a. Eisenbahnerinnen und Eisenbahner, Beschäftigte der Post, der Gas- und Elektrizitätswerke und Lehrerinnen und Lehrer. Während die Streikbeteiligung der Postbeschäftigten nur bei ca. 20 Prozent lag, legten am 19. Januar 40 Prozent der 168.000 Eisenbahnerinnen und Eisenbah-

ner die Arbeit nieder. In Paris und Umgebung fielen bis zu 80 Prozent der Züge aus. Am 5. Februar demonstrierten landesweit ca. 500.000 Werktätige gegen die geplante Aufhebung der 35-Stunden-Woche. Allein in Paris gingen 90.000 Werktätige auf die Straße, in Marseille 50.000 und in Bordeaux und Toulouse jeweils 25.000. Insgesamt gab es im Land 140 Demonstrationen und Protestaktionen. Nur fünf Tage später gingen 100.000 Schülerinnen und Schüler auf die Straße, um auf landesweit 40 Protestkundgebungen gegen „Schulreformen“ im Rahmen von Sparmaßnahmen zu demonstrieren. (jW 20.01, 07.02, 12.02.05)

Illegaler Streik in Ägypten

In Ägypten, ein Land ohne Streikrecht, stehen die Arbeiter einer Asbestfabrik in der Stadt 10th Ramadan City nördlich von Kairo seit drei Monaten in einem illegalen Streikkampf. Sie kämpfen gegen die geplante Betriebsstilllegung und für eine Entschädigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch ihre jahrelange, ohne jegliche Arbeitsschutzmaßnahmen durchgeführte Arbeit. Zudem haben sie seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten. Bereits mehrfach wurde vergeblich versucht, den Streik gewaltsam zu zerschlagen – zuletzt am 29. Januar, wo bezahlte Schlägertrupps die Arbeiter überfielen. Solidarisch unterstützt in ihrem Kampf werden die Streikenden von Arbeitern benachbarter Fabriken und Bürgerinitiativen. (jW 04.02.05)

2005 März – April

Die Bundeswehr im Auslandseinsatz

Die Bundeswehr beteiligt sich nach einem Beschluss des Bundestages am 22. April mit bis zu 75 Soldaten an einem Einsatz von UN-Truppen im südlichen **Sudan**. Die imperialistischen Truppen sollen über sechs Jahre in der Region stationiert werden, wobei auch eine Ausweitung des Einsatzes auf die im Westen des Landes liegende Provinz Darfur möglich ist. (FR 23.04.05) Die 2.700 Bundeswehrsoldaten, die in **Kosova** stationiert sind, wurden Anfang März um 600 Soldaten verstärkt. Von allen in Kosova stationierten imperialistischen Armeen, stellt die Bundeswehr das größte Truppenkontingent. (FR 04.03.05, jW 23.03.05) In den **Vereinigten Arabischen Emiraten** bilden seit April mehr als 50 Bundeswehrsoldaten Soldaten aus dem **Irak** aus, die nach zwei Monaten unter deutschem Oberbefehl selbst irakische Soldaten ausbilden sollen. Zudem werden ab August in Hamburg 25 irakische Offiziere an der dortigen Führungsakademie der Bundeswehr ausgebildet. (jW 18.04., 26.04.05) Ab Oktober will die Bundeswehr den gesamten Norden von **Afghanistan** besetzen. Kriegsminister Struck (SPD) will dazu die derzeitige „Obergrenze“ der dort eingesetzten Soldaten von 2250 auf 2500 Soldaten anheben. (FR 27.04.05)

Ausschnitte der staatlichen Repression gegen antifaschistische Kräfte

In **Stuttgart** steht seit dem 3. März ein Antifaschist vor Gericht, der im September letz-

ten Jahres einen Aufruf zur Verhinderung eines Nazi-Aufmarsches verteilt hatte. Dieser Aufruf richte sich, so die Anklageschrift, „gegen den politischen Frieden in Deutschland“. (Jungle World 02.03.05) In **Pirna** steht seit dem 12. März die Familie Sendlmen vor Gericht, weil sie sich 2000 und 2001 gegen die ständigen Nazi-Überfälle auf ihr Imbisslokal gewehrt hatte. Angeklagt wurden sie wegen gefährlicher Körperverletzung auf „spazierende rechte Jugendliche“. Die Zeugen kommen aus der mittlerweile verbotenen Nazi-Organisation SSS, die für die Nazi-Überfälle auf den Imbiss verantwortlich waren. (Jungle World 23.03.05) Fünf Antifaschistinnen, die in der Nacht zum 28. März in **Berlin** antifaschistische Zettel geklebt hatten, wurden von 15 Polizisten festgenommen und wegen angeblich schweren Landfriedensbruchs über 18 Stunden festgehalten. Die Polizisten wurden von zwei Nazis informiert. (jW 01.04.05)

Ausschnitte der staatlichen Repression gegen Flüchtlinge

Auf Einladung des Hamburger Innensensors Nagel übernahmen vier Gesandte der Militärdiktatur Guinea Anfang März für zehn Tage das Hausrecht in der Hamburger Ausländerbehörde, um in einem Schnellverfahren die Identität afrikanischer Flüchtlinge festzustellen. Die deutsche Polizei führte ihnen 400 afrikanische Flüchtlinge zu. Viele von ihnen wurden mitten in der Nacht mit Polizeibussen abgeholt und nach stundenlangem Warten den Abgesandten vorgeführt, die nach wenigen Minuten über deren

nationale Identität entschieden. Die Hamburger Ausländerbehörde glich während dieser Tage einem Hochsicherheitstrakt. Für angebliche Flüchtlinge aus Guinea hatten die Abgesandten bereits Reisepapiere mitgebracht. Sieben im Jahre 1999 nach Guinea abgeschobene Flüchtlinge sind spurlos verschwunden. (jW 31.03.05) Mehrere tausend Flüchtlinge aus dem Libanon, deren Vorfahren in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts aus der Türkei in den Libanon eingewandert waren, weil sie als arabische Minderheit in der Türkei unterdrückt wurden, werden nach und nach in die Türkei abgeschoben. Dass die Flüchtlinge kein Wort türkisch sprechen, spielt dabei keine Rolle. Zudem werden ihre Namen kurzerhand durch türkische Namen ersetzt. So wurde am 10. Februar die schwangere G. Salame aus Algermissen, die seit 17 Jahren in Deutschland lebt, mit ihrem einjährigen Kind in Abschiebehaf genommen. Die Polizei wartete ab, bis ihr Mann das Haus verließ, um die beiden ältesten Töchter zur Schule zu bringen. Noch bevor sie aus der Schule zurückkamen, saß G. Salame unter dem Namen Önder mit ihrer jüngsten Tochter im Flugzeug in Richtung Türkei. (jW 04.03., 22.03.05)

Einige Zahlen zur weiteren Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland

Im Februar stieg die Zahl der Erwebslosen auf offiziell 5.216.000 und damit auf den höchsten Stand in der Geschichte der BRD. (FR 01.03.05) Bis März wurden gegenüber

dem Vorjahr acht Prozent weniger Ausbildungsplätze gemeldet bei gleichbleibender Zahl der Bewerber. (taz 01.04.05) Mittlerweile erhalten 30.000 erwerbslose Jugendliche unter 25 Jahren wegen angeblicher „mangelnder Mitwirkung“ kein Arbeitslosengeld mehr. Insgesamt sind 664.000 Jugendliche unter 25 Jahren erwerbslos. (FR 08.04.05) Von 1996 bis 2001 stieg die Zahl der Niedriglohnbezieher auf ca. 3,63 Mio. Damit gehören ein Sechstel aller Vollzeitbeschäftigten zu den Geringverdienern. Frauen, die 2001 nur 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten ausmachten, stellten 57 Prozent der Niedriglohnverdiener. (jW 18.03.05) Laut einer UN-Studie leben 10,2 Prozent aller Kinder in Deutschland in Armut. Davon sind 40 Prozent Kinder von Alleinerziehenden. Die Kinderarmut in Zuwandererfamilien verdreifachte sich in den neunziger Jahren auf 15 Prozent. In Westdeutschland stieg die Kinderarmut von 1989 auf mehr als das Doppelte an. (jW 02.03.05) In Deutschland leben mittlerweile 300.000 Menschen ohne Krankenversicherung. (jW 18.04.05)

Ermittlungen gegen Nazi-Mörder Konrad

Seit 2004 läuft in Italien ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Offizier der Nazi-Wehrmacht, Klaus Konrad, wegen Mordes. Konrad war 1944 im italienischen San Polo an dem bestialischen Mord an mindestens 54 Zivilisten beteiligt, die vor ihrer Ermordung gefoltert wurden. 16 Opfer wurden lebendig begraben. Vor kurzem gab Konrad einem Fernsehsender ein Interview, wo er zweieinhalb Stunden lang über seine

Verbrechen in der Nazi-Wehrmacht protzte. Freimütig bekannte er, seine Verbrechen erst zu bedauern, seit in Italien gegen ihn ermittelt wird. Bereits 1972 wurde gegen ihn in dieser Sache in Deutschland ermittelt. Das Verfahren gegen den damaligen Bundestagsabgeordneten der SPD wurde eingestellt. Konrad, der acht Jahre lang für die SPD im Bundestag saß und mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, ist nach wie vor Mitglied der SPD. (taz 09.04.05)

Nazi-Morde

Am 28. März ermordete ein Nazi in **Dortmund** den 32-jährigen **Thomas Schulz** aus der Punk-Szene. An einer U-Bahn-Station stach der Nazi nach einem kurzen Wortgefecht seinem Opfer gezielt ins Herz. Dem Nazi, der kurz darauf verhaftet wurde, wurde von der Polizei bescheinigt, stark alkoholisiert zu sein. Während ihm die Dortmunder Nazi-Szene sofort einen Anwalt zur Verfügung stellte, verlautbarte der Pressesprecher der Stadt, dass es in Dortmund keine Nazi-Szene gäbe. Zwei Tage nach dem Mord überfielen Nazis die in der U-Bahn-Station errichtete Gedenkstätte und versuchten sie zu zerstören. Am 31. März verübte an gleicher Stelle ein Nazi erneut einen Messerangriff auf einen Punk. Am 1. April drohten Nazi-Plakate in Dortmund mit der Aufschrift „Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben“, mit weiteren Nazi-Angriffen. In Dortmund wurden 2003 und 2004 offiziell jeweils ca. 200 Nazi-Verbrechen registriert. (jW 31.03.

05, Jungle World 06.04.05) Am 30. März wurde in **München** der 17-jährige **Marcel S.** von einem Nazi aus der Gothic-Szene überfallen. Der Nazi, der die Freundin von Marcel S. rassistisch beleidigt hatte, prügelte auf ihn ein, nachdem dieser seine Freundin verteidigt hatte. Als das Opfer schon am Boden lag, trat der Nazi noch mit Stiefeln gegen seinen Kopf. Am 6. April starb Marcel S. an den Folgen des Überfalls. Die Polizei leugnete einen nazistischen Hintergrund, behauptete, dass der Täter „kein Rassist“ sei und krönte ihre Verharmlosung des Nazi-Mordes mit der Behauptung, dass die Tat „nicht besonders intensiv und brutal“ sei. (taz 08.04.05) In **Schwerte** bei Dortmund ermordete am 15. April ein Nazi den 34-jährigen **Arthur K.** Der Nazi, der eine Gruppe Jugendlicher mit „Heil Hitler“ grüßte, wurde von Arthur K. zur Rede gestellt. Kurz darauf stach der Nazi mit einem Messer fünfmal auf sein Opfer ein und tötete ihn. Schon im Mai 2003 stach er mit einem Messer auf einen Besucher des Schwerter Kulturzentrums ein. Im Januar dieses Jahres wurde der Prozess gegen ihn verurteilt. (Jungle World 27.04.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 28. Januar verübten Nazis in **Isenbüttel** (Niedersachsen) einen Brandanschlag auf ein türkisches Imbisslokal. Der Brand verursachte einen Totalschaden. In **Güstrow** (Mecklenburg-Vorpommern) haben am 20. Februar zwei Nazis einen 29-jährigen Flüchtling aus Togo rassistisch beleidigt, ihn anschließend geschlagen und in

den Bauch getreten. Eine Frau, die dem Überfallenen helfen wollte, wurde daraufhin ebenfalls beleidigt. Der Togolese mußte ärztlich behandelt werden. (Jungle World 02.03.05) In der Nacht zum 20. März versuchten Nazis in **Zepernick** (Brandenburg) ein türkisches Imbisslokal in Brand zu setzen. Der Brandanschlag scheiterte. Nur fünf Tage später wurden in der Nähe des Imbisslokals ca. 60 Nazi-Plakate geklebt, die gegen den Besitzer hetzten. In Brandenburg wurden seit 2000 über 30 Nazi-Brandanschläge auf Imbisslokale verübt, die von Menschen aus anderen Herkunftsländern betrieben werden. (FR 22.03.05, Jungle World 06.04.05) Am 23. März verteilten Nazis in **Brück** (Brandenburg) an Haushalte der Stadt Flugblätter, in denen gegen den türkischen Betreiber eines Imbisslokals gehetzt wird und die Bewohner aufgefordert werden, sich von dem Lokal fernzuhalten. Erst im Februar diesen Jahres wurde auf diesen Imbiss ein Nazi-Brandanschlag verübt. (Jungle World 06.04.05) In **Rheinsberg** (Brandenburg) verübten Nazis in der Nacht zum 30. März einen Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss. Das Lokal brannte vollständig nieder. Innerhalb von zwei Jahren war dies der vierte Brandanschlag auf diesen Imbiss. (jW 02.04.05) In der Nacht zum 15. März verübten Nazis in **Essen** einen Brandanschlag auf ein von 24 Flüchtlingen bewohntes Haus. Ein Flüchtling, der den Brand rechtzeitig feststellte, konnte das Feuer löschen. (jW 16.03.05) Am 18. März überfielen sechs Nazis in **Homburg** (Saarland) zwei Antifaschisten und prügeln auf sie ein. Einer der An-

tifas musste im Krankenhaus behandelt werden. (anna 6-2005) In **Cottbus** (Brandenburg) wurden am 2. April drei Jugendliche aus anderen Herkunftsländern von vier Nazis rassistisch beschimpft. Einer der Nazis schlug einem 16-Jährigen aus Afghanistan ins Gesicht. (jW 05.04.05) Besucher einer antifaschistischen Veranstaltung in **Berlin-Köpenick** wurden am 5. April von 20 Nazis überfallen, die mit Ketten und Eisenstangen auf die Gäste einschlugen. Zwei Besucher wurden dabei verletzt. (jW 07.04.05) Am 9. April griffen mehrere Nazis in **Landau** (Rheinland-Pfalz) eine Gruppe von Menschen aus anderen Herkunftsländern an. Auf dem Landauer Bahnhofsvorplatz wurde am selben Tag ein Dunkelhäutiger von zwei Nazis überfallen, die sein Fahrrad zerstörten und ihn mit einem Messer und einer Flasche bedrohten. Mehrere Antifas, die sich in der Nähe befanden, eilten dem Flüchtling zu Hilfe. (Jungle World 20.04.05) In **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) griff am 20. April ein Nazi einen Menschen aus einem anderen Herkunftsland an und verletzte ihn. Der Nazi bekannte später, den Überfall anlässlich Hitlers Geburtstag begangen zu haben. (Jungle World 27.04.05) Am 26. April sind in **Berlin** drei Musiker von vier Nazis überfallen und zusammengeschlagen worden. Die drei Opfer mussten im Krankenhaus behandelt werden. (jW 28.04.05) Im Jahre 2004 stieg nach offiziellen Angaben die Zahl der „rechtsextremistischen Straftaten“ auf 12.051. Sie lag damit um 12 Prozent höher als 2003. Die Zahl der „rechtsextremistischen Gewalttaten“ stieg

von 759 auf 776. (FR 28.04.05) Ebenfalls nach offiziellen Angaben wurde im Januar dieses Jahres stündlich eine „rechtsextremistische Straftat“ verübt. (FR 09.03.04)

Anti-Nazi-Kämpfe

Gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, die am 12. März in **Dessau** (Sachsen-Anhalt) gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt vor 60 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten, demonstrierten 1.000 Menschen. (taz 14.03.05) In **Würzburg** (Bayern) protestierten am 19. März 8.000 Menschen gegen 200 Nazis, die ebenfalls gegen die Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 60 Jahren hetzten. (taz 21.03.04) In **Dresden** kämpften am 19. März 1.200 Antifas gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, der von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt wurde. Unter dem Schutz der Polizei griffen die Nazis noch vor ihrem Aufmarsch mit Steinwürfen die Antifas an. Eine Antifaschistin wurde von sechs Nazis mit Fahnenstangen überfallen. Während des Aufmarschs griff dann auch die Polizei mit Schlagstöcken die Antifaschistinnen und Antifaschisten an, die versuchten, die Nazis zu stoppen. Ca. 40 Antifas wurden festgenommen. (jW 21.03.05) 6.000 Menschen protestierten am 2. April in **München** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, zu deren Schutz 1.500 Polizisten bereit standen. 1.500 kämpferische Antifas versuchten, sich dem Aufmarsch entgegenzustellen. Es gelang den Antifas, die Abschlusskundgebung der Nazis zu stören, woraufhin sie von der Polizei mit

Schlagstöcken angegriffen wurden. Die Polizei nahm mindestens 78 Antifas fest. (jW 04.04.05) Mehrere Nazis mussten am 29. März in **Düren** (Nordrhein-Westfalen) eine Unterschriftensammlung abbrechen, nachdem 15 Antifas lautstark gegen sie protestiert hatten. (anna 7-2005) 40 Menschen demonstrierten bereits am 29. März in **Dortmund** gegen den Nazi-Mord am Tage vorher an Thomas Schulz. Am 2. April protestierten in **Dortmund** 4.000 Menschen gegen den Nazi-Mord. Die Polizei nahm 84 der Demonstrierenden fest. (ND 30.03.05, jW 04.04.05) In **Verden** (Niedersachsen) protestierten am 2. April mehrere tausend Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Mehr als 100 Initiativen hatten zu den Protesten aufgerufen, die sich auch gegen ein geplantes Nazi-Zentrum auf einem ehemaligen Gelände der Bundeswehr im nahe gelegenen Döverden richteten. An einer Demonstration beteiligten sich 1.000 Menschen. (jW 04.04.05) Am 9. April protestierten 200 Antifas in **Pasewalk** (Mecklenburg-Vorpommern) gegen einen Aufmarsch von 260 Nazis. Zwei Antifas wurden vor dem Nazi-Aufmarsch durch einen Nazi-Überfall verletzt. (taz 11.04.05) 300 Antifas kämpften am 16. April in **Erfurt** (Thüringen) militant gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis. Die Polizei griff mit Wasserwerfern die Antifas an und nahm 14 von ihnen fest. In **Essen** demonstrierten 1.200 Menschen gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis. Auch hier wurden die Protestierenden von der Polizei angegriffen. Die Polizei nahm 18 Antifas fest. Am selben Tag protestierten 260 Men-

schen in **Stolberg** (Nordrhein-Westfalen) gegen 160 Nazis, die in der Stadthalle das 40-jährige Bestehen der NPD feierten. (FR 18.04.05) In **Schwerte** bei Dortmund demonstrierten am 17. April 100 Antifas gegen den Nazi-Mord an Arthur K. am 15. April. (jW 19.04.05)

Betriebsbesetzung in der Türkei

Nach dem bekannt geworden war, dass die staatliche Papierfabrik SEKA in Ismit stillgelegt und das Gelände verkauft werden sollte, besetzten 700 Arbeiter am 19. Januar das Werk. Ende Februar versuchten Polizei und Militär die Betriebsbesetzung gewaltlos zu beenden. Die Arbeiter verbarrikadierten sich daraufhin in einer Werkstatt, setzten ihren Kampf fort und erklärten, nur als Tote die Fabrik zu verlassen. Vier türkische Gewerkschaftsdachverbände erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch und beschlossen, die Kämpfenden mit landesweiten Protesten zu unterstützen. Anfang März beteiligten sich mehrere zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter im ganzen Land, auch in kurdischen Städten, mit Warnstreiks und vorübergehenden Betriebsbesetzungen an den Solidaritätsaktionen. Nachdem der Dachverband der türkischen Arbeitergewerkschaft Türk-İs einen landesweiten Streik ankündigte, kam es am 10. März zu einem Kompromiss: Die Fabrik wird zunächst von der Stadtverwaltung übernommen, so dass nach ihrer wahrscheinlichen Schließung zumindest eine kommunale Weiterbeschäftigung der Arbeiter möglich ist. Die Annahme dieses Kom-

promisses durch die Mehrheit der an der Abstimmung beteiligten Arbeiter stellt für Türk-İs keine Zustimmung zu einer Stilllegung der Fabrik dar. (jW 07.03, 12.03.05)

Militante Proteste in Guatemala

Mitte März verabschiedete das reaktionäre Parlament von Guatemala ein Freihandelsabkommen mit den USA, was es den USA ermöglicht, ihre subventionierten Agrarprodukte massenhaft in Guatemala einzuführen, das selbst hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt. Die Verabschiedung dieses Abkommens in Guatemala, als drittes Land in Mittelamerika nach El Salvador und Honduras, löste dort die bisher größten Protesten dagegen aus. Am 14. März wurden bei Protestdemonstrationen 19 Menschen durch Polizeiangriffe verletzt. Die Kämpfe weiteten sich rasch über das ganze Land aus und die Regierung setzte neben Polizei auch Armeeinheiten ein, um die Demonstrationen zu unterdrücken. Am 15. März schoss die Polizei auf eine Gruppe von Menschen, die in Colotenango eine Straße blockieren wollte, und ermordete zwei der Protestierenden. Insgesamt wurden an diesem Tag 25 Menschen durch Polizeiattacken verletzt. Nach der Ermordung der zwei Protestierenden verschärften sich die Kämpfe. In Guatemala-Stadt kämpften tausend Demonstranten militant gegen die Polizei. Der Führer der Bauerngewerkschaft CUC erklärte, dass trotz der beiden Toten der Kampf gerade erst begonnen habe. (taz 16.03.05, jW 17.03.05, FR 21.03.05)

2005 Mai - Juni

Deutscher Militarismus nach Außen

Im Zusammenhang mit der anstehenden Verlängerung des Einsatzes von Bundeswehrtruppen in **Afghanistan** sollen bisherige territoriale Einschränkungen für die deutschen Soldaten vollständig aufgehoben und die Anzahl der dort stationierten Soldaten auf 3.000 erhöht werden. Vorgesehen ist, den gesamten Nordosten des Landes militärisch zu kontrollieren, sich in die „Bekämpfung“ des Drogenanbaus einzuschalten und durch Patrouillenfahrten noch offensiver aufzutreten. (FR 28.05, 17.06, 24.06.05) Der seit sechs Jahren laufende Bundeswehreininsatz in **Kosova** wurde am 2. Juni um ein weiteres Jahr verlängert. Die Bundeswehr stellt mit 2.500 Soldaten das größte Truppenkontingent aller in Kosova stationierten ausländischen Armeen. (jW 03.06.05) Anfang Juni befanden sich insgesamt 6.480 deutsche Soldaten im Ausland im Einsatz. (jW 07.06.05) Der deutsche Imperialismus beteiligt sich an sechs von 13 Kampftruppen, die im Rahmen der EU aufgebaut werden. Diese Spezialeinheiten mit einer Stärke von jeweils 1.500 Soldaten sollen innerhalb von zehn Tagen mobilisiert werden und bis zu vier Monate in einem Radius von 6.000 km um Brüssel operieren können. Das Konzept dieser EU-Kampftruppen wurde u. a. von Deutschland entworfen. (FR 24.05.05) Um die Bundeswehr bei polizeilichen Aufgaben im Ausland zu entlasten, wurde Mitte Juni beschlossen, eine spezielle Truppe der Bundespolizei BGS für den

Auslandseinsatz aufzubauen. Bereits im Januar 2006 soll die Ausbildung einer Hundertschaft der Bundespolizei für Auslandseinsätze beginnen. (FR 20.06.05) 120 usbekische Offiziere werden derzeit an verschiedenen Einrichtungen der Bundeswehr ausgebildet. (jW 20.05.05) Seit dem 30. Juni sind 100 Soldaten der Bundeswehr in **Litauen** stationiert, wo sie mit vier Kampfflugzeugen im Luftraum der baltischen Staaten **Litauen, Lettland und Estland** Patrouillenflüge durchführen. (jW 30.06.05) Drei Kriegsschiffe der Bundesmarine, die provokatorisch kurz vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes im Hafen des auf der ukrainischen Halbinsel Krim liegenden Sewastopol vor Anker gingen, wurden während einer Anti-NATO-Demonstration mit Feuerwerksraketen beschossen. (FR 07.05.05)

Massenabschiebung kurdischer Flüchtlinge

Von Düsseldorf aus sind in den frühen Morgenstunden des 28. Juni 70 Kurdinnen und Kurden aus Nordrhein-Westfalen in einer Nacht- und Nebelaktion in die Türkei abgeschoben worden, wo ihnen die politische Verfolgung droht. Die Flüchtlinge, unter ihnen Kinder, holte die Polizei mitten in der Nacht unerwartet von zu Hause und aus dem Schiebefängnis ab. Den erwachsenen Flüchtlingen wurden während der Fahrt zum Flugplatz zwangsweise Psychopharmaka verabreicht, um sie „ruhig zu stellen“. Während die Männer mit Handschellen und teilweise Fußschellen gefesselt waren, wurden die Kinder auf dem Rollfeld von ih-

ren Eltern getrennt. Auf dem Flugplatz selbst dauerte die Polizeiaktion drei Stunden, bis alle Flüchtlinge in das Flugzeug gebracht waren. Einer Rechtsanwältin, die versuchte Kontakt mit einer kurdischen Familie aufzunehmen, verweigerten die Beamten den Zutritt zum Flughafen. (jW 30.06.05)

Kämpfe und Proteste gegen den staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

Im Abschiebefängnis Grünau in **Berlin** begannen am 18. April 16 Flüchtlinge einen Hungerstreik, um gegen die langen Haftzeiten, die schlechte Behandlung und gegen Polizeiübergriffe zu protestieren. Auslöser war die Misshandlung eines Flüchtlings, der von einem Polizisten getreten und mehrmals mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen wurde. Während einer Solidaritätsdemonstration von 140 Antirassistinnen und Antirassisten vor dem Abschiebefängnis versuchten am 7. Mai 15 inhaftierte Flüchtlinge mit den Demonstrierenden in Kontakt zu treten. Sie brachen eine Eisentür auf, versuchten Fensterscheiben einzuschlagen und wehrten das Gefängnispersonal ab. Noch am selben Tag wurden die Hungerstreikenden voneinander isoliert. Nach vierwöchigem Hungerstreik unterbrachen die Flüchtlinge ihren Kampf aufgrund von „Verhandlungsangeboten“ des Gefängnisleiters. Nachdem sich diese „Angebote“ als Lüge herausgestellt hatten, setzten sechs Flüchtlinge nach einer Woche am 23. Mai den Hungerstreik fort. Mittlerweile sind mehrere Hungerstreikende abgeschot-

ben worden; einer von ihnen nach Tunesien, wo er umgehend inhaftiert wurde. Erneut solidarisierten sich am 9. Juni 200 Antirassistinnen und Antirassisten mit einer Demonstration mit den Kämpfenden und protestierten gegen die Haftbedingungen der Flüchtlinge. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch vier Flüchtlinge im Hungerstreik. (jW 03.05, 08.06, 11.06.05, taz 12.05.05) In **München** begannen 64 Flüchtlinge am 3. Mai mit einem Boykott der ihnen zugewiesenen Lebensmittel und forderten die Auszahlung von Bargeld. Die in einem Barackenlager lebenden Flüchtlinge sind gezwungen, identische Essenspakete zu empfangen, die von schlechter Qualität sind und Ernährungsgewohnheiten und gesundheitliche Bedürfnisse nicht berücksichtigen. Flüchtlingsinitiativen unterstützten mit Kundgebungen den Auftakt des Kampfes. Mitte Mai reagierte dann der deutsche Staat auf den Protest und versuchte die Flüchtlinge mit einer nächtlichen Großrazzia einzuschüchtern. Durch Lebensmittelspenden aus der Bevölkerung und durch die Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen konnten die Kämpfenden ihren Protest weiter fortsetzen. Mitte Juni organisierten die Flüchtlinge und ihre Unterstützer mitten in München eine viertägige Aktion, bei der die Bevölkerung über die Forderung der Flüchtlinge informiert wurde. Eine Auszahlung von Bargeld ist nach wie vor nicht absehbar. (jW 07.05, 22.06.05) Mit einer Mahnwache in **Kerpen** (bei Köln) protestierten am 24. Mai 20 Flüchtlinge vor dem Rathaus der Stadt gegen den Erhalt von Sachleistungen statt

Bargeld. Bereits wenige Tage zuvor unterzeichneten 33 Flüchtlinge eine Protestresolution an den Stadtrat, in der sie sich gegen die Umstellung auf den Erhalt von pauschalen Sachleistungen wandten. (anna 26.05.05) Gegen die geplante Massenabschiebung von Flüchtlingen aus Afghanistan demonstrierten am 11. Mai und am 21. Mai in **Hamburg** 2.000 bzw. 1.600 afghanische Flüchtlinge und forderten ein Bleiberecht. (jW 12.05, 23.05.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 24. April überfielen 15 Nazis in **Frankfurt/Main** unter Rufen wie „Wir bringen euch alle um“ vier Jugendliche und prügelten und traten auf sie ein. Die Opfer erlitten dabei alle Gehirnerschütterungen, einem wurden zwei Zähne ausgeschlagen, einer erlitt einen Kieferbruch. Der Pressesprecher der Polizei behauptete später, in Frankfurt gebe es keine Naziaktivitäten. (Jungle World 29.06.05) Ein Nazi beschimpfte in der Nacht zum 1. Mai in **Langenfeld** einen Mann mit dunkler Hautfarbe aus der Dominikanischen Republik rassistisch und prügelte ihn anschließend fast zu Tode. Das Opfer musste mit lebensgefährlichen Verletzungen in eine Spezialklinik eingeliefert werden. (taz 06.05.05) In **Frankfurt(Oder)** überfielen am 5. Mai 20 Nazis fünf Menschen aus anderen Herkunftsländern. (jW 07.05.05) Ebenfalls am 5. Mai überfielen in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) acht Nazis einen Flüchtling aus Liberia und verletzten ihn schwer. Sie prügelten auf ihn ein, rissen ihn zu Boden und schlugen mit Bierflaschen auf seinen Kopf.

(FR 07.05.05) In **Cottbus** (Brandenburg) schlugen in der Nacht zum 8. Mai zwei Nazis einen Inder zusammen. In **Braunschweig** (Niedersachsen) stachen in der Nacht zum 13. Mai zwei Nazis einen Flüchtling aus Sierra Leone nieder und verletzten ihn lebensgefährlich. (Jungle World 18.05.05) Am 14. Mai überfielen 20 Nazis in **Cottbus** ein Jugendzentrum und prügelten auf die Besucher einer antifaschistischen Info-Veranstaltung ein. (Jungle World 25.05.05) Am 2. Juni wurde in **Laufach** (Bayern) ein Postbote mit dunkler Hautfarbe von vier Nazis angegriffen. Anschließend hetzten sie dem Flüchtenden einen Bullterrier hinterher. Der Überfallene konnte sich in sein Auto retten. (jW 04.06.05) Erst nach mehr als sechs Wochen teilte die Polizei mit, dass am 1. Mai in **Berlin-Grünau** ein 40-jähriger Mann in seiner Wohnung von fünf Nazis überfallen, zusammengeschlagen und schwer verletzt wurde. Das Opfer lag zwei Tage bewusstlos in seiner Wohnung. (jW 29.06.05) In **Dortmund** griffen am 9. Juni zwei Nazis zwei Flüchtlinge aus Jugoslawien und der Türkei mit einem Baseballschläger und einem Messer an. Die Opfer konnten sich in einer Flüchtlingsunterkunft in Sicherheit bringen und erhielten von dort Hilfe. Mehrere Flüchtlinge traten den Nazis entgegen und wehrten ihren Angriff erfolgreich ab. Die Polizei ermittelt nun u. a. gegen den Flüchtling aus Jugoslawien unter dem Vorwand der „Überschreitung der gesetzlichen Notwehrrechte“. (Jungle World 15.06.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

In **Leipzig** demonstrierten am 1. Mai 3.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 800 Nazis. Den Antifas gelang es trotz Wasserwerfer- und Schlagstockeinsatz, den Nazi-Aufmarsch zu stoppen. Ebenfalls am 1. Mai blockierten 500 Menschen in **Nürnberg** am Hauptbahnhof einen Aufmarsch von 250 Nazis. Trotz massiven Polizeieinsatzes konnte die Blockade aufrechterhalten werden, so dass die Nazis mitten durch den Bahnhof umgeleitet werden mussten. Auf ihren Abschlusskundgebungsplatz wurden sie von mehreren tausend Antifas empfangen, in deren lautstarken Protest die Nazi-Kundgebung unterging. (anna 05.05.05) Trotz weiträumiger Absperrungen gelang es kämpferischen Antifas am 1. Mai in **Frankenthal** (Rheinland-Pfalz) einen Aufmarsch von 300 Nazis zu blockieren, so dass diese umgeleitet werden mussten. 400 Menschen beteiligten sich an einer Gegendemonstration. Dieselben Nazis fuhren mit erheblicher Verspätung zu einem weiteren Aufmarsch nach **Worms** (Rheinland-Pfalz). Dort wurden sie am Bahnhof von 1.200 Antifas empfangen. Hier setzte die Polizei mit großer Brutalität den Nazi-Aufmarsch durch. (anna 19.05.05) Aus Anlass des 60. Jahrestages des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über Nazi-Deutschland wurden bundesweit eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen, antifaschistische Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. In **Berlin** konnten am 8. Mai tausende Antifas einen Aufmarsch von 1.500 Nazis verhindern. (jW 09.05.05) In **München** protestierten 2.000 Antifas ge-

gen einen Aufmarsch von 60 Nazis und blockierten über mehrere Stunden deren Aufmarschplatz. (anna 19.05.05) In **Düsseldorf** gingen 500 und in **Dortmund** 300 Menschen anlässlich des 8. Mai auf die Straße. (jW 09.05.05) 500 Antifas demonstrierten am 21. Mai in **Berlin** gegen zwei Nazi-Geschäfte, die von jeweils 150 Polizisten geschützt wurden. (taz 25.05.05) Am 28. Mai beteiligten sich in **Weimar** (Thüringen) 2.000 Menschen an Demonstrationen und Aktionen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. (jW 30.05.05) In **Jena** (Thüringen) protestierten 5.000 Menschen am 11. Juni gegen eine Veranstaltung von 450 Nazis. 500 kämpferische Antifas blockierten den Veranstaltungsort, so dass dieser verlegt werden musste. Die Polizei nahm 64 Gegendemonstranten fest. (FR 13.06.05) In **Halbe** (Brandenburg) verhinderten am 18. Juni 800 Antifas einen Aufmarsch von 100 Nazis zum größten deutschen Soldatenfriedhof. Am selben Tag protestierten in **Braunschweig** (Niedersachsen) 1.500 Antifas gegen einen Aufmarsch von 280 Nazis. Mit großer Brutalität griff die Polizei eine Blockade kämpferischer Antifas an und nahm 80 von ihnen fest. (taz 20.06.05) Ein Aufmarsch von 250 Nazis wurde am 25. Juni in **Erfurt** (Thüringen) durch wiederholte Blockaden um mehrere Stunden verzögert. Insgesamt protestierten 1.000 Menschen gegen den Nazi-Aufmarsch. Es gelang den Protestierenden die Nazis zu hindern, vor der Synagoge der Stadt aufzumarschieren. (jW 27.06.05) Vier Antifaschisten, die Ende Juni in **Potsdam** einen stadtbekanntem Na-

zi militant angriffen, wurden von der Polizei verhaftet. Während der angegriffene Nazi lediglich Schürfwunden und eine Platzwunde am Kopf davontrug, wurde gegen die Antifaschisten umgehend Haftbefehl wegen Verdachts auf versuchten Mordes erlassen. (taz 24.06.05)

Streikkämpfe und Proteste von Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland

Von Anfang Mai bis Mitte Juni standen die Arbeiterinnen und Arbeiter der Druckindustrie in Warnstreiks, um u. a. die Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich abzuwehren. Bereits in den ersten drei Streiktagen beteiligten sich über 10.000 Beschäftigte in über 100 Betrieben an den Warnstreiks, unter ihnen auch viele Nichtgewerkschaftsmitglieder. In den folgenden Wochen wurde die Kampfbereitschaft der Arbeiterinnen und Arbeiter noch deutlicher. In einer Frankfurter Druckerei standen Mitte Mai 99 Prozent der Beschäftigten der Nachtschicht im Streik. Viele Betriebe wurden seit Jahren wieder, manche sogar zum ersten Mal bestreikt. So fand in einer Druckerei in Itzehoe seit 20 Jahren wieder ein Arbeitskampf statt. Am 31. Mai gingen in Hamburg 1.200 Beschäftigte der Druckindustrie auf die Straße und demonstrierten für ihre Forderungen. Allein an diesem Tag streikten Druckarbeiterinnen und -arbeiter in Leipzig, Karlsruhe, Stuttgart, München, Köln, Berlin und in zahlreichen weiteren Städten. Nach über sechswöchigen Warnstreiks und der Ankündigung, die Kampfaktionen zu einem mehrwöchigen Vollstreik auszuweiten, konn-

te im Tarifabschluss trotz Zugeständnissen und Einbußen die 35-Stunden-Woche und der Flächentarifvertrag erhalten werden. (FR 13.05.05, jW 23.05, 02. 06, 18.06.05) Am 24. Mai legten 7.500 Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe für sieben Stunden ihre Arbeit nieder. Die Streikbeteiligung lag bei 100 Prozent. Sie protestierten gegen den SPD-PDS Senat, der bei den laufenden Tarifverhandlungen nicht bereit ist, eine, wenn auch fragwürdige, Arbeitsplatzsicherung zu vereinbaren. Die Gewerkschaft selbst war zu diesem Zeitpunkt schon bereit, Lohnkürzungen von durchschnittlich acht Prozent, für Neueingestellte von 25 Prozent, zu akzeptieren, was, so eine PDS-Sprecherin, „nicht ausreichend“ sei. (jW 25.05.05) Ebenfalls in Berlin versammelten sich am 26. Mai 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Betriebe, u. a. mehrerer Siemens-Werke, Osram, Daimler-Chrysler und BMW, zu einer Solidaritätsdemonstration mit den von Entlassung bedrohten Kolleginnen und Kollegen des Bosch-Siemens-Haushaltsgerätewerkes. 800 Beschäftigte der BSH empfingen während der Arbeitszeit mit großer Begeisterung vor dem Werkstor die Demonstrierenden, die ihre Unterstützung mit ihnen ausdrückten. Vor dem Hauptsitz der BSH in München protestierten am 31. Mai 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die geplante Schließung des Werkes in Berlin. (jW 27.05.05, FR 01.06.05) Gegen die Schließung eines Werkes zur Rolltreppenproduktion in Hattingen (Nordrhein-Westfalen) protestierten am 18. Mai 2.000 Menschen in der Innenstadt. (jW 19.05.05)

1.200 Arbeiterinnen und Arbeiter des Nürnberger AEG-Werkes protestierten am 9. Juni mit Warnstreiks und Kundgebungen ebenfalls gegen die Schließung ihres Betriebes. (jW 10.06.05)

Massenproteste in Bolivien

Erneut protestierten in Bolivien Arbeiterinnen und Arbeiter, Kokabauern, Land- und Bergarbeiter gegen die reaktionäre Regierung. Auslöser war die Verabschiedung eines Energiegesetzes, welches die Erdgasressourcen des Landes den internationalen Konzernen auslieferte. Zehntausend Menschen besetzten am 16. Mai das Stadtzentrum des Regierungssitzes in La Paz und versuchten das Kongressgebäude zu stürmen. Die Polizei griff die Protestierenden mit Gasgeschossen an. Am selben Tag brach ein Demonstrationzug von tausend Kokabauern und Landarbeiterinnen und -arbeitern von der 190 km von La Paz entfernten Ortschaft Caracollo zum Regierungssitz auf. Ein weiterer Demonstrationzug nach La Paz startete von dem 400 km entfernt liegenden Ort Cochabamba. Am nächsten Tag errichteten die Protestierenden in mehreren Städten erste Straßensperren. Die Kämpfe verstärkte sich in den folgenden Tagen. Straßensperren, Demonstrationen und Streiks überzogen das Land. In El Alto legte ein Generalstreik das öffentliche Leben lahm und die Straße zum Flughafen der Stadt wurde blockiert. Am 30. Mai versuchten zum wiederholten Male tausende Demonstranten in La Paz in die Zone zum Präsidentenpalast einzudringen.

Einen Tag später blockierten Zehntausende den Regierungssitz und verhinderten das Zusammentreten des Parlaments. Zu diesem Zeitpunkt blockierten die Protestierenden bereits 60 Prozent aller Fernstraßen des Landes. Nachdem 150.000 Menschen am 6. Juni durch das Zentrum von La Paz demonstrierten, erklärte Präsident Mesa, Nachfolger des durch militante Massenproteste 2003 gestürzten Präsidenten Sánchez de Lozada, seinen Rücktritt. Schon am nächsten Tag richteten sich die Kämpfe gegen den verfassungsmäßigen Nachfolger Vaca Diaz, der angekündigt hatte, die Proteste militärisch niederzuschlagen. Am 9. Juni waren tausende Indigenas in Richtung Sucre unterwegs, um seine Ernennung zu verhindern. Sucre, wo eine Kongresssitzung zur Ernennung Vaca Diaz stattfinden sollte, war bereits seit Tagen durch die Protestierenden vom Umland abgeschnitten. Am selben Tag erklärten die Militärführer, den Aufstand eigenmächtig zu unterdrücken. Soldaten, die Bergarbeiter in Sucre angriffen, erschossen einen von ihnen, woraufhin es zu Straßenschlachten zwischen Demonstrierenden und Polizeitruppen kam. Vaca Diaz selbst flüchtete sich in die Obhut des Militärs. Ein von Parlament ernannter Interimspräsident kündigte an, sein Amt nur bis zu den vorgezogenen Neuwahlen in Dezember auszuüben. (jW 18.05, 25.05, 28.05, 01.06, 03.06, 08.06, 10.06, 11.06.05, taz 02.06, 09.06.05)

Weltweites ökonomisches Eingreifen des deutschen Imperialismus

Im Jahre 2004 erreichten die deutschen Exporte in den Irak, in Höhe von 370 Millionen Euro, fast das Vorkriegsniveau. Laut IHK-Vorsitzenden für München und Oberbayern, Greiner, ist der Irak für die BRD im „arabischen Raum“ der wichtigste Markt. Zudem sei bis heute die deutsche Technik im Irak vorherrschend. (jW 15.07.05) Ebenfalls im letzten Jahr stiegen die deutschen Exporte in den Iran um 35 Prozent auf 3,5 Milliarden Dollar. Deutschland ist für den Iran neben den Vereinigten Arabischen Emiraten der wichtigste Handelspartner. (FR 08.07.05) Die Exporte des deutschen Maschinenbaus stiegen im letzten Jahr um zwölf Prozent auf 97,8 Milliarden Euro. Der deutsche Anteil am Welthandel mit Maschinen lag mit 19,3 Prozent vor Japan mit 13,3 Prozent an erster Stelle. Im Juni dieses Jahres stiegen die Auslandsbestellungen um 20 Prozent gegenüber dem Juni 2004. (FR 15.07.05) Im ersten Halbjahr 2005 stiegen die Exporte der deutschen Wirtschaft um 5,9 Prozent auf 382,3 Milliarden Euro und damit auf den höchsten Wert seit Gründung der BRD. (taz 10.08.05)

Für 61,5 Millionen Euro übernahm T-Online den spanischen Netzbetreiber Albura, der 40 Prozent des spanischen DSL-Marktes beherrscht. T-Online will bis Ende 2006 diesen Anteil auf 60 Prozent erhöhen. Bis 2007 plant der Konzern Investitionen in Spanien und Frankreich in Höhe von insgesamt bis

zu einer Milliarde Euro. (FR 01.07.05) VW will bis 2008 zwei Milliarden Dollar in seine Fabrik im mexikanischen Ort Puebla investieren. (FR 21.07.05) Um 9,5 Prozent auf 13,7 Milliarden Euro stieg im ersten Halbjahr 2005 das Auslandsgeschäft des Handelskonzerns Metro. Allein die zum Konzern gehörenden Cash & Carry-Märkte erhöhten in Osteuropa ihren Umsatz um knapp 25 Prozent. (taz 03.08.05) Für 3,1 Milliarden Euro will Adidas den US-Konkurrenten Reebok kaufen. (jW 04.08.05) Im französischen Lebensmittel-Discount ist Lidl mit über 1.200 Geschäften Marktführer vor Aldi mit über 700 Geschäften. (FR 06.08.05) Daimler-Chrysler erhöhte in China in den ersten sieben Monaten dieses Jahres seinen Absatz von Mercedes-Benz-Fahrzeugen um 21 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (FR 31.08.05) Der größte Touristikkonzern Europas, TUI, will für 1,7 Milliarden Euro die kanadisch-britische Containergesellschaft CP Ships kaufen und damit seine Tochtergesellschaft Hapag-Lloyd zur weltweit fünfgrößten Reederei machen. (FR 22.08.05)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

45 Antifas, die mit anderen am 4. Dezember letzten Jahres in Steinburg (Schleswig-Holstein) gegen eine NPD-Wahlkampfveranstaltung protestierten und von den Nazis vor laufenden Fernsehkameras und unter den Augen der Polizei überfallen wurden, erhielten Anfang 2005 von der Polizei die Aufforderung, sich einer erkennungsdienstlichen Behandlung zu unterziehen. Während die

Nazis nach dem Überfall ihre Veranstaltung fortsetzen konnten, wurden die Antifas von der Polizei eingekesselt und bis 21 Uhr in Gewahrsam gehalten. In Schreiben, das den 45 Antifas von der Polizei wegen der ED-Behandlung zugeht, wird ihnen aufgrund der Teilnahme an dem Protest „eine nicht unerhebliche kriminelle Energie“ und „kriminelles Verhalten“ vorgeworfen. (Enough is enough! 23/05) Unter dem Vorwand, dass mehrere Antifas am 1. Juni an einer Aktion gegen zwei Nazis in Berlin beteiligt gewesen waren, bei dem die Nazis mit Prellungen und Hautabschürfungen davorkamen, wurden am 6. Juli in den frühen Morgenstunden 15 Wohnungen in Berlin, Potsdam und Eisenhüttenstadt von der Polizei durchsucht. Mehrere Wohnungen wurden mit Rammböcken aufgebrochen, Bewohner aus den Betten gezerrt und mit vorgehaltener Waffe bedroht, Wohnungseinrichtungen wurden zerstört, eine Person wurde nackt in die Scherben einer vorher zerstörten Glasscheibe geworfen. Die Polizei beschlagnahmte Computer und persönliche Unterlagen der Antifas. (jW 09.07.05, Interim 14.07.05) Am 27. August überfiel in Berlin die Polizei eine antifaschistische Veranstaltung, um 69 NPD-Wahlplakate, welche die Antifas aus dem öffentlichen Straßenbild entfernt hatten, zu beschlagnahmen. Während des dreistündigen Polizeieinsatzes wurden mehr als 100 Antifas einzeln aus dem Gebäude geführt, fotografiert und deren Personalien aufgenommen. 200 Sympathisierende, die sich vor dem Gebäude versammelten, wurden von der Polizei mit Knüppeln auseinan-

dergejagt. Zugleich fanden in mehreren Wohnungen und Büros Hausdurchsuchungen des Sondereinsatzkommandos statt. Insgesamt waren 300 Polizisten an den Einsätzen beteiligt. (jW 29.08.05)

Widerrufsverfahren gegen staatlich anerkannte Flüchtlinge

Flüchtlingen, denen es in Deutschland gelungen ist als solche anerkannt zu werden – im ersten Halbjahr 2005 gelang das nur noch 284 Flüchtlingen –, wird in Widerrufsverfahren in steigendem Maße der Asylstatus wieder aberkannt. Während 1998 „nur“ 557 Flüchtlingen das Asyl wieder aberkannt wurde, stieg die Zahl im Jahr 2003 auf über 8.000 und im Jahr 2004 auf fast 14.000 Flüchtlinge an. Im ersten Halbjahr 2005 ist bereits bei 6.000 Flüchtlingen der Asylstatus widerrufen worden. Ca. 7.000 weitere Flüchtlinge sind in diesem Jahr davon bedroht. Insbesondere Menschen aus dem Irak und Iran sind z. Z. betroffen. Die Flüchtlinge, deren Asylstatus aberkannt wurde, verlieren zugleich ihre Arbeitserlaubnis und soziale Absicherung und müssen damit rechnen, als „Geduldete“ in Containerlagern untergebracht zu werden. (jW 21.07.05, FR 27.08.05)

Repression gegen kämpferische Werktätige

Nach einem erfolgreichen Arbeitskampf der Eichborn-Brauerei in Mannheim im Februar, bei dem die Arbeiterinnen und Arbeiter Lohnerhöhungen erreichten, betriebsbedingte Kündigungen und Ausgliederungen verhinderten und der der längste Arbeits-

kampf seit zehn Jahren der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten war, wurde Mitte des Jahres einem der Streikaktivisten gekündigt. Die Kündigung erfolgte unter dem Vorwand, er habe „nicht nur eine Straftat, sondern auch einen schweren Angriff auf den Betriebsfrieden“ getan, als er nach dem Streik einen Streikbrecher ermahnt hatte. Der Streikbrecher selbst allerdings, fühlte sich durch die Ermahnung überhaupt nicht bedroht und hatte sich auch nicht darüber beschwert. (jW 12.07.05) Eine Lidl-Filiale in München hat Ende Juli einer Kassiererin fristlos gekündigt, die zuvor aktiv für die Gründung eines Betriebsrates gekämpft hatte. Die Gründung des Betriebsrates war zwei Wochen vorher durch den vehementen Druck mehrerer Lidl-Chefs auf die dort beschäftigten Frauen gescheitert. U. a. wurden die Verkäuferinnen zu Einzelgesprächen vorgeladen. Die Kündigung selbst erfolgte unter dem Vorwand der Beleidigung. Von 2.600 Filialen des Lidl-Konzerns in Deutschland gibt es in nur acht Filialen einen Betriebsrat. Ebenfalls fristlos gekündigt wurde einem Betriebsratsmitglied der Gegenbauer Sicherheitsdienste wegen „gewerkschaftspolitischer Propaganda“ und „Störung des Betriebsfriedens“. (jW 01.08.05) Ein Arbeiter, der von Opel nach dem Streik im letzten Jahr fristlos entlassen wurde und dagegen geklagt hatte – Opel hatte im Verlauf des Arbeitskampfes zugesichert, keine arbeitsrechtlichen Schritte gegen die Streikenden zu erlassen –, erlitt vor Gericht eine Niederlage. Gekündigt wurde ihm wegen Streikpropaganda und angeblicher Bedro-

hung von Streikbrechern. Das Gericht wandelte die fristlose Kündigung lediglich in eine fristgerechte um. Opel versucht zudem, einem kämpferischen Mitglied des Betriebsrates zu kündigen. (Jungle World 17.08.05)

Antisemitismus in Deutschland

In **Berlin-Weißensee** sind Ende Juni zwei Gräber auf dem jüdischen Friedhof geschändet worden. Vier Grabsäulen, ein Grabstein und drei Grabplatten wurden umgestürzt. (jW 01.07.05) Auf dem jüdischen Friedhof in **Alsbach-Hänlein** (Hessen) ist am 16. Juli die Friedhofsmauer mit einem Hakenkreuz und dem Wort „Auschwitz“ und am Friedhofseingang sind drei Gedenktafeln mit schwarzer Farbe beschmiert worden. In **Berlin-Tiergarten** wurde in der Nacht zum 20. Juli ein jüdisches Mahnmal, das an eine zerstörte Synagoge erinnert, mit Farbe beschmiert. Das Mahnmal in der **Levetzowstraße** war in der Vergangenheit schon häufig beschmiert worden. (Jungle World 27.07.05) In **Stralsund** (Mecklenburg-Vorpommern) wurde in der Nacht zum 3. August eine Gedenkstätte, die an die Opfer der Judenverfolgung erinnert, mit Altöl beschmiert. (Jungle World 10.08.05) Anfang August wurden in **Prenzlau** (Brandenburg) mehrere Gebäude und Tafeln, darunter ein Hinweisschild zum jüdischen Friedhof, mit Hakenkreuzen beschmiert. (Jungle World 17.08.05) Auf dem jüdischen Friedhof in **Ebersburg** (Hessen) wurden Ende August 14 Grabsteine mit Nazi-Zeichen beschmiert und zwei Grabsteine umgeworfen. (FR 29.08.05)

Nazi-Mord

Zwei Nazis ermordeten Anfang Juli in **Essen** einen 44-Jährigen. Die Nazis folterten ihn, traten auf ihn ein und fügten ihm schwere Kopfverletzungen zu, an deren Folgen der Mann starb. Beide Täter waren bereits der Polizei als Nazis mit insgesamt über 70 Gewalt- und Vermögensdelikten bekannt. (FR 09.07.05)

Ausschitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Potsdam** überfielen in der Nacht zum 3. Juli 15 Nazis zwei Antifaschisten, prügeln mit Flaschen auf sie ein, schlugen sie zu Boden und traten gegen ihre Köpfe; einem der Opfer wurde das Gesicht zerschnitten. Beide Opfer mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Neun Nazis wurden in Haft genommen, sechs von ihnen umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt. (taz 07.07, 19.07.05) Zwei Nazis beschimpften in **Warnemünde** (Mecklenburg-Vorpommern) am 5. Juli einen Portugiesen rassistisch, schlugen seinen Freund, der ihm beistehen wollte, und bedrohten ihn mit einem Ziegelstein. (Jungle World 27.07.05) Am vorletzten Juli-Weekend haben in **Gera** (Thüringen) ein Dutzend Nazis die Gäste eines türkischen Cafés überfallen und mit Zaunlatten auf sie eingeschlagen. (jW 01.08.05) Ein Nazi überfiel am 27. Juli in **Freiberg** (Sachsen) einen 13-Jährigen mit dunkler Hautfarbe auf einem Spielplatz, nahm sein Fahrrad weg, stieß ihn gegen eine Wippe und trat auf ihn ein. Mehrere Personen, die sich in der Nähe aufhielten, ignorierten den Überfall. (jW 29.07.05) In **Zerbst** (Sachsen-Anhalt) schlug

Ende Juli ein Nazi einen Antifaschisten mit einem Bierglas ins Gesicht. Das Opfer erlitt schwere Verletzungen am rechten Auge, auf dem es fast vollständig blind sein wird. (jW 13.08.05) Zwei Nazis beschimpften Anfang August in **Kreuztal** (Nordrhein-Westfalen) einen Mann aus Nigeria rassistisch. Ein Nazi stach dabei mit einer Schere auf ihn ein und verletzte den Mann. (FR 05.08.05) Am 5. August beschimpften zwei Nazis in **Gera** zwei Männer aus der Türkei rassistisch, schlugen einen von ihnen und fügten ihm Verletzungen zu. (FR 06.08.05) In **Potsdam** ist in der Nacht zum 7. August ein Flüchtling aus Kamerun von fünf Nazis geschlagen und getreten worden. Der Flüchtling musste ins Krankenhaus gebracht werden. Die Nazis, die verhaftet wurden, sind kurz darauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. (FR 09.08.05) Am 12. August überfielen in **Freital** (Sachsen) über ein Dutzend Nazis ein Haus, das mit Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion bewohnt ist. Sie versuchten in das Haus einzudringen und warfen mit Steinen und Flaschen Fensterscheiben ein. Drei Bewohner wurden bei dem Überfall verletzt. (Jungle World 24.08.05) Drei Nazis überfielen in der Nacht zum 14. August in **Potsdam** einen 22-Jährigen, schlugen auf ihn ein und verletzten ihn. (jW 16.08.05) In **Derschen** (Rheinland-Pfalz) überfielen am 23. August mehrere Nazis eine Flüchtlingsunterkunft, riefen rassistische Parolen und warfen 16 Fensterscheiben ein. Bereits im März übten Nazis zwei Anschläge auf diese Unterkunft. (Jungle World 31.08./07.09.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 2. Juli demonstrierten 2.000 Antifas in **Hamburg** gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Der Nazi-Aufmarsch wurde von 1.500 Polizisten geschützt. (Enough is Enough! 23/05) 200 Antifas protestierten am 3. Juli in **Marburg** (Hessen) gegen den „Marktfrüh-schoppen“ von Nazi-Burschenschaften. (FR 04.07.05) In **Trier** (Rheinland-Pfalz) demonstrierten am 9. Juli 500 Antifas gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis. Mit Flaschen- und Steinwürfen versuchten die Antifas den Aufmarsch zu verhindern. Die Polizei nahm 16 von ihnen fest. Am selben Tag protestierten 300 Menschen in **Gera** gegen ein NPD-Treffen mit 700 Nazis. Ebenfalls am 9. Juli protestierten 100 Antifas in **Berlin**-Marzahn gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis und in **Schwerin** (Mecklenburg-Vorpommern) beteiligten sich 2.000 Menschen an einem Bürgerfest, der sich gegen einen Aufmarsch von 140 Nazis richtete. (taz 11.07.05) In **Duisburg** (Nordrhein-Westfalen) demonstrierten am 30. Juli 800 Antifas gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Gleichzeitig demonstrierten mehrere Einwohner des vom Aufmarsch betroffenen Stadtteils Hamborn gegen die Nazis. Nach nur 50 Metern mussten diese ihren Aufmarsch stoppen, der dann zwei Stunden später beendet wurde. Am selben Tag demonstrierten in **Hamburg** über 300 Menschen gegen einen Aufmarsch von 40 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren hetzten. (jW 01.08.05) Ebenfalls am 30. Juli demonstrierten in **Stralsund** mehrere hundert

Menschen gegen 170 Nazis, die dort aufmarschierten. (taz 01.08.05) 250 Antifas demonstrierten am 13. August in **Heidenheim** (Bayern) gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. Am selben Tag wehrten sich mehrere Antifas in **Heilbronn** (Baden-Württemberg) militant gegen einen Info-Stand der NPD. (taz 15.08.05) Gegen eine Wahlkampfveranstaltung der NPD in **Chemnitz** (Sachsen) protestierten am 16. August mehrere hundert Menschen. (FR 18.08.05) In **Nürnberg** demonstrierten am 20. August 1.500 Menschen gegen 350 Nazis, die anlässlich des Todestages des Nazi-Kriegsverbrechers Hess aufmarschierten. Aus dem gleichen Anlass rotteten sich am selben Tag in **Berlin** 700 Nazis zusammen. Obwohl dieser Aufmarsch erst einen Tag vorher bekanntgeworden war, konnten immerhin ca. 350 Antifas mobilisiert werden, die gegen den Aufmarsch demonstrierten. Die Polizei, die den Nazi-Aufmarsch schützte, verletzte mehrere Antifas und nahm elf von ihnen fest. (taz 22.08.05)

Militante Kämpfe in Ecuador

Am 15. August 2005 begannen in Ecuador militante Massenkämpfe gegen die Ausplünderung der Ölvorkommen dieses Landes. Die Kämpfenden besetzten 200 Bohrlöcher, zwei Flughäfen und errichteten Straßenblockaden. Die Regierung verhängte am 17. August über zwei Provinzen Ecuadors den Notstand und die Polizei ging mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Protestierenden vor. Trotzdem erhöhte sich die Zahl der lahmgelegten Bohrlöcher

auf 340. Die Regierung setzte das Militär in Marsch und erteilte ihnen die Schießerlaubnis. Mit militärischer Gewalt gelang es den Herrschenden, die Kontrolle über die Erdölförderung zurückzuerlangen. Zahlreiche Kämpfende wurden verhaftet. Während der zehntägigen Kämpfe fiel die Ölproduktion von 200.000 Barrel täglich auf 10.000. (taz 20.08, 27.08.05, Berliner Morgenpost 21.08.05, FR 22.08.05)

Kampf der Bergarbeiter in Polen

In **Polen** versammelten sich am 26. Juli 10.000 Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter vor dem Parlamentsgebäude in Warschau, wo Gewerkschaftsvertreter mit dem Parlamentspräsidenten verhandelten, der eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit der im Bergbau Beschäftigten durchsetzen wollte. Das Parlamentsgebäude wurde von Spezialeinheiten der Polizei geschützt. Nachdem bekannt wurde, dass die Verhandlungen von seiten der Gewerkschafter vor dem Scheitern standen, griffen die Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter die Polizei mit Stöcken und Steinen an, um das Parlament zu stürmen. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer gegen die Protestierenden ein. Die Kämpfe endeten erst, nachdem der Parlamentspräsident öffentlich bekanntgab, die Beibehaltung der derzeitigen Regelung der Lebensarbeitszeit dem Parlament am 27. Juli zur Beratung vorzulegen, wo eine Bestätigung dieser Regelung als sicher gilt. Während der Kämpfe erlitten mehrere Bergarbeiter schwere Verletzungen. (jW 28.07.05)

Militante Proteste in Jemen

Wegen einer enormen Erhöhung der Benzinpreise begannen Mitte Juli in **Jemen** militante Proteste breiter Volksmassen. In der Hauptstadt Saana versammelten sich mehrere tausend Menschen aus den Armenvierteln im Zentrum zu einer Demonstration. Sie errichteten brennende Straßenbarrikaden, zerstörten Transformatoren, wehrten die Polizei mit Steinwürfen ab und versuchten den Regierungssitz zu stürmen. Auch in anderen Provinzen des Landes kam es zu massiven Protesten gegen die Preiserhöhungen. Aufgrund von Subventionsstreichungen stieg der Benzinpreis um 90 Prozent, Tickets für den öffentlichen Verkehr wurden um ein Drittel teurer. Der Preis für Paraffin, der als Brennstoff für Lampen verwendet wird, stieg um 250 Prozent. Bei den Kämpfen mit der Polizei, die von Militäreinheiten unterstützt wurde, kamen 36 Protestierende ums Leben. (jW 22.07, 23.07.05)

2005 Sept. – Okt.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Am 28. September beschloss der Bundestag, den **Afghanistan**-Einsatz der Bundeswehr um ein weiteres Jahr zu verlängern. Zugleich wird die Anzahl der dort eingesetzten deutschen Soldaten von 2.250 auf 3.000 erhöht und das Einsatzgebiet auf das gesamte Land ausgedehnt. (taz 29.09.05) Bereits Mitte September schickte die Bundesregierung mehrere Soldaten nach **Indonesien**, die im Rahmen eines EU-Einsatzes auf Sumatra einen Waffenstillstand zwischen der indonesischen Regierung und den Kämpferinnen und Kämpfern für die Unabhängigkeit von Aceh überwachen sollen. Die Bundeswehr befindet sich damit bereits in zehn Staaten weltweit im Einsatz. (Jungle World 21.09.05) Ca. 80 deutsche Soldaten wurden Anfang Oktober in die **Vereinigten Arabischen Emirate** zur Ausbildung irakischer Pioniere gesandt. (taz 05.10.05) Im Verlauf der Amtszeit der rot-grünen-Bundesregierung wurden für Auslandseinsätze der Bundeswehr mehr als sieben Milliarden Euro ausgegeben. (jW 10.09.05)

Ausschnitte staatlicher Repression gegen demokratische und antifaschistische Kräfte

Am 5. September verbot die Bundesregierung die in Frankfurt/Main erscheinende kurdische Zeitung *Özgür Politika*. 300 Polizisten durchsuchten 60 Büros, Wohnungen und Redaktionsräume und beschlagnahmten Computer, Kameras und Schriftstücke. Von der in acht Bundesländern durchge-

führten Razzia, waren auch mehrere kurdische Verlage und eine kurdische Nachrichtenagentur betroffen. (jW 06.09.05) In Aachen wurden am 28. September vier Anarchisten aus Spanien und Belgien wegen einer 20-minütigen Geiselnahme zu Haftstrafen von bis zu 14 Jahren und zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Angeklagten wurden während der Transporte zum Gericht mehrfach gefesselt, ihnen wurden Säcke über den Kopf gezogen und ihre Gehörgänge verschlossen. Personaldaten der Zuschauer wurden an die Polizei weitergegeben. (ak 21.10.05) In Berlin ist am 7. September ein Totalverweigerer zu 90 Tagesstrafen zu je zehn Euro verurteilt worden. (jW 08.09.05) Am 10. Oktober wurden in München zwei Antifaschisten, die sich militant gegen Nazis wehrten, wegen „gefährlicher Körperverletzung“ zu Arreststrafen verurteilt. Weil sich die Aussagen der sieben Nazis vor Gericht massiv widersprachen, wertete die Richterin diese Aussagen als Zeichen besonderer Glaubwürdigkeit. (jW 12.10.05) Ebenfalls in München stürmte am 19. Oktober die Polizei bei neun Antifaschistinnen und Antifaschisten die Wohnungen, führten Hausdurchsuchungen durch und beschlagnahmten Kleidungsstücke und einen Computer. Die Antifas wurden zudem zu einer DNS-Entnahme gezwungen. Vorwand der Polizei waren antifaschistische Proteste am 2. Juni dieses Jahres gegen mehrere Nazis, die sich in einer Kneipe zusammengerottet hatten. (jW 20.10.05)

Weitere Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland

Während von 1995 bis 2004 die Reallöhne in Schweden und Großbritannien um über 25 Prozent, in den USA und Irland um mehr als 19 Prozent und in Dänemark um mehr als 15 Prozent stiegen, sanken im gleichen Zeitraum die Reallöhne in Deutschland um 0,9 Prozent. Mittlerweile ist jeder dritte Vollzeitarbeitsplatz in Deutschland ein Niedriglohnjob. (ak 16.09.05) In Bremen müssen 9.000 Menschen, die von ALG II „leben“ zwangsweise in billigere Wohnungen umziehen. (jW 01.10.05) Die Zahl der von ALG II Betroffenen in Berlin stieg von 225.000 Menschen zum Jahresanfang auf 314.000 im September. Mittlerweile ist jeder sechste Berliner Haushalt von ALG II abhängig. (jW 12.10.05) Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg 2004 in Hessen um 9 Prozent auf 101.500 Haushalte gegenüber 2003. (FR 09.09.05) Gegenüber Ende der 90er Jahre wurde Sozialhilfeempfängern eine 20-prozentige Einbuße ihrer Bezüge zugemutet. (FR 12.10.05) Die zukünftige Bundeskanzlerin Merkel kündigte bereits an, dass die Renten im nächsten Jahr zum drittenmal in Folge nicht steigen werden. Stattdessen sollen über eine Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages für Senioren die Renten sinken. Gleichzeitig wird das Renteneintrittsalter von 2011 an schrittweise um einen Monat angehoben und soll auf 67 Jahre steigen. (jW 21.10, 22.10.05, FR 28.10.05) 2004 sank die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um 9 Prozent auf 410.697. Nur knapp 30 Prozent aller Be-

triebe bieten eine Ausbildung an. 400.000 Jugendliche werden zur Zeit in „berufsvorbereitende Maßnahmen“ abgeschoben unter dem Vorwand, sie seien nicht ausbildungsfähig. In Ostdeutschland kommen auf eine Lehrstelle 13 Bewerberinnen und Bewerber. (jW 13.10.05) Von 1998 bis 2003 stiegen in den Haushalten die Ausgaben für Heizung, Strom und Kraftstoffe um über 25 Prozent. Im September dieses Jahres stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat die Kraftstoffpreise um über 17 Prozent und Heizöl verteuerte sich um 40 Prozent. (jW 23.09, 13.10.05)

Antisemitismus in Deutschland

Mitte Oktober begann in **Berlin** eine Serie antisemitischer Schmierereien nach einem identischen Muster. Jüdische Gedenkstätten und Grabsteine, sowjetische Ehrenmale und öffentliche Gebäude wurden mit Davidsternen beschmiert. Bis Ende Oktober stieg die Zahl dieser antisemitischen Schmierereien auf 30 an. Die offizielle Zahl antisemitischer Straftaten stieg in Berlin bis August 2005 auf 147 Fälle gegenüber 120 Fällen im Vorjahreszeitraum. (taz 19.10, 26.10.05, jW 20.10.05, Berliner Morgenpost 30.10.05) Im Landkreis **Altenkirchen** (Rheinland-Pfalz) wurde in der Nacht zum 23. September zum wiederholten Male ein jüdischer Friedhof verwüstet. Grabsteine sind zerstört oder mit Hakenkreuzen beschmiert worden. (Jungle World 12.10.05) In **Berlin** wurde Ende September das Ehrengrab eines jüdischen Komponisten beschädigt. (Jungle World 05.10.05) Ebenfalls in **Berlin** wurde am 3. Ok-

tober das jüdische Mahnmal in Tiergarten mit schwarzer Farbe beschmiert. (Jungle World 12.10.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Erst am 20. August wurde in der Öffentlichkeit bekannt, das am 22. Juli in **Mannheim** (Baden-Württemberg) ein 25-Jähriger von Nazis so schwer verprügelt wurde, dass er beinahe ums Leben kam. Das Opfer erlitt einen Schädelbasisbruch und Hirnblutungen. Ein Freund des 25-Jährigen, der ihm helfen wollte, wurde ebenfalls verprügelt. Am 20. August ist in **Mannheim** ein 17-Jähriger von drei Nazis in einer Straßenbahn verprügelt worden, der gegen ihre rassistischen Parolen protestiert hatte. Hilfe von Fahrgästen in der vollbesetzten Straßenbahn blieb aus. (anna 08.09.10) In **Berlin-Hellersdorf** wurde am 10. September ein 49-jähriger Afrikaner von drei Nazis überfallen und verprügelt. Das Opfer musste im Krankenhaus behandelt werden. Die von der Polizei festgenommenen Täter wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Am 12. September überfielen in **Eisenhüttenstadt** (Brandenburg) zwei Nazis einen 19-jährigen Polen und verprügelten ihn. Während der 19-Jährige im Krankenhaus behandelt werden musste, wurden die Nazis nach ihrer Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt. (Jungle World 21.09.05) In **Wittenberg** (Sachsen-Anhalt) ist Mitte September ein türkisches Imbisslokal verwüstet und ausgeraubt worden. (taz 14.09.05) In **Halle** (Sachsen-Anhalt) haben Mitte September vier Nazis einen 30-jährigen Mann aus

Gambia in einer Straßenbahn verprügelt. Die Nazis sind kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassen worden. (Jungle World 28.09.05) Am 12. Oktober verübten Nazis in **Kleinwulkow** (Sachsen-Anhalt) einen Brandanschlag auf eine Pension, die von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt ist. Das Feuer konnte noch rechtzeitig gelöscht werden, bevor jemand verletzt wurde. (Jungle World 19.10.05) Mehrere mexikanische Musiker wurden am 15. Oktober auf einer Autobahn-Raststätte in der Nähe von **Neuruppin** (Brandenburg) von einer Nazi-Gruppe überfallen. Die Opfer, die sich gegen den Überfall wehrten und dabei drei Nazis verletzten, wurden von der Polizei beschuldigt, die Nazis angegriffen zu haben. (FR 20.10.05) Offiziell stieg die Zahl der Nazi-Straftaten in der ersten Jahreshälfte 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum bundesweit um 1.051 auf 4.865. (taz 05.09.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Ende August protestierten 250 Menschen in **Berlin-Neukölln** gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis. 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten, den von der Polizei geschützten Nazi-Aufmarsch militant zu verhindern. (taz 01.09.05) Am 3. September demonstrierten in **Berlin** 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. Am selben Tag demonstrierten 800 Antifas in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 250 Nazis. Den Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch für eine hal-

be Stunde zu blockieren. Acht von ihnen wurden von der Polizei festgenommen, die mit Schlägen und Tritten die Blockade angegriffen hat. Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von 3.000 Polizisten geschützt wurde, demonstrierten ebenfalls am 3. September 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Oldenburg** (Niedersachsen). Die Polizei nahm 50 von ihnen zeitweilig fest. (jW 05.09.05) 50 Antifas protestierten am 4. September in **Wunsiedel** (Bayern) gegen eine Wahlkampfveranstaltung von 100 Nazis der NPD. (PB 07/09) Am 10. September demonstrierten 2.000 Antifas in **Hamburg** gegen ein Nazi-Geschäft auf St. Pauli. 200 Antifas protestierten am selben Tag in **Magdeburg** gegen zwei Nazi-Aufmärsche in der Stadt mit insgesamt 150 Nazis. (jW 12.09.05) Gegen ein Nazi-Geschäft vor Ort und für die Rechte von Flüchtlingen demonstrierten am 17. September 500 Antifas in **Hennigsdorf** (Brandenburg). (jW 19.09.05) In **Potsdam** demonstrierten am 24. September 650 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Nazi-Terror. Am Rande der Demo überfielen Nazis eine Antifaschistin, bewarfen sie mit Steinen und fügten ihr schwere Kopfverletzungen zu. (jW 26.09.05) 2.000 kämpferische Antifas verhinderten am ersten Oktoberwochenende in **Leipzig** durch eine Blockade einen Nazi-Aufmarsch. Die 170 Nazis, die von 2.100 Polizisten geschützt wurden, kamen nur wenige hundert Meter weit. Am selben Wochenende protestierten 120 Menschen in **Görlitz** (Sachsen) gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis. Demonstrationen gegen Nazi-Terror und Nazi-

Aufmärsche fanden im selben Zeitraum auch in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) und **Lampertheim** (Hessen) statt. (taz 04.10.05) In **Wernigerode** (Sachsen-Anhalt) griffen am 7. Oktober ca. 40 Antifas militant eine Nazi-Gruppe an, jagte sie auseinander und verpasste zwei Nazis einen Denkkettel. (taz 10.10.05) 1.000 Menschen protestierten am 8. Oktober in **Eisenach** (Thüringen) gegen 250 Nazis, die sich dort zu drei Kundgebungen zusammengerottet hatten. (taz 10.10.05) Am 14. Oktober protestierten in **Wernigerode** 300 Menschen gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. 150 Menschen beteiligten sich am 15. Oktober in **Schönebeck** (Sachsen-Anhalt) an einer Kundgebung gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. (FR 17.10.05) 500 Antifas demonstrierten am 22. Oktober in **Berlin-Pankow** gegen 120 Nazis, die dort aufmarchierten. Die Polizei nahm neun Antifas fest. (taz 24.10.05) In **Göttingen** (Niedersachsen) verhinderten am 29. Oktober 3.200 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch militante Kämpfe einen Aufmarsch von 350 Nazis, der nach wenigen hundert Metern beendet war. (Berliner Morgenpost 30.10.05)

Kämpfe und Proteste gegen den deutschen Militarismus

In **Bochum** (Nordrhein-Westfalen) protestierten Anfang September Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gegen eine Feier der Bundeswehr anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens. Die Bundeswehr hatte dazu den Kirmesplatz der Stadt besetzt und

vom 8. bis 12. September zum „militärischen Sperrgebiet“ deklariert. Protestierenden wurde der Zutritt verweigert. Am 9. September beteiligten sich 300 Menschen an einem antimilitaristischen Fest in der Innenstadt. (jW 12.09.05) In **Köln** (Nordrhein-Westfalen) protestierten Gegnerinnen und Gegner des deutschen Militarismus am 21. September im Kölner Dom gegen ein dort stattfindendes Gelöbnis von 280 Soldatinnen und Soldaten. Schon am frühen Morgen protestierten Friedensgruppen mit Mahnwachen und Aktionen gegen das Gelöbnis. Am Abend desselben Tages demonstrierten 200 Menschen vor dem Dom gegen den „Großen Zapfenstreich“ der Luftwaffe. (FR 22.09.05, taz 23.09.05) 2.000 Menschen, die am 26. Oktober in **Berlin** gegen den „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr protestierten, wurden mit massiver Polizeigewalt konfrontiert. Die Polizei griff die Demonstrierenden immer wieder mit Schlagstöcken an und prügelte auf sie ein. Einer Frau wurden dabei die Beine gebrochen. (jW 28.10.05) Am 8. September begann eine Bürgerinitiative in **Berlin** mit einer viertägigen Mahnwache vor dem Brandenburger Tor. Die Bürgerinitiative protestierte damit gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Bereits seit 13 Jahren kämpfen sie gegen die Nutzung des Geländes als Bombenabwurfplatz der Bundeswehr. (taz 09.09.05)

Proteste gegen den staatlichen Abschiebeterror

In mehreren Städten führten Flüchtlingsinitiativen am 28. August einen Aktionstag

gegen Abschiebungen und Abschiebehaft durch, um auf die Situation davon betroffener Flüchtlinge aufmerksam zu machen und sich mit ihnen zu solidarisieren. In **Greifswald** (Mecklenburg-Vorpommern) wurde in diesem Zusammenhang mit einem Straßentheater die menschenverachtende Abschiebung von Flüchtlingen aus Togo inszeniert. (anna 08.09.05) 100 Flüchtlinge aus Berlin und Brandenburg demonstrierten am 9. September in **Berlin** vor den Bundeszentralen von SPD, CDU, Grünen und Linke.PDS um gegen die deutsche Flüchtlingspolitik zu protestieren. (taz 10.09.05) 440 Antirassistinnen und Antirassisten protestierten Ende September mit einer Kundgebung und einer Demonstration gemeinsam mit Flüchtlingen in **Bramsche** (Niedersachsen) gegen das dortige Abschiebelager und forderten eine öffentliche Inspektion der Zustände im Lager. Einen Tag später protestierte das No-Lager-Netzwerk gegen die Abschiebelager in **Horst und Schwerin** in Mecklenburg-Vorpommern. (FR 28.09.05) Am 22. Oktober demonstrierten 80 Menschen in **Wesel** (Nordrhein-Westfalen) gegen die drohende Abschiebung einer kurdischen Familie in die Türkei. (jW 24.20.05)

Streikkämpfe in Frankreich

Ende September begannen in Frankreich Streikkämpfe von Seeleuten und Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeitern. Anlass war die geplante „Privatisierung“ der staatlichen Fährgesellschaft SNCM. Am 27. September besetzten die Werktätigen den Hafen von

Marseille, den größten Hafen des Landes, und blockierten ihn im Widerstand gegen die Polizei, die versuchte, die Streikenden gewaltsam zu vertreiben. 36 Schiffe im Hafen wurden durch die Blockade am Auslaufen gehindert. Hafentarbeiter aus Korsika beschlagnahmten kurzerhand ein Schiff und nahmen Kurs nach Korsika, um auf diese Weise gegen die „Privatisierung“ zu kämpfen. Die französische Regierung setzte umgehend ihr Militär in Marsch. Mit fünf Hubschraubern wurden schwerbewaffnete Eliteeinheiten auf das Deck des beschlagnahmten Schiffes abgesetzt. Die 30-köpfige Besatzung des Schiffes wurde in Handschellen gelegt. Den an der Beschlagnahmeaktion beteiligten Gewerkschaftern drohen bis zu 20 Jahre Gefängnis. Währenddessen verschärften sich die Kämpfe weiter. Am 30. September wurden auch sämtliche Häfen von Korsika durch Streikende blockiert. Zugleich begann ein Streikampf des Flughafenpersonals auf der Insel, so das 4.000 Touristen in Korsika festsaßen. Auch die Warenanlieferung auf Korsika unterlag der Blockade. Medikamente und Treibstoffe mussten bereits kurze Zeit später rationiert werden. Am Abend des 3. Oktober begann in ganz Frankreich ein 24-stündiger Generalstreik der öffentlichen und privat-rechtlichen Angestellten. Sämtliche Gewerkschaften hatten zu Streiks an dem Folgetag aufgerufen. Laut einer Umfrage befürworteten 74 Prozent der Franzosen den Streik. Der Generalstreik richtete sich u. a. gegen die hohe Arbeitslosigkeit, gegen die niedrigen Löhne

und gegen „Privatisierungen“ staatlicher Betriebe. In Paris fielen 400 Flüge aus. Im ganzen Land war der öffentliche Verkehr fast vollständig lahmgelegt. Insgesamt gingen eine Million Menschen auf die Straße. Allein in Marseille demonstrierten 100.000 Menschen. Derweil streikten die Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeiter weiter und hielten ihre Blockade des Marseiller Hafens zwei Wochen lang aufrecht. Die französische Regierung sah sich zu einem Kompromiss gezwungen, der darauf hinausläuft, das Aktienanteile in Höhe einer Sperrminorität nicht „privatisiert“ werden. Während der Streik in den Häfen beendet wurde, streikten die Beschäftigten der Erdö Raffinerien und der Marseiller Verkehrsbetriebe RTM weiter, die anfänglich in einen Solidaritätsstreik mit den Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeitern getreten waren und nun eigene Forderungen aufstellten. (taz 28.09.05, jW 29.09, 01.10, 12.10.05, FR 05.10.05, Jungle World 19.10.05)

2005 Nov. – Dez.

Aktuelle Zahlen zum deutschen Militarismus

Zurzeit beteiligen sich 500 deutsche Soldaten an der imperialistischen Militäroperation „Enduring Freedom“. In dem am 8. November durch den Bundestag um ein weiteres Jahr verlängerten Mandat für diesen Einsatz, ist zudem die Entsendung von 100 Soldaten der „Elitetruppe“ KSK nach Afghanistan vorgesehen. Die „Obergrenze“ der an „Enduring Freedom“ beteiligten deutschen Soldaten wurde geringfügig auf 2.800 Soldaten verringert. (FR 03.11, 09.11.05) Mit bis zu 200 Soldaten beteiligt sich Deutschland an der Überwachungsmission der Afrikanischen Union in Sudan. Dieser Einsatz wurde am 16. Dezember um ein halbes Jahr verlängert. (FR 17.12.05) Mit 2.500 Soldaten stellt die Bundeswehr in Afghanistan das größte Truppenkontingent sämtlicher Staaten, die im Rahmen der imperialistischen Isaf-Aktion dort stationiert sind. (FR 23.12.05) 2.600 deutsche Soldaten befinden sich derzeit in Kosova im Einsatz. Die Bundeswehr stellt auch hier die meisten Soldaten aller imperialistischen Besatzungsmächte. (jW 12.11.05, FR 06.12.05) In Bosnien-Herzegowina stellt die Bundeswehr mit 1.000 Soldaten ebenfalls das größte Kontingent aller dort stationierten ausländischen Truppen. (FR 17.12.05) In der von Deutschland in Afghanistan errichteten Polizeiakademie wurden seit 2002 mehr als 57.000 Polizisten ausgebildet. Anfang September beschloss der Bundestag, seine Arbeit zum Aufbau

der afghanischen Polizei bis Ende 2006 zu verlängern. (FR 08.12.05) Anfang November wurde zwischen Deutschland und der Türkei ein Vertrag zur Lieferung von 298 Leopard-II-Panzern unterzeichnet. (FR 09.11.05) Griechenland will für 250 Millionen Euro über 110.000 G36 Gewehre des deutschen Rüstungskonzerns Heckler & Koch kaufen. (FR 06.12.05) Nach Angaben der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ exportierte Deutschland im Jahre 2004 für 3,8 Mrd. Euro Kriegsgerät, davon für 1,12 Mrd. Euro Kriegswaffen. Deutschland ist damit viertgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Der offizielle Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das Jahr 2004 liegt immer noch nicht vor. (taz 13.12.05)

Ausschnitte des weltweiten ökonomischen Eingreifens des deutschen Imperialismus

Deutsche Verlage kontrollieren in Tschechien 82 Prozent aller Regionalzeitungen und in Ungarn 75 Prozent des gesamten Pressemarktes. Der gesamte osteuropäische Medienmarkt befindet sich zu 85 Prozent unter westlicher Kontrolle, davon entfallen drei Viertel auf deutsche Konzerne. (jW 03.11.05) Der zweitgrößte Sportartikelhersteller der Welt, **Adidas**, konnte in den ersten neun Monaten 2005 in den USA seinen Umsatz um 17 Prozent auf 1,2 Mrd. Euro steigern. Weiter plant Adidas, den US-Konkurrenten Reebok für 3,1 Mrd. Euro zu übernehmen. (FR 04.11.05) Mitte November endeten die Verhandlungen der **Deutschen**

Bahn mit dem US-Konzern Brink's, um den Erwerb der US-Logistikfirma Bax. Die Deutsche Bahn übernimmt für 940 Millionen Euro Bax mit 12.000 Beschäftigten, und wird dadurch zum zweitgrößten Logistikkonzern der Welt aufsteigen. (FR 17.11.05) Der größte Logistikkonzern der Welt, die **Deutsche Post**, übernimmt für 5,5 Mrd. Euro den britischen Logistikkonzern Exel mit 110.000 Beschäftigten. Die Deutsche Post beutet mit ihnen weltweit fast 500.000 Menschen aus und zählt zu den zehn größten Unternehmen der Erde mit einem Jahresumsatz von 55 Mrd. Euro. (FR 26.11.05, jW 15.12.05) Ende Dezember übernahm **DHL**, eine Tochterfirma der Deutschen Post, den in Tschechien führenden privaten Expressdienstleister PPL. (FR 22.12.05) Im November verkaufte **BMW** in den USA 7 Prozent mehr Fahrzeuge, **VW** 5 Prozent, **Audi** 10 Prozent und **Porsche** 6 Prozent. (jW 03.12.05) **Siemens** unterzeichnete Anfang Dezember einen Vertrag zur Übernahme der britischen Firma Electricum, die in Großbritannien zu den führenden Anbietern von Schutzschalttechnik zählt. In Russland genehmigte die Kartellbehörde Siemens die Erhöhung seines Anteils an dem russischen Turbinenhersteller Power Machines auf 25 Prozent plus eine Aktie. Siemens hat somit eine Sperrminorität. Aus Saudi-Arabien erhielt Siemens einen Auftrag zum Bau eines Kraftwerkes in Höhe von 1,1 Mrd. Euro. (FR 06.12, 24.12, 29.12.05)

Streiflichter des staatlichen Rassismus

Ein Student aus Kamerun, der vergessen hatte, sein Wochenendticket zu unterschreiben, wurde Ende Oktober in Berlin von BGS-Beamten gewaltsam aus dem Zug geholt. Anschließend sprühten sie ihm wiederholt Reizgas ins Gesicht und verschleppten ihn zu einer BGS-Dienststelle zur Personalienüberprüfung. Fahrgäste, die gegen das Vorgehen der Polizei protestierten, wurden zum Verlassen des Waggons aufgefordert. (jW 02.11.05) In Göttingen wurde Ende Oktober der aus Kamerun stammende Flüchtling Yufanyi wegen Verstoßes gegen die „Residenzpflicht“ zu einer Geldstrafe von 320 Euro verurteilt. Yufanyi lehnte eine Bezahlung der Strafe ab, prangerte das Apartheidgesetz an und erinnerte daran, dass Deutschland schon in seinen Kolonien, u. a. in Kamerun, versucht hatte, die Bewegungsfreiheit der Kolonisierten durch „Eingeborenenregister“ und Blechmarken als Passersatz auf bestimmte Gebiete einzuschränken. Dem Flüchtling droht nun eine Gefängnisstrafe. (jW 02.11.05) Anfang November nähte sich der aus dem Irak stammende Kurde Karim Z. auf dem Flughafen München den Mund zu und trat in den Hungerstreik. Karim Z., der aus dem Irak flüchtete, wurde seit sieben Monaten auf dem Flughafen festgehalten und galt offiziell als nicht eingereist. Das Amtsgericht Erding stellte dazu fest, dies sei keine Freiheitsberaubung. Am 6. Dezember wurde der Asylantrag des Kurden abgelehnt. Mitte Dezember stellte das Oberlandesgericht München fest, dass das Festhalten des Flüchtlings

auf dem Flughafen illegal sei. Karim Z. konnte den Flughafen jedoch weiterhin nicht verlassen. In der Nacht zum 21. Dezember wurde er in den Irak abgeschoben. Es war die erste Abschiebung in den Irak seit 15 Jahren. (jW 05.11, 15.12, 23.12.05, Jungle World 14.12.05) Seit dem 1. Januar 2000 wurde mindestens 21.500 Deutschen türkischer Herkunft ihre deutsche Staatsangehörigkeit entzogen, weil sie ihre türkische Staatsangehörigkeit wieder aufgenommen hatten, was bis zum Jahre 2000 ohne Konsequenzen möglich war. (PB 25-26/05) Trotz eines gerichtlichen Verbots, drei Flüchtlinge aus Afghanistan am 7. Dezember abzuschicken, wurden die drei an genau diesem Tag durch die Hamburger Ausländerbehörde nach Kabul abgeschoben. Zwei von ihnen wurde noch am Tag zuvor von der Ausländerbehörde versichert, dass sie nicht abgeschoben werden. (FR 10.12.05) Seit Mitte November steht in Parchim der aus Nigeria stammende Flüchtling Chukwudi vor Gericht, u. a. wegen Körperverletzung. Der Flüchtling hatte sich erfolgreich gegen einen Nazi-Angriff verteidigt. (jW 16.11.05)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

Gegen Antifas, die Ende Oktober militant gegen einen Nazi-Aufmarsch in Göttingen gekämpft hatten, laufen mittlerweile über 100 Ermittlungsverfahren. (taz 12.11.05) Für die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den 1991 durch einen Nazi-Brandanschlag ermordeten Flüchtling Sa-

muel Yeboah in Saarlouis wurde ein Antifaschist nach einem vierjährigen Prozess zu 134,50 Euro Schadensersatz verurteilt. In Bochum läuft zurzeit eine Gerichtsverhandlung gegen einen 76-jährigen Antifaschisten. Ihm wird vorgeworfen, am 9. November 2004 mit fünf weiteren Antifaschisten anlässlich des 66. Jahrestages der Reichspogromnacht unangemeldet durch Wattenscheid demonstriert und einen Gedenkkranz an der ehemaligen Synagoge niedergelegt zu haben. (jW 02.11.05) In Halle wurde Ende November ein 24-jähriger Antifaschist nach Paragraph 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zu zwei Jahren Haft verurteilt. (jW 24.11.05) Eine 59-jährige Antifaschistin, die im Laufe von 20 Jahren über 7.700 Naziparolen aus der Öffentlichkeit entfernt hatte, wurde am 3. Oktober in Potsdam festgenommen. Gegen sie läuft nun ein Strafverfahren wegen „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. Sie hatte ein Plakat mit Fotos von Nazi-Symbole und -parolen bei sich, auf dem stand: „Wer schweigt schaut zu!“ (jW 09.11.05) In Potsdam wurde gegen eine 22-jährige Antifaschistin Anklage wegen versuchten Mordes erhoben. Sie hatte Mitte Juni in Potsdam mit anderen Antifas einen stadtbekanntem Nazi angegriffen und ihm dabei eine Platz- und einige Schürfwunden verpasst. (jW 09.11.05)

Antisemitismus in Deutschland

Die Serie antisemitischer Schmierereien in **Berlin** setzt sich fort. Am 1. November wurde das sowjetische Ehrenmal in Treptow mit

Davidsternen besprüht. Am 2. November wurde u. a. der Hamburger Bahnhof in Tiergarten, ein Lokal in Lichtenberg, das Bezirksamt in Mitte und ein Abrissgebäude in Niederschöneweide mit Davidsternen besprüht. Am 6. November wurde ein Davidstern vor der Jüdischen Synagoge in der Oranienburger Straße und auf das jüdische Mahnmal in Tiergarten gesprüht. Am 7. November wurden in Reinickendorf, Charlottenburg, Mitte und Lichtenberg antisemitische Schmierereien festgestellt. Am 8. November das Gleiche in Mitte, Steglitz-Zehlendorf und Neukölln. Am 9. November gab es fast 40 antisemitische Schmierereien in Mitte und Friedrichshain. Ende November gab die Polizei bekannt, dass seit fünf Wochen fast täglich antisemitische Schmierereien in Berlin festgestellt wurden. Auch im Dezember rissen die Schmierereien nicht ab. So wurden in der ersten Dezemberwoche auf einer Karl-Marx-Büste in Friedrichshain und an einem Krankenhaus in Reinickendorf Davidsterne gesprüht. (Jungle World 09.11, 16.11, 17.12.05, taz 25.11.05) Am 23. Oktober wurde auf dem jüdischen Friedhof in **Neu-Eichenberg** (Hessen) acht umgeworfene Grabsteine entdeckt. (Jungle World 09.11.05) Ende Oktober wurden auf dem jüdischen Friedhof in **Steinfurt** (Nordrhein-Westfalen) mehrere Grabsteine und eine Gedenktafel mit Nazi-Symbolen beschmiert. (Jungle World 02.11.05) Auf dem jüdischen Friedhof in **Staßfurt** (Sachsen-Anhalt) wurden Anfang November mehrere Grabsteine umgeworfen. (Magdeburger Volksstimme 11.11.05) Das Synagogen-Mahnmal

in **Hildesheim** (Niedersachsen) wurde in der Nacht zum 10. November mit roter Farbe beschmiert. (Jungle World 16.11.05) Mitte November wurden in **Halle** mehrere Gedenksteine für Juden beschädigt und verunreinigt. (FR 17.11.05) Während eines Fußballspiels am 5. Dezember in **Dresden** entrollten Nazis ein antisemitisches Transparent im Stadion. (anna 15.12.05)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Anfang November wurde in **Magdeburg** ein Afrikaner von einem Nazi mit einer zerbrochenen Bierflasche bedroht und rassistisch beschimpft. Anschließend trat der Nazi auf ihn ein. (FR 07.11.05) In **Berlin** griffen am 10. November 20 Nazis einen Antifa-Infostand zur Mobilisierung für die Silvio-Meier-Demo mit Schlagstöcken, Eisenketten, Pfefferspray und Glasflaschen an. Mehrere Antifas wurden dabei verletzt. (jW 12.11.05) Ein dunkelhäutiger Amerikaner wurde in der Nacht zum 15. November in **Berlin** von zwei Nazis mit Fäusten geschlagen. (Jungle World 23.11.05) In **Neuss** (Nordrhein-Westfalen) griffen am 18. November ca. 25 Nazis ein Punkkonzert an. Die mit Messern bewaffneten Nazis warfen die Punks mit Flaschen aus einem Container. Die herbeigerufene Polizei erschien erst nach 40 Minuten, weigerte sich, gegen die Nazis vorzugehen, die sich mittlerweile zurückgezogen hatten, und nahm auch keine Anzeigen gegen die Nazis auf. (anna 15.12.05) In der Nacht zum 19. November wurde in **Wittstock** (Brandenburg) ein 26-jähriger von mindes-

tens sechs Nazis überfallen. Das Opfer musste mit schweren Gesichts- und Schädelverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 22.11.05) In **Weimar** wurde am 30. November ein 15-jähriger Schüler von einem Nazi antisemitisch beleidigt, mehrmals ins Gesicht geschlagen und über einen Gartenzaun geworfen. Das Opfer wurde dabei verletzt. Laut Pressemitteilung seiner Mitschülerinnen und Mitschüler ist der Nazi-Angriff bis heute nicht veröffentlicht worden. (anna 15.12.05) In **Köthen** (Sachsen-Anhalt) wurde am 2. Dezember ein Student aus China von zwei Nazis angegriffen und verletzt. Sie schlugen ihm ins Gesicht und traten seinen Kopf mit Füßen. (Jungle World 14.12.05) Während einer Zugfahrt nach **Bad Doberan** (Mecklenburg-Vorpommern) wurde am 9. Dezember ein 33-jähriger Vietnameser von drei Nazis überfallen. Am Zielort schlug ihm ein Nazi eine Bierflasche auf den Kopf und trat ihn bewusstlos. Das Opfer lag mehrere Tage im Krankenhaus. (Jungle World 21./28.12.05) In **Oschersleben** (Sachsen-Anhalt) haben am 9. Dezember vier Nazis ein vietnamesisches Imbisslokal verwüstet und dem 33-jährigen Inhaber mit einem Stuhlbein auf den Kopf geschlagen. Das Opfer musste mit einem schweren Schädelhirntrauma ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 14.12.05) Ein aus der Türkei stammender Mann wurde in der Nacht zum 11. Dezember **Fulda** (Hessen) von fünf Nazis mit zwei Messerstichen schwer verletzt. (FR 12.12.05) Mitte Dezember wurde in **Rheinsberg** (Brandenburg) auf das Imbisslokal eines Kurden erneut ein Na-

zi-Brandanschlag verübt. Das war bereits der fünfte Brandanschlag auf dieses Lokal. Beim Anschlag am 30. März dieses Jahres brannte das Lokal vollständig nieder. (jW 14.12.05)

Anti-Nazi-Kämpfe

Durch militante Kämpfe gelang es ca. 1.000 Antifas am 30. Oktober in **Göttingen** einen Aufmarsch von 230 Nazis zu stoppen, der von 3.800 Polizisten geschützt wurde. Die Antifas errichteten brennende Barrikaden und bewarfen die Nazis und die Polizei mit Steinen und Flaschen. Die Polizei nahm 44 Antifas fest. Insgesamt protestierten 4.000 Menschen gegen die Nazis. (jW 01.11.05) Am 5. November verhinderten in **Potsdam** mehrere tausend Antifas einen Aufmarsch von 250 Nazis, indem sie über vier Stunden eine Kreuzung auf der Aufmarschroute blockierten. Die Nazis konnten nur unter Polizeischutz eine Kundgebung am Stadtrand abhalten. (jW 07.11.05) Am 9. November demonstrierten mehrere hundert Antifas in **München** gegen einen Aufmarsch von 25 Nazis. In **Köln** protestierten am selben Tag 1.000 Menschen gegen einen Naziaufmarsch, der jedoch verboten blieb. (jW 11.11.05) 200 Antifas demonstrierten am 10. November in **Berlin**, um gegen den Naziüberfall wenige Stunden zuvor auf einen Info-Stand zur Mobilisierung für die Silvio-Meier-Demo zu protestieren. (jW 12.11.05) In **Halbe** (Brandenburg) protestierten am 12. November 1.600 Menschen gegen 2.000 Nazis. Durch stundenlanges Blockieren der Naziroute gelang es ihnen, den Aufmarsch

zu verhindern. (FR 14.11.05) 1.500 Antifas demonstrierten am 19. November in **Berlin** zur Erinnerung an den vor 13 Jahren durch Nazis ermordeten Silvio Meier. Die Demo wurde wiederholt von der Polizei angegriffen. Ein Antifa wurde von der Polizei bewusstlos geschlagen, mehrere erlitten Knochenbrüche. 52 Antifas wurden verhaftet. (jW 21.11.05) Am 3. Dezember konnten 1.000 Menschen in **Karlsruhe** einen Naziaufmarsch verhindern. (anna 15.12.05) In **Berlin** demonstrierten am selben Tag 1.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, der von 1.000 Polizisten geschützt wurde. Mindestens fünf Antifas wurden von der Polizei festgenommen. (jW 05.12.05)

Militante Massenproteste Jugendlicher in Frankreich

Nachdem am 27. Oktober zwei Jugendliche in Clichy-sous-Bois, einem Vorort von Paris, durch die Polizei zu Tode gehetzt wurden, entzündeten sich dort Massenproteste von Jugendlichen, die sich rasch über Paris auf ganz Frankreich ausdehnten und fast einen Monat lang andauerten. Unmittelbar nachdem der Tod der beiden bekannt wurde, griffen Jugendliche stundenlang Luxusgeschäfte, Polizeieinheiten und Autos an. Bereits am Monatsende wurde von offizieller Seite von einem Bürgerkrieg gesprochen. In der Nacht zum 2. November dehnten sich die Proteste auf 16 Vororte von Paris aus. Nacht für Nacht errichteten die Jugendlichen Barrikaden, griffen Polizisten an und setzten Autos in Brand. Allein in der

Nacht zum 5. November wurden 900 Autos in Brand gesetzt. Erstmals begann in dieser Nacht die Polizei mit Hubschraubern Jagd auf die Kämpfenden zu machen. Schon in der nächsten Nacht wurden 1.300 Autos in Brand gesetzt. Die Polizei verhaftete allein in dieser Nacht 300 Menschen. Am 8. November rief die französische Regierung den Notstand aus. In den Vororten von Paris wurde die Zahl der Polizisten auf 12.000 erhöht. In den ersten 18 Tagen der Proteste verhaftete die Polizei 3.000 Menschen, die in Schnellverfahren zu Haftstrafen verurteilt wurden. Die französische Regierung verhängte in 40 Städten des Landes nächtliche Ausgangssperren. Im Pariser Vorort Draveil wurde die Sippenhaft wieder eingeführt. Allen Familien, deren Kinder verhaftet worden sind, wurden sämtliche kommunalen Sozialleistungen gestrichen. In Evreux, in der Normandie, wurde ein ganzes Stadtviertel mit 20.000 Einwohnern von 22.00 Uhr bis 5 Uhr morgens mit Absperrgittern verriegelt, so dass niemand, außer im Notfall, hinein oder hinaus konnte. Nachdem die Proteste nachließen, führte die Polizei am 23. November in mehreren Vororten von Paris nächtliche Razzien durch und verhaftete nochmals 91 Menschen. (jW 01.11, 07.11, 09.11, 12.11, 24.11.05, Berliner Morgenpost 06.11.05, FR 04.11, 15.11.05)

2006

2006 Jan. – Febr.

Ausschnitte des deutschen Militarismus nach Außen

Unter dem Deckmantel der UNO gab die Bundesregierung Mitte Januar bekannt, dass sie einen Militäreinsatz im **Kongo** vorbereitet. Ende Januar erklärte Kriegsminister Jung die Bereitschaft Deutschlands für diesen Einsatz, an dem sich mehrere imperialistische Staaten beteiligen wollen, als Führungsmacht aufzutreten. Eine EU-Erkundungsmission, die am 28. Januar nach Kinshasa aufbrach, stand bereits unter Leitung eines deutschen Generals. Am 27. Februar erklärte sich Deutschland offiziell zu einem Bundeswehreinsatz im Kongo bereit. Als militärisches Hauptquartier aller imperialistischen Staaten, die sich daran beteiligen, ist u. a. Potsdam im Gespräch. (jW 16.01, 28.01.06, Jungle World 01.02.06, FR 28.02.06) Im Zuge der Debatte über den Bundeswehreinsatz im Kongo wurde öffentlich bekannt, dass im Herbst letzten Jahres 60 deutsche Soldaten in **Ghana** stationiert waren, um bei Bedarf in den Nachbarstaat **Elfenbeinküste** einzumarschieren. 200 weitere Soldaten standen dafür abmarschbereit in Deutschland. Zugleich befand sich eines der größten Schiffe der deutschen Kriegsmarine vor der Küste Ghanas und drei Transall-Transporter waren in der Hauptstadt Accra stationiert. (Jungle World 08.02.06) Anfang Februar verlängerte die Bundesregierung den Einsatz deutscher Soldaten und Polizisten in **Georgien** um weitere sechs Monate. (FR 09.02.06) Anfang Janu-

ar vereinbarte Deutschland mit **Österreich** eine engere militärische Zusammenarbeit und die Schaffung einer gemeinsamen Kampfeinheit zusammen mit **Tschechien**. (jW 07.01.06) Insgesamt will die Bundesregierung im Jahre 2006 sechs Milliarden Euro für Rüstungsgüter ausgeben. (jW 21.01.06)

Ausschnitte des deutschen Militarismus nach Innen

Am 9. Februar wurde bekannt gegeben, dass neben der Polizei 2.000 Soldaten der Bundeswehr im Rahmen einer „Amtshilfe“ während der Fußball-WM im Inland eingesetzt werden. Abgestellt für die WM werden weiterhin 20.000 Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste. (jW 10.02.06, Jungle World 22.02.06) Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Abschuss von entführten Passagierflugzeugen für illegal erklärt hatte, denken führende deutsche Politiker daran, im Falle einer Flugzeugentführung den Kriegszustand auszurufen, um auf diese Weise Passagierflugzeuge legal abschießen zu können. (FR 21.02.06) Den Inlandseinsatz erproben konnte die Bundeswehr Mitte Februar auf Rügen. Nachdem aufgrund der dort aufgetretenen Vogelgrippe der Katastrophenzustand ausgerufen wurde, ist die Insel von 270 Soldaten abgeriegelt worden. Eingesetzt wurde auch ein Tornado-Kampfflugzeug. (jW 21.02.06) Insgesamt gibt es in Deutschland knapp 600 Jugendoffiziere, die unter Jugendlichen für eine Laufbahn beim deutschen Militär werben. Im Jahre 2003 traten diese Jugendoffiziere in den Schulen

des Landes vor 130.000 Schülerinnen und Schülern auf, 2004 vor 156.000. 28.000 Schülerinnen und Schüler besuchten im Jahr 2004 Kasernen der Bundeswehr. Weitere Maßnahmen des deutschen Militärs, um Jugendliche zu werben, sind die Erstellung von Unterrichtsmaterialien für die Schulen, Auftritte bei diversen Messeveranstaltungen – 2005 war die Bundeswehr auf acht Messen vertreten –, das Simulationsspiel „Politik und Internationale Sicherheit“, das 2004 378-mal angeboten wurde und an dem sich jeweils 30 bis 50 Schülerinnen und Schüler beteiligt hatten, die Veranstaltung von Musikwettbewerben und einem jährlichen Preisausschreiben – 2004 nahmen 100.000 Jugendliche daran teil –, wo es u. a. mehrtägige Aufenthalte in verschiedenen Kasernen zu gewinnen gibt. (jW 06.01.06)

Verschärfung der Diskriminierung von Menschen aus anderen Ländern

Die Anforderungen für Menschen aus anderen Ländern, die sich Einbürgern lassen wollen, werden weiter erhöht. Die bisherigen Anforderungen waren: mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt zu haben, über ein festes Einkommen, ausreichenden Wohnraum und deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen und sich schriftlich zur Verfassung zu bekennen. Zudem erfolgte eine „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz. Nun sollen mit umfangreichen Fragebögen die „innere Überzeugung zum Grundgesetz“ und die „Akzeptanz unserer Werteordnung“ bei einbürgerungswilligen Menschen detailliert

überprüft werden. Vorreiter war Baden-Württemberg, wo seit Ende letzten Jahres ein solcher Fragebogen, hauptsächlich gegen Menschen muslimischen Glaubens, verwendet wird. Mitte Januar gab Hessen bekannt, ebenfalls einen Fragebogen einzuführen, um die „innere Hinwendung“ der Antragsteller zu Deutschland zu überprüfen. Bayern gab Anfang Februar bekannt, bis April ein bundesweit einheitliches Konzept für ein verschärftes Einwanderungsverfahren vorzulegen, mit Pflichtlehrgängen zur deutschen Geschichte, zur Verfassungs- und Gesellschaftsordnung Deutschlands und einer anschließenden Prüfung. (FR 06.01, 16.01, 31.01, 06.02.06, taz 04.02, 09.02.06) Nachdem Mitte Januar eine Schule in Berlin – wo für 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler Deutsch nicht die Muttersprache ist – den Schülern verboten hatte, in der Schule, einschließlich auf dem Schulhof, auf Klassenfahrten und Wandertagen eine andere Sprache als Deutsch zu sprechen, und die Schüler sich schriftlich dazu verpflichten mussten, sprachen sich führende Politiker von SPD, CDU und CSU umgehend für eine bundesweite Übernahme dieses Verbots aus. (FR 31.01.06, taz 01.02.06, jW 10.02.06)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

2005 konnten in Deutschland nur noch 28.914 Flüchtlinge Asyl beantragen. Das war der niedrigste Stand seit 1983. Unter den Antragstellern war kein einziger Flüchtling aus einem afrikanischen Staat. Von

48.102 Flüchtlingen, über deren Asylantrag im letzten Jahr entschieden wurde, erhielten nur 411 den Status eines Asylberechtigten. Im Januar diesen Jahres wurden nur 31 Menschen als asylberechtigt anerkannt. (FR 08.02.06, PB 09.02.06)

Arbeitslöhne in Deutschland

22 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland – 6,9 Millionen Menschen – arbeiten zu Niedriglöhnen. Die Bundesregierung gab Ende Januar bekannt, dass für das Jahr 2006 die Lohnquote – der Anteil der „Arbeitnehmerentgelte“ am Volkseinkommen – auf 66 Prozent, den niedrigsten Stand seit 1991, fallen wird. Laut Statistischem Bundesamt lag 2005 der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne der Arbeiterinnen und Arbeiter mit durchschnittlich 1,2 Prozent unter dem Anstieg der Verbraucherpreise, die sich um 2,0 Prozent erhöhten. Im Jahre 2004 hat der Abstand der Einkommen zwischen Männern und Frauen weiter zugenommen. Männer erhalten pro Arbeitsstunde durchschnittlich 23 Prozent mehr Lohn als Frauen. Vor fünf Jahren betrug dieser Unterschied 19 Prozent. Deutschland liegt in diesem Bereich auf einem der letzten Plätze in Europa. Für Lehrlinge stieg der Ausbildungslohn 2005 um durchschnittlich 1 Prozent. (FR 06.01, 12.01, 26.01.02, taz 28.01, 27.02.01)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 23. Dezember wurde in **Gotha** (Thüringen) ein Mann aus Kamerun von sechs Nazis rassistisch beschimpft und überfallen. Einer der Nazis würgte dabei den Mann am

Hals. In der Silvesternacht sind zwei Vietnamesen in **Gräfenhainichen** (Sachsen-Anhalt) von sechs Nazis überfallen worden. Eines der Opfer musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden. (Jungle World 11.01.06) In **Arnstadt** (Thüringen) wurde in der Silvesternacht ein linker Jugendlicher von Nazis mit einem Auto angefahren und anschließend zusammengeschlagen. Das Opfer musste ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 04.01.06) In der Neujahrsnacht wurden in **Teterow** (Mecklenburg-Vorpommern) mehrere Menschen aus Indien von 30 Nazis angegriffen. Nachdem die Überfallenen in ein Restaurant flüchteten, versuchten die Nazis das Lokal zu stürmen. Die Polizei traf erst nach dem dritten Anruf ein. (Jungle World 15.02.06) Am Neujahrsmorgen haben mehrere Nazis auf der Insel **Rügen** eine Flüchtlingsunterkunft mit Silvesterraketen beschossen, rassistische Parolen gebrüllt und Flüchtlinge mit einem Messer bedroht. Ein Armenier wurde bei dem Nazi-Angriff verletzt. (FR 04.01.06) In **Dorsten** (Nordrhein Westfalen) haben Anfang Januar drei Nazis drei Menschen überfallen. Eines der Opfer wurde so stark getreten, dass es ins Krankenhaus musste. (FR 06.01.06) Drei Nazis – zwei von ihnen wegen Nazi-Straftaten und schwerer Körperverletzung polizeibekannt – schlugen in der Nacht zum 12. Januar in **Erfurt** (Thüringen) einen Mann aus dem Irak zusammen. Das Opfer musste mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus. Die Polizei teilte mit, dass hier „kein eindeutig fremdenfeindlicher Hintergrund“ nachzuweisen sei.

(Jungle World 18.01.06) Fünf Nazis haben am 9. Januar in **Pömmelte** (Sachsen-Anhalt) einen zwölfjährigen Deutschen äthiopischer Herkunft überfallen. Sie schlugen ihn zusammen, traten ihn mit Füßen, drückten eine brennende Zigarette in seinem Gesicht aus, bedrohten ihn mit einer Schusswaffe und zwangen ihn, ihre Stiefel abzulecken. Das Opfer, das bereits im letzten Dezember von Nazis überfallen wurde, musste ins Krankenhaus. Seit Jahresbeginn gab es in Sachsen-Anhalt bereits acht Nazi-Überfälle. So wurden am 1. Januar in **Quedlinburg** zwei Jugendliche von 15 Nazis überfallen und mit Fußtritten gegen ihren Kopf schwer verletzt. (FR 12.01, 13.01.06) Am 14. Januar bedrohte ein Nazi in einem Zug bei **Groß Körös** (Brandenburg) einen Vietnamesen und versuchte ihn auszurauben. (Jungle World 25.01.06) In **Berlin-Friedrichshain** fanden im Januar mehrere Nazi-Überfälle statt. Am 27. Januar wurde ein linker Jugendlicher von zehn Nazis angegriffen und zusammengeschlagen. Am 28. Januar wurden zwei Jugendliche von 15 Nazis überfallen und verletzt. Zwei weitere Menschen, die den Opfern zu Hilfe eilen wollten, wurden ebenfalls geschlagen und getreten. Kurz darauf wurde ein weiterer linker Jugendlicher von mehreren Nazis angegriffen. Das Opfer musste anschließend ins Krankenhaus. Zwei Wochen zuvor wurden vier Männer aus Spanien von vier Nazis gejagt. Jugendliche, die den Spaniern helfen wollten, sind von den Nazis, die Verstärkung bekommen hatten, mit Steinen beworfen worden. Bereits am 6. Januar wurden mehrere linke Jugend-

liche von acht Nazis gejagt und angegriffen. (jW 01.02.06) Mehrere Nazi überfielen Anfang Februar in **Guben** (Brandenburg) einen Mann und verletzten ihn schwer. (FR 02.02.06) Ebenfalls Anfang Februar wurden in **Köthen** (Sachsen-Anhalt) innerhalb weniger Tage drei chinesische Studenten von Nazis überfallen und zusammengeschlagen. (jW 17.02.06) Nach vorläufigen offiziellen Angaben stieg 2005 die Zahl der Nazi-Straftaten auf 10.271 gegenüber 7.934 im Vorjahr. Die Zahl der Gewalttaten stieg von 498 im Jahre 2004 auf 588. Demgegenüber stellten die Beratungsstellen für die Opfer rechter Gewalt in den fünf neuen Bundesländern und Berlin fest, dass allein in Ostdeutschland die Zahl der Nazi-Gewalttaten von 551 im Jahre 2004 auf 614 stieg. (PB 23.02.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 14. Januar demonstrierten hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten in **München** gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Mehrere Hundertschaften der Polizei, die den Nazi-Aufmarsch vor den Protesten schützten, griffen die Antifas immer wieder an, verhinderten gewaltsam Blockadeaktionen und jagten sie durch die Stadt. Am selben Tag protestierten in **Magdeburg** 250 Menschen gegen 400 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt vor 61 Jahren durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten. (jW 16.01.06) Am 21. Januar demonstrierten in **Neumünster** (Schleswig-Holstein) 600 Menschen gegen einen Nazi-Treffpunkt im Ort. Die Polizei

nahm acht von ihnen fest. (taz 24.01.06) In **Darmstadt** (Hessen) demonstrierten am selben Wochenende 300 Menschen gegen ein Treffen von 400 Nazis zwei Wochen zuvor in Griesheim. (FR 24.01.06) In **Butzbach** (Hessen) protestierten am 28. Januar 350 Antifas gegen eine dort ansässige Nazi-Gruppe. (FR 30.01.06) Am selben Tag demonstrierten in **Stuttgart** 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, der von 800 Polizisten geschützt wurde. Kämpferischen Antifas gelang es trotz Schlagstockeinsatz der Polizei den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Die Nazis mussten unter Polizeischutz die Stadt verlassen. Die Polizei nahm neun Antifas fest. Einer der Festgenommenen erlitt in der Polizeihaft schwere Verletzungen. Ebenfalls am 28. Januar demonstrierten 2.000 Antifas in **Lüneburg** (Niedersachsen) gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. Insgesamt erteilte die Polizei gegen 421 Antifas Platzverweise, nahm sieben von ihnen fest und verletzte mehrere Antifas bei einem Schlagstockeinsatz. Am selben Tag protestierten 1.600 Antifas in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 280 Nazis. Die Polizei sah sich gezwungen, den Nazi-Aufmarsch vorzeitig abubrechen. Mehreren Antifas gelang es, die Polizeisperren zu durchbrechen und zu den Nazis vorzudringen. 150 Antifas wurden von der Polizei eingekesselt und festgenommen. In **Vlotho** (Nordrhein-Westfalen) protestierten am 28. Januar 800 Menschen gegen das dort ansässige nazistische „Collegium Humanum“. (jW 31.01.06) In **Dresden** demonstrierten am 11. Februar

6.500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 4.000 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten. Kämpferischen Antifas gelang es, den Nazi-Aufmarsch trotz Polizeigewalt erfolgreich zu blockieren. Da es in den Vorjahren nach den Nazi-Aufmärschen zu Angriffen auf die Synagoge in der Innenstadt kam, versammelten sich in diesem Jahr 500 Menschen in den Abendstunden vor dem Gebäude zu einer Kundgebung. (jW 13.02.06) 4.000 Antifas gelang es am 18. Februar in **Münster**, einen Aufmarsch von 150 Nazis nach bereits 300 Metern zu beenden. (jW 20.02.06) In **Schönebeck** (Sachsen-Anhalt) protestierten am 25. Februar 400 Antifas gegen den Nazi-Überfall auf ein zwölfjähriges Kind in Pömmelte. Während der Demo wurden die Antifas mehrmals von Nazis angegriffen, die mit 250 Personen aufmarschiert waren. Die Polizei verhinderte, dass die Antifas sich dem Nazi-Aufmarsch entgegenstellen konnten. (jW 27.02.06)

Proteste von Abschiebegefangenen

Im berüchtigten Abschiebegefängnis Berlin-Grünau kam es am 13. Februar erneut zu kämpferischen Protesten von Abschiebegefangenen. Nachdem ein 63-jähriger Mann aus Mazedonien erfuhr, dass er die Kosten für die Abschiebehaft selbst zu tragen hat – pro Tag fallen dafür 62 Euro an –, versuchte er sich vor lauter Verzweiflung umzubringen. Am Abend erfuhren seine Mitgefangenen von der versuchten Selbsttötung. 14 von ihnen traten umgehend in den Hungerstreik,

der Etagenzugang wurde verbarrikadiert und mehrere Matratzen in Brand gesetzt. Am 18. Februar demonstrierten 200 Antirassistinnen und Antirassisten in Berlin-Grünau und erklärten sich mit den Abschiebegefangenen solidarisch. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Hungerstreik nach wie vor fortgesetzt. (taz 15.02.06, jW 20.02.06)

Massenproteste und militante Kämpfe in Nepal

Mitte Januar demonstrierten 150.000 Menschen in der nepalesischen Stadt Janakpur gegen die Monarchie im Lande, für ein Boykott der Wahlen am 8. Februar und gegen den Ausnahmezustand, der im Februar 2005 aufgrund der militanten Kämpfe der revolutionären Guerilla vom König erlassen wurde. Um weitere Proteste zu verhindern wurde für die Hauptstadt Kathmandu am 20. Januar eine Ausgangssperre verhängt. Die Polizei nahm an diesem Tage 210 Menschen fest, die trotzdem auf die Straße gingen. 15.000 Soldaten patrouillierten in der Stadt. Auf Protestkundgebungen am folgenden Tag kam es zu gewaltsamen Kämpfen mit der Staatsmacht, bei denen ca. 50 Menschen verletzt und 300 verhaftet wurden. Trotz des staatlichen Terrors gingen auch einen Tag später tausende Menschen auf die Straße, um gegen das Regime zu protestieren. Am 26. Januar legte ein Generalstreik die Hauptstadt lahm. Die revolutionäre Guerilla, die am 2. Januar einen viermonatigen einseitigen Waffenstillstand beendete, nahm währenddessen die bewaffneten Kämpfe wieder auf und erklär-

ten sich mit den Demonstrierenden solidarisch. Am 14. Januar überfielen sie zwei Polizeireviere nahe der Hauptstadt. Am 22. Januar griff sie eine Patrouille in einem Dorf an, wobei es zu einem siebenstündigen Gefecht kam. Anfang Februar teilte die Armee mit, sie vermisste nach einem Gefecht mit der Guerilla im Bezirk Palpa 143 Polizisten. Die Guerilla, die ebenfalls zu einem Boykott der Wahlen aufrief, verstärkte unmittelbar vor dem Wahltag ihre Angriffe auf Polizeiposten, Armeecamps und Regierungseinrichtungen. Für die Woche vom 5. zum 12. Februar rief sie zu einem landesweiten Generalstreik auf, der das öffentliche Leben in vielen Städten des Landes zum Erliegen brachte. Einen Tag nach der Wahl demonstrierten erneut tausende Menschen gegen die Monarchie und ihre Armee, die am Wahltag einen Protestierenden erschossen hatte. Die revolutionäre Guerilla setzte unterdessen ihre Kämpfe fort. Am 10. Februar überfielen sie einen Armeekonvoi, am 15. Februar kam es zu einem mehrstündigem Gefecht mit einer Militärpatrouille. Am 16. Februar startete die Regierung eine Militäroffensive mit hunderten Soldaten und Hubschraubern, die Stellungen der Guerilla bombardierten. Ende Februar kam es erneut zu mehrstündigen Gefechten, als die Guerilla eine Militärpatrouille angriff. (jW 13., 16., 25., 27.01, 08., 10., 11., 16., 17., 28.02.06, taz 21., 23.01, 02.02.06)

2006 März – April

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Der deutsche Imperialismus wird sich mit 500 Soldaten ab Juli an einem militärischen Einsatz der EU im **Kongo** beteiligen. Gleichzeitig hat der deutsche Imperialismus das Oberkommando über den EU-Einsatz. Kriegsminister Jung warb Mitte März in der Öffentlichkeit für diesen Einsatz mit den „Argumenten“, es drohe ein „Flüchtlingsproblem“ und „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft“. (jW 18.03, 27.04.06) Unter dem Deckmantel einer NATO-Übung in **Kosovo** erhöht die Bundeswehr ihr dortiges Truppenkontingent um 600 Soldaten. Die Soldaten werden der KFOR unterstellt und sollen bei der „Übung“ auch zu Personenkontrollen und an Straßensperren eingesetzt werden. (jW 17.03.06) Anfang April verlängerte der Bundestag den seit einem Jahr laufenden Einsatz deutscher Soldaten im **Sudan** um weitere sechs Monate. (FR 08.04.06) Die Bundesregierung will den Einsatz der deutschen Kriegsmarine am **Horn von Afrika** ausweiten. Mit den Anrainerstaaten in dieser Region sollen Absprachen getroffen werden, um die Möglichkeit zu erhalten, Schiffe, die in deren Hoheitsgewässer flüchten, auch dort verfolgen und kontrollieren zu dürfen. (taz 24.04.06)

Ausschnitte des mörderischen Abschiebeterrors

Erst Mitte März wurde öffentlich bekannt, dass eine im Jahre 2004 in den Kongo abgeschobene 34-jährige Frau im Dezember

2004 dort gestorben ist. Die schwerkranke Frau wurde, als sie bei einer Ausländerbehörde in Niedersachsen einen Krankenschein beantragen wollte, dort festgenommen und mit ihren zwei minderjährigen Kindern abgeschoben. Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Kongo wurden die drei verhaftet und für mehrere Wochen in einem Militärcamp interniert. Als die Frau anschließend in ein Krankenhaus eingeliefert wurde, war es bereits zu spät. Kurz nach ihrer Einlieferung starb sie. (taz 14.03.06) In Hamburg wurde bereits drei homosexuellen Flüchtlingen aus Afghanistan ein Abschiebungsschutz verweigert. Homosexuelle Beziehungen sind in Afghanistan verboten und werden strafrechtlich massiv verfolgt. (ak 17.03.06) Am 6. März wurde in Dresden der dreijährige Sohn einer Frau aus Angola von vier Polizisten aus einer Kita verschleppt und über mehrere Stunden festgehalten. Mit ihm als Geisel wollten sie die Frau zwingen, bei der Polizei zu erscheinen, damit beide abgeschoben werden könnten. In den Mittagsstunden wurde der Junge in die Kita zurückgebracht. Die Frau und das Kind sind mittlerweile untergetaucht. (FR 24.03.06) In Dortmund sollen 350 Afrikaner einer Delegation aus Guinea zugeführt werden, um deren Identität zu klären. Der Raum, in dem die Verhöre stattfinden, wird zu „exterritorialem Gebiet“ erklärt, so dass dort das Recht Guineas gelte. (anna 20.04.06) Insgesamt wurden nach offiziellen Angaben im Jahr 2005 16.865 Menschen auf dem Luftwege aus Deutschland abgeschoben – dabei wurden an 1983 Flüchtlingen sogenann-

te „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt“ eingesetzt. Nach einer Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin hat es seit 1993 131 Selbsttötungen bzw. tödliche Unfälle aus Angst vor der Abschiebung oder beim Versuch, ihr zu entkommen, gegeben. 629 Flüchtlinge haben versucht, sich selbst zu töten, 299 Menschen wurden durch Polizeigewalt während der Abschiebung verletzt, fünf kamen dabei ums Leben. Mindestens 397 Flüchtlinge sind nach ihrer Abschiebung in ihrem Herkunftsland gefoltert worden, 62 sind verschwunden, 23 gestorben. (anna 20.04.06, jW 21.03.06)

Staatliche Hetze gegen Sinti und Roma

Der stellvertretende Landesvorsitzende des „Bundes Deutscher Kriminalbeamter“ (BDK) in Bayern, Lehrieder, veröffentlichte im Oktober letzten Jahres einen eigenen Leserbrief im BDK-Blatt *der kriminalist*, in dem er Sinti und Roma als „Maden im Speck“ bezeichnete, die der „Sozialschmarotzerei“ nachgehen. Gegen Lehrieder wurde daraufhin staatsanwaltschaftlich „ermittelt“. Am 20. Februar gab dann die Staatsanwaltschaft Brandenburg bekannt, dass man diese Äußerungen als „im wesentlichen tatsächlichen Werturteile“ betrachten müsse. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. (jW 27.04.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 4. März griffen sieben Nazis in **Suhl** (Thüringen) zwei Punks an, schlugen sie zusammen und traten auf sie ein. (anna 23.03.06) Mehrere Nazis jagten am 7. März in **Halle** (Sachsen-Anhalt) einen

Mann aus der Elfenbeinküste durch die Stadt und schlugen ihn mit einem Schlagstock auf den Kopf. (Jungle World 15.03.06) In **Arnstadt** (Thüringen) wurde am 11. März ein Mann aus Südafrika von drei Nazis rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. In **Rheinsberg** haben am 17. März drei Nazis das Haus einer Migrantin angegriffen, rassistische Parolen gerufen und ein Kellerfenster zertreten. Die Nazis gehörten zu der Gruppe, die in der Nacht zum 19. Februar vier asiatische Geschäfte im Ort angegriffen haben, darunter das Geschäft der Frau. (taz 21.04.06) Zehn Nazis griffen am 18. März in **Cottbus** (Brandenburg) einen Mann aus Mazedonien an und verletzten ihn schwer. Das Opfer musste im Krankenhaus operiert werden. Eine Viertelstunde später griffen mehrere Nazis sieben Studenten aus Spanien an und schlugen ihnen ins Gesicht. (Jungle World 29.03.06) Zwanzig Nazis überfielen am 24. März in **Magdeburg** einen Mann aus dem Sudan und schlugen ihn. Am 25. März wurde in **Magdeburg** ein Mann aus Burkina Faso von einem Nazi mit einer Machete durch die Stadt gejagt. (Jungle World 05.04.06) In **Neuruppin** (Brandenburg) brachen am 24. März vier Nazis in die Wohnung eines Jugendlichen ein und schlugen ihn mit einem Baseballschläger und einem Knüppel. Die Nazis, die von der Polizei festgenommen wurden, befanden sich einen Tag später wieder auf freien Fuß. Einer der vier Nazis war auch an den beiden vorausgegangenen Überfällen in Rheinsberg beteiligt. (jW 28.03.06) Am 1. April wurde in **Hagenow**

(Mecklenburg-Vorpommern) ein Einwanderer aus Russland von zehn Nazis zusammengeschlagen. Das Opfer musste ins Krankenhaus. (taz 21.04.06) Vier Nazis überfielen am 4. April in **Cham** (Bayern) einen Mann aus dem Irak und verletzten ihn im Gesicht. Das Opfer musste ebenfalls ins Krankenhaus. (Jungle World 12.04.06) Am 11. April wurde in **Krefeld** (Nordrhein-Westfalen) ein Jugendlicher aus der Türkei von vier Nazis rassistisch beleidigt, zusammengeschlagen und ausgeraubt. Das Opfer musste mit Gesichtsverletzungen ins Krankenhaus. (Jungle World 13.04.06) Am 13. April wurden in **Arnstadt** (Thüringen) zwei Männer aus Sierra Leone von drei Nazis bedroht und mit Bierflaschen beworfen. (taz 21.04.06) Mehrere Nazis überfielen am 14. April zwei Jugendliche in **Stuttgart** (Baden-Württemberg), beschimpften sie rassistisch und schlugen mit einem Baseballschläger auf sie ein. (Jungle World 26.04.06) In **Potsdam** wurde am 16. April ein aus Äthiopien stammender Deutscher rassistisch beschimpft und fast zu Tode geschlagen. Das Opfer musste mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Führende deutsche Politiker leugneten nicht nur den nazistischen Hintergrund des Verbrechens, sondern behaupteten, dass das Opfer selbst schuld sei, da es angeblich die Täter provoziert hätte und spielte den Mordversuch als „Streit unter Betrunknen“ herunter. (taz 18.04.06, jW 24.04.06) Am 17. April wurde in **Essen** ein Mann aus Indien von drei Nazis beschimpft und zusammengeschlagen. (jW 19.04.06) In **Berlin** wurde am 19. April ein

Mann aus Jemen von zwei Nazis mit einem Messer bedroht und mit einer Flasche auf dem Kopf geschlagen. (Jungle World 26.04.06) Am 21. April wurden in **Magdeburg** zwei Menschen aus Mosambik von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen. Eines der Opfer erlitt dabei Gesichtsverletzungen. (FR 22.04.06) Drei Nazis überfielen in der Nacht zum 26. April in **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) einen Mann aus Togo und schlugen ihn zusammen. Das Opfer musste mit Schädel-Hirn-Verletzungen ins Krankenhaus. (taz 27.04.06) Die Zahl von allgemeinen Nazi-Straftaten stieg nach offiziellen Angaben im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 27,5 Prozent auf 15.360. Die Zahl der offiziell registrierten Nazi-Gewaltdelikte stieg um 23,6 Prozent auf 959. (jW 24.04.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

In Thüringen protestierten am 4. März in **Bad Salzungen, Ilmenau** und **Arnstadt** mehrere hundert Menschen gegen eine „Antikapitalistische Kaffeefahrt“ von 60 Nazis. (PB 5/06) Am 10. März griffen 40 Antifas in **Gundernhausen** (Hessen) ein Treffen von 30 Nazis der NPD an und sprengten militant die Versammlung. (Swing, 4/06) 350 Menschen protestierten am 11. März in **Halbe** (Brandenburg) gegen 600 Nazis. 1.000 Polizisten, Wasserwerfer, Räumpanzer und ein Hubschrauber schützten den Nazi-Aufmarsch. Die Personalausweise der Antifas wurden eingesammelt und deren Personalien erfasst. (jW 13.03.06) Am 16. März blockierten 100 Antifas in **Hamburg**

die Handwerkskammer, wo das monatliche Treffen von Nazis der ehemaligen Waffen-SS stattfand. Durch die Blockade konnte das Treffen beendet werden. (anna 23.03.06) 1.000 Antifas demonstrierten am 17. März in **Berlin** gegen den zunehmenden Nazi-Terror. Am 18. März demonstrierten in **Berlin** 3.000 Menschen aus dem gleichen Anlass. 1.000 Menschen demonstrierten am selben Tag in **Potsdam** anlässlich des Tages der politischen Gefangenen und zugleich u. a. gegen die Kriminalisierung antifaschistischer Projekte. (jW 20.03.06) In **Neuruppin** (Brandenburg) griffen zwei Antifas am 23. März zwei Nazis militant an und verpassten einem von ihnen einen Denkzettel. (FR 25.03.06) Gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis demonstrierten am 25. März in **Gütersloh** (Nordrhein-Westfalen) 3.500 Menschen. Kämpferischen Antifas gelang es durch mehrere Blockaden den Nazi-Aufmarsch über fünf Stunden zu blockieren und bedeutend zu verkürzen. Am selben Tag protestierten in **Stade** (Niedersachsen) 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis, in **Breitungen** (Thüringen) 250 Menschen gegen einen Aufmarsch von 30 Nazis und in **Weimar** (Thüringen) protestierten 200 Menschen gegen 60 Nazis, die dort aufmarschierten. (jW 27.03.06, anna 06.04.06) 150 Antifas demonstrierten in **Berlin** am 25. März gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis, der von 60 Polizisten geschützt wurde. 15 Antifas wurden festgenommen. (jW 27.03.06) In **Lübeck** demonstrierten am 1. April 4.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Durch mehrere Blockaden,

die immer wieder von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen wurden, gelang es, dass der Nazi-Aufmarsch erst umgeleitet und dann abgebrochen werden musste. Am selben Tag protestierten in **Arnstadt** 600 Menschen gegen eine Kundgebung von 350 Nazis. Ebenfalls am 1. April demonstrierten in **Berlin** 600 Antifas gegen 150 Nazis, die gegen den Bau einer Moschee in Pankow hetzten. (jW 03.04.06) Am 8. April demonstrierten 1.000 Antifas in **Mannheim** (Baden-Württemberg) gegen einen Nazi-Aufmarsch, welcher bereits durch die Ankündigung dieser Demo verhindert werden konnte, weil er verboten wurde. (anna 20.04.06) In **Rheinsberg** (Brandenburg) protestierten am 10. April 400 Jugendliche gegen den Nazi-Terror in der Stadt. (taz 11.04.06) 500 Menschen demonstrierten am 17. April in **Potsdam** gegen den Nazi-Mordversuch an einem Deutsch-Äthiopier am Vortage und gegen den anhaltenden Nazi-Terror in der Stadt. (jW 19.04.06) In **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) demonstrierten am 22. April 4.500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 260 Nazis. (FR 24.04.06)

Die Massenproteste und Kämpfe in Nepal gehen weiter

Anfang März belagerte die revolutionäre Guerilla in Nepal die Polizeiwache und das Bezirksgefängnis in Ilam, stürmte anschließend das Gefängnis und befreite 103 Insassen. Mitte März begann sie eine auf drei Wochen angelegte Blockade sämtlicher Hauptverkehrsstraßen im Land. Am 20.

März überfielen die Kämpferinnen und Kämpfer eine Patrouille und töteten in einem Feuergefecht 13 Soldaten. Nur einen Tag später griff die Guerilla im Osten des Landes zwei Polizeistationen an und tötete zehn Polizisten. Anfang April wurden in Malangawa Behördengebäude, Polizeiwachen und Kasernen angegriffen und mehrere Genossinnen und Genossen aus dem Gefängnis befreit. Zur selben Zeit wurden durch das reaktionäre Regime hunderte Menschen im ganzen Land verhaftet und Großkundgebungen zu Beginn eines viertägigen Generalstreiks verhindert. Nichtsdestotrotz verstärkte sich der Generalstreik massiv. Schon am zweiten Tag kam es in der Hauptstadt Kathmandu zu militanten Kämpfen mit der Polizei. Die Demonstranten griffen staatliche Gebäude an; 200 Menschen wurden verhaftet und über die Stadt ein unbefristetes Ausgangsverbot verhängt. Die militanten Kämpfe weiteten sich über das ganze Land aus. So wurden am 8. April in Bharatpur die Polizeitruppen von 25.000 Protestierenden zurückgedrängt und mehrere Regierungsgebäude in Brand gesetzt. Allein an diesem Tag ermordete die Polizei drei Demonstranten. Ob in Pokhara, wohin sich der König geflüchtet hatte, in Paras oder in Nepalganj, überall fanden Proteste und militante Kämpfe gegen das Regime statt. Bereits Mitte April gab es in Kathmandu 2.500 verletzte Menschen. Am 20. April demonstrierten 250.000 Menschen in der Hauptstadt. Polizei und Militär schossen gezielt in die Menge und ermordeten mindestens drei Protestierende. Am 22. und 23. April demonstrierten landesweit

300.000 Menschen gegen die Monarchie. In Kathmandu gelang es ihnen fast, einen Palast zu stürmen, in dem der König sich versteckt hielt. Die Guerilla unterstützte die Forderungen nach dem Sturz des Königs mit fortwährenden bewaffneten Kämpfen gegen staatliche Einrichtungen. Am 25. April machte König Gyanendra ein Angebot zur Einberufung des aufgelösten Parlaments und stieß damit auf offene Ohren bei den bürgerlichen Führern der oppositionellen Parteien, denen es gelungen war sich an die Spitze der Proteste zu stellen und diese nun abwürgten. Die revolutionäre Guerilla erklärte den Vorschlag des Königs zu einem „faulen Kompromiss“, verkündete aber am 27. April einen dreimonatigen Waffenstillstand, ohne jedoch ihre Verteidigungsbereitschaft aufzugeben. Am 28. April demonstrierten in Kathmandu mehrere tausend Menschen nach einem Aufruf der Guerilla für eine verfassungsgebende Versammlung. (taz 07.03, 15.03, 21.03, 08.04, 21.04, 26.04, 28.04.06, jW 07.04, 12.04, 24.04, 25.04, 29.04.06, FR 22.03, 10.04.06)

Militante Massenproteste von Kurdinnen und Kurden in der Türkei

In der kurdischen Stadt Diyarbakir versammelten sich am 28. März 10.000 Kurdinnen und Kurden zu einem Trauerzug anlässlich der Beerdigung von vier Mitgliedern der Guerilla. Die vier gehörten zu den 14 Kämpferinnen und Kämpfern der Guerilla, die am Wochenende zuvor von der türkischen Armee ermordet wurden. Die türkische Armee überfiel ein Winterlager der PKK und setzte

dabei chemische Waffen ein. Nach dem Trauermarsch griffen die Demonstranten die staatlichen Sicherheitskräfte an, welche in hoher Zahl aufmarschiert waren. Sie setzten Panzerwagen in Brand und griffen Banken, eine Polizeiwache und die Zentrale einer faschistischen Partei an. Auch in Adana, wo ebenfalls Mitglieder der Guerilla berdigt wurden, kam es zu militanten Kämpfen zwischen 3.000 Demonstrierenden und staatlichen Sicherheitskräften. In den folgenden Tagen breiteten sich diese Kämpfe auf das gesamte kurdische Gebiet in der Türkei aus. Die Kämpfe in Diyarbakir entwickelten sich zu den schwersten seit zehn Jahren. Die türkische Armee marschierte mit Panzerkolonnen in die Vororte ein, Kampfflugzeuge und Hubschrauber überflogen das Stadtgebiet und machten Jagd auf die Protestierenden. Auch in Batman, Urfa, Istanbul u. a. Städten fanden schwere Kämpfe statt. Allein am 30. März töteten Polizei und Armee neun Menschen und verletzten 250 weitere. 200 Menschen wurden festgenommen. In Istanbul errichteten die Kurdinnen und Kurden Barrikaden und verteidigten sie mit Brandflaschen gegen die heranrückenden Panzerfahrzeuge. Am 1. April griffen in Kiziltepe tausende Kurden ein Büro der Regierungspartei an und setzten ein Finanzamt und eine Bankfiliale in Brand. Am selben Tag kam es auch in Istanbul, Silopi und weiteren Städten zu schweren militanten Kämpfen, die sich in den folgenden Tagen fortsetzten. (jW 30.03, 31.03.06. FR 01.04, 03.04.06)

Streikkämpfe im Baskenland gegen den VW-Konzern

Am 16. März begann im VW-Werk der baskischen Stadt Iruñea (span. Pamplona) ein viertägiger Streik der Arbeiterinnen und Arbeiter für einen neuen Tarifvertrag. VW stellte daraufhin der Belegschaft ein Ultimatum: entweder werden die Vorschläge des Konzerns akzeptiert, oder die Produktion wird ins Ausland verlagert. Betroffen wären davon 4.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Werkstätigen setzten ihren Streik fort. So protestierten allein am 6. April tausende Beschäftigte. Erste Kontakte zu VW-Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern wurden hergestellt. Am 11. April verschärfte sich der Kampf. 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter versammelten sich vor dem Regionalparlament in Iruñea um gegen die Unterstützung des Parlaments für den VW-Konzern zu protestieren. Die Streikenden wurden von Spezialeinheiten der Polizei mit Knüppeln angegriffen. Es entwickelten sich militante Kämpfe zwischen den Werkstätigen und der Polizei. Drei Arbeiter mussten anschließend ins Krankenhaus. Trotz Gerüchten, dass VW die Verlegung bereits beschlossen habe, endete der Streik in den folgenden Tagen nicht. Noch Ende April befand sich die 4000-köpfige Belegschaft im Ausstand. (FR 17.03.06, jW 07.04, 13.04, 27.04.06)

2006 Mai - Juni

Militärisches Eingreifen des deutschen Imperialismus nach Außen

Am 1. Juni beschloss der Bundestag die Entsendung von 780 deutschen Soldaten in den **Kongo**, u. a. um gemeinsam mit Truppen anderer imperialistischer Staaten eventuelle Proteste der dortigen Bevölkerung gegen die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 30. Juli militärisch zu unterdrücken. Während einer Demonstration Mitte Juni in der Hauptstadt Kinshasa protestierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegen die europäische imperialistische Intervention, riefen „Dieser Ort ist nicht mehr ihre Kolonie“ und kündigten militanten Widerstand an. (FR 02.06.06, jW 21.06.06)

Am 29. Mai beschlossen neun EU-Staaten, unter ihnen Deutschland, den Einsatz von Luft- und Seestreitkräften vor der **Westküste Afrikas** zur Abwehr von Flüchtlingen. (FR 30.05.06) Anfang Juni begann auf den **Kapverdischen Inseln**, vor der Küste Westafrikas gelegen, ein sechswöchiges Manöver mit 7.000 NATO-Soldaten, unter ihnen 2.100 deutsche Soldaten. (jW 28.06.06) Ebenfalls Anfang Juni übernahm die Bundeswehr in **Afghanistan** das militärische Oberkommando über die ISAF-Truppen im Norden des Landes. Mit insgesamt 2.800 Soldaten stellt die Bundeswehr das größte Truppenkontingent der ISAF. Da sich zur gleichen Zeit die militärischen Aktionen im Land gegen die deutschen Soldaten angeblich oder wirklich verstärkt haben, wurde Ende Juni im Bundestag über eine weitere Ent-

sendung von Soldaten und Kriegsmaterial debattiert. (FR 30.06.06) Am 1. Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in **Kosovo** um weitere 12 Monate. Mit 2.500 Soldaten im Rahmen der KFOR stellt die deutsche Armee auch dort das größte Truppenkontingent. (jW 02.06.06)

Ausschnitte der staatlichen Repression gegen antifaschistische Kräfte

Im Vorfeld einer Anti-Nazi-Demo in Göttingen am 13. Mai wurde der Einsatz von 6.000 Polizisten angekündigt um die Nazi-Demo vor den Protesten zu schützen. Antifas erhielten Post von der Polizei, in denen ihnen mit polizeilichen Maßnahmen gedroht wurde. Schon Tage vorher verstärkte sich das Polizeiaufkommen in der Stadt. Allein in der Fußgängerzone wurde vor allem nachts im Minutentakt mit Mannschaftswagen patrouilliert. (jW 13.05.06) Von dem Oberlandesgericht Stuttgart wurde der Betreiber eines Antifa-Versandhandels angeklagt. Von ihm vertriebene Anti-Nazi-Artikel sollen den Tatbestand des „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ erfüllen. (FR 23.05.06) Im Ort Ketzin, bei Potsdam, hat der dortige Bürgermeister vier Anti-Nazi-Karikaturen, die im Rahmen einer Ausstellung gezeigt werden sollten, eigenmächtig entfernt, um „keinen Ärger“ zu bekommen. (jW 01.06.06) In Dortmund wurde am 17. Juni eine Antifaparty eine halbe Stunde vor Beginn durch Polizei und Ordnungsamt u. a. wegen angeblicher Sicherheitsmängel verboten. (jW 19.06.06) Einem 76-jährigen Antifaschisten, der im

Jahre 2005 wegen angeblicher Verletzung des Versammlungsgesetzes in Bochum verurteilt wurde, ist Mitte Juni die Eröffnung des Berufungsverfahrens verweigert worden. Der 76-jährige hatte am 9. November 2004 gemeinsam mit fünf weiteren Antifas in Wattenscheid anlässlich des 66. Jahrestages der Reichspogromnacht demonstriert und einen Kranz am Ort der ehemaligen Synagoge niedergelegt. (jW 23.06.06) Eine für den 24. Juni geplante Antifa-Demo in Chemnitz wurde von der Stadtverwaltung verboten. Ein am selben Tag stattfindender Nazi-Aufmarsch wurde erlaubt. (anna 29.06.06)

Inhaftierung eines kurdischen Flüchtlings

Am 3. Mai wurde der kurdische Flüchtling Yusuf Karaca in Auslieferungshaft genommen. Ihm droht eine Abschiebung in die Türkei, wo er 10 Jahre aufgrund eines durch Folter erpressten Geständnisses im Gefängnis gesessen hat, bevor ihm die Flucht gelang. 2005 hat er in Deutschland den Flüchtlingsstatus erhalten. Grundlage der Auslieferungshaft sind die Anschuldigungen des türkischen Staates, die vom Oberlandesgericht Frankfurt übernommen wurden. Gleichzeitig wurde seine Anerkennung als Flüchtling ignoriert. Als Haftgrund führte das OLG an, dass der Flüchtling aus Angst vor erneuter Folter sich dem Auslieferungsverfahren entziehen könnte. (anna 29.06.06)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus

Laut einer Pisa-Studie werden Schülerinnen und Schüler aus anderen Herkunftsländern

in Deutschland erheblich benachteiligt. 15-jährige Kinder aus anderen Herkunftsländern liegen ein Schuljahr hinter gleichaltrigen Schülerinnen und Schülern zurück; in Deutschland geborene Kinder, deren Eltern aus anderen Herkunftsländern kommen, liegen fast zwei Jahre zurück. Im Vergleich mit 17 weiteren Ländern liegt Deutschland damit auf dem letzten Platz. Laut dem deutschen Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz erhalten Schülerinnen und Schüler aus anderen Herkunftsländern bei gleichen Leistungen wie deutsche Kinder schlechtere Zensuren. Nach Schulabschluss ist, ebenfalls bei gleichen Leistungen, die Chance einen Ausbildungsplatz zu finden für sie nur halb so hoch. Im Jahre 2004 sank der Anteil Jugendlicher aus anderen Ländern an der Gesamtheit der Azubis im dualen System auf 5,6 Prozent. (FR 16.05.06, taz 07.06.06, jW 31.05.06) In Bayern hat die Ausländerbehörde einer 19-jährigen aus Äthiopien den weiteren Schulbesuch verboten, da eine „Integration in die hiesigen Lebensverhältnisse“ eine spätere Abschiebung erschweren könnte. (jW 12.05.06) Wie erst Mitte Mai bekannt wurde, hat ein Düsseldorfer Richter zwei Afrikaner, die vor mehreren Monaten vor Gericht standen, mehrfach als „Neger“ beschimpft und deren Muttersprache als „Negersprache“ bezeichnet. (FR 17.05.06) In den Monaten Januar bis März diesen Jahres wurden nur 80 Flüchtlinge als „asylberechtigt“ anerkannt. Im April diesen Jahres sank die Zahl der „Asylbewerber“ um 34 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Insgesamt stellten nur

1.500 Menschen einen „Asylantrag“. 1,1 Prozent der Flüchtlinge wurden als „Asylberechtigt“ anerkannt. Im Mai sank die Zahl der Anerkennungen auf 0,9 Prozent. (Jungle World 03.05.06, FR 10.05.06, jW 08.06.06)

Proteste gegen den staatlichen Abschiebeterror

Am 2. Mai demonstrierten 1.000 Flüchtlinge und Unterstützerinnen und Unterstützer in München für eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge. (anna 18.05.06) Gegen die geplante Abschiebung des aus Angola stammenden Flüchtlings Prospeiro, der seit 14 Jahren in Deutschland lebt, protestierten am 5. Mai 80 Menschen vor der Ausländerbehörde in Berlin. (taz 06.05.06) In Dannenberg wehrt sich der gesamte Stadtrat, einschließlich des CDU-Bürgermeisters, gegen die Abschiebung der seit 12 Jahren in der Stadt lebenden Flüchtlingsfamilie Apaydin, die den Status „langjährig geduldet“ hat. (anna 01.06.06) 200 Menschen, unter ihnen viele Sinti und Roma, demonstrierten am 13. Juni in Köln für das Bleiberecht und gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. In Husum protestierten am 15. Juni 150 Menschen gegen die geplante Abschiebung der aus dem Kongo stammenden Familie Makitu. Der aus Togo stammende Flüchtling Lawsson, der seit dem 30. Mai diesen Jahres in Suhl in Abschiebehäft sitzt, begann im Juni einen Hungerstreik und fordert seine Freilassung. Antirassistinnen und Antirassisten, die ihn unterstützen, wiesen am 22. Juni bei einer öffentlichen

Aktion auf die Situation des Flüchtlings hin, der in Togo gefoltert wurde. (anna 29.06.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Die Antonio-Amadeu-Stiftung veröffentlichte in einer aktuellen Aufstellung die Anzahl der seit der Einverleibung der DDR durch Nazis ermordeten Menschen in Deutschland. Insgesamt wurden **133 Menschen durch Nazis ermordet**. (anna 01.06.06) Am 28. April griffen 30 Nazis in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) eine alternative Kneipe an, zerstörten die Frontscheiben des Lokals und schlugen Gäste zusammen. Ca. 12 Personen wurden dabei verletzt. Die herbeigerufene Polizei sperrte das Lokal komplett ab und nahm die Personalien der Opfer auf. (jW 02.05.06) Nachdem fünf Afrikaner in der Nacht zum 8. Mai in **München** von mehreren Nazis rassistisch beleidigt, geschlagen und beraubt wurden, teilte die Polizei mit, dass von einem „fremdenfeindlichen Hintergrund“ nicht auszugehen sei. (FR 09.05.06) Auf das interkulturelle Jugendzentrum „Haus Babylon“ in **Berlin**, verübten Nazis in der Nacht zum 23. Mai einen Brandanschlag. (jW 24.05.06) Am 25. Mai, dem sogenannten „Herrentag“, griffen Nazis deutschlandweit Menschen aus anderen Herkunftsländern an. Fünf Nazis schlugen einen Mann aus Indien in **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) zusammen, 15 Nazis überfielen in **Weimar** (Thüringen) eine private Feier und verletzten zwei Männer aus Mosambik, einen von ihnen schwer, und einen Kubaner. Vier Nazis überfielen in **Berlin** einen Mann aus der Türkei und

schlugen und traten auf ihn ein. Mehrere Nazis warfen in **Köln** einen Mann aus einer Kneipe und schlugen ihn zusammen. (Jungle World 07.06.06) In **Betzingen** (Baden-Württemberg) griffen am 28. Mai 50 Nazis sechs Männer aus der Türkei an und schlugen mit Holzplatten und Schlagstöcken auf sie ein. (Jungle World 14.06.06) Zwei Nazis überfielen am selben Tag in **Bielefeld** (Nordrhein-Westfalen) einen Mann aus Marokko und stachen mehrmals mit einer Schere auf ihn ein. (Jungle World 07.06.06) Nachdem Fußballer, deren Familien vor allem aus der Türkei stammen, Ende Mai auf der Insel **Usedom** von bis zu 25 Nazis angegriffen wurden, riet ihnen die Polizei, die Gegend so schnell wie möglich zu verlassen. (jW 01.06.06) Bei einem Überfall mehrerer Nazis in der Nacht zum 17. Juni in **Berlin** erlitt ein Mann aus Äthiopien einen Schädelbruch. (taz 19.06.06) In **Castrop-Rauxel** (Nordrhein-Westfalen) überfielen Mitte Juni mehrere Nazis eine alternative Kneipe. Die herbeigerufene Polizei verweigerte eine Aufnahme der Personalien der Nazis mit der Begründung, sie habe keine Zeit. (jW 26.06.06) Laut Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2005 stieg die Zahl der „Politisch motivierten Kriminalität – rechts“ gegenüber dem Vorjahr um 27,5 Prozent auf 15.914 Straftaten. (jW 23.05.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

5.000 Menschen protestierten am 1. Mai in **Leipzig** gegen zwei Nazi-Aufmärsche, die von 2.000 Polizisten geschützt wurden. Mit brennenden Barrikaden und Sitzblockaden,

die gegen Wasserwerfer und Räumfahrzeugen verteidigt wurden, gelang es die beiden Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Am selben Tag protestierten in **Rostock** 3.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 1.500 Nazis. Insgesamt 4.000 Polizisten stellten sich mit Wasserwerfern, Reiterstaffeln und Hubschraubereinsatz gegen die Antifas. 1.000 Antifas wurden eingekesselt und mehrere Dutzend festgenommen. (jW 02.05.06) Hunderte Antifas protestierten am 8. Mai in **München** gegen einen Aufmarsch von knapp zwei Dutzend Nazis, der von mehreren Hundertschaften Polizei geschützt wurde. (anna 01.06.06) Am 13. Mai marschierten 200 Nazis, geschützt von 7.000 Polizisten, in **Göttingen** (Niedersachsen) auf. 6.000 Menschen stellten sich dem Aufmarsch entgegen. 2.000 Menschen demonstrierten am selben Tag in **Hiltrup** (Nordrhein-Westfalen) gegen 70 Nazis. Trotz gezielter Falschinformationen der Polizei über die Aufmarschrouten, kamen die Nazis nur 500 m weit. (anna 18.05.06) 1.600 Antifas demonstrierten am 20. Mai in **Dortmund** (Nordrhein-Westfalen) gegen Naziläden in der Stadt. (jW 22.05.06) In **Berlin** protestierten am 24. Mai 100 Antifas gegen den Nazi-Brandanschlag zwei Tage zuvor auf das interkulturelle Jugendzentrum Babylon. (jW 26.05.06) Gegen Nazi-Terror protestierten am 27. Mai in **Wernigerode** (Sachsen-Anhalt) 750 Antifas. (taz 29.05.06) 3.000 Menschen stellten sich am 3. Juni in **Düsseldorf** (Nordrhein-Westfalen) einem Aufmarsch von 200 Nazis entgegen, der von 2.000 Polizisten geschützt wurde.

Mit massiver Gewalt griff die Polizei Sitzblockaden der Antifas an. Hunderte Antifas wurden über fünf Stunden lang eingekesselt. Trotz der Polizeigewalt konnte der Nazi-Aufmarsch mehrere Stunden lang aufgehalten werden. (jW 06.06.06) In **Cham** (Bayern) protestierten am 3. Juni 7.000 Menschen gegen ein geplantes Schulungszentrum der NPD. (taz 06.06.06) Ebenfalls 7.000 Menschen demonstrierten am 10. Juni in **Gelsenkirchen** (Nordrhein-Westfalen) gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Mehrmals gelang es den Aufmarsch durch Blockaden zu stoppen. (jW 12.06.06)

Proteste und Kämpfe von Studentinnen und Studenten

Im Mai und Juni protestierten Studentinnen und Studenten landesweit gegen die Einführung von Studiengebühren. Bereits Ende April besetzten Studierende das Rektorat der Uni Köln. In Bochum stürmten mehr als 2.000 Studenten den Senat der Ruhr-Uni und besetzten ihn. Durch Polizeieinsatz wurde die Besetzung beendet. Anfang Mai rückte die Polizei auch in die Kölner Uni ein und beendete die Besetzung. Mehrere Tausend Studentinnen und Studenten demonstrierten am 10. Mai in Frankfurt/Main, errichteten Straßensperren und legten den Verkehr lahm. Am selben Tag wurde in Hamburg das Unihauptgebäude sowie die Wissenschaftsbehörde des Hamburger Senats besetzt. Einen Tag später besetzten Studenten in Siegen und Duisburg-Essen die Rektorate der dortigen Unis. Am 16. Mai demonstrierten 10.000 Studentinnen und Studenten, Schü-

ler, Uni-Angestellte und Professoren vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die Einführung von Studiengebühren, für bessere Tarifverträge und für mehr Mitbestimmung an den Hochschulen. Hunderte Studenten besetzten am 17. Mai das Rektorat der Wilhelms-Uni Münster. Am 24. Mai kam es in mehreren Städten in Hessen zu studentischen Demos. Tausende Studierende blockierten dabei Straßen und Bahngleise. Am selben Tag zogen 6.000 Studentinnen und Studenten durch Darmstadt. Eine Woche später beteiligten sich im ganzen Land Tausende Studierende an den Protesten. Es kam zu Demos und Besetzungen u. a. in München, Frankfurt, Kiel, Hamburg und Berlin. In Hamburg kesselten über 800 Polizisten 100 Studenten und Schüler ein und nahmen sie fest. Am 10. Juni demonstrierten erneut über 1.000 Studierende in Hessen gegen die Einführung von Studiengebühren. In Frankfurt/Main ging am 21. Juni die Polizei mit Schlagstockeinsatz gegen die Protestierenden vor. Ein Student wurde von einem Polizeifahrzeug angefahren und verletzt. Am 28. Juni gingen allein in Wiesbaden 10.000 Studierende auf die Straße, in Hamburg waren es 4.000, denen sich 1.500 Polizisten entgegenstellten, in Jena demonstrierten 600 Studenten. (jW 04., 09., 12., 13., 17., 19., 26. Mai; 01., 02., 30. Juni 06; taz 05.05, 22.06.06; FR 12.06.06)

Militante Kämpfe und Massenproteste in Mexiko

Nachdem in San Salvador Atenco am 4. Mai die Polizei gewaltsam vier Blumenhändler

festgenommen hatte, griff die Gemeindebevölkerung die Polizeitruppen mit Steinwürfen, Stöcken und Macheten an und blockierte die Zufahrtsstraßen. Erst einen Tag später gelang es 3.000 Polizisten den Aufstand niederzuschlagen. 210 Menschen wurden festgenommen, 50 verletzt und ein 14-Jähriger wurde getötet. Gegen einen Streik von 40.000 Lehrerinnen und Lehrer in Oaxaca für u. a. höhere Löhne und kostenloses Frühstück für alle Schülerinnen und Schüler, gingen am 14. Juni gewaltsam 3.000 Polizisten vor. Sechs Menschen wurden getötet, 100 festgenommen und 90 verletzt. Der Streik, der bereits seit einem Monat läuft und weiter fortgesetzt wird, erfährt von weiten Teilen der Bevölkerung Unterstützung. Straßen und Plätze der Stadt wurden besetzt und Anfang Juni demonstrierten 150.000 Menschen für den Rücktritt des Gouverneurs Ruíz. Bei einem Polizeieinsatz einen Tag darauf nahmen die Streikenden sechs Polizisten fest, die gegen gefangene Streikkämpfer ausgetauscht wurden. (jW 06.05.06, Jungle World 21.06.05)

Kämpfe von Landlosen in Brasilien

Am 6. Juni wurde einer Demonstration von 700 Landlosen in der Hauptstadt Brasilia verboten, dem Parlament eine Liste mit ihren Forderungen zu übergeben. Daraufhin stürmten die Protestierenden das Gebäude, und hinderten die Abgeordneten an einer Flucht. Nach eineinhalb Stunden beendeten die Landlosen die Besetzung und verließen freiwillig das Gelände. Die Polizei

nahm 540 von ihnen fest. In Brasilien besitzen 20 Prozent der Bevölkerung 90 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. (taz 08.06, 12.06.06)

Kämpfe von Irokesen in Kanada

Mehrere hundert Irokesen aus Kanada und den USA halten seit Ende Februar in der kanadischen Provinz Ontario eigenes Land besetzt, das von der Regierung zu Bauland deklariert wurde und auf dem eine Luxuswohnsiedlung mit 200 Häusern errichtet werden soll. Sie müssen sich dabei nicht nur gegen massive Polizeigewalt wehren, sondern auch gegen rassistische Demonstrationen und Angriffe seitens der nichtindigenen Bevölkerung. Nachdem Mitte Mai die Irokesen als Zeichen ihres guten Willens eine Straßenblockade geräumt hatten, wurden sie von Polizei und Rassisten so massiv angegriffen, daß sie umgehend neue Barrikaden zu ihrem Schutz aufbauten. Die Provinzbehörde nutzt derweil den Zusammenbruch der Stromversorgung um öffentlich über die Verhängung des Notstandes „nachzudenken“, was ihr den Militäreinsatz gegen die Irokesen ermöglicht. Bereits 1990 hatte die kanadische Regierung mehrere tausend Soldaten gegen aufständische Mohawks eingesetzt. Mitte Juni waren die Irokesen bereits von 1.000 Polizisten eingekesselt; zu diesem Zeitpunkt haben sich 100 Indianerführer mit den Protestierenden solidarisch erklärt. Für den 30. Juni haben die Kämpfenden eine 24stündige Blockade des Eisenbahnverkehrs von und nach den USA geplant. (jW 17.05, 24.05, 14.06, 30.06.06)

2006 Juli – Aug.

Bundeswehreinätze im Ausland weiter ausgedehnt

Seit Mitte Juli sind 780 deutsche Soldaten in **Kenia** und **Gabun** stationiert, um mit Truppen aus anderen imperialistischen EU-Staaten u. a. Proteste der Bevölkerung in Kenia gegen die dort stattfindenden Wahlen zu unterdrücken. In der Hauptstadt Kinshasa wurden die EU-Truppen Ende Juli während einer Demonstration der Bevölkerung mit Holzstöcken angegriffen und mit Steinen beworfen. Um die Protestierenden einzuschüchtern überflogen anschließend Kampfflugzeuge die Stadt im Tiefflug. Auch bei den täglichen Patrouillenfahrten der Bundeswehr werden die Soldaten vor allem in den Armenvierteln der Hauptstadt ständig mit Steinwürfen angegriffen. Der Bundeswehreinatz in Kenia ist vorerst auf vier Monate geplant. (FR 17.07.06, taz 28.07.06, jW 24.08.06)

Mitte August beschloss die Bundesregierung den Einsatz der deutschen Marine im **Nahen Osten** an der syrisch-libanesischen Seegrenze. Dabei dringt die Bundesregierung auf ein „robustes“ UN-Mandat, auch für Bodentruppen, das die Anwendung von Waffengewalt ermöglicht. Nach Presseberichten sollen 1.200 deutsche Soldaten eingesetzt werden, wobei Deutschland, laut Kriegsminister Jung, bei den Seekontrollen eine führende Rolle spielen werde. (jW 17.08, 21.08.06, taz 28.08.06)

Deutschland will über das Jahr 2006 hinaus die Ausbildung der Polizei und Grenzpolizei in **Afghanistan** fortsetzen. (FR 22.08.06)

Ende Juli waren weltweit **7.711** deutsche Soldaten im Auslandseinsatz. Seit 1992 hat der deutsche Imperialismus knapp neun Milliarden Euro für Auslandseinsätze ausgegeben. Die Bundeswehr wird mit sechs Milliarden Euro für Auslandseinsätze weiter ausgerüstet. Für das Geld werden neue Fregatten, U-Boote und Transportfahrzeuge beschafft und Hubschrauber modernisiert. (jW 28.07.06, FR 03.08, 26.08.06)

Sechs Flüchtlinge von deutscher Polizei zu Tode gehetzt

Anfang August jagte die Polizei nahe Königs Wusterhausen in Brandenburg ein Auto mit Flüchtlingen zehn Kilometer über die Straßen, bis es bei Tempo 180 gegen drei Bäume prallte, zerriss und in Flammen aufging. Sechs Flüchtlinge aus Vietnam kamen dabei ums Leben. (taz 03.08.06)

Ausschnitte des täglichen Abschiebeterrors

In Berlin wurde Mitte Juli der Öffentlichkeit eine Einrichtung vorgestellt, die bereits seit zwei Monaten in Betrieb war, das „Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegaler Migration (GASIM)“, welches sich in unmittelbarer Nähe zum „Gemeinsamen Terror-Abwehrzentrum“ befindet. Sämtliche Behörden und Stellen, die mit Flüchtlingen befasst sind sollen in dieser Einrichtung zusammenarbeiten, um in einem „ganzheitlichen Bekämpfungsansatz“ „illegale“ Ein-

wanderung zu verhindern und „operativ“ entgegenzutreten. (jW 21.07.06)

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2006 beantragten 12.229 Flüchtlinge „Asyl“, das waren knapp 27 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Nur 169 „Asylanträge“ (0,9 Prozent) wurden anerkannt. (jW 08.08.06)

In Hamburg sind erneut Massenabschiebungen nach Afghanistan geplant. Nachdem bereits angebliche Straftäter und allein stehende Männer abgeschoben wurden, sollen nun Familien mit ihren Kindern folgen, „notfalls auch gegen ihren Willen“. (anna 10.08.06)

Der 41-jährige Flüchtling Juluos Denes wurde am 19. Juli nach neunmonatiger Abschiebehäft in Berlin freigelassen und nach drei Stunden „Freiheit“ erneut in Abschiebehäft genommen. Während dieser drei Stunden ist er noch nicht einmal aus der Haftanstalt rausgekommen. (taz 25.07.06) Mitte August versuchte der in Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) lebende 23-jährige Flüchtling Vimalathas Kurunathapillai aus Sri Lanka aus Angst vor seiner abschiebung sich selbst zu töten. (Jungle World 23.08.06) Am 8. August scheiterte der zweite Abschiebeversuch von Serif Akbulut aus der Türkei, der seit zwei Monaten in Wiesbaden in Abschiebehäft sitzt und seit acht Jahren in Deutschland lebt. Im Flugzeug protestierte er gegen seine Abschiebung, die ohne Wissen seines Anwaltes und seiner Familienangehörigen durchgeführt werden sollte. Der Pilot verweigerte daraufhin seine Mitnahme. Nur drei Tage später, am 11. Au-

gust, wurde erneut versucht ihn abzuschieben. Wieder gelang es ihm durch Proteste den Piloten zu bewegen, die Abschiebung abzubrechen. (anna 24.08.06)

Kämpfe und Proteste von Flüchtlingen

In Frankfurt/Main demonstrierten am 1. Juli 500 Menschen gegen den staatlichen Abschiebeterror. (jW 03.07.06) In Northeim unterschrieben 2.000 Menschen eine Petition an den niedersächsischen Landtag, mit der sie gegen die Abschiebung einer kurdischen Familie aus dem Libanon in die Türkei protestierten. (jW 08.07.06) Während einer Regatta in Frankfurt (Oder) am zweiten Juliwochenende tauchte ein Boot auf, in dem Antirassistinnen und Antirassisten mit Megafon die Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland und die Abschaffung der Grenzen forderten. Antirassisten u. a. aus Polen und der Schweiz verteilten unterdessen am Land Flugblätter an das Publikum. (Jungle World 12.07.06) Gegen die Abschiebung des Flüchtlings Akbulut demonstrierten am 13. Juli 80 Menschen in Frankfurt/Main. (Frankfurter Info 22.07.06) Mit einem Sitzstreik vor dem Rathaus Lünen protestieren seit dem 20. Juni vier Flüchtlinge gegen ihre menschenunwürdige Lebenssituation. Noch am 20. Juli dauerte ihr Protest an. In Hamburg demonstrierten am 20. Juli 60 Menschen mit einer Kundgebung und einer Mahnwache gegen die rassistischen Brechmitteleinsätze. PB 27.07.06) Mit einer „Lagerlandtour“ vom 29. Juli bis 5. August von Nürnberg nach München protestierten Flüchtlinge und ihre Unterstützer ge-

gen die deutsche Flüchtlingspolitik und für ein uneingeschränktes Bleiberecht. (jW 27.07, 07.08.06) Der als Flüchtling anerkannte Kurde Yusuf Karaca, der trotz seiner Anerkennung in Abschiebehäft sitzt, befand sich Mitte August seit 75 Tagen im Hungerstreik. Begründet wurde die Haft damit, dass der Flüchtling aus Angst vor drohender Folter in der Türkei sich einer Abschiebung entziehen könnte. Mitte August forderten Antirassistinnen und Antirassisten in Kassel auf einer Demonstration die Freilassung des Flüchtlings. (FR 10.08.06)

Antisemitismus in Deutschland

Der Zentralrat der Juden in Deutschland teilte Mitte Juli mit, dass er im Zuge des Konfliktes zwischen Israel und dem Libanon täglich bis zu 200 E-Mails mit antisemitischen Inhalt erhalte. (taz 28.07.06) In Trier wurde, ebenfalls im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Israel und dem Libanon, am 21. Juli ein jüdischer Kulturabend mit der Begründung verboten, dass synagogale Gesänge nicht zu der politischen Lage passen. (taz 05.08.06) Mitte Juli wurden in Königs Wusterhausen zwei Männer aus Österreich antisemitisch beschimpft, einer von ihnen wurde dabei geschlagen und verletzt. (jW 18.07.06) In Viersen wurde in der Nacht zum 17. Juli ein Holocaust-Mahnmal auf dem Schulhof einer Realschule schwer beschädigt. (Jungle World 26.07.06) Ende Juli wurden in zwei Orten im Kreis Aue-Schwarzenberg antisemitische Aufkleber geklebt. Ebenfalls Ende Juli ist in Berlin-Mitte das jüdische Mahnmal am Hansa-Ufer beschmiert

worden. (Jungle World 09.08.06) Ende Juli wurde auch in dem Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin ein Hakenkreuz geritzt. (jW 31.07.06) In Berlin sind eine Vielzahl antisemitischer Hetzplakate geklebt worden, bei denen der Kleber mit Glassplittern versehen ist. Beim Abreißen der Plakate mit der bloßen Hand drohen schwere Schnittverletzungen. (FR 09.08.06) Mitte August wurden an einer Autobahnbrücke in Berlin antisemitische Parolen und ein Hakenkreuz geschmiert und das jüdische Mahnmal in Berlin-Tiergarten beschädigt. (Jungle World 23.08.06)

Nazi-Buchverbrennung in Pretzien

Am 24. Juni lud der Nazi-Verein „Heimat Bund Ostelbien“ im Ort Pretzien (Sachsen-Anhalt) zur „Sonnenwendfeier“ ein, zur der 80 Gäste kamen, u. a. der Mitbegründer und Mitglied des Vereins, der PDS-Bürgermeister Harwig. Während der Feier haben sechs Nazis in T-Shirts auf denen „Wehrmacht Pretzien“ stand in nazifaschistischer zeremonieller Form und mit einer Ansage das „Tagebuch der Anne Frank“ vor den Augen aller Anwesenden in ein Feuer geworfen, wo es verbrannte. Die herbeigerufene Polizei hakte die Nazi-Buchverbrennung als Ruhestörung ab. Erst nach einer Woche wurde in einer Regionalzeitung von der Verbrennung berichtet. Aufgrund der dann einsetzenden Berichterstattung veranstaltete der Ort am 5. Juli eine Bürgerversammlung, auf der 150 Teilnehmer gegen diese Berichterstattung hetzten. Anschließend entschuldigten sich die Nazis dafür, den Ort in

ein schlechtes Licht gerückt zu haben. Zum Schluss stellte sich die Versammlung geschlossen hinter den Bürgermeister, welcher mittlerweile aus der PDS ausgetreten war. Bekannt wurde im Zusammenhang mit der Buchverbrennung, dass zehn Nazis aus Pretzien bereits am sogenannten „Herrentag“ auf einem Campingplatz in Plötzky mehrere Stunden lang Nazi-Parolen brüllten wie „Sieg Heil!“ oder „Juden raus!“, ohne dass die anwesende Polizei einschritt. In Pretzien wohnen neben dem ehemaligen Innenminister von Sachsen-Anhalt, noch sechs Mitglieder des Verfassungsschutzes, die während und nach der Buchverbrennung stillgehalten hatten. (FR 06.07.06, Jungle World 12.07.06, taz 13.07, 19.07.06, jW 17.07.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Ortrand** (Brandenburg) wurde in der Nacht zum 23. Juni ein Döner-Imbiss in Brand gesteckt. Das Lokal brannte völlig aus. Am 24. Juni beschimpften zwei Nazis in **Grimmen** (Mecklenburg-Vorpommern) einen Flüchtling aus der Türkei und schlugen auf ihn ein. Der Flüchtling wurde dabei im Gesicht verletzt. (Jungle World 05.06.06) In der Nacht zum 2. Juli überfielen 15 Nazis eine angeblich türkische Hochzeit in **Potsdam**. Während sich die Hochzeitsgesellschaft verbarrikadierte, randalierten die Nazis weiter vor dem Gebäude. Zwei Gäste erlitten Verletzungen. Die Polizei leugnet einen rassistischen Hintergrund. (Jungle World 19.07.06)

Entgegen den offiziellen Lügen und Beschönigungen ging der Nazi-Terror gerade auch in Verbindung mit der Fußball-WM (24.6.-9.7.) weiter: Nachdem Deutschland bei dem Fußball WM-Spiel gegen Italien verlor, griffen Anfang Juli in vielen deutschen Städten Nazis Menschen aus Italien und italienische Restaurants an. So in **Quedlinburg** (Sachsen-Anhalt), in **Magdeburg** (Sachsen-Anhalt) und in **Stendal** (Sachsen-Anhalt). In **Wolfsburg** (Niedersachsen) trafen 500 Nazis auf 400 Italiener, brüllten rassistische Parolen, zeigten den Hitlergruß und trugen NSDAP-Fahnen mit sich. In **Berlin** skandierten sechs Nazis vor 40 Menschen aus anderen Herkunftsländern nazistische und antisemitische Parolen. (Jungle World 12.07, 19.07.06) Nach dem WM-Fußballspiel Deutschland gegen Portugal überfielen in der Nacht zum 9. Juli zehn Nazis in **Frankfurt (Oder)** ein Grillfest des multikulturellen Vereins Utopia. (taz 12.07.06)

In der Nacht zum 16. Juli überfielen in **Bergwitz** (Sachsen-Anhalt) 15 Nazis einen linken Jugendlichen, verletzten und beraubten ihn. Anschließend marschierten sie durch den Ort und riefen Nazi-Parolen. (FR 11.07.06) In **Berlin** überfielen am 29. Juli 15 Nazis mehrere Punks und schlugen auf sie ein. Drei Punks wurden verletzt. (jW 31.07.06) Am 5. August überfielen vier Nazis in **Oschersleben** (Sachsen-Anhalt) einen Vietnamesen. Sie stoppten im Kreisverkehr seinen Kleintransporter, demolierten das Fahrzeug und drohten, ihn zu töten. Die Nazis, die von der Polizei festgenommen

wurden, befanden sich einen Tag später wieder auf freiem Fuß. (Jungle World 16.08.06) In **Lünen** (Nordrhein-Westfalen) griffen in der Nacht zum 12. August fünf Nazis mehrere Flüchtlinge an, die seit dem 20. Juni mit einem Sitzstreik vor dem Rathaus gegen ihre menschenunwürdige Lebenssituation protestierten. (Jungle World 23.08.06) In der Nacht zum 13. August wurde in **Magdeburg** ein Mann aus Togo von 13 Nazis überfallen. Die eintreffende Polizei plauderte mit den Nazis und befahl dem Togolesen sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen. Währenddessen wurde er erneut von einem der Nazis mit Füßen getreten, woraufhin er sich mit Pfefferspray wehrte. Gegen den Afrikaner wird nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. (jW 16.08.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

In **Zwickau** (Sachsen) protestierten am 1. Juli 300 Menschen gegen eine Kundgebung von 60 Nazis. (taz 03.07.06) Mehrere hundert Menschen protestierten am 15. Juli in **Gera** (Thüringen) gegen einen Nazi-Aufmarsch. (taz 17.07.06) Am selben Tag demonstrierten in **Friedrichshafen** (Baden-Württemberg) 500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. (jW 18.07.06) 200 Menschen protestierten am 22. Juli in **Verden** (Niedersachsen) gegen 65 Nazis der NPD, die zum Wahlkampfauftakt anlässlich der Kommunalwahl aufmarschierten. (anna 10.08.06) In **Berlin-Lichtenberg** demonstrierten am selben Tag 500 Antifas ge-

gen die Infrastruktur der Nazis vor Ort. (jW 24.07.06) Gegen einen Aufmarsch von 50 Nazis in **Roßwein** (Sachsen) protestierten am 29. Juli 200 Menschen. (FR 03.07. 06) 1.000 Menschen protestierten am 5. August in **Dresden** gegen des NPD-Pressfest, zu dem 4.000 Nazis eintrafen. 600 Antifas demonstrierten auf der einzigen Zufahrtsstraße und blockierten so über mehrere Stunden die angereisten Nazis. Mehrere Reisebusse der Nazis wurden militant angegriffen. Insgesamt schützten 900 Polizisten das Nazi-Pressfest. (jW 07.08.06) In **Delmenhorst** (Niedersachsen) demonstrierten am 7. August 3.000 Menschen gegen den Verkauf eines Hotels an einen Nazi-Anwalt. (FR 09.08.06) 150 Antifas demonstrierten am 12. August in **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) gegen den Wahlkampf der NPD. Mehrere Nazis versuchten mit Basballschlägern die Antifas anzugreifen. (PB 24.08.06) In **Jena, München und Berlin** protestierten Mitte August jeweils über 1.000 Antifas gegen Nazi-Aufmärsche anlässlich des Todestages des Nazi-Kriegsverbrechers Heß. Allein in Jena nahmen 1.800 Menschen an den Protesten teil. In Berlin konnte der Nazi-Aufmarsch durch Sitzblockaden vorübergehend gestoppt werden. (anna 24.08.06) Anlässlich der andauernden bürgerlichen und nazistischen Hetzkampagne gegen den Bau einer Moschee in **Berlin-Pankow**, Stadtteil Heinersdorf, demonstrierten am 27. August 400 Antifas gegen „Rassismus und für eine solidarische Gesellschaft.“ (jW 28.08.06)

Bewaffnete Kämpfe in Sri Lanka

In Sri Lanka kam es ab Ende Juli zu den schwersten bewaffneten Kämpfen seit 2002 zwischen der Tamil Eelam (LTTE) und der reaktionären Regierung. Die LTTE kämpft seit 1983 für einen eigenen Staat der tamilischen Bevölkerung und kontrolliert im Nordosten des Landes über ein selbstverwaltetes Gebiet. Zudem ist sie die weltweit einzige Guerillaarmee mit Marinetruppen. Seit 2002 herrscht zwischen der Guerilla und der Regierung ein immer wieder von Kämpfen unterbrochener Waffenstillstand. Am 30. Juli bombardierte die sri-lankische Luftwaffe Stellungen der Guerilla, die heranrückende Bodentruppen mit Granatbeschuss abwehrte. Am 31. Juli griff die Guerilla ein Marineschiff an, wehrte erneut mit Artillerie- und Mörserbeschuss Regierungstruppen ab und sprengte einen Militärbus mit 18 Soldaten in die Luft. Zwei Tage später versuchte sie die Stadt Trincomalee einzunehmen, wobei vier Militärlager überrannt wurden. Die Kämpfe konzentrierten sich auf die Halbinsel Jaffna, die mehrheitlich von Tamilen bewohnt wird. Mitte August griff die Guerilla die Luftwaffenbasis von Palaly an, die als die am besten verteidigte Stellung der Armee im ganzen Land gilt, und zerstörte die Landebahn. Zudem nahm sie Marineanlagen unter Beschuss. Am 14. August bombardierte die Luftwaffe ein Kinderheim der Tamilen und ermordete 61 Kinder. Bei den anschließenden Gefechten kamen bis 20. August über 130 Regierungssoldaten ums Leben. Bereits zu Beginn der Kämpfe, Ende Juli, teilte ein Gue-

rillaführer mit: „Der Krieg hat begonnen, und wir sind bereit“. (taz 02.08, 14.08, 15. 08.06, FR 03.08.06, jW 21.08.06)

Bergarbeiterstreik in Chile

Anfang August musste die Escondida-Mine in der chilenischen Atacama-Wüste, die die größte Kupfermine der Welt ist und acht Prozent der weltweiten Kupferproduktion liefert, ihre Produktion um 60 Prozent einschränken. Grund war ein Streik von über 2.000 Bergarbeitern, die angesichts des gestiegenen Kupferpreises und dem erhöhten Gewinn des Konzerns – allein im letzten halben Jahr betrug der Nettogewinn der Mine 2,9 Milliarden Dollar – eine Lohnerhöhung von 13 Prozent und eine Einmalzahlung von 23.000 Euro forderten. Der Kupferpreis stieg seit den letzten Lohnverhandlungen von 80 Cent auf drei Dollar. Über mehrere Wochen blockierten die Streikenden die Zufahrtsstraßen zur Mine. Mitte August musste der Konzern die Produktion komplett stilllegen. Pro Streiktag hatte der Konzern ein Verlust von 16 Millionen Dollar zu verzeichnen. Nach drei Wochen Streikkampf und dem Versuch des Konzerns durch individuelle Lohnvereinbarungen den Streik abzuwürgen, kehrten nur 20 Arbeiter zum Arbeitsplatz zurück. (taz 09.08.06, FR 19.08.06, Jungle World 30.08.06)

2006 Sept. – Okt.

Bundeswehreinsatz im Nahen Osten

Mitte September beschloss der Bundestag den Einsatz der deutschen Kriegsmarine im Nahen Osten vor der Küste Libanons. 2.400 deutsche Soldaten sollen im Rahmen eines UN-Mandats den Waffenschmuggel der Hisbollah unterbinden. Noch bevor der Beschluss gefasst wurde, kritisierte die CDU heftig die libanesische Regierung, die einen uneingeschränkten Einsatz der Bundeswehr vor ihrer Küste nicht zulassen wollte. Der sozialdemokratische Außenminister Steinmeier behauptete, der Konflikt im Nahen Osten sei ein „Konflikt vor unserer Haustür“ und der Bundeswehrverband sprach bereits von einem „Endlos-Einsatz (...) von mehreren Jahren“.

Offiziell nehmen insgesamt acht Schiffe der deutschen Kriegsmarine an dem Einsatz teil. Nachdem Ende Oktober israelische Kampfflugzeuge ein weiteres deutsches Schiff überflogen und Schüsse abgegeben hatten, wurde bekannt, dass auch mindestens ein Spionageschiff an diesem Einsatz beteiligt ist, welches nicht der UN zugeordnet ist, sondern nach deutschem Ermessen dort herumkreuzt.

Bereits seit Anfang September sind mehrere Beamte der deutschen Bundespolizei und des Zolls auf dem Flughafen der libanesischen Hauptstadt Beirut stationiert, um den Flugverkehr zu kontrollieren.

(FR 11.09, 14.09, 21.09, 28.10.06, jW 15.09.06)

Weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr

Ende September verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Truppen in **Afghanis-**

tan um ein weiteres Jahr. Zwei Tage später, am 30. September, gab das Kriegsministerium bekannt, dass die Bundeswehr in Afghanistan schon seit längerem nicht nur im Norden des Landes, sondern auch im Süden eingesetzt wird und dort die Kampfhandlungen anderer NATO-Truppen unterstützt.
(FR 29.09.06, jW 02.10.06)

In **Kosova** übernahm am 1. September der deutsche General Kather das Oberkommando über die dort stationierten 17.000 Soldaten der imperialistischen KFOR-Truppen. Anlässlich dieser Befehlsübergabe weilte Kriegsminister Jung (CDU) vor Ort und teilte mit, dass die Bundeswehr ihre derzeitige Stärke im Land unvermindert beibehalten wird. Zur Zeit befinden sich 2.900 deutsche Soldaten dort.
(FR 01.09.06)

Ende September tauchte Jung dann in **Dschibuti** auf und gab bekannt, dass für den Einsatz der Bundeswehr am **Horn von Afrika** noch kein Ende absehbar sei. Gleichzeitig verhandelte die Bundesregierung mit **Jemen** und **Oman**, die nach wie vor der deutschen Kriegsmarine eine Benutzung ihrer Hoheitsgewässer verweigern.
(FR 26.09.06, taz 26.09.06)

Anfang Oktober verlängerte die Bundesregierung den Einsatz der Bundeswehr im Süden von **Sudan** um weitere sechs Monate.
(FR 05.10.06)

Deutsche Konzerne in anderen Ländern

In der Firma **Hermosa-Manufacturing** in El Salvador, wo der deutsche Konzern **Adidas** Sportkleidung herstellen lässt, wurden schwangere Frauen, die ihr Soll nicht mehr schafften, eingesperrt. Arbeiterinnen, die Überstunden

verweigerten oder sich gewerkschaftlich organisieren wollten, wurden entlassen. Ähnliche Ausbeutungsbedingungen herrschen auch in den Fabriken **Chi Fung** und **Partex**, die ebenfalls für **Adidas** produzieren. Arbeiterinnen von **Hermosa** kämpfen jetzt für Entschädigungszahlungen durch den Konzern.
(FR 12.09.06)

Nachdem in der Türkei der Arbeiter **Bedir Alacam** einem deutschen Fernsehteam über die schlechten Arbeitsbedingungen in der Firma **Daniment** in **Cerkezköy** berichtete, welche für den deutschen **Bosch-Siemens** Konzern arbeitet, wurde er aufgrund einer Intervention des deutschen Firmenchefs entlassen. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, er hätte seinen „Arbeit- und Brotgeber verraten“. In diesem Interview, das auch im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, wünschte **Alacam** den Arbeiterinnen und Arbeitern von **Bosch-Siemens** in Deutschland bei ihrem derzeitigen Arbeitskampf gegen den Konzern viel Erfolg.
(jW 24.10.06)

Rede- und Presse„freiheit“

Im Jahre 2005 stieg die Zahl der offiziell überwachten Telefon-, Fax- und Internetanschlüsse gegenüber dem Vorjahr um mehr als 45 Prozent auf 42.508. Davon waren allein über 42.000 Anschlüsse für Handys betroffen. Zwischen 1995 und 2004 stieg die Zahl der Telefonüberwachungen um mehr als 500 Prozent.
(taz 20.10.06)

Im Ende Oktober veröffentlichten „Pressefreiheitsranking“ der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ rutschte Deutschland weltweit vom 18. auf den 23. Rang. Die Rangliste wird erstellt aus Meldungen über Zensur, Bedrohun-

gen und Einschüchterungsversuchen, sowie Repressalien gegenüber Journalisten. (jW 25.10.06)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

In der Nacht zum 10. September betraten 30 Nazis in Großenhain (Sachsen) einen alternativen Jugendclub, störten die dortige Veranstaltung und beschimpften dort auftretende Künstler. Nachdem die Polizei sie des Hauses verwies, überfielen am frühen Morgen 15 Nazis den Club traten Fenster und Türen ein und bedrohten die Anwesenden. Nur wenige Tage später verbot der Bürgermeister des Ortes dem überfallenen Jugendclub jede weitere Veranstaltung bis zum Jahresende und schränkte gleichzeitig die Öffnungszeiten ein. (FR 27.09.06)

Ein Antifaschist, der auf einer Anti-Nazi-Demo im November letzten Jahres in Düsseldorf angeblich einen Schneeball in Richtung der den Nazi-Aufmarsch schützenden Polizei geworfen hatte, anschließend von einem Polizisten mit dem Schlagstock geprügelt und von mehreren weiteren zu Boden gerissen wurde, stand Ende September vor Gericht. Das Düsseldorfer Landgericht verurteilte ihn wegen des Schneeballwurfes zu 300 Euro Bußgeld. Drei weitere „Schneeballprozesse“ gegen Antifas stehen noch an. (jW 28.09.06)

Das Landgericht Stuttgart verurteilte am 29. September den Inhaber eines Punk-Versandhandels zu 3.600 Euro Geldstrafe wegen „Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“. Gemeint sind damit durchgestrichene Hakenkreuze. Insgesamt

zog das Gericht bei dieser Gelegenheit über 16.000 beim Versandhandel beschlagnahmte antifaschistische Materialien ein. (taz 30.09.06)

Verschärfte staatliche Überwachung in Schulen

Laut Kultusministerkonferenz soll zukünftig jede Schülerin und jeder Schüler eine eigene Identitätsnummer erhalten. Mit Hilfe eines „nationalen Bildungsregisters“, in dem die personenbezogenen Nummern angeblich anonym aufgenommen werden, sollen Angaben über nationale Herkunft, soziale Verhältnisse und Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zentral erfasst werden. Der Erhebungszeitraum der Daten soll vor Beginn der Einschulung bis hin zum Studium reichen. Auch Wohnorts- und Schulwechsel werden erfasst. Bereits für das Jahr 2007 plant Brandenburg landesweit die Einführung von Schülernummern. (FR 29.09.06, jW 27.10.06)

„Christlicher“ deutscher Chauvinismus im Erziehungswesen

Die hessische CDU-Kultusministerin Wolff hält es für „sinnvoll“ im Biologieunterricht die christliche Schöpfungslehre zu propagieren. Es müsse zulässig sein, die Evolutionstheorie „in Frage zu stellen“. (FR 09.10.06)

In Dietzenbach (Hessen) hat das Stadtparlament beschlossen, dass in den Kindertagesstätten ausschließlich deutsch gesprochen werden soll. Weiterhin soll die deutsche Fahne und der Bundespräsident (als Bild) aufgehängt werden und die christlichen Feiertage müssen zukünftig gefeiert werden. 30 Prozent

aller im Ort lebenden Menschen kommen aus anderen Herkunftsländern; in einigen Kindertagesstätten kommen bis zu 80 Prozent der Kinder aus Familien, deren Muttersprache nicht deutsch ist. (FR 09.10.06)

Einstellung des Verfahrens gegen Polizisten, der einen Mann aus dem Kongo erschossen hat

Am 14. April 2006 erschoss in Dortmund ein Polizist einen Mann aus dem Kongo aus nur drei Metern Entfernung. Eine der Kugeln traf das Opfer direkt ins Herz. Der Polizist behauptete, der Afrikaner hätte ihn mit einem Messer bedroht und er hätte in Notwehr gehandelt. Ein zweiter Beamter behauptete, der Todesschütze hätte dem Afrikaner allein gegenübergestanden, was jedoch von Zeugen widerlegt wurde. Die Staatsanwaltschaft Dortmund stellte das Verfahren gegen den Todesschützen ein, obwohl noch nicht mal erwiesen war, ob er überhaupt vom Opfer angegriffen wurde. (jW 11.10, 26.10.06)

Einstellung eines Verfahrens gegen Nazi-Mörder

Die Staatsanwaltschaft München stellte Anfang Oktober ein Verfahren gegen den ehemaligen Offizier der deutschen Nazi-Wehrmacht Mühlhauser ein, der am 24. September 1943 an der Ermordung von 3.000 italienischen Gefangenen beteiligt war – obwohl er zugab, Befehle zu Erschiessungen erteilt zu haben, obwohl ihm 13 Ermordungen direkt nachgewiesen werden konnten und obwohl diese Mordaktion selbst nach den Regeln der Wehrmachtsjustiz illegal gewesen war. Die Staatsanwaltschaft verurteilte die Handlung

des Mörders als „menschliche Schwäche“ und bezeichnete die italienischen Opfer, die gegen den Nazi-Faschismus kämpften, als „Verräter“.

Heftige Empörung löste das Urteil in Italien aus, wo schon seit längerem deutsche Kriegsverbrecher in Abwesenheit zu Haftstrafen verurteilt werden, während die gleichen Kriegsverbrecher in Deutschland ihren Ruhestand genießen, ohne eine Auslieferung befürchten zu müssen.

(jW 04.10.06, FR 11.10.06)

Antisemitismus in Deutschland

Bei einem Fußballspiel zwischen einem Verein, in dem auch jüdische Menschen spielen, gegen einen anderen Berliner Verein, wurden am 26. September lauthals und unablässig antisemitische Parolen gebrüllt, wie „Synagogen müssen brennen“, „Vergast die Juden“ und ähnliche. Der Schiedsrichter unterbrach das Spiel nicht. Als ein jüdischer Fußballspieler die Nazis aufforderte den Mund zu halten, gab der Schiedsrichter ihm die gelbe Karte. Ein anderer Spieler, der sich daraufhin beschwerte, flog vom Platz. Daraufhin weigerte sich der betroffene Club weiterzuspielen, so dass das Spiel abgebrochen wurde. (Jungle World 18.10.06)

Bei einem Fußballspiel Ende Oktober zwischen einem Verein aus Berlin und einem aus Dresden riefen ca. tausend Nazis während des gesamten Spiels und auch nach Spielende immer wieder im Sprechchor „Juden Berlin!“ (jW 30.10.06)

In einer Schule in Parey (Sachsen-Anhalt) wurde einem 16-Jährigen von drei Nazis ein antisemitisches Schild mit der Aufschrift „Ich bin am Ort das größte Schwein und lass mich nur mit Juden ein“ um den Hals gehängt. An-

schließend wurde er gezwungen damit auf den Schulhof herumzulaufen. (FR 14.10.06)

Mord an einem Obdachlosen

In Frankfurt (Oder) wurde in der Nacht zum 10. September ein 56 Jahre alter Obdachloser von zwei Jugendlichen misshandelt und anschließend ermordet. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekanntgegeben. (taz 12.09.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Magdeburg** wurde am 10. September ein Mann aus Benin von vier Nazis rassistisch beleidigt, anschließend geschlagen und mit Füßen getreten. (Jungle World 20.09.06) Am 15. September wurde in **Mittenwald** (Bayern) ein LKW-Fahrer aus Polen von vier Nazis mit Naziparolen beschimpft. Einer der vier Nazis verletzte ihn anschließend mit Faustschlägen und Fußtritten. (Jungle World 27.09.06) Ein 22-jähriger dunkelhäutiger Deutscher wurde am 24. September in **Trier** (Rheinland-Pfalz) von zwei Nazis rassistisch beschimpft und durch Messerstiche verletzt. (Jungle World 04.10.06) Am 10. Oktober wurde ein 37-Jähriger aus Kamerun in **Berlin-Spandau** von zwei Nazis rassistisch beschimpft und mit einer Fahrradkette geschlagen. (Jungle World 18.10.06) In **Gerwisch** (Sachsen-Anhalt) überfielen am 21. Oktober mehr als 30 vermummte Nazis eine Geburtstagsfeier. Sie stürmten das Bürgerhaus, schlugen auf die dort feiernden Kinder und Jugendlichen ein und zerstörten Teile der Einrichtung. (taz 26.10.06)

Offiziell wurden von Januar bis August 2006 bundesweit 8.000 Nazi-Straftaten registriert; 20 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum;

knapp 50 Prozent mehr als 2004. Die offizielle Zahl rechter Gewalttaten stieg von 363 im Vorjahreszeitraum auf 452. Insgesamt wurden 325 Menschen durch den Nazi-Terror verletzt. Im selben Zeitraum wurde gegen nur 19 Nazis ein Haftbefehl erlassen. (FR 18.10.06)

Nazi-Wahlerfolge

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Mitte September erreichte die NPD mehr als 7 Prozent der Wählerstimmen. In mehreren Orten des Landes erreichte sie sehr hohe Ergebnisse. So z. B. in Postlow **38,6** Prozent, in Bargisow **31,6** Prozent, in Blesewitz **32,2** Prozent, in Neu Kosenow **31,1** Prozent, in Neuenkirchen **30,1** Prozent, in Wilhelmshagen **27,9** Prozent. Die Anzahl der Nazi-Übergriffe in Mecklenburg-Vorpommern hat sich im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. (taz 18.09, 19.09.06, Jungle World 20.09.06)

Erfolgreicher militanter Angriff gegen Nazi-Terror

Während eines Stadtfestes mit dem Namen „Zwiebelmarkt“ Anfang Oktober in Artern (Thüringen) terrorisierten 20 Nazis die Anwesenden. Nachdem die Nazis einen 21-Jährigen zusammengeschlagen hatten, verwiesen 100 Besucher die Nazis gewaltsam vom Platz. Während drei Nazis noch in eine Polizeiwache flüchten konnten, wurden die anderen durch den Ort gejagt und gefangengenommen. Anschließend mussten sechs Nazis ins Krankenhaus.

Ein „Rechtsextremismus-Experte“ aus Magdeburg hetzte anschließend gegen diesen erfolgreichen Kampf mit den Worten: „Das ist ein

Verstoß gegen die Regeln der Auseinandersetzung mit Neonazis“.
(taz 04.10.06)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 16. September blockierten in **Bielefeld** 700 Antifas einen Aufmarsch von 150 Nazis. Die Nazis mussten ihren Aufmarsch nach 100 Metern beenden. (taz 18.09.06) 500 Antifas kreisten am 23. September den Bahnhof in **Göppingen** ein, um zu verhindern dass 200 Nazis zu einem Kundgebungsort gelangen konnten. Nur mit Hilfe der Polizei gelang es den Nazis, den Bahnhof zu verlassen. (taz 25.09.06) In **Hoyerswerda** demonstrierten am selben Tag 400 Antifas in Erinnerung an das Nazi-Pogrom in der Stadt vor 15 Jahren. (jW 25.09.06) 2.000 Antifas protestierten am 3. Oktober in **Leipzig** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. Die Antifas versuchten durch Sitzblockaden und Barrikaden den Aufmarsch zu stoppen. (taz 04.10.06) Über 1.000 Menschen protestierten am selben Tag in den Orten **Kelkheim** und **Königstein** gegen einen Aufmarsch von 70 Nazis. (FR 04.10.06) Am 14. Oktober verhinderten 3.000 Menschen in **Nürnberg** einen Aufmarsch von 100 Nazis durch eine sechstündige Blockade. (PB 20.10.06) Am gleichen Tag protestierten in **Hamburg** ebenfalls 3.000 Menschen gegen 170 Nazis, die dort aufmarschierten, und in **Chemnitz** demonstrierten 1.200 Menschen gegen Nazi-Läden in der Stadt. (jW 16.10.06) In **Göttingen** versammelten sich am 28. Oktober 4.000 Menschen, um gegen eine Kundgebung von 220 Nazis zu demonstrieren.
(jW 30.10.06)

Massiver Protest von Flüchtlingen

Anfang Oktober protestierten 200 Flüchtlinge im Flüchtlingslager Blankenburg gegen die schlechten Lebensbedingungen und für ein gesünderes Essen. Bereits mehrere Flüchtlinge waren durch die Nahrungsaufnahme erkrankt. Am 4. Oktober wurde das Essen auf den Fußboden geworfen und die Protestierenden demonstrierten durch das Lager. Die Polizei rückte mit 20 Einsatzwagen an und löste den Protest gewaltsam auf. Am nächsten Tag setzten 250 Insassen die Proteste fort. Sie forderten zusätzlich eine bessere Gesundheitsversorgung und die Ablösung der berüchtigten Lagerärztin. Polizei und Lagerleitung versuchten durch Vergünstigungen Flüchtlinge zu bewegen die Anführer des Streiks zu verraten. Zugleich erhöhten sie den Druck auf die Flüchtlinge, um sie zum Streikabbruch zu bewegen. Menschen, die in anderen Flüchtlingslagern sitzen, besuchten die Kämpfenden und beteiligten sich an dem Streik. Mitte Oktober verschärfte sich auch die öffentliche Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Streikenden, die angeblich zum Streik gezwungen wurden. Trotz aller Repressalien und Verleumdungen, dauerte der Kampf gegen das Lagerregime auch noch Ende Oktober an.
(jW 07.10, 16.10, 19.10.06)

Der Aufstand in Mexiko geht weiter

Der im Mai begonnene Streik von 70.000 Lehrerinnen und Lehrer in Oaxaca, dem sich nach einem gewaltsamen Versuch der Polizei, den Streik aufzulösen, große Teile der Bevölkerung angeschlossen hatten, verschärfte sich im Oktober. Tausende Polizisten

hatten die Stadt eingekreist. Die Armee stand mit Panzern bereit; Militärhubschrauber patrouillierten. Immer wieder kam es zu kleineren Scharmützeln zwischen den staatlichen Truppen und den Protestierenden mit mehreren Todesopfern auf Seiten der Aufständischen – dieser Zustand hielt über mehrere Wochen an. Trotz des militärischen Aufmarsches beschlossen die Kämpfenden ihren Protest fortzusetzen. Ende Oktober dann griffen 4.000 Polizisten unterstützt von Hubschraubern die Stadt an. Die Menschen versuchten mit Steinwürfen und Benzinbomben den Angriff abzuwehren, mussten sich aber zurückziehen. Die Polizei übernahm vorerst wieder die Kontrolle über Oaxaca.
(jW 04.10.06, Jungle World 11.10.06, FR 24.10, 31.10.06)

2006 Nov. – Dez.

Deutsche Soldaten in Aktion

Ende Oktober wurden in der Presse Fotografien veröffentlicht, die deutsche Soldaten in **Afghanistan** zeigten. Die Soldaten posierten mit Totenschädeln und „schmückten“ mit den Schädeln ihre Militärfahrzeuge. Die Bilder wurden bereits im April 2003 aufgenommen. Ein Ermittlungsverfahren gegen zwei daran beteiligte Soldaten stellte die Staatsanwaltschaft München Anfang Dezember wegen Verjährung ein. Weitere solcher Verfahren laufen noch. (FR 08.12.06)

Anfang November wurde bekannt, dass die berüchtigte „Elite“-Einheit KSK in **Afghanistan** eines ihrer Militärfahrzeuge mit Symbolen der Nazi-Wehrmacht besprüht haben. Bekannt wurde auch, dass Fahrzeuge der KSK in Calw (Baden-Württemberg), dem „Heimatstandort“ der KSK, mit Emblemen des Nazi-„Afrika-Korps“ aus dem Zweiten Weltkrieg versehen waren. (taz 02.11.06)

Ebenfalls Anfang November wurde bekannt, dass bereits im Jahre 2002 deutsche Soldaten in **Afghanistan** an einem Kind eine Scheinhinrichtung durchgeführt hatten. Ein Soldat wird zitiert mit den Worten: „Der Junge hatte unglaubliche Angst, bis er gemerkt hat, dass er nicht wirklich erschossen wird.“ Bis auf eine Ausnahme hätten sich alle daran beteiligten Soldaten amüsiert. Der Junge bekam hinterher ein Dollar „als Lohn“. (taz 06.11.06)

Weitere internationale Aktivitäten der deutschen Armee

Die Bundeswehr erhält in **Afghanistan** 100 gepanzerte Fahrzeuge des Typs Dingo 2, statt wie bisher geplant 33. Mitte Dezember erklärte sich die Bundesregierung bereit, mehrere Tornado-Kampfflugzeuge, angeblich zu Aufklärungszwecken, in Afghanistan einzusetzen. Ende Dezember wurden mehrerer Panzer ins Land verlegt. Das ist seit dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Einsatz in **Kosovo** das zweite Mal, das deutsche Panzer auch im Ausland eingesetzt werden. Gleichzeitig wurde die Truppenstärke im größten Feldlager außerhalb Deutschlands um 300 auf 1.700 Soldaten verstärkt. Im Januar soll der deutsche Geheimdienst im Süden des Landes den verstärkten Einsatz der Bundeswehr auch in diesem Gebiet vorbereiten. Bereits jetzt befinden sich mehrere deutsche Soldaten dort. Im kommenden Jahr wird Deutschland mit weiteren 20 Millionen Euro die Ausbildung der Polizei in Afghanistan fortsetzen. (taz 13.12.06, FR 22.12.06, jW 07.12., 28.12., 29.12.06)

Mitte November verlängerte der Bundestag den Einsatz der deutschen Armee im Rahmen der imperialistischen „Operation Enduring Freedom“. Die meisten Soldaten sind dabei am **Horn von Afrika** eingesetzt, um die dortigen Seewege zu kontrollieren. (FR 11.11.06)

Im Rahmen der verstärkten propagandistischen Vorbereitung eines Bundeswehreinsetzes in der Provinz Darfur im **Sudan**, erklärte Kriegsminister Jung: „Wir könnten

auch jetzt noch Soldaten in den Auslandseinsatz schicken. Dazu ist die Bundeswehr immer in der Lage.“ (taz 17.11.06)

Der zur Zeit laufende Einsatz der Bundeswehr in einem anderen Landesteil des **Sudan**, wurde Mitte Dezember durch den Bundestag um ein halbes Jahr verlängert. (jW 16.12.06)

Um ein weiteres Jahr verlängert wurde Anfang Dezember der Bundeswehreinsatz in **Bosnien-Herzegowina**. Nur wenige Tage später übernahm Deutschland das Oberkommando über die imperialistischen Armen im Land. (FR 01.12., 06.12.06)

Deutsche Rüstungsexporte erhöht

Mitte Dezember veröffentlichte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung ihren Rüstungsexportbericht für das Jahr 2005. Danach hat der deutsche Imperialismus 2005 Kriegswaffen im Wert von 1,6 Milliarden Euro ausgeführt. Im Jahre 2004 betrug dieser Wert 1,13 Milliarden Euro. Gegenüber 1997 steigerte sich diese Ausfuhr um mehr als 50 Prozent. Rüstungsgüter im Wert von 1,65 Milliarden Euro wurden in Länder geliefert, die „Entwicklungshilfe“ erhalten. Der Wert der Exportgenehmigungen für Kleinwaffen steigerte sich von 1996 bis 2005 um mehr als das siebenfache. (jW 19.12.06)

Gesteigerter deutscher „Nationalstolz“

Die Bielfelder Universität führte kurz vor und nach der Fußball-Weltmeisterschaft eine Umfrage unter der Bevölkerung durch. 86,6 Prozent der Befragten gaben zu, sie seien

stolz darauf, Deutsche zu sein – vor der WM waren es knapp 80 Prozent. Über 46 Prozent der Befragten sind stolz auf die deutsche Geschichte – vor der WM waren es knapp 37 Prozent. Zudem stimmten fast 60 Prozent der Befragten der These zu, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe.

Polizeiterror gegen DHKP-C

Bei einer großangelegten Razzia am 28. November gegen vermeintliche Unterstützer und Mitglieder der türkischen „Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) wurden bundesweit 59 Wohnungen, Geschäftsräume und Kulturvereine durchsucht. Dabei wurden Vereinsräume verwüstet, Computer, Handys, Geschäftsunterlagen und antifaschistische Materialien beschlagnahmt. Sämtliche Mitarbeiter von durchsuchten Unternehmen – egal aus welchem Herkunftsland – wurden „erkennungsdienstlich behandelt“; ihre Wohnungen wurden ebenfalls durchsucht. Die Polizei nahm zwei Menschen aus der Türkei fest. In der Türkei kämpft die DHKP-C unter anderem gegen die Isolationshaft in den Hochsicherheitsgefängnissen. Durch den bereits sechs Jahre währenden Hungerstreik verloren 122 Menschen ihr Leben. (jW 30.11.06)

„Bleiberechtsregelung“ für „geduldete“ Flüchtlinge

Mitte November vereinbarten die Innenminister von Bund und Ländern auf einer Konferenz in Nürnberg eine sogenannte „Bleiberechtsregelung“ für „geduldete“ Flüchtlinge.

Diese Regelung stellt an die betroffenen 200.000 Flüchtlinge schikanöse Anforderungen, um ein Bleiberecht zu erhalten. Sie müssen seit mindestens acht Jahren in Deutschland gelebt haben und die deutsche Sprache können. Sie dürfen nicht straffällig geworden sein und es darf kein „Extremismus- oder Terrorismusbezug“ bestehen; außerdem müssen sie ein festes Arbeitsverhältnis vorweisen können. Nach Angaben des niedersächsischen Innenministers Schünemann werden nach diesen Voraussetzungen nur 20.000 Flüchtlinge ein Bleiberecht erhalten. (jW 18.11.06)

Suizidversuch aus Angst vor Abschiebung

Am 1. Oktober wollte ein 35-jähriger Flüchtling aus Afghanistan, bei einem zweiten Abschiebeversuch sich selbst töten. Er sprang von der Flugzeugtreppe und brach sich beide Beine. Mitte November wurde er vom Krankenhaus zurück ins Flüchtlingslager verschleppt. Nach wie vor sagt er, bei einer erneuten Abschiebung werde er sich töten. Der Flüchtling lebt seit fünf Jahren in Deutschland und fällt damit nicht unter die „Bleiberechtsregelung“. (FR 21.11.06)

Suizid aus Angst vor Abschiebung

Am 12. Dezember tötete sich ein kurdischer Flüchtling im psychiatrischen Krankenhaus Wunsdorf aus Angst vor der Abschiebung. Seit Mitte der 90er lebte er mit seiner Familie in Deutschland und bemühte sich erfolglos um ein politisches Asyl. Auch ein fünfmonatiges Kirchenasyl blieb ohne Er-

folg. Seine Frau ist bereits mit mehreren Kindern untergetaucht. Nach seiner Selbsttötung wurden fünf weitere Kinder der Familie ebenfalls in die Psychiatrie gesteckt. (FR 15.12.06)

Deutscher Umgang mit Flüchtlingen in Zahlen

In den ersten elf Monaten des Jahres 2006 sank die Zahl der Flüchtlinge, die Asyl beantragten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27,3 Prozent auf 19.472.

Im November 2006 wurden 1,1 Prozent aller Antragsteller als „asylberechtigt“ anerkannt – das sind ganze 28 Personen. (jW 12.12.06)

Zahlen zur weiteren Verschärfung der ökonomischen Ausbeutung

Von 1991 bis 2005 sank das Nettoeinkommen der privaten Haushalte, nach Abzug der Preissteigerungen, um zwei Prozent. Im Jahre 2005 hat die Nettolohnquote – der Anteil der Arbeitseinkommen am verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte – mit 41,2 Prozent den niedrigsten Wert seit Bestehen der BRD erreicht. Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen 2005 um 6,2 Prozent (2004 um 10,4 Prozent). Die Sozialabgaben der Unternehmen stiegen vom Jahre 2000 bis zum zweiten Quartal 2006 um nur 3,5 Prozent – EU-weit stiegen sie um 23,3 Prozent. (FR 28.11.06, taz 30.11.06, jW 08.12., 19.12.06)

Nazi-Waffenlager in Bayern entdeckt

Bei einem Polizeieinsatz in mehreren Dörfern in Oberbayern wurde Ende November

in 26 Gebäuden ein umfangreiches Waffenlager einer Nazi-Gruppe entdeckt. Insgesamt verfügten die Nazis über mehr als 100 Gewehre, Revolver, Maschinenspistolen und Maschinengewehre sowie über Flak-Munition. Außerdem wurden Unmengen von Nazi-Artikel sichergestellt. Acht Nazis wurden verhaftet. Der Samerberger Bürgermeister Huber versicherte, dass sie „a bisserl Waffen“ hatten und dass sie „a bisserl im Wald rumgeballert haben, das ist kein Geheimnis“. „Ich glaube, dass es das in jedem Dorf gibt.“ Das bayerische Landeskriminalamt verharmloste den Waffenfund, indem es die Waffen als „Statussymbole“ bezeichnete. Bereits im Frühjahr 2005 wurden in dieser Gegend Waffen bei Nazis gefunden. (Jungle World 13.12.06)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Strausberg** (Brandenburg) wurde am 3. November ein Mann aus Vietnam durch zwei Nazis mit einem Messerstich in der Brust lebensgefährlich verletzt. Die Polizei behauptete, ein Nazi-Hintergrund liege nicht vor. (Jungle World 15.11.06)

Am 12. November wurde in **Jena** (Thüringen) ein Mann aus Syrien von mehreren Nazis zusammengeschlagen. Ein Nazi-Hintergrund, so die Polizei, liege nicht vor. (Jungle World 22.11.06)

Fünf Nazis überfielen am 25. November in **Halberstadt** (Sachsen-Anhalt) einen Mann aus Kasachstan. Einer von den Nazis schlug ihn mit einem Baseballschläger. Die Polizei, die den Nazi festnahm, ließ ihn einen Tag später wieder laufen. (Jungle World 06.12.06)

Anfang Dezember wurden in einer Diskothek in **Rostock** acht Menschen aus anderen Herkunftsländern von mehreren Nazis überfallen. Zwei der Opfer mussten ins Krankenhaus. Gegenüber der Presse sprach ein Zeuge von „regelrechten Jagdszenen“. Antifas bezeichneten den Überfall als „die schwerwiegendste rassistische Gewalttat in den letzten Jahren in Rostock“, die nach wie vor verharmlost werde. (Jungle World 20./27.12.06)

Am 8. Dezember überfielen zwei Nazis in **Berlin-Lichtenberg** ein türkisches Imbisslokal. Dem Besitzer gelang es mit seinem Bruder, der mit einem Vierkantholz zuschlug, die Nazis abzuwehren. Die Nazis mussten sich mit Verletzungen zurückziehen. (Jungle World 20./27.12.06)

Im September wurden allein nach offiziellen Zahlen 70 „rechtsextremistische Gewalttaten“ registriert. 50 Menschen erlitten dabei Verletzungen. (jW 11.11.06)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

10.000 Menschen verhinderten am 4. November in **Bremen** einen Aufmarsch von 70 Nazis, der von 2.500 Polizisten geschützt wurde. Die Nazis wurden von den Bewohnern der Aufmarschroute mit Eiern und Flaschen beworfen, so dass sie nur 500 Meter weit kamen. Die Demonstrierenden selbst, die durch die Polizei von den Nazis ferngehalten werden sollten, überannten mehrere Polizeisperren. Erst an einem Engpaß gelang es der Polizei mit Wasserwerfern und gepanzerten Fahrzeugen die Protestierenden aufzuhalten. Meh-

tere Menschen wurden durch die Polizei verletzt. Insgesamt konnten die Protestierenden zwei Drittel der gesamten Nazi-Route besetzen. Im Verlauf der achtstündigen Anti-Nazi-Kämpfe nahm die Polizei 100 Demonstranten fest. (jW 06.11.06)

Knapp 10.000 Menschen protestierten am 18. November in **Halbe** (Brandenburg) gegen eine geplante Nazi-Kundgebung. Die 1.000 Nazis verlegten kurzfristig ihren Kundgebungsort nach **Seelow**. Dort stellten sich 1.000 Antifas den Nazis entgegen. (jW 20.11.06)

In **Berlin** demonstrierten am 25. November 1.000 Antifas in Gedenken an den 1992 von Nazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier. Insgesamt waren 1.200 Polizisten aufmarschiert, die die Demo immer wieder angriffen. Mehrere Antifas wurden dabei verletzt. (jW 27.11.06)

1.000 Menschen protestierten am 9. Dezember in **Berlin** gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. 600 Antifas blockierten dabei über mehrere Stunden die Aufmarschroute. (jW 11.12.06)

Am selben Tag gingen in **Celle** 3.000 Menschen auf die Straße, um gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis zu protestieren. Mehreren Antifas wurden durch Polizeihunde Bissverletzungen zugefügt. (jW 11.12.06)

Erneut Proteste von Flüchtlingen

Ende Oktober beendeten die Flüchtlinge im Lager Blankenburg ihren vierwöchigen Streik gegen die schlechten Lebensbedingungen, ohne jedoch ihre Demonstrationen

für eine Verbesserung dieser Bedingungen einzustellen.

Am 8. November begannen die Flüchtlinge im Abschiebelager Bramsche mit einem Warnstreik ihren Kampf für eine Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen. Am 21. November traten sie in einen unbefristeten Boykott des Lageressens, gleichzeitig kritisierten sie u. a. die schlechte Gesundheitsversorgung und die soziale Isolierung der im Lager internierten Kinder. 70 Flüchtlinge und 30 Unterstützerinnen und Unterstützer demonstrierten am 25. November in Osnabrück, um auch öffentlich auf die Zustände im Lager aufmerksam zu machen. Fünf Tage später blockierte die Flüchtlinge die Zufahrt zum Lagergelände. Am 5. Dezember beendeten die Flüchtlinge vorerst ihren Streik und kündigten an, mit Demonstrationen und weiteren Aktionen ihre Proteste fortzusetzen.

Wie beim Flüchtlingskampf in Blankenburg waren auch in Bramsche die Flüchtlinge Repressionen von seiten der Polizei ausgesetzt. Ein Flüchtling, der ein Gespräch mit dem Lagerleiter verlangte, wurde unter Einsatz von Pfefferspray umgehend festgenommen. Gegen mehrere Flüchtlinge laufen mittlerweile Ermittlungsverfahren.

(anna 30.11, 14.12.06, jW 07.12.06)

Weitere militante Kämpfe in Mexiko

Auch nach dem Einmarsch von über 4.000 Polizisten Ende Oktober in die Stadt Oaxaca, um den seit Monaten währenden Aufstand von mehreren Zehntausend Men-

schen niederzuschlagen, setzten die Protestierenden den Kampf fort.

Entgegen der Behauptung des mexikanischen Präsidenten Fox, „sozialer Friede und Ruhe sei wieder hergestellt“, konnte die Polizei drei Tage nach ihrem Angriff nur die Kontrolle über das Stadtzentrum erlangen. Brennende Barrikaden und Protestdemonstrationen tausender Menschen prägten statt dessen Anfang November das Bild. Ständig wurden neue Barrikaden gegen die Polizeitruppen errichtet und Straßen blockiert.

Am 3. November kam es zu einer mehrstündigen Straßenschlacht, bei der es den Protestierenden gelang die Polizei aus dem Universitätsviertel zu vertreiben, wo diese eine dort stationierte Radiostation der Aufständischen zerstören wollte. Mindestens 200 Aufständische wurden bei der Verteidigung ihres Senders verletzt. Zwei Tage später demonstrierten 20.000 Aufständische ins Stadtzentrum und forderten den Abzug der Polizei, die sich auf den umliegenden Hausdächern verschanzt hatte. Am folgenden Tag wurden erste Bombenschläge der Aufständischen auf Regierungseinrichtungen verübt. Die Kämpfe sind auch in den folgenden Wochen ungemindert fortgesetzt worden. So wurden Ende November die Polizeitruppen mit Steinen, Brandsätzen und Feuerwerkskörpern angegriffen und ein Gerichtsgebäude und das Finanzamt in Brand gesetzt.

(jW, 01.11., 02.11., 04.11.06, FR 06.11, 08.11.06, taz 28. 11.06)

Streikkampf gegen den VW-Konzern in Belgien

Im Oktober hatte die IG-Metall-Führung einer Verlängerung der Arbeitszeit für 100.000 VW-Beschäftigte in Deutschland zugestimmt, in dessen Folge ein Großteil der VW-Produktion aus Belgien nach Deutschland verlegt werden soll.

Am 17. November begann im Brüsseler VW-Werk ein Streikkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Verlegung der Produktion nach Deutschland und die damit einhergehende Vernichtung von bis zu 4.000 Arbeitsplätzen. Bereits am 21. November wurde der Betrieb besetzt, um einen Abtransport der Maschinen zu verhindern. Von den 2.000 Fahrzeugen, die zur Auslieferung bereit standen, behielten die Arbeiterinnen und Arbeiter die Wagenschlüssel ein. Der Werksschutz wurde vom Gelände verjagt – der Champagnervorrat der Geschäftsführung wurde konfisziert. Zur gleichen Zeit waren bereits mehrere Hundertschaften der Polizei mit Wasserwerfern aufgefahren, um den VW-Konzern vor den Protesten zu schützen. Die Beschäftigten hatten bereits sämtliche Zufahrten des Betriebs unter ihrer Kontrolle.

Bisheriger Höhepunkt der Kämpfe war eine Demonstration am 2. Dezember in Brüssel, an der sich 25.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen europäischen VW-Werken, aus Werken anderer Autohersteller und aus Zulieferbetrieben beteiligten, und die unter großer Solidarität der Bevölkerung stattfand.

(jW 22.11., 25.11., 04.12.06, FR 23.11.06)

2007

2007 Jan. – Febr.

Staatliche Repression gegen Kurdinnen und Kurden

Mitte Januar wurden bei einer Polizeirazzia gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK in vier Bundesländern 25 Wohnungen, zwei Geschäftsräume und fünf Vereine durchsucht. Gegen 23 Personen laufen Ermittlungsverfahren. Die Polizei beschlagnahmte Bargeld, Zeitschriften, Kontounterlagen, Handys, Computer und Spendenlisten. Insgesamt nahmen 234 Polizisten an der Razzia teil. Die PKK – seit 2003 „Volkskongress Kurdistans“ (Kongra-Gel) – wurde in Deutschland bereits 1993 verboten.

Gegen zwei Kurden, die seit August letzten Jahres in Untersuchungshaft sitzen, wurde Mitte Januar in Düsseldorf und Frankfurt am Main Anklage erhoben wegen angeblicher „Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Gemeint ist damit die PKK.

Wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ (PKK) und angeblicher Mitverantwortung für die kurdischen Protestaktionen in Deutschland in den Jahren 1993 und 1994, wurde Mitte Januar in Frankfurt ein Kurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt.

(FR 11.01, 17.01.07)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

Nachdem Ende November in Berlin-Lichtenberg zwei stadtbekannte Nazis von Antifa-

schisten militant angegriffen und dabei leicht verletzt worden waren, verhaftete die Polizei Mitte Dezember aufgrund von Nazi-Aussagen einen Antifaschisten, der seitdem in Untersuchungshaft sitzt. Gegen ihn wird nun wegen versuchten Totschlags ermittelt. (Jungle World 17.01.07)

Mitte Januar durchsuchte die Polizei in Berlin das Zimmer eines Studenten in einer WG und beschlagnahmte persönliche Unterlagen. Angeblich hat er sich im Mai letzten Jahres an einer antifaschistischen Aktion gegen eine Nazi-Kneipe im Stadtteil Lichtenberg beteiligt, bei der die Scheibe des Ladens zu Bruch ging. Wie die Polizei auf den Studenten kam, ist unklar. (jW 17.1.07)

Ende Januar durchsuchte die Polizei in Dresden auf Anregung eines stadtbekanntem Nazis die Räumlichkeiten des antifaschistischen Projekts „a.l.i.a.s.“. Dem Nazi war eine „Anti-Antifa“-Akte, die unter „Einsichtnahme in staatsanwaltliche Ermittlungsarbeiten“ gegen Antifaschisten erstellt wurde, abhanden gekommen. In der Akte, die dem Projekt von einem Unbekannten zugespielt wurde, waren 150 Antifaschisten mit Namen, Adresse und teilweise Fotos verzeichnet. Außerdem enthielt sie Personalausweisnummern und Adressen von Eltern und Verwandten. (jW 07.02.07)

Strafgefangene in Deutschland

Die Anzahl der Strafgefangenen stieg im Jahre 2006 gegenüber 2005 um 26 Prozent. Während 2005 63.500 Personen im Gefängnis einsaßen, stieg deren Zahl 2006 um etwa 16.000 auf 80.000. (jW 16.02.07)

Um sie „unter den besonderen Bedingungen des Arrests zu disziplinieren“ wurde bereits im Dezember letzten Jahres eine 16-jährige Schülerin aus Görlitz wegen „Schulschwänzerei“ zu einem zweiwöchigen Gefängnisauferenthalt in Bautzen verurteilt. (FR 08.02.07)

Bundesjustizministerin Zypries kündigte Ende Februar an, das Jugendstrafrecht zu verschärfen. Künftig sollen jugendliche sogenannte „Schwerstkriminelle“ den erwachsenen Straftätern gleichgestellt werden und können durch eine „Sicherheitsverwahrung“ bis an ihr Lebensende festgehalten werden. (jW 26.02.07)

In Nordrhein-Westfalen soll nach der CDU das Jugendstrafrecht nur noch in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen. CDU-Generalsekretär Wüst sagte: „Wir müssen viel häufiger mit dem eisernen Besen kehren und für Recht und Ordnung sorgen.“ (FR 27.02.07)

Deutsche Flüchtlingspolitik in Zahlen

2006 beantragten 21.000 Flüchtlinge Asyl; das war der niedrigste Stand seit 1983. Allein gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Antragsteller um 8.000. Insgesamt wurde im Jahre 2006 über 30.756 Flüchtlingsanträge entschieden. Nur 251 Flüchtlinge (0,8 Prozent) wurden als „asylberechtigt“ anerkannt.

Im Januar diesen Jahres sank die Zahl der Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellten gegenüber dem Januar 2006 um 15 Prozent auf 1.663.

(jW 10.02.07, Kurdistan Rundbrief 15.02.07)

Rassismus bei Einbürgerungen in Berlin

Mitte Februar wurde öffentlich bekannt, dass in Berlin Menschen aus anderen Herkunftsländern, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, ihre „rassische und ethnische Herkunft“ angeben müssen. Erst nachdem dies bekannt wurde, erklärte der Berliner Innensenator Körting, dass die Formulierung, die über mehrere Jahre verwendet wurde, weggelassen werde. (taz 08.02.13.02.07)

Ausschnitte der weiteren Verschärfung der ökonomischen Ausbeutung und Unterdrückung

In Hamburg erhalten Reinigungskräfte Stundenlöhne, die weit unter dem im Tarifvertrag vorgeschriebenen Mindestlohn von 7,87 Euro liegen. Der Bruttostundenlohn einer Reinigungskraft in einem Luxushotel liegt sogar bei nur 1,92 Euro. (jW 10.01.07)

In Berlin und Brandenburg arbeiten mindestens 120.000 Menschen zu Stundenlöhnen zwischen 3 und 5 Euro brutto. (jW 07.02.07)

Der monatliche Bruttoverdienst eines Arbeiters in der Landwirtschaft war im Jahre 2006 um über 1.000 Euro geringer als bei einem Arbeiter in der Industrie. (taz 17.02.07)

Reallohnabbau: Im Jahr 2006 sind die Löhne und Gehälter zum zweiten mal in Folge geringer gestiegen als der Anstieg der „Verbraucherpreise“. Arbeiterinnen und Arbeiter verdienen 1,5 Prozent mehr; Angestellte 1,2 Prozent mehr als 2005 – für sie war es der geringste Lohnanstieg seit 1995.

Die „Verbraucherpreise“ stiegen dagegen um 1,7 Prozent. (jW 30.01.07)

Die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern mit niedrigem Einkommen ist um zehn Jahre geringer als von Männern mit hohem Einkommen. Bei Frauen beträgt der Unterschied fünf Jahre. (taz 14.02.07)

Im Jahre 2006 erhielten 500.000 Erwerbslose vom Arbeitsamt sogenannte Sperrzeiten, in denen ihnen das Arbeitslosengeld zeitweilig gestrichen wurde. Für Erwerbslose, die mit ALG-II leben müssen wurde am 1. Januar 2007 die Sperrzeitregelung nochmals verschärft. Ihnen kann nicht nur jede Geldzahlung, sondern auch die Übernahme der Miet- und Heizkosten gestrichen werden. Ausgegeben werden dann nur noch Lebensmittelgutscheine. Laut Pressesprecher der Bundesagentur für Arbeit, soll diese Verschärfung eine „erzieherische Wirkung“ haben. (jW 06.01., 13.01.07)

Zehn SS-Mörder in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt

Am 13. Januar verurteilte das Militärgericht im italienischen La Spezia zehn SS-Mörder zu einer lebenslangen Haftstrafe und zur Zahlung von 100 Millionen Euro an Überlebende und Angehörige der Opfer. Die SS-Mörder massakrierten 1944 im Dorf Marzabotto bei Bologna 955 Menschen – vor allem Frauen, Kinder und Alte. Bereits im Juni 2005 wurden in Italien zehn SS-Mörder wegen eines Massakers in Sant' Anna zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt.

Alle Mörder leben nach wie vor unbehelligt in Deutschland. Sie müssen nicht nur keine Auslieferung nach Italien befürchten, sie wurden hierzulande noch nicht einmal angeklagt. (jW 17.01.07)

Hakenkreuze für die Schüler

Während Antifaschistinnen und Antifaschisten wegen Hakenkreuze verurteilt werden, die in antinazistischen Materialien verwendet werden, steht ein Ermittlungsverfahren gegen die Military Air Systems der EADS wegen geringer Schuld kurz vor der Einstellung. Die Nachfolgefirma der Messerschmitt AG des Nazi-Wehrwirtschaftsführers Messerschmitt hatte an 15.000 Schülerinnen und Schüler kostenlose Hausaufgabenhefte verteilt, in denen u. a. ein Flugzeug mit Hakenkreuz zum Ausmalen abgebildet war. (anna 25.01.07)

Relativierung des Völkermordes an den Armeniern durch die Linksfraktion

Nachdem der Abgeordnete Keskin der Linksfraktion den Völkermord an den Armeniern 1914/15 durch Türken unter Mittäterschaft der Deutschen wiederholt öffentlich geleugnet hatte, forderte im Dezember letzten Jahres der Zentralrat der Armenier in Deutschland in einem Schreiben den Vorstand der Linksfraktion auf, sich von diesen Äußerungen und diesem Abgeordneten zu distanzieren.

Der Vize der Linksfraktion, Ramelow, antwortete, er halte die Meinung von Keskin für einleuchtend. Er warf dem Zentralrat der Armenier vor, sie verzichteten auf eine „sachli-

che Auseinandersetzung“ und sie instrumentalisieren die Opfer „völlig ohne Augenmaß“. Es gebe „Raum für Interpretationen“, da unschuldige Türken durch Racheakte von Armeniern ums Leben gekommen seien. Entgegen allem bisherigen Erkenntnisstand, der den Völkermord beweist, erhob er die Forderung: „Die Ereignisse des gesamten Zeitraums müssen objektiv, für beide Seiten nachvollziehbar geklärt werden.“ (jW 08.01.07)

Antisemitismus in Deutschland

In der Nacht zum 26. Januar, einen Tag vor dem Gedenktag zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, verübten Nazis in Verden (Niedersachsen) einen Brandanschlag auf ein Eisenbahnwaggon der Reichsbahn. Der Waggon, der vor drei Jahren von Schülerinnen und Schüler des Berufsschulzentrums als Holocaustmahnmal eingerichtet worden war, brannte vollständig aus. Die Ausstellungsstücke im Waggon wurden zerstört. (taz 27.01.07)

Mitte Februar wurde der Prozess gegen den Antisemiten Zündel vor dem Landgericht Mannheim beendet, der u. a. wegen Volksverhetzung angeklagt war. Zündel, der den Holocaust leugnete, wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Verlaufe des Prozesses betonte der Richter, es sei völlig unerheblich ob der Holocaust stattgefunden habe oder nicht. Seine Leugnung stehe unter Strafe; nur das zähle vor Gericht. (taz 09. 02., 16. 02.07)

Ende Februar wurde in Berlin ein jüdischer Kindergarten verwüstet. Das Gebäude und auch Spielzeug wurden mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert, mehrere Scheiben wurden eingeschlagen und eine Rauchbombe ins Haus geworfen. (FR 27.02.07)

Allein in Nordrhein-Westfalen stieg nach offiziellen Angaben im Jahre 2006 die Zahl antisemitischer Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 60 auf 270. (Jungle World 21. 02.07)

Nazis in Staatsdiensten

In Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) besuchte der Leiter des Ordnungsamtes privat eine Nazi-Veranstaltung, auf der u. a. offen gegen jüdische Menschen gehetzt wurde. Die dort propagierte Meinung, dass das Deutsche Reich noch immer bestehe, bezeichnete der Ordnungsamtsleiter in einem Fernsehinterview als „sehr interessant“. Er wurde anschließend vorübergehend beurlaubt. Die sieben Politiker, die darüber entschieden, hielten sein Verhalten für nicht so schlimm. Zwei waren gegen die Beurlaubung, zwei enthielten sich der Stimme. (taz 20.01.07)

In Dortmund steht seit Anfang Januar ein Stadtbeamter vor Gericht. Er hat im Juli 2005 einen Mann aus Nigeria in aller Öffentlichkeit rassistisch beleidigt und ihm gegenüber das Nazi-Regime glorifiziert. Anschließend schlug er auf ihn ein. Vor Gericht bezeichnete er die Aussagen seines Opfers als „widerliche Schutzbehauptung“. (taz 05.01.07)

Gegen einen Beamten des Landeskriminalamtes Brandenburg wurde Anfang Januar ein Disziplinarverfahren eröffnet. Er hatte im November letzten Jahres in Seelow an einem Nazi-Aufmarsch teilgenommen. Bislang war er völlig offen in seiner Behörde als NPD-Anhänger aufgetreten. Zu seinem eigenen Schutz wurde der Nazi vorläufig mit anderen „Dienstgeschäften“ beauftragt. (jW 24.01.07)

DVU-Chef Frey bewaffnet

Das Verwaltungsgericht München hat Ende Januar eine Entscheidung der Regierung Oberbayerns aufgehoben, nach der dem Chef der Nazi-Partei DVU, Frey, die Verlängerung seines Waffenscheins verweigert wurde. Laut Gericht muss Frey in der Öffentlichkeit eine Waffe tragen, damit seine „Betätigungsfreiheit“ nicht gefährdet werde, er könne sich sonst nicht wie bisher für die DVU engagieren. Frey ist berechtigt einen Revolver, Kaliber 38, zu tragen. (jW 7.2.07)

Nazi-Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft

Mehrere Nazis verübten am 6. Januar in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) einen Brandanschlag auf eine von 15 Flüchtlingen bewohnte Unterkunft. Morgens um 5 Uhr warfen sie drei Brandflaschen in das Gebäude. Die Bewohner konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Seitdem halten die Flüchtlinge die Tür verschlossen und öffnen sie nur noch Leuten, die sie kennen. (taz 09.01.07)

Ausschnitte der Anti-Nazi-Kämpfe

In **Magdeburg** protestierten am 13. Januar knapp 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren hetzten. (taz 15.01.07)

An einer Kundgebung in **Sangerhausen** gegen den Nazi-Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft beteiligten sich am 13. Januar ca. 150 Menschen, unter ihnen etwa 70 bis 80 Einwohner des Ortes. Auch die Flüchtlinge nahmen an der Kundgebung teil und informierten die Anwesenden über die menschenunwürdigen Zustände in der Unterkunft. Anschließend demonstrierten 50 Antifas lautstark durch den Ort, um auch den Rest der Einwohner über diese Zustände zu informieren. (anna 08.02.07)

Gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis der NPD am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, demonstrierten 1.400 Menschen in **Frankfurt/Oder**. (FR 29.01.07)

Ebenfalls am 27. Januar fanden auf mehreren deutschen Bahnhöfen und in Zügen Kundgebungen und Aktionen statt, um an die Verantwortung der deutschen Bahn insbesondere für den Transport von 11.000 Kindern von Paris nach Auschwitz zu erinnern. Insgesamt hat die Reichsbahn 3 Millionen Menschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis transportiert. Nach wie vor weigert sich die Bahn eine Ausstellung auf mehreren Bahnhöfen, die an die verschleppten Kinder erinnern soll, zuzulassen. Auf einem Bahnhof in **Berlin** wurde

während der Protestaktionen dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Redeverbote erteilt und den Protestierenden mit einem Polizeieinsatz gedroht, ähnlich auf einem Bahnhof in **Halle**. In **Göttingen** wurde eine provisorisch aufgestellte Ausstellung von Mitarbeitern der Bahn zerstört. In **Aachen** wurde der Bahnhof gewaltsam geräumt. (anna 08.02.07)

Am 13. Februar rotteten sich in **Dresden** 2.000 Nazis zusammen, um gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren zu hetzen. 1.300 Antifas demonstrierten gegen die Nazis. Trotz massiven Polizeiaufgebots konnte der Nazi-Aufmarsch blockiert werden. Am selben Tag protestierten aus dem gleichen Anlass in **Krefeld** 4.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. (jW 15.02.07)

In **Hildesheim** demonstrierten am 24. Februar 5.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 170 Nazis, der von 1.700 Polizisten geschützt wurde. Es war die größte Demonstration in der Geschichte der Stadt, die von einem breiten Bündnis, angefangen von Antifas über Gewerkschafter bis hin zu den Kirchen getragen wurde. (jW 28.02.07)

Streikkämpfe während der Arbeitszeit

Gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahren fanden im Januar und Februar große Protestaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter statt, die während der Arbeitszeit durchgeführt und von den Kapitalisten als politische Streiks wütend bekämpft wurden.

Am 16. Januar protestierten ca. 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 17 Betrieben im Saarland. Insgesamt 25.000 Werktätige aus 100 Betrieben protestierten in der vorletzten Januarwoche in Nordrhein-Westfalen. In der letzten Januarwoche streikten in Baden-Württemberg Werktätige aus ebenfalls 100 Betrieben gegen die Rente mit 67. Allein am 30. Januar streikten bundesweit 63.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, einen Tag später waren es bereits 76.000 – und die Proteste rissen auch im Februar nicht ab. (jW 17.01, 27.01, 31.01, 01.02.07)

Streik in Ägypten

Am größten Streik in der ägyptischen Textilbranche seit 1988 und gleichzeitig dem größten Streik in den letzten Jahren im Land beteiligten sich im Dezember in Mahala 20.000 Beschäftigte, unter ihnen knapp 5.000 Frauen. Der Streik entzündete sich an der Weigerung der Textilkapitalisten die Jahresendprämie auszuzahlen, worauf am 7. Dezember die Werktätigen die Arbeit einstellten, die Betriebe besetzten und auf den Straßen der Stadt demonstrierten. Auf den Demonstrationen wurden neben den schlechten Arbeitsbedingungen auch Gewerkschaftsführer kritisiert, denen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten vorgeworfen wurde. Die Polizei, die zu mehreren Tausend aufmarschiert war, hielt sich angesichts der Massen zurück. Der über mehrere Tage laufende Streik war hinsichtlich seines Auslösers erfolgreich – die Streikenden konnten sich die Auszahlung der Prämie erkämpfen. (jW 09.01.07)

2007 März – April

Fortdauernde und verstärkte Auslandseinsätze des deutschen Militärs

Am 9. März beschloss der Bundestag den Einsatz von sechs Tornado-Kampfflugzeugen in **Afghanistan**, die zu Spionageflügen verwendet werden sollen. Die Verlegung der Flugzeuge erfolgte Anfang April. Insgesamt werden für diesen Einsatz 500 weitere deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert. Zur Zeit befinden sich bereits 2.900 deutsche Soldaten im Land. Ende März forderte der führende SPD-Politiker Klose die Bundesregierung auf, Kampftruppen nach Afghanistan zu entsenden. (FR 10.03.07, jW 14.03, 29.03.07)

Der Einsatz deutscher Soldaten in **Sudan** wurde Ende April durch den Bundestag bis Mitte November diesen Jahres verlängert. Derzeit befinden sich 39 Soldaten der Bundeswehr und fünf deutsche Polizisten im Land. Anfang März sprach sich Kriegsminister Jung für einen Militäreinsatz in der Provinz Darfur aus. (FR 28.04.07, jW 02.03.07)

Die deutschen Truppen in **Kosova** wurden Anfang April um weitere 500 Soldaten verstärkt. Damit befinden sich über 2.900 Soldaten der Bundeswehr in diesem Gebiet. (taz 03.04.07)

Im Jahre 2006 betrugen die Gesamtkosten der Auslandseinsätze der deutschen Armee insgesamt 894 Millionen Euro. (taz 23.4.07)

Polizeitruppe gegen Flüchtlinge im Aufbau

Die Innenminister der EU beschlossen am 20. April den Aufbau einer 450 Personen starken Polizeitruppe, die im Rahmen der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex auf Anforderung den Staaten zur Verfügung gestellt wird, die verstärkt gegen Flüchtlinge vorgehen wollen. Deutschland ist an der Sondertruppe führend beteiligt und stellt 100 Polizisten zur Verfügung, die eine Spezialausbildung erhalten sollen. Insgesamt stehen der Polizeitruppe 116 Schiffe, 27 Hubschrauber und 21 Flugzeuge zur Verfügung, auf die sie nach Bedarf zurückgreifen kann. (FR 21.04.07)

Anfang März begann in Lübeck die deutsche Bundespolizei die Ausbildung von Grenztruppen aus sämtlichen EU-Staaten, die an den europäischen Außengrenzen zur Flüchtlingsabwehr stationiert werden sollen. (PB 09.03.07)

Kampf von Flüchtlingen gegen Frontex

Anfang April wollte ein spanisches Schiff der Frontex-Behörde vor der mauretanischen Küste ein Boot mit Flüchtlingen abfangen. Die afrikanischen Flüchtlinge bewarfen das Schiff mit Brandsätzen und stachen auf ein Schlauchboot ein, mit dem die Polizei versuchte sich dem Flüchtlingsschiff zu nähern. Die Polizei flüchtete und überwachte die Afrikaner aus der Luft. Erst vor Gran Canaria gelang es der spanischen Küstenwache das Boot zu entern. Die 57 Flüchtlinge wurden einzeln an einem Beamten vorbeigeführt, der einzelne herauswinkte, die dann

umgehend eingesperrt wurden. Ihnen droht nun ein Prozess wegen des Angriffs auf das Schiff der EU-Behörde.

Dieser Angriff auf die Polizei war der erste bekannt gewordene militante Kampf von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU gegen das europäische Grenzregime.

Im Februar wurden 369 Flüchtlinge von der spanischen Polizei in einem ehemaligen Fischlager interniert, um sie nach und nach abzuschicken. 23 Flüchtlinge befinden sich immer noch dort. Am 7. April begannen sie einen Hungerstreik, um gegen ihre unerträgliche Lage zu protestieren.

(taz 11.04.07)

Zu den Zuständen in der Bundeswehr

Mitte April wurde ein Video öffentlich bekannt, in dem ein Soldat bei einer Schießausbildung aufgefordert wurde, sich vorzustellen, er sei in der Bronx und schieße auf Afroamerikaner. (jW 16.04.07)

Mitte März wurde bekannt, dass eine Nazi-Band sich für einen Auftritt im April vorbereitete, der auf dem Gelände des Bundeswehr-Fliegerhorstes in Leipheim stattfinden soll. (jW 20.03.07)

In Dresden wurden Anfang April an der Heeres-Offiziersschule eine Hakenkreuz-Fahne und eine Reichskriegsflagge aufgehängt und waren durch ein Fenster über mehrere Stunden von außen sichtbar gewesen. Die Fahnen dienten der „politischen Bildung“ der Soldaten. (FR 12.04.07)

Suizid eines aus Deutschland abgeschobenen Flüchtlings

Im März 2002 wurde die aus Rumänien stammende Familie Mogo aus Deutschland abgeschoben, wo sie seit 1990 lebten. Während der Abschiebung bedrohten BGS-Beamte den Vater mehrmals mit einer Pistole und legten ihn und seine drei Kinder in Handschellen. Die Familie weigerte sich in Rumänien einzureisen. Da sie bereits vor der Abschiebung ihre Pässe abgaben, galten sie als Staatenlos. Seit ihrer Abschiebung lebten sie in einer Hütte im Transitbereich eines Bukarester Flughafens. Ende März wurde bekannt, dass der Vater sich Mitte des Monats dort erhängt hat. (FR 26.03.07)

Hartz IV

Die WASG, die mit Parolen wie „Weg mit Hartz IV“ und „Keine Ein-Euro-Jobs“ in der Öffentlichkeit auftritt, zog im September letzten Jahres in Berlin-Kreuzberg/Friedrichshain ins Bezirksparlament ein. Unter ihnen eine Frau Waldukat, die gemeinsam mit ihrem Mann, der ebenfalls kandidierte, seit 2004 eine private Beschäftigungsagentur betreibt, die „Ein-Euro-Jobber“ vermittelt. Die Vermittlung erfolgt mit der üblichen Drohung einer Meldung beim Jobcenter bei Nichtantritt der Zwangsarbeit. Im Wahlkampf wurden von den Waldukats diesbezügliche Fragen nicht beantwortet. Mittlerweile erörtert die WASG-Fraktion im Bezirksparlament die Frage nach der Möglichkeit für den „unterstützenden Einsatz“ von Ein-Euro-Jobbern. (jW 17.04.07)

Streiflichter des täglichen Arbeitsplatzabbaus

Der Airbus-Konzern streicht 3.700 Arbeitsplätze – europaweit 10.000, davon allein in Frankreich 4.300. Der Bayer-Konzern baut hierzulande 1.500 Arbeitsplätze ab – weltweit 6.100. Der Versicherungskonzern AMB Generali wird bis Ende 2008 1.000 Stellen zusätzlich streichen. Der Arzneimittelhersteller Nycomed streicht in Deutschland 930 Arbeitsplätze – weltweit 1.250. Der Versicherungskonzern Axa streicht bis Ende 2009 1.200 Stellen. Siemens will, laut IG-Metall, durch Schließung mehrerer Produktionsstandorte bis zu 5.000 Stellen in Deutschland streichen. (taz 01.03, 03.03, 05.04.07, FR 15.03, 22.03, 26.04.07)

Weiter steigende Kinderarmut

Allein von 2005 bis 2006 stieg die Zahl der von Sozialleistungen abhängigen Minderjährigen um über 10 Prozent auf knapp 1,9 Millionen. Das entsprach etwa 16 Prozent aller in Deutschland lebenden unter 15jährigen. (jW 24.04.07)

Weiter steigende Strompreise

Seit dem Jahr 2000 stieg der Strompreis um 46 Prozent. Ein Ende der Steigerung ist nicht abzusehen. Der Chef des Energiekonzerns Eon kündigte Ende März an, die „Stromkunden“ müssen sich auf erhebliche Kostensteigerungen vorbereiten. Eon hatte zuletzt für die versuchte Übernahme des spanischen Energiekonzerns Endesa 42 Milliarden Euro geboten. (taz 26.03.07, FR 17.04.07, jW 04.04.07)

Huldigung eines Nazi-Richters

Anfang April starb der berühmte Nazi-Richter, Angehörige der SA und ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Filbinger. Von 1943 an war er in 169 Verfahren als Marinerichter und in 69 Verfahren als Ankläger für Nazi-Deutschland tätig. Er verhängte Gefängnisstrafen und Todesurteile bis zum Kriegsende und darüber hinaus. Noch am 1. Juni 1945 verurteilte er einen Matrosen wegen „Fahnenflucht“ zu über einem Jahr Gefängnis.

Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hielt einen Nachruf auf den Nazi-Richter. In diesem behauptete er, Filbinger sei ein Nazi-Gegner gewesen, niemand sei durch ein Urteil von ihm ums Leben gekommen und er sei „eine herausragende prägende Persönlichkeit“. Erst nach mehreren Tagen – in denen er unterstützt wurde von der CDU, der NPD und den „Republikanern“ –, infolge breiter öffentlicher Kritik, distanzierte Oettinger sich formal von seinem Nachruf.

(jW 04.04, 17.04, 25.04.07, FR 13.04.07)

Ein Gerichtsurteil zur Nazi-Zwangsarbeit

In Leipzig hat das Bundesverwaltungsgericht am 28. Februar über die Entschädigung für ein Grundstück entschieden, welches 1949 enteignet wurde. Der Besitzer hatte eine leitende Stellung in einem Nazi-Rüstungsbetrieb, in dem Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene arbeiten mussten. Laut Gerichtsurteil lag bei dieser Zwangsarbeit angeblich kein Verstoß gegen „Mensch-

lichkeit oder Rechtsstaatlichkeit“ vor, die Umstände der Rekrutierung der Zwangsarbeiter spielen angeblich keine Rolle und die Unterstützung des Ziels, den Krieg zu gewinnen, bedeutet angeblich nicht, dass der Rüstungsbetrieb dem Nazi-System erheblich Vorschub geleistet hätte. (jW 3.3.07)

Antisemitismus bei der Polizei

Ende Februar wollte Isaak Behar in der Berliner Landespolizeischule eine Klasse über den Holocaust unterrichten. Der 83jährige, der den Holocaust überlebte, verlor seine gesamte Familie in Auschwitz. Die zukünftigen Polizisten – alle – erklärten ihm kurzerhand, sie wollten darüber nichts hören. Einzelne fügten noch hinzu, dass Juden damals reiche Menschen gewesen sein. Das anwesende Aufsichtspersonal hüllte sich in Schweigen. (taz 21.03.07)

Michel Friedman, der ehemalige Vizepräsident des Zentralrates der Juden, bekam während seine Amtszeit von Staats wegen Personenschützer gestellt. Wie Mitte März bekannt wurde, waren mehrere dieser Personenschützer Nazis gewesen. Einer posierte in SS-Uniform und verteilte „im Namen des Führers“ Urkunden an andere Personenschützer, ein anderer sammelte Nazi-Lieder, ein dritter leugnete den Holocaust. Der Dritte wurde nach seiner Leugnung des Holocaust als Personenschützer abgesetzt und arbeitet heute als Polizeiausbilder. (jW 15.03.07, taz 22.03.07)

Kurze Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 22. Februar wurde in **Krefeld** (Nordrhein-Westfalen) ein Afrikaner von zwei Nazis rassistisch beleidigt und anschließend in einer Straßenbahn mit einer Flasche geschlagen und dabei schwer verletzt.

Ebenfalls schwer verletzt wurde am 10. März in **Dahlwitz-Hoppegarten** (Brandenburg) ein dunkelhäutiger Berliner, der von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen wurde.

In einer S-Bahn zwischen **Berlin** und **Henningsdorf** (Brandenburg) wurde in der Nacht zum 31. März ein 56jähriger aus Burundi von mehreren Nazis überfallen. Das Opfer wurde am nächsten Morgen desorientiert in Henningsdorf aufgefunden. Im Krankenhaus stellte man schwere Kopfverletzungen an ihm fest. Er verlor dort das Bewusstsein und lag noch Mitte April im Koma.

Während einer Antifa-Demo Mitte April in **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) beschossen Nazis die Antifaschistinnen und Antifaschisten mit Schleudern, die mit Stahlkugeln versehen waren. Ein Antifa wurde dadurch am Kopf verletzt.

Am 20. April wurde in **Prenzlau** (Brandenburg) ein Mann aus Indien von einem Nazi so schwer zusammengeschlagen, das gegen den Nazi Haftbefehl wegen versuchten Mordes beantragt wurde.

(Jungle World 07.03, 21.03, 11.04, 25.4.07, jW 16.04.07, FR 28.04.07)

Nazi-Wehrlager

Eine Nazi-Gruppe hatte im Juli letzten Jahres in Wilsum (Niedersachsen) in einem Camp für den „nationalen Kampf“ trainiert. Im Camp standen Wegweiser mit Aufschriften wie „Wolfsschanze“ oder „Hitlerjugend“. Geübt wurden u. a. der Umgang mit Schusswaffen. Auf Fotos dokumentiert ist auch eine Scheinhinrichtung mit einer Machete. Ende April wurde bei 26 Nazis, die an dem Camp teilnahmen, eine Razzia durchgeführt. Die Nazis im Alter von 15 bis 51 Jahren verfügten über scharfgemachte Maschinengewehre, Pistolen, Kleinkalibergewehre, Fallbomben, Munition, Macheten, Wurfsterne und Totschläger. (taz 28.04.07)

Nazi-Terror in Zahlen

Nach offiziellen Angaben stieg im Jahre 2006 die Zahl der Nazi-Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent. Insgesamt wurden über 18.100 Nazi-Straftaten registriert, davon über 1.100 Gewalttaten. (taz 02.4.07)

Im Januar diesen Jahres wurden nach offiziellen vorläufigen Angaben 900 Nazi-Straftaten verübt. (jW 19.03.07)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Im Dorf **Gonzerath** (Rheinland-Pfalz) – ein Örtchen mit 1.200 Einwohnern – protestierten am 3. März 2.000 Menschen gegen ein Schulungszentrum der NPD. Fast die gesamte Ortsbevölkerung nahm an der Demo teil. Eine antifaschistische Resolution der Bevölkerung hing in allen Geschäften und öffentlichen Gebäuden aus. An vielen Häusern hingen Transparente gegen die Nazis.

Noch vor einer antifaschistischen Kundgebung demonstrierten die Einwohner spontan durch den Ort; an der Spitze die Freiwillige Feuerwehr. Angesichts dieser Proteste mussten die Nazis die Einweihungsfeier ihres Zentrums absagen.

1.800 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am selben Tag in **Köln** gegen den Nazi-Verein „Pro-Köln“.

Ebenfalls am 3. März protestierten mehrere hundert Antifas auf zwei Kundgebungen gegen einen „Heldengedenken“ von 300 Nazis in **Halbe** (Brandenburg), wo 20.000 Nazi-Soldaten begraben liegen.

Gegen einen Aufmarsch von 170 Nazis in **Minden** (Nordrhein-Westfalen) demonstrierten am 17. März 1.000 Menschen. 850 Polizisten schützten den Nazi-Aufmarsch. Eine Antifa-Blockade wurde über mehrere Stunden von der Polizei eingekesselt.

In **Lübeck** protestierten 4.000 Menschen Ende März gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1.700 Polizisten geschützt wurde. Mehrmals gelang es den Nazi-Aufmarsch durch Blockaden zu stoppen.

Am selben Tag versammelten sich in **Dortmund** 1.000 Antifas zum Gedenken an den vor zwei Jahren von Nazis ermordeten Thomas Schulz.

500 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 20. April in **Butzbach** (Hessen) gegen die Nazi-Aktivitäten im Landkreis.

In **Essen** demonstrierten am 21. April 600 Menschen gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis.

Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis protestierten am 28. April in **Paderborn** 2.000 Menschen.

(taz 03.03, 05.03., 23.04, 30.04.07, jW 05.03, 19.3.07, anna 08.3.07, FR 21.4.07)

Militante Kämpfe in Dänemark

Am 1. März überfiel die Polizei in Kopenhagen mit Hubschraubern ein Jugendzentrum um es zu räumen. Anschließend kam es in der Stadt zu schweren, über mehrere Tage andauernden Kämpfen zwischen den Jugendlichen und der Polizei. Die Polizei ging dabei mit großer Brutalität vor. Innerhalb weniger Tage wurden 670 Jugendliche, teilweise erst 13 Jahre alt, und auch Eltern, die gegen das Vorgehen der Polizei protestierten, festgenommen. 140 der Festgenommenen kamen aus anderen Ländern, die angereist waren, um die dänischen Jugendlichen zu unterstützen. Neben dem Jugendzentrum wurden in diesen Tagen noch zehn weitere Häuser geräumt.

Europaweit versammelten sich tausende Jugendliche in den Tagen nach der Räumung zu Solidaritäts- und Protestdemonstrationen mit teilweise militantem Charakter, so in Amsterdam, in Oslo und in Bern. Auch in Deutschland kam es in diesem Zusammenhang in vielen Städten zu großen Demonstrationen und zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. (FR 02.03.07, taz 05.03, 12.03.07, jW 09.03.07)

Bewaffnete Kämpfe in Indien

Im März stürmten im indischen Bundesstaat Chhattisgarh hunderte revolutionäre

Kämpferinnen und Kämpfer ein Polizeilager, setzten es mit Handgranaten und Benzinbomben in Brand und erbeuteten Waffen und Sprengstoff. 49 Soldaten und Polizisten kamen dabei ums Leben. (taz 16.03.07)

In Nandigram, im Bundesstaat Westbengalen, verschärfen sich die Proteste der Bäuerinnen und Bauern gegen die Enteignung ihres Landes zugunsten einer Chemiefabrik. Seit Januar diesen Jahres hatten sie die Zufahrtsstraßen zum Ort durch Barrikaden gesperrt. Im März ließ die Landesregierung, eine Koalition der revisionistischen „Kommunistischen Partei Indiens – Marxisten“ (CPI-M) und weiterer revisionistischer Organisationen, 5.000 Polizisten gegen die Protestierenden aufmarschieren, die sich mit Steinwürfen gegen den Angriff wehrten. Insgesamt kamen zwölf der Protestierenden ums Leben, 50 wurden verletzt. Bereits im Januar kamen bei ähnlichen Kämpfen fünf Protestierende ums Leben. Nach den militanten Kämpfen gab die Landesregierung bekannt, die Chemiefabrik nicht in dieser Region zu errichten. (Jungle World 21.03, jW 16.03.07)

2007 Mai – Juni

Einsatz der deutschen Armee, der deutschen Polizei und des deutschen Geheimdienstes im Ausland

Mitte Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in **Kosova** um ein weiteres Jahr. Insgesamt befinden sich 2.200 Soldaten der Bundeswehr in diesem Gebiet. (jW 22.06.07)

Ebenfalls Mitte Juni wurde der Einsatz der Bundeswehr im **Sudan** um ein halbes Jahr verlängert, (taz 15.06.07)

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett 60 Polizisten im Rahmen der Polizeimission **Europa** in **Afghanistan** einzusetzen. Kommandeur dieser Polizeitruppen wird der ehemalige Chef der „Eliteeinheit“ KSK Eichele. (FR 08.06.07)

Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex, an der Deutschland führend beteiligt ist, begann Ende Juni einen mehrmonatigen Einsatz im Gebiet zwischen Sizilien und Libyen, um afrikanische Flüchtlinge zu jagen und abzufangen. (FR 26.06.07)

Der Bundesnachrichtendienst hat in **Slowenien**, gemeinsam mit dem slowenischen Geheimdienst SOVA, Telefonate in mehreren Balkanstaaten angezapft. (jW 31.05.07)

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri war Deutschland im Jahre 2006 nach den USA und Russland der weltweit drittgrößte Exporteur von Militärmaterial. Die deutschen Exporte stiegen von 1,5 auf 3,8 Milliarden Dollar. (FR 12.06.07)

Militante Kämpfe und Proteste gegen den G8-Gipfel – Polizeistaatlicher Terror und Hetze gegen die Kämpfenden

Landesweit wurden 35.000 Polizisten eingesetzt, um die Proteste gegen den G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm zu unterdrücken; allein in Rostock/Heiligendamm marschierten 16.000 Polizisten auf. Eingesetzt wurden auch mehrere tausend Mann der berüchtigte Spezialeinheit GSG 9, des Bundeskriminalamtes und der Bundeswehr, die sich mit Marinebooten, gepanzerten Fahrzeugen und Flugzeugen an der Unterdrückung der Proteste beteiligte. Heiligendamm selbst wurde mit einem zwölf Kilometer langen Sicherheitszaun, versehen mit Stacheldraht und Überwachungskameras, komplett abgeriegelt.

Bereits im Vorfeld des G8-Gipfels wurde mit massivem polizeistaatlichen Terror versucht die Protestierenden einzuschüchtern. Es fanden Hausdurchsuchungen statt, an denen hunderte Polizisten beteiligt waren. Potentielle Gegnerinnen und Gegner des Gipfels wurden bespitzelt, ihr Briefverkehr wurde überwacht und es wurden sogar „Geruchsproben“ genommen. Um zu verhindern, dass G8-Gegner aus anderen Ländern an den Protesten teilnehmen, sind die Grenzkontrollen wieder aufgenommen worden. Allein bei dieser Grenzüberwachung wurden mindestens 500.000 Personen kontrolliert. Bis zum 5. Juni ist 85 Menschen die Einreise verweigert worden, mindestens 35 wurden verhaftet. Anderen Protestierenden wurde von deutschen Botschaften das Visum verweigert.

Trotz allem beteiligten sich in den Tagen des G8-Gipfels Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten an den Protesten. Höhepunkt war die zentrale Auftaktdemonstration mit

80.000 Menschen am 2. Juni in Rostock, auf der zu es massenhaften militanten Kämpfen gegen die Polizei kam.

Sofort nach diesen Kämpfen wurde eine umfassende Hetzkampagne gegen die Militanten gestartet. Neben den Medien, den Parteien von Die Linke bis hin zur CDU beteiligte sich an vorderster Linie die Organisation attac an der Kampagne, die sich nicht nur von den militanten Kräften distanzierte, sondern zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufrief und sich bereit erklärte, auf zukünftigen Demonstrationen mit Gewalt die fortschrittlichen Kräfte zu terrorisieren.

In den Tagen der Proteste wurden weit über 1.000 G8-Gegner festgenommen, in Käfigen eingesperrt und in Schnellgerichtsverfahren zu hohen Haftstrafen verurteilt. Demonstrierende wurden massiv schikaniert und misshandelt, Bundeswehr-Hubschrauber und Tornado-Kampfflugzeuge überflogen die Camps der Protestierenden und der Geheimdienstapparat schickte seine Spitzel unter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Zum Ende des G8-Gipfels gelang es Tausenden Heiligendamm so zu blockieren, dass die Ortschaft auf dem Landwege nicht mehr zu erreichen war.

Landesweit fanden unmittelbar nach dem Ende des G8-Gipfels Solidaritätsdemonstrationen statt, die sich gegen die Polizeigewalt richteten. So demonstrierten am 8. Juni in Berlin ca. 800 Menschen, gegen die 1.000 Polizisten aufmarschierten, die von mehreren Hubschraubern unterstützt wurden.

Auch international gab es Solidaritätsdemonstrationen und -aktionen. In Griechenland etwa

wurden mehre Aktionen gegen deutsche Einrichtungen durchgeführt.

(Jungle World 09.05., 13.06., FR 10.05., jW 14.05., 07.06, 08.06, 11.06., 21.06., taz 29.05., 26.05., 04.06., 09.06)

Der deutsche Staat forciert massenhafte Abschiebungen

Das „Bundesamt für Migration“ stellt die Weichen, um Tausende in Deutschland lebende Flüchtlinge aus dem Irak abzuschicken. Massenhaft entzieht die Behörde Flüchtlingen, die in der Vergangenheit als „Asylbewerber“ anerkannt wurden, ihren Flüchtlingsstatus. 18.000 Irakerinnen und Iraker hat das Bundesamt bis Ende 2006 die Anerkennung als Flüchtlinge genommen. Als Vorwand wird angeführt, dass im Irak nach dem Sturz des Saddam Hussein-Regimes angeblich keine „extreme Gefährdung“ mehr bestehe. Dabei ist die Zahl der irakischen Flüchtlinge laut UNHCR auf 4,2 Millionen angestiegen. (taz 28.06.07)

Im vergangenen Jahr sind offiziell 13.060 Menschen auf dem Luftweg aus Deutschland abgeschoben worden. Dazu kamen über 800 Abschiebungen auf dem Landweg. Am häufigsten wurde nach Serbien und Montenegro (1.884 Menschen) und in die Türkei (1.834 Menschen) abgeschoben. (anna 14.06.07)

Proteste gegen Abschiebungspolitik

In Rostock demonstrierten im Zusammenhang mit den Protesten gegen G8 am 4. Juni 2007 in Rostock weit über 10.000 Menschen gegen die staatliche Abschiebungspolitik. Tausende Polizisten und Spezialeinheiten schikanierten und behinderten die Demonstration über mehrere Stunden, was schließlich zum vorzeitigen Abbruch der Demonstration führte. (taz 05.06.07)

In Dessau demonstrierten am 23. Juni 07 zirka 1.000 Menschen, um an Oury Jalloh zu erinnern, der am 7. Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Dessauer Polizeizelle verbrannte. (anna 14.06.07)

Brutaler Nazi-Überfall in Halberstadt

In der Kette der nicht abreißen lassen Nazi-Überfälle steht die brutale Nazi-Attacke in Halberstadt. Dort überfielen in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni acht Nazi-Schläger auf der Straße vor einer Kneipe 14 Schauspielerinnen und Schauspieler. Die Nazis prügelten und traten auf die Mitglieder des Theaterensembles ein, auch, als einige von ihnen bereits verletzt am Boden lagen. Fünf Mitglieder des Ensembles mussten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Sie erlitten Augenverletzungen, einigen wurden Zähne ausgeschlagen, einer hatte einen Nasenbeinbruch. Das alles geschah vor den Augen der Polizei. Der Theaterintendant sagte dazu: „die Polizei hat nichts unternommen“, „die standen einfach rum und haben die Täter laufen lassen – die sind seelenruhig davon spaziert.“ Obwohl zwanzig Polizisten vor Ort waren und einige Verdächtige sich noch in Sichtweite befanden, gab es keine Festnahmen. Lediglich einer der Haupttäter wurde in der Nähe des Tatorts zunächst festgenommen, nach Aufnahme seiner Personalien aber wieder laufengelassen, obwohl er vorbestraft und nur zur Bewährung auf freiem Fuß war. Andere Kneipenbesucher hatten den Nazi-Überfall schaulustig beobachtet, sind aber nicht dagegen eingeschritten. (taz 11.06.07, jW 12.06.07, taz 14.06.07)

Ausschnitte aus den Anti-Nazi-Kämpfen

Am 1. Mai: In Dortmund protestierten rund 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von zirka

1.500 NPD-Nazis und anderen Nazi-Gruppen. Der geplante Nazi-Großevent am 1. Mai in Dortmund konnte durch entschlossenes antifaschistisches Vorgehen (v. a. Blockaden) massiv behindert werden. Zum Schutz der Nazis ging die Polizei mit brutaler Gewalt gegen Antifas vor. In Erfurt protestierten zirka 2.500 Antifas gegen die von der Polizei geschützten rund 1.300 Nazis. An einer Sitzblockade auf der Route der Nazis beteiligten sich 1.000 Antifas. In Raunheim und Rüsselsheim bei Frankfurt protestierten 1.000 Antifas mit stellenweise massiven Protestaktionen und Blockadeversuchen gegen den Aufmarsch von rund 200 Nazis, der von mehr als 1.000 Polizisten geschützt wurde. (jW 02.05., Frankfurter Info 12.05.)

In Mittweida (Sachsen) haben am 10.05.07 rund 2.500 Antifas gegen den Nazi-Terror demonstriert, den die Nazis in dieser Region seit Jahren massiv ausüben. (taz 14.05.07)

Antisemitische Hetze und Attacken

In Berlin wurde in der Nacht vom 22. zum 23. April das jüdische Mahnmal in der Levetzowstraße mit einem ein Meter großen Hakenkreuz beschmiert. Die jüdische Gedenktafel in der Hansastraße wurde mit einem roten Hakenkreuz besprüht. (Jungle World 02.05.07) Mehrere Nazis schlugen am Abend des 20. Mai in Berlin-Mitte in der S-Bahn-Linie 1 einen 16jährigen, der eine Kippa trug, nachdem sie ihn zunächst mit antisemitischen Sprüchen beleidigt hatten. (Jungle World, 30.05.07) Am 8. Juni verwüsteten Nazis den jüdischen Friedhof in Aschbach (Bayern). Sie warfen 49 Grabsteine um, von denen mehrere zerbrachen. (Jungle World, 20.6.07) Das Ordnungsamt des thüringischen Ortes Heiligenstadt hat den Auftritt einer 16köpfigen Klezmergruppe gegenüber

einer NPD-Kundgebung mit der Begründung verboten, das geplante Konzert sei ein Sicherheitsrisiko, da es zu Konfrontationen mit NPD-Anhängern führen könne. Das Ordnungsamt erteilte schließlich die Genehmigung nur unter der Bedingung, dass die Klezmer-Band verkleinert und der Auftrittsort von der NPD-Kundgebung weg in eine Fußgängerzone verlegt werde. (jW 12.06.07) In **Bielefeld** besetzten evangelische Gemeindeglieder eine Kirche, um deren Verkauf und Umwandlung in eine Synagoge zu verhindern. (Süddeutsche Zeitung 23.05.07)

Immer mehr Werktätige müssen in Deutschland für Niedrig-Löhne arbeiten

4,5 Millionen Werktätige arbeiten inzwischen offiziell für einen Stundenlohn von weniger als 7,50 Euro brutto, davon 1,5 Millionen sogar für weniger als fünf Euro. (Jungle World 16.05.07) So arbeiten nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts 60 Prozent der rund 46.000 Beschäftigten bei den 750 neuen Post-Zustelldiensten mit **Bruttostundenlöhnen** von 5 Euro. (taz 18.05.07) Fast fünf Millionen Menschen in Deutschland halten sich mit „Minijobs“ kaum über Wasser, fast 300.000 als „Ein-Euro-Jobber“. Laut einer neuen Studie des DGB hat sich die Zahl der Werktätigen, die nicht von ihrem Erwerbseinkommen leben können, seit der Einführung von „Hartz IV“ um rund 80 Prozent auf mehr als 1,1 Millionen erhöht. Damit sind inzwischen mehr als ein Fünftel der „Hartz-IV-Bezieher trotz Erwerbstätigkeit auf „aufstockende Leistungen“ angewiesen. (jW 15.05.) Gleichzeitig hat sich zwischen 2003 und 2006 nach Angaben des „Instituts für Arbeit und Qualifikation“ die Zahl der Beschäftigten bei Leiharbeitsfirmen auf etwa 600.000 verdoppelt.

Dies wird von den kapitalistischen Konzernen als Mittel benutzt, um Löhne und Sozialstandards drastisch abzusenken. (Jungle World 16.05.)

Beispiele extremer Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern

Im bayerischen Oberndorf hat ein seit 2003 vorübergehend beurlaubter Polizeibeamter („Erziehungsurlaub“), der eine Erdbeerplantage betreibt, bis zu 100 **rumänische** Landarbeiter mit Hungerlöhnen von 1,20 bis 1,30 Euro pro Stunde abgespeist. Arbeitszeiten waren täglich 12 bis 13 Stunden. Untergebracht waren die Saison-Tagelöhner in einem Container-Dorf ohne funktionierende Müllentsorgung und ohne genügend Toiletten. In den etwa neun Quadratmeter großen Containern waren bis zu vier Menschen untergebracht. (jW 16.06.)

In der Fleischindustrie arbeiten in Deutschland offiziell mindestens 15.000 Beschäftigte aus anderen Herkunftsländern. Arbeiterinnen und Arbeiter aus **Polen** sind im Dezember 2006 aus Protest gegen die miserablen Arbeitsbedingungen in den Streik getreten und prangerten die extreme Ausbeutung auch in polnischen Zeitungen an. Eine polnische Arbeiterin, die wie ihre polnischen Kolleginnen jeden Tag von 3.00 Uhr nachts bis 15.00 Uhr arbeiten musste, erklärte: „Für neun Tage harte Arbeit habe ich 100 Euro bekommen.“ (taz 04.05.07)

2006 die höchste Zahl von Streiktagen seit 1993 in Deutschland

Nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) hat die Zahl der Arbeitskämpfe in Deutschland 2006 deutlich zugenommen. Demnach gab es bei 429.000

Streiktagen und 166.000 Streikenden pro 1000 Beschäftigte im Schnitt rund 12 Streiktage. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland trotz der Zunahme der Arbeitskämpfe immer noch am unteren Ende. Der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre erhöht sich durch die Entwicklungen 2006 lediglich von 2,4 auf 3,1 Streiktage pro 1000 Beschäftigte. In Frankreich wurden in diesem Zeitraum rund 71, in Italien rund 87 und in Spanien 145 Streiktage gezählt. (jW 05.06.07)

Nach sechswöchigem Telekom-Streik segnet Ver.di-Führung Lohnraub und Sozialabbau ab

Zirka sechs Wochen streikten ab dem 9. Mai 2007 gleichzeitig bis zu 16.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte der Telecom. Bei der Urabstimmung hatten sich 96,5 Prozent für einen unbefristeten Arbeitskampf ausgesprochen, um so gegen die Pläne des Telekom-Vorstands zu protestieren, rund 50.000 Beschäftigte auszugliedern und deren Einkommen um bis zu 40 Prozent abzusenken. Die Telekom-Bosse übten auf die Streikenden massiven Druck aus. Eine Telekom-Sprecherin bestätigte, Streikbrechern eine Prämie zu zahlen. Rund 100 Streikende erhielten Abmahnungen.

Die Streikenden bei der Telekom wurden unterstützt von mehreren zehntausend Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern anderer Unternehmen, die sich im Rahmen eines Solidaritätstags am 28. Mai an Kundgebungen und Aktionen beteiligten. Am 3. Juni gingen die Streikenden der Telekom in vielen Städten zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Druckindustrie, die Warnstreiks durchführten, auf die Straße. Am 4. Juni trafen sich rund 1.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaf-

ter aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland zu einer gemeinsamen Demonstration in Offenburg.

Am 18. Juni segnete die Ver.di-Führung dann aber ein Ergebnis ab, das Lohnraub und Sozialabbau bedeutet: Um 6,5 Prozent werden die Löhne und Gehälter der 50.000 Beschäftigten gekürzt, die zum 1. Juli 2007 in eigenständige Servicegesellschaften übergehen. Hinzu kommt die unbezahlte Verlängerung der Wochenarbeitszeit um vier auf 38 Stunden. Zudem wird der Samstag zum Regelarbeitstag. Besonders dramatisch sind die Kürzungen für Neueingestellte. Deren Einkommen sinken bis 2010 um etwa 30 Prozent.

Der Abschluss rief bei vielen Streikenden Wut und Empörung hervor. Bei der Verkündung des Ergebnisses wurde im Innenhof der Ver.di-Bundesverwaltung ein Transparent entrollt mit der Aufschrift: „Ver.räter“. (taz 15.05., jW 12.05., 22.05., 31.05., 06.06., 21.06., 22.6.07)

Protestkundgebung von Bosch-Arbeiterinnen und Arbeitern aus Spanien in Deutschland

177 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem Bosch-Werk in Alcalá/Spanien waren angereist, um in Schwieberdingen (Sitz der zuständigen Bosch-Abteilung) gegen die geplante Schließung des Bosch-Werks in Alcalá und die damit verbundene Vernichtung von 167 Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Unterstützt wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter aus Spanien von mehreren hundert Kolleginnen und Kollegen aus Bosch-Betrieben in Deutschland, die gemeinsam mit ihnen vor dem Schwiebingen Werk gemeinsam gegen die Abbaupläne des Konzerns protestierten. (jW 26.06.07)

Erfolgreicher Streik bei Neuselters Mineralquelle (Nestlé)

Vom 13. Mai an streikten in Löhnberg (Hessen) die Arbeiterinnen und Arbeiter der Neuselters Mineralquelle, die zum Nestlé-Konzern gehört, erfolgreich gegen den Versuch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Arbeitszeit zu flexibilisieren. 96 Prozent hatten sich für den unbefristeten Streik ausgesprochen. Am 14. Mai protestierten die Streikenden vor der Nestlé Deutschland AG in Mainz. Angeprangert wurde, dass versucht werde, durch Einsatz von Polizei und Werkschutz den Streik zu unterdrücken. Anschließend unterstützten sie im benachbarten Wiesbaden Telekom-Streikende. Am 19. Mai protestierten 150 Streikende der Telekom und der Neuselters Mineralquelle gemeinsam vor dem Neuselters-Werk in Löhnheim. Nach acht Streiktagen mussten die Nestlé-Kapitalisten schließlich nachgeben. Die getroffene Einigung, die in einer Urabstimmung einstimmig angenommen wurde, sieht die Wiederherstellung der vollen Tarifbindung und des Manteltarifvertrags vor. Die Forderungen der Kapitalisten nach Kürzung der Nachtzuschläge, Streichung der Altersfreizeit und Beseitigung von Freizeittagen wurden abgewehrt. Es wurde vereinbart, dass kein Streikender im Nachhinein benachteiligt oder bestraft werden darf. (jW 18.05., FR 19.05., FR 22.05., jw 25.05.07)

Heftige Kämpfe am 1. Mai in Istanbul

Trotz Demonstrationsverboten und Polizeiterror demonstrierten am 1. Mai in Istanbul Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Organisationen mit linkem Anspruch. Die Demonstrationen

standen im Zeichen des Gedenkens an das Massaker am 1. Mai 1977. Damals wurde auf dem Taksim-Platz in die 1.Mai-Demonstration geschossen, 38 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren ermordet worden.

Der Taksim-Platz war am 1. Mai 2007 von einem riesigen Polizeiaufgebot abgeriegelt worden. Auf den Dächern waren zahlreiche Scharfschützen postiert. Die Polizei ging mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, die trotz eines Verbotes auf dem Taksim-Platz demonstrieren wollten. Tausende Demonstrantinnen und Demonstranten machten sich von Besiktas, einem Viertel auf der europäischen Seite Istanbuls, trotz Verbot auf den Weg Richtung Taksim-Platz. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Insgesamt wurden mindestens 700 Demonstrantinnen und Demonstranten verhaftet. (taz 02.05.07)

Mehrwöchiger Streik in Südafrika

Anfang Juni traten in Südafrika eine Million Werktätige des öffentlichen Dienstes in den Streik für eine Lohnerhöhung von 12 Prozent sowie gegen ihre sich verschlechternde soziale Lage und Verelendung. Es beteiligten sich Beschäftigte der Krankenhäuser, Lehrerinnen und Lehrer sowie Beschäftigte der Müllabfuhr und des öffentlichen Nahverkehrs. An den Demonstrationen beteiligten sich eine halbe Million Werktätige in über 40 Städten. Insbesondere im Krankenhausbereich ging die Polizei mit Gummigeschossen gegen Streikposten vor und setzte Soldaten als Streikbrecher ein. 600 Krankenhausbeschäftigten wurde gekündigt. (jW 14.06., Jungle World 20.06.07).

2007 Juli – Aug.

Der deutsche Imperialismus setzt sich weiter in Afghanistan fest

Der deutsche Imperialismus führte erneut eine öffentliche Debatte zur Vorbereitung und Durchsetzung einer Erweiterung des Kriegseinsatzes in Afghanistan. Angefangen von der zeitlich unbefristeten Bereitstellung der Bundeswehr-Tornados bis zur Vergrößerung des deutschen Truppenkontingents. (jW 2.7.07) Der Grünen-Politiker Kuhn äußerte sich in Bezug auf die Bundeswehr-Tornados zynisch, dass diese eingesetzt werden könnten um „zu sondieren, wo Entwicklungshilfe rein kann.“ (jW 16.7.07) Ein Schwerpunkt des deutschen Imperialismus ist der Aufbau einer von ihm abhängigen und ausgebildeten afghanischen Armee und Polizei. (FR 9.7.07) Drei Polizisten des BKA, die angeblich zum Schutz der deutschen Botschaft in Kabul stationiert waren, starben bei einem Anschlag. (jW 16.8.07) Dies nahm die Deutsche Polizeigewerkschaft zum Anlass, um eine paramilitärische Ausrüstung mit Radpanzern und Minenabwehrsystemen für die Polizei zu fordern. (jW 17.8.07) Der SPD-Fraktionschef und ehemalige Kriegsminister, Struck, äußerte sich in einem Radio-Interview entscheidend: „Wir bleiben noch zehn Jahre in Afghanistan“. (taz 6.7.07)

Militarisierung im Innern und Aufstockung der Reservisten der Bundeswehr

Mit dem „Gesetz über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte“ vom Februar 2005 wurde eine weitere Militarisierung vorgebracht, die nun umgesetzt wurde. Hiernach sollen sich 4,3 Millionen Reservisten bis 45 Jahre zur Verfügung halten. Durch die Erhöhung des Höchstalters auf 60 Jahre stehen weitere 800.000 Reservisten zur Verfügung. Gleichzeitig wurde durch das neue Gesetz für Reservisten eine so genannte „Hilfeleistung im Inland“ geschaffen, eine juristische Verklausulierung für den Bundeswehreinsatz im Innern. Die Bundeswehrzeitschrift „Y“ verkündete dementsprechend: „Seit Jahresbeginn stellt sich die Bundeswehr in der Fläche

der Republik neu auf.“ Insbesondere zum angeblichen Kampf gegen den „Terrorismus“. Was die Bundeswehr darunter versteht hat sie bereits im Jahr 2002 in der Zeitschrift „Informationen für die Truppe“ veröffentlicht, nämlich Einsätze gegen „Chaosgruppen wie z. B. die Gruppe der Globalisierungsgegner.“ (jW 4.7.07)

Repressionswelle gegen Linke

Anfang August wurden in Brandenburg und Berlin vier Linke als angebliche Mitglieder der Militanten Gruppe verhaftet. Unter anderem wurden die Wohnungen der Verhafteten sowie ein linker Buchladen in Berlin, in dem einer der Verhafteten arbeitet, durchsucht und Daten sowie Unterlagen beschlagnahmt. Drei der vier Gefangenen wurden bei einem versuchten Brandanschlag auf Fahrzeuge von MAN, die an die Bundeswehr geliefert werden sollten, verhaftet. Sie wurden brutal durch eingeschlagene Fensterscheiben ihres Autos herausgezogen, wobei sie am ganzen Körper Schnittverletzungen erlitten, ihnen wurden Säcke über den Kopf gezogen, sie wurden entkleidet und in weiße Overalls gesteckt. Der Vierte, ein Berliner Soziologe, wurde mit der fadenscheinigen Begründung verhaftet, dass in seinen Veröffentlichungen angeblich Schlagwörter vorkämen, die man auch in Bekennerschreiben der Militanten Gruppe fand. Direkt nach der Verhaftung wurden die vier Antimilitaristen nach Karlsruhe zum Verhör bei der Bundesanwaltschaft verschleppt. Alle vier wurden anschließend unter verschärften Haftbedingungen – 23 Stunden Einzelhaft, Besuche nur mit Trennscheibe – in der JVA Moabit inhaftiert. (jW 3.8., 8.8., 10.8., 23.8.07)

In München sitzen seit dem 29. Juni drei jugendliche, obdachlose Hausbesetzer, die sich gegen die Erstürmung durch ein vermummtes USK-Kommando mit einigen Steinwürfen zur Wehr setzen, in Untersuchungshaft. Jetzt wird ihnen absurderweise unter anderem „versuchter Totschlag, Verstoß gegen das Waffengesetz und Vorbereitungen zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ vorgeworfen. In den folgenden Tagen gab es lediglich eine kleine Solidaritätsdemonstration von 100 Jugendlichen, meist Freunde der Verhafteten. (ak 17.8.07)

Zwei Monate nach den militanten Kämpfen und Protesten gegen den G8-Gipfel in Rostock-Heiligendamm hat die Staatsanwaltschaft bekanntgegeben, dass 1.100 Verfahren gegen Demonstrantinnen und Demonstranten in Vorbereitung sind. (jW 6.8.07)

Tod in der Abschiebehaf

Am 27. Juni sah der in der Frankfurter JVA in Abschiebehaf gefangene Mustafa Alkali, in seiner Selbsttötung den einzigen Weg sich der drohenden Abschiebung in die Türkei zu entziehen. Mustafa Alkali war Kämpfer der kurdischen PKK und wurde in türkischen Gefängnissen gefoltert. Nach dem Gefängnis wurde er zum reaktionären türkischen Militär zwangsrekrutiert, aus dem er jedoch schnell desertierte. Weil in den Augen deutscher Gerichte Desertation kein Asylgrund ist, wurde sein Asylantrag abgelehnt. Er sollte in den nächsten Tagen in die Türkei abgeschoben werden. (anna 12.07.07)

Nazi-Mord an einem Obdachlosen

Am 19. Juli wurde in Blankenburg (Sachsen-Anhalt) ein Obdachloser von zwei Jugendlichen erschlagen. Gegen einen der beiden Täter wurde im Jahr 2005 wegen Besitz einer Nazi-Musik-CD ermittelt. Die Polizei geht wie so oft von einer angeblich unpolitischen Tat aus und vertuscht erneut einen Nazi-Mord. (jW 20.7.07)

Nazi-Hetzjagd in Mügeln

Am 19. August hetzten im sächsischen Mügeln 50 bis 60 Rassisten und Nazis eine Gruppe von acht Indern unter dem Grölen von Nazi-Parolen durch die Stadt. Als die mittlerweile durch Schläge und Steinwürfe teilweise schwer verletzten Männer aus Indien in eine Pizzeria flohen, belagerte der Nazi-Mob das Lokal und einige versuchten durch den Hintereingang einzudringen. Viele deutsche Schaulustige standen am Rand und applaudierten teilweise den Nazis zu. Obwohl selbst die Polizei das Rufen von Nazi-Parolen wie „Hier regiert der nationale Widerstand“ bestätigte, versuchten Lokalpolitiker und bürgerliche Medien diese Hetzjagd als eine gewöhnliche Schlägerei herunter-

zuspielen und behaupteten, dass es in Mügeln keine Nazi-Szene gäbe. Nach Angaben der örtlichen Antifa war jedoch eine organisierte Nazigruppe aus einer Nachbarstadt vor Ort, die zuvor per Internet den Angriff auf den linken Jugendclub „Free time in“ in Mügeln angekündigt hatte. Der Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse von der FDP, äußerte in Interviews Verständnis für den Pogrommob: „Solche Parolen (Ausländer raus!, Anmerkung der Redaktion) können jedem mal über die Lippen kommen.“ Damit nicht genug gab er der Nazi-Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview, in dem er sich um den Ruf Mügeln besorgt zeigte und sich mit der Aussage „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ brüstete. (jW 21.08.07, FR 22.08.07, taz 23.08.07, jW 31.8.07)

Streiflichter des Nazi-Terrors

In den beiden Monaten gab es mindestens 13 Nazi-Aufmärsche oder Kundgebungen sowie über 30 Nazi-Überfälle, die in der überregionalen, bürgerlichen Presse bekannt wurden. Hier einige Streiflichter:

Am gleichen Wochenende an dem die rassistische Hetzjagd in Mügeln stattfand, wurden auf einem Weinfest in **Guntersblum (Rheinland-Pfalz)** ein Mann aus dem Sudan und ein in Ägypten geborener Deutscher von einer Gruppe Nazis angegriffen. Einer der Männer wurde mit einer Weinflasche niedergeschlagen, der andere mit der abgebrochenen Weinflasche schwer an der Hand verletzt, als er sich gegen den Angriff schützen wollte. Die Polizei verschwieg aus angeblich „ermittlungstaktischen Gründen“ diesen Nazi-Angriff mehrere Tage lang. (taz 27.8.07)

Rund 100 teils vermummte Nazis überfielen am 30. Juni 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die im Zug auf dem Weg zu einer Demonstration gegen einen Nazi-Aufmarsch in Rostock unterwegs waren. Beim Halt des Zuges im Dorf **Pölchow** (südlich von Rostock) stürmten die Nazis den Zug, versperrten alle Fluchtwege und schlugen teilweise mit Holzlaten auf die Antifas ein. Etwa 20 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden teilweise bewußtlos geprügelt und schwer verletzt. Der Überfall wurde von den Nazis gefilmt. Im gleichen Zug saßen führende Kader der NPD. Ob diese den Überfall geleitet haben, blieb

unklar. Die Polizei behauptete noch Stunden später, dass es keine Verletzten gegeben hätte. Nachdem die Polizei 30 Minuten nach dem Überfall ankamen, wurden zunächst die Antifaschistinnen und Antifaschisten gefilmt und deren Personalien erfasst, so dass die Nazis in aller Ruhe entkommen konnten. (taz 2.7.07, jW 4.7.07)

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juli wurde das Vereinshaus des Netzwerks für demokratische Kultur in **Wurzen** von mehreren Nazis überfallen. Der Mitarbeiter des Vereins wurde gewürgt. Neben einem Laptop nahmen die Nazis einen Ordner mit antifaschistischen Unterschriftenlisten mit. (anna 26.7.07)

Aus einer Demonstration reaktionärer so genannter „Bürgerinitiativen“ gegen den Bau einer Moschee in **Berlin-Pankow** heraus, griffen Nazis eine antifaschistische Gegenkundgebung an. (jW 14.7.07)

In **Mecklenburg-Vorpommern** bedrohte eine Gruppe Nazis an einem Strand mehrere so genannte Spätaussiedler und schossen mit einer Maschinenpistole umher. Die sieben Nazis wurden zwar verhaftet, da aber die Maschinenpistole vor 1945 hergestellt wurde, sei ihr Besitz kein Verstoß gegen das Waffengesetz. Alle kamen nach zwei Tagen wieder frei. (jW 17.7.07, taz 18.7.07)

In **Schwerin** griffen Nazis eine deutsch-französische Jugendgruppe mit rassistischen Parolen an und bewarfen sie mit Steinen. (jW 20.7.07)

In der Nacht vom 26. auf den 27. Juli beschmierten Nazis das gesamte Stadtgebiet von **Burg** in der Nähe von Magdeburg mit Hakenkreuzen sowie rassistischen, antisemitischen und nazistischen Parolen. (anna 9.8.07) Eine Nacht zuvor überfielen Nazis eine Familie aus Vietnam in ihrer Wohnung und verletzten ein Kind. (Jungle World 9.8.07)

In **Stolberg** bei Aachen wurde ein Jugendlicher von vier Nazis brutal zusammengeschlagen, dabei riefen sie rassistische Parolen. (Jungle World 23.8.07)

Nach Informationen der Antifa Bern üben Nazis aus dem Rhein-Main-Gebiet in der Schweiz das Schießen mit Maschinengewehren, angeleitet durch Nazis der so genannten „Schweizer Demokraten“. (FR 16.8.07)

Zwischen 2002 und 2006 wurden 125 Brandanschläge

und sieben Sprengstoffanschläge von Nazis verübt, die vielfach totgeschwiegen wurden. Diese Anschläge richteten sich meist gegen Flüchtlingsunterkünfte, Wohnungen und Geschäfte von Menschen ohne deutschen Pass oder mit dunkler Hautfarbe sowie gegen Treffpunkte von Antifaschistinnen und Antifaschisten. (anna 9.8.07)

Ausschnitte der Anti-Nazi-Aktionen

In **Frankfurt am Main** demonstrierten am 7. Juli mehrere Tausend Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 500 Nazis. 8.000 Polizisten, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge und Wasserwerfer sicherten den Aufmarsch der Nazis. Blockaden und Sabotageaktionen an Bahnanlagen (250.000 bis 300.000 Euro Schaden) konnten den Nazi-Aufmarsch verzögern und in ein abgelegenes Industriegebiet abdrängen. 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden verhaftet, während für die Nazis Sonderzüge zur Verfügung gestellt wurden. (jW 10.7.07)

In **Rostock** demonstrierten am selben Tag 1.000 Antinazistinnen und Antinazisten gegen einen Nazi-Laden in der Stadt. Den gleichzeitig aufmarschierenden 300 Nazis wurden von der Polizei und zwei Wasserwerfern an der Spitze des Aufmarsches der Weg gebahnt. (jW 10.7.07)

Am 21. Juli protestierte in **Tübingen** ein Bürgerbündnis aus örtlichen Vereinen und bürgerlichen Parteien mit 10.000 Teilnehmern gegen einen Aufmarsch von 220 NPD-Nazis. (taz 23.7.07)

In **Bad Nenndorf** demonstrierten am 28. Juli rund 500 Antinazistinnen und Antinazisten gegen einen Nazi-Aufmarsch. Zu Beginn konnten 150 Antifas den Bahnsteig besetzen und so die Anreise der Nazis behindern. Die Polizei setzte jedoch mit Knüppelinsätzen den Nazi-Aufmarsch durch. (jW 30.7.07)

In **Neuss** demonstrierten am 7. August 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen örtlichen Nazi-Treffpunkt (anna 23.8.07)

Am 11. August demonstrierten 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Stadt **Burg** gegen einen geplanten Nazi-Aufmarsch. Dieser wurde zwar verboten, trotzdem wollten die Antifas gegen die immer

stärker auftretenden Nazis in der Region protestieren. (jW 13.8.07)

In **Bremen** ging der Betriebsrat beim Unternehmen Arcelor anlässlich der Bürgerschaftswahlen an die Öffentlichkeit: „Über viele Wahlaussagen lässt sich streiten. Über eines aber nicht: Rassistische Parolen wie „Das deutsche Volk zuerst“ oder den Versuch, Hartz-IV-Empfänger gegen ausländische Kollegen aufzuwiegeln, werden wir nicht hinnehmen.“ Nazi-Wahlplakate, die um das Werk herum aufgehängt wurden, wurden von Antifaschistinnen und Antifaschisten übermalt und diese Aktion wurde ausdrücklich vom Betriebsrat begrüßt. (anna 23.8.07)

Der diesjährige nazistische Rudolf-Hess-Aufmarsch in Wunsiedel wurde verboten. Die Nazis wichen auf andere Städte aus, jedoch wurden sie überall von antifaschistischen Protesten empfangen.

In **München** protestierten am 18. August 70 Antifas gegen eine Mahnwache von 70 Nazis, in **Jena** am Tag darauf 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis und in **Friedrichshafen** standen den 170 Nazis 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegenüber. (anna 23.8.07)

Farbrikbesetzung bei Bike-Systems gegen drohende Schließung

Mit einer Betriebsbesetzung wehrte sich die Belegschaft des Fahrradherstellers „Bike Systems“ in Nordhausen gegen die Betriebsschließung. Nach dem die Belegschaft am 10. Juli über die geplante Schließung auf der Betriebsversammlung informiert wurde, hatte sie spontan beschlossen den Betrieb zu besetzen. Offiziell ist die Besetzung als Betriebsversammlung mit Unterbrechungen deklariert worden. Die Besetzer wechseln sich im Schichtsystem ab. Sie bekamen vielfache solidarische Unterstützung, unter anderem durch eine Delegation der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel in Eisenach. (jW 13.7., 19.7.07)

Streik der Lokführerinnen und Lokführer

Nach nur kurzen Streiks am 2. und 3. Juli verkündete die Gewerkschaftsführung von Transnet und GDBA,

einen Abschluss von lediglich 4,5 Prozent mehr Lohn. Mit diesem Ergebnis wollten sich die bei der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GDL) organisierten Beschäftigten nicht abspesen lassen. Trotz des Verbotes von Warnstreiks durch verschiedene Gerichte setzten die Lokführer am 10. Juli ihre Streikaktionen fort und behinderten erfolgreich den Bahnverkehr in verschiedenen Regionen. Am 6. August beschlossen dann die Lokführerinnen und Lokführer, sowie auch Zug- und Servicebegleiter und Begleiterinnen bei der Deutschen Bahn, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, den unbefristeten Streik. Ihre Forderungen waren ein eigener Tarifvertrag, eine Lohnerhöhung von bis zu 31 Prozent und eine Arbeitszeitverkürzung von 41 auf 40 Stunden. (jW 4.7., 5.7., 6.7., 11.7., 7.8.07)

Weitere Informationen im Flugblatt „Die Tricks und Drecksargumente gegen die berechtigten Kämpfe der Werktätigen bei der Bahn entlarven!“ von Gegen die Strömung, November-Dezember 2007.

Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Entlassungen in Südkorea

Ende Juni beteiligten sich zwischen 110.000 und 143.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Metallbranche, die in der Metallarbeitergewerkschaft des Dachverbandes KCTU organisiert sind, an mehreren Streikaktionen. Unterstützt wurden die Streikkämpfe von Bauern-, Studenten und Frauenorganisationen. Der reaktionäre südkoreanische Staat erließ zur Brechung dieses Streiks 27 Haftbefehle gegen Gewerkschaftsführer sowie gerichtliche Vorladungen gegen Streikaktivisten.

Zeitgleich fand ein 21tägiger Streik mit Betriebsbesetzungen beim Textilhandelskonzern „E-Land“ statt. Die besetzten Filialen wurden verbarrikadiert. Durch die Streiks und Besetzungen wurde dem Konzern ein Schaden von 11,5 Millionen Euro zugefügt. Daraufhin ließen die Kapitalisten zwei besetzte Filialen in Seoul durch ein Großaufgebot der Polizei räumen. 220 Besetzerinnen und Besetzer wurden verhaftet.

Im Juni kämpften rund 2.300 Beschäftigte von Krankenhäusern mit Streiks für höhere Löhne.

Insbesondere Arbeiterinnen sind von dem neuen

Arbeitsgesetz besonders stark benachteiligt und sie kämpfen mit verschiedenen Aktionen wie Sitz- und Hungerstreiks gegen das reaktionäre Arbeitsgesetz.

Bewaffnete Aktionen in Mexiko

Anfang Juli gab es eine Anschlagsserie auf Einrichtungen des staatlichen Energiekonzerns Pemex durch die mexikanische Guerilla „Revolutionäres Volksheer“ (EPR). Mit den Anschlägen versucht die EPR ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, drei verhaftete und verschleppte EPR-Kader lebend der Öffentlichkeit zu präsentieren. Durch die Zerstörung mehrerer Gasleitungen wurde auch die Produktion verschiedener Großkonzerne u. a. der Autoindustrie, wie etwa das VW Werk, erheblich gestört. (jW 12.7.07)

Im seit Mai 2006 umkämpften Gebiet um Oaxaca kam es erneut zu militanten Kämpfen gegen die dort stationierten Polizeitruppen. Beim Versuch zu einem von vielen Touristen besuchtes Folklore-Festival vorzudringen und dieses zu blockieren bekämpften mehrere hundert Demonstranten mit Steinen die Polizei. Mehrere Busse wurden angezündet. Dabei wurden 15 Polizisten verletzt, aber auch 40 Demonstrantinnen und Demonstranten. Zudem wurden 50 von ihnen verhaftet. (jW 18.7.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten), ak (analyse & kritik)

"10 Jahre 'Deutsche Einheit': Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf":



Arbeiter aus Afrika fliehen vor dem Pogrom aus Hoyerswerda

1991 Hoyerswerda

Fast eine Woche lang richtete sich der Nazi-Terror gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter und Flüchtlinge. Die Hauptaktivisten des Pogroms waren Nazi-Gruppen aus Westdeutschland und der Ex-DDR, die aber von Anwohnern unterstützt und beklatscht wurden. Hoyerswerda wurde zum ersten Symbol des Chauvinismus und Rassismus im „vereinigten Deutschland“.

1992 Rostock-Lichtenhagen

Im August 1992 gab es in Rostock-Lichtenhagen vor aller Augen, faktisch mit Fernsehdirektübertragung, ein drei Tage andauerndes, groß angelegtes Pogrom von Hunderten von Nazis mit Unterstützung von Tausenden rassistische Anwohner gegen Roma und vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter. Ein wesentliches Merkmal des Pogroms war die massenhafte Mobilisierung des „Volkszorns“ durch Medien und Politiker. Die Rechtfertigung des Pogroms muß vor allem im Zusammenhang mit der weitgehenden Abschaffung des Asylrechts gesehen werden.

„Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

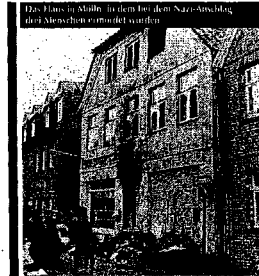
Welt am Sonntag, 30.8.1992

„Kein Volk erträgt 50000 Ausländer im Jahr!“

Die Warnung von Rostock

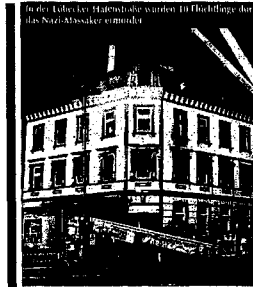
Deutsche Medienzeitung, 28.8.1992

Die Schüler Greibich, Rassistische Heize von bürgerlichen Politikern und Medien sowie Nazis



1992 Mölln

In Mölln wurden am 23. November durch einen nazi-faschistischen Brandanschlag die 51jährige Bahide Arslan, ihre 14jährige Nichte Ayse Yilmaz und ihre 10jährige Enkeltochter Yeliz Arslan ermordet. Weitere 9 Menschen wurden dabei verletzt. Die bürgerlichen Staatsorgane versuchten zu vertuschen, daß es sich um einen Nazi-Anschlag handelte, und die Medien versuchten, mit einer Schlammeschlacht von Schmähungen gegen die Familie Arslan von einem Nazi-Anschlag abzulenken.



1996 Lübeck

Bei einem regelrechten Nazi-Massaker verbrannten bei einem Brandanschlag am 18. Januar 1996 10 Menschen vor allem aus Afrika: Monique Bunga (27 Jahre) mit ihrer Tochter Suzanne (7 Jahre) aus Angola, Francoise Makudila (27 Jahre) mit ihren Kindern Christelle (6 Jahre), Daniel (1 Jahr), Legrand (4 Jahre), Mija (12 Jahre) und ihrer Stieftochter Christine (19 Jahre) aus Zaire, sowie Rabia el Omari (17 Jahre) aus dem Libanon und Silvio Bruno C. Amosou (27 Jahre) aus Benin. 30 Menschen wurden schwer und 20 leicht verletzt. Beispielslos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß des Nazi-Verbrechens, sondern auch die Kumpanei zwischen Staat, Medien und Nazis. Safwan Eid, selbst nur knapp dem Brandanschlag entkommen, wird in einer großangelegten Kampagne von Staat und Medien zum Täter gestempelt, um von den wahren Nazi-Mördern abzulenken.



1992 Mannheim-Schönau

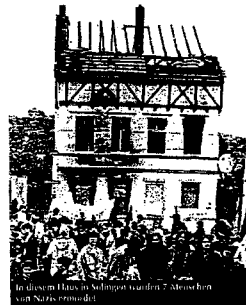
Im Mai 1992 wurden Flüchtlinge in Mannheim-Schönau von rassistisch aufgeputschten deutschen Anwohnern angegriffen. Die Angriffe gingen diesmal direkt vom deutschen Spießruten aus. Der Höhepunkt des Pogroms war die Belagerung des Flüchtlingsheims am 28. Juni durch 500 Rassisten. Das Pogrom von Mannheim-Schönau widerlegte anschaulich die Lüge, daß Rassismus nur ein Problem in der Ex-DDR sei, und zeigte zugleich, wie tief Rassismus und Nazi-Ideologie in breiten Teilen der „normalen“ Bevölkerung sitzt, gerade auch unter Werktätigen.



Demonstration gegen das Pogrom von Mannheim-Schönau

1993 Solingen

In der Nacht zum 29. Mai wurden durch einen Nazi-Brandanschlag 5 Menschen aus der Türkei ermordet: Gülsüm Ince (27 Jahre), ihre beiden Kinder Hülya Genç (9 Jahre) und Saima Genç (4 Jahre), Hatice Genç (18 Jahre) und Gülstan Öztürk (12 Jahre). Lebensgefährlich verletzt wurde ein 15jähriger Junge, ein dreijähriges Mädchen sowie ein 6 Monate altes Baby. Durch die weitgehende Abschaffung des Asylrechts eine Woche zuvor wurde den Nazi-Mördern das Stichwort gegeben. Solingen zeigte auch, wie eng der bürgerliche Staat, in diesem Falle der Verfassungsschutz, mit den Nazi-Organisationen verweben ist.



Magdeburg 1994

Am 12. Mai 1994 veranstalteten Nazis mit Duldung und teilweise Unterstützung durch die Polizei in Magdeburg eine rassistische Hetzjagd, die an SA-Straßenterror zur Zeit der Weimarer Republik erinnerte. Das geschah am hellen Tag vor den Augen der Bevölkerung, die dies in ihrer Masse duldete, wenn nicht sogar zum Teil direkt billigte. Farid Boukhit wurde von Nazis mit Baseballschlägern so schwer verletzt, daß er am 27. September 1994 an den Spätfolgen seiner Verletzungen starb.



Aufmarsch in der Querstraße in Magdeburg gegen das Pogrom



1994 Lübeck, 1995 Lübeck, 2000 Düsseldorf

Die Brandanschläge auf die Synagoge in Lübeck am 25. März 1994 und am 7. Mai 1995 sind ebenso wie der Bombenanschlag auf jüdische Immigrantinnen und Immigranten am 27. Juli 2000 Symbole des Nazi-Terrors gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland. In Lübeck entkamen die in der Synagoge wohnenden Menschen nur durch Zufall den Nazi-Brandanschlägen. In Düsseldorf wurden 10 Menschen verletzt, vier davon schwer.

2007 Sept. – Okt.

Ausgeweiteter Einsatz von Bundeswehr und Polizei in Afghanistan

Im September kündigte Innenminister Schäuble an, daß die aus rund 200 Polizisten bestehende EU-„Polizeimission“ EUPOL, die in Afghanistan zur Ausbildung der dortigen einheimischen Polizeikräfte stationiert ist, nach der Ablösung des bisherigen EUOPOL-Chefs Eichele weiterhin von einem Deutschen angeführt werde. (jW 19.09.07). Drei Wochen später kündigte die Bundesregierung an, daß die afghanische Polizei nun nicht mehr nur personell unterstützt werden wird, sondern auch ausgerüstet werden soll mit „Gegenständen zur Anwendung unmittelbaren Zwangs“ - sprich: Schlagstöcken, Reizgas usw. (jW 10.10.07)

Am 9. Oktober beschloß der Bundestag die Verlängerung des „Bundeswehrmandats“ für Afghanistan um ein Jahr für die deutsche Beteiligung an NATO-ISAF-Kampftruppen sowie Tornado-Kampfflugzeuge. (jW 13.10.07)

Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Bereits lange vor dem G8-Gipfel im Juni 2007, nämlich seit Herbst 2005, hat es zweimonatliche Besprechungen zwischen Polizei und Bundeswehr zur „Amtshilfe“, sprich: zur Unterstützung der Polizei durch Bundeswehr, gegeben. Im März 2007 organisierte das Wehrbereichskommando eine Schulung für „Polizeiführer“. Nach außen hin als lediglich „technisch-logistische“ Unterstützung hingestellt, wurden zur Unterdrückung der G8-Proteste

Militärhubschrauber, Fregatten, Spähpanzer und Tornados eingesetzt. (jW 11.09.07 und 15.09.07)

Schlaglichter der Schnüffelei durch Kapitalisten und Überwachung durch den Staat

Datenschützer verliehen im Oktober die jährlichen „Big-Brother-Awards“. „Gekürt“ wurden auch von der Öffentlichkeit eher unbeachtete Formen der Schnüffelei. So erhielt u. a. die Deutsche Bahn einen Preis: Nach der Schließung zahlreicher Fahrkartenschalter bleibt Bahn-Reisenden vielfach nur noch die Möglichkeit, unter Preisgabe ihrer persönlichen Daten (per EC/Kreditkarte oder Online-Tickets) mit der Bahn zu reisen. Komplettiert wird diese Datensammlung durch eine flächendeckende Überwachung der Bahnhöfe mit Videokameras.

Einen „Big-Brother-Award“ erhielt auch SPD-Justizministerin Cypries für ihren Gesetzesentwurf zur so genannten „Vorratsdatenspeicherung“ oder im Klartext: zur umfassenden Kontrolle von PC-, Telefon- und Handybenutzern, die im Januar 2008 in Kraft treten soll: Telekommunikationsfirmen speichern präventiv, ohne konkreten Verdacht oder Anlaß, ein halbes Jahr lang, wer mit wem wie lange kommuniziert hat. (TAZ 13.10.07)

Durch ein Urteil des Amtsgerichts Berlin Mitte wurde bekannt, daß Bundesministerien, u. a. Justiz und BKA, die IP-Adressen von Computern, die auf die Homepages der jeweiligen Ministerien zugreifen, speichern. Seit September 2004 sind so 417 Surfer ins Visier des BKA geraten, die sich dort über die „militante

gruppe“ informierten. (AK 19.10.07 und jW 05.10.07)

Streiflichter des Protests gegen Militarisierung und Faschisierung

Rund 50 Antimilitaristen demonstrierten am 6. September im Jobcenter Berlin-Mitte gegen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr mit Hilfe von „Wehrdienstberatern“ in Jobcentern. (jW 07.09.07) An einer Demonstration gegen den Überwachungs- und Kontrollstaat in Berlin am 22. September beteiligten sich rund 2.000 Menschen. Sie forderten die Abschaffung des § 129a und die Freilassung der unter dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur „militanten Gruppe“ Verhafteten. Die Polizei ging von Beginn an provozierend und brutal knüppelnd gegen die Demonstranten vor. Zeugen berichteten, daß ein Polizist aus der als Knüppelgarde bekannten „23. Polizeihundertschaft“ einen Demonstranten als „Judensau“ beschimpft hat. (jW 24.09.07)

Rabbiner mit Messer niedergestochen

Am 7. September wurde in Frankfurt/Main am helllichten Tag auf offener Straße ein Rabbiner antisemitisch beschimpft und mit einem Messer niedergestochen. (TAZ 10.09.07)

Schlaglichter der täglichen rassistischen und nazistischen Hetze und Terrors

Laut Presseberichten organisierten Nazis in den beiden Monaten 22 Nazi-Kundgebungen und -Aufmärsche. Außerdem wurden 45 Fälle von Nazi-Hetze, Nazi-Angriffen und -Überfälle dokumentiert. Hier einige Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors:

In **Stolberg** bei Aachen überfielen am 1. September rund 15 mit Stöcken bewaffnete Nazis eine ebenso große Gruppe von Besuchern eines Antifa-Konzerts, die teilweise verletzt wurden. Die Nazis marschierten danach grölend durch die Straßen. Rund 15 Nazis griffen nachts eine linke Szenekneipe in **Dortmund** an, prügeln auf die Gäste ein, versprühten Pfefferspray und zertrümmerten die Fensterfront des Lokals. (jW 03.09.07) Nach der Hetzjagd im sächsischen **Mügeln** hatte der Mügeln Bürgermeister Deusen der Nazi-Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben, in dem er verständnisvolle Worte für die Täter fand, seinen Nationalstolz betonte und vor allem um das Image der Stadt besorgt war. Die NPD verteilte dieses Interview am 2. September auf dem Marktplatz in Mügeln. Im sächsischen Landtag konnte die NPD ihre Hetze gegen die Opfer weiterführen mit einer mit provokativen und rassistisch-nazistischen Fragen gespickten Parlamentsanfrage unter dem Titel „Angebliche ‚Hetzjagd‘ detailliert hinterfragen“. (jW 05.06.07) Am 6. September überfielen in **Detmold** neun Nazis die Lesung einer Journalistin. Beim Verlassen der Besucher der Lesung zündeten sie mehrere Rauchbomben. (jW 08.09.07) Am 11. September beschimpften zwei Nazis in einer Straßenbahn in **Magdeburg** einen 39jährigen aus Liberia und einen 33jährigen aus Nigeria rassistisch und griffen den Mann aus Nigeria an, der sich erfolgreich wehren konnte. (Jungle World 20.09.07) Am 29. September wurden zwei Männer und eine Frau aus Griechenland an einer Tankstelle in **Pankow-Blankenburg** von rund 15 Rassisten beschimpft, angegriffen und verletzt. (TAZ 01.10.07) Am 4. Oktober beleidigten und

schlugen vier Rassisten, zwischen 16 und 20 Jahren alt, in **Berlin** einen 40jährigen Mann aus Äthiopien. Sie ließen erst von ihm ab, als dem Mann Passanten zu Hilfe kamen. (Jungle World 18.10.08) Die NPD **Erfurt** veröffentlichte auf ihrer Internet-Seite Namen und Adressen von 11 Anti-Nazisten, die sie für einen Anschlag auf das Nazi-Lokal „Zum Alten Fritz“, verantwortlich macht. Bei den 11 Anti-Nazisten handelt es sich um von der Polizei Verdächtige, die Daten stammen aus Polizeiakten. (PB, 19.10.07) Auch in **Dresden** verfügen Nazis über ein Anti-Antifa-Dossier mit Namen, Adressen, Geburtsort und -datum von Antifas sowie Fotos und Videos. Es handelt sich dabei um Kopien von polizeilichen Ermittlungsakten gegen Anti-Nazisten. (TAZ 11.10.07) Am 28. Oktober warfen vier Nazis in Abstatt (Baden-Württemberg) einen Brandsatz auf eine Gruppe von Menschen aus der Türkei, die vor dem Haus einer Familie aus der Türkei stand. (jW 29.10.07)

Schlaglichter der Anti-Nazi-Kämpfe

26 Protestaktionen gegen den Nazi-Terror und gegen unter dem Schutz der Polizei durchgeführte Nazi-Aufmärsche sind in den zwei Monaten dokumentiert. Wir erwähnen schlaglichtartig einige Kämpfe:

Nach monatelangem Nazi-Terror in **Kempen** (Schleswig-Holstein) organisierten Anti-Nazistinnen und Anti-Nazisten die Kampagne „Antifaschistisch lebt sich's besser“ im Ort. Auftakt war eine Demonstration am 1. September mit 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern: Vorträge und Veranstaltungen folgten, die trotz Behinderungen und

Verboten der örtlichen Behörden durchgesetzt wurden. (Jungle World 20.09.07). Am 1. September beteiligten sich rund 1.000 Menschen an einer Demonstration gegen rund 60 Nazis in **Neuruppin** (Brandenburg), die von der Polizei den Weg mit Reizgas und Knüppeln freigeknüppelt bekamen. Unter den Verletzten waren zwei zehnjährige Kinder. Am gleichen Tag demonstrierten rund 1.000 Antifas in **Dortmund** gegen 400 marschierende Nazis. Eine Solidaritätsdemonstration von 900 Menschen mit den Opfern des am Vortag überfallenen Szenelokals wurde von der Polizei massiv behindert. (jW 02.09.07). Am 15. September demonstrierten 8.000 gegen die NPD-Wahlkampfauftaktversammlung von 600 Nazis in **Hannover**, die unter dem Schutz von 2.000 Polizisten stattfand. QW 17.10.07). In **Bad Lauterberg** (Niedersachsen) beteiligten sich am 27. September 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 20 Betrieben an einer „antifaschistischen Betriebspause“ unter dem Motto „bunt statt braun“ (jW 25.09.07 und 28.09.07) Am 13. Oktober demonstrierten in **Neuss** rund 1.000 Anti-Nazisten gegen einen Aufmarsch von 100 NPD-Nazis. Mit Gegenaktionen wie Blockaden gelang es, die Nazis zum vorzeitigen Abbruch zu zwingen. In **Hildesheim** protestierten am selben Tag 1500 Antifas gegen einen Aufmarsch mit 180 Nazis (PB 19.10.07, TAZ 15.0.07) Am 20. Oktober schützten 3.000 knüppelnde Polizisten in **Frankfurt** vor 1.500 Antifas den Aufmarsch von 100 Nazis gegen den geplanten Bau einer Moschee. (jW 22.10.07)

„Sammelanhörungen“ - eine zunehmend praktizierte Form des staatlichen Abschiebeterrors

Der deutsche Imperialismus praktiziert zunehmend sogenannte „Sammelanhörungen“ von teilweise zwangsvorgeführten papierlosen Flüchtlingen in Ausländerbehörden. Beteiligt sind daran auch Regierungsbeamte der vermeintlichen Herkunftsländer oder besser: „aufnahmewilliger“ Länder, die auf Druck des deutschen Staates und in Aussicht auf Pro-Kopf-Erfolgsprämien die für die Abschiebung notwendigen Paßersatzpapiere ausstellen. (AK 19.10.07.) Eine für den 10. September geplante „Sammelabschiebung“ von vermeintlich aus Guinea stammenden Flüchtlingen platzte, weil die Regierung Guineas sich weigerte, weitere Abschiebeflüchtlinge aus Deutschland aufzunehmen. Und dies, obwohl der deutsche Staat seit Jahren regelmäßig Delegationen guineischer Regierungsbeamter nach Deutschland eingeladen hatte, die in den Genuß eines „Rahmenprogramms“ kamen und tagsüber in der Ausländerbehörde afrikanische Flüchtlinge „aufgrund der Aussprache und Gesichtsform“ ihre guineische Herkunft bescheinigten und Paßersatzpapiere ausstellten. Dieses Vorgehen war von der guineischen Zeitung „Guniee-News“ im Sommer aufgedeckt worden. (Jungle World 11.10.07)

Protestaktionen gegen den staatlichen Terror gegen Flüchtlinge

Am 30. August demonstrierten in Berlin 250 Menschen, um an die Ermordeten des deut-

schen Abschiebeterrors zu erinnern. Auf einem mehrere Meter langen Transparent waren die Namen von über 100 Flüchtlingen zu lesen, die seit 1983 in den Tod getrieben wurden, in Abschiebehäft oder bei der Abschiebung in Deutschland ihr Leben verloren haben. (jW 01.09.07) Am 2. September demonstrierten 250 Menschen vor dem Abschiebegefängnis in Büren gegen den staatlichen Abschiebeterror und verlasen den Aufruf eines Abschiebehäftlings zu einem Hungerstreik. 60 gefangene Flüchtlinge in Büren schlossen sich dem Hungerstreik an und forderten die sofortige Freilassung der Abschiebehäftlinge und die Schließung der Abschiebegefängnisse. (jW 04.09.07 und 06.09.07)

Niedriglöhne und Drangsalierung von Langzeiterwerbslosen

Im September 2007 waren in Deutschland rund 40 Millionen Menschen erwerbstätig. „Sozialversicherungspflichtig beschäftigt“ waren davon nur 27 Millionen (1995: 28). Fast 5 Millionen Menschen mußten sich mit einem oder mehreren Mini-Jobs über Wasser halten. Rund 3,5 Millionen Menschen waren offiziell als erwerbslos registriert, jedoch erhielten 6 Millionen ALG I oder II, denn rund 2 Millionen Hartz-IV-Empfänger sind erwerbstätig, verdienen aber so wenig, daß sie ergänzendes ALG II beantragen müssen. (TAZ 28.09.07) Insbesondere Langzeiterwerbslose im Hartz-IV-System werden zunehmend schikaniert. Beim kleinsten Verdacht auf „mangelnde Kooperation“ werden ihnen Gelder gekürzt oder Anträge nicht bearbeitet oder hinausgezögert, um die Betroffenen müde zu machen.

(jW 29.09.07) So wurde bekannt, daß die Arbeitsagenturen bisher in 2007 25 % mehr Sperrzeiten (insgesamt 465.000) verhängt hatten als im Vorjahresvergleichszeitraum. (jW 04.10.07)

Streik rumänischer Bauarbeiter in Ratingen

Ein Streik von 21 Bauarbeitern aus Rumänien legte mehrere Tage eine Baustelle zur Erweiterung eines Krankenhauses in Ratingen bei Düsseldorf lahm. Die Arbeiter, die seit Juli keinen Lohn mehr erhalten hatten, hungern mußten und in kümmerlichen Baracken untergebracht waren, forderten die Auszahlung der ausstehenden Löhne (jW September oder Oktober 2007)

Lokführerinnen und Lokführer streiken weiter

Der im August begonnene Streik von mehreren Tausend Lokführern und Servicepersonal der Bahn unter Führung der GDL wurde trotz Verbote verschiedener Arbeitsgerichte und Einschüchterungsversuchen des Bahn-Vorstands (Erteilung von Hausverboten, Abmahnungen, Kündigungen usw.) weitergeführt und konzentrierte sich auf die Bestreikung des Personenverkehrs. Am 5. Oktober stand in ganz Deutschland ein Großteil des Personenverkehrs still. Am 12. und 18. Oktober und schließlich am 25. Oktober wurde insbesondere in Ostdeutschland erfolgreich ein Großteil des Regional- und Nahverkehrs lahmgelegt. (jW 06.10.07, 13.10.07, 19.10.07, 23.10.07, 26.10.07)

Birma: Massenproteste

Anfang September begannen mehrere Tausend Menschen, darunter auch buddhistische Mönche, einen Marsch durch die ehemalige Hauptstadt Rangun und weitere Städte. Nachdem das Militär den Marsch mit Tränengas und Warnschüssen auseinander getrieben hatte, wehrten sie sich militant. (FR 21.09.07). Mitte September riefen Mönche dazu auf, die Annahme von Essens- und Geldgeschenken von Angehörigen der Armee und ihren Familien aus Protest zu verweigern. Die Proteste flammten wieder auf. Zehntausende beteiligten sich nun an Protestmärschen in verschiedenen Städten, dem verhängten Versammlungsverbot zum Trotz. Ende September ging das Regime zur brutalen Unterdrückung der Proteste vor: Zehn Demonstranten wurden erschossen, Kloster umzingelt und gestürmt, Razzien durchgeführt, Tausende verhaftet, die Internetverbindung mit dem Ausland gekappt. (TAZ 22.09.07, 28.09.07, jW 24.09.07, FR 29.09.07)

Ägypten: Nicht abbreißende Welle von Streiks

Im Dezember 2006 hatten die 27.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der größten Textilfabrik des Landes in Mahalla El-Kobra mit ihrem Kampf eine Welle von Streiks in Ägypten ausgelöst. Die den Arbeiterinnen und Arbeitern in Mahalla El-Kobra gemachten Zusagen wurden nicht eingehalten, deshalb begannen sie am 23. September einen einwöchigen Streik und besetzten das Werksgelände. Acht Streikführer wurden vorübergehend verhaftet. Nach der Freilassung der Verhafteten und der Erfüllung der meisten ihrer ökonomischen Forderungen

wurde der Streik nach einer Woche beendet. (PB 05.10.07 und Jungle World 04.10.07)

Schweiz: Militante Proteste verhindern Aufmarsch der SVP in Bern

Am 6. Oktober marschierten rund 10.000 Anhänger der rechten SVP in Bern auf als „Höhepunkt“ ihres ausländerfeindlichen und rassistischen Wahlkampfes. Zunächst blockierten einige Hundert Antifaschisten die Straße und wurden von der Polizei mit Gummigeschossen und Tränengas auseinandergejagt. Danach traten die Gegendemonstranten in kleineren Gruppen in Aktion. Einer Gruppe von 50 bis 100 Antifaschisten gelang es, auf dem Abschlußkundgebungsplatz die Bühne zu demolieren, Werbematerial der SVP und Autos in Brand zu setzen. Die SVP-Anhänger mußten deshalb nach stundenlangem Warten zu ihrem Auftaktort zurückkehren, wo sie nur eine kurze Kundgebung durchführen konnten. (TAZ 08.10.07)

Spanien/Baskenland: Aufmarsch von Falangisten verhindert

Am „Tag der Hispanidad“ wollte die Franco-faschistische Falange im baskischen San Sebastian aufmarschieren. Militante baskische Antifaschisten, unterstützt von Anwohnerinnen und Anwohnern, blockierten die Zugangsstraßen, besetzten den Aufmarschort, bauten Barrikaden aus Müllcontainern und Bänken gegen die Polizei, die den Faschisten den Platz freiprügeln wollte. Der Stadtverkehr kam zum Erliegen und die Falange-Faschisten mußten von der Polizei eskortiert wieder nach Madrid abziehen. (jW 15.10.07)

Frankreich: Tausende gegen Zwangs-DNA-Tests für Immigranten

Tausende demonstrierten am 13. Oktober in Paris und anderen Städten gegen Zwangs-DNA-Tests als Voraussetzung für den Nachzug von Familienmitgliedern von Immigrantinnen und Immigranten. (jW 22.10.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), TAZ (Tageszeitung), AK (Analyse und Kritik), PB (Politische Berichte)

2007 Nov. – Dez.

Die Politik des deutschen Imperialismus nach außen

Der Besuch der Bundeskanzlerin Merkel in Afghanistan im November 2007 (taz 5.11.2007) unterstrich die real vorgenommene Verstärkung des Militäreinsatzes des Bundeswehr in Afghanistan, wobei der deutsche „Brigadegeneral“ Warnecke Anfang November größere Militäroperationen der ISAF Truppen befehligte, (jw 12.11.07) Tornado-Aufklärungsflugzeuge bereiten weitere Kampfeinsätze vor (jw 17.12.07). Wie Amnesty International öffentlich kritisierte, hätten Teile der 3.000 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan „Gefangene“ an den afghanischen Staat und damit der Folter übergeben, (taz 14.11.07) Dazu ist zu ergänzen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit 300 Ausbildern große Teile der afghanischen Armee und der Polizei ausbildet, (jw 22.11.07) Der Bundestag beschloss auch den weiteren Einsatz der Bundesmarine am Horn von Afrika mit großer Mehrheit (jw 16.11.07). Anfang November verkündete die Bundeswehr stolz, nun mit eigenen Spionage-Satelliten ohne „Abhängigkeit von anderen Nationen“ Kriegsvorbereitung betreiben zu können (jw 2.11.07). Gleichzeitig wird für die Rekrutierung von Bundeswehrsoldaten die Zusammenarbeit mit so genannten "Jobcentern" verstärkt. (jw. 28.12.07)

Die Politik des deutschen Imperialismus nach innen

Die staatliche Repression durch die Justiz nach den Aktionen in Rostock und Umgebung beim

G8 Gipfel verstärkt sich in Folge von über 1.100 Strafanzeigen, (taz 1.11.07) Eine Demonstrantin wurde in der Revision zu 11 Monaten ohne Bewährung Gefängnis wegen eines angeblichen Steinwurfes verurteilt (jw 9.11.07 und 15.11.07).

Ermittlungsakten gegen Antifa-Aktivisten enthielten abgehörte Telefonate mit Journalisten u. a. der taz. (taz 13.11.07) Es mehren sich auch die Fälle, in denen Polizei und Justiz auf Grund von Nazi-Beschuldigungen antifaschistische Aktivisten verfolgen (jw 11.12.07 in Berlin; jw 15.12. in Nürnberg). Die Rolle von Gewerkschaftsführungen bei der Unterstützung staatliche Repression bekam der Verdi-Sekretär Lucifero zu spüren: Erst von Gericht verurteilt, weil er sich mit einer Schreckschusspistole bei einem Nazi-Überfall gewehrt hat, wurde er von verdi Erfurt entlassen, (anna 23/07) Die Repression gegen Aktivisten der PKK durch Verurteilungen in der BRD und Abschiebungen in der Türkei reißen nicht ab. Der in der Türkei zum Tode verurteilte PKK-Aktivist Kizilay wurde Ende November 2007 in die Türkei abgeschoben. (jw 1.12.2007)

Mit einer Großrazzia in 13 Orten wurde Beweismaterial gegen angebliche Unterstützer der TKP/ML gesucht, federführend waren Beamte des BKA. (FR 6.12.07)

Es wurde bekannt, dass sich allein die Zahl der genehmigten Telefonabhöreaktionen seit 1995 bis 2005 verzehnfacht hat. (jw 1.07) Zudem werden seit Januar 2008 Telefondaten auf Vorrat gespeichert, (jw 1.12.07)

In der BRD leben etwa 180.000 so genannte „geduldete“ Menschen, die jederzeit mit Ab-

schiebung rechnen müssen (jw. 21.11.07). Der Staatsapparat gibt keine Zahlen über Umfang und Dauer der Abschiebehäftlinge heraus (anna 13.12.07). Der Umfang der Asylanträge ist durch Verstärkung der Grenzen 2007 auf ca. 18.000 zurückgegangen, (jw 7.12.07).

Die soziale Lage in der BRD ist gekennzeichnet von massiver Lohndrückerei. 5,7 Millionen Beschäftigte arbeiten mit 400-Euro-Jobs. Hartz IV bewirkt eine massive Zunahme von Verarmung. (FR. 1.8. und 15.12., taz 13.12.07)

Sachsens Wissenschaftsministerin Stange, ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft GEW, sieht sich den berechtigten Protesten des Zentralrats der Juden in Deutschland ausgesetzt. Kritisiert wird an der Konzeption für Gedenkstätten, dass Stange das NS-Regime und die DDR gleichstellt. Zudem scheitern 50% von geplanten Besuchen in der Gedenkstätte des KZ Buchenwalds an fehlenden finanziellen Mitteln, (taz 2.11.07)

Vertreter der Herero- und Nama-Völker fordern erneut – und ergebnislos – die Bundesregierung zu Entschädigungszahlen angesichts der 90.000 von der Kolonialmacht Deutschland Ermordeten auf. (taz 21.12.07)

Das Simon-Wiesenthal-Center forderte erneut die BRD-Justiz auf, Anstrengungen zur Verhaftung überlebenden Nazi-Verbrecher zu unternehmen. (taz 29.11.07)

Horst Mahler leugnet in der Zeitschrift Vanity Fair erneut den Holocaust und wird vom Auschwitz-Überlebenden Arno Lustiger angezeigt, (taz 9.11.07)

Der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisierte

die Landesregierung Baden-Württemberg, ausgerechnet am 9.11., dem Gedenktag an den Novemberpogrom 1938, einen Presseball abzuhalten. Der Presseball fand dennoch statt, lediglich auf den Tanz wird verzichtet (taz, 8.11.07). Weiter kritisierte der Zentralrat, dass die BRD kategorisch Verhandlung für eine weitere Zahlung an Überlebende des Holocausts in Israel kategorisch ausgeschlossen hat.

Der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma forderte erneut energisch, endlich mit dem Bau des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin zu beginnen, (taz 20.12.07)

Nicht abreiende Kette von Nazi-Überfälln

In Berlin überfielen Nazis mehrere Passanten wegen ihrer Hautfarbe, so am 20.10.07 und 24.10.07 (Jungle World 8.11.07). Gemeldet wurden solche Vorfälle auch am 7. Oktober in Magdeburg und am 28. Oktober in Abstatt gegen angeblich „nicht-deutsch“ Aussehende. In Lübeck wurde ein Mann mit dunkler Hautfarbe von sieben Nazis überfallen. In Brandenburg wurde auf ein türkisches Lokal ein Brandanschlag verübt. In Stendal überfielen Nazis einen vietnamesischen Laden. (Jungle World 8.11.07). In Sachsen-Anhalt wurde ein chinesischer Imbiss von Nazis überfallen. (Jungle World. 15.11.07)

Bei dem Nazi-Führer Torsten Heise wurde ein Maschinengewehr und eine Maschinenpistole gefunden – ein deutliches Zeichen für die Aufrüstung der Nazi-Anhänger. (taz 1.11.07) In Erfurt veröffentlichten die Nazis 14 Namen von Antifaschisten, die ihnen durch die Polizeiakten bekannt geworden waren (jw 5.11.07). In Le-

verkusen überfielen 20 Nazis eine Gedenkveranstaltung zum 9. November (anna 29.11.2007). Am 13.11.2007 warfen Nazis einen Brandsatz gegen ein Haus von Asylbewerbern in Nordwalde NRW. (jw 20.11.07) In Dortmund starteten 30 Nazis unter den Rufen „Scheiß-Türken“ einen Angriff auf eine Gaststätte. (jw 19.11.07) In Frankfurt erhielt der jüdische Ehemann einer aus dem Iran geflohenen Grünen-Politikerin antisemitische Drohbrieft. (FR 22.11.07) In Mecklenburg überfielen Nazis mehrere Asylbewerber, (Jungle World 13.12.07), in Berlin eine Frau wegen ihrer Hautfarbe. In Brandenburg (Havel) verübten Nazis einen Brandanschlag auf ein pakistanisches Geschäft. (Jungle World 6.12.07) 20 Nazis störten eine Veranstaltung gegen rechts an der TU Dresden (jw 7.12.07). In Gelsenkirchen wurde ein US-Bürger wegen seiner Hautfarbe überfallen. (FR 21.12.2007) In Dresden überfielen 10 bis 15 Nazis einen Mann aus dem Sudan (taz 24.12.07).

In Hamburg-Harburg wurde dem Jüdischen Friedhof die Gedenktafel geraubt. Zu antisemitischen Vorfällen kam es auch in Gießen und Berlin. (Jungle World, 15.11.07) Schändungen jüdischer Friedhöfe werden auch aus Mecklenburg (Jungle World 22.11.07) und Eisenhüttenstadt (Jungle World 29.11.07) gemeldet. In Berlin wurde das Denkmal für die ermordeten Juden erneut beschmiert. Die Zahl der nazistischen Schmierereien und Zerstörungen auf Jüdischen Friedhöfen im Zeitraum 2002 bis 2006 wird mit 237 angegeben, (Jungle World, 29.11.07)

Eine Anfrage im Bundestag ergab, dass offiziell zugegeben wurde, dass in den ersten neun

Monaten 2007 Nazis 8.248 Straftaten begingen, 473 Opfer vermerkt wurden, darunter 23 Juden. 16 Nazis wurden in U-Haft genommen. (Jungle World 22.11.2007) Auf die Fälschung offizieller Statistiken wies die Mobile Opferberatung in Sachsen hin, die in sechs Monaten in Sachsen 76 Nazi-Überfälle registrierte, während die Statistik der Polizei nur 36 Überfälle aufweist (taz 28.11.07).

Ökonomische Kämpfe

Der Lokomotivführerstreik im November war der größte Streik in der Geschichte der Deutschen Bahn seit 1949. DGB-Führer Sommer distanzierte sich umgehend, (jw 15.11.2007)

Anfang Dezember streikten 11.000 Beschäftigte des Einzelhandels ebenfalls für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Dabei kam es in Frankfurt/Oder zur gemeinsamen Aktion polnischer und deutscher Beschäftigter. (jw 11.12.2007) 8.000 Beschäftigte des Autobauers Kamann demonstrierten gegen Stellenabbau, ebenso 2.500 in Rheine. (taz 5.11.2007) Bei Airbus demonstrierten 1.500 Beschäftigte, in der der Postbranche 600 Beschäftigte gegen drohenden Stellenabbau (jw 13. und 17.11.2007). In Nürnberg demonstrierten 3.500 Jugendliche für die Schaffung von Ausbildungsplätzen. (PB 30.11.2007) Weiter demonstrierten 2.300 bei der Arbeiterwohlfahrt Beschäftigte und 340 im katholischen Krankenhaus Beschäftigte für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen (jw 1.11 und 6.12.07) In Hessen demonstrierten 3.500, in Berlin 6.500 Landesbeschäftigte gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und für bessere Arbeitsbedingungen (jw 14.11. und 13.12.2007).

Aktionen gegen Nazis

In Augsburg demonstrierten mehrere Hundert Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. In Hamburg konnten Antifaschisten die Störung einer Veranstaltung durch 18 Nazis verhindern. In Gräfenberg demonstrierten 200 Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Die Nazis wurden wie üblich von der Polizei geschützt. (anna, 29.11.2007) In Berlin demonstrierten 2.000 zur Erinnerung an den Nazi-Mord an Silvio Meyer am 21.11.1992. (jw 26.11.2007) In 12 Städten gab es koordinierte Aktionen gegen in Italien verurteilte Nazi-Verbrecher, die in der BRD auf freiem Fuß sind. Allein in Bremen demonstrierten 100 Anti-Nazisten vor der Wohnung von Max Milde, der in Italien wegen Mordes an 59 Menschen zu lebenslangem Gefängnis verurteilt wurde (jw 3.12.07 und PB 19.12.07). In Berlin demonstrierten 800 Antifaschisten gegen 500 Nazis (jw 3.12.2007). In Nidda bei Essen demonstrierten etwa 600 Antifaschisten gegen ca. 80 Nazis (jw 12.12.07), in Offenbach mehrere Hundert Antifaschisten gegen ca. 50 Nazis, (jw 17.12.07). Leipziger Studenten demonstrierten erfolgreich gegen einen NS-Propagandisten, der als Honorarprofessor tätig war und konnten seine Entlassung erreichen. (FR 13.11.07 und 24.11.07)

Aktionen gegen staatlichen Rassismus

In Köln kam es zu Protestaktionen gegen die Zwangsanhörungen von afrikanischen Flüchtlingen ohne Rechtsbeistand (jw 21.11.2007). In Hildesheim verhinderten 60 Personen durch eine Sitzblockade die Abschiebung einer Familie aus

dem Nordkaukasus (jw 26.11.07). Auch in Minden und Langenhagen protestierten Hunderte gegen Abschiebungen (jw 10.12.07). Nach der ARD-Ausstrahlung eines diskriminierenden Tatort-Kriminalfilms gab es in Köln eine Massendemonstration von 15.000 Angehörigen der Aleviten aus der Türkei.

Weitere Kämpfe

10.000 protestierten in Düsseldorf gegen die antikurdischen Militäraktionen der Türkei, nachdem vorher schon Tausende in Stuttgart, Köln und Berlin protestiert hatten, darunter viele Anhänger der PKK. (jw 5.11. und taz 17.12.07)

In München demonstrierten 13.000 Gegner des Baus einer Transrapid-Strecke. (FR 5.11.2007) In 19 Städten gab es Aktionen gegen den Überwachungsstaat (taz 7.11. und 8.11.07). Gleichzeitig meldete die Presse, dass 110 politisch motivierte Anschläge gegen Autos von Reaktionären und gegen Polizeifahrzeugen, vor allem 2007 in Berlin, vorgekommen seien (taz 21.11, jw 10.12. 07).

In 11 Städten protestierten Aktivisten gegen die DEKA-Bank, die sich an einem gegen die ansässige Bevölkerung gerichteten Staudammprojekt in der Türkei beteiligt. (PB 14.12.07)

In Berlin kam es zu Aktionen gegen die Schließung von Stadtteil-Bibliotheken von 300 Aktivisten. (PB 14.12.2007). In Hannover kam es zu Aktionen von Antimilitaristen gegen eine Kirchenfeier der Bundeswehr, (taz 30.11.07) In Hamburg demonstrierten 4.000 Personen gegen Polizeiterror und für mehr Freiräume der Linken. Nach Überfallen der Polizei auf die Demonstra-

tion wurde taktisch die Demonstration offiziell beendet, aber in der Innenstadt in kleineren und größeren Gruppen trotz weiterer Polizeieinbrüche weiter demonstriert, (jw 17.12.07) In Bremen besetzten Studierende das Verwaltungsgebäude der Universität, um gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen zu protestieren (jw 15.12.07).

Internationale Kämpfe

In Frankreich kämpften im November die Eisenbahner in großen Streiks neun Tage gegen Sozialabbau, dabei wurden sie von den Beschäftigten der Post, der Fluglotsen und anderen Werktätigen unterstützt. In Paris kam es zu einer Protestaktion von 100.000, in Marseille von 40.000 Personen (jw 21. und 23.11.07) In den Pariser Vorstädten kam es nach dem Tod von einem 13- und einem 16-jährigen Jugendlichen durch ein Polizeiauto zu heftigen, teils bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Polizei, (FR 28.11.07). In ganz Frankreich protestierten Studierende von 40 der 85 Universitäten gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen, (jw 16.11.07)

In Prag demonstrierten 2.000 Antifaschisten gegen eine Nazi-Provokation von 400 teils aus Deutschland angereisten Nazis im jüdischen Viertel der Stadt, und konnten handfest die Nazis vertreiben, (jw 12.11.07) In ganz Tschechien protestierten gegen den Bildungsabbau 128.000 Menschen, davon allein 12.000 Lehrkräfte in Prag. (jw 14.12.07)

In Guernica in Spanien kam es zu Massenprotesten der Bevölkerung gegen den Versuch

eines Auftritts eines führenden Franco-Faschisten (jw 7.11.07). In Madrid wurde ein Antifaschist von Franco-Faschisten ermordet. Während die Proteste dagegen unterdrückt wurden, konnten mehrere Tausend Franco-Anhänger mit massiver Unterstützung der Polizei demonstrieren (jw 13. und 21.11.07). In Bilbao demonstrierten 25.000 Menschen gegen einen Prozess gegen 46 Personen, die der Unterstützung der ETA angeklagt waren.

Im November kam es in 69 Städten **Griechenlands** zu Großdemonstrationen gegen die Anhebung des Rentenalters, (jw 9.11.07) Es folgte ein Generalstreik (jw. 13.12.07). Jugendliche hatten schon zwei Monate 300 Schulen besetzt, um für Lehrstellen zu demonstrieren. 5.000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende blockierten einen Tag die Innenstadt, (jw 13.11.07) Auch die Journalisten streikten einen Tag gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. (FR 28.11.07) Zum Gedenken an die blutige Niederschlagung der Studierenden an der Universität in Athen am 17.11.1973 demonstrierten 20.000 Menschen in Athen. (PB 30.11.07)

In **Großbritannien** demonstrierten zunächst 7.000 Personen in London gegen Privatisierung und Lohnkürzungen im Krankenhausbereich. Dann kam es zu Massenstreiks von 80.000 Personen gegen staatlichen Sozialabbau, (jw 14.12.07)

In **Teheran** protestierten 2.000 Studierende gegen die iranische Diktatur, (taz 12.12.07)

In **Ungarn** streikten 10.000 Eisenbahner unterstützt von 5.000 Lehrkräften und Ärzten in Budapest gegen staatliche „Sparmaßnahmen“ (faz 12.12.07).

Aus **Westbengalien** (Indien) wird gemeldet, dass gegen die Lokalregierung der revisionistischen CPI(M) gerichtete militante Aktionen gegen die verschlechterten Lebensbedingungen durchgeführt wurden und militante als „maoistisch“ bezeichnete Gruppen an diesen Aktionen beteiligt sind. (Jungle World 6.12.07)

In **Südafrika** streikten 250.000 Minenarbeiter für bessere Sicherheitsbedingungen nach einer Kette von Grubenunfällen. (taz 5.12.07)

Mehrere 100.000 Menschen demonstrierten in **Italien** gegen Rentenkürzungen (jw 10.11.07). In Rom demonstrierten 100.000 Frauen (und Männer gegen die Realität der Gewalt gegen Frauen, (taz 26.11.07) In Turin demonstrierten 30.000 Personen gegen die unzulänglichen Sicherheitsmaßnahmen bei einem Stahlwerk, das als eine Krupp-Thyssen -Tochter bezeichnet wird (FR 11.12.07) In Genua protestierten 50.000 Personen gegen den Justizterror gegen Aktivisten der Anti-G8-Bewegung. (jw 19.11.07)

In den **USA** werden Massenaktionen gegen den Irakkrieg fortgesetzt. In San Francisco demonstrierten 100.000, in Chicago 10.000 Menschen. (PB 2.11. und 30.11.07) In Georgia demonstrierten 15.000 Menschen gegen ein für südamerikanische Militärs geschaffenes Ausbildungszentrum, in dem Foltertechniken gelehrt werden (PB 30.11.07).

In den **Niederlanden** demonstrierten 15.000 Schülerinnen und Schüler gegen Bildungsabbau, (jw 27.11.07)

In **Portugal** beteiligten sich 80% der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an einem Generalstreik gegen Inflation und für Lohnerhöhungen, (jw 1.12.07)

In **Zürich** demonstrierten 1.500 Aktivisten gegen die Schweizer Abschiebepolitik, (anna 13.12.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jw (junge Welt), taz (tageszeitung), AK (Analyse und Kritik), PB (Politische Berichte)

2008

2008 Jan. – Febr.

Ausweitung des Militäreinsatzes in Afghanistan

Für Sommer 2008 ist der Einsatz einer sogenannten „Schnellen Eingreiftruppe“, bestehend aus 250 Soldaten und Offizieren der Bundeswehr, im Norden Afghanistans geplant, die im „Anti-Terror-Kampf“ oder gegen „unruhige Menschenmengen“, so die bürgerliche Presse, eingesetzt werden soll. (FR, 17.1.08)

Des weiteren sollen weitere 1.000 Soldaten nach Afghanistan verlegt werden, was bedeuten würde, dass dann insgesamt 4.500 Soldaten für den deutschen Imperialismus dort „im Einsatz“ wären. (FR, 11.2.08)

Militäraktion in Afghanistan unter Führung des deutschen Imperialismus

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat unter Führung der Bundeswehr und unter Beteiligung von 200 Bundeswehr-Soldaten im November 2007 eine große, mehrtägige Militäraktion im Norden und Westen Afghanistans mit insgesamt 1.500 Soldaten stattgefunden, wo auch Kampffjets zum Einsatz kamen. Dabei wurden eine unbekannte Zahl von Zivilisten, darunter auch Kinder, getötet. (JW, 25.2.08)

Ausweitung des Militäreinsatzes am Horn von Afrika

Ab August 2008 sollen zusätzlich zwei Bundeswehr-Kriegsflugzeuge und zusätzlich 50

Soldaten in Dschibuti, Somalia stationiert werden. Die Bundeswehr ist bis jetzt mit einem Kriegsschiff und mehreren hundert Soldaten „im Einsatz“. Als „Einsatzgebiet“ wurde vom deutschen Imperialismus u. a. „die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nordostafrika sowie die angrenzenden Seegebiete“ definiert. (JW, 2.2.08)

Einsatz der Bundeswehr im Innern

Zum Schutz der „Sicherheitskonferenz“ in München waren u. a. auch 110 Feldjäger der Bundeswehr im Einsatz. Sie sicherten das Tagungshotel „Bayrischer Hof“ ab und waren dabei mit Pistolen bewaffnet. (JW, 21.2.08)

Schlaglichter der Überwachung durch den deutschen Staat

Die Bundespolizei erhält per Gesetz ab sofort automatisch die Daten von 29 Millionen Schiffspassagieren, die pro Jahr deutsche Häfen ansteuern, und darf sie auf unbegrenzte Zeit speichern. Darunter sind Daten wie Name, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und auch VISA-Informationen. (FR, 6.2.08)

Des weiteren können künftig u. a. auch Strafverteidiger präventiv abgehört werden. In den meisten Bundesländern werden von der Polizei durch Videogeräte die Kennzeichen aller vorbeifahrenden Autos erfasst, die dann mit Fahndungsdatenbanken abgeglichen werden. (taz, 16.1., 30.1., FR, 28.1.08)

Demonstration gegen „Münchner Sicherheitskonferenz“ der NATO

7.000 Menschen haben am 12. Februar gegen die NATO-Konferenz in München demonstriert. Die NATO-Konferenz wurde von einem riesigen Polizeiaufgebot und 110 Feldjägern der Bundeswehr vor den Protesten geschützt. Insgesamt gab es 45 Festnahmen und zwei Haftbefehle. (JW, 11.2.08)

Der deutsche Imperialismus weigert sich, Entschädigung für slowenische Zwangsarbeiter der Nazis zu zahlen

Seit 10 Jahren versucht die „Vereinigung der Opfer der Okkupation 1941 bis 1945“ aus Slowenien vom deutschen Imperialismus Entschädigungszahlungen für slowenische Zwangsarbeiter der Nazis zu erkämpfen – bis jetzt ohne jeden Erfolg. Die reaktionäre slowenische Regierung steht auf der Seite des deutschen Imperialismus. Die deutsche Regierung weigert sich, auch nur einen Cent zu zahlen, mit dem „Argument“, dass Jugoslawien zwischen 1956 und 1973 „Wirtschaftshilfe“ erhalten hätte. (JW, 17.1.08)

Schlaglichter des Antisemitismus

In Weiden (Bayern) stahlen Nazis am 14. Dezember Gedenksteine, die an von den Nazis 1938 ermordete jüdische Menschen erinnerten, und ersetzten sie durch Steine mit den Namen von Nazi-Verbrechern wie Eichmann, Heß oder Himmler. (JW, 3.1.08) Nazis beschmierten im Dezember 2007 die Ge-

denktafeln für die ehemalige Synagoge **Grunewald (Berlin)** mit Hakenkreuzen und zerstörten das Porträt eines Rabbiners. (JW, 3.1.08). In der Nacht zum 23. Dezember wurde ein 36jähriger Mann geschlagen und antisemitisch beschimpft. Der antisemitische Angreifer konnte flüchten, der Mann erlitt Kopfverletzungen. (JW, 3.1.08) Vier Nazis haben am 16.1.08 in **Berlin** mehrere Schüler einer jüdischen Oberschule antisemitisch beschimpft und einen Hund auf sie gehetzt. (taz, 18.1.08) Am 17. Januar ist bei **Angermünde** ein jüdischer Friedhof geschändet worden. Ein Grabstein wurde mit Hakenkreuzen beschmiert und mehrere Grabsteine wurden umgeworfen. (jW, 17.1.08) In der Nacht zum 10. Februar wurde eine jüdische Gedenkstätte in **Berlin-Steglitz** beschädigt. Mehrere Kränze sowie ein Buch wurden zerstört. (JW, 21.2.08). Das Holocaust-Mahnmal in **Berlin** wurde im Februar 2008 mit einem Hakenkreuz und anderen Nazi-Symbolen beschmiert. Laut Denkmalstiftung gab es seit Eröffnung des Denkmals vor drei Jahren bereits 15 solcher Nazi-Schmierereien. (taz, 25.2.08)

Neun Tote bei Brandanschlag in Ludwigshafen

In **Ludwigshafen** sind bei einem Brandanschlag neun Menschen ermordet worden, etwa 60 wurden verletzt. 20 Menschen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden, drei von ihnen hatten schwere Verletzungen. Beck, SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, gab noch am sel-

ben Tag die Richtung der Ermittlungen vor: Es gebe keine Hinweise auf einen „fremdenfeindlichen Anschlag“, so betonte er. Das war der Startschuss für ein umfassendes Vertuschungsmanöver. Die Wahrheit ist, dass die Umstände auf ein Nazi-Massaker hinweisen; so z. B. die Aussage von zwei Mädchen, die vor dem Brand einen Mann ein Feuer im Hausflur hatten legen sehen. (taz, 5.2.08, jW, 6.2.08) (siehe: GDS Flugblatt, „Gleichgültigkeit und Resignation gegenüber dem Nazi-Terror bekämpfen!“, März 2008)

Schlaglichter des tagtäglichen Nazi-Terrors

Laut Presseberichten wurden in den Monaten Januar und Februar 29 Nazi-Überfälle auf von den Nazis als „undeutsch“ bezeichnete Menschen gemeldet. Der offizielle Verfassungsschutz-Bericht musste zugeben, dass im Jahre 2007 fast 11.000 „rechtsextremistische Straftaten“ registriert wurden, davon 642 Nazi-„Gewalttaten“. (FR, 11.2.08) Außerdem organisierten die Nazis in den beiden Monaten 15 Nazi-Kundgebungen und -Aufmärsche. Hier einige Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors:

In **Dauphetal** bei Marburg wurde in der Nacht zum 22. Februar gegen ein Haus mit türkischen Bewohnern ein Nazi-Brandanschlag verübt. An die Häuserwände wurden Nazi-Parolen gesprüht, „Ausländer raus!“-Rufe wurden von den Brandstiftern gebrüllt. Die Bewohner konnten das Feuer rechtzeitig entdecken und löschen, nur dadurch konnten

Verletzte und Tote verhindert werden. (taz, 21.02.08)

In der Nacht zum 1. Januar griffen 15 Nazis in der Weitlingstraße in **Berlin-Lichtenhagen** eine Familie aus Afghanistan an und riefen rassistische Parolen. Die Familie konnte in ihre Wohnung flüchten. Die Nazis verfolgten sie und beschädigten den Hausflur sowie Fensterscheiben. (JW, 10.1.08) Zwei Nazis griffen am 2. Januar in **Braunschweig** eine Gruppe von vier Personen an und brüllten „Schieß Ausländer“. Sie schlugen brutal auf einen Mann aus Syrien ein, einem anderen Mann aus Syrien schlugen sie mit einem Stein auf den Kopf, auch als er bereits am Boden lag, prügeln sie weiter auf ihn ein. Beide Männer wurden verletzt, einer von ihnen musste mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. (JW, 10.1.08) Am 6. Januar überfielen 10 Nazis einen Mann aus der Elfenbeinküste in **Magdeburg**. Sie beschimpften ihn als „Neger“. Als er sich verbal wehrte, jagten sie ihn durch die Straßen. Nur durch die Hilfe anderer Menschen aus Afrika konnten die nazistischen Angreifer zurückgeschlagen werden. Dabei wurden auch mehrere Nazis verletzt. Nicht gegen die nazistischen Deutschen wurde daraufhin wegen ihres brutalen Angriffs auf den Mann aus der Elfenbeinküste ermittelt, sondern gegen die Männer aus Afrika wegen „Körperverletzung“! (JW, 7., 8.1.08) Etwa 15 vermummte Nazis haben in der Nacht vom 11. auf den 12. Januar das Haus des ver.di Gewerkschafters und Antifaschisten Rainer Sauer in **Bocholt** belagert. Sie

umkreisten das Haus, riefen Nazi-Parolen und spielten Nazi-Lieder ab. (anna, 30.1.08) In **Dessau** haben 10 verummte Nazis eine Gruppe von antifaschistischen Jugendlichen mit Bierflaschen und Stöcken angegriffen. Zwei Jugendliche wurden schwer verletzt und mussten ärztlich behandelt werden. Obwohl die Polizei sofort informiert wurde und das nächste Polizeirevier nur zwei Minuten vom Ort des Nazi-Überfalls entfernt lag, kamen die ersten Polizisten erst 15 Minuten nach dem Nazi-Überfall an! Alle Nazis waren da natürlich längst verschwunden. (taz, 23.1.08)

Schlaglichter der Anti-Nazi-Kämpfe

22 Protestaktionen gegen den Nazi-Terror und gegen den unter dem Schutz der Polizei durchgeführte Nazi-Aufmärsche und -Kundgebungen sind in den Monaten Januar und Februar dokumentiert. Wir erwähnen hier schlaglichtartig einige Kämpfe:

In **Berlin-Lichtenberg** nahmen 100 Antifaschisten am 2. Januar an einer Spontandemonstration teil, die sich gegen den Überfall von 15 Nazis auf eine fünfköpfige Familie aus Afghanistan in der Silvesternacht richtete. (jW, 4.1.08) Am 16. Januar demonstrierten 3.500 Auszubildende von VW in **Wolfsburg** gegen die NPD. (jW, 17.1.08) Nach einem Nazi-Angriff in **Köln** Mitte Januar auf einen Mann wegen seiner dunkeln Hautfarbe demonstrierten am 16. Januar 400 Antifaschisten gegen den Rassismus. (jW, 18.1.08) In **Magdeburg** demonstrierten am 19. Januar 300 Antinazisten gegen einen Naziaufmarsch. Die Polizei stoppte die Demonstration

über drei Stunden lang und griff dann mit Pfefferspray und Schlagstöcken die Antifaschisten an. Mindestens 30 Demonstranten und Demonstrantinnen wurden dabei verletzt. Insgesamt protestierten an diesem Tag 1.000 Menschen gegen 600 Nazis, die gegen die Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition unter Polizeischutz hetzten. Am selben Tag protestierten in **Frankfurt am Main** 1.200 Antinazistinnen und Antinazisten lautstark gegen eine Wahlkampfkundgebung der NPD. Ebenfalls am 19. Januar protestierten 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Salzgitter** gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis, 200 Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten in **Goslar** gegen eine Nazi-Kundgebung und 2.000 Antinazistinnen und Antinazisten in **Bad Lauterberg** gegen einen Aufmarsch der NPD. (jW, 21.2.02) Gegen einen Aufmarsch von 5.000 Nazis in **Dresden** am 16. Februar, der von über 3.000 Polizisten geschützt wurde, mobilisierten Antinazistinnen und Antinazisten zu beeindruckenden Gegenaktionen. Eine antifaschistische Demonstration durchs Stadtzentrum war von den Behörden im Vorfeld verboten worden. Es gelang den Antifaschisten, eine Polizeikette zu durchbrechen und eine spontane Demonstration mit 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch die belebte Einkaufsmeile zu formieren sowie die Innenstadtroute der Nazis zu blockieren. (jW, 18.2.08) 450 Antifaschisten protestierten am 22. Februar gegen das „Thor Steinar“ Nazi-Geschäft in **Berlin-Mitte**. Nur wenige Tage

zuvor wurde ein Schaufenster des Geschäfts eingeschlagen. (jW, 25.2.08)

Flüchtlinge in Deutschland müssen unter dem Existenzminimum leben

Die Sozialleistungen für Flüchtlinge sind seit 1993 nicht erhöht worden und liegen nun 35 Prozent unter dem Niveau der Sozialhilfe. Trotzdem will die Bundesregierung keine Erhöhung der Beiträge durchführen. Seit August 2007 wurde die Bezugsdauer der gegenüber schon extrem niedrigen Sozialhilfe noch mal von 36 Monaten auf 48 Monate verlängert. Betroffen davon sind ca. 100.000 Menschen, davon auch fast 50.000 Kinder. (anna, 17.1.08) Gleichzeitig wird die Abschottung Deutschlands immer perfekter. 2007 gab es in Deutschland sowenig „Asylsuchende“ wie nie zuvor, lediglich noch knapp über 19.000. (jW, 24.1.08)

Protestaktionen gegen den staatlichen Terror gegen Flüchtlinge

Am 5. Januar demonstrierten rund 200 Menschen durch **Berlin-Köpenick** zum Abschiebegefängnis in der Grünauer Straße. Anlass war der Tod eines 28jährigen Abschiebehäftlings aus Tunesien, der am 1. Januar an den Folgen eines Suizidversuchs gestorben war, den er aus Angst vor seiner Abschiebung begangen hatte. Vor dem Abschiebegefängnis wurden Grußbotschaften in mehreren Sprachen verlesen; die vom deutschen Imperialismus hinter Gittern gesperrten Flüchtlinge winkten und riefen den Demonstranten zu. (anna, 17.1.08)

Streiks im Öffentlichen Dienst

Am 15. Februar beteiligten sich bundesweit ca. 55.000 Werktätige an Warnstreiks im Öffentlichen Dienst. Am 18. Februar gab es erneut Warnstreiks, die auch den Nahverkehr in Städten wie z. B. Frankfurt und Berlin zum Teil lahm legten. (jW, 23.1.08)

Kämpfe gegen Thyssen-Krupp in Italien

Am 6. Dezember war im Thyssen-Krupp Stahlwerk in Turin ein Brand ausgebrochen, in dessen Folge sieben Arbeiter starben. Leere Feuerlöscher und unzureichender Brandschutz waren Ursachen für den Brand. Gegen diese und andere mörderischen Arbeitsbedingungen bei Thyssen-Krupp demonstrierten am 10. Dezember in Turin ca. 30.000 Menschen. Am gleichen Tag wurde auch ein achtstündiger Streik in Turin durchgeführt. (jW, 4.1.08)

Streiks von Bergarbeitern in Polen

Nach 46 Tagen Streik der Bergarbeiter in der Kohlezeche in Budryk für höhere Löhne wurde der Streik am 31. Januar beendet. Die Bergleute konnten eine sofortige 10prozentige Lohnerhöhung erkämpfen. Immer wieder mussten sich die Streikenden während ihres Kampfes gegen Streikbrecher zur Wehr setzen, die versuchten auf das Gelände vorzudringen. Es ist ihnen gelungen, alle Streikbrecher zurückzuschlagen.

Anfang Januar streikten ca. 40.000 Bergleute für 24 Stunden im Slonsker Kohlrevier „17. Dezember“ für höhere Löhne. Das reichte

aus, um die Kapitalisten zu Zugeständnissen zu zwingen: die insgesamt 65.000 Bergarbeitern sollen ab 10. Januar eine Lohnerhöhung zwischen 14 und 15 Prozent erhalten. (jW, 7.1.08)

Streiks von Minenarbeitern in Mexiko

Mindestens 800 Polizisten und Soldaten versuchten am 11. Januar die von mehreren hundert Minenarbeitern blockierten Zugänge der Mine von Cananea zu räumen, nachdem zuvor der seit 30. Juli 2007 andauernde Streik der Minenarbeiter für bessere hygienische und Sicherheitsbedingungen vom mexikanischen Staat für illegal erklärt wurde. Bei dem Angriff der Polizei und des Militärs wurde Tränengas und Gummigeschosse eingesetzt. 40 Arbeiter wurden verletzt, fünf davon schwer, fünf wurden verhaftet und fünf Arbeiter wurden verschleppt. Die Arbeiter wehrten sich mit allen Kräften gegen diesen brutalen Angriff, mussten aber nach mehreren Stunden erbitterten Kämpfen aufgeben. Die Minenarbeiter von Taxco im Bundesstaat Guerrero, die ebenfalls seit dem 30. Juli 2007 für höhere Löhne streiken, erklärten sich solidarisch mit den Arbeitern von Cananea und setzten ihren Streik unvermindert fort. (jW, 15.1.08)

Militante Kämpfe in Dänemark gegen staatlichen Rassismus

Mitte Januar kämpften in Kopenhagen und anderen Städten tagelang militant Tausende jugendliche Immigranten gegen Polizeiterror

und staatlichen Rassismus. Der militante Kampf gegen die Polizei wurde mit Steinen, brennenden Barrikaden und Brandflaschen geführt. Auslöser der Kämpfe war die Drangsalierung eines palästinensischen älteren Mannes in Kopenhagen durch die Polizei. Der Kampf richtete sich gegen die rassistische Polizei, die z. B. ohne Grund in Stadtvierteln, die zumeist von Immigranten bewohnt wird, jeden kontrollieren und auch durchsuchen darf. In der Praxis werden in diesen sogenannten „Visitationszonen“ jedoch nur solche Personen kontrolliert und durchsucht, die im rassistischen Bild der Polizei „nicht-dänisch“ aussehen. (taz, 18.2.08)

Angriffe kommunistischer Guerilla in Indien

Im Unionsstaat Orissa in Indien haben am 15. Februar ca. 400 bewaffnete Guerillakämpfer und -kämpferinnen vier Polizeiwachen im Bezirk Nayagarh angegriffen. Dabei wurden 13 Polizisten getötet. Bei einer wenige Tage später gestarteten Gegenoffensive des indischen reaktionären Staates kamen laut offiziellen Angaben 20 Guerilleros und drei Soldaten ums Leben. (jW, 19.2.08)

Proteste vor Abschiebegefängnissen in Frankreich

Tausende demonstrierten am 19. Januar vor insgesamt 29 Abschiebegefängnissen in ganz Frankreich. Sie forderten die sofortige Schließung der Abschiebegefängnisse. (jW, 21.1.08)

Deutsche Polizeiausbildung in Libyen

Wie erst Anfang April dieses Jahres bekannt wurde, betätigten sich in **Libyen** vom Dezember 2005 bis Anfang Juni 2006 „auf private Rechnung“ 30 deutsche „Elitepolizisten“ und Soldaten als Ausbilder von 120 libyschen Polizisten. Frühzeitig informiert von dieser „privaten“ Ausbildung waren der Bundesnachrichtendienst und die Deutsche Botschaft in Libyen. Mitte April sprach sich dann der Leiter des Bundeskriminalamtes, Ziercke, für eine offizielle Ausbildung libyscher Polizisten durch den deutschen Staat aus. (taz 07.04, FR 09.04.08, taz 16.04.08)

Deutscher Staatsterror gegen die kurdische Befreiungsbewegung

Aufgrund mehrerer türkischer Haftbefehle wurde am 2. März eine kurdische Politikerin in Deutschland festgenommen und in Auslieferungshaft gesetzt. Mitte März wurden drei Kurden wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK verhaftet. Zwei weitere Kurden wurden unter dem gleichen Vorwand Ende März verhaftet. Mitte April verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main einen kurdischen Politiker wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK zu einer Haftstrafe von 3 ½ Jahren. Am gleichen Tag stürmte die Polizei in Bremen den kurdischen Kulturverein Birati und neun Wohnungen von Vereinsmitgliedern. (jW 15.03, 18.03, 28.03, 11.04.08)

Eine kurdische Demonstration mit 1.500 Jugendlichen am 19. April wurde von mehreren

Hundertschaften Polizei und türkischen Faschisten der „Grauen Wölfe“ terrorisiert. Die Faschisten wurden dabei von der deutschen Polizei, die sie später in ihrem „Pressebericht“ als „türkische Passanten“ verharmloste, vor Gegenmaßnahmen der Demonstranten in Schutz genommen. Insgesamt wurden 86 Demonstranten festgenommen; mehrere wurden verletzt. Zwei Demonstranten mussten ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 21.04.08)

Weitere Unterdrückung der sorbischen Minderheit in Deutschland

Nach der Schließung sorbischer Schulen vor wenigen Jahren durch den deutschen Staat soll nun auch der geringfügige finanzielle Zuschuss für die Stiftung des sorbischen Volkes um jährlich 100.000 Euro weiter gekürzt werden. Mit der Kürzung droht eine Schließung kultureller Einrichtungen, wie dem Sorbischen Nationalensemble und dem Domowina-Verlag, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Im letzten Jahr erhielt die sorbische Minderheit 15,6 Millionen Euro, im Jahre 1992 waren es noch umgerechnet knapp 20 Millionen Euro.

Als Reaktion auf die drohende Kürzung kam es Ende März in Bautzen zu einer Demonstration von Sorbinnen und Sorben und die Vertreter der Sorben verließen den Stiftungsrat. Sachsens Kultusministerin Stange forderte, die Sorben müssten sofort an den Verhandlungstisch zurückkehren – und drohte mit weiteren finanziellen Einschränkungen.

(FR 28.03, 17.04.08)

Mörderischer staatlicher Rassismus

Laut der aktualisierten (im März in 15. Auflage erschienenen) Dokumentation zur deutschen Flüchtlingspolitik der Antirassistischen Initiative Berlin kamen seit 1993 mindestens 370 Menschen aus anderen Herkunftsländern durch Maßnahmen des deutschen Staates ums Leben. Mindestens 81 Flüchtlinge wurden von Nazis ermordet, 174 Flüchtlinge starben bei ihrem Versuch nach Deutschland zu gelangen, 149 Flüchtlinge töteten sich aus Angst vor der Abschiebung, 356 wurden durch Misshandlungen in Abschiebehaf oder bei der Abschiebung verletzt, 29 Flüchtlinge wurden nach ihrer Abschiebung im Herkunftsland ermordet, mindestens 441 Flüchtlinge wurden nach ihrer Abschiebung im Herkunftsland gefoltert. (jW 12.03.08)

Tod von Adem Özdamar nach Polizeieinsatz

Am 17. Februar wurde der 26-jährige Adem Özdamar in einer Hagener Polizeiwache bäuchlings an Händen und Füßen gefesselt. Özdamar fiel ins Koma und wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er Anfang März starb. Die Polizei beteuerte ihre Unschuld und bezeichnete ihr Opfer als psychisch krank, verwirrt und drogensüchtig. Mitte März stellte eine auf Veranlassung von Özdamars Familie durchgeführte Untersuchung des Toten eine Schädelfraktur sowie einen Nasenbeinbruch fest. Währenddessen gab das Polizeipräsidium Hagen bekannt, dass ihre Polizisten „richtig gehandelt“ hätten.

In der Öffentlichkeit begann eine massive Hetze gegen das Polizeioffer. Die SPD-Politikerin Thieser wiegelte mit Sätzen auf wie: „Der Türke ... hat sich selbst umgebracht“ und „Die Türken heizen die Stimmung an.“ Eine Regionalzeitung behauptete, dass die Hagener Polizei „zum Freiwild“ geworden sei und die Türken, so heißt es in den Internetforen dieser Zeitung, seien Drogendealer und würden deutsche Polizisten mit Schlamm bewerfen. (FR 07.03, 11.03, 14.03, 18.03. 12.04.08)

Prügelnde Polizisten vor Gericht

Im April fand ein Prozess gegen vier SEK-Polizisten statt, die im April 2005 einen damals 17-jährigen Jugendlichen, dessen Eltern aus der Türkei stammen, bei einer Festnahme schwer verletzten. Der Jugendliche wurde in seiner elterlichen Wohnung von der Polizei überfallen und mit Faustschlägen und Tritten misshandelt, seine Eltern wurden mit vorgehaltener Waffe bedroht. Er verlor einen Zahn, war mit Blutergüssen übersät und blutete stark. Als die Polizei die schweren Verletzungen in Augenschein nahm, einigten sie sich darauf, dass der Jugendliche gegen ein Polizeischild gelaufen sei und verletzten ihn durch einen heftigen Schlag mit einem Stahlschild am Schlüsselbein. Anschließend verschleppten sie ihn zur Polizeiwache; später stellte sich heraus, dass der Jugendliche unschuldig festgenommen worden war. Das Landgericht Berlin erklärte die Ereignisse für nicht mehr rekonstruierbar und sprach Ende April die vier Polizisten frei. (jW 08.04, 25.04.08)

Deutsche Nazi-Verbrecher In Italien verurteilt – in Deutschland in Freiheit

Mindestens 20 deutsche Nazi-Verbrecher, die mittlerweile von italienischen Gerichten zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden und deren Wohnsitz bekannt ist, erfreuen sich nach wie vor in Deutschland ihrer Freiheit. Das Baden-Württembergische Landesjustizministerium erklärte, dass angeblich bei keinem der Beschuldigten die Beweislage ausreiche, während das bayerische Justizministerium geltend machte, dass die Beteiligung an den Nazi-Verbrechen „Ausdruck einer menschlichen Schwäche sein“ könne.

Unterdessen wird seit dem 12. März in Italien gegen den SS-Mörder Michaelis verhandelt, der 1944 an einem Massaker in Italien beteiligt war. Drei weitere Verfahren gegen Wehrmächts- bzw. SS-Mörder stehen kurz vor der Eröffnung.

(jW 12.03.08)

Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten

Ende Februar wurde in **Berlin** das Holocaust-Mahnmal mit einem Hakenkreuz und anderen Nazi-Symbolen beschmiert. (Jungle World 06.03.08)

In der Nacht zum 9. März wurde in **Rheine** ein jüdischer Friedhof und der Gedenkstein für eine ehemalige Synagoge mit Hakenkreuzen und Nazi-Symbolen beschmiert. Zudem wurde ein Gedenkkranz vor der ehemaligen Synagoge beschädigt. Auch mehrere Stol-

persteine, die an während der Nazi-Zeit deportierte und ermordete Jüdinnen und Juden erinnern wurden übersprüht. (anna 27.03.08)

Am 11. März wurde die Außenmauer der Gedenkstätte **Sachsenhausen** in der Nähe der „jüdischen Baracke“ mit Hakenkreuzen beschmiert. (Jungle World 20.03.08)

In **Thallichtenberg** (Rheinland-Pfalz) wurden Mitte März auf dem jüdischen Friedhof mehrere Grabsteine umgeworfen und Gedenksteine mit Nazi-Parolen und Nazi-Symbolen beschmiert. (FR 19.03.08)

Mitte März wurde in **Eiterfeld** (Hessen) eine Gedenktafel gestohlen, die an eine ehemalige jüdische Synagoge erinnerte. (Jungle World 03.04.08)

Auf dem jüdischen Friedhof in **Rostock** wurde Ende März die zentrale Stele mit dem Schriftzug einer Nazi-Partei beschmiert. (ND 26.03.08)

In **Berlin-Weißensee** wurden Ende April auf dem jüdischen Friedhof 23 Grabsteine und zehn Stelen umgeworfen. (jW 30.04.08)

Nach offiziellen Angaben wurden im Jahre 2007 in Deutschland 30 jüdische Friedhöfe beschädigt. (Jungle World 30.04.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Berlin-Friedrichshain** versuchte am 2. März eine Frau einen dunkelhäutigen 19-Jährigen aus rassistischen Motiven zu ermorden. Die Frau stieß den 19-Jährigen vor einen herannahenden S-Bahn-Zug auf die Gleise. Zwei Fahrgäste, die ihn rasch von den Gleis-

sen zogen, retteten ihm das Leben. (jW 03.03.08)

In **Chemnitz** zog sich die Polizei, nachdem sie eine Nazi-Kundgebung vor einer Antifa-Demonstration geschützt hatten, nach Beendigung der Kundgebung zurück. Nach diesem Signal eröffneten die Nazis ungehindert ihre Hetzjagd auf die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Mehrere Gruppen von 20 bis 40 Nazis zogen mit Knüppeln bewaffnet durch die Innenstadt. Zwei Antifaschistinnen wurden dabei zusammengeschlagen und mit Tritten und Schlägen auf dem Kopf und in den Bauch verletzt. (jW 08.03.08)

Auf ein Hochhaus in **Worms** mit 27 Wohnungen, die hauptsächlich von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt sind, ist am 12. März ein Brandanschlag verübt worden. Sechs Menschen mussten mit Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. Es war bereits der dritte Brandanschlag in diesem Jahr auf das Haus. (jW 13.03.08)

In der Nacht zum 22. März wurde ein Nazi-Brandanschlag auf ein muslimisches Gebetshaus in **Sittensen** (Niedersachsen) verübt. Das Gebäude fing nur durch Zufall kein Feuer. (Jungle World 03.04.08)

In **Backnang** (Baden-Württemberg) wurde am 29. März auf ein überwiegend von Menschen aus der Türkei bewohntes Mehrfamilienhaus ein Brandanschlag verübt. Fünf Bewohner erlitten eine Rauchvergiftung. Die Polizei leugnet einen Nazi-Hintergrund und spricht von einem Nachbarschaftsstreit. (jW 31.03, 01.04.08)

Ein weiterer Brandanschlag wurde am 7. April auf ein Wohnhaus in **Pforzheim** verübt, dass hauptsächlich von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt ist. Die zehn Bewohnerinnen und Bewohner konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. (taz 08.04.08)

In **Langewiesen** (Thüringen) wurde in der Nacht zum 16. April ein Brandanschlag auf einen linken Jugendtreff verübt. Zwei Anwesende konnten das Feuer löschen. Die eintreffende Polizei verspottete sie mit den Worten: „Na, waren es wieder die bösen, bösen Rechten?“ (jW 21.04.08)

Mehrere Nazis verübten in der Nacht zum 26. April einen Brandanschlag auf eine von Saisonarbeitern aus Polen bewohnte Unterkunft in **Querfurt**. Vier Nazis wurden wegen Mordversuchs verhaftet. (taz 28.04.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In den Monaten März und April fanden mehr als 20 Demonstrationen und Kundgebungen gegen Nazi-Terror und Nazi-Aufmärsche statt, unter anderem in Dautphetal, Leipzig, Bamberg, München, Berlin, Dessau, Ludwigshafen, Schweinfurt, Aachen, Colditz, Dortmund, Lübeck, Wiesbaden, Brühl, Weimar, Lützen, Ludwigsfelde, Stolberg, Nürnberg, Bocholt und Bad Saarow.

Am 4. März konnten in **Bamberg** 700 Antifas lautstark eine Kundgebung von ca. 40 Nazis stören. (anna 27.03.08) 2.500 Menschen protestierten am 29. März in **Lübeck** mit Blockaden gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1.900 Polizisten geschützt wurde.

(jW 02.04.08) Ebenfalls mit Blockaden protestierten am 5. April 1.000 Menschen in **Weimar** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis. Die Polizei nahm acht der Protestierenden fest. (taz 07.04.08) 1.500 Antifas demonstrierten am 26. April in **Stolberg** gegen einen Aufmarsch von 400 Nazis. (jW 30.04.08)

Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Iran besuchen Auschwitz

30 Iranerinnen und Iraner besuchten vom 12. bis 14. April die KZ-Gedenkstätte Auschwitz um der ermordeten jüdischen Opfern der Nazis zu gedenken. Gleichzeitig protestierten sie damit gegen den iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad, der die Ermordung der sechs Millionen Juden durch die Nazis leugnet. (jW 02.04.08)

Proteste von Flüchtlingen

Im Flüchtlingslager Katzhütte in Thüringen begann ein Protest der dort internierten Flüchtlinge gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen und die ständigen Schikanen seitens der Lagerleitung. Die Baracken sind feucht und von Schimmel befallen, warmes Wasser gibt es nur von acht bis 17 Uhr, die Duschen sind 300 Meter von den Unterkünften entfernt, die Flüchtlinge werden beschimpft und bestraft und das Lager liegt völlig isoliert.

Umgehend setzten staatliche Unterdrückungsmaßnahmen verbunden mit öffentlicher Hetze ein. Der Sprecher der Protestierenden wurde mit sofortiger Abschiebung be-

droht. Nur einen Tag später um zwei Uhr morgens wurde er von der Polizei aus dem Schlaf gerissen, die ihm erklärte, dass unangemeldete Kundgebungen hier nicht erlaubt seien. In der Öffentlichkeit wird gegen das „Nörglerheim“ Stimmung gemacht; das Geld für die Flüchtlinge solle besser, so heißt es in einer Regionalzeitung, „bedürftigen Deutschen“ zur Verfügung stehen.

Die Flüchtlinge setzten ihre Proteste fort und organisierten Ende März eine Kundgebung. (jW 03.03.08, taz 26.03.08, anna 10.04.08)

Streik der Berliner Verkehrsbetriebe

Am 5. März begannen die Werktätigen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) einen Streik für eine Lohnerhöhung von bis zu 12 Prozent. In der vorhergehenden Urabstimmung sprachen sich 96 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten für den Streik aus. Bereits am ersten Tag des Streiks war die BVG komplett lahmgelegt – in Berlin fuhr nur noch die S-Bahn. Das gleiche Bild prägte auch in den folgenden Tagen die Stadt. Schon nach kurzer Zeit stand fest, der BVG-Streik ist der heftigste Arbeitskampf in Berlin seit Jahren.

Parallel zu dem Streik begann in der bürgerlichen Presse eine massive Kampagne gegen den Streik, um die Öffentlichkeit gegen die Kämpfenden aufzuhetzen. Trotz dieser Hetzkampagne erfuhren die Streikenden solidarische Unterstützung aus der Bevölkerung. So erhielten Streikposten in der Nacht zum 7. März Besuch von mehr als 30 Antifas, die einen „Solidaritätskuchen“ überreichten und mit ihnen diskutierten.

IV

Nach zwei Wochen setzte die ver.di-Führung den Streik weitestgehend aus mit der Ankündigung im April in die Offensive zu gehen, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Ihre Forderungen wurden nicht erfüllt – die Offensive wurde abgeblasen. Statt dessen beschränkte die ver.di-Führung den Kampf im April auf einige kleine Warnstreiks. (jW 05., 06., 10., 17.03, 02.04, 19.04.08)

Solidarische Unterstützung des Kampfes der Kollegen in Mexiko gegen Conti

Eine Gewerkschaftsdelegation aus Mexiko traf Ende April in Hannover ein, um am Hauptsitz des Continental-Konzerns gegen die Machenschaften des Konzerns in Mexiko zu protestieren und mit Kollegen aus Deutschland den Widerstand zu organisieren. Während der Hauptversammlung des Konzerns demonstrierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Deutschland gemeinsam mit ihren Kollegen aus Mexiko vor dem Versammlungsgebäude. (jW 24.04.08)

Wahlsieg der KP Nepals (Maoistisch)

Die KPN(M), die seit 1996 bewaffnet gegen die Monarchie in Nepal kämpfte und das feudalistische Regime zwang, Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zuzulassen, erhielt bei diesen Wahlen im April mehr als ein Drittel aller Mandate und wurde somit stärkste Partei der Versammlung. Erstes Ziel soll die endgültige Abschaffung der Monarchie in Nepal sein. Nach wie vor hält die KPN(M) an ihren eigenen bewaffneten Streit-

kräften fest. (taz 10.04.08, jW 18.04, 26.04.08)

Weltweite Hungeraufstände

In Ägypten, Haiti, Burkina Faso, Honduras, und in vielen weiteren Ländern kam es aufgrund steigender Lebensmittelpreise zu äußerst massiven Protesten der Bevölkerung. In Ägypten steigerten sich die Proteste im April zu blutigen Straßenschlachten mit der Polizei. Es kam zu mehreren Toten. Zu Straßenschlachten kam es auch in der Elfenbeinküste und in Senegal. In Haiti starben Anfang April bei den Kämpfen fünf Menschen. Die Proteste setzten sich fort. Dort stationierte UN-Truppen beteiligten sich an der Niederschlagung der Aufstände. Der Ministerpräsident musste zurücktreten. In Burkina Faso gingen Hunderttausende auf die Straße, die Polizei wurde angegriffen, die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf. In Honduras protestierten Zehntausende Menschen, die gewaltsam von der Polizei auseinandergetrieben wurden. (jW 08.04, 14.04, 19.04.08, taz 20.03, 09.04, 10.04.08)

Streik in Rumänien

Am 24. März begann der größte Arbeitskampf in der jüngeren rumänischen Geschichte. 13.000 Arbeiterinnen und Arbeiter streikten bei der Renault-Tochter Dacia u. a. für eine 50-prozentige Lohnerhöhung. Nach dem drei Wochen anhaltenden ungebrochenen Streik gelang es den Werktätigen ihre Lohnforderungen zu über zwei Dritteln durchzusetzen. (FR 27.03.08, jW 15.04.08)

2008 Mai - Juni

Bundeswehreinätze im Ausland

Für die Ausbildung der Armee in **Afghanistan** will die Bundeswehr die Zahl ihrer Ausbilder auf 220 verdoppeln und für die Ausbildung der afghanischen Polizei stellt sie weitere 15 Feldjäger zu den bereits eingesetzten 30 zur Verfügung. Das Bundesinnenministerium seinerseits will die Anzahl der deutschen Polizeiausbilder auf 100 erhöhen. (FR 02.05.08, taz 16.05.08)

Im Zusammenhang mit einem öffentlichen Appell Anfang April in Lemgo anlässlich der Entsendung einer 200 Mann starken „Schnellen Eingreiftruppe“ nach Afghanistan gab Kriegsminister Jung bekannt, dass bisher 250.000 deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt waren. Er betonte: „Die Einsätze prägen mittlerweile das Bild der Bundeswehr nach innen und nach außen.“ (jW 04.06.08)

Ende Juni wurde von Kriegsminister Jung befohlen, dass der Bundestag im Oktober die „Obergrenze“ der in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldaten von 3.500 auf 4.500 erhöhen solle. Die Bundeswehr wolle auch mehr afghanische Soldaten ausbilden und schon im nächsten Jahr 7.500 von ihnen „betreuen“. (FR 25.06.08)

Am 5. Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in **Kosova**, die bereits seit zehn Jahren vor Ort sind. Nach wie vor stellt die Bundeswehr mit aktuell 2.870 Soldaten das größte Truppenkontingent aller imperialistischen Armeen in Kosova. (FR 28.05.08, jW 06.06.08)

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die Bundesmarine in den Gewässern **Nordostafrikas** bereits im ersten halben Jahr ihres Mandates, das Mitte November 2001 erstmals erteilt wurde, mindestens vier sogenannte „Piratenboote“ geentert und damit gegen dieses Mandat verstoßen. Ebenfalls entgegen diesem Mandat gewährte die Bundesmarine wiederholt Kriegsschiffen anderer imperialistischer Armeen aktiven Geleitschutz. Mittlerweile beklagt das Kriegsministerium, dass die Bundesmarine nicht gegen flüchtende „Seeräuber“ vorgehen darf. (taz 04.06, 26.06.08)

Deutsche Flüchtlingspolitik wird europäische Flüchtlingspolitik

Am 18. Juni stimmte das Europaparlament mehrheitlich für eine „Rückführungsrichtlinie“ die u. a. eine Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten und ein Wiedereinreiseverbot der Flüchtlinge für die gesamte EU für die Dauer von fünf Jahren vorsieht. Die Bundesregierung konnte sich mit ihrer Forderung durchsetzen, die Abschiebehaft nicht auf drei Monate zu begrenzen, sondern sie der deutschen Gesetzgebung anzupassen, welche die Möglichkeit einer 18-monatigen Haftdauer vorsieht. (jW 19.06.08)

Weiterer deutscher Staatsterror gegen die kurdische Befreiungsbewegung

Am 7. Mai durchsuchte in Wuppertal die deutsche Polizei Studioräume des kurdischen Senders Roj TV, Räumlichkeiten der Produktionsfirma VIKO und Wohnungen von 15 Mitarbeitern des Senders, der in den Nie-

derlanden ansässig ist und sich für die kurdische Befreiungsbewegung engagiert. Bei der Razzia wurden u. a. Computer, Dokumente und Aufzeichnungen beschlagnahmt. Die Razzia ging einher mit einer seit Dezember letzten Jahres großangelegten militärischen Offensive der türkischen Armee gegen die kurdischen Gebiete. Ende Juni dann schlug das Bundesinnenministerium noch einmal zu und verbot kurzerhand den kurdischen Fernsehsender Roj TV. (jW 09.05, 25.05.08)

Bundeswehr unterstützt Nazis

Die Bundeswehr lässt von der Nazi-Verlagsgruppe Mönch ihre Zeitschrift „wehrtechnik“ drucken (Auflage 12.000), die als ein zentrales publizistisches Verbindungsglied zwischen der deutschen Armee und der deutschen Rüstungsindustrie gilt und in dessen Redaktionsbeirat führende Militärs und Politiker des deutschen Imperialismus vertreten sind. In dem der Mönch-Gruppe zugehörigen Verlag Bernard & Graefe erscheinen u. a. Bücher von Dönitz und Manstein. Das „Panzermuseum“ in Munster ist zudem Anzeigenkunde bei der „Deutschen Militärzeitschrift“, die selbst von offizieller Seite als „rechtsextrem“ eingestuft wird. (jW 14.06.08)

Nazis unterstützen deutsche Polizei

Nach einer Erklärung des bayerischen Innenministeriums vom 7. Mai ist es der Polizei in Bayern nun auch offiziell erlaubt Spitzelfotos für Ermittlungen zu verwenden, die Nazis von Antifaschistinnen und Antifaschisten für ihre „schwarzen Listen“ angefertigt haben. (jW 08.05.08)

Kriegsdienstverweigerer im Hungerstreik

Nachdem der sich als Totalverweigerer verstehende Matthias Schirmer, der am 1. April zur Bundeswehr einberufen und fünf Tage später von Feldjägern in eine Kaserne verschleppt wurde, zum zweitenmal vom deutschen Militär zu einer 21-tägigen Haftstrafe, „zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung“, verurteilt wurde, trat er am 9. Mai in den Hungerstreik. Nach zwölf Tagen Hungerstreik und solidarischer Unterstützung von Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gab das Militär nach. Der zuständige Militär Richter gab bekannt, einer weiteren Haft nicht zuzustimmen. Ende Mai wurde Schirmer aus der Haft entlassen, da „die Maßnahme keinen erzieherischen Charakter“ erzielen würde. (jW 15.05, 22.05.08, FR 23.05.08)

Staatlicher Terror gegen die protestierenden Flüchtlinge von Katzhütte

Um die seit Anfang März laufenden Proteste von im thüringischen Flüchtlingslager Katzhütte internierten Flüchtlingen zu unterdrücken, verschärfte der deutsche Staatsapparat seine Zwangsmaßnahmen gegen die Protestierenden. Einigen Flüchtlingen wurde das „Angebot“ gemacht, sich freiwillig umverteilen zu lassen. Nachdem 10 Flüchtlingsparteien, darunter vier Familien, sich weigerten und an ihren Forderungen festhielten, mussten am 1. Mai unter polizeilicher Gewalt zwei Sprecher der Flüchtlinge ihre Sachen packen und wurden in andere Lager zwangsumverteilt. Einer der Sprecher sollte zudem am 21. Mai

abgeschoben werden, was nur durch die Einholung eines gerichtlichen Eilentscheids noch verhindert werden konnte.

Die Flüchtlinge in Katzhütte setzten ihre Proteste fort. Sie protestieren u. a. gegen die sehr schlechten Lebensbedingungen in den verschimmelten Baracken und für eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

(anna 22.05, 05.06.08 jW 21.05.08)

Tod eines dunkelhäutigen Franzosen in Polizeihaft

Erst nach dem Todesfall von Adem Özdamar, der in einer Hagener Polizeiwache bäuchlings gefesselt ins Koma fiel und drei Wochen später im Krankenhaus starb, wurde bekannt, dass bereits am 14. Mai 2007 ein dunkelhäutiger Franzose, ebenfalls in einer Hagener Polizeiwache, unter den gleichen Umständen ums Leben kam. Die Ermittlungen wurden damals nach wenigen Wochen unter Ausschluss der Öffentlichkeit eingestellt. Ende Juni wurden dann auch die Ermittlungen zum Tode Özdamar von der Hagener Staatsanwaltschaft eingestellt. (FR 20.05, 24.06.08)

Abschiebung zweier Flüchtlinge in einen Folterstaat

Am 14. Mai wurden zwei Flüchtlinge aus Eritrea abgeschoben. Die Flüchtlinge waren vom eritreischen Militär desertiert. Einer von ihnen gab zudem an, dass er sich geweigert hatte, sich an den Folterungen von Häftlingen zu beteiligen. Ihr Asylantrag war wegen „mangelnder Glaubwürdigkeit“ abgelehnt worden, das Verwaltungsgericht Frankfurt sah eine

Verfolgungsgefahr der Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland als „offensichtlich“ nicht gegeben an. In Eritrea selbst wurden die Flüchtlinge nach ihrer Abschiebung umgehend inhaftiert. Seither fehlt jede Nachricht von ihnen. Ein weiterer Flüchtling, der aus der eritreischen Armee desertiert war, steht unmittelbar vor seiner Abschiebung. (anna, Nr. 12/2008)

Urteil zu Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter

Nach einem Urteil des höchsten italienischen Zivilgerichts, des Kassationsgerichtshofes, haben italienische Militärinternierte des Zweiten Weltkriegs das Recht eine Entschädigungszahlung von Deutschland zu erhalten. Die bisherige deutsche Berufung auf „Staatenimmunität“ wurde von den italienischen Richtern verworfen. Deutschland kündigte an, eventuell den Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuschalten. Gleichzeitig betonte die von Deutschland eingerichtete Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern: „Es ist kein Geld mehr da.“ Ende Juni bekräftigte die Bundesregierung, dass die italienischen Kriegsgefangenen, die Zwangsarbeit leisten mussten, keine Entschädigung erhalten werden. In Italien leben noch ungefähr 100.000 ehemalige von Deutschland ausgebeutete Zwangsarbeiter. (FR 07.06, 09.06.08, jW 26.06.08)

Antisemitischer Gerichtsprozess

Mitte Mai endete in Frankfurt am Main ein Prozess gegen einen 23-jährigen Mann, der mit den Worten „Du Scheißjude, ich bring

dich um“ am 7. September letzten Jahres mit einem Messer auf einen Rabbi einstach und diesen sehr schwer verletzte. Der Rabbi erlitt eine 18 Zentimeter tiefe Bauchwunde.

Während des Prozesses wurden dann lang und breit absurde Vorwürfe gegen den Rabbi erhoben. Die „Frankfurter Rundschau“ kommentierte zur Freude der Antisemiten: „Im Laufe der Verhandlungen wurde der Rabbi zunehmend schmällippiger.“

Der Täter selbst wurde zu nur dreieinhalb Jahren Haft verurteilt und wurde nach dem Richterspruch, aus juristischen Gründen, vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Mit der Urteilsverkündung wurde gleichzeitig die antisemitische Motivation des Täters geleugnet. Laut Staatsanwältin Niesen sei in dem Begriff „Scheißjude“ kein antisemitischer Hintergrund erkennbar. Das Gericht schloss sich dieser antisemitischen Hetzmeinung an.

(FR 06.05, 21.05.08, jW 22.05.08)

Prozess „gegen“ einen Nazi-Mörder

Fünf Jahre lang wurde über einen Nazi-Mörder verhandelt, der 2003 einen Punker totgeschlagen hatte, einem anderen Punker zertrümmerte er mit Fußtritten das Gesicht. Gegen den Nazi-Mörder liefen zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Bewährungsstrafen; eine wegen Körperverletzung. Beide Bewährungsstrafen wurden ihm dann während der laufenden Ermittlungen zu dem Mord erlassen. Nach der fünfjährigen Verhandlung wurde am 19. Juni vom Landgericht Erfurt das Urteil verkündet. Der Nazi-Mörder wurde nur zu einer Bewährungsstrafe und zur Ableis-

tung von 200 Arbeitsstunden verurteilt. Der Richter machte u. a. geltend, dass die Tat einen „heilsamen Schock“ bei dem Angeklagten ausgelöst hätte, zudem sei die lange Verfahrensdauer belastend für ihn gewesen. (jW 20.06.08)

Morddrohungen gegen einen antifaschistischen Gewerkschafter

Der antifaschistische Gewerkschafter Rainer Sauer, der in Bocholt Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche organisiert, wird seit Mitte letzten Jahres von Nazis terrorisiert. Am 10. Mai 2008 wurde dann im Internet eine offen Morddrohung gegen ihn veröffentlicht, gleichzeitig erhielt er einen Brief in dem stand: „Wir werden euch ausrotten.“

Sauer bat um Polizeischutz. Die Polizei stellte fest, dass die „Gefährdungslage“ nicht konkret sei und Sauer somit keinen Polizeischutz erhalte.

Dermaßen ermuntert steigerten die Nazis ihren Terror. In der Nacht zum 30. Mai wurden vor Sauers Haus mehrere Schüsse abgefeuert. Die Polizei „ermittelt“ gegen Unbekannt. (anna 22.05.08, Jungle World 29.05.08, jW 04.06.08)

Erneute Nazi-Wahlerfolge bei Kommunalwahl in Sachsen

Die bereits im Jahre 2004 alarmierend hohen Wahlerfolge der NPD in Sachsen, wurden in diesem Jahre um das vierfache übertroffen. Die Nazis sind nach der diesjährigen Kommunalwahl in sämtlichen sächsischen Landkreisen vertreten. Landesweit erhielt sie 5,1

Prozent aller Stimmen. In Reinhardtsdorf-Schönau allein erhielt sie 25,2 Prozent aller Stimmen (die SPD kam dort auf 3,7 Prozent). (jW 10.06.08, taz 14.06.08)

Nazi-Terror nach offiziellen Angaben

Nach offiziellen Angaben stieg im März dieses Jahres die Zahl der bundesweiten Nazi-Straftaten auf den höchsten Stand seit sechs Jahren. Insgesamt verübten die Nazis im März 2008 1.311 Straftaten, alle 25 Minuten eine. (jW 14.05.08)

In den ersten vier Monaten 2008 wurden mehr Nazi-Straftaten verübt als im gleichen Zeitraum der letzten beiden Jahre. Von mehr als 3.400 Straftaten in den ersten vier Monaten des Jahres 2006 und mehr als 3.500 des Jahres 2007 stieg die Zahl auf über 4.500 im Jahre 2008 an. (Jungle World 19.06.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In den Monaten Mai und Juni kam es zu ca. 25 Proteste und Aktionen gegen Nazis u. a. in den Orten Bremen, Dortmund, Wuppertal, Berlin, München, Moers, Duisburg, Potsdam, Wiesbaden, Günzburg, Weißenhohe, Köln, Frankfurt/M., Mahlow, Joachimsthal, Finowfurt und Pinneberg.

Gegen den provokatorischen Aufmarsch von ca. 1.000 Nazis am 1. Mai in **Hamburg** demonstrierten 10.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten auch mit militanten Aktionen. Die Nazis wurden von 2.500 Polizisten vor den Protesten geschützt. Ebenfalls am 1. Mai protestierten in **Nürnberg** 4.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 1.000 Nazis. In

Nürnberg rotteten sich 3.000 Polizisten zusammen, um die Nazis zu schützen. Die Polizei ging mit Knüppel- und Reizgasangriffen gegen die Protestierenden vor und verletzte mehrere von ihnen schwer.

(Zu den Anti-Nazi-Kämpfen am 1. Mai 2008 siehe das Flugblatt von *Gegen die Strömung* Nr. 5/08: „Gegen Nazis und Polizeigewalt. Zu den Erfahrungen der militanten Kämpfe am 1. Mai 2008“)

Gegen den Parteitag der Nazi-Partei NPD protestierten am 25. Mai in **Bamberg** 3.000 Antifas. Die Polizei nahm mindestens 20 Antifas vorläufig fest. (jW 26.05.08)

Am 25. Mai schützten 700 Polizisten in **Düsseldorf** ein Aufgebot von 25 Nazis vor den Protesten von 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die blockierten Nazis wurden von der Polizei umsorgt. Ein Uralt-Nazi konnte in einem Polizeifahrzeug den blockierten Platz verlassen. Anschließend versuchte die Polizei vergeblich Taxis zu organisieren (schon der erste Taxifahrer weigerte sich Nazis in sein Auto einsteigen zu lassen), dann zwangen sie eine U-Bahn zu einem Halt außerhalb einer Haltestelle und zur Aufnahme der Nazis. (jW 27. 05.08)

Streikkämpfe für sogenannte Altersteilzeitregelung

Für eine tarifliche Regelung der Altersteilzeit kam es im Mai und Juni zu bundesweiten Warnstreiks der Werktätigen der Metall- und Elektroindustrie. So gingen am 26. Mai in Stuttgart 2.500 Arbeiterinnen und Arbeiter auf

die Straße. In Sindelfingen streikten am 6. Juni 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Daimler-Werkes. Bis zum 6. Juni beteiligten sich weit über 100.000 Werkstätige von ca. 150 Betrieben an den Streiks. Die Zahl der Streikenden erhöhte sich bis 20. Juni auf 200.000 Werkstätige.

Streikkämpfe des öffentlichen Dienstes in Berlin

Im Rahmen der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes in Berlin begannen im Mai Streikkämpfe der Landesbeschäftigten. Am 21. Mai gingen 4.000 und schon am 29. Mai 10.000 Beschäftigte des Berliner öffentlichen Dienstes, insb. Erzieherinnen, auf die Straße. An diesem Tag blieben 240 Kitas und 380 Horte geschlossen. Die Streiks wurden auch im Juni fortgesetzt. (jW 22.05, 30.05.08)

Militante Kämpfe am 1. Mai 2008 in der Türkei

Trotz eines Aufgebots von 18.000 schwerbewaffneten Polizisten und zusätzlichen Einheiten der Armee wollten sich Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und Mitglieder verschiedener demokratischer Organisationen an der 1.-Mai-Demonstration auf dem Taksim-Platz in Istanbul beteiligen. Mit massiver Gewalt wurde die Demonstration auf dem Taksim-Platz unterdrückt. Bereits in den frühen Morgenstunden gingen Polizeieinheiten mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Tausende von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Linke vor, die sich zu einem Demonstrationzug formierten. Im

Verlaufe des Tages kam es zu mehreren hundert Verletzten und zu ca. 1.000 Festnahmen. (jW 02.05.08)

Militante Massenproteste in Algerien

In Oran, der zweitgrößten Stadt in Algerien, kam es Ende Mai zu einem militanten Aufstand, der in einem Arbeiterviertel begann und rasch auf andere Stadtteile übergriff. Die Proteste entzündeten sich an den allgemein schlechten Lebensbedingungen. Verwaltungsgebäude, Geschäfte und Lebensmitteldepots wurden gestürmt und brennende Barrikaden errichtet. Gleichzeitig wehrten sich die Aufständischen gegen Spezialeinheiten der Polizei, die mit Tränengas und Gummigeschossen versuchte die Empörung zu unterdrücken. In Algerien vergeht mittlerweile keine Woche, ohne dass es in irgendeinem Ort nicht zu Protesten kommt. (taz 31.05.08)

Generalstreik in Tschechien

Gegen die Privatisierung von Kliniken und Krankenkassen, gegen eine geplante Rentenreform und gegen Reallohnverluste im öffentlichen Dienst kam es am 24. Juni in Tschechien zu einem landesweiten Generalstreik, an dem sich eine Million Werkstätige verschiedenster Branchen aktiv beteiligten. Neben Beschäftigten des öffentlichen Dienstes legten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Skoda-Werke, nahezu geschlossen, und des größten Bauunternehmens des Landes die Arbeit nieder. (jW 25.06.08)

2008 Juli – Aug.

Deutsche Soldaten erschießen Zivilisten in Afghanistan

Am 28. August eröffneten deutsche Soldaten in Afghanistan das Feuer auf einen mit Zivilisten besetzten PKW, der kurz vor einem Kontrollpunkt gewendet hatte und wieder zurückfuhr. Dabei töteten sie eine Frau und zwei Kinder, die im Wagen gesessen hatten. (jW 30.08.07)

„Tapferkeitsorden“ für deutsche Soldaten

Deutsche Soldaten, die sich bei Kriegseinsätzen der Bundeswehr, wie z. B. an Kontrollpunkten in Afghanistan, besondere „Verdienste“ erworben haben, sollen zukünftig in deutscher militaristischer Tradition mit einem „Tapferkeitsorden“ (in verschiedenen Varianten – je nach „Tapferkeitsgrad“) behängt werden. (jW 10.07.08)

Polizeiterror gegen Demonstrantinnen und Demonstranten

Während eines Polizeiangriffs auf eine antifaschistische Demonstration in Oldenburg Anfang Juli wurden zwei Antifas von einem Polizisten mit einem Messer attackiert. Eine Frau erlitt dabei eine Stichverletzung und ein Mann zwei Schnittverletzungen. (jW 30.07.08)

Am 20. August wurde in Hamburg ein Demonstrant des Klima- und Antirassismuscamps von der Polizei bewusstlos geschlagen. Ein weiterer Demonstrant wurde von

drei Polizisten am Boden festgehalten, während ein Vierter ihm ins Gesicht schlug. (jW 28.08.08)

Erster Prozess nach Paragraph 129b in Stuttgart-Stammheim

Im März diesen Jahres begann in Stuttgart-Stammheim der erste Prozess nach Paragraph 129b, der im August 2002 eingeführt wurde und die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ unter Strafe stellt. Angeklagt sind fünf Männer aus der Türkei, die angeblich die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei – Front (DHKP-C)“ auf verschiedene Weise unterstützt haben sollen. Zeuge der Anklage ist ein ehemaliger deutsch-türkische Doppelagent, der als Berufsbezeichnung „Krieger“ angab und in psychologischer Behandlung steht. Die Angeklagten befinden sich in Isolationshaft. Der Prozess wird vermutlich noch mehrere Monate andauern. (jW 01.08, 12.08.09)

Erneute Ablehnung von Entschädigungszahlungen an die Hereros und Namas

Ende Juni lehnte der Bundestag nach einer Debatte erneut mehrheitlich einen Antrag auf Entschädigung für die Hereros und Namas ab, die von 1904 bis 1908 Opfer eines deutschen Völkermordes waren.

Die Debatte im Bundestag dauerte keine halbe Stunde. Insgesamt waren nur 30 Abgeordnete anwesend.

In der Berliner Charité und in der Universität Freiburg befinden sich nach wie vor mindes-

tens 57 Schädel von Hereros, die aus der Zeit der Massaker der Deutschen in ihrer damaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“, dem heutigen Namibia, stammen.

(Jungle World 03.07.08, jW 22.07.08)

Nazikriegsverbrecher und Bundeswehr durch Gerichtsurteil geschützt

Ungeachtet der Kriegsverbrechen der sogenannten „Gebirgsjäger“ der Nazi-Wehrmacht – Massaker an Juden in Lemberg, Massaker an italienischen Kriegsgefangenen, Massaker in Albanien und Griechenland –, treffen sich nach wie vor jedes Jahr Angehörige dieser Mordtruppe im bayerischen Mittenwald um gemeinsam mit Soldaten der Bundeswehr ihre verbrecherische Geschichte zu feiern. Unterstützung erhielten sie dabei jüngst vom Landgericht Nürnberg-Fürth, das auf Antrag eines Oberst a. D. der Bundeswehr der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) untersagte, dieses Treffen als „Kriegsverbrechen-treffen“ zu bezeichnen. Bei „Zuwerhandlung“ droht den Antifaschisten eine Strafe in Höhe von 250.000 Euro. (jW 14.07.08)

Antisemitischer Überfall – die Polizei lässt sich Zeit

In Gummersbach (Nordrhein-Westfalen) ist Mitte Juli ein 17-jähriger Jugendlicher auf einer Geburtstagsfeier von mehreren Nazis als „dreckige Judensau“ beschimpft und zusammengeschlagen worden. Seine Schwestern mussten dreimal die Polizei anrufen, ehe diese sich bequemte einen Streifenwagen in Be-

wegung zu setzen. Die ersten beiden Anrufe wurden als „nicht dringlich“ bewertet. Erst mehr als 30 Minuten nach dem Überfall traf die Polizei am Tatort ein. (taz 31.07.08)

Nazi-Morde

In **Templin** (Brandenburg) wurde am 22. Juli der 55-jährige Bernd K. von zwei Nazis mit Fußtritten gegen den Kopf ermordet. Anschließend versuchten die Nazis ihr Opfer zu verbrennen. Die stadtbekanntesten Nazis sind u. a. wegen schwerer Körperverletzung verurteilt und befanden sich zur Zeit ihres Verbrechens unter Bewährungsaufgaben auf freiem Fuß. (taz 26.07.08, jW 15.08.08)

Am 6. August ist in **Berlin** ein etwa 20-jähriger Mann aus Vietnam von einem Nazi vor einem Supermarkt mit einem Messerstich in die Brust ermordet worden. (jW 08.08.08)

In **Magdeburg** wurde in der Nacht zum 16. August der 20-jährige Rick L. von einem Nazi zu Tode geschlagen und getreten. Das Opfer erstickte an seinem eigenen Blut. Der Nazi ist erst im Februar 2008 aus der Haft entlassen worden. Er ist verurteilt wegen Volksverhetzung und mehrfacher gefährlicher Körperverletzung. Im Jahre 2006 war er an einem Nazi-Überfall an einem Mann aus Togo beteiligt. (taz 20.08.08, jW 22.08.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Mehrere Nazis überfielen in den frühen Morgenstunden des 22. Juli am **Neuenhainer See** (Hessen) ein linkes Zeltlager und schlugen mit einem Klappspaten auf die Schlafenden in einem Zelt ein. Dabei wurde ein 13-

jähriges Mädchen lebensgefährlich am Kopf verletzt. Ein 23-Jähriger erlitt leichte Verletzungen. Das Mädchen musste ins Krankenhaus gebracht werden. Von den vier festgenommenen Tätern wurden wenige Tage später drei wieder auf freien Fuß gesetzt. (jW 22.07.08, taz 23.07.08)

Während der Fußball-Europameisterschaft kam es zu einer Reihe von Nazi-Überfällen auf Menschen aus anderen Herkunftsländern sowie nazistischen Propagandaaktionen. In **Dresden** griffen bis zu 60 Nazis Dönerlokale an, zerstörten Einrichtungsgegenstände und schlugen die anwesenden Gäste. In **Mittweida** (Sachsen) skandierten eine 20-köpfige Nazi-Gruppe nazistische Parolen wie „Ausländer raus“ und „Deutscher Nationalsozialismus lebt“. In **Hamburg** wurde ein Auto mit türkischen Anhängern angegriffen. Als Polizei den Angriff verhindern wollte, wurde sie von umstehenden Deutschen mit Flaschen beworfen. Über 20 Nazis riefen in der Innenstadt von **Hannover** antisemitische Sprechchöre. In **Bamberg** (Bayern) schlug eine Nazi-Gruppe auf mehrere Menschen aus der Türkei ein. (Jungle World 03.07.08)

Während einer großangelegten Polizeiaktion am 12. Juli in **Erfurt** zur Durchsetzung eines neuen Alkoholverbotes wurde nur wenige Meter von der Polizei entfernt eine Gruppe linker Jugendlicher von 20 Nazis überfallen. Nachdem die Nazis sich wieder entfernt hatten, wurden die Jugendlichen von der Polizei überfallen, die mit Schlagstockeinsatz und Pfefferspray gegen sie vorgingen – und anschließend Platzverweise erteilte. Ein Ju-

gendlicher, der nach der Polizeiattacke zu einem Krankenhaus ging, wurde vor dem Krankenseingang erneut von einem Nazi zusammengeschlagen. (jW 16.07.07)

In der Nacht zum 10. August wurde in **Neuruppin** (Brandenburg) ein 16-jähriger Jugendlicher von einem Nazi überfallen und mit Fußtritten u. a. am Kopf schwer verletzt. Der 16-Jährige verlor dabei das Bewusstsein und erlitt einen Kieferbruch. (jW 15.08.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi Kämpfen

In den Monaten Juli und August wurden über 15 Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche und Nazi-Terror in mehreren Ortschaften durchgeführt.

In **Oldenburg** demonstrierten am 5. Juli 2.400 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 57 Nazis, der von mehr als 1.200 Polizisten geschützt wurde. (anna 17.07.08) 3.000 Antifas protestierten am 12. Juli in **Bonn** gegen einen Aufmarsch von 230 Nazis. In zwei Polizeikesseln wurden weit über 1.000 Gegendemonstranten eingesperrt. (jW 15.07.08, anna 17.07.08) Gegen einen Aufmarsch von 700 Nazis in **Gera** protestierten am 19. Juli 500 Menschen. (taz 21.07.08) In **Berlin** protestierten 200 Antifas am 18. August gegen eine Veranstaltung der NPD. (jW 20.08.08) Ebenfalls in **Berlin** demonstrierten am 23. August 500 Antifas gegen eine NPD Kundgebung. In **Quedlinburg** gingen 250 Antifas auf die Straße, um gegen einen Aufmarsch von 61 Nazis zu protestieren. (taz 25.08.08)

Demonstration gegen den staatlichen Rassismus

Anlässlich des 15. Jahrestages der weitgehenden Abschaffung des Asylrechts demonstrierten am 5. Juli 3.000 Menschen in Berlin gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und rassistische Sondergesetze. An der Demonstration beteiligten sich u. a. antifaschistische Organisationen, Flüchtlingsgruppen und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. (jW 07.07.08)

Im Rahmen des „Klima- und Antirassismus-Camps“ in Hamburg demonstrierten 500 Antirassistinnen und Antirassisten am 20. August in Lübeck mit Flugblättern und Plakaten gegen die EU-„Grenzschutzagentur“ Frontex, an der der deutsche Imperialismus maßgeblich beteiligt ist. In Lübeck befindet sich die Bundespolizeiakademie, wo Frontex Schulungen durchführt. (jW 21.08.08)

1.200 Antirassistinnen und Antirassisten des Camps protestierten am 22. August im Flughafen Hamburg gegen die Massenabschiebungen von Flüchtlingen und prangerten die Rolle des Flughafens als Abschiebezentrum an. (jW 23.08.09)

Hungerstreik von Gefangenen in mehreren europäischen Ländern

Anfang August traten Hunderte Gefangene in einer gemeinsamen Aktion in einigen europäischen Staaten in einen über Tage andauernden Hungerstreik. Allein in Deutschland nahmen 537 Gefangene in 49 Orten an den Hungerstreik teil. Streikaktionen fanden auch

in Haftanstalten u. a. in Spanien, Belgien und der Schweiz statt. In Deutschland richtete sich der Kampf gegen den unmenschlichen Alltag in den Gefängnissen, der von den Vollzugsbehörden bewusst verschleiert wird. (jW 04.08.08)

Mehr Streiktage in Deutschland

Nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft fielen im ersten Halbjahr 2008 250.000 Arbeitstage wegen Streikkämpfe aus, im gesamten Jahr 2007 gab es laut Bundesagentur für Arbeit 290.000 Streiktage. Insgesamt 900.000 Werktätige beteiligten sich im ersten Halbjahr 2008 an den verschiedensten Streikkämpfen. (FR 08.08.08, jW 11.08.08)

Streik bei der Lufthansa

Nach mehreren Warnstreiks im Rahmen von Tarifaueinandersetzungen – z. B. streikten am 1. Juli ca. 4.500 Beschäftigte an verschiedenen Flughäfen in Deutschland – begann am 28. Juli der erste unbefristete Streik seit 13 Jahren bei der Lufthansa. In der Urabstimmung votierten über 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für den Streikkampf, in dem sie u. a. 9,8 Prozent mehr Lohn forderten. Schon am zweiten Streiktag fielen 70 Flüge aus, am dritten Tag beteiligten sich 5.000 Beschäftigte an dem Streik. Am vierten Tag musste die Lufthansa zugeben, dass für die kommenden Tage 128 Flüge täglich ausfallen werden. Nach Gewerkschaftsangaben kostete der Lufthansa der Streik bis einschließlich 31. Juli bereits 30 Millionen Euro. Der Streik endete am 2. August mit einem

Ergebnis, das deutlich unter den Forderungen der Streikenden lag. (jW 02.07., 26.07., 02.08., 04.08.08, taz 30. 07., 31.07.08)

Generalstreik und andere militante Kämpfe in Peru

Während eines Generalstreiks Mitte Juli in Peru versuchten mehrere tausend überwiegend indigene Protestierende in Puerto Maldonado das Regierungsgebäude der Provinz Madre de Dios zu stürmen und in Brand zu setzen. Der landesweite Generalstreik richtete sich gegen die reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung, gegen die gestiegenen Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise und, vor allem von seiten der indigenen Bevölkerung, gegen die Vergabe von Konzessionen zur Ausbeutung ihrer Ländereien. Insgesamt wurden während des Streiks 216 Personen festgenommen. (taz 11.07.08)

Mitte August begannen kämpferische Proteste der indigenen Bevölkerung gegen ein Dekret, mit dem die Vergabe von Förderkonzessionen an Ölfirmen erleichtert wird. 70 Prozent des peruanischen Amazonasgebietes, das doppelt so groß ist wie Deutschland, sind bereits in Förderkonzessionen aufgeteilt. Der Protest begann mit der Besetzung mehrerer Ölförderanlagen und der Blockade einer zentralen Autobahnbrücke, an der sich 3.000 Demonstranten beteiligten. In Imaza nahmen 4.000 Protestierende 20 Polizisten in Gefangenschaft. Die peruanische Regierung erließ in Teilen des Amazonasgebietes den Ausnahmezustand und setzte Tausende Polizis-

ten und Armeetruppen, unter ihnen 1.500 Mann einer Polizei-Eliteeinheit, gegen die Indigenas in Marsch. Die Kämpfenden setzten ihre Aktionen fort. Sie besetzten ein Wasserkraftwerk, blockierten eine Gaspipeline sowie mehrere Straßen und wehrten sich gegen Angriffe der Polizei. Nach elftägigen Kämpfen sah sich die Regierung gezwungen zwei ihrer Dekrete zurückzunehmen, mit denen der Verkauf von Ländereien der Indigenas erleichtert werden sollte. (taz 19.08., 22.08.08, FR 20.08.08, jW 21.08., 25.08.08)

Abschiebegefängnis in Frankreich erfolgreich in Brand gesetzt

Ende Juni versammelten sich vor dem Abschiebegefängnis in Vincennes vor Paris 200 Personen um gegen den Tod eines 41-jährigen Mannes aus Tunesien zu protestieren, der am Vortag dort starb, weil ihm lebensnotwendige Medikamente vorenthalten wurden. Zur gleichen Zeit hatte ein Mann aus Ägypten versucht sich selbst zu töten, um einer bevorstehenden Abschiebung zu entgehen.

Diese Ereignisse und die unmenschlichen Lebensbedingungen in der Haftanstalt veranlassten die dort eingesperrten Flüchtlinge zu energischen Maßnahmen. Zur selben Zeit, als vor den Mauern der Anstalt die Protestdemonstration stattfand, setzten die Flüchtlinge innerhalb der Mauern mit Erfolg das Gebäude in Brand. Die Anstalt brannte bis auf die Grundmauern nieder. Mehreren Flüchtlingen gelang es dabei zu entkommen. (anna 03.07.08)

Proteste von Sinti und Roma in Italien

Ende Juni gingen in Rom 3.000 Sinti und Roma auf die Straße um gegen den gesellschaftlichen Rassismus in Italien zu protestieren, der sich in den letzten Monaten massiv gesteigert hatte. So griffen Mitte Mai in Neapel Hunderte Rassisten ein Roma-Lager mit Knüppeln, Steinen, Eisenstangen und Molotowcocktails an und setzten es in Brand, während gleichzeitig die italienische Regierung ankündigte „illegale“ Roma-Lager polizeilich zu räumen. (jW 01.07.08)

Proteste in Japan gegen den Polizeiterror

Während den landesweiten Polizeiaktionen zur Unterdrückung der Vorbereitung von Kämpfen und Protesten gegen das im Juli stattfindende G8-Gipfeltreffen in Japan wurde am 12. Juni ein Erwerbsloser in Kamagasaki, einem Stadtteil von Osaka und das größte Armenviertel des Landes, verhaftet und in der Polizeistation gefoltert. Schon kurz nach seiner Freilassung versammelten sich 200 Menschen vor der Polizeistation um gegen die Folter zu protestieren. Die Polizei verbarrikadierte sich und die Protestierenden griffen die Station mit Flaschen- und Steinwürfen an. Während die Polizei Verstärkung erhielt, schlossen sich auch den Protestierenden weitere Einwohner des Stadtteils und organisierte Arbeitergruppen an. Um so kurz vor dem G8-Gipfel kein internationales Aufsehen zu erregen, hielt sich die Polizei mit offensiven Angriffen zurück. (Jungle World 03.07.08)

Proteste in anderen Ländern gegen die Machenschaften deutscher Konzerne

In **Südkorea** begann bereits am 23. Januar ein Streik von 1.000 Beschäftigten der Allianz gegen einen Bruch des geltenden Tarifvertrages. Trotz der Verhaftung zweier Gewerkschafter wegen „Behinderung der Geschäftstätigkeit“ der Allianz und der Entlassung von 87 Filialleitern, die sich am Streik beteiligten, setzten die Streikenden ihren Kampf fort. (PB 31.07.08)

Mit einem zweistündigen Streik protestierten am 20. August in **Tschechien** 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die geplante Werksschließung des Prager Siemens-Bahnwerkes. (jW 20.08.08)

In **Mexiko** stimmte die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder bei VW gegen ein Übereinkommen in den Lohnverhandlungen zwischen der Gewerkschaftsführung und dem Konzern, das nur eine geringe Lohnerhöhung vorsah. Zur Zeit laufen Neuverhandlungen. (jW 19.08.08)

Am 12. Juli protestierten in der **Türkei** Beschäftigte von „Praktiker“ gegen die gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik. Die Demonstranten in Ankara machten die Methoden von „Praktiker“ zur Verhinderung einer gewerkschaftlichen Organisation öffentlich. Einschüchterungen, Kündigungen und Abschiebungen an andere Standorte gehören zum Repertoire der Konzerns. (jW 15.07.08)

2008 Sept. – Okt.

Zivilisten in Afghanistan von deutschen Soldaten verletzt

Mitte Oktober wurde in der Nähe der Hauptstadt Afghanistans, Kabul, ein 14-jähriger Junge schwer verletzt, nachdem aus einem Bundeswehrtransporter „versehentlich“ auf ihn geschossen wurde. (jW 18.10.08)

Ende Oktober wurde in der Nähe von Kundus ein Kleinbus von Soldaten der Bundeswehr an einem deutschen Kontrollpunkt durch Maschinengewehrschüsse in den Motorblock zum Stehen gebracht. Die fünf Insassen, die kurz vorher einen afghanischen Kontrollpunkt problemlos passiert hatten, wurden dabei verletzt, zwei von ihnen schwer. (jW 21.10.08)

Deutsche Polizeiausbildung in Afghanistan

Die Anzahl der deutschen Polizisten, die in Afghanistan die dortige Polizei ausbilden, wird auf 120 erhöht. Zur Zeit sind auch 45 Feldjäger der Bundeswehr an der Polizeiausbildung beteiligt. Seit 2002 wurden 24.000 afghanische Polizisten unter deutscher Leitung ausgebildet. Mitte Oktober eröffnete Deutschland in Afghanistan eine weitere Polizeischule, an der allein jährlich 1.000 Polizisten ausgebildet werden können.

Unterdessen wurde bekannt, dass bei einer Umfrage in Afghanistan 36 Prozent der befragten Jugendlichen angaben, von der Polizei gefoltert worden zu sein.

(jW 25.09.08, FR 15.10.08, taz 21.10.08)

Fortsetzung der deutschen Kriegseinsätze in anderen Ländern

Zur Zeit stehen insgesamt 6.200 Soldaten der Bundeswehr in anderen Ländern im Kriegseinsatz, davon in **Afghanistan** über 3.300 und in **Kosova** über 2200. (FR 23.09.08)

Am 16. Oktober wurde vom Bundestag der Kriegseinsatz deutscher Soldaten in **Afghanistan** zum siebten Mal, diesmal um 14 Monate, verlängert. Gleichzeitig wurde die Anzahl der „Obergrenze“ um weitere 1.000 auf 4.500 Soldaten erhöht. (jW 17.10.08)

Anfang September beteiligte sich die Bundeswehr mit einem See-Aufklärungsflugzeug vor der Küste von **Somalia** an der Enterung eines von sogenannten „Piraten“ gekaperten Segelbootes. Dabei wurde einer der „Piraten“ getötet. Mitte Oktober nahmen zwei Schiffe der Bundesmarine im Rahmen eines NATO-Einsatzes Kurs auf die Küste Somalias zur „Piratenbekämpfung“. (taz 17.09., 16.10.08)

Am 16. September verlängerte der Bundestag den Einsatz der Bundeswehr vor der Küste von **Libanon** um weitere 15 Monate, sowie im **Sudan** um 12 Monate. (jW 18.09.08)

Mit 40 Polizisten beteiligt sich Deutschland an einer „Beobachtermision“ in Georgien. Die „Mission“ im Rahmen der EU, an der sich insgesamt 200 Polizisten aus mehreren Ländern beteiligen, steht unter Führung eines Deutschen. Neben dem „Beobachten“ wollen die Polizisten auch „politische Spannungen abbauen“. (FR 29.09.08)

Ein weiterer Baustein zur Militarisierung in Deutschland

Um die zukünftige Kriegsplanung der Bundeswehr zu erleichtern, beschloss der Bundestag am 16. Oktober die Zwangsverpflichtung des Sanitätspersonals des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für Militäreinsätze. Laut dem Gesetz ist es dem DRK nicht möglich, sich dieser Aufgabe zu entziehen. Betroffen sind neben Zehntausenden DRK-Sanitäterinnen und Sanitätern auch die Johanniter-Unfallhilfe und der Malteser Hilfsdienst. Die Zwangsverpflichtung wurde vom Bundestag als „Normalisierung“ bezeichnet. (jW 20.10.08)

Nazis und bürgerliche Politiker hetzen gemeinsam gegen Antimilitaristen

Am 1. September (!) begann eine Nazi-Hetzkampagne gegen ein Plakat der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) Berlin-Brandenburg und des Büros für antimilitaristische Maßnahmen (BamM), das bereits vor fünf Jahren veröffentlicht wurde.

Das Plakat zeigt Soldaten der Bundeswehr, die einen mit deutscher Flagge versehenen Sarg tragen und u. a. die Worte: „Die Bundeswehr auf dem richtigen Weg. Schritt zur Abrüstung. Wieder einer weniger.“

Nachdem die Nazi-Presse die Hetzkampagne einleitete, in diversen Nazi-Internetforen die ersten Mordaufrufe kursierten und die *Bild*-Zeitung das Thema aufgriff, hielten auch die Politiker des deutschen Imperialismus die

Zeit für gekommen, sich des Themas anzunehmen.

Robbe (SPD), ein sogenannter „Wehrbeauftragter“, sprach von „menschenverachtende Geschmacklosigkeit“ – und meinte damit das Plakat und nicht die Nazi-Hetzkampagne. Schäfer, der „verteidigungspolitische Sprecher“, der Linksfraktion sagte, mit dem Plakat komme „in zynischer und menschenverachtender Weise Genugtuung über den Tod von Bundeswehrsoldaten“ zum Ausdruck. Jung (CDU), deutscher Kriegsminister, redete von einem „Schlag ins Gesicht unserer Soldaten“ und selbst die DFG-VK-Bundesspitze distanzierte sich in vorausweisendem Gehorsam von dem Plakat.

(jW 04.09., 05.09.08)

Staatlicher Polizeiterror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

Mit massivem Polizeieinsatz ging der deutsche Imperialismus gegen die Aktionen und Demonstrationen von Zehntausenden Antifaschistinnen und Antifaschisten vor, die Ende September in Köln gegen die Nazis von Pro Köln protestierten, welche sich zu einem „Anti-Islamisierungskongress“ zusammenrotten wollten. Ca. 500 Antifas wurden festgenommen und bis zu zwölf Stunden in Käfigen gesperrt. In den 36 Quadratmeter großen Käfigen saßen bis zu 30 Personen, unter ihnen Kinder und Jugendliche. Hunderte von Demonstranten wurden in Polizeikesseln festgehalten, andere Antifas in Bussen eingesperrt.

Weil die antifaschistischen Kämpfe trotz des Polizeiterrors erfolgreich waren, begann eine umfassende Medienhetze gegen die Antifaschistinnen und Antifaschisten. So wurde z. B. in der Zeitung *Die Welt* gehetzt, dass die Antifa „sich gebärdete wie früher die SA“. (jW 25.09.08, anna 09.10.08)

Während Nazis am 6. September in Dortmund bei einem, trotz des massiven Nazi-Terrors in der Stadt, nicht verbotenen Aufmarsch Jagd auf Antifaschistinnen und Antifaschisten machten, wird im Nachhinein gegen Senioren der „Aktion 65 plus“ ermittelt, die trotz eines Demonstrationsverbotes gegen den Nazi-Aufmarsch eine Gegendemonstration von 700 Antifas angeführt hatten. (jW 15.09.08)

500 Milliarden Euro für das deutsche Finanzkapital

Um die Position des deutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten in der internationalen „Finanzkrise“ zu stärken, beschlossen innerhalb nur weniger Tage seine Sachwalter im Bundestag dem deutschen Finanzkapital eine Summe von 500 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Noch vor dem Beschluss lobte der Vorsitzende der Linkspartei die Maßnahme mit den Worten: „Es gibt keine andere Wahl“. Die Zeitung *Die Welt* gab kurz darauf den Hinweis: „Man könnte diese Tage der Gemeinsamkeit nutzen, um das neue Deutschland-Gefühl auszutesten.“ (FR 14.10.08, jW 17.10., 18.10.08) (Zur sogenannten „Finanzkrise“ siehe genauer das Flugblatt von *Gegen die Strömung*

Nr. 11–12/2008: „Krise des Kapitalismus – Staatsgläubigkeit und die üble Rolle von Pseudo-Linken“)

Nazi-Mord

Erst Anfang September wurde bekannt, dass, kurz nachdem am 16. August in Magdeburg der 20-jährige Rick L. von einem Nazi ermordet wurde, ein weiterer Nazi-Mord stattfand.

Marcel W. sollte am 26. August von der Polizei vor einem Gericht zwangsvorgeführt werden, um in einem Prozess gegen einen Nazi auszusagen. Aus Angst vor Racheaktionen hatte er an dem Verfahren bisher nicht teilgenommen. Zwei Tage vorher, am 24. August, wurde Marcel W. in Bernburg, in der Nähe von Magdeburg, von ebendiesen Nazi durch mehrere Messerstiche ermordet. Bereits vor dem Mord wurde er von dem Nazi regelmäßig terrorisiert.

Auch in diesem Fall wurde von der Polizei der Nazi-Hintergrund des Verbrechens bewusst verschwiegen und der Mord als unpolitisch verharmlost.

Insgesamt wurden in Deutschland vom 22. Juli 2008 bis zum 24. August 2008 mindestens vier Menschen von Nazis ermordet.

(FR 05.10.08, jW 08.10.08)

Aufruf zu Nazi-Terror im sächsischen Landtag

Am 17. Oktober rief der Nazi-Abgeordnete Menzel, ehemaliges Mitglied der NPD und heute fraktionsloses Mitglied des sächsischen Landtags, während einer Rede im Landtag unverblümt zu nazistischem Terror

auf. „Gegen Zionisten, Freimaurer, Kriegstreiber und andere Psychopathen“ würden „nur noch Handgranaten“ helfen, so Menzel, und: „Wo aber Rotfront und Antifa haust, da helfen keine Sprüche, sondern nur noch die Panzerfaust“.

Nur wenige Tage später teilte der Dresdener Oberstaatsanwalt Schär mit, Menzels Äußerungen „unterliegen nicht der strafrechtlichen Verfolgung“. (jW 18.10., 21.10.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 8. September wurde in **Wörrstadt** (Rheinland-Pfalz) ein Brandanschlag auf ein von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohntes Haus verübt. Die Polizei ermittelt „in alle Richtungen“. (taz 09.09.08)

Am 14. September verübten Nazis in **Oppach** (Sachsen) einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. (Jungle World 18.09.08)

In **Göttingen** (Niedersachsen) folgte nach einer monatelangen Hetz- und Denunziationskampagne gegen einen aus Nigeria stammenden Inhaber eines „Afro-Shops“ von seiten seines Vermieters, eines sogenannten „Freiherrn von“, in der Nacht zum 27. September ein Nazi-Brandanschlag gegen das Geschäft. Die Einrichtung des Ladens verbrannte fast vollständig. Die Polizei spricht von einem „technischen Defekt“. Der „Freiherr von“ hatte sich bereits im Sommer dieses Jahres schriftlich an die NPD gewandt und nachgefragt, ob er von ihr Hilfe erhalten könne. Die NPD veröffentlichte den Brief auf

ihrer Internetseite und kommentierte ihn rassistisch. (jW 01.10.08)

In **Mügeln** (Sachsen) wurde in der Nacht zum 28. September ein 35-jähriger Mann, der als Zeuge gegen den Nazi-Pogrom vor einem Jahr in Mügeln vor Gericht auftrat, von einem Nazi aus einer 15-köpfigen Nazi-Gruppe heraus zusammengeschlagen. (FR 01.10.08)

In der Nacht zum 3. Oktober wurde in **Fürstenwalde** (Brandenburg) ein 19-jähriger Mann aus Kamerun von einem Nazi niedergestochen und schwer verletzt. (Jungle World 16.10.08)

In **Karow** (Mecklenburg-Vorpommern) verübten Nazis Ende Oktober einen Brandanschlag auf eine von einem Mann aus Pakistan betriebene Gaststätte. Die Polizei behauptet, dass ein Nazi-Motiv nur vorge-täuscht wurde. (taz 20.10.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi Kämpfen

In den Monaten September und Oktober 2009 wurden ca. 25 Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche und gegen den täglichen Nazi-Terror durchgeführt.

In **Dortmund** protestierten am 6. September 1.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 1.300 Nazi. Trotz des Verbotes einer antifaschistischen Gegendemonstration, entschlossen sich 700 Antifas in Richtung der Nazi-Route zu bewegen, um dort verlegte Stolpersteine, die an Nazi-Opfer erinnern, vor einer Schändung zu schützen. Angeführt wurde die Demo von Senioren der „Aktion 65 plus.“ Noch vor Er-

reichung der Nazis wurde der Zug durch die Polizei gestoppt. Trotz des besonders aggressiven Nazi-Aufmarsches, die Nazis machten Jagd auf Antifas, sie verletzten 16 Polizisten, wurden nur sechs Nazis von der Polizei vorläufig festgenommen. Auf seiten der Antifas wurden dagegen 47 vorläufig festgenommen. (jW 08.09.08)

7.000 Menschen protestierten am 6. September in **Memmingen** (Bayern) gegen eine Versammlung von 120 Nazis der NPD. (taz 08.09.08)

In **Altenburg** (Thüringen) demonstrierten am 13. September 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 1.200 Nazis der NPD und versuchten mit Sitzblockaden den Zugang zur NPD-Versammlung zu blockieren. (jW 15.09.08)

In **Köln** versammelten sich am 20. September 50.000 Menschen, um gegen den internationalen „Anti-Islamierungskongress“ der Nazis von Pro Köln zu protestieren. Bereits am Vorabend fand in Köln eine Antifademonstration gegen die Nazis statt. Am 20. September dann konnte durch viele Blockadeaktionen, an denen sich teilweise Tausende Antifaschistinnen und Antifaschisten beteiligten, trotz massiven Polizeiterrors, der Nazi-Kongress weitgehend verhindert werden. (jW 22.09.08)

Nachdem in **Göttingen** am 27. September ein „Afro-Shop“ durch einen Nazi-Brandanschlag ausbrannte, demonstrierten am 30. September 250 Antifas gegen den Rassismus. (jW 02.10.08)

Am 18. Oktober demonstrierten in **Magdeburg** 150 Antifas zum Gedenken an Rick L. und Marcel W., die von Nazi ermordet wurden. Sie prangerten die Vertuschungsmanöver der Polizei an und riefen zur Organisation des antifaschistischen Selbstschutzes auf. (jW 20.10.08)

In **Dresden** demonstrierten am 18. Oktober 1.200 Antifas gegen Naziläden und Rassismus in der Stadt. (jW 20.10.08)

2.500 Antifas demonstrierten am 25. Oktober in **Bochum** gegen eine Aufmarsch von 200 Nazis. (taz 27.10.08)

Aktionstag gegen den Abschiebeterror

Ende August fand ein bundesweiter Aktionstag gegen den Abschiebeterror statt. Vor mehreren Abschiebegefängnissen führten Antirassistinnen und Antirassisten Demonstrationen durch, in vielen Städten wurde mit Info-Ständen und Straßenaktionen gegen den staatlichen Rassismus protestiert. Allein in Mannheim gingen 400 Menschen auf die Straße. (anna 11.09.08)

Erfolgreicher Streik bei VAC

Nach mehreren Warnstreiks im August begannen am 11. September die Arbeiterinnen und Arbeiter der Hanauer Vacuumschmelze (VAC) einen unbefristeten Streik, um gegen die Tariffucht des Unternehmens zu kämpfen. Bei der Urabstimmung votierten über 92 Prozent der Belegschaft für den Arbeitskampf. Streikposten wurden an sämtlichen Zugängen des Werkes aufgestellt, die Produktion konnte komplett lahmgelegt werden.

Trotz Drohungen seitens der Kapitalisten, die eine „immense Schädigung“ des Unternehmens beklagten und mit Entlassungsankündigungen die Werkstätigen einschüchtern wollten, setzten diese ihren Streik unbeirrt fort. Nach nur einer Woche gaben die Kapitalisten nach und kündigten ihre Rückkehr zum Flächentarifvertrag an. (jW 11.09., 12.09., 17.09., 19.09.08)

Erfolgreicher Streik bei Scherdel

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Brauerei Scherdel in Hof (Bayern) traten Ende September in einen unbefristeten Streik, um für eine Tarifbindung des Betriebs zu kämpfen. Gegenüber den Beschäftigten in anderen bayerischen Brauereien, die nach Tarif bezahlt werden, verdienten die Facharbeiter bei Scherdel ca. 20 Prozent weniger. Das Unternehmen antwortete mit Abmahnungen und juristischen Mitteln, um die Streikenden zum Aufgeben zu zwingen. Ohne Erfolg. Nach zweieinhalb Wochen Streik konnte das Unternehmen gezwungen werden, zur Tarifbindung zurückzukehren. (jW 08.08., 11.09.08)

Massenkämpfe in Kolumbien

Am 15. September begannen 12.000 Zuckerrohrarbeiterinnen und -arbeiter in Kolumbien einen unbefristeten Streik. Die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpften gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen – 14 Stunden Arbeitstag, massive Lohnabzüge –, denen sie unterworfen sind. In der gesamten Region Rio Cauca wurden die Zugänge zu den Plantagen besetzt und Streikbrecher wurden daran gehindert den Arbeitskampf zu unterlau-

fen. Nach wenigen Tagen mussten die ersten Fabriken, die Zucker verarbeiten, schließen. Die reaktionäre Regierung setzte Aufstandsbekämpfungseinheiten in Marsch und ein privater Wachschutz errichtete eine Hungerblockade gegen die Streikenden, die nichtsdestotrotz auch noch Ende Oktober ihren Kampf fortsetzten. (jW 01.10.08)

Während einer Protestdemonstration der indigenen Bevölkerung gegen den mörderischen Terror der Paramilitärs kam es am 14. Oktober zu massiven Kämpfen mit der Polizei, die mit gezielten Schüssen eine Straßenblockade von 7.000 Indigenas angriff. Ein Demonstrant wurde dabei ermordet. In der Folge entwickelten sich landesweite Proteste gegen die reaktionäre Staatsmacht, an denen sich Zehntausende Indigenas beteiligten. 500.000 Beschäftigte, die am 23. Oktober in einen 24-stündigen Generalstreik traten, erklärten ihre Solidarität mit der indigenen Bevölkerung sowie mit den streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Zuckerrohrplantagen. (jW 16.10., 23.10.08)

Proteste gegen den Rassismus in Italien

Am 4. Oktober demonstrierten in ganz Italien Zehntausende Menschen, überwiegend aus anderen Herkunftsländern, um gegen den sich massiv verschärfenden Rassismus im Land, gegen die alltägliche rassistische Gewalt und gegen die rassistischen Morde zu protestieren. Allein in Rom gingen 20.000 Menschen und in Caseta 15.000 Menschen auf die Straße. (taz 06.10.08)

2008 Nov. – Dez.

Kriegseinsätze der deutschen Armee in anderen Ländern

Mitte November beschloss der Bundestag die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr am **Horn von Afrika** im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ um weitere 13 Monate. Seit 2001 nimmt die Bundeswehr an dieser „Operation“ teil. Anfang und Mitte Dezember unternahm eine daran beteiligte deutsche Fregatte Angriffe auf sogenannte „Piratenboote“. (jW 14.11.08, taz 05.12., 15.12.08)

Am 19. Dezember beschloss der Bundestag einen weiteren Kriegseinsatz des deutschen Militärs im Ausland – die Teilnahme mit bis zu 1.400 Soldaten und einer Fregatte an der EU-Mission „Atlanta“ gegen sogenannte „Piraten“ vor der Küste **Somalias**. Das Mandat berechtigt gleichzeitig zu einem Kriegseinsatz in ganz Somalia.

Bereits Ende Dezember wurde durch die an der EU-Mission „Atlanta“ beteiligte deutsche Fregatte „Karlsruhe“ ein „Piratenboot“ geentert und die „Piraten“ – ehemalige Fischer die durch die Überfischung ihrer Fanggründe u. a. durch europäische Fangflotten ihre Lebensgrundlage verloren hatten – laufen gelassen. Daraufhin wurde die deutsche Marine heftig von den Grünen kritisiert. Nach Ansicht der Grünen müssten von deutschen Soldaten festgenommene „Piraten“ in Deutschland vor Gericht gestellt werden.

(Jungle World 04.12.08, jW 20.12., 29.12.08, FR 27.12.08)

Deutschland weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur

Nach offiziellen Angaben stiegen die Ausfuhrgenehmigungen für deutsche Rüstungsgüter im Jahre 2007 um mehr als eine Milliarde Euro auf 8,7 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. Allein die Ausfuhr von Maschinenpistolen (über 10.000 an 45 Staaten) und Sturmgewehren (über 19.000 an 34 Staaten) hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Insgesamt gibt es in Deutschland ca. 80.000 Arbeitsplätze im Rüstungsbereich. (taz 09.12., 18.12.08, jW 23.12.08)

Ende Oktober wurde bekannt, dass die Bundesregierung bereits im April 2007 in einer „Voranfrage“ den Verkauf von drei hochmodernen U-Booten an Pakistan zugestimmt und mit einer Hermes-Bürgschaft in Höhe von 1,3 Milliarden Euro abgesichert hat. (FR 01.11.08)

„Ehrenmal“ für die Armee des deutschen Imperialismus

Am 27. November legte der Kriegsminister Jung den Grundstein für ein sogenanntes „Ehrenmal“ für die in der ungebrochenen Tradition der Nazi-Wehrmacht stehende Bundeswehr. Mit diesem „Ehrenmal“ sollen nicht nur die Soldaten der Bundeswehr, die für die Interessen des deutschen Finanzkapitals ums Leben gekommen sind, offiziell „gehört“ werden, es soll in erster Linie ein Zeichen für die Öffentlichkeit gesetzt werden über die weiter wachsende Bedeutung militärischer Gewalt zur Durchsetzung dieser Interessen. (taz 27.11., 28.11.08)

Verstärkter Einsatz der Bundeswehr in Deutschland

Ende Dezember wurde offiziell mitgeteilt, dass die Bundeswehr allein vom März bis Anfang Dezember 2008 im Rahmen sogenannter „Amtshilfeinsätze“ 94 Mal eingesetzt wurde. Die Einsätze reichten dabei von der Sanierung eines scheinbar harmlosen Wanderwegs in Bayern – der Wanderweg führt zu einem Gebirgsjägerdenkmal – bis hin zur Unterstützung der Polizei bei Demonstrationen. Zudem können Kommunen, Vereine und auch Privatpersonen ganz formlos Unterstützung durch die Bundeswehr anfordern, die diese bei einem Eigennutzen wie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durchaus kostenlos gewährt. So „unterstützte“ die Bundeswehr z. B. die Kieler Woche sowie die Love Parade in Dortmund mit Personal und das Kinderprogramm einer Veranstaltung des Nationalparks Berchtesgaden mit Soldaten und Tragetieren. (jW 23.12.08)

Deutschland klagt gegen berechnete Entschädigungsforderungen

Im Dezember reichte Deutschland vor dem Weltgerichtshof in Den Haag eine Klage gegen Italien ein. Es sei, so die Begründung, nicht hinnehmbar, dass die Staatenimmunität Deutschlands von ausländischen Zivilgerichten ignoriert werde. Der Oberste Gerichtshof in Rom hatte zuvor mehreren Familien von Opfern eines von Deutschen 1944 verübten Massakers das Recht auf Entschädigung in Höhe von rund 1 Million Euro durch Deutschland zugesprochen. (taz 29.12.08)

Ungebrochene Tradition des kolonialen Rassismus an der Charité Berlin und in der Universität Freiburg

Nach wie vor befinden sich in der Charité Berlin und in der Universität Freiburg mindestens 47 Schädel von Hereros und Namas, die Anfang des 20. Jahrhunderts zu den Opfern des deutschen Völkermordes in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika gehörten. An Schädeln und anderen Leichenteilen wurden „Untersuchungen“ durchgeführt, die die angebliche „Überlegenheit der deutschen Rasse über afrikanische Rassen“ beweisen sollten. Allein 1906 wurden 778 Schädel „untersucht“. Einige der Schädel wurden im Anschluss zu weiteren „Untersuchungen“ sowie zu „Dekorationszwecken“ nach Deutschland verschifft.

Die Berliner Charité gab jetzt bekannt, dass die Schädel noch nicht zurückgeschickt werden könnten, da die „Untersuchungen“ an ihnen nicht abgeschlossen seien. Die Freiburger Universität verteidigte den Besitz der Schädel mit der Bemerkung, sie seien ein „Kulturgut“.

(taz 10.12.08)

Freisprüche nach Tod von Laya Alama Condé und Oury Jalloh aus Sierra Leone in Polizeihaft

Im Januar 2005 starb der aus Sierra Leone stammende Laya Alama Condé in Bremen, nachdem ihm im Dezember 2004 in Polizeihaft zwei Stunden lang mit Gewalt Brechmittel und Wasser eingeflößt wurde und er dar-

aufhin ins Koma fiel. Ebenfalls im Januar 2005 starb der aus Sierra Leone stammende Oury Jalloh in Dessau. An Händen und Füßen auf einer Pritsche mit einer schwer entflammaren Matratze gefesselt, verbrannte er in einer Polizeizelle. Außer der Pritsche und der Matratze befanden sich in dem gekachelten Raum keine weiteren Einrichtungsgegenstände. Oury Jalloh soll sich angeblich selbst in Brand gesetzt haben. Der Brandmelder wurde, nachdem er Alarm ausgelöst hatte, von der Polizei abgestellt.

Am 4. Dezember wurde vor dem Landgericht Bremen der für den Tod von Laya Alama Condé verantwortliche Polizeiarzt freigesprochen. Er habe, so das Gericht, „trotz mehrere objektiver Pflichtverletzungen“ „subjektiv nicht erkennen“ können, dass seine ärztliche Behandlung zum Tod von Condé führte.

Im Gerichtsgebäude protestierten 70 Antirassistinnen und Antirassisten mit einem Transparent auf dem stand „Das war Mord!“ gegen das Urteil.

Am 8. Dezember wurden vor dem Landgericht Dessau zwei Polizisten, die für den Tod von Oury Jalloh mitverantwortlich waren, wegen angeblich mangelnder Beweise freigesprochen.

Es kam zu lautstarken und erbitterten Protesten vor allem von Afrikanern in und vor dem Gerichtsgebäude gegen das Urteil. Die Polizei entfernte gewaltsam die Protestierenden aus dem Gerichtssaal. Vor dem Gericht riefen sie „Oury Jalloh – das war Mord!“

(taz 05.12., 09.12., 12.12.08)

Vorbereitungen zu Massenabschiebungen von Flüchtlingen

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2008 wurden 40.000 Wiederrufsverfahren eingeleitet, mit denen der Status anerkannter Flüchtlinge überprüft und widerrufen wird. Betroffen davon sind in erster Linie Kurdinnen und Kurden aus der Türkei. (FR 05.11.08)

Im Sommer unterzeichnete Innenminister Schäuble gemeinsam mit seinem syrischen Kollegen ein Papier, in dem Syrien sich verpflichtet, staatenlose Kurden die aus Syrien nach Deutschland geflüchtet waren und nicht abgeschoben werden konnten, aufzunehmen. Insgesamt droht mit diesem Abkommen 7.000 Flüchtlingen, vor allem Kurdinnen und Kurden, die Abschiebung. (taz 05.12.08)

Antisemitismus in Deutschland

Anfang November wurde in **Berlin** ein Rabbiner, der mit acht Schülern in einem Kleinbus unterwegs war, von zwei Nazi ausgebremsst und antisemitisch beleidigt. Anschließend warfen sie einen brennenden Gegenstand in Richtung des Busses. (taz 03.11.08)

In der Nacht zum 9. November wurde auf dem jüdischen Friedhof in **Holzminden** (Niedersachsen) ein Grabstein vollständig zerstört. (Jungle World 20.11.08)

Am 9. November wurden 25 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in **Wetter** (Hessen) zerstört. (Jungle World 20.11.08)

Mehrere Nazis störten am 9. November in **Müritz** (Mecklenburg-Vorpommern) eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Novem-

berpogroms 1938. Die entzündeten Mahnleuchten wurden später zertreten. (Jungle World 20.11.08)

In der Nacht zum 10. November wurden auf dem jüdischen Friedhof in **Demmin** (Mecklenburg-Vorpommern) zehn Grabsteine umgerissen und mehrere am Vortag dort abgelegte Blumengestecke zerstört. (Jungle World 20.11.08)

In der Nacht zum 17. November wurde am Eingangstor zum jüdischen Friedhof in **Gotha** (Thüringen) eine abgetrennter Schweinekopf aufgehängt. (Jungle World 27.11.08)

In **Wurzen** (Sachsen) wurden Ende November unzählige antisemitische Aufkleber angebracht. (Jungle World 04.12.08)

In **Berlin** ist am 12. Dezember ein 20-jähriger Mann antisemitisch beschimpft und zusammengeschlagen worden. Der 20-Jährige musste mit Knochenbrüchen im Gesicht ins Krankenhaus. (taz 15.12.08)

Mord an einem Obdachlosen

In **Simbach am Inn** (Bayern) wurde am 11. November ein 59-jähriger Obdachloser von zwei Jugendlichen geschlagen und totgetreten. Die Jugendlichen sind dabei gezielt vorgegangen, da sie wussten wo der Obdachlose sich häufig aufhielt und sie ihn dort aufgesucht hatten. Das Opfer wurde erst am 20. November gefunden. Beide Täter waren bereits u. a. wegen Körperverletzung der Polizei bekannt. (FR 24.11.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Bis Oktober 2008 wurden nach offiziellen Angaben fast 12.000 Nazi-Straftaten verübt und damit fast 30 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Nazi-Gewalttaten stieg um über 15 Prozent. (taz 27.12.08) In den Monaten November und Dezember kam es zu ca. zehn Naziaufmärschen.

Am 1. November griffen vier Nazis in **Krakow am See** (Mecklenburg-Vorpommern) einen Wirt aus der Türkei an, schlugen mit Fäusten und Flaschen auf ihn ein und bedrohten ihn mit einem Messer. Der Wirt musste ins Krankenhaus. (Jungle World 13.11.08)

Ein 33-jähriger Mann aus Algerien wurde am 15. November in **Halle** (Sachsen-Anhalt) von drei Nazis mit Fäusten und einer Bierflasche ins Gesicht und auf den Kopf geschlagen. Der Algerier erlitt u. a. eine Nasenbeinfraktur. (Jungle World 27.11.08)

In **Leipzig** verübten Nazis in der Nacht zum 24. November einen Brandanschlag auf ein Kulturzentrum. Die Büroräume des Gebäudes brannten vollständig aus. (jW 25.11.08)

Am 13. Dezember wurde in **Passau** (Bayern) der örtliche Polizeichef von einem Nazi niedergestochen. Der Stich verfehlte nur knapp das Herz. Der Polizeichef hatte sich in der Vergangenheit bei einigen Nazis unbeliebt gemacht. Bis Ende Dezember konnte kein Tatverdächtiger ermittelt werden. (jW 15.12.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi Kämpfen

In den Monaten November und Dezember 2008 wurden laut Presseberichten mindes-

tens 18 Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen gegen den Nazi-Terror durchgeführt.

In **Fulda** (Hessen) protestierten am 8. November 1.500 Antinazistinnen und Antinazisten auf 13 Gegenveranstaltungen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. (FR 10.11.08)

Am selben Tag protestierten in **Aachen** (Nordrhein-Westfalen) 2.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Ebenfalls in **Aachen** protestierten am 24. Dezember 400 Antinazistinnen und Antinazisten gegen einen erneuten Aufmarsch von 40 Nazis. (FR 10.11.08, taz 27.12.08)

800 Antifaschistinnen und Antifaschisten auch aus Spanien, Frankreich, Polen und Tschechien demonstrierten am 15. November im Rahmen eines Antifa-Kongresses in **Berlin-Pankow** gegen den verstärkten Nazi-Terror. Die Polizei ging massiv gegen die Demonstrierenden vor und verhaftete mehrere von ihnen. (jW 17.11.08)

1.800 Antifas demonstrierten am 22. November in **Berlin** zur Erinnerung an Silvio Meier, der vor 16 Jahren von Nazis ermordet wurde. Bereits am Vorabend nahmen 70 Antifas an einer Mahnwache für Silvio Meier teil. (jW 24.11.08)

In **Landsberg** (Bayern) demonstrierten 2.000 Menschen lautstark gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis. (anna 18.12.08)

1.200 Antifas demonstrierten 6. Dezember in **Berlin-Lichtenberg** gegen einen Aufmarsch von 600 Nazis. Mit brutaler Gewalt gingen

1.600 Polizisten gegen die Antifas vor, um die Nazis zu schützen. 86 Antifas wurden nach offiziellen Angaben festgenommen. Unzählige durch die Polizei verletzt. (jW 08.12.08)

In **Eberswalde** (Brandenburg) versammelten sich am 6. Dezember 200 Menschen um an Amadeu Antonio zu erinnern, der vor 18 Jahren von Nazis ermordet wurde. (faz 08.12.08)

Proteste gegen Verschärfung des Versammlungsrechts

In Mannheim demonstrierten am 29. November 1.000 und in Stuttgart am 6. Dezember rund 6.000 Menschen gegen die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Baden-Württemberg. Insbesondere die Demonstration in Stuttgart wurde massiv von der Polizei angegriffen, die selbst vor unbeeilte Passanten nicht halt machte und auf sie einprügelte. (jW 01.12.08, taz 08.12.08)

Warnstreiks von Arbeiterinnen und Arbeitern der Metall- und Elektroindustrie

Im Rahmen von Tarifverhandlungen kam es im November zu ausgedehnten Warnstreiks von Arbeiterinnen und Arbeitern der Metall- und Elektroindustrie. So streikten am 1. November 8.000 Beschäftigte und am 3. November 45.000 Beschäftigte aus 164 Betrieben. Nur einen Tag später waren es bereits 152.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus über 500 Betrieben. Die IG-Metall forderte eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 8 Prozent. Der erzielte Abschluss von nur 4,2 Prozent erregte viel Empörung der kampfbereiten Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber der IG-

Metall Führung. (taz 01.11., 03.11., 05.11.08, jW 04.11., 18.11.08)

Betriebsbesetzung bei HWU

104 Beschäftigte der Wälz- und Umwelttechnik (HWU) in Hohenlockstedt (Schleswig-Holstein) besetzen im Dezember für eine Woche den insolventen Betrieb, um für die Übernahme in Transfergesellschaften zu kämpfen. Die Besetzung war erfolgreich. Der Teil der Belegschaft, der nicht anderweitig in Erwerbsarbeit kommen konnte wurde in eine Transfergesellschaft übernommen. (jW 13.12.08)

Militante Massenkämpfe gegen die Staatsgewalt in Griechenland

Am Abend des 6. Dezember wurde in Athen der 15-jährige Alexis Grigoropoulos von der Polizei erschossen. Sofort nach dem der Mord bekannt wurde entwickelten sich in Athen äußerst militante Kämpfe gegen die Polizei. Die Kämpfe weiteten sich noch in der selben Nacht auf andere Orte des Landes aus. Sie zählten bereits zu ihrem Beginn zu den schwersten Kämpfen in Griechenland seit 20 Jahren und rissen, trotz massiven Einsatzes von Berufsabwiegern und trotz der Hetze, die den Kämpfenden entgegenschlug, den ganzen Dezember über nicht ab. Zehntausende, vor allem Jugendliche, wehrten sich nicht nur gegen die Polizei, sondern gingen in die Offensive. In den Städten des Landes wurden Barrikaden errichtet, die Polizei wurde angegriffen, es kam zu Straßenschlachten mit der Polizei, Banken wurden in Brand gesetzt und zerstört, Hunderte Schu-

len und zahlreiche Universitäten sowie Fernsehsender und Radiostationen wurden besetzt und ausgenutzt.

Die Polizei antwortete nicht nur mit ihrer üblichen Gewalt, sondern verbündete sich mit den Faschisten, um mit ihnen gemeinsam die Proteste zu unterdrücken.

In vielen anderen Ländern kam es zu Solidaritätsaktionen mit dem Kämpfenden in Griechenland, u. a. in Italien, Frankreich, Russland, in den USA und in auch Deutschland.

So fanden u. a. am 9. und am 11. Dezember in Frankfurt am Main und am 20. Dezember in Hamburg, dort mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Solidaritätsdemonstrationen statt, die von der Polizei – in Frankfurt unter Einsatz von Zivilpolizisten – massiv angegriffen wurden. (taz 11.12., 13.12., 22.12.08, jW 15.12.08)

(Quellen: junge Welt, taz, FR, Jungle World vom Dezember 2008)

Antirassistische Proteste in Dänemark

Am 25. Oktober demonstrierten 1.500 Antirassistinnen und Antirassisten im Norden von Kopenhagen zum Abschiebelager Sandholm. Trotz großem Polizeiaufgebots um das Abschiebelager und des Einsatzes von Tränengas gelang es 400 kämpferischen Antirassistinnen und Antirassisten zum Zaun des Lagers vorzudringen und ihn auf mehreren Metern aufzuschneiden und einzureißen. Die Polizei nahm über 40 von ihnen fest. Die Aktivisten kündigten an, solche Aktionen auch in Zukunft durchzuführen. (ak 21.11.08)

2009

Streiflichter

Ausschnitte von Bundeswehreinsätzen in anderen Ländern

In **Afghanistan** erhöhte Anfang des Jahres 2009 die Bundeswehr ihre „Ausbildungsbeihilfe“ für die afghanische Armee. Insgesamt sind damit 200 deutsche Soldaten an der Ausbildung der afghanischen Armee beteiligt. 45 Feldjäger der Bundeswehr sind zudem an der Ausbildung der afghanischen Polizei beteiligt. Mit weiteren acht Millionen zu den bisherigen 3,4 Millionen Euro will die Bundeswehr eine in Kabul eingerichtete Logistik-Schule in den kommenden Jahren unterstützen. Mitte Februar gab die Bundesregierung bekannt, die Anzahl der in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldaten um weitere 600 zu erhöhen. Zur Zeit befinden sich im Land 3.500 Soldaten der Bundeswehr. (jW 16.09.09, FR 20.02.09)

Mitte Februar stellte die deutsche Kriegsmarine zwei weitere Schiffe für den erst im Dezember letzten Jahres gestartete EU-Einsatz „Atlanta“ ab, die sich vor der Küste von **Somalia** an der Jagd auf sogenannte „Piraten“ beteiligen sollen. (FR 21.02.09)

Aufrüstung der Bundeswehr durch das „Konjunkturpaket II“

Aus dem von der Bundesregierung inszenierten „Konjunkturpaket II“, mit dem finanzielle Mittel zur „Bewältigung“ der sogenannten „Finanzkrise“ zur Verfügung gestellt werden, erhält die Bundeswehr 500 Millionen Euro für Bau- und Sanierungsmaßnahmen, Ausstattungen und der vorzeitigen Beschaffung sowie Umrüstung von Kriegsgesamt. (FR 25.02.09)

Ehemaliger SPD-Bundeskanzler Schröder „besucht“ Iran

Der ehemalige SPD-Bundeskanzler Schröder „besuchte“ Mitte Februar den Iran und traf sich dort mit mehreren führenden Politikern des Landes, einschließlich des iranischen Präsidenten, zu Gesprächen. Die Reise war angeblich eine „Privatreise“. Schröder stellte u. a. fest, dass Iran „zu Recht“ eine politisch bedeutsamere Rolle fordere und lobte die iranische Flüchtlingspolitik. Die Leugnung des Holocaust durch den iranischen Präsidenten und die sich daran anschließenden internationalen Debatten nannte Schröder „unnötige Diskussionen“, die der Ablenkung dienen. Der iranische Botschafter in Deutschland gab bekannt, dass seine Regierung eine Vermittlerrolle Deutschlands zwischen den USA und Iran begrüßen würde. (taz 23.02.09)

Im Jahre 2008 stiegen die deutschen Exporte in den Iran um ca. 10 Prozent auf 4 Milliarden Euro. (taz 25.02.09)

Ende Januar wurde bekannt, dass der Siemens-Konzern im Jahre 2008 Überwachungstechnologie an den iranischen Geheimdienst geliefert hatte. (Jungle World 05.02.09)

Nazi an führender Stelle in Bundeswehrkommando

Die Bundeswehr baut seit zwei Jahren auf dem gesamten Gebiet Deutschlands Reservisteneinheiten auf, die im Rahmen „Zivil-Militärischer Zusammenarbeit“ bei sogenannten „Katastrophensituationen“ zivilen Behörden „militärische Expertisen“ zukommen lassen. Mitte Februar wurde öffentlich bekannt, dass bis zum Oktober letzten Jahres, bis zu seinem Tode, ein ehema-

liger Oberstleutnant der Bundeswehr und aktiver Nazi das Erfurter „Bezirksverbindungskommando“ leitete. Der Nazi war Vorstandsmitglied der rassistischen „Artgemeinschaft“ – zudem war er Mitglied des elitären Erfurter Rotary Clubs und zählte zu seinen Vereinskolegen den Präsidenten des thüringischen Verfassungsschutzes. (jW 21.02.09)

Anstieg der Bundeswehreinsätze im Inland

Im Jahre 2008 leistete die Bundeswehr nach offiziellen Angaben 30 mal „Amtshilfe“ für Behörden und 74 „Unterstützungsmaßnahmen“ für Privatvereine und Rüstungsfirmen. Die Zahl dieser Einsätze stieg somit von 27 im Jahre 2007 auf 104 im Jahre 2008. Die Bundeswehr erhielt zudem im Jahre 2008 insgesamt über 900 „Hausrechtsübertragungen“ überwiegend in zivilen und öffentlichen Gebäuden von u. a. Bürgermeistern, Sportvereinen und Kirchen.

So wurden 25 mit Pistolen bewaffnete Soldaten im vorigen Jahr im Erfurter Rathaus zur Feier einer „Leutnantsbeförderung“ aufgeboten. Eine Feier zum 150-jährigen Marinejubiläum in der Frankfurter Paulskirche fand unter der Bewachung von zwölf bewaffneten Soldaten statt. Ein Militärempfang im Kieler Rathaus wurde von 16 bewaffneten Soldaten bewacht. Das „Sommerbiwak“ im Stadtpark Hannover fand unter Bewachung von 102 bewaffneten Soldaten statt. 100 mit Handfeuerwaffen ausgerüstete Soldaten bewachten ein Treffen von Militärs und Wirtschaftsunternehmen in Celle. Ein Adventskonzert in Potsdam fand unter militärischem „Schutz“ statt, ebenso wie eine Feier zum „Weltfriedenstag“ auf dem Domplatz in

Hildesheim, und während des „Tags der Niedersachsen“ in Wolfsburg standen Teile von Fußgängerzonen unter Militärkommando.

Für den NATO-Gipfel Anfang April diesen Jahres beantragte das baden-württembergische Innenministerium die Unterstützung durch die Luftwaffe.

(jW 18.02., 22.01.09)

Aufrüstung der Polizei und des Verfassungsschutzes durch das „Konjunkturpaket II“

Nicht nur die Bundeswehr, auch Polizei und Verfassungsschutz sowie andere Sicherheitsbehörden werden durch das „Konjunkturpaket II“ weiter aufgerüstet – mit insgesamt 130 Millionen Euro. So erhält die Polizei Hubschrauber, Transportfahrzeuge, Streifenfahrzeuge und Spezialfahrzeuge für Auslandseinsätze. Finanzielle Mittel aus dem „Konjunkturpaket“ werden zur Verfügung gestellt für die Handyüberwachung durch den Verfassungsschutz und für einen europaweiten Datenaustausch zur verbesserten Bekämpfung von Flüchtlingen aus anderen Ländern. (jW 14.02.09)

Hartz-IV-Bezieher als Hilfskräfte für den staatlichen Repressionsapparat

Eine nicht genannte Anzahl von sogenannten „Ein-Euro-Jobbern“ wurde unter Androhung von Sanktionen zur Unterstützung der Polizei bei der Niederhaltung der Proteste gegen den Flughafenausbau im Kelsterbacher Wald bei Frankfurt eingesetzt. (jW 23.01.09)

79 Hartz-IV-Bezieher erhielten bislang über die Agentur für Arbeit „Stellenangebote“ vom Verfassungsschutz. Laut Zentrale der Bundes-

agentur für Arbeit könne eine Nichtbewerbung der Hartz-IV-Bezieher zu Sanktionen führen. (jW 27.01.09)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus und Abschiebeterrors

Am 12. Januar unternahm ein aus Armenien stammender Mann aufgrund einer unmittelbar bevorstehenden Abschiebung einen Suizidversuch. Ungeachtet dessen wurde er noch am selben Tag abgeschoben. (jW 15.01.09)

Mitte Dezember letzten Jahres wurden im Rahmen einer Massenabschiebung 150 kurdische Flüchtlinge in die Türkei abgeschoben. Fast alle von ihnen wurden dort umgehend festgenommen. (anna 29.01.09)

Im Oktober vergangenen Jahres fand in Deutschland im Rahmen einer europaweiten Polizeiaktion ein Großeinsatz der Bundespolizei gegen illegalisierte Flüchtlinge statt. Während dieses Großeinsatzes wurden 149 Flüchtlinge festgenommen. An der fünftägigen Polizeiaktion nahmen 11.100 Beamte teil. (anna 29.01.09)

Mitte Januar stand der Hausmeister einer Nürnberger Flüchtlingsunterkunft vor Gericht. Er soll eine 46-jährige Frau aus Uganda vergewaltigt haben. Der Richter bewertete die Aussagen der Frau als glaubwürdig – und sprach den Hausmeister trotzdem frei. (jW 17.01.09)

Deutsche Konzerne bespitzeln im großen Ausmaß ihre Beschäftigten

Ende Januar wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn in den Jahren 2002 und 2003 173.000 ihrer Beschäftigten mit einem Daten-

abgleich bespitzelte. Nur wenige Tage später wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn im Jahre 2005 alle ihre Beschäftigten (220.000) mit einem Datenabgleich bespitzelte. Wenige Tage darauf wurde bekannt, dass bereits 1998 ein Massendatenabgleich bei der Deutschen Bahn durchgeführt wurde. (taz 29.01.09, FR 04.02., 11.02.09)

Wie Anfang Februar öffentlich bekannt wurde, hat die Telekom im Jahre 2006 die Bankdaten von 100.000 ihrer Beschäftigten ausgespäht. (FR 04.02.09)

Starker Anstieg der Kurzarbeit

Infolge der sogenannten „Finanzkrise“ stieg besonders die Zahl der in Kurzarbeit geschickten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Im Bochumer Opelwerk mussten im Februar ca. 3.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Kurzarbeit treten. Mehrere Zehntausende Beschäftigte von Daimler mussten ab Mitte Januar in Kurzarbeit treten. In Kurzarbeit gingen in den zurückliegenden Monaten u. a. auch über 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Kion, knapp 2.000 bei BASF, 26.000 bei BMW und 10.000 bei Thyssen.

Allein im Januar wurden über 290.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in mehr als 10.000 Betrieben in Kurzarbeit geschickt. Im Februar wurde für 670.000 Beschäftigte Kurzarbeit beantragt. Allein VW schickte ca. 60.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für fünf Tage in Kurzarbeit.

(jW 08.01., 20.01., 27.02.09, taz 21.01., 23.02.09, FR 10.01., 20.01., 23.01., 05.02.09)

Demonstrationen anlässlich des Gaza-Krieges mit antisemitischer Stoßrichtung

Insbesondere im Januar fanden in mehreren Städten Demonstrationen statt, die sich unter dem Vorwand, gegen den Krieg im Gaza-Streifen zu richten, als antisemitische Großdemonstrationen mit bis zu Zehntausenden Beteiligten entpuppten. Völlig ungestört von der Polizei wurde auf diesen Demonstrationen in aller Öffentlichkeit Israel mit Nazideutschland gleichgesetzt und es wurden antisemitische Parolen wie „Juda verrecke!“, „Vergast die Juden“ und „Juden raus!“ gerufen. Gegner dieser Aufmärsche wurden nicht nur von den Demonstrationsteilnehmern unter Rufen wie „Ihr Judenschweine“ gejagt, sondern auch von der Polizei angegriffen, die die Gegner der Antisemiten als Provokateure bezeichnete. Die Demonstrationen wurden in erster Linie von islamistischen Organisationen und angeblichen „Palästinenser-Anhängern“ getragen, denen sich vor allem in Berlin und Hannover auch Nazis zugesellten. (taz 14.01.09, FR 15.01.09, Jungle World 15.01., 29.01.09)

* * *

Allein in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 kam es nach offiziellen Angaben zu knapp 300 antisemitischen Straftaten, bei denen neun Menschen verletzt wurden. (taz 24.02.09)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Ende Dezember wurde in **Forst** (Brandenburg) die Gedenkstätte für im Zweiten Weltkrieg gefallene sowjetische Soldaten beschädigt. Nur wenige Tage später wurden auf dem sowjeti-

schen Ehrenfriedhof in **Wittenberge** (Brandenburg) 15 Grabsteine umgestoßen. Anfang Januar wurde der Ehrenfriedhof von **Schwerin** (Mecklenburg-Vorpommern) geschändet. Mitte Januar wurde in **Waren** (Mecklenburg-Vorpommern) die Gedenkstätte für die Opfer des Nazifaschismus geschändet. Bereits am Vortage ist eine dort abgehaltenen Trauerkundgebung von mehreren Nazis terrorisiert worden. Ende Januar wurde auch in **Spremberg** (Brandenburg) der Ehrenfriedhof zum Gedenken an die Opfer des Nazifaschismus beschädigt. (Jungle World 08., 29.01.09, jW 02., 26., 30.01.09)

Am 17. Januar überfielen 17 Nazis in **Mannheim** (Baden-Württemberg) ein linkes Geschäft, zerschlugen die Schaufensterscheiben und zerstörten Teile der Einrichtung. Die Nazis wurden kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassen. (jW 19.01.09)

Über 40 Nazis griffen auf der Rückreise vom Nazi-Aufmarsch in Dresden am 14. Februar auf einer Autobahnraststätte bei **Jena** (Thüringen) mehrere Gewerkschafter der Gegendemonstration an und verletzten fünf von ihnen. Einer der Verletzten erlitt einen Schädelbruch. Die Polizei durchsuchte den Nazi-Bus und ließ ihn weiterfahren. (jW 17.02.09)

Am 17. Februar ist ein 25-jähriger Mann aus Ghana in **Nürnberg** (Bayern) von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und zusammengeschlagen worden. (Jungle World 26.02.09)

Nach vorläufigen offiziellen Angaben stieg die Zahl der Nazistraftaten im Jahre 2008 auf fast 14.000, die Zahl der dabei Verletzten auf 773. Insgesamt ergingen nur gegen 17 Nazis Haftbefehle. Allein in Nordrhein-Westfalen stieg die

Zahl der sogenannten „rechtsextremen Gewalttaten“ gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent und in Sachsen um 30 Prozent an. (FR 18.02.09, Jungle World 15.01.09, jW 18.02.09)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Im Januar und Februar fanden laut bürgerlicher Presse ca. 15 Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen gegen acht Nazi-Aufmärsche und den alltäglichen Nazi-Terror statt.

In **Passau** (Bayern) protestierten am 3. Januar 1.200 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. Ein Versuch von 400 Antifas den Nazi-Aufmarsch zu blockieren misslang. Die Polizei nahm 12 von ihnen fest. (jW 05.01.09)

1.500 Menschen, unter ihnen 500 Antifas, protestierten am 17. Januar in **Magdeburg** (Sachsen-Anhalt) gegen 600 Nazis, die, geschützt von 1.000 Polizisten, gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten. Der Naziaufmarsch konnte durch die Antifas mehrfach blockiert werden. (jW 19.01.09)

Am 24. Januar protestierten in **Berlin** 500 Menschen anlässlich eines wenige Tage zuvor erfolgten Überfalls auf zwei homosexuelle Männer gegen homophobe Gewalt. Einer der verletzten Männer wurde bei dem Überfall lebensgefährlich verletzt. (FR 26.01.09)

In **Weiden** (Bayern) demonstrierten am 7. Februar 2.000 Antinazistinnen und Antinazisten gegen eine Aufmarsch von 170 Nazis. (jW 09.02.09)

Am 14. Februar rotteten sich in **Dresden** (Sachsen) 6.000 Nazis zusammen, um gegen

die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition zu hetzen. Der Nazi-Aufmarsch wurde von 4.000 Polizisten vor den mehr als 12.000 Gegendemonstranten geschützt. Die Polizei ging massiv mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen die Antifaschisten vor. Der Nazi-Aufmarsch selbst wurde nur von 200 Polizisten begleitet. Bereits am Vortag griff die Polizei 700 Antifas an, die gegen einen Aufmarsch von 1.500 Nazis protestierten. (jW 16.02.09)

Streikkämpfe im öffentlichen Dienst

Im Rahmen von Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst streikten Ende Januar und im Februar die dort Beschäftigten, um ihren jeweiligen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Am 3. Februar wurden durch Streikaktionen in München, Nürnberg und Augsburg der öffentliche Nahverkehr lahmgelegt, in Mecklenburg-Vorpommern blieb die Hälfte aller Schulen geschlossen und in Hannover versammelten sich 14.000 Beschäftigte zu einer Kundgebung. Nur wenige Tage später demonstrierten in Dresden 11.000 Lehrerinnen und Lehrer für ihre Forderungen. Am 26. Februar beteiligten sich in mehreren Bundesländern 25.000 Beschäftigte an Streikaktionen. Nur einen Tag später waren es bereits 40.000. Die Streikenden der verschiedensten Branchen fordern Lohnerhöhungen von durchschnittlich acht Prozent. (taz 04.02.09, jW 05.02., 27.02., 28.02.09)

Kundgebung bei Daimler

Nachdem der Daimler-Konzern bekannt gab, 180 Auszubildende nach Abschluss ihrer Lehre

nicht zu übernehmen, versammelten sich am 18. Februar 3.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Untertürkheim zu eine Kundgebung unter dem Motto „Wir lassen unsere Azubis nicht im Stich“, um gegen die Pläne des Konzerns zu protestieren. (jW 19.02.09)

Kundgebungen unter Führung der IG-Metall-Fürsten

Im Gefolge der sogenannten „Finanzkrise“ offenbarte sich in den letzten Monaten noch deutlicher als bisher die reaktionäre, an den Staat der deutschen Imperialisten ausgerichtete nationalistische Haltung der Führungen der deutschen Gewerkschaften und einzelner Betriebsratsführungen.

Schaeffler: Am 18. Februar versammelten sich in Herzogenaurach bis zu 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter nach einer von der IG-Metall Führung initiierten Demonstration zu einer Solidaritätskundgebung mit „ihrer“ Firmenchefin Schaeffler, auf der staatliche Unterstützung für den Erhalt des Konzerns gefordert wurde. Milliardärin Schaeffler ließ sich vor den Werkstoren unter den Fahnen der IG-Metall von den Arbeiterinnen und Arbeitern bejubeln. (jW 19.02.09)

Opel: In Rüsselsheim versammelten sich am 26. Februar 15.000 Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer Kundgebung, auf der ebenfalls durch die IG-Metall Führung staatliche Unterstützung für den Erhalt von Opel gefordert wurde und Vizekanzler Steinmeier (SPD) unter dem lebhaften Beifall der Beschäftigten seine Solidarität mit ihnen heuchelte. Insbesondere der Opel-Gesamtbetriebsratschef richtete seinen Angriff gegen den US-Mutterkonzern General Motors. (jW 27.02.09)

Militante Streikkämpfe auf Guadeloupe und Martinique

Am 20. Januar begann auf der vor Lateinamerika liegenden Insel Guadeloupe ein Generalstreik u. a. gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Anfang Februar schloss sich ein großer Teil der Bevölkerung auf der Nachbarinsel Martinique dem Generalstreik an. Die Inseln sind ehemaliges französisches Kolonialgebiet und zählen heute als französisches Territorium. Die Lebenshaltungskosten übertreffen bei weitem die der Hauptstadt Paris.

Das gesamte Leben auf den Inseln wurde durch den Generalstreik über Wochen weitgehend lahmgelegt. An den immer wieder stattfindenden Demonstrationen beteiligten sich Zehntausende Menschen. Die reaktionäre französische Regierung verstärkte die Polizei auf den Inseln, um die Proteste mit Gewalt zu unterdrücken. Die Polizei beschimpfte die Streikenden rassistisch, prügelte auf sie ein, griff mit Tränengas an und begann mit ersten Massenverhaftungen. Die Streikenden errichteten Barrikaden und Straßensperren, die sie dann in Brand setzten um sich gegen die Angriffe der Polizei zu wehren. Schon kurz darauf knickte die französische Regierung etwas ein und machte kleine Zugeständnisse, da die Streikenden sich eine ungebrochene Solidarität der Mehrheit der Bevölkerung der Inseln erhalten konnten. Während Ende Februar die Proteste auf Guadeloupe zurückgingen, setzten sie sich auf Martinique ungebrochen fort.

(taz 13.02., 21.02, 28.02.09, jW 18.02.09)

Streiflichter

Bundeswehr schießt erneut auf Zivilisten

In **Afghanistan** haben Mitte April Soldaten der Bundeswehr erneut auf einen Zivilisten geschossen und diesen verletzt. Ein Motorradfahrer, der den Befehlen und Warnschüssen der deutschen Soldaten zum Trotz nicht anhalten wollte, wurde daraufhin von diesen unter Beschuss genommen und an Hand und Beinen verwundet. (jW 15.04.09)

Anstieg der deutschen Rüstungsexporte

Gegenüber den Jahren 1999 bis 2003 stiegen in den Jahren 2004 bis 2008 die deutschen Rüstungsexporte um 70 Prozent. Davon entfiel die größte Steigerung auf den Export innerhalb Europas – dieser stieg um 123 Prozent. Die deutschen Rüstungsexporte in den nahen und mittleren Osten stiegen um 38 Prozent. Deutschland ist mit einem Anteil von 10 Prozent am weltweiten Rüstungshandel der letzten fünf Jahre der drittgrößte Wafenausporteur der Welt. Der Gesamtwert der deutschen Rüstungsexporte betrug 8,7 Milliarden Euro. Hauptabnehmer deutscher Waffen waren Griechenland und die Türkei. Allein im Jahre 2007 hat Deutschland 173 Kampfpanzer an Griechenland und 113 an die Türkei geliefert.

Ende April wurde auf einer Rüstungsmesse in Istanbul, an der 15 deutsche Firmen teilnahmen, ein Abkommen zwischen der deutschen und der türkischen Regierung unter-

zeichnet, dass die Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie intensivieren soll.

(taz 28.04.09, ND 29.04.09)

Deutscher Geheimdienst spionierte Flüchtlinge aus

Während des Irak-Krieges wurden in Deutschland systematisch Flüchtlinge aus dem Irak vom Bundesnachrichtendienst ausgespioniert. Unter dem Vorwand von einer Menschenrechtsorganisation oder von einem fiktiven Ministerium zu kommen, wurden die Flüchtlinge nach außen- und sicherheitspolitisch relevanten Informationen ausgefragt. Den Flüchtlingen blieb die ganze Zeit über unklar, mit wem sie es tatsächlich zu tun hatten. Gewonnene Informationen, die für den Krieg im Irak von Bedeutung gewesen waren, wurden zugleich an den amerikanischen Militärgespiondienst DIA weiter geleitet. Flüchtlinge, die als gute Quelle galten, wurden mit Vorteilen im laufenden Asylverfahren „belohnt“. (FR 26.03.09)

Eon-Konzern lässt in Großbritannien Umweltschützer verhaften

Eine von britischen Umweltschützern geplante Protestdemonstration gegen das vom deutschen Konzern Eon betriebene Kohlekraftwerk Ratcliffe-on-Soar wurde vom Konzern als Bedrohung eingestuft. Noch bevor irgendeine Demo überhaupt begann schlug die Polizei am 13. April kurz nach Mitternacht zu. Insgesamt wurden 114 Umweltschützer festgenommen, in sechs Privatwohnungen

wurden Razzien durchgeführt sowie Dokumente und Computer beschlagnahmt. (taz 15.04.09)

Massiver Aufmarsch von Polizei und Militär zum Schutz des NATO-Gipfels

Um die Proteste gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg Anfang April in der badisch-schweizerischen Grenzregion unter Kontrolle zu halten, wurde ein massives Polizei- und Militäraufgebot in Marsch gesetzt. Über 15.000 Polizisten und mindestens 600 Bundeswehrsoldaten, zudem Überwachungs- und Kampfflugzeuge befanden sich im Einsatz gegen die NATO-Gegnerinnen und -Gegner.

Der baden-württembergische Polizeichef Hetger kündigte im voraus in nazifaschistischer Manier an, die Protestierenden „zu verarbeiten“ und „Selektionen“ unter ihnen durchzuführen. In Freiburg wurde ein „Kriegshauptquartier“ als Einsatzzentrale eingerichtet mit 150 computergestützten „Arbeitsplätzen“ und meterhohen Bildschirmen. Anlieger in als „Sicherheitszonen“ deklarierten Gebieten durften nur unter Polizeibegleitung ihre Wohnungen verlassen. Eine Kehler Anwohnerin erklärte, dass ihnen sogar verboten wurde, die Fenster zu öffnen. Autobahnen und Wasserstraßen wurden abgesperrt. An Straßensperren wurde mit der Waffe im Anschlag kontrolliert. Zudem wurden umfassende Reiseverbote erteilt.

In Strasbourg selbst kam es bereits am 2. April zu heftigen militanten Kämpfen mit der Polizei. Die Polizei griff mit Tränengas und Gummigeschossen die Protestierenden an,

die Barrikaden errichteten, um sich zu verteidigen. 300 von ihnen wurden festgenommen. Am 4. April, dem Beginn des NATO-Gipfels, demonstrierten in Strasbourg 10.000 und in Kehl 6.000 Menschen gegen den Gipfel. In Strasbourg entwickelten sich wieder heftige Kämpfe. Gebäude wurden in Brand gesetzt und erneut Barrikaden errichtet. Die Polizei griff mit Tränengas und Schockgranaten die Kämpfenden an. 34 von ihnen wurden verletzt. Insgesamt beteiligten sich über das Wochenende 30.000 Menschen an den Protesten. Aufgrund des Polizeiaufgebots gelang es vielen Protestierenden nicht, zu den eigentlichen Brennpunkten der Kämpfe vorzudringen.

(jW 26.03., 04.04., 06.04., 07.04.09, taz 31.03.09)

Bundeskriminalamt fälscht Dokumente

Seit September 2008 läuft in Berlin ein Schauprozess gegen angebliche Mitglieder der „militanten gruppe“ (mg), denen vorgeworfen wird, 39 Anschläge u. a. auf Fahrzeuge der Bundeswehr verübt zu haben. Die Anklage stützt sich dabei im wesentlichen auf Zeitungsartikel und Diskussionspapieren, die in linken Zeitschriften veröffentlicht wurden.

Durch eine Panne des Bundeskriminalamtes (BKA) wurde während des Prozesses bekannt, dass das BKA eigene „linke“ Texte verfasste. Einer der Texte konnte 2005 als Diskussionspapier in der *Interim* zum Abdruck gebracht werden. In diesem Text wurde auf die BKA-Hompage verwiesen. Mitglieder der „mg“ sollten so provoziert werden,

die Homepage zu besuchen, um sie auf diesem Wege identifizieren zu können.

(jW 06.03., 17.03.09)

Antifaschistisches Konzert von Polizei gestürmt

In der Nacht zum 14. März überfielen in Wuppertal 140 Polizisten, 30 Mitarbeiter des Ordnungsamtes und 30 Zollfahnder das Autonome Zentrum in Wuppertal, in dem ein antifaschistisches Konzert stattfand. Unter dem Vorwand einer Jugendschutzkontrolle drangen sie ins Autonome Zentrum ein, prügelten mit Knüppeln auf Konzertbesucher los und hielten sie stundenlang fest. Am 16. März protestierten in der Stadt Hunderte Menschen mit einer Demonstration gegen den Polizeiüberfall. (jW 21.03.09)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus

Nach einer aktualisierten Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin über die Flüchtlingspolitik des deutschen Imperialismus kamen von 1993 bis 2008 mindestens 375 Flüchtlinge durch staatliche Maßnahmen und 82 Flüchtlinge durch Nazi-Überfälle ums Leben. (jW 06.03.09)

Mitte März wurde bekannt, dass im Flüchtlingsgefängnis am Frankfurter Flughafen eine schwangere Minderjährige aus Kamerun bis wenige Stunden vor ihrer Entbindung von den Behörden festgehalten und verhört worden war. Nur wenige Tage später wurde bekannt, dass bereits im Jahre 2007 eine hochschwangere Frau aus Eritrea mit zwei Kin-

dern im Frankfurter Flughafen festgehalten und bis zwei Tage vor ihrer Entbindung verhört wurde. (FR 11.03., 13.03.09)

Nach einer Studie über das gegen Flüchtlinge 1982 erlassene reaktionäre Sondergesetz über die „Residenzpflicht“ wurden seit Inkrafttreten dieses Gesetzes von Amtsgerichten 160.000 Verstöße dagegen registriert. Insgesamt hat es bereits über 100 Haftstrafen deswegen gegeben. (jW 21.03.09)

Zwei in Bremen geborene Kinder, deren kurdischer Vater 1998 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekam und die somit von Geburt an Deutsche waren, wurde die deutsche Staatsangehörigkeit wieder entzogen. Erst wurde ihrem Vater 2004 durch die Bremer Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis entzogen, dann wurde ihm rückwirkend die Aufenthaltserlaubnis entzogen, anschließend konnte festgestellt werden, dass er sich zur Zeit der Geburt seiner Kinder unrechtmäßig in Deutschland aufhielt und seine Kinder somit auf die deutsche Staatsbürgerschaft niemals einen Anspruch gehabt hätten. „Kinder“, so ein Sprecher des Bremer Verwaltungsgerichts, „müssen sich nach geltender Rechtsprechung Täuschungshandlungen der Eltern zurechnen lassen.“ (taz 23.04.09)

Kämpfe und Proteste gegen den staatlichen Rassismus

Nach einer Demonstration am 23. Februar von 1.200 Flüchtlingen sowie Antirassistentinnen und Antirassisten gegen ein deutsch-syrisches Abschiebabkommen, mit dem 7.000 Flüchtlinge von Abschiebung nach Sy-

rien bedroht sind, begannen am 24. Februar zehn kurdische Flüchtlinge mit einem Hungerstreik gegen das Abkommen zu protestieren. 600 Menschen unterstützten mit einer Protestdemonstration am 12. März die Hungerstreikenden. (jW 10.03., 13.03.09)

Am 1. März begannen im Abschiebegefängnis in Rottenburg zwölf Flüchtlinge einen Hungerstreik, um gegen ihre Abschiebung zu protestieren. (anna 26.03.09)

Deutsche Bahn behindert nach wie vor den „Zug der Erinnerung“

Während die Reichsbahn alle von ihr Deportierten zum Ausflugsstarif in die Konzentrations- und Vernichtungslager transportierte und 1943 großzügig auf die Abrechnung von zwei Millionen Reichsmark für einen Transport von 46.000 Deportierten nach Auschwitz verzichtete, verlangte jüngst ihr Nachfolgebetrieb, die Deutsche Bahn, 10.000 Euro um die Ausstellung im „Zug der Erinnerung“ in Konstanz mit Strom zu versorgen – angeblich fehle eine geeignete Steckdose. Der „Zug der Erinnerung“ fährt seit 2007 durch Deutschland, um an die Verantwortung der Bahn an der Deportation von Millionen von Juden in die Vernichtungslager der Nazis zu erinnern. Trotz der Dauerschikanen durch die Deutsche Bahn – am Münchener Hauptbahnhof ließ die Deutsche Bahn mit Gummiknüppeln bewaffnete Sicherheitskräfte vor dem Zug patrouillieren –, besuchten bereits 280.000 Menschen die Ausstellung. (Jungle World 09.04.09, anna 09.04.09, jW 29.04.09)

Antisemitismus in Deutschland

Aufgrund andauernder antisemitischer Hetze und Bedrohung verließ ein jüdischer Jugendlicher seine Schule in **Pforzheim** (Baden-Württemberg). (FR 04.03.09)

Am 1. März wurde in **Prenzlau** (Brandenburg) eine jüdische Gedenktafel beschmiert. (Jungle World 12.03.09)

Am 3. März wurde in **Waren** (Mecklenburg-Vorpommern) ein Gedenkstein für die ehemalige Synagoge u. a. mit einem Hakenkreuz beschmiert. (Jungle World 12.03.09)

Am 17. März wurde das Eingangstor des jüdischen Friedhofs in **Storkow** (Brandenburg) beschädigt. (Jungle World 26.03.09)

In der Nacht zum 23. März wurden auf dem jüdischen Friedhof in **Walldorf** (Thüringen) mehrere Grabsteine umgeworfen und der Friedhofszaun beschädigt. (Jungle World 02.04.09)

Mitte April wurden in **Waren** (Mecklenburg-Vorpommern) Stolpersteine, die an die Namen von ermordeten Juden erinnerten, mit Säure beschmiert. Bereits im März waren sie mit brauner Farbe beschmiert worden. (Jungle World 30.04.09)

Erneut Nazi-Überfall in Mügeln

In **Mügeln** (Sachsen) kam es erneut zu einem Nazi-Überfall auf Inder. Mehrere Nazis überfielen eine von Indern betriebene Pizzeria. Ein 43-jähriger Inder wurde dabei mit einem Schlagring angegriffen und erlitt einen Nasenbeinbruch. Mehrere anwesende Zeugen auf dem benachbarten Marktplatz schau-

ten dem Überfall zu. Die Polizei nahm von einem am Überfall beteiligten Nazi die Personalien auf und lies ihn dann wieder laufen. Das ist bereits der dritte Nazi-Überfall auf das Lokal seit der Nazi-Hetzjagd im Sommer 2007. (taz 10.03., 11.03., 13.03.09)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Halle** (Sachsen-Anhalt) wurde am 22. Februar ein 28-jähriger Mann aus Burkina-Faso in einer Straßenbahn mit Fäusten und einem Stein ins Gesicht und in den Nacken geschlagen. (Jungle World 05.03.09)

In der Nacht zum 28. Februar überfielen 15 Nazis in **Haltern** (Nordrhein-Westfalen) mit Schlagstöcken und Steinen eine Gruppe Jugendlicher und verletzten vier von ihnen zum Teil schwer. Die Polizei nahm von einigen Nazis die Personalien auf und ließ sie wieder laufen. (jW 04.03.09)

In **Kempten** (Bayern) wurde in der Nacht zum 7. März ein in Pakistan geborener Deutscher von zwei Nazis niedergeschlagen und getreten. (Jungle World 19.03.09)

Ein Nazi, der im Sommer 2008 mit anderen Nazis ein Zeltlager in Hessen überfallen und dabei einem 13-jährigen Mädchen mit einem Klappspaten auf den Kopf geschlagen und lebensgefährlich verletzt hatte, wurde am 12. Januar zu 27 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Bereits Anfang März wurde er aufgrund eines Revisionsantrags wieder freigelassen. Gleichzeitig läuft ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen eines weiteren Nazi-Überfalls wenige Wochen vor dem Angriff auf das Zeltlager. (FR 25.03.09)

Anfang März überfielen in **Dresden** mehrere Nazis einen Antifaschisten und verletzten ihn schwer. (jW 13.03.09)

Vier Nazis überfielen in der Nacht zum 25. März in einer Straßenbahn in **Magdeburg** einen 19-Jährigen aus Kosova und verletzten ihn. (jW 26.03.09)

In der Nacht zum 12. April überfielen 15 Nazis in **Essen** zehn Mitglieder der Landeschülerversammlung Nordrhein-Westfalen mit Totschlägern, Bierflaschen und Pfefferspray. Fünf Jugendliche wurden dabei verletzt. (jW 15.04.09)

Nach offiziellen Angaben wurden im Januar dieses Jahres 997 Nazi-Straftaten registriert. (Jungle World 02.04.09)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Im März und April fanden laut bürgerlicher Presse mindestens 20 Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen gegen neun Nazi-Aufmärsche und den alltäglichen Nazi-Terror statt.

Gegen einen Nazi-Laden in **Berlin-Friedrichshain** fanden im März drei Demonstrationen statt, auf denen am 7. März 1.500 und am 21. März 1.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten teilnahmen. (jW 23.03.09)

In **Osnabrück** demonstrierten am 7. März 10.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis der NPD, der von 2.000 Polizisten geschützt wurde. (jW 09.03.09)

1.500 Menschen protestierten am 28. März in **Lübeck** gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis. 1.800 Polizisten griffen die Gegende-

monstranten mit Schlagstöcken und Wasserwerfern an. (jW 01.04.09)

Gegen den Parteitag der NPD protestierten am 4. April in **Berlin** 1.000 Menschen. (anna 09.04.09)

In **Lüneburg** demonstrierten am 11. April 2.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 250 Nazis. (taz 14.04.09)

Proteste bei Continental in Frankreich und Deutschland

Kurz nachdem der deutsche Continental-Konzern die Schließung jeweils eines Werkes in Frankreich und Deutschland bekannt gab, begannen Protestaktionen und Demonstrationen der betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Am 16. März protestierten in Reims (Frankreich) 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Pläne des Konzerns. Einen Tag später protestierten 1.500 Arbeiterinnen und Arbeiter in Hannover vor dem Stammsitz von Continental gegen ihre geplante Entlassung. Am 26. März demonstrierten erneut in Hannover mehrere Tausend Werktätige. Ende April verschärfen sich die Proteste in Frankreich – Arbeiterinnen und Arbeiter verwüsten ein Behördengebäude, nachdem ihre Klage gegen die Schließung des Werkes abgewiesen wurde. Am 23. April demonstrierten in Hannover 1.000 Kollegen aus Frankreich gemeinsam mit 2.000 Kollegen aus Deutschland gegen die Machenschaften von Continental. (jW 18.03., 17.03., 24.04.09, FR 27.03.09, taz 23.04.09)

Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich setzen Kapitalisten unter Arrest

In ihren Protesten gegen Betriebsstillegungen und Entlassungen verschärfen in Frankreich die Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Betriebe die Kampfmaßnahmen. In den Monaten März und April kam es in mindestens fünf Betrieben zu Arretierungen der Kapitalisten. So wurde in Südwestfrankreich im März der Chef eines Sony-Betriebs für eine Nacht im Betrieb festgehalten und in Grenoble mussten vier Kapitalisten von Caterpillar sich bereit erklären, die abgebrochenen Verhandlungen wiederaufzunehmen und den Lohn für die Streiktage zu zahlen, ehe sie nach 25 Stunden Arrest ihr Büro verlassen durften. (FR 14.03.09, taz 04.04.09)

Betriebsbesetzungen in Großbritannien

Nachdem die Kapitalisten der Ford-Zulieferfirma Visteon sämtliche 610 Beschäftigte dreier Werke entlassen und ihnen sechs Minuten Zeit gegeben hatten, um vom Betriebsgelände zu verschwinden, besetzten im nordirischen Belfast in den englischen Städten Bardsdon und Enfield die Arbeiterinnen und Arbeiter umgehend die Betriebe. In Bardsdon wurden der Betrieb zwischenzeitlich von der Polizei geräumt, seitdem werden dort die Fabrikatoren von den Arbeitern blockiert. Die Beschäftigten in Enfield erfahren solidarische Unterstützung durch tägliche Kundgebungen und durch Arbeiterinnen und -Arbeiter von Ford, die die Verarbeitung von Visteon-Produkten verweigern. (jW 07.04.09)

Streiflichter

Verlängerung und Ausweitung von Bundeswehreinsetzungen im Ausland

Ende Mai verlängerte der Bundestag zum nunmehr elften Mal den Einsatz der Bundeswehr in **Kosova** um ein weiteres Jahr. (jW 29.05.09)

Mitte Juni beschloss der Bundestag den Einsatz der deutschen Kriegsmarine vor der Küste von **Somalia** bis in das Hoheitsgebiet der Inselgruppe der **Seychellen** auszuweiten. Damit vergrößert sich das Einsatzgebiet der deutschen Kriegsmarine vor der Ostküste Afrikas um 40 Prozent bis in den Indischen Ozean. Im Rahmen der EU-Mission „Atlanta“ werden dort sogenannte „Piraten“ gejagt. Nur wenige Tage zuvor haben die Außenminister von 27 EU-Staaten die „Atlanta“-Mission um ein weiteres Jahr verlängert. Deutschland ist mit insgesamt 650 Soldaten daran beteiligt. (taz 28.05.09, jW 20.06.09)

Polizei- und Justizterror

Ende Mai protestierten im Düsseldorfer Oberlandesgericht neun Besucher für die Freilassung eines Angeklagten aus der Türkei. Dieser steht vor Gericht wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“, gemeint ist die DHKP-C, und befindet sich seit März 2007 unter Isolationsbedingungen in U-Haft. Bereits in der Türkei war er lange Jahre inhaftiert gewesen.

Die neun Protestierenden wurden nach ihrem Protest in eine Zelle im Keller des Gerichts verschleppt, die Zelle wurde verdunkelt und

anschließend stürmten 15 Justiz- und Polizeibeamte den Raum und schlugen auf die Neun ein. Zum Schluss verurteilte sie der Richter zu jeweils 100 Euro Geldstrafe – auf deren offensichtlichen Verletzungen ging er nicht weiter ein. (jW 29.05.09)

In Bochum steht ein Antifaschist wegen eines angeblichen Aufrufs zur Gewalt vor Gericht. Der 58-jährige hatte im Oktober letzten Jahres die Proteste gegen einen Nazi-Aufmarsch in Bochum unterstützt und auf seiner Internetseite eine Comicfigur gestellt, die eine Torte mit brennender Wunderkerze in der Hand hielt. Die Staatsanwaltschaft sah in der Torte eine „getarnte Bombe mit brennender Lunte“ und die Aufforderung eine „gefährliche Körperverletzung“ an den Nazis zu begehen. Ein Beleg für ihre Auffassung sah sie auch darin, dass sich damals tatsächlich mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten den Nazi entgegengestellt hatten. (jW 13.05.09)

In Wittenberg (Sachsen-Anhalt) wurde ein Mann zu einer Geldstrafe von 750 Euro verurteilt, weil er angeblich zu einer unangemeldet Versammlung aufgerufen hätte. Gemeinsam mit vier anderen Personen hatte er auf einer Propagandaaktion der Bundeswehr antimilitaristische Flugblätter verteilt. (jW 15.05.09)

Eine öffentliche Pressekonferenz zur Vorbereitung zum Bildungsstreik ist Mitte Mai in einem Berliner Café von mehr als 100 Polizisten kurzerhand gesprengt worden. Alle Teilnehmer der Veranstaltung wurden einzeln in Polizeifahrzeuge abgeführt und dort eineinhalb Stunden festgehalten, die Ausweise wurden einge-

sammelt und die Taschen durchsucht. Anschließend erhielten sie Platzverweise. (jW 18.05.09)

Nachdem am 26. Juni in Rochlitz in der Nähe von Chemnitz drei Punks von 15 Nazis überfallen wurden, traf die Polizei ein und verprügelte die Punks. Die noch anwesenden Nazis ließ sie unbehelligt. Später behauptete die Polizei, sie sei von den Punks angegriffen worden und auf einen Naziüberfall gebe es keine Hinweise. Gegen zwei der Punks laufen bereits Ermittlungsverfahren. (jW 30.06.09)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus

Aufgrund des rassistischen Sondergesetzes der „Residenzpflicht“ gegen Flüchtlinge wurde Ende März Felix Otto aus Kamerun verhaftet. Er muss wegen des Verstoßes gegen das rassistische Gesetz eine achtmonatige Freiheitsstrafe antreten. Laut Pro Asyl ist dies das härteste Urteil, das bisher dazu ergangen war. (taz 04.05.09)

Am 8. Juni fand von einem Berliner Flughafen aus eine Massenabschiebung von über 100 Flüchtlingen aus Vietnam statt. Flüchtlingsinitiativen machten im Vorfeld auf die Massenabschiebung aufmerksam, die geheim gehalten werden sollte. Es war die erste Massenabschiebung seit zehn Jahren nach Vietnam. (jW 13.05.09, anna 18.06.09)

In der Nacht zum 9. Mai wurde in Heidelberg ein 32-jähriger Doktorand aus Kamerun von der Bundespolizei festgehalten, durchsucht und geschlagen. Dem Mann aus Kamerun wurde dabei der Mittelgesichtsknochen ge-

brochen. Die Annahme einer Anzeige von ihm gegen die Bundespolizei wurde von der Polizeidirektion Heidelberg verweigert. Statt dessen ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft Heidelberg gegen ihn. (taz 06.06.09)

Kämpfe und Proteste gegen den staatlichen Rassismus

Gegen die Abschiebung von über 100 Flüchtlingen nach Vietnam protestierten am 8. Mai 150 Mitglieder von Flüchtlingsinitiativen und Hilfsorganisationen. (anna 18.06.09)

Ein nach einer misslungenen Abschiebung in die Türkei in die JVA Bochum verschleppter Mann, er lebt seit 30 Jahren in Deutschland, ist aus Protest gegen seine Abschiebung in einen Hungerstreik getreten. Ende Mai setzte er den Hungerstreik bis auf weiteres aus – zu diesem Zeitpunkt wog er nur noch 40 Kilo. (jW 02.06.09)

Mitte Juni gelang es einem 26-jährigen Mann aus Algerien aus der JVA Preungesheim (Frankfurt/M.), in der er in Abschiebehäft saß, zu flüchten. Ein in Marsch gesetztes Großaufgebot an Polizei, die ihn mit zwölf Streifenwagen, Hunden, Überfallkommando und Hubschrauber suchten, blieb erfolglos. (jW 16.06.09)

Aus Protest gegen ihre unmenschliche Unterbringung haben vier Flüchtlingsfamilien, unter ihnen zehn Kinder, in Grimma (Sachsen) am 23. Juni eine Kirche besetzt. (jW 25.06.09)

Kurdische Flüchtlinge begannen am 23. Juni in Hannover mit einem Hungerstreik gegen die drohende Abschiebung von 8.000 Kurden in die Türkei zu protestieren. Trotz der lebens-

bedrohlichen Repressalien, die ihnen bei einer Rückkehr in die Türkei drohen, und des verstärkten Terrors gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei erhielten sie die Aufforderung, Deutschland zu verlassen. Ebenso droht auch 7.000 kurdischen Flüchtlingen die Abschiebung nach Syrien, obwohl allein in den letzten Monaten hunderte Kurden in Syrien verhaftet und gefoltert wurden. (jW 24.06.08)

Observationen gegen Erwerbslose

Am 20. Mai trat eine Regelung in Kraft, mit der sich die Arbeitsagentur ermächtigte gegen Erwerbslose nach eigenem Gutdünken mit nachrichtendienstlichen Mitteln, einschließlich Observationen, vorzugehen und dabei auch auf die Dienste von Privatdetekteien zurückzugreifen. Vorgesehen sind u. a. die „Überprüfung von Wohnungsverhältnissen“, „Vorsprachen bei Banken und Versicherungen“ und „Gespräche ... mit Nachbarn, Vermietern“. Regelungen, für die, so in einer gemeinsamen Stellungnahme von Erwerbsloseninitiativen, „Strafvermittlungsbehörden einen Gerichtsbeschluss“ benötigen. Erste Akten über „Hartz-IV-Bezieher“ wurden bereits angelegt, als das Vorgehen öffentlich wurde. Die Arbeitsagentur sah sich gezwungen, den Passus zu den Observationen zu streichen – hält aber an allen anderen Regelungen nach wie vor fest. (jW 06.06.09)

Nazi-Mörder haben wenig von der Deutschen Justiz zu befürchten

Mitte Mai traf der aus den USA abgeschobene Nazi-Mörder Demjanjuk in ein Münchener Gefängnis ein, wo ihn eine Anklage wegen Beihil-

fe zum Mord in 29.000 Fällen erwartet. Demjanjuk war als Freiwilliger u. a. im Nazi-Vernichtungslager Sobibor an den Nazi-Morden beteiligt. Die *Frankfurter Rundschau* schreibt: „Gut möglich, dass der staatenlose Rentner (!) seine letzten Tage in einem süddeutschen Altersheim ... beschließen wird.“ (FR 13.05.09)

Ein wohl sehr gründliches Ermittlungsverfahren gegen ein inzwischen 93-jährigen Nazi-Mörder aus Darmstadt ist wegen „Schwierigkeiten der Recherche“ noch nicht abgeschlossen. Der Nazi-Mörder soll 1944 in Italien 16 Menschen ermordet haben. Die zuständige Staatsanwaltschaft ermittelt schon acht Jahren lang so vor sich hin. (FR 15.05.09)

Der Nazi-Mörder Faber, der in den Niederlanden zum Tode verurteilt wurde und auf der Liste der zehn meistgesuchten NS-Verbrecher des Simon-Wiesenthal-Zentrums verzeichnet ist, lebt völlig unbehelligt in Deutschland. 1952 flüchtete er mit anderen Nazi-Mördern aus einem niederländischen Gefängnis nach Deutschland. Deutsche Zollbeamte begrüßten die Nazi-Mörder mit Kaffee und Kuchen. Ein deutsches Gericht verurteilte sie wegen illegalen Grenzübertritts zu je zehn Mark Strafe – die Strafe zahlte dann ein Gerichtsdienstler für sie, der ihnen auch Geld für die weitere Reise schenkte. (FR 04.06.09)

Ende Juni wurden in Italien neun Nazi-Mörder in Abwesenheit zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Die verurteilten Mörder leben nach wie vor in Deutschland in Freiheit. (FR 29.06.09)

Denkmal für Nazi-Opfer beseitigt

In Mittenwald, in dem sich jährlich die Verbrecher der Nazi-Gebirgsjäger mit Gebirgsjägern der Bundeswehr feierlich versammeln um gemeinsam in Erinnerungen an die Nazi-Kriegsverbrechen zu schwelgen, haben Antifaschistinnen und Antifaschisten Ende Mai ein kleines Denkmal für die Opfer der Nazi-Gebirgsjäger errichtet. An der Einweihung des zwei Meter hohen Denkmals nahmen über 200 Menschen aus mehreren Ländern teil, unter ihnen auch Überlebende aus Auschwitz. Nach fünf Tagen ließ die Gemeinde Mittenwald einen Gabelstapler auffahren und das „Schandmal“, wie Bewohner von Mittenwald das Denkmal bezeichneten, beseitigen – es könnte, so die Gemeinde, durch spielende Kinder umfallen, außerdem stehe es dem Wochenmarkt im Wege. (jW 02.06.09, FR 12.06.09)

Verfolgungen und Vertreibungen von Roma

Am 19. Mai griff in Berlin-Kreuzberg die Polizei zehn Roma-Familien an, die seit einigen Wochen sich gezwungen sahen in einem Park zu leben, um sie von dort zu vertreiben. Gleichzeitig drohte sie den Familien, deren Kinder wegzunehmen. Durch das Eingreifen von Passanten konnte die Lage beruhigt werden. Die Roma-Familien fanden Unterkunft im linken Hausprojekt „New Yorck“ im Bethanien. In der Folge machten Solidaritätsaktionen auf die Lage der Familien aufmerksam. Mehr als 100 Roma besetzten eine Kirche in Kreuzberg. Mittlerweile hatten 90 Romas im Bethanien

Unterschlupf gefunden bis dann die Hausverwaltung Strafanzeige stellte und sie das Haus wieder verlassen mussten. Die Roma wurden in ein Flüchtlingslager untergebracht und kurz darauf auch dort wieder auf die Straße gesetzt. Ihnen droht nun die Abschiebung. Begleitet war das alles von Einschüchterungen und Terrorisierungen der Romas durch den Staatsapparat und offener Hetze gegen sie in der bürgerlichen Presse. (jW 23.05.09, 29.05.09, 13.06.09)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Nach offiziellen Angaben wurden im April dieses Jahres über 1.250 Nazi-Straftaten und 65 Nazi-Gewalttaten verübt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden durchschnittlich 35 Nazi-Straftaten täglich verübt. (jW 09.06.09, FR 15.05.09)

In den Monaten Mai und Juni fanden laut bürgerlicher Presse mindestens 17 Nazi-Aufmärsche statt. So marschierten am 1. Mai in Ulm 1.000 Nazis auf, in Itzehoe und Rotenburg 200, in Freiburg 500 und in Siegen 70. An einem Nazi-Aufmarsch am 8. Mai beteiligten sich in Böhl-Iggelheim 35 Nazis. Am 22. Mai zogen 250 Nazis durch Luckenwalde und am 25. Mai marschierten 150 Nazis durch München. (taz 02.05.09, anna 08.05., 04.06.09, jW 13.05.09)

Eine Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai in **Dortmund** wurde von über 300 Nazis mit Knüppel und Steinen angegriffen. Mehrere Gewerkschafter, die sich den Nazis entgegenstellten, wurden dabei verletzt. (taz 04.05.09)

Zwei Männer, die Mitte Mai in **Berlin** an einer Protestkundgebung von 2.000 gleichgeschlechtlich orientierten Menschen teilnahmen, wurden im Anschluss von vier Nazis überfallen und geschlagen. (taz 11.05.09)

Am 18. Mai hetzte in **Berlin** ein Nazi seinen Hund auf einen Menschen mit dunkler Hautfarbe. Der Angegriffene musste mit Bisswunden ins Krankenhaus eingeliefert werden. (Jungle World 28.05.09)

In **Leuna** (Sachsen) wurde in der Nacht zum 7. Juni ein Brandanschlag auf ein türkisches Imbisslokal verübt. Das Gebäude brannte fast vollständig nieder. (Jungle World 18.06.09)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In mehreren Städten fanden am 1. Mai Demonstrationen und Proteste gegen Nazi-Aufmärsche statt. In **Hannover** demonstrierten 20.000 Menschen gegen Rassismus. In **Mainz** blockierten 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Aufmarsch von 100 Nazis. 2.000 Antifas protestierten in **Berlin** gegen eine Kundgebung der NPD. Hunderten Antifas gelang es in den frühen Morgenstunden, durch eine Blockade des S-Bahnhofs Köpenick den Zugverkehr für eine Stunde lahmzulegen und somit die Anreise der Nazis zu verzögern. In **Ulm** demonstrierten ebenfalls 2.000 Antifas gegen einen Nazi-Aufmarsch. Hier kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mit Wasserwerfen und Reizgas die Antifas angriffen. Anti-Nazi-Demonstrationen fanden auch in **Freiberg** (Sachsen) **Siegen**, **Dortmund** und am 2. Mai in **Kaiserslautern** statt, wo es 1.000 Antifas gelang einen

Aufmarsch von 199 Nazis durch Blockadeaktionen zu verhindern. (taz 02.05.09, jW 06.05.09, anna 08.05.09)

In den Monaten Mai und Juni wurden mindestens zehn weiteren Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche und Nazi-Terror durchgeführt. So protestierten am 9. Mai in **Köln** mehrere tausend Menschen gegen eine Hetzkundgebung von 200 „Pro-Köln“-Nazis gegen Menschen moslemischen Glaubens (jW 11.05.09), in **Lüneburg** demonstrierten am 23. Mai 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 110 Nazis (taz 25.05.09) und am 6. Juni protestierten 3.000 Menschen in **Pinneberg** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, der von 1.000 Polizisten geschützt wurde (jW 08.06.09).

Große Streikkämpfe von Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagestätten

In den Monaten Mai und Juni kam es im ganzen Land zu massiven Streikkämpfen von Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagestätten, die sich durch eine sehr hohe Beteiligung auszeichneten. So nahmen am 6. Mai 19.000 Beschäftigte am Streikkampf teil. Am 15. Mai streikten bundesweit 11.000 Beschäftigte. Jeweils 15.000 streikten am 18. und 19. Mai, 25.000 am 26. Mai. Die Anzahl der Streikbeteiligten sank auch im Juni nicht, sondern steigerte sich an einigen Tagen sogar noch weiter. In Köln fand am 15. Juni eine Großkundgebung statt, an der allein 30.000 Erzieherinnen und Erzieher teilnahmen. Nicht nur in den Großstädten wurde gestreikt, auch in vielen ländlichen Gebieten traten die Beschäftigten in den Ausstand.

IV

Die Streikenden kämpften insbesondere für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne. Sie wurden dabei konfrontiert mit Verbotsanträgen seitens der kommunalen Ausbeuter, denen die Arbeitsgerichte teilweise Folge leisteten. So wurden in Hamburg zwei Streikverbote erlassen. Konfrontiert waren die Erzieherinnen und Erzieher auch mit arbeitsrechtlichen Schritten, wie Abmahnungen, mit denen Kommunalvertreter versuchten den Streikkampf zu unterdrücken. Auch gegen diese Methoden wurde heftig protestiert.

Trotz der massiven Hetze in der bürgerlichen Presse gegen die Streikenden zeigten sich auch viele Eltern mit den Kämpfenden solidarisch und unterstützten die Streik- und Protestaktionen.

(FR 07.05.09, taz 16.05., 19.05., 20.05.09., jW 27.05., 09.06., 12.06., 16.06., 25.06.09)

Massenproteste im Iran

Nach der Wahlfarce im Iran im Juni entwickelten sich binnen kurzer Zeit heftige Massenproteste im ganzen Land gegen das herrschende reaktionäre Regime. Während die reaktionäre „Opposition“ nicht ohne Erfolg um einen führenden Einfluss auf die Protestierenden kämpfte, um die Proteste für ihre Interesse auszunutzen und gleichzeitig zu unterdrücken, trieben neben den Studenten vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter die Proteste immer weiter voran. In Teheran und anderen Großstädten versammelten sich Tag für Tag Hunderttausende auf den Straßen, riefen „Tod der Diktatur“ und schlugen unter Lebensgefahr die

brutalen Überfälle und Angriffe der Milizen und Spezialeinheiten der Polizei zurück. Viele der Protestierenden fanden dabei den Tod. Die Kämpfenden ließen sich jedoch durch den offenen Staatsterror nicht einschüchtern, setzten ihren Protest fort und riefen zum Generalstreik auf. Trotz der Zusammenarbeit zwischen der reaktionären „Opposition“ mit der derzeit herrschenden reaktionären Clique zur Unterdrückung der Proteste, rissen diese bis Ende Juni nicht ab. (Jungle World 18.06., 25.06.09)

(Zu den Protesten im Iran siehe das Flugblatt von *Gegen die Strömung* 8/2009: „Solidarität mit den kämpfenden Volksmassen im Iran!“)

Militante Kämpfe in Peru

Am 9. April begannen Kämpfe der Indigenas in Peru gegen die Ausbeutung von Rohstoffen auf ihrem Territorium. Sie blockierten Straßen und behinderten die Öl- und Gasförderung. Die reaktionäre Regierung verhängte über mehrere Regionen des Landes den Ausnahmezustand und ließ Polizeitruppen aufmarschieren. An einer Straßenblockade, an der sich 5.000 Indigenas beteiligten, eröffnete die Polizei das Feuer. Mindestens 34 Indigenas wurden ermordet. Daraufhin besetzten die Kämpfenden eine Ölförderanlage und nahmen 38 Polizisten in Gefangenschaft. Bei einem erneuten Polizeiangriff kamen neun Polizisten ums Leben. Die Kämpfe wurden weitergeführt; die Regierung setzte Militäreinheiten in Marsch. Mitte Juni musste sie dann zwei Dekrete zurückziehen, die die Ausbeutung der Bodenschätze auf Kosten der Indigenas verfügten. (jW 8., 9., 20.06.09)

Streiflichter: Juli–August 2009

Bundeswehr erschießt erneut Zivilisten in Afghanistan

Am 19. Juli schoss die Bundeswehr auf einen Kleinlaster, der mit fünf Menschen besetzt war. Dabei wurde ein Jugendlicher getötet und zwei weitere Insassen schwer verletzt. Bereits im August 2008 tötete die Bundeswehr an einem sogenannten Kontrollpunkt eine Frau und zwei Kinder. (taz 21. 07.09)

Großoffensive der Bundeswehr in Afghanistan

Am 19. Juli begann die deutsche Armee in Afghanistan ihre größte Bodenoffensive seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. An dem neuntägigen Großeinsatz beteiligten sich 300 deutsche Soldaten mit Mörsern und Panzern. Erst drei Tage nach Beginn der Offensive wurde die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt. Noch während der Offensive wurde bekannt, dass die Bundeswehr neue „Einsatzregeln“ erlassen hat – die nicht veröffentlicht werden –, nach denen deutsche Soldaten auch auf Flüchtende schießen dürfen.

(FR 28.07.09, taz 23.07., 31.07.09)

„Ehrenkreuze für Tapferkeit“ an deutsche Soldaten verliehen

Am 6. Juli wurden im Bundeskanzleramt die ersten „Ehrenkreuze für Tapferkeit“ an deutsche Soldaten verliehen, die sich beim Bundeswehreinsatz in Afghanistan ganz besonders um die Interessen des deutschen Imperialismus verdient gemacht haben. Das „Ehrenkreuz“ erinnert in seiner Form an das „Ei-

serne Kreuz“, das bis 1945 von der Naziführung in Anerkennung besonderer Verdienste bei der Durchsetzung der Interessen des deutschen Imperialismus ganze 2,3 Millionen Mal verliehen werden konnte. (jW 07.07.09)

Deutscher Konzern verbietet Teilnahme an den Protesten in Iran

Der deutsche Konzern Knauf Gips AG, der in über 40 Ländern 22.000 Menschen ausbeutet, ist auch in Iran vertreten. Während der Proteste gegen das dort herrschende reaktionäre Regime wurde ein von der Mitbegründerin des Konzerns, Isabel Knauf, unterzeichnetes Schreiben bekannt, das sich an alle in Iran bei Knauf Beschäftigten richtete. In diesem Schreiben heißt es unumwunden:

„Wir befürworten keine Handlungen gegen die derzeitige iranische Regierung (...) von nun an (wird) jedes Mitglied des Unternehmens, das bei Demonstrationen gegen die Regierung erwischt wird, sofort entlassen.“

(Jungle World 06.08.09)

Verantwortlicher Arzt nach Suizid eines Flüchtlings freigesprochen

Am 27. Juni 2007 tötete sich der 30-jährige kurdische Flüchtling Mustafa Alkali, der von unmittelbarer Abschiebung bedroht war, in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt. Trotz der bei ihm diagnostizierten Suizidgefährdung und seiner Aussage, lieber tot sein zu wollen als abgeschoben zu werden, schrieb ihn ein Psychiater kurzerhand gesund und gab ihn somit zur Abschiebung frei. Der Psychiater musste vor Gericht. Seine Behauptung, Kol-

legen hätten ein Gefälligkeitsgutachten für den Flüchtling erstellt, hielt er auch vor Gericht aufrecht. Das Gericht urteilte im August, der Psychiater hätte seine Sorgfaltspflicht verletzt und sprach ihn dennoch frei. (FR 15.08.09)

Suizid einer Flüchtlingsfrau

Am 24. August sollte in Frankenau bei Sachsen eine Flüchtlingsfamilie in ein anderes Asyllager verlegt werden. Als der Möbelwagen vor der Tür stand, nahm eine 32-jährige Flüchtlingsfrau aus dem Libanon und Mutter von drei Kindern eine Überdosis Medikamente zu sich und legte sich vor den Laster. Das alles vor den Augen von Mitarbeitern des Asyllagers, die ungerührt dabei zusahen und auch keinen Krankenwagen riefen. Ihr Ehemann setzte sie anschließend in ein Auto, fuhr in Richtung Krankenhaus. Ein von ihm unterwegs verständigter Krankenwagen übernahm die Frau und brachte sie ins Krankenhaus. Dort starb sie. (FR 28.08.09)

Suizidversuch eines Flüchtlings

Am 17. Juli versuchte sich ein Flüchtling im Asyllager Katzhütte aufgrund der unmenschlichen Lebensbedingungen im Lager das Leben zu nehmen. Er setzte sich selbst in Brand. Zwei weitere Flüchtlinge, die das bemerkten, konnten ihn noch retten. Der Flüchtling musste ins Krankenhaus. In Katzhütte kam es im letzten Jahr zu Protesten der dort internierten Flüchtlinge, mit denen versucht wurde, die Schließung des Lagers durchzusetzen. (jW 30.07.09)

Flüchtlingsaktivist abgeschoben

Der aus Kamerun kommende Felix Otto wurde am 25. August abgeschoben. Im März diesen Jahres musste Felix Otto, der in der Flüchtlingsorganisation „The Voice“ aktiv war und insbesondere gegen das rassistische Gesetz der sogenannten „Residenzpflicht“ kämpfte, eine achtmonatige Haftstrafe wegen Übertretung dieses Gesetzes antreten. Flüchtlingsinitiativen gehen davon aus, dass Otto allein aufgrund seines antirassistischen Kampfes abgeschoben wurde. (jW 26.08.09)

Protest von Flüchtlingen im Abschiebegefängnis niedergeschlagen

Als am 13. Juli im Abschiebegefängnis Ingelheim ein 25-jähriger Mann aus Marokko sich gegen seine Abschiebung wehrte, solidarisierten sich 21 weitere Flüchtlinge mit ihm. Die 22 verbarrikierten sich über mehrere Stunden in ihrem Trakt. In den frühen Abendstunden gelang es der Polizei durch Lügen die Flüchtlinge zu bewegen, ihre Barrikaden abzubauen, um angebliche Verhandlungen zu ermöglichen. Nach Abbau der Barrikaden stürmte das SEK mit Maschinenpistolen den Trakt. Mehrere Flüchtlinge wurden dabei verletzt und mussten ins Krankenhaus. Gegen das Vorgehen des Sondereinsatzkommandos der Polizei demonstrierten noch am selben Abend 100 Antirassistinnen und Antirassisten. (FR 15.07.09, anna 27.08.09)

Bußgeld wegen

„lauter, jüdischer Musik“

In Dresden wurde am 1. Juli ein Stadtrat der Grünen zu einem Bußgeld verurteilt, weil er,

II

so wörtlich die Dresdener Staatsanwaltschaft, mit „lauter, jüdischer Musik“ einen Nazi-Aufmarsch anlässlich der Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition störte. (Am selben Tag wurden im nur wenige Kilometer entfernten Meißen fünf Nazis freigesprochen, die sich 2006 an einem verbotenen Aufmarsch zu Ehren des Nazi-Kriegsverbrechers Hess beteiligten, der unter Trommelschlägen und laut gerufenen Nazi-Parolen stattfand.) (Jungle World 09.07.09)

Nazi-Mord an Marwa El Sherbini im Dresdener Landgericht

Während eines Prozesses am 1. Juli vor dem Dresdener Landgericht gegen einen 28-jährigen Nazi stach dieser mit einem Messer 16 Mal auf die schwangere 32-jährige Marwa El Sherbini aus Ägypten ein, die als Zeugin gegen ihn aussagen sollte. Sie starb vor den Augen ihres dreijährigen Sohnes im Gericht. Ihr Mann, der versuchte seiner Frau zu helfen, wurde ebenfalls mindestens 16 Mal von dem Nazi mit dem Messer niedergestochen und schwer verletzt. Zudem wurde er von einem Polizisten angeschossen, der ihn für den Angreifer hielt. Der Nazi hatte das Messer mit einer 18 cm langen Klinge völlig ungehindert in den Gerichtssaal gebracht. (FR 03.07.09, taz 26.08.09)

Nazi-Mord an Azad Hayi vertuscht?

Am 30. Juni, zwei Uhr nachts, kehrte der 28-jährige Kurde Azad Hayi mit schweren Verbrennungen am ganzen Körper ins Asylager Möhlau (Sachsen-Anhalt) zurück mit den Worten: „Die Nazis haben mich fertigge-

macht“. Er wurde ins Krankenhaus gebracht und in ein künstliches Koma versetzt. Zwei Wochen später starb er. Nur wenige Tage nachdem er ins Krankenhaus kam, setzten die Vertuschungsmanöver ein. Bereits am 4. Juli erklärte die taz, dass „nur“ Azad Haji die „Tragödie“ „vielleicht“ erklären könne – wenn er denn aus dem Koma wieder erwacht, in das er gerade versetzt wurde. Die Polizei schloss bereits drei Tage darauf einen Nazi-Hintergrund aus und setzte das Gerücht einer „Selbstverstümmelung“ in Umlauf. Munter weiter ging es dann in der Presse mit „illegaler Beschäftigung“, „Versicherungsbetrug“, „Konkurrenz unter Imbissbetreibern“, „mysteriösen Umständen“, „Unfall“. Anfang August schloss die Polizei einen Nazi-Hintergrund dann nicht mehr aus. Der Flüchtling selbst war so schwer verbrannt, dass er am ganzen Körper fast keine Haut mehr hatte. (taz 04.07., 07.07., 17.07.09, Jungle World 06.08.09)

Nazi-Mordversuch an Jonas K.

In Berlin wurde am 12. Juli der 22-jährige Jonas K. von vier Nazis überfallen und brutal zusammengeschlagen. Nachdem Jonas K. bewusstlos am Boden lag, legten ihn die Nazis mit dem Gesicht auf eine Bordsteinkante und traten ihn gegen den Hinterkopf. Der Überfallene erlitt lebensgefährliche Verletzungen und musste auf die Intensivstation. Die Polizei nahm die Nazis fest und ermittelt – auch gegen Jonas K. (taz 15.07.09)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 1. Juli wurde in Ludwigs-**hafen** ein Mann aus Kenia von fünf Nazis

überfallen, zu Boden geschlagen und getreten. (anna 16.07.09)

Am 3. Juli wurde in **Wittenberg** (Sachsen-Anhalt) eine 19-Jährige mit dunkler Hautfarbe von drei Nazis rassistisch beleidigt, zu Boden gestoßen, geschlagen und ausgeraubt. (Jungle World 16.07.09)

In **Ludwigsburg** (Baden-Württemberg) wurde am 5. Juli ein 21-Jähriger mit dunkler Hautfarbe von mehreren Nazis schwer verletzt. Der 21-Jährige musste ins Krankenhaus. (Jungle World 16.07.09)

In **Chemnitz** (Sachsen) ist ein Mann aus Mosambik am 15. Juli von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und zusammengeschlagen worden. Der Mann musste ins Krankenhaus. (Jungle World 23.07.09)

Am 1. August wurde in **Duisburg** eine Frau aus Thailand mit ihren Kindern am Bahnhof von drei Nazis rassistisch beschimpft und mit Bier übergossen. Die drei Kinder wurden bespuckt. (jW 03.08.09, Jungle World 13.08.09)

Ein Nazi-Lied, in das dem früheren Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Friedman, Schläge angedroht werden, ist laut Berliner Staatsanwaltschaft strafrechtlich nicht relevant. (jW 05.08.09)

Ein dunkelhäutiger Brite, dem Nazis am 22. August in **Hamburg** ein NPD-Flugblatt in die Hand drückten, das er zerriss, wurde daraufhin von drei Nazis zusammengeschlagen und mit Pfefferspray attackiert. Der Brite musste ins Krankenhaus. (jW 25.08.09)

Mindestens 15 Nazis überfielen in der Nacht zum 23. August nach einem Stadtfest in **Tau-**

cha bei Leipzig drei Menschen aus anderen Herkunftsländern. Zwei wurden zusammengeschlagen. Die Polizei nahm elf Nazis fest, die kurz darauf wieder freigelassen wurden. Laut Staatsanwaltschaft lagen keine Haftgründe vor. (taz 25.08.09)

In **Weil am Rhein** (Baden-Württemberg) wurde am 26. August ein Nazi verhaftet, der dabei war, Sprengstoff herzustellen. Laut Polizei hätte der Nazi mit den bei ihm vorgefundenen Materialien eine bis zu acht Kilogramm schwere Bombe bauen können. (FR 28.08.09, taz 31.08.09)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In den Monaten Juli und August kam es laut bürgerlicher Presse zu mindestens 23 Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen, die sich gegen den alltäglichen mörderischen Nazi-Terror und gegen mindestens zehn Nazi-Aufmärsche und Kundgebungen richteten.

Am 11. Juli kam es im Rahmen eines sogenannten „Nazi-Pressfestes“ in **Gera** mit über 4.000 teilnehmenden Nazis zur größten Naziveranstaltung in Thüringen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Nazis wurden von Hundertschaften der Polizei durch die Stadt zu ihrem Veranstaltungsort eskortiert. Ein Antifa-Block in einem 700-köpfigen sogenannten „Bürgerbündnis“, der versuchte sich militant den Nazis in den Weg zu stellen, wurde nicht nur von der Polizei gewaltsam daran gehindert. Noch bevor z. B. die Polizei dazu kam zur Räumung einer Antifa-Blockade aufzurufen, rief bereits das „Bürgerbündnis“ zur Räumung auf. Obwohl die Nazi-Veranstaltung

nicht verhindert werden konnte, schwatzte das „Bürgerbündnis“ im Anschluss von einer erfolgreichen Demonstration und freute sich, dass sich die Polizei unter ihre Abschlusskundgebung gemischt habe. (anna 16.07.09)

In **Dresden** versammelten sich am 11. Juli 1.500 Menschen zu einer Trauerfeier für die am 1. Juli in einem Dresdener Gerichtssaal durch einen Nazi ermordete Marwa El Sherbin. (taz 13.07.09)

Nach dem Nazi-Mordversuch an Jonas K. in **Berlin** am 12. Juli versammelten sich am Abend des darauffolgenden Tages 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten zu einer Mahnwache am Tatort. In **Rostock** demonstrierten am selben Abend 80 Antifas gegen den Nazi-Mordversuch. Am 14. Juli griffen 200 militante Antifas in **Berlin-Friedrichshain** die Nazi-Disko Jeton an, die als ein Ausgangspunkt für den mörderischen Nazi-Terror berüchtigt ist. Am 18. Juli demonstrierten in **Berlin** 6.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen den Nazi-Terror. Die Polizei, die mit fünf Hundertschaften gegen die Demonstration aufmarschierte, griff die Antifas immer wieder mit Faustschlägen und Pfefferspray an. Mindestens zehn Antifas wurden vorläufig festgenommen. (taz 15.07., 16.07.09, jW 20.07.09)

1.000 Antifas demonstrierten am 1. August in **Bad Nenndorf** (Niedersachsen) gegen einen Aufmarsch von 900 Nazis. Mit einer Betonpyramide gelang es den Antifas, den Aufmarsch um sechs Stunden zu verzögern. In **Hamburg** konnten Antifas durch militante Angriffe auf Nazi-Busse die Anreise von 100

weiteren Nazis nach Bad Nenndorf verhindern. (jW 03.08.09)

Proteste gegen Bundeswehrgelöbnisse

Am 20. Juli protestierten in **Berlin** 400 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gegen ein Bundeswehrgelöbnis vor dem Reichstagsgebäude, das von 1.500 Polizisten und Feldjägern abgeschirmt wurde. (jW 22.07.09)

In **München** protestierten Anfang August 200 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gegen ein öffentliches Bundeswehrgelöbnis auf dem Marienplatz, das von 1.300 Polizisten geschützt wurde. (anna 13.08.09)

Zu den Streikkämpfen im ersten Halbjahr 2009

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung kam es im ersten Halbjahr 2009 zu insgesamt 350.000 Streiktagen. Zu den größeren Streikkämpfen zählte der Streik der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, an dem ca. 100.000 Lehrerinnen und Lehrer sich beteiligten und der hauptsächlich von Frauen getragen wurde, sowie der Streik der Erzieherinnen und Erzieher mit ca. 150.000 Beteiligten, der ebenfalls hauptsächlich von Frauen getragen wurde. (jW 18.08.09)

Militante Betriebsbesetzung in Südkorea

Aus Protest gegen ihre Entlassung besetzten bereits am 21. Mai 800 Arbeiterinnen und Arbeiter der Ssangyong-Autowerke in Pyeongtaek ihren Betrieb. Mitte Juli dann rückte ein

Großaufgebot von Polizei an. Mit 3.000 Polizisten vor den Werkstoren und Hubschraubern, aus denen hochkonzentriertes Tränengas auf die Streikenden abgefeuert wurde, kam es am 20. Juli zu einem ersten staatlichen Angriff. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wehrten sich mit Schüssen aus Luftgewehren und zündeten Autoreifen an. Mit auf Dächern montierten Stahlschleudern wurde die Polizei mit Bolzen und Schrauben unter Feuer genommen. Bei einer Solidaritätsdemonstration außerhalb des Betriebsgeländes entwickelten sich heftige Straßenschlachten mit der Polizei. Der Polizei gelang es unter Einsatz von Schlagstöcken, Gummigeschossen und Elektroschockpistolen, einen Großteil der besetzten Gebäude auf dem Betriebsgelände zu erobern. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verschanzten sich in einer Lackiererei. Nur wenige Tage später verstärkte sich das Polizeiaufgebot weiter. Anfang August standen den Streikenden 4.000 Polizisten gegenüber. Nach wie vor wurden mit permanenten Tränengasangriffen aus Hubschraubern die Streikenden terrorisiert. Mittlerweile waren bereits 110 Arbeiterinnen und Arbeiter verletzt worden. Die Polizei verweigerte zudem den Streikenden den Zugang zu Trinkwasser und medizinischer Versorgung. Am 5. August stürmte die schwerbewaffnete Polizei gegen den heftigen Widerstand der Werkstätigen das Betriebsgelände endgültig und beendete nach 77 Tagen die Betriebsbesetzung. Es folgte die größte Verhaftungswelle in Südkorea seit zwölf Jahren. Bei einer Protestaktion am 6. August gegen den Polizeiangriff wur-

den von Arbeiterinnen und Arbeitern auf dem Betriebsgelände rote Fahnen unter den Augen der Polizei gehisst. (jW 23.07., 24.07., 04.08., 07.08.09, Jungle World 06.08.09)

Wütende Proteste in Ägypten gegen den Nazi-Mord an Marwa El Sherbini

1.000 Menschen nahmen am 6. Juli in Ägypten an der Beerdigung von Marwa El Sherbini teil, die am 1. Juli im Dresdener Landgericht von einem Nazi mit 16 Messerstichen ermordet wurde. Unter Rufen wie „Nieder mit Deutschland“ entwickelte sich der Trauerzug zu einer Protestdemonstration gegen die Islamfeindlichkeit in Deutschland. (FR 07.07.09, taz 08.07.09)

Fabrikbesetzung in Großbritannien

Am 20. Juli besetzten 25 Arbeiter auf der britischen Insel Isle of Wight ein Betrieb des dänischen Windkraftanlagenbauers Vesta, um gegen die Betriebsstilllegung zu kämpfen. Die insgesamt 600 gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter hatten, kurz nachdem sie von der Betriebsstilllegung erfuhren, ein Widerstandskomitee gegründet. Die Besetzer wurden unterstützt durch hunderte angereiste Gewerkschafter und andere Aktivisten und durch Solidaritätsdemonstrationen in britischen Städten, so auch in London. Polizei und Werkschutz riegelten den Betrieb ab und verhinderten die Zufuhr von Lebensmitteln. Ein Gericht verbot die Besetzung. Nach 18 Tagen beendete die Polizei unter Protestdemonstrationen die Betriebsbesetzung. (jW 28.07., 08.08.09, taz 07.08.09)

Streiflichter: September–Oktober 2009

Massaker der Bundeswehr in Afghanistan

Am 4. September bombardierten auf Befehl des deutschen Oberst Klein NATO-Flugzeuge zwei kurz zuvor entführte und in einem Fluss steckengebliebene Tanklastwagen, an denen sich afghanische Zivilisten bereits mit Benzin versorgten. Bei dem mörderischen Bombardement kamen weit über 100 Menschen ums Leben, unter ihnen eine große Anzahl von Zivilisten.

Sofort nach diesem Massaker leugnete die Bundeswehr und mit ihr die deutsche Regierung, dass es zivile Opfer gegeben habe. Zudem wurde von offizieller Seite wahrheitswidrig behauptet, dass es weit weniger Todesopfer gegeben hatte. In den folgenden Tagen dann wurde dieses Massaker in der Öffentlichkeit als „militärisch notwendig und richtig“ verteidigt – trotz der zivilen Opfer, die nach und nach durch internationalen Druck eingestanden werden mussten.

(Zu diesem Verbrechen siehe genauer das Flugblatt von *Gegen die Strömung* „Bundeswehr-Massaker in Afghanistan“, 09/2009)

(jW 05.09., 08.09.09, FR 15.09.09)

Deutsche Kriegsmarine erschießt einen sogenannten „Piraten“

Am 7. September nahm eine deutsche Fregatte, die im Rahmen des EU-Einsatzes „Atlanta“ im Golf von Aden patrouilliert, ein Boot mit fünf sogenannte „Piraten“ unter Feuer. Einer der Bootsinsassen wurde dabei getötet.

(Die sogenannten „Piraten“ sind in der Mehrzahl ehemalige Fischer, die durch Überfischung ihrer Gewässer durch europäische Fangschiffe ihre Lebensgrundlage verloren hatten.) (FR 08.09.09)

Bundeswehreinsatz gegen Streikkämpfe werden vorbereitet

Im Zusammenhang mit dem Aufbau von Organisationen für die sogenannte „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ seit Januar 2007, die mittlerweile zu 80 Prozent abgeschlossen ist – es wurden 410 Kreis- und 31 Bezirkskommandos errichtet –, antwortete die Bundesregierung auf die Frage, ob Maßnahmen ergriffen würden, die ausschließen, „dass die ZMZ-Strukturen gegen Streikende und/oder Demonstrantinnen und Demonstranten herangezogen werden“, mit einem „Nein“. (jW 02.09.09)

Ausschnitte des Polizei- und Justizterrors

Am 12. September wurde auf einer Demonstration gegen Datenspeicherung und Videoüberwachung in Berlin, an der über 10.000 Menschen teilnahmen, ein Demonstrant von einem Polizisten mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen und von weiteren Polizisten misshandelt. Gegen den Demonstranten wurde von der Polizei Anzeige erstattet wegen angeblichen „Widerstands gegen Vollzugsbeamte“. Filmaufnahmen, die kurz darauf ins Internet gestellt wurden, konnten jedoch belegen, dass der Demonstrant völlig grundlos von der Polizei angegriffen wurde.

Zudem hatte die Polizei Aufzeichnungen des Mannes gestohlen, in denen ein wenige Augenblicke zuvor stattgefundener Polizeiübergriff während der Demonstration dokumentiert war. (taz 15.09., 16.09.09)

Wegen angeblicher Körperverletzung wurde am 6. Oktober in Bayern eine Antifaschistin zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Antifaschistin hatte an zwei Blockaden von Nazi-Aufmärschen in Gräfenberg teilgenommen. In Gräfenberg führen die Nazis seit zwei Jahren Monat für Monat einen Aufmarsch durch. (ak 16.10.09)

In Berlin wurde am 14. Oktober ein 30-jähriger Mann aus Italien zu einer Haftstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. Er hatte während einer Demonstration am 1. Mai angeblich 17 Flaschen geworfen, was, so die Richter, eine hohe Gewaltbereitschaft zeige. (jW 15.10.09)

Während der G-8-Proteste in Heiligendamm im Jahre 2007 wurde ein heute 38-jähriger Demonstrant gezielt mit einem Wasserwerfer ins Gesicht geschossen, woraufhin er auf einem Auge erblindete. Er erstattete Anzeige wegen schwerer Körperverletzung. Nach zwei Jahren stellte die Staatsanwaltschaft Rostock das Verfahren ein mit der Begründung, es sei nur ein Unfall gewesen. (taz 15.10.09)

Drei angebliche Mitglieder der „militanten Gruppe“ wurden Mitte Oktober in Berlin zu Haftstrafen von drei bzw. dreieinhalb Jahren verurteilt. Ihnen wurden 25 Anschläge auf staatliche Einrichtungen und Privatfirmen unterstellt. (jW 17.10.09)

Wegen des Wurfes einer halbgefüllten Plastikflasche auf einen Polizisten während einer Flughafendemo am ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof wurde am 21. Oktober ein 29-Jähriger zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt. (jW 22.10.09)

Polizei und Nazis gemeinsam gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

Drei Antifaschisten sollen im Oktober in Berlin vor Gericht gestellt werden wegen „Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz“. Die Antifaschisten hatten an einem Aktionstag gegen den Rassismus ein Plakat aufgestellt, auf denen Nazis abgebildet waren, und hätten somit laut Staatsanwaltschaft, deren Persönlichkeitsrechte verletzt. Die auf dem Plakat abgebildeten Nazis wurden von der Polizei per Post oder durch persönliche Besuche direkt aufgefordert, gegen die Antifas Strafanzeige zu stellen. (jW 10.09.09)

Aus Deutschland abgeschobene Flüchtlinge werden in Syrien inhaftiert

Im Januar 2009 trat ein zwischen dem deutschen Imperialismus und Syrien vereinbartes „Rückübernahmeabkommen“ in Kraft. 7.000 Flüchtlinge in Deutschland sollen mit diesem Abkommen nach Syrien abgeschoben werden.

Im August wurde die schwangere Abta Houran aus Deutschland nach Syrien abgeschoben und in Damaskus bereits am Flughafen verhaftet. Am 1. September wurde der Kurde Khalid Kenjo nach Syrien abgeschoben. Wenige Tage nach seiner Ankunft wurde er vom

syrischen Geheimdienst verhaftet. Am 8. Oktober wurde die seit 2001 in Deutschland lebende kurdische Familie Cindo nach Syrien abgeschoben. Die komplette Familie wurde in Damaskus noch auf dem Flughafen verhaftet und sitzt seitdem im Gefängnis.

(taz 12.10., 23.10.09)

Massenabschiebungen von Roma nach Kosova

Ein zwischen dem deutschen Imperialismus und Kosova vereinbartes „Rückübernahmeabkommen“ sieht die Abschiebung von insgesamt 10.000 Roma aus Deutschland nach Kosova vor.

Am 21. September – das Abkommen ist noch nicht in Kraft getreten – sollten bereits aus Nordrhein-Westfalen etwa 140 Roma abgeschoben werden. Ein Großteil von ihnen tauchte jedoch rechtzeitig unter oder war in der Lage, die Abschiebung mit anderen Mitteln zu verhindern. Der deutsche Imperialismus konnte „nur“ 30 Roma nach Kosova abschieben.

Die UNO-Verwaltung des Kosova hatte die Rücknahme von Roma stets verweigert. In Kosova sind die Roma in hohem Maße von rassistischen Überfällen bedroht. Zudem sind fast 100 Prozent aller Roma dort erwerbslos.

Rudko Kawczynski, Vorsitzender des europäischen Roma-Forums in Strasbourg, bezeichnete die Regierung des deutschen Imperialismus als die „romafeindlichste Regierung in Europa“.

(taz 23.09.09, jW 30.09.09, 16.10.09)

Repräsentanten des deutschen Imperialismus hetzen öffentlich gegen Menschen aus anderen Ländern

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Rüttgers (CDU), hetzte am 26. August in Duisburg gegen rumänische Werk tätige und lobte im gleichen Atemzug die „deutsche Arbeitsdisziplin“: „Im Unterschied zu den Arbeitnehmern hier im Ruhrgebiet kommen die Rumänen eben nicht morgens um sieben zur ersten Schicht und bleiben bis zum Schluss da. Sondern sie kommen und gehen, wann sie wollen, und wissen nicht, was sie tun.“ (taz 05.09.09)

Das Vorstandsmitglied der Bundesbank, Sarrazin (SPD), hetzte in einem Interview insbesondere gegen die muslimische Bevölkerung in Deutschland. Unter anderem hetzte er gegen die Türken, die angeblich Deutschland erobern und gegen die Araber, die „ständig neue kleine Kopftuchmädchen“ produzieren. (taz 10.10.09)

Massiver Polizeischutz für Nazi-Mörder

Seit der Einverleibung der DDR haben Nazis in Deutschland bereits weit über 100 Menschen ermordet. Am 1. Juli 2009 konnte ein Nazi selbst im Dresdener Landgericht eine Frau aus Ägypten mit 16 Messerstichen ermorden. Besondere Sicherheitsvorkehrungen für die Frau waren vom deutschen Staatsapparat nicht in die Wege geleitet worden.

Ende Oktober begann, ebenfalls im Dresdner Landgericht, der Prozess gegen diesen Nazi-Mörder. Bereits im Vorfeld wurde behauptet,

dass er gefährdet sei, und diese Gefährdung sei sogar relativ hoch. Also wird das Gebäude während des Prozesses komplett abgeriegelt, Sicherheitsschleusen wurden errichtet, im Verhandlungssaal wurde eine 2,50 Meter hohe Sicherheitsglasscheibe eingebaut und täglich werden 200 Polizisten zur Sicherheit des „Gefährdeten“ eingesetzt – der sich wieder so sicher fühlte, dass er bereits am dritten Verhandlungstag im Gerichtssaal randalieren konnte.

(taz 20.10.09, jW 29.10.09)

Polizeipropaganda für Nazis

Nachdem im Wahlkampf zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen die NPD die Todesstrafe für Kindermörder gefordert hatte, erschien darauf Bezug nehmend im thüringischen *Polizeispiegel*, der Mitgliederzeitung der Deutschen Polizeigewerkschaft, der Kommentar, dass man „der Forderung nach härteren Strafen aus logischer Sicht beipflichten“ muss. Weiter hieß es: „Wenn die Thüringer Wähler dieses Mal noch den Einzug der Nationalen im Landtag nur knapp verhindern konnten; in Sachsen sind sie noch vertreten.“ (taz 28.10.09)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 6. September verübten Nazis in **Wittstock** (Brandenburg) einen Brandanschlag auf einen Döner-Imbisslokal. (Jungle World 17.09.09)

In der Nacht zum 9. September verübten Nazis in **Freiburg** (Niedersachsen) einen Brandanschlag auf das Autonome Zentrum KTS Freiburg. (jW 10.09.09)

In **Hannover** wurden am 18. September zwei Männer mit dunkler Hautfarbe von drei Nazis rassistisch beleidigt und anschließend angegriffen. (Jungle World 01.10.09)

In **Erkner** (Brandenburg) wurde am 18. September ein Mann aus Kuba von drei Nazis rassistisch beschimpft, bewusstlos geschlagen und ausgeraubt. (Jungle World 01.10.09)

In der Nacht zum 4. Oktober warfen Nazis in **Beilrode** (Sachsen) mit Pflastersteinen die Schaufensterscheiben eines von einem Vietnamesen betriebenen Geschäftes ein. Es war bereits der siebente Nazi-Überfall auf den Ladenbesitzer. (Jungle World 15.10.09, anna 22.10.09)

Am 4. Oktober wurde nach einem Fußballspiel in **Leipzig** ein Jugendlicher von einem Nazi mit dem Auto frontal angefahren und schwer verletzt. Nur drei Wochen später kam es in Leipzig nach einem Fußballspiel zu einem Überfall von 50 Nazis auf die Anhänger der gegnerischen Mannschaft. Die Nazis machten mit Zaunlatten und Stangen Jagd auf sie. Mindestens drei Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. (taz 07.10., jW 28.10.09)

Am 17. Oktober wurde in **Magdeburg** ein Mann aus dem Iran von mehreren Nazis zusammengeschlagen. (Jungle World 22.10.09)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Laut Presseberichten kam es in den Monaten August und September zu mindestens 23 Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen gegen den alltäglichen Nazi-Terror und gegen 11 Nazi-Aufmärsche.

In **Dortmund** protestierten am 5. September 4.000 Menschen gegen eine Kundgebung von 1.000 Nazis. An einem von der Stadt organisierten Friedensfest gegen Nazis nahmen 5.000 Menschen teil. 4.500 Polizisten sorgten mit Schlagstock- und Pfeffersprayangriffen gegen die Antifas dafür, dass die Nazis ihre Kundgebung abhalten konnten. Etwa 300 Antifas wurden von der Polizei festgenommen. (jW 07.09.09)

Am 11. September protestierten in **Hamburg** 5.000 Menschen gegen eine Nazi-Kundgebung, auf der gegen das traditionelle linke Schanzenfest gehetzt wurde. Im Anschluss kam es zu Kämpfen von Antifaschistinnen und Antifaschisten mit der Polizei, die die Nazis schützte. Die Polizei gab dabei mehrere Schüsse ab. (jW 14.09.09)

1.000 Antifas protestierten am 12. September in **Pößneck** (Sachsen) gegen 450 Nazis, die sich dort zu einem „Fest der Völker“ zusammenrotteten. Mit Sitzblockaden gelang es, den Beginn der Nazi-Veranstaltung hinauszuzögern. (jW 14.09.09)

Am selben Tag protestierten in Hannover 4.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 2.000 Polizisten geschützt wurde. Die Polizei ging mit Schlagstock- und Pfeffersprayangriffen gegen die Antifas vor. (jW 14.09.09)

Mit Sitzblockaden und in Brand gesetzte Container versuchten am 10. Oktober 1.000 Antifas in **Berlin** einen Aufmarsch von 800 Nazis zu verhindern, der von 1.000 Polizisten gewaltsam vor den Protesten geschützt wurde. (jW 12.01.09)

In **Leipzig** konnten am 17. Oktober 2.000 Antifas mit mehreren Sitzblockaden einen Aufmarsch von 1.000 Nazis verhindern. Die Polizei sah sich gezwungen, den Nazi-Aufmarsch für beendet zu erklären. (jW 19.10.09)

Bundesweite Streikkämpfe der Reinigungskräfte

Nach mehreren Warnstreiks begann am 20. Oktober mit 2.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der bundesweite Streikkampf der Gebäudereiniger für einen neuen Mindestlohnvertrag und eine betriebliche Altersversorgung. Insgesamt sprachen sich in der Urabstimmung über 96 Prozent der abgegebenen Stimmen für den Streikkampf aus.

Während des Streikkampfs hatten sich die Kämpfenden auch erfolgreich gegen Streikbruchaktionen gewehrt. Unterstützung erhielten sie bei VW im hessischen Baunatal von den dort ausgebeuteten VW-Arbeiterinnen und -Arbeitern. Solidarische Unterstützung erhielten sie in Berlin auch von Studentinnen und Studenten, die sich im Bildungstreik befinden.

Nach zweiwöchigem Streik, an dem sich insgesamt 6.000 Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger wiederholt beteiligten, wurde der Streik erfolgreich beendet. (taz 21.10., 30.10.09, jW 23.10., 28.10.09, FR 29.10.09)

Ausschnitte der Kämpfe von Flüchtlingen und Antirassistinnen und Antirassisten in anderen Ländern

In **Griechenland** begann am 22. September eine Revolte von über 600 Flüchtlingen, die

auf der Insel Lesbos in einem Flüchtlingslager interniert sind. Die Flüchtlinge demontierten die Zellengitter und steckten Matratzen in Brand. Bereits im August und Anfang September diesen Jahres führten die Flüchtlinge dort zwei Hungerstreiks durch, mit denen sie für die Auflösung des Lagers kämpften. Ende August besetzten Antirassistinnen und Antirassisten aus mehreren europäischen Staaten das Dach des Internierungslagers und forderten dessen sofortige Auflösung. (taz 01.09., 24.09.09)

In **Dänemark** wurden in den frühen Morgenstunden des 2. September 22 Flüchtlinge aus dem Irak abgeschoben. Um die Abschiebung noch zu verhindern, versammelten sich mitten in der Nacht hunderte alarmierte Antirassistinnen und Antirassisten von der Polizei bewusst in die Irre geführt am falschen Flughafen in Kopenhagen – die tatsächliche Abschiebung fand von einem 170 Kilometer entfernten Flughafen statt. Noch am selben Abend protestierten in sechs Städten Dänemarks 10.000 Menschen gegen die Abschiebung. Fünf der Abgeschobenen sind in Irak bereits am Flughafen in Bagdad festgenommen worden. (taz 03.09., 04.09.09)

Am 16. Oktober traten 255 Flüchtlinge aus Sri Lanka in den Hungerstreik, am Tage zuvor drohten sie sich in die Luft zu sprengen, falls **Australien** ihnen kein Asylschutz gewährt. Sie werden auf Wunsch der australischen Regierung von der indonesischen Regierung im Hafen der indonesischen Stadt Merak auf einem Fischerboot festgehalten. Eine andere Gruppe von 78 Flüchtlingen aus

Sri Lanka, die auf einem australischen Schiff festgehalten werden, drohte aus den gleichen Gründen an, sich gemeinsam das Leben zu nehmen. (taz 17.10., 29.10.09)

Um sich gegen eine drohende Abschiebung aus **Österreich** zu wehren, trat am 7. August ein Flüchtling aus Indien in den Hungerstreik. Am 14. September verstarb er in der Zelle einer Abschiebehaftanstalt in Wien. (FR 15.09.09)

In **Frankreich** begann am 12. Oktober die dritte Streikwelle der „Sans papiers“ mit 2.000 Streikenden im Großraum Paris. An einer Unterstützerdemonstration zwei Tage zuvor beteiligten sich 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und an einer gewerkschaftlichen Großveranstaltung am 11. Oktober nahmen 2.500 „Sans papiers“ teil. Die Streikenden kämpften insbesondere um eine Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus. Im April 2008 begann die erste Streikwelle, im Herbst 2008 die zweite – einzelne Streiks der zweiten Welle dauern bis heute an. (anna 22.10.09)

Proteste von Studentinnen und Studenten in Österreich

Ende Oktober begannen in Österreich Proteste von tausenden Studentinnen und Studenten gegen die Studienbedingungen im Land. Neben Demonstrationen – allein am 28. Oktober gingen in Wien Zehntausende Studierende auf die Straßen – wurden eine Reihe von Hörsälen in Hochschulen in Wien, Graz und anderen Städten besetzt. (FR 29.10.09)

Streiflichter: November–Dezember 2009

Verlängerung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr in anderen Ländern

Am 3. Dezember verlängerte der Bundestag den Kriegseinsatz der Bundeswehr in **Afghanistan** um weitere zwölf Monate. Der außenpolitische Sprecher der FDP, Stinner, bekundete in diesem Zusammenhang, dass der Krieg in Afghanistan „im nationalen deutschen Interesse“ sei. (jW 04.12.09)

Ebenfalls im Dezember verlängerte der Bundestag den Einsatz der deutschen Kriegsmarine vor der Küste von **Libanon** und vor der Küste **Ostafrikas** sowie den Einsatz deutscher Truppen in **Bosnien-Herzegowina**. (taz 05.12.09, FR 18.12.09, jW 19.12.09)

Bereits Ende November gab der deutsche Kriegsminister zu Guttenberg (CSU) auf einer Veranstaltung der reaktionären Hanns-Seidel-Stiftung bekannt, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr zukünftig zur Routine gemacht werden sollen. Diese Einsätze, so zu Guttenberg, müssten zu einer Selbstverständlichkeit werden. (taz 21.11.09)

Steigerung der Rüstungsexporte: Im Jahre 2008 genehmigte die deutsche Regierung Waffenexporte im Höhe von 5,78 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 36,5 Prozent entspricht. Der deutsche Imperialismus ist nach wie vor der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und heizt die Kriege in der Welt auch auf diese Weise weiter an – wie z. B. in Kaschmir, um das Indien und Pakistan seit Jahrzehnten militärische Auseinandersetzungen führen: An

Indien verkaufte der deutsche Imperialismus Waffen im Wert von 52 Millionen Euro, an Pakistan im Wert von 93 Millionen Euro. (jW 15.12.09)

Ausbildung deutscher Soldaten anhand von „Erfahrungen“ und „Lehrmaterial“ der Nazi-Wehrmacht

Laut einer Studie der Universität Hamburg werden seit Jahren für die Grundausbildung der Soldaten des deutschen Imperialismus zwei Bücher verwendet, „Einsatznah ausbilden“ und „Üben und schießen“, in denen die „Erfahrungen“ der Nazi-Wehrmacht als „zeitlos“ gültige Lehren in der Ausbildung propagiert werden. Diese Ausbildung erfolgt nicht nur anhand von Szenarien von Winterkämpfen in der Sowjetunion und der Landung in der Normandie, sondern greift auch zurück auf Ausbildungstexte und Heeresdienstvorschriften der Nazi-Wehrmacht, die umstandslos wiedergegeben werden. (taz 08.12.09)

Deutscher Imperialismus für Eingriffe in die nationale Souveränität anderer EU-Staaten

Im Zusammenhang mit der schwierigen finanziellen Lage Griechenlands forderte bereits Mitte Dezember Bundeskanzlerin Merkel Eingriffe in die nationale Souveränität hochverschuldeter EU-Staaten, in denen die Regierung nicht fähig ist, kapitalnotwendige „soziale Reformen“, d. h. den Abbau von sozialen Leistungen, durchzusetzen – auch wenn, so Merkel, sich „nationale Parlamente nur ungern etwas vorschreiben lassen“. (FR 11.12.09)

Beginn einer Kampagne des deutschen Staatsapparates gegen demokratische und antifaschistische Kräfte

Nach Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes Berlin und Hessen Mitte November über „linke Gewalt“ (als Straftat zählt laut Berliner Verfassungsschutz auch „Gewalt gegen rechts“) begann eine breite Kampagne gegen linke und demokratische Kräfte. Ende November kündigte die Bundesregierung an, die Strafen für Angriffe auf die Polizei zu verschärfen. Das Land Berlin initiierte die Erstellung einer zweiten Studie zu „linker Gewalt“, um eine Ächtung dieser Gewalt zum „Allgemeingut“ zu machen. Der Berliner Innensenator Körting (SPD) setzte antifaschistische Gewalt mit dem alltäglichen Nazi-Terror in Deutschland gleich. Die Bild-Zeitung attestierte, Berlin sei „im Visier des linken Terrors“. Mitte Dezember gab die Bundesfamilienministerin Köhler (CDU) bekannt, staatliche Mittel gegen Nazi-Terror zu kürzen und verstärkt „gegen Linksextremisten vorgehen“ zu wollen. Kurz darauf meldete die Bild-Zeitung aus einer unveröffentlichten Statistik des BKA, dass „links motivierte Gewalt“ in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 um ca. 50 Prozent gestiegen sei.

In Hamburg ermittelt seit Mitte Dezember die Bundesanwaltschaft sogar wegen Mordversuchs, nachdem Anfang Dezember Autonome gegen eine Polizeiwache militant vorgehen. Hamburg und Berlin gaben bekannt, gemeinsam gegen „linke Gewalt“ vorgehen zu wollen. Der Hamburger Verfassungsschutz ereiferte

sich Ende Dezember, dass „linksextremistische Gewalt“ eine neue Dimension erreicht hätte.

(jW 12.11., 08.12., 09.12., 29.12.09, taz 25.11., 17.12., 19.12., 21.12.09, FR 16.11.09)

Polizei und Nazis gemeinsam gegen Antifaschisten

Nachdem am 22. September eine Auseinandersetzung zwischen Antifaschistinnen und Antifaschisten mit Nazis in Stuttgart mit einigen leicht verletzten Nazis endete, erhielten einige der Nazis im Anschluss Besuch vom Staatsschutz. Der Staatsschutz legte ihnen Fotos von Stuttgarter Antifaschistinnen und Antifaschisten vor. Nachdem die Nazis einen Antifaschisten beschuldigt hatten, wurde dessen Wohnung von vermummten Einsatzkräften gestürmt und durchsucht. Der Antifaschist wurde in Untersuchungshaft gesetzt.

Kurz nach der Auseinandersetzung am 22. September griffen ca. 30 Nazis ungestört unter den Augen der Polizei mehrere Menschen aus anderen Herkunftsländern mit Schlagstöcken, Eisenstangen und Messern an.

(jW 17.11.09)

Zentrale Erfassung von Daten 40 Millionen Erwerbstätiger

Am 1. Januar 2010 beginnt der Aufbau des „Elektronischen Entgeltnachweises“, einer Datenbank, in der personenbezogenen Daten von 40 Millionen Erwerbstätigen zentral erfasst werden sollen. Der Fragebogen, der an die Unternehmen geschickt wird umfasst 40 Seiten. Abgefragt und damit zentral gespeichert werden nicht nur Angaben zum

Entgelt, sondern auch Abmahnungen, „Fehlverhalten“, Kündigungsgründe und die Teilnahme an Streikämpfen. Die, die den Fragebogen ausfüllen, die „Arbeitgeber“, so eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums, „kommen an diese Daten nicht heran“. Nach massiver Kritik soll Teilnahme an Streikämpfen so erfasst werden, dass eine direkte Zuordnung angeblich nicht möglich sein soll. Die Datenbank soll 2012 einsatzbereit sein. (taz 30.11., 28.12.09)

Opel-Betriebsratsführer Franz und CDU-Ministerpräsident von Hessen Koch – Hand in Hand für „unser Land“

Nachdem General Motors sich Anfang November gegen einen Verkauf seines Tochterunternehmens Opel ausgesprochen hatte, setzte die IG-Metall am 5. November in Rüsselsheim eine Kundgebung mit mehreren tausend Arbeiterinnen und Arbeiter in Szene, auf der Hessens Ministerpräsident Koch auftreten konnte. Opel-Betriebsratsvorsitzender Franz bekannte gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeiter, dass er „stolz und froh“ sei, Koch als Redner gewonnen zu haben. „Das ist ein Zeichen dafür, dass wir traditionelle Schubladen überwinden müssen, wenn es um unsere Zukunft und um unser Land geht“, verkündete er in Tradition der nazistischen Volksgemeinschaftsideologie.

Koch lobte die Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre „Bereitschaft“, für den potentiellen Investor Magna jährlich auf über 175 Millionen Euro Lohn zu verzichten und damit den Flächentarifvertrag der Metallindustrie deutlich

zu unterbieten. Er zog den Schluss: „Das ist eine gesellschaftspolitisch neue Dimension, die wir bei Gewerkschaften und Arbeitnehmern so bisher noch nicht hatten und die nicht verlorengehen darf“. Koch forderte die versammelten Werk tätigen auf: „Bleiben sie bei ihrer Arbeitnehmervertretung. Arbeitnehmer, die fähig sind, Kompromisse zu machen, sind ein hohes Gut.“ (jW 06.11.09)

Kein Verfahren gegen Dresdener Richter und Polizisten wegen Nazi-Mord

Mitte November wurde in Dresden der Nazi-Mörder, der Marwa El Sherbini im Dresdener Landgericht ermordet hatte, zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Ein anschließendes Ermittlungsverfahren gegen zwei Dresdener Richter wegen mangelnder Sicherheit während des Prozesses, auf dem der Nazi-Mord stattfinden konnte, wurde Ende Dezember eingestellt.

Ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen einen Dresdener Polizisten, der während des Nazi-Mordes den Ehemann der Ermordeten anschoß, wurde Ende Dezember ebenfalls eingestellt.

(taz 12.11.09, FR 31.12.09, ND 30.12.09)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Ende Oktober verübten Nazis in Zwickau (Sachsen) einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Die 15 Flüchtlinge in der Unterkunft konnten noch rechtzeitig evakuiert werden. (Jungle World 05.11.09)

In der Nacht zum 8. November überfielen mehrere Nazis zum zweiten Male innerhalb

eines halben Jahres eine von 150 Flüchtlingen bewohnte Unterkunft in **Harbke** (Sachsen-Anhalt). (Jungle World 19.11.09)

In **Göttingen** (Niedersachsen) wurde am 14. November eine Muslimin aus Syrien von vier Nazis aufgrund ihres Kopftuchs überfallen, rassistisch beschimpft und geschlagen. (taz 20.11.09)

Am 15. November wurde in **Hamburg** ein Mann aus Portugal von einem Nazi brutal überfallen und lebensgefährlich verletzt. Das Opfer musste im Krankenhaus einer Notoperation unterzogen werden. (taz 17.11.09)

In der Nacht zum 23. November verübten in **Schneeberg** (Sachsen) Nazis einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Sieben Flüchtlinge mussten mit Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus. (jW 24.11.09)

Ein 18-jähriger Mann aus der Türkei wurde Ende Dezember in **Viersen** (Nordrhein-Westfalen) von drei Nazis überfallen und mit Tritten in den Magen schwer verletzt. (FR 28.12.09)

Nach offiziellen Angaben wurden allein im Oktober 48 Menschen durch Nazi-Überfälle verletzt. In den Monaten Januar bis September dieses Jahres wurden 528 Menschen durch Nazi-Überfälle verletzt. Laut BKA finden jeden Tag zwei bis drei Nazi-Gewalttaten statt und jeden Monat drei antisemitische Gewalttaten. (jW 23.12.09, Jungle World 26.11.09, FR 18.12.09)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Laut Presseberichten kam es in den Monaten November und Dezember zu mindestens

sieben Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche und Nazi-Terror.

In **Friedberg** (Hessen) gelang es am 7. November mehreren hundert Antifas mit Blockadeaktionen über drei Stunden einen Aufmarsch von ca. 100 Nazis zu verhindern. Die Nazis wurden dann von der Polizei umgeleitet. Von 300 Antifas wurden die Personalien aufgenommen. (FR 09.11.09)

In **Wunsiedel** (Bayern) protestierten tausend Menschen gegen einen Aufmarsch von 850 Nazis der NPD. (taz 16.11.09)

Mehrere Antifas griffen in **Berlin** am 19. November eine berüchtigte Nazi-Kneipe an und konnten einigen Sachschaden hinterlassen. (jW 21.11.09)

Insgesamt nahmen 3.000 Antifas am 21. November in **Berlin** an der diesjährigen Silvio-Maier-Demo teil, auf der an den Nazi-Mord an Silvio Maier im Jahre 1992 erinnert wurde. (jW 23.11.09)

Gegen einen Aufmarsch von 250 Nazis in **Königs Wusterhausen** (Brandenburg) demonstrierten am 5. Dezember über 600 Antifas. (jW 07.12.09)

Proteste gegen den staatlichen Abschiebeterror

In **Neuss** (Nordrhein-Westfalen) demonstrierten am 28. November 200 Antirassistinnen und Antirassisten gegen das dortigen Frauenabschiebegefängnis. (jW 30.11.09)

Über 3.000 Flüchtlinge und Unterstützerinnen und Unterstützer setzten sich am 2. Dezember in **Bremen** mit einer Demonstration u. a.

für die Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht ein. (anna 17.12.09)

In **Hannover** demonstrierten am 5. Dezember 150 Menschen, überwiegend Flüchtlinge aus Syrien, gegen das deutsch-syrische Abschiebeabkommen. (anna 17.12.09)

Streikkämpfe bei Daimler

Gegen die drohende Verlagerung von Teilen der Produktion haben in Stuttgart-Sindelfingen am 1. Dezember 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, unter ihnen Beschäftigte aus anderen Metallbetrieben, mit einer ersten Kundgebung vor den Werkstoren protestiert. Nur einen Tag später legten 4.000 Werktätige in einem Spontanstreik die Arbeit nieder und zogen vor das Verwaltungsgebäude. Die Proteste weiteten sich in den kommenden Tagen aus und griffen auch auf andere Daimler-Betriebe über. Es kam zu wiederholten mehrstündigen Kundgebungen, zu Demonstrationen und Informationsveranstaltungen. Bereits in der zweiten Dezemberwoche standen in weiteren Betrieben wie in Rastatt und Bremen die Bänder wegen Materialmangels still. Die Konzernführung musste daraufhin einer Vereinbarung zustimmen, nach der die Jobs aller 37.000 Beschäftigten in Sindelfingen bis zum Jahre 2020 erhalten bleiben. (jW 02., 03., 04., 08., 09.12.09, FR 10.12.09)

Betriebsblockade bei OHS Kunststoffverarbeitung in Bad Salzflen

Während eines Betriebsurlaubs über Weihnachten und Neujahr ging ein Arbeiter der 30-köpfigen Belegschaft der OHS Kunststoff-

verarbeitung in Bad Salzuflen am 19. Dezember am Werksgelände vorbei und musste feststellen, dass die Maschinen demontiert wurden. Er informierte seine Kollegen. Als zwei Tage darauf Laster anrollten, um die Maschinen abzutransportieren, stand die Belegschaft vor dem Betrieb, blockierte die Laderampe und verhinderte den Abtransport.

Trotz einer noch am selben Tag ergangenen Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 250.000 Euro für jeden einzelnen der Blockierer bei Aufrechterhaltung der Blockade und trotz eines Polizeieinsatzes hielten die Beschäftigten die Blockade, mittlerweile unterstützt von hundert Kolleginnen und Kollegen aus umliegenden Betrieben, über zwei Tage aufrecht. Die Betriebsleitung musste daraufhin erklären, über die Feiertage nichts abzutransportieren. Die Belegschaft erklärte ihrerseits, den Betrieb weiter rund um die Uhr zu bewachen. (jW 23., 24.12.09)

Kämpferischer Bildungsstreik

Im November begannen im ganzen Land ausgedehnte Proteste von Studentinnen und Studenten gegen die Bildungsmisere. Bereits zwei Wochen vor dem „offiziellen“ Bildungsstreikbeginn am 17. November fanden, angeregt durch die Studentenproteste in Österreich, erste Uni-Besetzungen statt. Hörsäle in Heidelberg, Münster, Potsdam, Darmstadt und andern Städten wurden besetzt. Von Anfang an wurde deutlich, dass die Uni-Leitungen sich nicht scheuten, die Polizei gegen die Studenten aufmarschieren zu lassen, die einige der besetzten Hörsäle kurzer-

hand räumte. Dessen ungeachtet erfolgten weitere Besetzungen. In der FU Berlin vermittelten Studentinnen und Studenten aus Österreich ihre Erfahrungen bei der Besetzung der Uni Wien. Mitte November schon liefen in über 50 Hochschulen in Deutschland Besetzungsaktionen.

Am 17. November gingen die Studentinnen und Studenten auf die Straße, um auch mit Demonstrationen für ihre Forderungen zu kämpfen. In mehr als 60 Städten demonstrierten über 85.000 Studierende, Lehrerinnen und Lehrer sowie Auszubildende. In Leipzig demonstrierten am 24. November 10.000 Studierende gegen eine Konferenz der Hochschulleitungen.

Die Uni-Leitung in Frankfurt am Main ließ am 2. Dezember, nur zwei Tage nach der Besetzung des Casinos, die Polizei aufmarschieren, die in die Universität eindrang, mit Fußtritten und Schlagstockeinsatz die Studierenden vertrieb und in den folgenden Tagen das Universitätsgelände bewachte. Ende Dezember mussten unter dem Druck der Polizei auch Besetzungen in Bochum, Hamburg, München und Würzburg beendet werden.

(jW 09., 12., 18., 25.11.09, 04., 08., 24.12.09, FR 12.11.09, taz 23., 29.12.09, ND 30.12.09)

Massiver Streikkampf der Sans papiers in Frankreich

Die im Oktober begonnenen Kämpfe der Sans papiers in Frankreich setzten sich im November und Dezember fort. Im Raum Paris beteiligten sich Ende Oktober/Anfang November 4.000 lohnabhängige „Papierlose“ an

Streikkämpfen und Betriebsbesetzungen. Ihre Zahl steigert sich im Dezember auf 5.000. Insgesamt waren über 1.250 Unternehmen von den Kämpfen betroffen. Über 50 Betriebe wurden besetzt. Die Sans papiers kämpfen vor allem um eine Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus. (anna 05.11., 09.11.09)

Proteste in Dänemark gegen UN-Klimakonferenz

Mitte Dezember beteiligten sich in Dänemark 100.000 Menschen über mehrere Tage an Protesten gegen die UN-Klimakonferenz. Die Protestierenden waren von Anfang an mit massivem Polizeiterror konfrontiert. Mit großen Polizeikesseln und Massenverhaftungen von fast zweitausend Protestierenden, unter ihnen Kinder, versuchte die Polizei die teilweise kämpferischen Proteste, zu unterdrücken. (taz 14., 15., 16., 17.12.09)

Militanter Generalstreik in Nepal

Nachdem die KP Nepals (Maoisten) aus Protest die Regierung verlassen hatte, entwickelte sich eine breite Massenbewegung gegen die Regierung. Nach großen Protestdemonstrationen, Blockaden und Kampagnen, u. a. besetzten Aktivistinnen und Aktivisten der KPN(M) mehrere hundert Hektar Ackerland, um den Boden an landlose Bauern zu verteilen, begann am 20. Dezember ein dreitägiger Generalstreik. Bereits zu Beginn des Streiks, der das ganze Land erfasst hatte, kam es zu schweren Kämpfen mit der Polizei, die schon am ersten Tag 120 Streikende festnahm. Die Kämpfe setzten sich auch in den folgenden Tagen fort. (jW 17.12., 22.12.09)

2010

Bundeswehr tötet und verletzt erneut Zivilisten in Afghanistan

Am 15. Januar wurde in Afghanistan ein Zivilist von Bundeswehrsoldaten durch Schüsse verletzt. Nur zwei Tage später wurden mehrere Zivilisten in einem Auto von deutschen Soldaten unter Feuer genommen. Zwei Fahrzeuginsassen wurden dabei verletzt, einer von ihnen starb kurz darauf im Krankenhaus. (taz 16.01.10, 18.01.10)

Der Einsatz der Armee des deutschen Imperialismus in Afghanistan wurde vom Bundestag am 26. Februar um ein weiteres Jahr verlängert. Gleichzeitig wird die Anzahl der deutschen Soldaten in Afghanistan um 850 auf 5.350 erhöht. (FR 27.02.10)

Deutscher Oberst wird „Afrika-Chef“ im „Entwicklungshilfeministerium“

Oberst Eggelmeyer soll im März im „Entwicklungshilfeministerium“ Chef der Abteilung 03 werden, das bislang für Nahost und Afrika zuständig war. Er soll „möglicherweise“ auch für die Absicherung des „zivilen Aufbaus“ in Afghanistan eingesetzt werden.

Eggelmeyer ist Ex-Kommandeur des Panzerbataillons 33, das vor drei Jahren in Afghanistan Symbole auf ihre Fahrzeuge angebracht hatte, die dem Wappen des „Afrika-Korps“ der Nazi-Wehrmacht ähnelten. Eggelmeyer hatte zudem 1989 mit ehemaligen Soldaten der Nazi-Wehrmacht den „Freundeskreis Panzerbataillon 33“ gegründet. Ins „Entwicklungshilfeministerium“ berufen wurde

er von Minister Niebel (FDP), der im Januar diesen Jahres Hilfsorganisationen eröffnete, nur an diejenigen Helfer Geld auszugeben, die mit der Bundeswehr kooperieren.

(jW 19.02.10)

Bundeswehreinmärsche in Deutschland

In Trollenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) fand Ende 2009 ein Manöver der deutschen Luftwaffe statt, das laut Medienberichten die „größte Kampfübung in der Geschichte der deutschen Luftwaffe“ war. Ein Oberst der Bundeswehr teilte mit, dass die „gesamte Bandbreite von Luftkriegsoperationen geprobt wurde“. Von Trollenhagen aus werden 95 Prozent der Versorgungsflüge für die deutschen Truppen in Afghanistan abgewickelt. (jW 08.01.10)

Während der Münchener „Sicherheitskonferenz“ Anfang Februar wurden 330 Soldaten und eine unbekannte Anzahl von Feldjägern „eingesetzt“. (jW 30.01.10)

Im Jahre 2009 stieg die Zahl der Einsätze der Bundeswehr im Inland im Rahmen der sogenannten „Amtshilfe“ von 31 auf 44. Noch in den Jahren 1996 bis 1999 kam es zu jeweils „nur“ einer „Amtshilfemaßnahme“. Mittlerweile gibt es keine Großereignisse mehr ohne Beteiligung der Bundeswehr – große Sportveranstaltungen, Staatsbesuche, Gipfelkonferenzen und ihre Gegendemonstrationen, das Oktoberfest in München, das 1.000jährige Domjubiläum in Mainz; diese weitere Militarisierung gerade auch des öffentlichen Lebens mit dem Ziel, die Bevölkerung an diese Inlandseinsätze zu gewöhnen, dienen der

Vorbereitung von direkten Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Inland. (jW 23.02.10)

Bei Veranstaltungen und Vorträgen in Schulen und Berufsschulen wurden im Jahre 2009 über 400.000 Schülerinnen und Schüler von der Bundeswehr beworben. Das Kultusministerium Baden-Württemberg hat im Dezember letzten Jahres eine „Kooperationsvereinbarung“ mit der Bundeswehr getroffen und empfiehlt Lehrerinnen und Lehrern unumwunden Militärangehörige in die Schulen einzuladen. (jW 13.02.10)

Staatliche Repressionen gegen demokratische und antifaschistische Kräfte und Proteste dagegen

Bundesfamilienministerin Köhler (CDU) gab Ende Januar bekannt, dass geplant sei, Initiativen gegen Nazismus und Rassismus, die Anträge auf öffentliche Gelder stellen, zukünftig vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. (jW 01.02.10)

Am 19. Januar wurden in Berlin und Dresden Großrazzien der Polizei gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten durchgeführt, die zu Demonstrationen und Blockaden gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 13. Februar aufgerufen und mobilisiert hatten. Vorwand der Razzien war ein antifaschistisches Plakat, das zur Blockade der Nazis aufrief. Dieser Aufruf zur Verhinderung des Nazi-Aufmarschs stellte in den Augen des Staatsapparates eine Straftat dar. Die Polizei beschlagnahmte mindestens 7.000 Plakate, bis zu 30.000 Flyer sowie Computer. Noch am selben Abend demonstrierten 500 Antifas in

Berlin und 170 in Leipzig gegen den Staatsterror. Wenige Tage später, am 22. Januar, wurde das Internetportal „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ durch eine Verfügung des Landeskriminalamtes Sachsen gesperrt. (jW 20.01.10, 25.02.10, taz 21.01.10)

Nachdem am 22. Januar in der Göttinger „Ausländerbehörde“ ein Wasserkocher explodierte, woraufhin die Teeküche brannte, behauptete kurz darauf die Polizei, es sei ein „Brandanschlag“ gewesen. Die Spuren würden in die linke Szene führen. Ganze fünf Tage nach dem Brandanschlag wurden dann Spürhunde eingesetzt, die die Polizei prompt zu einem stadtbekanntem linken Wohnprojekt führten. Nachdem die Hunde in einigen der Zimmer losbellten, wurden gegen vier Bewohner ein Ermittlungsverfahren wegen „Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion“ eingeleitet. Noch während der Durchsuchung des linken Wohnprojekts demonstrierten in Göttingen 200 Linke gegen den Polizeiterror. Nur wenige Tage später demonstrierten erneut 450 Menschen in Göttingen gegen die Durchsuchung des Wohnprojekts. Die Demonstrierenden wurden von der Polizei mit Pfefferspray und Schlagstöcken angegriffen. (jW 30.01., 01.01., 06.02.10)

Massiver Anstieg von „Sperrzeiten“ gegenüber Erwerbslosen

Während in den Jahren vor 2008 durchschnittlich 300.000 „Sperrzeiten“ pro Jahr gegenüber Erwerbslosen, die Arbeitslosengeld erhalten, verhängt wurden, stieg die Zahl im Jahre 2008 auf 560.000 und im Jahre

2009 auf 843.000 an. Die „Sperrzeiten“, in denen Erwerbslose aufgrund von sogenannten „Regelverstößen“ kein Geld erhalten, summieren sich im Jahr 2009 zusammengenommen auf 70.000 Jahre. Erwerbslose, die von Hartz-IV leben müssen, sind in dieser Statistik nicht erfasst. (FR 08.02.10)

Massiver Anstieg der Hetze gegen Erwerbslose, die auf Hartz IV angewiesen sind

Im Jahre 2010 feiert die herrschende Klasse in Deutschland den fünften Geburtstag von Hartz IV. Laut offiziellen Angaben müssen bereits 6,5 Millionen Menschen von Hartz IV leben, davon 1,68 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Zudem sind 1,4 Millionen Werktätige aufgrund ihres niedrigen Lohns zusätzlich auf Hartz-IV-Gelder angewiesen.

Im Januar setzte eine breite öffentliche Hetzkampagne gegen die Menschen ein, die von Hartz IV leben müssen. Anfang Januar forderte Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU), dass Sanktionen gegen „arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger“ konsequenter angewendet werden müssen. Hessens Ministerpräsident Koch (CDU) verlangte eine allgemeine Zwangsarbeitspflicht mit der Behauptung, es gäbe in vielen Fällen zu wenig Zwang. Die Bild-Zeitung veröffentlichte unter der Überschrift „Macht Hartz IV faul?“ Falschinformationen über die Einkünfte von Werktätigen im Vergleich mit Hartz-IV-Empfängern. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung kolportierte, dass gerade Alleinerziehende, die von Hartz IV leben müssen – zu 90 Pro-

zent Frauen – vom „Wohlfahrtsstaat“ geradezu verhätschelt werden: „Ohne Arbeit und ohne Partner – Aber mit 445.000 Euro Alimenten“.

Die landesweite Hetzkampagne setzte sich im Februar ungebrochen fort. Politiker der FDP forderten eine Kürzung der Hartz-IV-Sätze. FDP-Chef Westerwelle redete von Arbeitspflicht (Schneeschippen! 2008 schlug sein Parteifreund Schmidt noch Rattenjagd vor) und behauptete, der Anteil des „Leistungsmissbrauchs“ liege bei 20 Prozent. Tatsächlich liegt der angebliche „Leistungsmissbrauch“ bei weniger als 2 Prozent.

Das Instrumentarium, das sich der deutsche Imperialismus mit Hartz IV geschaffen hat ermöglicht im internationalen Vergleich bereits heute die härtesten Sanktionen gegen Erwerbslose und dient zudem der Aufhetzung verschiedener Teile der werktätigen Bevölkerung aufeinander.

(Siehe auch das Flugblatt von „Gegen die Strömung“ Nr. 3–4/2010: „Lohnsklaverei und Hartz IV“)

(jW 11.01., 29.01., 19.02., 22.02.10, taz 12.01., 18.01., 23.01., 20.02.10)

Milde Strafen für vier Nazis

In Berlin endete im Januar der Prozess gegen vier Nazis, die im Juli 2009 den 22-jährigen Jonas K. fast zu Tode geprügelt hatten. Ein Nazi erhielt eine Haftstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten, zwei Nazis Bewährungsstrafen von jeweils zwei Jahren, ein Nazi wurde freigesprochen. (jW 01.02.10)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Saarbrücken** (Saarland) wurde in der Nacht zum 26. Dezember ein Mann aus Indien von zwei Nazis zusammengeschlagen und ausgeraubt. (Jungle World 07.01.10)

In **Holzwickede** (Nordrhein-Westfalen) wurde in der Nacht zum 2. Januar eine italienische Eisdielen von Nazis zerstört und mit Hakenkreuzen beschmiert. (Jungle World 14.01.10)

In **Kiel** wurden in der Nacht zum 20. Januar auf ein linkes Wohnprojekt mehrere Schüsse abgegeben. (jW 27.01.10)

In der Nacht zum 23. Januar wurde in **Zossen** (Brandenburg) das „Haus der Demokratie“ von einem Nazi in Brand gesetzt. Das Gebäude brannte vollständig nieder. (taz 30.01.10)

Ein Nazi hat am 6. Februar am Bahnhof in **Ludwigslust** (Mecklenburg-Vorpommern) einen Mann aus Afrika angegriffen und auf die Gleise einer vielbefahrenen Bahnstrecke gestoßen. (Jungle World 18.02.10)

400 Nazis sind während der Rückfahrt vom Nazi-Aufmarsch in Dresden am 13. Februar in Pirna durch die Straßen gezogen. Sie grölten Nazi-Parolen, waren mit Steinen bewaffnet, schlugen Scheiben ein und verletzten mindestens einen Passanten durch Faustschläge ins Gesicht. (anna 25.02.10)

Ein Nazi schlug am 21. Februar in **Magdeburg** mit einer Stange auf einen Mann aus Angola ein und verletzte ihn. Nur wenige Tage später wurde in Magdeburg ein weiterer Mann aus Afrika von einem Nazi angegriffen (Jungle World 25.02.10, jW 26.02.10)

Im Jahre 2009 fanden insgesamt 137 Nazi-Aufmärsche statt, an denen über 35.600 Nazis teilnahmen. (taz 12.02.10)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In **Dresden** stellten sich am 13. Februar, dem 65. Jahrestag der Bombardierung der Nazi-Festung durch die Anti-Hitler-Koalition, über 12.000 Nazigegegnerinnen und Nazigegegner einem Aufmarsch von 6.000 Nazis entgegen. Insgesamt 8.000 Polizisten versuchten mit Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz, den Nazis den Weg zu bahnen. Den Antifas gelang es durch viele Blockadeaktionen den Nazi-Aufmarsch teilweise zu verhindern. Fernab von den wirklichen Anti-Nazi-Aktivitäten versammelten sich zudem 10.000 Bürgerinnen und Bürger und bildeten eine Menschenkette um die Dresdener Altstadt, um auf diese Weise gegen den Nazi-Aufmarsch zu protestieren. (jW 15.02.10)

Am 4. Januar demonstrierten 100 Antifas in **Viersen** (Nordrhein-Westfalen), um gegen einen Angriff von drei Nazis auf einen Deutschen aus einem anderen Herkunftsland zu protestieren. Das Opfer wurde beim Überfall am 25. Dezember schwer verletzt. (anna 14.01.10)

In **Magdeburg** demonstrierten am 16. Januar 600 Antifas gegen einen Aufmarsch von 850 Nazis, die gegen die Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 65 Jahren hetzten. Mit Blockadeaktionen, die ständig von der Polizei angegriffen wurden, wurde versucht den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. (jW 18.01.10)

Hungerstreikkämpfe von Flüchtlingen

Der in Hamburg in Abschiebehäft festgehaltenen Flüchtlingsaktivist Kevin Ikechukwu aus Nigeria trat am 28. Dezember in einen Hungerstreik, um sich gegen seine drohende Abschiebung zu wehren. Ikechukwu, der in Nigeria aus politischen Gründen fünf Jahre in Haft war und seit zwölf Jahren in Deutschland lebt, setzt sich hier weiterhin gegen das nigerianische Regime ein und arbeitet zudem aktiv in der Flüchtlingsselfhilfeorganisation „The Voice“. (jW 02.01.10, Jungle World 14.01.10)

Am 26. Januar traten 10 Flüchtlinge in den bayerischen Flüchtlingslagern Hauzenberg und Breitenberg in den Hungerstreik, um gegen ihre schlechten Lebensbedingungen zu protestieren. Sie fordern u. a. Bargeld statt Essenspakete, Arbeitserlaubnisse, Aufhebung des Lagerzwangs und Beendigung der Isolation. Unterstützung erhielten sie von der Karawane München und dem Bayrischen Flüchtlingsrat. Wenige Tage später schlossen sich 20 weitere Flüchtlinge dem Hungerstreik an. Nachdem die staatlichen Behörden erfolglos versuchten mit lügnerischen Versprechungen den Kampf zu unterdrücken, wurden zwei der streikenden Flüchtlinge von der Polizei verhaftet. Nach dreiwöchigem Hungerstreik stellten die Flüchtlinge diese Kampfmethodik vorerst ein und boykottierten die ihnen zugeteilten Essenspakete. Unterstützt werden sie dabei von einem breiten Bündnis, dass eine Notversorgung der Flüchtlinge aufrechterhält. (jW 06.02., 09.02., 16.02.10, anna 11.02.10)

Warnstreikwelle im öffentliche Dienst

Im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen des öffentlichen Dienstes mit Kommunen und Bund begannen am 3. Februar mit 22.000 Streikende aus Krankenhäusern, Verkehrsbetrieben und Verwaltungen mehrtägige, breite Warnstreikkämpfe der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Am darauffolgenden Tag wurden die Kämpfe u. a. auf den Flugverkehr und dem öffentlichen Nahverkehr in vielen Städten ausgedehnt. In mehreren Städten Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs lag der öffentliche Nahverkehr komplett still. An einer Kundgebung in Dortmund nahmen 12.000 Werktätige teil. Insgesamt legten 52.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihre Arbeit nieder. Auch am 5., 8. und 9. Februar wurde gestreikt. Mittlerweile standen die Streikenden unter Dauerbeschuss der bürgerlichen Presse: „... Deutschland verliert nach dem Streik-Chaos langsam die Geduld“ hetzte z. B. die Bild-Zeitung. Am 10. Februar begann dann erstmal die nächste „Tarifrunde“. (jW 04.02., 05.02., 06.02., 09.02., 10.02.10)

Heftige Streikkämpfe von Tabakarbeiterinnen und -arbeitern in der Türkei

Am 15. Dezember begannen Arbeiterinnen und Arbeiter des ehemaligen staatlichen Tabakunternehmens TEKEL in Ankara mit Arbeitskämpfmaßnahmen, nachdem bekannt wurde, dass 47 Betriebe geschlossen werden sollen. Bereits einen Tag später griff die Polizei ein und verjagte die Streikenden. Die Polizei errichtete Barrikaden um den Betrieb in

Ankara und fuhr fort, mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeln die Werktätigen und deren Angehörige, die den Kampf unterstützten, vom Betrieb fernzuhalten. Viele der Streikenden mussten ins Krankenhaus. Das war der Auftakt eines mehrmonatigen Streikkampfes. Die Streikkämpfe, begleitet von vielen Massendemonstrationen und -kundgebungen, an denen sich bis zu 80.000 Menschen beteiligten, waren von Anfang an einem sehr massiven Polizeiterror ausgesetzt. Gleichzeitig erfuhren die Streikenden eine landesweite und auch internationale solidarische Unterstützung. Allein am 4. Februar kam es zu einem landesweiten Solidaritätsstreik, an dem sich mehrere Millionen Werktätige beteiligten.

Die Kampfformen waren sehr vielfältig, neben Demonstrationen, Kundgebungen und Sitzstreiks führten 100 Arbeiter einen Hungerstreik durch und in Ankara wurde ein Protestcamp errichtet, das Ende Januar bereits auf 5.000 Bewohnerinnen und Bewohner angewachsen war.

Besonderes hervorzuheben ist die gerade während der Kämpfe entstandene proletarische Solidarität zwischen den türkischen und den kurdischen Arbeiterinnen und Arbeiter bei TEKEL. Während anfänglich noch nationalistische Parolen bei den türkischen Werktätigen vorherrschten, wichen diese sehr rasch Parolen mit internationalistischem Charakter; immerhin kommt etwa die Hälfte der bei TEKEL Beschäftigten aus kurdischen Landesteilen oder gehört nationalen Minderheiten wie den Lasen an. Ein Gewerk-

schaftsvertreter konnte feststellen: „Unser gemeinsamer türkisch-kurdischer Kampf überwindet den Chauvinismus“.

Ein Höhepunkt der Kämpfe war der erzwungene Rücktritt des Gewerkschaftsfürsten Türcel, Chef des türkischen Gewerkschaftsdachverbands Türk-Is, der allen Ernstes vorschlug, den Kampf mit dem Tragen von Butons und der Durchführung von Fackelmärschen fortzuführen, statt den Streik auf andere Branchen auszudehnen. Daraufhin versuchten die Streikenden die Gewerkschaftszentrale zu stürmen.

(PB 14.01.10, jW 08.01., 16.01., 18.01., 27.01., 05.02., 25.02.10)

Militanter Kampf von Flüchtlingen in Italien

Nachdem in der italienischen Stadt Rosarno auf zwei Flüchtlinge aus Afrika geschossen wurde, war es mit der Geduld der dort wohnenden afrikanischen Flüchtlinge vorbei. Die Flüchtlinge waren seit Jahren nicht nur einer äußerst verschärften Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ausgesetzt, sondern auch täglicher rassistischer Gewalt. Hunderte Flüchtlinge errichteten nach den Schüssen Barrikaden an den Zugangsstrassen des Ortes und zogen anschließend militant durch die Stadt – die einheimische rassistische Bevölkerung musste sich in ihrem Schrecken in ihren Wohnungen verbarrikadieren. Erst unter massiven Polizeischutz rotteten sie sich zusammen und veranstalteten mit Steinen, Gewehren, Traktoren und Schlagstöcken eine barbarische Hetzjagd auf die Afrikaner. Die Stadt ist jetzt „ausländerfrei“. (taz 09.01., 11.01.10)

Streiflichter: März–April 2010

Militärische Ausbildung von Soldaten aus anderen Ländern durch die deutsche Armee

Im Rahmen einer sogenannten „Militärischen Ausbildungshilfe“ wurden seit 1994 165 Soldaten aus **Usbekistan** in Deutschland von der Bundeswehr ausgebildet. Wie erst kürzlich bekannt wurde, werden nach wie vor mindestens fünf Soldaten aus Usbekistan in Deutschland ausgebildet, obwohl im Jahre 2005 das usbekische Militär ein Massaker unter der Zivilbevölkerung Usbekistans verübte und dabei bis zu 500 Menschen ermordete. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Arnold verteidigte die Ausbildung ausgerechnet mit den Worten, dass die Soldaten nicht im Kriegshandwerk, sondern in „innerer Führung“ ausgebildet würden. In Usbekistan sitzen zur Zeit Tausende Menschen aus politischen oder religiösen Gründen im Gefängnis. (taz 12.03.10)

Anfang Mai beginnt die EU die Ausbildung von mindestens 2.000 Soldaten für die sogenannte Übergangsregierung in **Somalia**. Der deutsche Imperialismus will sich an dieser Ausbildung beteiligen und dafür 20 Soldaten abstellen. Die Ausbildung soll in einem Militärlager in Uganda stattfinden und ein Jahr dauern. (jW 09.04.10)

Enorme Steigerung deutscher Rüstungsexporte

In den letzten fünf Jahren hat der deutsche Imperialismus seine Rüstungsexporte um

mehr als 100 Prozent gesteigert. Für den Zeitraum 2005 bis 2009 stieg der deutsche Weltmarktanteil auf 11 Prozent gegenüber „nur“ 6 Prozent für die Jahre 2000 bis 2004. 14 Prozent der deutschen Rüstungsexporte gingen an das türkische Regime, dass damit zum wichtigsten Abnehmerland wurde. (taz 15.03.10)

Imperialistische Daumenschrauben und breite deutsch-nationalistische Hetze gegen Griechenland

Im Februar, März und April wurden in der EU Debatten geführt, die das Ziel hatten, das insbesondere durch die Politik der imperialistischen EU-Staaten hoch verschuldete Griechenland durch finanzielle „Hilfen“ zu unterstützen. Der deutsche Imperialismus nutzte die Gunst der Stunde, um eventuelle mögliche finanzielle Hilfen mit weitgehenden Forderungen an die griechische Wirtschafts- und Sozialpolitik und damit auch an die griechische Innenpolitik zu verknüpfen. Ende April gab der deutsche Imperialismus bekannt, erst dann zu „helfen“ wenn Griechenland „einschneidende Sparmaßnahmen“ verfügt habe.

Die geforderten „Sparmaßnahmen“ berühren jedoch nicht die Waffenkäufe aus deutscher Rüstungsproduktion. So musste noch im März die griechische Kriegsmarine ein in Deutschland hergestelltes U-Boot abnehmen. Drei weitere U-Boote stehen kurz vor ihrer Fertigstellung und weitere zwei U-Boote wurden für eine Milliarde Euro zusätzlich bestellt. Zudem erwartet die deutsche Regierung von

Griechenland den Kauf von 30 Eurofightern für drei Milliarden Euro.

Die Politik des deutschen Imperialismus gegen Griechenland wurde in den bürgerlichen Medien, insbesondere in der bürgerlichen Presse, begleitet von einer breiten deutsch-nationalistischen Hetze gegen „die Griechen“: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleitegriechen, und die Akropolis gleich mit!“ (Bild); „Hier bettelt der Grieche“ (Bild), „Fassungslos blicken die Deutschen auf die unglaublichen Verhältnisse auf dem Peloponnes.“ (Focus), „Papandreou will Inseln nicht hergeben“ (Bild) usw. usf.

(Jungle World 11.03.10, jW 26.03., 26.04., 27.04.05)

Massenhafte und vielfach militante Kämpfe in Griechenland gegen die weitere Verschärfung der Ausbeutung

Am 5. März demonstrierten in 59 griechischen Städten Zehntausende Werktätige gegen weitere „Sparmaßnahmen“ der griechischen Regierung, mit denen die Forderungen der imperialistischen EU-Staaten, insbesondere des deutschen Imperialismus, entgegenkommen werden soll. In Athen kam es zu ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Bereits am Vortag gingen allein in Athen Zehntausende Werktätige auf die Straßen.

Am 11. März legte ein landesweiter Generalstreik das Land lahm. Allein die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Industriebetrieben beteiligten sich mit 90 Prozent an dem Generalstreik. In Athen kam es zu schweren Kämp-

fen von jugendlichen Aktivisten mit der Polizei, die am Vortag den revolutionären Aktivist Lambros F. ermordet hatte.

In den kommenden Wochen setzten sich Massendemonstrationen, Streiks und militante Kämpfe mit dem griechischen Staatsapparat fast ununterbrochen fort. Beinahe täglich fanden Streikkämpfe und Demonstrationen von Beschäftigten verschiedenster Branchen statt. Ein weiterer Höhepunkt der Kämpfe war ein landesweiter 48-stündiger Streikkampf, der bereits zum vierten Mal in diesem Jahr das ganze Land weitgehend lahmlegte.

(jW 05.03., 06.03., 12.03., 23.04.10, taz 06.03.10)

(Siehe genauer das Flugblatt von Gegen die Strömung Nr. 6/2010: „Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen in Griechenland! Der deutsche Imperialismus wagt sich weiter vor: Deutscher Herrenmenschen-Jargon gegen Griechenland!“)

Deutsche Konzerne in anderen Ländern – Streiflichter

Der Continental-Konzern hatte in Frankreich ein Werk geschlossen und die Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen. Kurz darauf bot Continental den Entlassenen eine Weiterbeschäftigung an – in Tunesien für 137 Euro monatlich. (jW 31.03.10)

In Bangladesch kam es Ende Februar zu einem Brand in einer siebenstöckigen Fabrik. Die Fabrik arbeitet für den Mode-Konzern H&M. Bei dem Brand kamen 21 Arbeiterinnen und Arbeiter ums Leben, weitere 50 wur-

den verletzt. Knapp fünf Jahre zuvor verloren 64 Arbeiterinnen und Arbeiter in einer für H&M arbeitenden Fabrik ihr Leben als diese einstürzte. (jW 12.03., 09.04.10)

Laut Schilderungen von Vertreterinnen und Vertretern der „Kampagne für Saubere Kleidung“ (CCC) und dem „European Center for Constitutional and Human Rights“ (ECCHAR) herrschen in Bangladesch in Fabriken, die für den Lidl-Konzern arbeiten, brutale Arbeitsbedingungen. Die Näherinnen arbeiten an sechs bis sieben Tagen in der Woche täglich zehn Stunden und kommen wöchentlich auf bis zu 15 Überstunden. Teilweise müssen sogar die Nächte durchgearbeitet werden. Die Löhne liegen bei 16 bis 32 Euro im Monat und damit am unteren Ende der weltweiten Lohnskala. (jW 09.04.10)

Ausweitung der „Ermittlungen“ wegen Paragraph 129 b

„Ermittlungen“ wegen sogenannte „terroristische Vereinigungen im Ausland“ (nach Paragraph 129 b) stiegen von 40 im Jahre 2007 auf über 180 im laufenden Jahr. Von diesen „Ermittlungen“ betroffen ist unter anderem auch die DHKP-C aus der Türkei. In den letzten zwei Jahren wurden grundsätzlich alle Beschuldigten, die auf Grund dieses Paragraphen angeklagt wurden, verurteilt. (jW 25.03.10)

Umfrage unter deutschem Offiziersnachwuchs

Bereits 2007 wurde unter 2.300 Studenten der beiden Bundeswehruniversitäten in Hamburg und München eine Befragung

durchgeführt, deren Ergebnisse erst vor kurzem teilweise bekannt wurden. Ein Viertel der befragten Bundeswehrstudenten unterstützen die Forderung, „die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland“ zu stoppen. 38 Prozent wollen, dass Deutschland „wieder von einer starken Elite geführt“ wird. 44 Prozent wollen „Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen“. 71 Prozent wollen „die nationale Identität Deutschlands stärken“. (jW 16.03.10)

Massenhafte Zwangsabschiebungen von Roma nach Kosova stehen bevor

Mitte April unterzeichnete die deutsche Regierung in Berlin mit Vertretern der Regierung Kosovos das seit langem angekündigte sogenannte „Rückübernahmeabkommen“. Damit stehen 14.000 Flüchtlinge vor ihrer Zwangsabschiebung nach Kosova. Mehr als 10.000 von ihnen sind Roma. (jW 15.04.10)

Suizid von Flüchtlingen

Am 7. März erhängte sich in der Untersuchungshaftanstalt Hamburg der 25-jährige Flüchtling David M. aus Georgien aus Angst vor einer drohenden Abschiebung. Zuvor versuchte er, sich mit einem Hungerstreik zu wehren. Am 9. März demonstrierten mehr als 600 Antirassistinnen und Antirassisten in Hamburg gegen die mörderische Flüchtlingspolitik. (jW 10.03., 11.03.10, taz 19.03.10)

In einem Gefängnis in Hamburg erhängte sich 16. April die 34-jährige Yeni P., die aus Indonesien geflüchtet war. Sie war zuvor zu zwei Jahren Haft verurteilt worden, weil sie

die reaktionären deutschen Aufenthaltsbestimmungen übertreten hatte. Am selbe Abend versammelten sich in Hamburg 350 Menschen um gegen die mörderische Flüchtlingspolitik zu demonstrieren. (jW 19. 04.10)

Ausschnitte des staatlichen Rassismus

Nach Angaben der von der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI) herausgegebenen aktualisierten Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre Folgen“, die bereits in 17. Auflage erschienen ist, wurden in den Jahren 2003 bis 2009 in sogenannten „Asylwiderrufsverfahren“ mehr als 62.000 Flüchtlingen der Flüchtlingsstatus wieder aberkannt. (jW 23.03.10)

Im vergangenen Jahr wurden 57 Flüchtlinge nach Syrien abgeschoben. Drei Flüchtlinge verschwanden nach ihrer Ankunft in Syrien umgehend in syrischen Gefängnissen, wo ihnen Folter droht. Ungeachtet dessen sieht der deutsche Imperialismus keinen Grund, von weiteren Abschiebungen nach Syrien Abstand zu nehmen. Insgesamt droht 7.000 Flüchtlingen die Abschiebung nach Syrien. (taz 22.03.10)

Trotz der gefährlichen inneren Lage im Irak, wo fast täglich Bombenanschläge und bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden, denen in hohem Maße die Zivilbevölkerung zum Opfer fällt, hält der Bayerische Verwaltungsgerichtshof einen weiteren Abschiebeschutz für Flüchtlinge aus diesem Land für überflüssig. Er gab bekannt, dass Iraker

grundsätzlich wieder in ihr Geburtsland abgeschoben werden können. (jW 25.03.10)

Seit August 2007 müssen nachziehende Ehegatten von Flüchtlingen sich auf Deutsch verständigen können, damit sie das Recht haben „nachzuziehen“. Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig präzisierte diese reakti-onäre „Regelung“ im März mit der Feststel-lung, dass sie auch für Analphabeten gilt. (taz 31.03.10)

„Sittenwidrige Löhne“

Laut einer Dienstanweisung der Bundes-agentur für Arbeit liegt die Grenze für so-genannte „sittenwidrige Löhne“ bei „deutlich un-ter 3 Euro pro Stunde“. Im Friseurhandwerk in Sachsen gelten Stundenlöhne erst dann als „sittenwidrig“, wenn sie unter 2,04 Euro liegen. (taz 04.03.10)

SS-Mörder Boere verurteilt

Am 23. März verurteilte das Landgericht Aa-chen den SS-Mörder Boere zu einer lebens-langen Haftstrafe. SS-Mörder Boere wurde 1949 in den Niederlanden in Abwesenheit zum Tode verurteilt; später wurde die Strafe in eine lebenslängliche Haft umgewandelt. 1955 flüchtete SS-Mörder Boere aus den Niederlanden nach Deutschland, wo er seit-dem unbehelligt leben konnte. Daran wird sich nach dem Urteil wohl nicht viel ändern. Mit Verweis auf sein Alter und Gesundheits-zustand ist es laut Gericht unwahrscheinlich, dass das Urteil jemals vollstreckt wird. (FR 24.03.10)

Ausschnitte des Antisemitismus

Der Nazi-Bürgermeister von Arnstadt (Thü-ringen) – Mitglied von Pro Arnstadt – verglich am 8. März in einem Zeitungsinterview den Umgang mit Nazis in Deutschland mit der Verfolgung der Juden in Nazi-Deutschland. (Jungle World 18.03.10)

Ein Oberfeldwebel der Bundeswehr sagte zu seinen Soldaten: „Ihr seht aus wie Juden, die nach Auschwitz deportiert werden“. Über ihn soll jetzt eine Arreststrafe verhängt werden. (Jungle World 25.03.10)

Zwei Nazis hatten im November 2009 zwei Männer, einer von ihnen aufgrund seiner Haare als Jude erkennbar, zusammenge-schlagen und getreten; zuvor hatten sie anti-semitische Hetzlieder gesungen. Sie wurden nur zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Das Amtsgericht Sonneberg (Thüringen) wertete die Tat nicht als politisch motiviert. (Jungle World 08.04.10)

In der Nacht zum 4. April wurden auf dem jü-dischen Friedhof in Delitzsch (Sachsen) 30 Grabsteine umgeworfen. Viele von ihnen zerbrochen. Der Polizeichef von Delitzsch sieht keine Anzeichen, dass die Tat politisch motiviert sei. (Jungle World 15.04.10)

Am 5. April wurde entdeckt, dass in Heiligen-stadt (Thüringen) 13 Grabsteine auf dem jü-dischen Friedhof geschändet worden waren. (Jungle World 15.04.10)

In Chemnitz (Sachsen) wurde in der Nacht zum 8. April ein jüdisches Restaurant ange-griffen und beschädigt. (FR 09.04.10)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Von Oktober 1990 bis Ende 2009 wurden nach Recherchen der Amadeu-Antonio-Stiftung 149 Menschen durch Nazis ermordet. (jW 05.03.10)

Am 5. März wurde in **Wetzlar** (Hessen) von mehreren Nazis ein Brandanschlag auf das Wohnhaus eines katholischen Pastoralreferenten verübt, der sich gegen Nazi-Terror einsetzte. Schon zuvor wurde er von Nazis terrorisiert. Gegen vier Nazis wird nun ermittelt. (FR 16.04.10)

Am 30. Juni 2007 kam es am Bahnhof in **Pölichow** zu einem Überfall von 50 Nazis auf mehrere Antifas. Die Antifas wurden zum Teil schwer verletzt. Mitte März erging nun das Gerichtsurteil gegen die Nazis. Zwei Nazis erhielten eine Bewährungsstrafe, einer wurde freigesprochen, die anderen Nazis sind gar nicht erst angeklagt worden. (jW 17.03.10)

In **Kamen** (Nordrhein-Westfalen) wurde am 14. März eine Infoveranstaltung in einem linken Zentrum von 40 Nazis überfallen. (jW 17.03.10)

In **Stendal** (Sachsen-Anhalt) wurden von Nazis am 30. März Gegenstände vor der Wohnung einer syrischen Familie angezündet, die gerade schlief. Eine Frau und ein Kind erlitten eine Rauchvergiftung. (Jungle World 08.04.10)

Ende April wurde in **Harbke** (Sachsen) erneut ein Nazi-Anschlag auf die dortige Flüchtlingsunterkunft verübt. Seit Januar 2009 hat es bereits acht Nazi-Anschläge auf die Unterkunft gegeben. (jW 27.04.10)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Gegen einen Nazi-Aufmarsch in **Lübeck** am 27. März protestierten mehrere Tausend Antifas. Insgesamt 1.900 Polizisten waren für den Schutz der – einigen Hundert – Nazis im Einsatz. Die Nazis musste durch erfolgreiche Blockadeaktionen der Antifas ihren Aufmarsch nach bereits 400 Metern beenden. (jW 31.03.10)

Am 28. März protestierten in **Duisburg** 10.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 400 NPD- und Pro NRW-Nazis, der von 3.000 Polizisten geschützt wurde. Blockadeaktionen wurden von der Polizei gewaltsam aufgelöst. (jW 29.03.10)

In **Buchholz** (Niedersachsen) demonstrierten am 4. April 400 Menschen gegen einen Aufmarsch von 50 NPD-Nazis. 800 Polizisten hatte der deutsche Staatsapparat zu deren Schutz aufgeboten. (jW 06.04.10)

Arbeiterinnen und Arbeiter besetzen Betriebe

In Neuendorf (Niedersachsen) besetzten 160 Arbeiterinnen und Arbeiter Ende März für zwei Tage die Fabrik der Firma Affeldt-Verpackungsmaschinen, um einen Abtransport von Maschinen der in Insolvenz stehenden Firma zu verhindern. Es konnte durchgesetzt werden, dass die Produktion wieder aufgenommen wird. (jW 27.03.10)

120 Arbeiterinnen und Arbeiter der Großwäscherei in Glückstadt (Schleswig-Holstein) besetzten am 24. April den Betrieb, um gegen eine Auslagerung der Arbeitsplätze zu protestieren. Die Arbeit wurde am 26. April

wieder aufgenommen. Für den 29. April wurde eine geheime Urabstimmung angesetzt, in der über einen Hungerstreik entschieden werden soll. (jW 29.04.10)

Antifaschistische Kämpfe in anderen Ländern

Am 10. April demonstrierten in Lyon (**Frankreich**) 2.000 Antifas gegen die seit einiger Zeit zunehmenden faschistischen Überfälle. (anna 22.04.10)

Gegen einen Aufmarsch von mehreren Hundert SS-Veteranen in Riga (**Lettland**) am 16. März protestierten einige Hundert Antifas mit einer Kundgebung. (jW 17.03.10)

In **Südafrika** wurde ein bekannter Nazi-Führer von zwei seinen schwarzen Arbeitern erschlagen. Der Nazi-Führer schuldete ihnen den Lohn und drohte sie umzubringen. Bereits 1997 hatte er einen seiner Angestellten fast zu Tode geprügelt. (jW 06.04.10)

In Bolton (**Großbritannien**) protestierten Mitte März Antirassistinnen und Antirassisten auf einer Kundgebung gegen einen Aufmarsch der nationalistischen English Defence League. Es kam zu militanten Kämpfen mit den Faschisten. (taz 22.03.10)

6.000 Menschen protestierten am 25. März in Wien (**Österreich**) gegen die rechte FPÖ-Präsidenschaftskandidatin Rosenkranz. (jW 27.03.10)

Streiflichter: Mai–Juni 2010

Verlängerung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Anfang Juni hat das Bundeskabinett beschlossen, den Einsatz von deutschen Soldaten vor der Küste von **Libanon** um ein weiteres Jahr zu verlängern. Dieser Bundeswehreinsatz läuft bereits seit September 2006 und ist der erste im Nahen Osten. (taz 04.06.10)

Mitte Juni beschloss der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten im **Sudan** um über ein Jahr zu verlängern. (jW 19.06.10)

Bundespräsident Köhler plaudert über die Interessen des deutschen Imperialismus

Vermutlich begeistert von seinen Erfahrungen beim Besuch deutscher Soldaten auf dem Kriegsschauplatz Afghanistan ließ Bundespräsident Köhler auf dem Rückflug Mitte Mai ein wenig seine offizielle Maske fallen und sagte u. a., dass „auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege ...“ (FR 28.05.10)

Deutsche Konzerne in anderen Ländern – Streiflichter

Im **Sudan** ist der deutsche Ingenieurkonzern **Lahmeyer** an der Errichtung eines Nilstaudamms beteiligt. Mit Wissen und Einverständnis des Konzerns wurden dabei die Häuser von 3.000 Familien ohne Vorwarnung geflutet. Während der Baumaßnahmen wur-

den 78.000 Menschen ohne Entschädigung in unfruchtbare Gebiete vertrieben. Im Jahre 2006 waren drei Bauern bei Protesten gegen den Staudamm ermordet worden. (jW 28.05.10)

In **Brasilien** in der Bucht von Sepetiba errichtet der **Thyssen-Krupp**-Konzern das größte Stahlwerk Lateinamerikas. 40.000 Menschen, die in der Region vom Fischfang leben, wurde der Weg zu ihren Fanggründen abgeschnitten. Vom Konzern angeheuerte bewaffnete Truppen bedrohen zudem das Leben von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie Umweltaktivistinnen und Umweltaktivisten, die gegen den Bau des Staudamms protestieren. (jW 28.05.19)

Landarbeiterinnen, die in **Indien** von Zulieferern des deutschen Handelskonzerns **Metro** ausgebeutet werden, müssen an sechs Tagen in der Woche täglich bis zu zwölf Stunden arbeiten und erhalten einen Lohn von umgerechnet 85 Cent – pro Tag. Der Lohn liegt damit nicht nur unter der offiziellen Armutsgrenze, sondern auch um 50 Prozent unter dem Lohn, den ihre männlichen Kollegen erhalten. (jW 05.05.10)

Zehn Männer aus Somalia vor die deutsche Justiz gestellt

Nachdem die niederländische Kriegsmarine am 5. April zehn sogenannte „Piraten“ festnahm, die ein unter deutscher Flagge fahrendes Schiff überfallen hatten, fand sich kein Land, das Interesse zeigte, einen Prozess gegen die Männer aus Somalia zu eröffnen. Als die Niederlande mitteilten, die

Somalier wieder lauffenzulassen, kam umgehend ein Strafbefehl aus Hamburg. Trotz Protesten der Somalier, die sich gegen eine Auslieferung nach Deutschland wehrten, wurden sie Mitte Juni an der niederländisch-deutschen Grenze dem Bundeskriminalamt ausgeliefert. Die deutsche Presse teilte mit, dass in Hamburg zum ersten Mal seit über 600 Jahren wieder ein Prozess gegen „Seeräuber“ stattfinden wird und erinnerte daran, dass der letzte Prozess im Jahre 1401 mit einer Hinrichtung endete. (FR 21.05.10, 22.05.10, 11.06.10)

Hartz-IV – weitere Verschärfungen

Aufgrund der äußerst geringen Lohnzahlungen in Deutschland sind über 1,3 Millionen Erwerbstätige zusätzlich auf Hartz-IV angewiesen. (SZ 04.05.10)

Bis zu 66 Prozent aller Eingänge bei den Sozialgerichten in den neuen Bundesländern betreffen mittlerweile Hartz-IV-Verfahren. In den alten Bundesländern liegt die Quote noch bei unter 50 Prozent. (jW 06.05.10)

Im Mai 2010 waren insgesamt 6,6 Millionen Menschen auf Hartz-IV angewiesen. Allein in Berlin sind 16,9 Prozent der Bevölkerung von Hartz-IV betroffen. (jW 02.05.10)

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett weitere Einschränkungen für Hartz-IV-Bezieher. So entfällt zukünftig der Zuschlag beim Übergang von Arbeitslosengeld I zu ALG II, das Elterngeld in Höhe von 300 Euro wird für 14 Monate gestrichen und Rentenbeiträge werden nicht mehr gezahlt. (jW 08.06.10)

Weitere Einschränkungen des Streikrechts geplant

Sommer, Vorsitzender des DGB, und Hundt, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) präsentierten Ende Mai der Öffentlichkeit ein gemeinsames Papier, welches das Streikrecht in den Betrieben massiv einschränken soll. In einem Betrieb mit mehreren Tarifverträgen soll künftighin derjenige Anwendung finden, der die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern repräsentiert. Für alle anderen Gewerkschaften in dem Betrieb soll die sogenannte Friedenspflicht gelten, so dass Streikämpfe für die Dauer eines laufenden Tarifvertrages ausgeschlossen sind. Hundt appellierte bei der Vorstellung des Papiers an „die notwendige Solidargemeinschaft eines Betriebs“ und Sommer erklärte, dass sich ein Betrieb ständige Tarifkonflikte nicht leisten könne. (jW 01.06.10)

Klage gegen Nazi-Mörder in Italien

Das italienische Militärgericht von Verona hat Ende Mai eine Klage wegen mehrfachen Mordes gegen sieben frühere Angehörige der Panzerdivision „Hermann Göring“ zugelassen. Die sieben Angeklagten werden beschuldigt, am 18. März 1944 ein Massaker an 140 Menschen verübt zu haben. Zu den Klägern gehören 89 Angehörige der Opfer. Das Militärgericht bekräftigte nochmals die bisherige Rechtsauffassung, dass die deutsche Regierung bei einer Verurteilung entschädigungspflichtig sei.

Die deutsche Regierung dagegen betreibt seit Ende 2008 ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gegen Italien wegen angeblicher Verletzung der Staatenimmunität, die sich nach deutschem Willen auch auf Naziverbrechen erstrecken soll. Urteile der italienischen Justiz werden von Deutschland nicht anerkannt. In Italien wurden bereits erste Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen deutsches Staatseigentum eingeleitet, die durch deutschen Druck bis zum Abschluss des Verfahrens in Den Haag ausgesetzt werden mussten.

Nichtsdestotrotz beginnt am 12. Oktober der Prozess gegen die sieben Nazi-Mörder, gegen die in Abwesenheit verhandelt werden muss. (jW 27.05.10)

Brandanschlag auf Synagoge in Worms

In der Nacht zum 17. Mai wurde ein Brandanschlag auf die Synagoge in **Worms** verübt. Das Feuer, das an acht Stellen zugleich ausbrach, konnte rechtzeitig gelöscht werden bevor größerer Schaden entstand. (jW 18.05.10, FR 19.05.10)

Ausschnitte des Antisemitismus

In **Berlin-Lichtenberg** wurden am 8. Mai drei „Stolpersteine“, die an verschleppte und ermordete Juden während der Nazi-Zeit erinnerten, beschmiert. (Jungle World 20.05.10)
Ebenfalls am 8. Mai haben 150 Nazis während eines Aufmarsches in **Alt-Erbenheim** (Hessen) mehrere „Stolpersteine“ geschändet, indem sie demonstrativ auf ihnen herum-

trampelten. Die Aufmarschrouten wurden zuvor vom Ordnungsamt festgelegt. (Jungle World 27.05.10)

Am 14. Mai wurde in **Pinneberg** vor dem jüdischen Gemeindezentrum das Auto einer Gottesdienstbesucherin mit einem Hakenkreuz beschmiert. (anna 03.06.10)

Die jüdische Gedenkstätte in **Beckum** (Nordrhein-Westfalen) wurde in der Nacht zum 1. Juni mit antisemitischen Schriftzügen und Hakenkreuzen beschmiert. Innerhalb zweier Monate war dies bereits die dritte Schändung der Gedenkstätte. (Jungle World 10.06.10)

Laut einer Entscheidung des Oberlandesgerichts **Koblenz** stellt die Bezeichnung „Bombenholocaust“ für die Bombardierungen deutscher Städte während des Zweiten Weltkriegs durch die Anti-Hitler-Koalition „nicht zwingend“ eine Verharmlosung des Holocaust an den Juden dar. Mit diesem Begriff könne nämlich auch die Bombardierung „als Verbrechen an der deutschen Bevölkerung“ angeprangert werden. (Jungle World 24.06.10)

Während eines Straßen- und Kulturfestes in **Hannover** wurde eine jüdische Tanzgruppe von mehreren Kindern und Jugendlichen mit Steinen beworfen und antisemitisch beschimpft. (FR 25.06.10)

Im Jahre 2009 wurden in Deutschland insgesamt nach offiziellen Angaben 38 jüdische Friedhöfe geschändet. In den vergangenen zehn Jahren gab es insgesamt 509 Friedhofsschändungen. (Jungle World 27.05.10)

Nazi-Mord an einem Obdachlosen

Ende Mai wurde in Kamp-Lintfort (Nordrhein-Westfalen) ein 51-jähriger Obdachloser von vier Nazis ermordet. (jW 29.05.10)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Nürnberg** ist der 17-jährige Berzan B. am 28. April von einem Nazi so schwer zusammengeschlagen worden, dass er zweimal wiederbelebt und mittlerweile viermal operiert werden musste. Der festgenommene Nazi befand sich zur Zeit des Mordversuchs auf Bewährungsstrafe in Freiheit. Er war verurteilt worden wegen schwerer Körperverletzung an zwei Antifas. (taz 14.05.10)

In **Rheinfelden** (Baden-Württemberg) wurden am 2. Mai die Scheiben einer Moschee eingeworfen und die Fassade mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen beschmiert. In der Nacht zum 24. Mai wurde die Moschee erneut angegriffen, die Scheiben wurden eingeschlagen und das Gebäude mit Hakenkreuzen beschmiert. (Jungle World 12.05.10, 03.06.10)

Am 7. Mai wurde in **Geithain** (Sachsen) ein 15-Jähriger aus der linken Szene von einem Nazi angegriffen und schwer verletzt. (taz 12.05.10)

In **Kiel** häufen sich seit einiger Zeit Nazi-Angriffe auf Antifas und auf linke Einrichtungen und Projekte. So wurden am 9. Mai Fensterscheiben eines linken Wohnprojekts eingeworfen und wenig später zum wiederholten Male die Scheiben des linken Buchladens Zapata zertrümmert. (jW 19.05.10)

In der Nacht zum 24. Mai wurden in **Tostedt**, Landkreis Harburg in Niedersachsen, mehrere Antifas in einer Wohnung von 15 bewaffneten Nazis überfallen. Die Nazis schlugen mit Spaten und anderen Gegenständen auf die Antifas ein. Drei der Überfallenen mussten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Der Leiter der Polizeiinspektion Harburg, Lehne, hatte bereit 2009 den polizeilichen Standpunkt zu den Nazis mit den Worten erläutert: „Tostedt ist bunt, und braun ist auch eine Farbe.“ (jW 09.06.10)

Ende Juni wurden in **Berlin** innerhalb weniger Minuten vier Homosexuelle unabhängig voneinander von einer Nazigruppe überfallen und zusammengeschlagen. (FR 28.06.10)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In den Monaten Mai und Juni wurden laut Presseberichten mehr als 30 Demonstrationen und Aktionen gegen Naziaufmärsche und Naziterror durchgeführt.

Am 1. Mai fanden Anti-Nazi-Demonstrationen in **Berlin, Solingen, Rostock, Erfurt, Zwickau, Schweinfurt, Würzburg** und **Hoyerswerda** statt, an denen sich 25.000 Menschen beteiligten. In **Berlin** blockierten 10.000 Antifas einen Nazi-Aufmarsch. Die Nazis konnten sich erst am Nachmittag in Bewegung setzen und mussten nach 800 Metern ihren Aufmarsch beenden. In **Rostock** versuchten 700 Antifas den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Durch eine Änderung der Nazi-Route misslang dies aber. In **Erfurt** blockierten mehrere hundert Antifas erfolgreich den Nazi-Aufmarsch. In **Schweinfurt** beteiligten sich

8.000 und in **Würzburg** 5.000 Menschen an den Protesten gegen die Nazi-Aufmärsche. (jW 03.05.10, anna 06.05.10)

Am 8. Mai konnten 6.000 Nazigegnerinnen und -gegner in **München** einen Nazi-Aufmarsch verhindern, der u. a. an einem Flüchtlingslager vorbeiführen sollte. (jW 10.05.10)

Rund um den 8. Mai kam es zu Anti-Nazi-Demonstrationen und Mahnwachen auch in **Nürnberg, Bad Gandersheim, Ludwigshafen** und **Erbenheim**, an denen sich bis zu 1.500 Antifas beteiligten.

3.500 Nazigegnerinnen und -gegner demonstrierten am 4. Juni in **Bamberg** gegen den dort abgehaltenen Parteitag der NPD. (taz 07.06.10)

Am 5. Juni protestierten in **Hildesheim** über 2.500 Menschen gegen einen Aufmarsch von 550 Nazis. (taz 07.06.10)

Demonstration gegen Abschiebungen von Roma

Aus Protest gegen die bereits angelaufene Abschiebung von mehr als 10.000 Roma versammelten sich am 8. Mai in Karlsruhe über 1.000 Flüchtlinge aus den verschiedensten Ländern sowie ihre Unterstützerinnen und Unterstützer aus antirassistischen Initiativen in Deutschland zu einer Demonstration durch die Innenstadt. Auf Zwischenkundgebungen wurde die menschenfeindliche rassistische Politik des deutschen Imperialismus öffentlich angeprangert. Passanten aus der Innenstadt schlossen sich der kämpferischen Demonstration spontan an. (anna 20.05.10)

Hungerstreik eines kurdischen Flüchtlings

Ende Juni begann der kurdische Flüchtling Dervis Orhan in Bad Doberan einen Hungerstreik, um auf seine Situation in der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Obwohl er als politischer Flüchtling „anerkannt“ ist, wird ein Antrag von ihm auf Niederlassung in eine andere Gemeinde nicht bearbeitet. Vorwand ist, dass er sich weigert, ein sogenanntes „Sicherheitsgespräch“ mit dem Verfassungsschutz zu führen. Dervis Orhan, der elf Jahre in türkischen Gefängnissen saß und dort gefoltert wurde, wird von antirassistischen Gruppen in seinem Kampf unterstützt. (ND 30.06.10)

Streikkämpfe 2009 in Deutschland

Im Jahre 2009 haben sich nach gewerkschaftlichen Angaben ca. 420.000 Beschäftigte an Arbeitskämpfen in Deutschland beteiligt – eine Million weniger als im Vorjahr. Die überwiegende Mehrheit der Streikenden waren Frauen. (ak 21.05.10)

Erneut Betriebsbesetzung bei Affeldt

Um die Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen und im Kampf für die Wiederaufnahme der Produktion, besetzten am 5. Mai die 160 Arbeiterinnen und Arbeiter des in Insolvenz stehenden Verpackungsmaschinenherstellers Affeldt erneut die Fabrik. Eine weitere Betriebsbesetzung erfolgte am 17. Mai. In einem Aufruf schrieben sie, dass ihre Stimmung „verzweifelt, aber kampfbereit“ sei. (jW 07.05.10, 18.05.10)

Streik von Lehrerinnen und Lehrern trotz staatlichem Streikverbot

In Schleswig-Holstein haben am 3. Juni rund 3.500 verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer aus Protest gegen eine Schulgesetzreform, die Kürzungen im Bildungsbereich und längere Arbeitszeiten einschließt, ihre Arbeit niedergelegt – ungeachtet der zuvor erfolgten Drohung aus dem Bildungsministerium, dass ihr Streik rechtswidrig sei und sie mit Konsequenzen rechnen müssten. Noch mehr Menschen beteiligten sich an den zugleich stattfindenden Kundgebungen und Protestmärschen in 20 Ortschaften Schleswig-Holsteins. Am Tag nach dem Streik wurde aus dem Kieler Bildungsministerium bekanntgegeben, dass alle 3.500 Lehrerinnen und Lehrer mit arbeitsrechtlichen Sanktionen belegt werden. (jW 04.06.10, taz 05.06.10)

Erneut Massenkämpfe in Griechenland

Die in den Vormonaten begonnen massenhaften und vielfach militanten Kämpfe der Werktätigen in Griechenland setzten sich in den Monaten Mai und Juni ungebrochen fort. Am 1.-Mai-Wochenende kam es in Athen zu militanten Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Aktivisten und der Polizei. Zwei Tage später demonstrierten 4.000 Lehrerinnen und Lehrer sowie Staatsbedienstete durch das Zentrum von Athen. Am darauffolgenden Tag fand ein weiterer landesweiter Generalstreik statt, mit Massendemonstrationen in allen Städten des Landes und vielen militanten Kämpfen gegen die Polizei. Die Innenstadt von Athen lag komplett unter der

Kontrolle der Demonstrierenden. Ein weiterer landesweiter Generalstreik fand am 20. Mai statt, gefolgt von unzähligen Einzelstreiks der verschiedensten Branchen in den nächsten Tagen. So wurden am 23. Juni in 62 Städten Streikdemonstrationen durchgeführt, an denen sich allein in Athen zehntausende Werktätige beteiligten. Am 29. Juni fand dann der mittlerweile fünfte landesweite Generalstreik seit Jahresbeginn statt, mit einer Streikbeteiligung von 80 Prozent in Industrie und öffentlichem Dienst sowie 95 Prozent bei ehemaligen Staatsbetrieben. Auch hier kam es wieder zu militanten Kämpfen. (taz 03., 05.05.30.06.10, jW 06., 21.05., 24.06., 30.06.10)

Verschärfung der bewaffneten Kämpfe in der Türkei und im Nordirak

Ende Mai ermordete die türkische Luftwaffe bei einem Bombardement 19 kurdische Befreiungskämpferinnen und -kämpfer. Die kurdische Guerilla erklärte einen 13-monatigen Waffenstillstand, während dem 273 Angriffe der türkischen Armee stattgefunden haben, für beendet. Kurz darauf kam es zu Kämpfen im Nordirak auch zwischen der iranischen Armee und der kurdischen Guerilla, wobei 30 Soldaten des Iran getötet wurden. Bei mehreren Bombenschlägen auf das türkische Militär wurden über ein Dutzend Militärs getötet. (jW 28.05., 03.06., 04.06.10, 21.06.10, taz 12.06., 23.06.10)

Mit der Nummer 3/2010 wurde das Erscheinen des
Pressespiegels eingestellt.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis. Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 1:
Karl Marx / Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)
Anhang:
Statuten des Bundes der Kommunisten
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-00-4

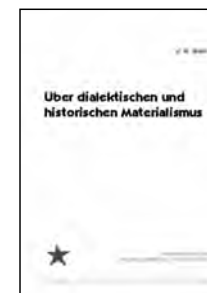
Band 2:
Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms (1875)
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-01-1

Band 3:
W. I. Lenin
Staat und Revolution (1917)
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-02-8



Band 4:
J. W. Stalin
Über die Grundlagen des Leninismus (1924)
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-03-5

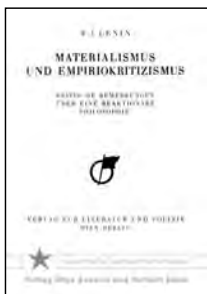
Band 5:
W. I. Lenin
Was tun? (1902)
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-04-2



Band 6:
J. W. Stalin
Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €
ISBN 978-3-932636-05-9

Band 7:
W. I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)
W. I. Lenin
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €
ISBN 978-3-932636-36-3

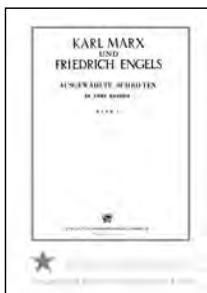
Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 8:
W. I. Lenin
**Ein Schritt vorwärts,
zwei Schritte zurück** (1904)
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €
ISBN 978-3-86589-042-9

Band 9:
W. I. Lenin
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie
in der demokratischen Revolution**
(1905)
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-043-6

Band 10:
W. I. Lenin
**Materialismus und
Empirio-kritizismus** (1908)
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1950
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848–1874
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-001-6

Band II: 1875–1894
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin
Ausgewählte Werke in zwei Bänden



Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1946/47
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884–1917
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-93-6

Band II: 1917–1923
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-94-3

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Komünist Partisi Manifestosu
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

Englisch:
Karl Marx/Frederick Engels
Manifesto of the Communist Party
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

Französisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifeste du Parti Communiste
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

Spanisch:
Carlos Marx/Federico Engels
Manifiesto del Partido Comunista
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

Farsi:
کارل مارکس فریدریش انگلس
مانیفست حزب کمونیست
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

Russisch:
К. Маркс и Ф. Энгельс
Манифест Коммунистической Партии
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

Russisch / Deutsch:
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

Serbokroatisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest Komunističke Partije
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Marx, Engels, Lenin, Stalin
Über den Partisanenkampf
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen
Fragen des bewaffneten Kampfs der
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-
union zusammengestellt worden und
behandeln die Grundlagen und Grund-
fragen des Partisanenkampfs, sie sind
Ausgangspunkt für eine umfassende
Analyse der Partisanenkämpfe gegen
den Nazifaschismus sowie eine Waffe
im Kampf gegen den revisionistischen
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.

188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919**
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

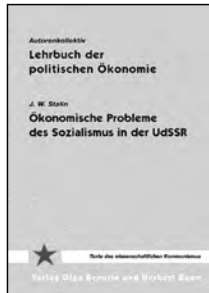


Dokumente von
Marx, Engels, Lenin, Stalin,
der Kommunistischen Internationale
und Clara Zetkin
**Die kommunistische Revolution und
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung
steht die Frauenfrage als Frage der pro-
letarischen Revolution, als Frage des
Kampfes für den Sozialismus und Kom-
munismus. Es finden sich u.a. Texte über
die Ursprünge der Unterdrückung der
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-
wie über Probleme und Fragen der kom-
munistischen Arbeit unter den werktätig-
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-18-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
Lehrbuch der politischen Ökonomie (1954)
 J. W. Stalin
Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv
W. I. Lenin

Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6



W. I. Lenin/J. W. Stalin
Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €
 ISBN 978-3-932636-22-6

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin
Über die Arbeiteraristokratie
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofite, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €
 ISBN 978-3-932636-23-3



Marx, Engels, Lenin, Stalins
Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €
 ISBN 978-3-932636-67-7

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
J. W. Stalin
 Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund müssten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €
 ISBN 978-3-932636-65-3



Stalin Werke Band 1 bis 13
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der "Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang"

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €
 ISBN 978-3-932636-72-1

Buch inklusive CD: 22 €
 ISBN 978-3-932636-73-8

Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser/A. Primakowski/B. Jakowlew
Studieren – Propagieren – Organisieren
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €
ISBN 978-3-932636-20-2



Béla Fogarasi
Dialektische Logik
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-12-7

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalini, Woroschilow
Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)
Oktober 1917 bis November 1917
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv
Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

Band 1: 1926 – 1949
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1
Band 2: 1950 – 1976
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv
Zur „Polemik“
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956

Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)



in russischer Sprache:



106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9

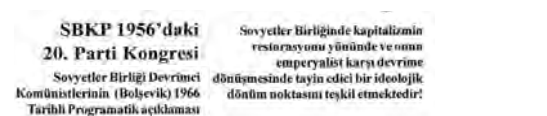
in französischer Sprache:

Le XX^e congrès du PCUS en 1956

Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)” de 1966 (extraits)

176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €
ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:



120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2

in italienischer Sprache:

Il XX^o Congresso del PCUS del 1956

Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell’Unione Sovietica (Bolscevichi)” del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen



Zur Geschichte Afghanistans

Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4
2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1
3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7
4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1
2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8
3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5
4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9
2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6
3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3
4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6
2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3
3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0
4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

Gesamtausgabe (17 Bände), zusammen ca. 15.300 Seiten,
Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sondern die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €
ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-Deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Freies Deutschland

Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitag der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

Band 1: 1941 / 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7
Band 2: 1942 / 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4
Band 3: 1943 / 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1
Band 4: 1944 – 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Internationale Hefte der Widerstandsbewegung

Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegeben Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

Heft 1 und 2 eröffnen die Hefreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

Heft 3 und 4 haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

Heft 5 analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

Heft 6 und 7 beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

Heft 8 – 10 gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):

Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Das Potsdamer Abkommen (1945)

Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jahta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedelungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genau geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



Autorenkollektiv Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:
Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow
Auf dem Weg zum Marxismus
Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümmler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

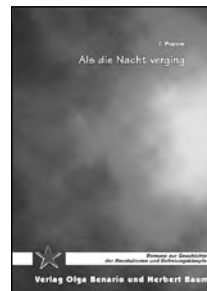
337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski
Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteiarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow
Als die Nacht verging

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisation der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
ISBN 978-3-932636-30-1

Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution

500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1
Hardcover: Offenbach 1998
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8
Hardcover: Offenbach 1998
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €
ISBN 978-3-932636-59-2

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II:

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



Rote Hefte – zu historischen und aktuellen Fragen
der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

